Deutscher Bundestag
7. Wahlperiode

Drucksache 7/1273

22. 11. 73

Sachgebiet 700

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Jahresgutachten 1973 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Vorwort

1. Gemäß § 6 Abs. 1 des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vom 14. August 1963 in der Fassung vom 8. November 1966 und vom 8. Juni 1967 [1]) legt der Sachverständigenrat hiermit sein zehntes Jahresgutachten vor [2]).

2. In den ersten Monaten des Jahres 1973 kam es schneller als erwartet, doch wegen der anhaltenden Schwäche des Dollar nicht überraschend, zu erheblichen Devisenzuflüssen, die die konjunktur- und stabilisierungspolitischen Bemühungen in der Bundesrepublik erschwerten, ja zunichte zu machen drohten. Der Sachverständigenrat hat am 10. Februar 1973 in einem Schreiben an den Bundeskanzler zu diesen Fehlentwicklungen Stellung genommen und dargelegt, wie ihnen begegnet werden könnte [3]).

---

[1]) Das Gesetz mit den Änderungen durch das Änderungsgesetz vom 8. November 1966 und durch die den Sachverständigenrat betreffenden Bestimmungen des „Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft" vom 8. Juni 1967 sowie die §§ 1 bis 3 dieses Gesetzes sind als Anhang I und II angefügt. Wichtige Bestimmungen des Sachverständigenratsgesetzes sind im Vorwort der Jahresgutachten 1964/65 bis 1968/69 erläutert.

[2]) Eine Liste der bisher erschienenen Jahresgutachten und der Sondergutachten ist im Anhang III abgedruckt.

[3]) Der Brief wurde im Anhang des Sondergutachtens vom 4. Mai 1973 „Zur konjunkturpolitischen Lage im Mai 1973" veröffentlicht.

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53 Bonn 1
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 53 Bonn-Bad Godesberg 1,
Postfach 821, Goethestraße 56, Telefon (0 22 21) 36 35 51

3. Im Frühjahr nahm der konjunkturelle Aufschwung mit der außerordentlich starken Expansion der Nachfrage von außen und von innen mehr und mehr boomartige Züge an. Die Gefahr einer konjunkturellen Übersteigerung mit allen ihren unerwünschten Folgen, auch für den sozialen Frieden, war nicht von der Hand zu weisen. Der inflatorische Preisanstieg verschärfte sein Tempo, das nun weit über das hinausging, was nach den Erfahrungen aus früheren Zyklen zu erwarten war. Unter diesen Umständen schien es dem Sachverständigenrat angebracht, der Bundesregierung am 4. Mai ein Sondergutachten zur konjunkturpolitischen Lage vorzulegen, das wenige Tage später im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft veröffentlicht wurde [1]).

4. Bundesregierung und Bundesbank sind seit dem Frühjahr bemüht, mit einer konsequenten Restriktionspolitik, die sich zu einem Teil auch neuer Mittel bedient, gegen die konjunkturelle Überhitzung, vor allem aber gegen die inflatorische Entwicklung anzugehen. Wandlungen auf der währungspolitischen Szene sichern die außenwirtschaftliche Flanke der Konjunkturpolitik nun besser als früher: Die Bundesrepublik hat sich mit fünf Ländern der seit Beginn des Jahres erweiterten Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (sowie mit Schweden und Norwegen) zu einem Block zusammengeschlossen, der seine Währungen gegenüber dem Dollar frei schwanken läßt, im Innern aber feste Wechselkurse beibehält. Außerdem haben die meisten Industrieländer der westlichen Welt die Wechselkurse ihrer Währungen freigegeben. Seit einigen Monaten ist in der Bundesrepublik eine Dämpfung der konjunkturellen Auftriebskräfte unverkennbar. Die Preissteigerung hat ihr Tempo allerdings noch kaum vermindert. Der Kampf gegen den Geldwertschwund bleibt damit nach wie vor die Hauptaufgabe der Wirtschaftspolitik. Mut zur Stabilisierung als Kennzeichen der Wirtschaftspolitik der vergangenen Monate und als Maxime für das kommende Jahr ist deshalb das Grundthema des vorliegenden Jahresgutachtens.

5. In den vergangenen zwölf Monaten hatte der Sachverständigenrat Gelegenheit, den Bundesminister für Wirtschaft, den Bundesminister der Finanzen und Vertreter des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie den Präsidenten und Mitglieder des Direktoriums der Deutschen Bundesbank zu aktuellen konjunktur- und währungspolitischen Fragen zu hören. Finanzpolitische Fragen waren Gegenstand von Gesprächen mit dem Minister für Finanzen des Landes Niedersachsen und dem Staatssekretär im Finanzministerium des Landes Baden-Württemberg.

---

[1]) Das Sondergutachten vom 4. Mai 1973 ist im Anhang IV abgedruckt.

Zugeleitet mit Schreiben des Bundeskanzlers vom 22. November 1973 — I/4 (IV/2) — 600 06 — Gu 8/73. Das Gutachten wird vom Sachverständigenrat gemäß § 6 Abs. 1 des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vom 14. August 1963 (Bundesgesetzbl. I S. 685) in der zur Zeit geltenden Fassung veröffentlicht.

Wie üblich hat der Rat mit Vertretern der Sozialpartner, des Deutschen Industrie- und Handelstages und des Bundesverbandes der Deutschen Industrie über die anstehenden Probleme der Konjunkturpolitik diskutiert. Er hat ferner an allen Gesprächen im Rahmen der „Konzertierten Aktion" beim Bundesminister für Wirtschaft und an Sitzungen des Finanzplanungsrates teilgenommen.

Die Kommission der Europäischen Gemeinschaften gab dem Rat im Oktober 1973 Gelegenheit zu einem ausführlichen Gespräch über Probleme der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion.

6. Die Amtsperiode als Mitglied des Rates war für Professor Dr. Armin Gutowski am 1. März 1973 abgelaufen. Der Bundespräsident hat ihn auf Vorschlag der Bundesregierung für weitere fünf Jahre in den Sachverständigenrat berufen.

7. Im Laufe des Jahres hat der Rat mit Vertretern der Wirtschaftswissenschaften an Hochschulen und an Forschungsinstituten Gespräche führen können, die ihm für seine Arbeit wertvolle Erkenntnisse vermittelt haben. Allen Beteiligten hat der Rat zu danken.

8. Zu einzelnen Fragen, denen der Rat in seiner Arbeit besondere Aufmerksamkeit zu schenken hatte, haben ihm die Professoren C. Fred Bergsten, Washington D. C., Karl Brunner, Rochester N. Y., Fritz Machlup, Princeton N. J., Paul A. Samuelson, Cambridge/Mass., sowie Dr. Joachim Degner, Bonn-Röttgen, Dr. Gerhard Fels, Kiel, und Diplom-Volkswirt Wolfgang Filc, Hannover, dankenswerterweise schriftliche Ausarbeitungen zur Verfügung gestellt und damit die Vorbereitung des Gutachtens erleichtert.

Bei den Abschlußarbeiten an dem vorliegenden Gutachten haben uns Privatdozent Dr. Hermann Albeck, Tübingen, Professor Dr. Manfred Feldsieper, Mainz, Diplom-Volkswirt Karl-Heinz Ketterer, Berlin, Professor Dr. Manfred Neumann, Nürnberg, und Dr. Rüdiger Pohl, Hannover, geholfen. Wir fanden ferner, wie schon in früheren Jahren, wertvolle Unterstützung durch Diplom-Volkswirt Bernhard Filusch, Essen, Professor Dr. Hans Jürgen Schmahl, Hamburg, und Diplom-Volkswirt Klaus-Dieter Schmidt, Kiel. Ihnen allen gilt der Dank des Rates.

9. Die volkswirtschaftliche und statistische Abteilung der Deutschen Bundesbank hat wie immer den Sachverständigenrat bei seinen statistischen Arbeiten in großzügiger Weise unterstützt, in zahlreichen Einzelfragen beraten und ihm bei der Materialbeschaffung wertvolle Hilfe geleistet. Ihr dafür zu danken, ist ein besonderes Anliegen des Rates.

Für Unterstützung bei der Beschaffung von Informationen und statistischem Material hat der Sachverständigenrat außerdem der Kommission der Europäischen Gemeinschaften zu danken.

Die Zusammenarbeit mit dem Statistischen Bundesamt war auch in diesem Jahr sehr gut. Der weit über das Normale hinausgehende Einsatz vieler Angehöriger des Amtes, insbesondere der ständigen Mitarbeiter der Verbindungsstelle, hat die Arbeiten des Rates sehr erleichtert.

10. Auch dieses Jahresgutachten hätte der Sachverständigenrat ohne die unermüdliche Arbeit seiner Mitarbeiter nicht erstellen können. Dem wissenschaftlichen Stab des Rates gehörten beim Abschluß dieses Gutachtens an: Diplom-Volkswirt Christian Augustin, Diplom-Volkswirt Diplom-Kaufmann Helmut Becker, Dr. Hans-Hagen Härtel, Diplom-Volkswirt Hans-Hermann Jürgensmann, Dr. Brigitte Reitz, Diplom-Volkswirt Rainer Vollmer und Dr. Dieter Wermuth.

Ein besonderes Maß an Verantwortung für die wissenschaftliche Arbeit des Stabes hatte der Generalsekretär des Sachverständigenrates, Dr. Hans J. Barth, zu tragen.

Alle Fehler und Mängel, die das Gutachten enthält, gehen indessen allein zu Lasten der Unterzeichneten.

Wiesbaden, den 19. November 1973

W. Bauer A. Gutowski N. Kloten Cl. Köhler O. Sievert

Inhalt

Seite

Vorbemerkung 1

Erstes Kapitel: Zur Konjunkturlage 3

Teil A: Die Konjunktur in der Europäischen Gemeinschaft 1973 3

I. Der weltwirtschaftliche Rahmen 3
Hochkonjunktur und Inflation 3
Anhaltende währungspolitische Unsicherheiten 4

II. Hochkonjunktur in der Gemeinschaft 11
Lebhafte Auslandsnachfrage 12
Vordringen der Investitionsnachfrage 12
Hohe Auslastung der Kapazitäten 12
Ausbreitung des Inflationsklimas 15
Regionale Differenzierung 16

III. Außenwirtschaft unter neuen Rahmenbedingungen 16
Warenverkehr im Zeichen der Erweiterung der Gemeinschaft 16
Kapitalverkehr durch Block-Floating und Dirigismus geprägt 18

IV. Geld- und Kreditpolitik auf Restriktionskurs 19

V. Starke Ausweitung der Staatshaushalte 22

VI. Struktur der erweiterten Gemeinschaft 24

Teil B: Die Binnenkonjunktur 1973 28

I. Gekappter Boom 28
Starker Nachfragesog aus dem Ausland 28
Gezügelte Investitionsneigung 31
Baukonjunktur im Zeichen der Restriktionspolitik 32
Nur mäßiger Lageraufbau 33
Inflationsbedingte Zunahme der Verbrauchsneigung? 34
Produktionspotential weitgehend ausgeschöpft 35
Geringe Entlastung durch Importe 39
Inflatorischer Preisauftrieb 40
Lohnpolitik auf Anpassungskurs 45

II. Außenwirtschaft bei flexibleren Wechselkursen 58
Kräftige Höherbewertung der D-Mark 59

Seite

Terms of Trade erheblich verschlechtert 61
Starke Expansion der Ausfuhr — Schwacher Anstieg der Einfuhr ... 62
Vermehrte außenwirtschaftliche Überschüsse 63

III. Geld- und Kreditpolitik: Scharf restriktiv 65
Bundesbank nutzt außenwirtschaftliche Absicherung 65
Bundesbank übernimmt die Initiative zur Kontrolle der Zentralbankgeldmenge 68
Monetäre Expansion verlangsamt 72
Spürbarer Zinsanstieg 75

IV. Öffentliche Finanzen: Zögernde Abkehr vom expansiven Kurs 77
Ungebrochene Ausgabenexpansion trotz restriktiver Haushaltsführung 81
Starke Zunahme der Steuereinnahmen 82
Exkurs: Inflation und Steuerprogression 84
Das konjunkturpolitische Ziel erreicht? 85
Exkurs: Zur Struktur der öffentlichen Ausgaben 90

V. Der Gesamtindikator zur Konjunkturdiagnose: Ungewöhnlich rasch wieder abwärts gerichtet 92

Zweites Kapitel: Die voraussehbare Entwicklung 94

I. Die Weltkonjunktur im Jahre 1974 94

II. Die öffentlichen Finanzen im Jahre 1974 97

III. Die voraussichtliche Entwicklung der Binnenkonjunktur 98

Drittes Kapitel: Mut zur Stabilisierung 105

I. Die Situation im Herbst 1973 105
Der Befund für die Gemeinschaft 105
Der Befund für die Bundesrepublik 105

II. Die Wirtschaftspolitik 1973 im Rückblick 106
Europa: Vorangekommen? 106
Bundesrepublik: Beherzter Kurswechsel 109

III. An die Grenze gehen 115
Für diese Auffassung spricht 115
Gegen diese Auffassung spricht 117
Abwägungshilfen 118
Zur lohnpolitischen Situation 119
Für eine Politik des kalkulierten Risikos 121
Alternativen 129

Seite

Minderheitsvotum zur Frage der wirtschaftspolitischen Strategie: Verstetigung durch koordinierte Wirtschaftspolitik 133

Minderheitsvotum zur Frage des monetären Konzepts 137

Minderheitsvotum zur Frage der Wechselkurse 139

Viertes Kapitel: Perspektiven der Europäischen Währungsunion 141

I. Zum Fortgang der währungspolitischen Integration 141

Nächste Schritte — Fortschritte? 142

Ein Korsett für „feste, aber anpassungsfähige Paritäten" 145

II. Zur Regionalpolitik in einer entstehenden Wirtschafts- und Währungsunion 148

III. Europäische Währungsunion und Weltwährungssystem 151

Anhang

I. Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 157

II. Auszug aus dem Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft 159

III. Verzeichnis der Gutachten des Sachverständigenrates 160

IV. Sondergutachten vom 4. Mai 1973: Zur konjunkturpolitischen Lage im Mai 1973 161

V. Mengenindikator, Kosten- und Preisindikator 183

VI. Methodische Erläuterungen 184

VII. Statistischer Anhang 187

Sachregister 273

Verzeichnis der Schaubilder

		Seite
1	Entwicklung der Weltmarktpreise für Rohstoffe	5
2	Kursentwicklung der Gemeinschaftswährungen	17
3	Zinsentwicklung in der EWG und in den Vereinigten Staaten	22
4	Indikatoren der Konjunkturentwicklung	29
5	Konjunkturelle Nachfrageschwankungen	30
6	Investitionsgüternachfrage	32
7	Vorratsinvestitionen	33
8	Verfügbares Einkommen, Verbrauch und Ersparnis der privaten Haushalte	34
9	Gesamtwirtschaftliches Produktionspotential	36
10	Kapazitätsauslastung in der Verarbeitenden Industrie	37
11	Arbeitsproduktivität	37
12	Beschäftigung und Arbeitsmarkt	39
13	Beitrag der Einfuhr zur inländischen Güterversorgung	39
14	Preisindex für die Lebenshaltung	40
15	Zum Preisauftrieb auf den Märkten für Nahrungsmittel	41
16	Preisverbund zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreisen	43
17	Kosten- und Preiszyklen	44
18	Industrielle Erzeugerpreise	44
19	Löhne und Gehälter in der Gesamtwirtschaft	50
20	Zur Entwicklung der Lohnsteuerquoten	52
21	Zur Entwicklung der Lohnkosten	56
22	Zur Gewinnentwicklung im Verarbeitenden Gewerbe	56
23	Realrendite in der Gewerblichen Wirtschaft	57
24	Höherbewertung der D-Mark	59
25	Einkaufspreise für Auslandsgüter	61
26	Außenhandelspreise und Terms of Trade	62
27	Freie Liquiditätsreserven der Kreditinstitute	70
28	Rechnerisches Kreditmaximum, Kreditbestand und Rechnerischer Kreditschöpfungsspielraum	71
29	Bankeinlagen, Geldmenge und Zentralbankgeld	72
30	Bruttosozialprodukt, Geldmenge, Umlaufgeschwindigkeit des Geldes	74
31	Ausgewählte Zinssätze in der Bundesrepublik Deutschland	76
32	Zur Progression des Steuersystems	84
33	Gesamtindikator zur Konjunkturdiagnose	93
34	Entwicklung wichtiger Komponenten des Sozialprodukts	99
35	Zu Alternativen der Konjunkturpolitik	132
36	Mengenindikator, Kosten- und Preisindikator	183

Verzeichnis der Tabellen im Text

		Seite
1	Anstieg der Verbraucherpreise in ausgewählten Ländern	4
2	Übersicht wirtschaftspolitisch wichtiger Ereignisse im Ausland	6
3	Bruttosozialprodukt und seine Verwendung in der Gemeinschaft	13
4	Lohnkosten je Produkteinheit in den EWG-Ländern, den Vereinigten Staaten und in Japan	14
5	Bruttoeinkommen in den EWG-Ländern, den Vereinigten Staaten und in Japan	15
6	Einflüsse auf die Bankenliquidität in der EWG	20
7	Geldmenge und Kreditbestände in EWG-Ländern	21
8	Der Staatshaushalt in den EWG-Ländern	23
9	Bruttosozialprodukt und Produktivität in der EWG	24
10	Zur Produktionsstruktur in der EWG und den Vereinigten Staaten	25
11	Verwendungsstruktur des Sozialprodukts in der Gemeinschaft	26
12	Konsumentenkredite	35
13	Übersicht einkommenspolitisch wichtiger Ereignisse	46
14	Verteilung des Volkseinkommens	51
15	Progression der Lohnsteuer und Inflation	53
16	Zur Entwicklung der Reallohnposition	55
17	Zur Entwicklung der Zahlungsbilanz	64
18	Übersicht über die Maßnahmen der Deutschen Bundesbank	66
19	Übersicht finanzpolitisch wichtiger Ereignisse	78
20	Die Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte	81
21	Das Aufkommen der wichtigsten Einzelsteuern	83
22	Die Haushalte der Gebietskörperschaften in konjunktureller Sicht	86
23	Finanzierungssaldo und konjunktureller Effekt der öffentlichen Haushalte	89
24	Zur Ausgabenstruktur des öffentlichen Gesamthaushalts 1972	91
25	Zur internationalen Konjunkturentwicklung	95
26	Einnahmen und Ausgaben des Staates	98
27	Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	100
28	Die Haushalte der Gebietskörperschaften 1974	126
29	Daten zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung für das Jahr 1974	130
30	Zur monetären Budgetierung	135

Verzeichnis der Tabellen im statistischen Anhang

		Seite
1*	Bevölkerung und Erwerbstätige in den EWG-Ländern	192
2*	Beschäftigte Arbeitnehmer und Arbeitslose in den EWG-Ländern	193
3*	Bruttosozialprodukt der EWG-Länder	194
4*	Bruttosozialprodukt je Einwohner der EWG-Länder	195
5*	Bruttoinlandsprodukt der EWG-Länder	196
6*	Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen der EWG-Länder	197
7*	Volkseinkommen und Einkommen aus unselbständiger Arbeit der EWG-Länder	198
8*	Privater Verbrauch der EWG-Länder	199
9*	Staatsverbrauch der EWG-Länder	200
10*	Bruttoanlageinvestitionen der EWG-Länder	201
11*	Außenhandel der EWG-Länder	202
12*	Industrielle Produktion der EWG-Länder	203
13*	Zur Preis- und Lohnentwicklung in wichtigen Industrieländern	204
14*	Bevölkerung und Erwerbstätigkeit	206
15*	Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen	207
16*	Beiträge zusammengefaßter Wirtschaftsbereiche zum Bruttoinlandsprodukt	208
17*	Sozialprodukt und Volkseinkommen	212
18*	Verteilung des Volkseinkommens	214
19*	Volkseinkommen und Produktivität	215
20*	Verwendung des Sozialprodukts	216
21*	Investitionen	220
22*	Einkommen und Ersparnis der privaten Haushalte	222
23*	Käufe der inländischen privaten Haushalte für den Privaten Verbrauch nach Verwendungszwecken	224
24*	Wirtschaftliche Beziehungen des Staates zu den anderen Sektoren der Volkswirtschaft und zur übrigen Welt	226
25*	Vermögensbildung, Sachvermögensbildung und Finanzierungssalden	228
26*	Kassenmäßige Steuereinnahmen	230
27*	Kreditmarktverschuldung der öffentlichen Haushalte	231
28*	Konsolidierte Bilanz des Bankensystems (Geldvolumensrechnung)	232
29*	Zahlungsmittelbestände und Kredite	234
30*	Auftragseingang in der Verarbeitenden Industrie	235
31*	Auftragsbestand in der Verarbeitenden Industrie	238
32*	Umsatz in der Industrie	240
33*	Industrielle Produktion	243
34*	Beschäftigte in der Industrie	244
35*	Geleistete Arbeiterstunden in der Industrie	246
36*	Produktionsergebnis je Beschäftigtenstunde in der Industrie	247
37*	Baugenehmigungen	248
38*	Umsatz, Beschäftigung und Produktion im Bauhauptgewerbe	249
39*	Großhandelsumsatz	250
40*	Einzelhandelsumsatz	251
41*	Zahlungsbilanz	252
42*	Kapitalverkehr mit dem Ausland	254
43*	Außenhandel, tatsächliche Werte, Volumen und Durchschnittswerte	256
44*	Aus- und Einfuhr nach Warengruppen der Produktionsstatistik	257
45*	Ausfuhr nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik	258
46*	Einfuhr nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik	259
47*	Warenausfuhr nach Ländergruppen	260
48*	Wareneinfuhr nach Ländergruppen	261
49*	Preisentwicklung nach den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	262
50*	Index der Grundstoffpreise	263
51*	Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte	264
52*	Preisindizes für Neubau und Instandhaltung, Baulandpreise	265
53*	Index der Verkaufspreise für Ausfuhrgüter	266
54*	Index der Einkaufspreise für Auslandsgüter	267
55*	Preisindex für die Lebenshaltung, alte Systematik, 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte	268
56*	Preisindex für die Lebenshaltung, neue Systematik, 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte	269
57*	Preisindex für die Lebenshaltung, neue Systematik, alle privaten Haushalte	270
58*	Preisindex für die Lebenshaltung, alte Systematik, Zusatzdarstellung	271
59*	Löhne und Gehälter	272

Statistische Materialquellen

Angaben aus der amtlichen Statistik für die Bundesrepublik Deutschland stammen, soweit nicht anders vermerkt, vom Statistischen Bundesamt. Diese Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet einschl. Berlin (West); andere Gebietsstände sind ausdrücklich angemerkt.

Material über das Ausland wurde in der Regel internationalen Veröffentlichungen entnommen. Darüber hinaus sind in einzelnen Fällen auch nationale Veröffentlichungen herangezogen worden.

Abkürzungen

Eur	=	Rechnungseinheit der Europäischen Gemeinschaften (= 0, 88867088 Gramm Feingold)
JG	=	Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
JWB	=	Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung
SG	=	Sondergutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
BRD	=	Bundesrepublik Deutschland
DIW	=	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin
EFTA	=	Europäische Freihandelsvereinigung
EG	=	Europäische Gemeinschaften
EWG	=	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
HWWA	=	HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, Hamburg
Ifo	=	Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, München
ILO	=	Internationale Arbeitsorganisation
IFW	=	Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel
IWF	=	Internationaler Währungsfonds
OECD	=	Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
RWI	=	Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Essen
UN	=	Vereinte Nationen
WSI	=	Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut des Deutschen Gewerkschaftsbundes GmbH, Düsseldorf

Zeichenerklärung

±	0	= nichts
	0	= weniger als die Hälfte der kleinsten dargestellten Einheit
	.	= kein Nachweis
	. . .	= Angaben fallen später an
—	oder |	= der zeitliche Vergleich ist durch grundsätzliche Änderungen beeinträchtigt
×		= Nachweis ist nicht sinnvoll bzw. Fragestellung trifft nicht zu

Vorbemerkung

Die Sorge um eine ausreichende Belieferung mit Erdöl überschattet gegenwärtig die stabilitätspolitischen Anliegen. Seit einigen Tagen scheint gewiß, daß die Verbraucher, die gewerbliche Wirtschaft und der staatliche Bereich Einschränkungen hinzunehmen haben. Gilt dies für längere Zeit oder verschlechtert sich die Lage noch, so hat dies Auswirkungen auf die Gesamtgrößen der Volkswirtschaft, die zu Buche schlagen.

Der Sachverständigenrat hat geprüft, inwieweit ihm möglich sein könnte, solche Auswirkungen in seiner Vorausschau auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung zu berücksichtigen. Noch ist möglich, daß die Krise so rasch zurückgeht, daß Ölversorgungsschwierigkeiten Produktion und Einkommen des Jahres 1974 nicht nennenswert beeinträchtigen. Blieben die Einschränkungen gering, so dürfte darauf vertraut werden, daß die Unternehmen und Haushalte, gedrängt auch durch die staatlichen Regelungen, ihr Verhalten in einer Weise anpassen, welche die Rückwirkungen im arbeitsteiligen System der Volkswirtschaft zunächst in engen Grenzen hält. Gleichwohl wäre es vorteilhaft, die möglichen Auswirkungen zu kennen, die sich aus einer bestimmten, wenn auch vielleicht nur angenommenen Versorgungslage ergeben würden: Dies setzte jedoch Analysen voraus, die wir allein nicht und unter Mitwirkung von Sachverständigen der Energiewirtschaft nur mit erheblichem zeitlichen Aufwand erstellen könnten.

Zugleich drängt die Zeit, da die Bundesregierung ihre gesamtwirtschaftlichen Orientierungsdaten für das Jahr 1974 möglichst bald bekanntgeben möchte. In diesem Konflikt haben wir uns entschlossen, es in unseren Schätzungen zur konjunkturellen Entwicklung bei der Annahme zu belassen, daß das Jahr 1974 nicht mehr im Zeichen der Ölkrise stehen wird. Man muß diese Annahme nicht die wahrscheinlichste nennen, jede andere wäre jedoch derzeit nicht weniger willkürlich.

Durch die Erdölkrise haben die stabilitätspolitischen Probleme, die Hauptgegenstand dieses Gutachtens sind, nicht an Aktualität verloren. Die wichtigsten Probleme dürften unverändert zur Lösung anstehen, auch wenn sich die Krise noch verschärfte.

Sollte die Annahme des Rates über die Ölversorgung durch die Erfahrungen widerlegt werden, müßten unsere Schätzungen ohne Verzug überprüft und gegebenenfalls korrigiert werden.

ERSTES KAPITEL
Zur Konjunkturlage

TEIL A
Die Konjunktur in der Europäischen Gemeinschaft 1973

I. Der weltwirtschaftliche Rahmen

1. Die wirtschaftliche Entwicklung in den Ländern der westlichen Welt war 1973 durch Hochkonjunktur und beschleunigten Preisauftrieb geprägt.

Der konjunkturelle Aufschwung, der sich im Herbst 1972 durchgesetzt hatte, nahm während des Winterhalbjahres boomartige Züge an; seit dem Sommer 1973 verlangsamt er sich. Der Geldwertschwund verstärkte sich nochmals; ihn einzudämmen, wurde zum wirtschaftspolitischen Hauptproblem.

Die Krise, in der sich der Dollar seit langem befindet, hielt bis weit in das Jahr 1973 an. Im Frühjahr gaben die meisten Industrieländer den Wechselkurs ihrer Währungen gegenüber dem Dollar frei. Währungsunsicherheiten und Veränderungen der Kursrelationen bremsten den Welthandel nicht; die konjunkturellen Expansionskräfte erwiesen sich als stärker.

Hochkonjunktur und Inflation

2. Die wirtschaftliche Belebung hatte in den meisten Ländern im Laufe des Jahres 1972 eingesetzt, besonders früh und drängend in den Vereinigten Staaten, kurz darauf auch in Japan. In beiden Ländern wurde sie zunächst durch eine expansive Finanzpolitik und einen hohen privaten Verbrauch gestützt; doch erfaßte die allgemeine wirtschaftliche Belebung bald auch den Investitionsgüterbereich. Im Herbst gewann der Aufschwung in Westeuropa an Kraft. Die Entwicklungsländer, die aus dem Rohstoffexport steigende Erlöse erzielten, verstärkten ihre Nachfrage nach Industrieprodukten. So kam es weltweit zum Konjunkturgleichschritt.

Die Expansion ließ die Zuwachsrate des realen Sozialproduktes der westlichen Industrieländer 1973 im Jahresvergleich auf den hohen Wert von 6½ vH ansteigen. Die Produktionskapazitäten vieler, wenn auch nicht aller Länder, waren im Sommer 1973 voll ausgelastet, die Arbeitsmärkte angespannt. Nach der Jahresmitte setzte fast überall eine leichte Beruhigung des raschen Aufschwungs ein. In wichtigen Branchen, vor allem in den Investitionsgüterindustrien, wurde das Produktionswachstum aber weiterhin von Kapazitätsengpässen begrenzt.

3. Der Preisauftrieb erreichte 1973 ein Ausmaß, das selbst in pessimistischen Voraussagen nicht für wahrscheinlich gehalten worden war. Lag die Teuerungsrate bei den Verbraucherpreisen im ersten Halbjahr 1972 in den wichtigsten Industrieländern noch bei reichlich 4 vH, so erhöhte sie sich auf 5½ vH im darauffolgenden Halbjahr und auf rund 6½ vH in den ersten sechs Monaten 1973, jeweils im Vorjahresvergleich. Insgesamt dürfte das Verbraucherpreisniveau 1973 um rund 7½ vH über dem des Vorjahres liegen (Tabelle 1).

4. Die wohl wichtigste Determinante für den anhaltenden und sich trendmäßig beschleunigenden Geldwertschwund ist in der übermäßigen monetären Expansion zu sehen. Die enorme Zunahme an internationaler Liquidität blähte die Währungsreserven der IWF-Länder auf, allein von Ende 1969 bis Mitte 1973, in Dollar gerechnet, auf fast das Zweieinhalbfache. Dazu beigetragen haben die gewaltigen Zahlungsbilanzdefizite der Vereinigten Staaten ebenso wie die währungspolitischen Stützungsaktionen innerhalb und außerhalb des Abkommens über den Internationalen Währungsfonds, die Schaffung der Sonderziehungsrechte und auch die internationale Geldschöpfung, insbesondere auf den Euro-Geldmärkten.

Das Übermaß an Liquidität begünstigte die Entstehung einer weltweiten Übernachfrage; es höhlte die Zwänge zu stabilitätspolitischer Disziplin aus, die die Weltwährungsordnung ursprünglich den einzelnen Ländern auferlegte. Wo nationale Stabilitätspolitik sich den Folgen zu widersetzen suchte, machten außenwirtschaftliche Überschüsse, der internationale Preiszusammenhang und spekulative Liquiditätszuflüsse in Währungskrisen die Anstrengungen zunichte; Wechselkursanpassungen, die dem hätten vorbeugen können, kamen meist zu spät.

In zahlreichen westlichen Volkswirtschaften wurde die monetäre Expansion jahrelang eher für förderlich als für bedenklich gehalten, und es wurde daher kaum versucht, ihr binnenwirtschaftlich entgegenzuwirken. Vollbeschäftigung und rasches wirtschaftliches Wachstum waren als gesamtwirtschaftliche Ziele so übermächtig — nicht gerade selten sind sie es noch heute —, daß die Gefahren der Inflation und ihrer Übertragung von Land zu Land allzu gering bewertet wurden. Dabei spielte die Vorstellung, die Hinnahme von mehr Inflation verhelfe zu

Tabelle 1

Anstieg der Verbraucherpreise in ausgewählten Ländern [1])
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH

Land	1968	1969	1970	1971	1972	1973		
						1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Bundesrepublik Deutschland	+1,6	+1,9	+3,4	+5,3	+5,5	+ 6,4	+ 7,3	+ 6,9
Frankreich	+4,8	+6,4	+5,3	+5,5	+5,9	+ 6,4	+ 7,1	+ 7,6
Italien	+1,3	+2,6	+5,0	+4,8	+5,7	+ 8,8	+11,1	+11,7
Niederlande	+3,7	+7,5	+4,4	+7,6	+7,8	+ 7,6	+ 8,1	+ 8,3
Belgien	+2,7	+3,7	+4,0	+4,3	+5,5	+ 6,9	+ 7,3	+ 6,8
Luxemburg	+2,5	+2,4	+4,6	+4,7	+5,2	+ 5,8	+ 7,2	+ 5,5
Großbritannien	+4,8	+5,4	+6,4	+9,4	+7,1	+ 7,9	+ 9,4	+ 9,2
Irland	+4,8	+7,4	+8,2	+8,9	+8,7	+10,1	+11,7	+11,3
Dänemark	+9,6	+3,3	+6,4	+6,0	+6,6	+ 7,3	+ 8,9	+ 8,9
EWG der Neun [2])	+3,3	+4,2	+4,9	+6,2	+6,1	+ 7,3	+ 8,4	+ 8,4
Vereinigte Staaten	+4,2	+5,4	+5,9	+4,3	+3,3	+ 4,1	+ 5,5	+ 6,8
Japan	+5,3	+5,4	+7,6	+6,1	+4,5	+ 7,1	+10,5	+12,9

[1]) Aus Angaben in Landeswährung.
[2]) Zusammengewogen mit den Anteilen am Privaten Verbrauch (in jeweiligen Preisen) im Jahre 1971; auch 1968 bis 1972 einschließlich Großbritannien, Irland, Dänemark.

Quelle für Ausland: OECD

mehr Vollbeschäftigung und Wachstum, eine verhängnisvolle Rolle.

Erst als sich die Inflation allenthalben immer mehr beschleunigte, wurde sie als zentrales wirtschaftspolitisches Problem erkannt. Der Übergang zum Floaten, sei es isoliert, sei es im Verbund, bot eine Chance, unbeeinflußt von außenwirtschaftlichen Störungen Stabilitätspolitik zu betreiben; diese wurde jedoch keineswegs überall genutzt. Im Gegenteil, einige Länder sahen im Floaten eher die Möglichkeit, noch ungestörter als bisher einen Expansionskurs zu steuern. Der Preisauftrieb wurde in diesen Fällen zusätzlich dadurch angeheizt, daß durch die kräftigen Kursrückgänge, die sich am Devisenmarkt ergaben, die Preise importierter Güter stark anstiegen.

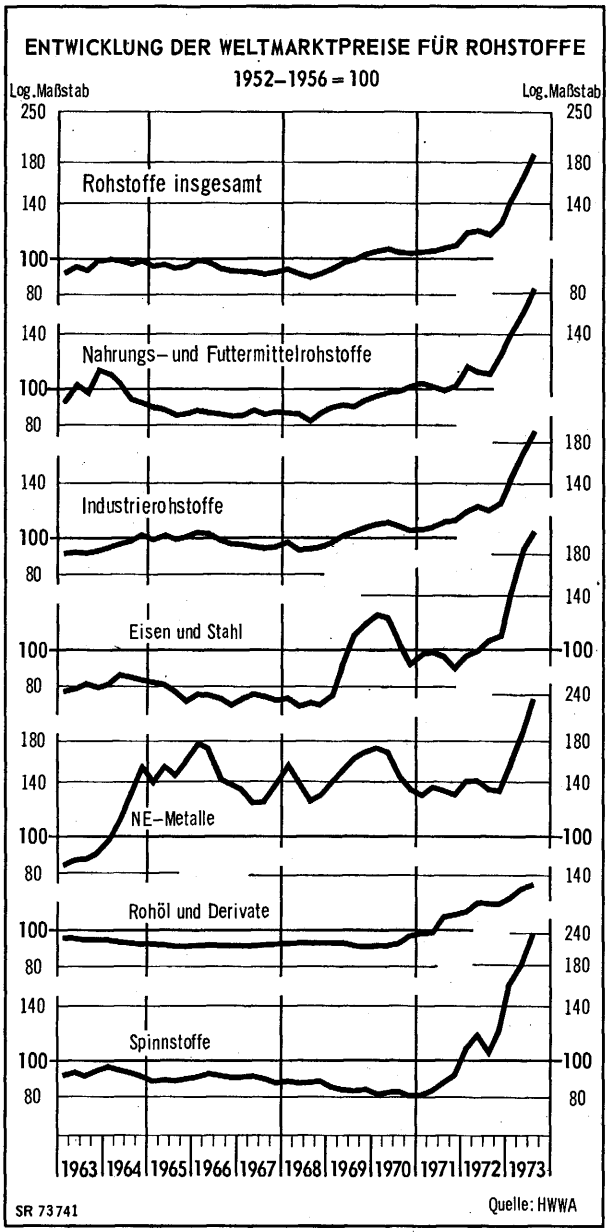
5. Die Hochkonjunktur gab dem Geldwertschwund 1973 zusätzliche Impulse. Bei wichtigen industriell erzeugten Gütern stieß die Nachfrage auf ein Angebot, das nur noch im Maße des Kapazitätswachstums ausgeweitet werden konnte. Das hätte schon von sich aus den Preisauftrieb beschleunigt. Hinzu kam eine ungewöhnliche Verknappung auf den Rohstoffmärkten, die zum Teil durch einen spekulativen Lageraufbau bedingt war. Vor allem die Preise von Industrierohstoffen und Halbwaren schienen 1973 förmlich zu explodieren. Neben konjunkturellen Einflüssen spielten bei einigen Produkten Sonderfaktoren wie Streiks, politische Schwierigkeiten und ungünstige Witterungseinflüsse eine wichtige Rolle. Der HWWA-Index, der auf Dollarbasis die Preisentwicklung von rund fünfzig Rohstoffen widerspiegelt, lag im Oktober 1973 um 70 vH über seinem Vorjahreswert (Schaubild 1).

Die besonders starke Verteuerung von Rohöl und seinen Derivaten als Folge der kriegerischen und politischen Verwicklungen im Nahen Osten kommt darin noch nicht voll zum Ausdruck.

Anhaltende währungspolitische Unsicherheiten

6. Die Auflösung des Systems von Bretton Woods, das sich auf feste Wechselkurse gründet, setzte sich 1973 fort (Tabelle 2). Wer nach den Washingtoner Währungsbeschlüssen vom Dezember 1971 (JG 72 Ziffer 103) geglaubt hatte, die Devisenmärkte seien damit dauerhaft neu geordnet worden, mußte feststellen, daß das Mißtrauen in die amerikanische Währung keineswegs gebannt war. Ganz gleich, welche Währung 1972 in Abwertungsverdacht geriet, stets wurde der Dollar unverzüglich in Mitleidenschaft gezogen, so bei der Pfundkrise, so bei der

Schaubild 1



Lirakrise. Zur Schwäche des Dollar hatte beigetragen, daß sich die amerikanische Zahlungsbilanz nach dem Realignment nicht so rasch verbesserte, wie dies vielfach erwartet worden war. Mit der Veränderung der Rolle des Dollar in der Welt zeigte sich immer mehr, daß die Bestände an Dollar in keinem rechten Verhältnis mehr zum Bedarf standen.

7. Anfang 1973 gerieten die Währungsrelationen unter dem Druck enormer Devisenströme aufs Neue in Bewegung: Italien und Japan gaben ihre Wechselkurse frei, der Dollar wurde abgewertet, diesmal um 10 vH; doch entstand dadurch nicht einmal eine vorübergehende Atempause. Die Nervosität auf den Devisenmärkten hielt an; sie verstärkte sich, als der Marktpreis des Goldes anzog. Der Anstieg des Goldpreises und der Verfall des Dollarkurses setzten sich dann — unaufhaltsam, wie es schien — fort. Insbesondere gegenüber den Währungen des im März 1973 gebildeten Floating-Blocks (Ziffer 37) verlor die amerikanische Währung rasch an Wert; vom 19. März bis zum 9. Juli 1973 waren es 15½ vH. Weitgehend parallel dazu entwickelte sich der Kurs des Dollar in der Schweiz; gegenüber dem Yen fiel er hingegen kaum noch.

Nach der Jahresmitte stellte sich mehr Ruhe auf den Devisenmärkten ein; der Dollar konnte sich allgemein leicht erholen. Mit dazu beigetragen haben die allmähliche Verbesserung der amerikanischen Zahlungsbilanz, die Hochzinspolitik in den Vereinigten Staaten sowie die Bereitstellung von zusätzlichen Beistandskrediten. In der Folge erwies sich der Dollar auch gegenüber erheblichen außenpolitischen und innenpolitischen Belastungen als recht widerstandsfähig und wertete sich im Herbst sogar wieder kräftig auf.

8. Wechselkursveränderungen zwischen den Währungen der wichtigsten Industrienationen in derart großem Ausmaß und in derart kurzer Zeit, so könnte man glauben, müßten aufgrund der großen Unsicherheiten, die sie mit sich bringen, beträchtliche Störungen des Welthandels nach sich ziehen. Gewiß haben sich die Wettbewerbsbedingungen verändert, zum Teil tiefgreifend. Desungeachtet expandierte das Welthandelsvolumen 1973 mit 13 vH noch kräftiger als 1972 (8½ vH). Dies macht deutlich, wie stark der weltweite Nachfragesog gewesen sein muß, den der internationale Konjunkturgleichschritt auslöste. Zudem haben die Unternehmen mittlerweile wohl gelernt, Währungskrisen besser als früher durchzustehen.

9. In den Vereinigten Staaten hielt das hohe Expansionstempo, das 1972 eingesetzt hatte, dank reichlicher Kapazitätsreserven bis zum Sommer 1973 an. Vom Herbst 1972 bis Sommer 1973 erhöhte sich die industrielle Produktion mit einer Jahresrate von 11 vH; von Juli bis Dezember ist noch mit 6 vH zu rechnen.

Vorangetrieben hatten den Aufschwung zunächst die sehr starke Ausweitung der öffentlichen Haushalte, sodann auch der private Verbrauch — vor allem die Nachfrage nach langlebigen Konsumgütern —, außerdem der Wohnungsbau. Je mehr sich Kapazitätsengpässe abzeichneten, desto mehr verstärkte sich, begünstigt durch hohe Gewinne, die Investitionsneigung. Im Laufe des Jahres 1973 schwächte sich die private Konsumnachfrage beträchtlich ab, da die Realeinkommen der Arbeitnehmer kaum mehr zunahmen. Auch die öffentlichen Hände legten sich 1973 mehr Zurückhaltung bei ihren Ausgaben auf als im Vorjahr. Insgesamt erhöhte sich jedoch der Arbeitskräftebedarf noch kräftig; die Anzahl der offenen Stellen stieg stark an. Die Arbeitslosenquote sank bis zum Oktober, sieht man von saisonalen Einflüssen ab, auf 4,5 vH und erreichte damit einen Wert, der etwa den Zielvorstellungen der Regierung entsprach. Die Lohnsteigerungen fielen, gemessen an der konjunkturellen Entwicklung, recht bescheiden aus; die Löhne blieben auch 1973 den Ende 1971 eingeführten Kon-

Tabelle 2

Übersicht wirtschaftspolitisch wichtiger Ereignisse im Ausland

Datum	
1973	
12. Februar	Die Regierung der Vereinigten Staaten wertet den Dollar gegenüber den Sonderziehungsrechten um 10 vH ab. Die Kurse von Lira und Yen werden daraufhin freigegeben.
8. Juli	Die Zentralbankgouverneure erklären in Basel, daß Währungsinterventionen auch in Zukunft immer dann von Nutzen sein könnten, wenn die Ordnung auf den Devisenmärkten gefährdet sei.
10. Juli	Vierzehn Länder und die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich erhöhen die kurzfristigen Beistandskreditlinien der Vereinigten Staaten um 6,25 Mrd. Dollar auf nahezu 18 Mrd. Dollar.
	Europäische Gemeinschaften
1972	
5. Dezember	Der Ministerrat nimmt das Budget des Jahres 1973 für die erweiterte Gemeinschaft an.
1973	
1. Januar	Großbritannien, Dänemark und Irland werden Mitglieder der Gemeinschaft. Die bisher gegenüber den alten EG-Ländern bestehenden Zölle sollen bis 1977 in fünf Stufen abgebaut werden.
2. März	Nach einer erneuten Spekulationswelle gegen den Dollar werden die wichtigsten Devisenbörsen geschlossen.
12. März	Die Finanzminister aus Frankreich, den Benelux-Ländern, Dänemark und der Bundesrepublik beschließen, gemeinsam ihre Wechselkurse gegenüber dem Dollar freizugeben und die bisherige Bandbreite von 2,25 vH beizubehalten. Vorab wird die D-Mark um 3 vH aufgewertet. Großbritannien, Irland und Italien bleiben zunächst außerhalb des Blocks. Schweden und Norwegen dagegen schließen sich den Vereinbarungen an.
19. März	Die Devisenmärkte werden wieder geöffnet. Die währungspolitischen Beschlüsse werden wirksam.
1. April	Die Zölle zwischen der „alten" Gemeinschaft und den drei neuen Mitgliedern werden um 20 vH gesenkt. Gleichzeitig wird diese Vereinbarung auf die EFTA-Länder Österreich, Portugal, Schweden und Schweiz ausgedehnt. Am 14. Mai wird mit Norwegen ein gleichartiges Abkommen geschlossen. Bis 1977 soll die Europäische Freihandelszone zwischen der EG und den EFTA-Ländern verwirklicht sein.
3. April	Die Außenminister der erweiterten Gemeinschaft unterzeichnen das Abkommen zur Schaffung eines Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit. Sein vorläufiger Sitz ist Luxemburg.
1. Mai	Der Rat legt die Agrarpolitik für das Wirtschaftsjahr 1973/74 fest. Bei tierischen Produkten werden Preiserhöhungen zwischen 5,5 vH für Milch und 10,5 vH für Rinder vorgesehen. Maßnahmen zur Förderung der Rindfleischproduktion werden beschlossen.
28. Juni	Der Rat verabschiedet eine Entschließung über ergänzende Maßnahmen zur Inflationsbekämpfung.
4. August	Die Kommission verhängt ein Exportverbot für Hartweizen, nachdem die Lage auf den Weltmärkten die Versorgung der Gemeinschaft zu gefährden drohte.
	Belgien
1972	
21. Dezember	Der Diskontsatz wird von 4½ % auf 5 % heraufgesetzt, nachdem er bereits am 23. November um einen halben Prozentpunkt angehoben worden war.

noch Tabelle 2

Datum	
1973	
2. März	Die Regierung verabschiedet ein Programm zur Bekämpfung des Preisanstiegs. Folgende Maßnahmen sind vorgesehen: selektiver Vollzug des Staatshaushalts, Erschwerung von Teilzahlungskäufen, verschärfte Preiskontrollen und kurzfristige Erhöhung der Mindestreservesätze.
10. Mai bis 4. Oktober	Die Belgische Nationalbank erhöht den Diskontsatz in mehreren Schritten auf 7 %.
19. Juli	In einem zusätzlichen Anti-Inflationsprogramm beschließt die Regierung, 3 vH aller Exporterlöse stillzulegen, die öffentlichen Ausgaben nicht schneller ansteigen zu lassen als das nominale Bruttosozialprodukt und die Exportförderung einzustellen. Die Vorschrift, geplante Preiserhöhungen drei Monate im voraus anzumelden, wird verlängert.
1. August	Die Notenbank verkündet kreditbegrenzende Maßnahmen: Ende August werden die Rediskontplafonds um 10 vH gekürzt. Teilzahlungskäufe werden weiter erschwert. Die Negativzinsen auf Ausländerkonten werden ausgesetzt, aber schon am 20. September wieder eingeführt.
	Dänemark
1973	
1. Januar	Dänemark wird Mitglied der Gemeinschaft.
8. März	Die Regierung verkündet ein Stabilisierungsprogramm: Durch die Erhöhung der Körperschaftsteuer von 36 vH auf 40 vH und Zurückstellen öffentlicher Investitionsprogramme soll der geplante Haushaltsüberschuß im Rechnungsjahr 1973/74 nahezu verdreifacht werden.
11. Juli	Der Diskontsatz wird von 7 % auf 8 % heraufgesetzt.
16. Oktober	Die Regierung wird ermächtigt, die Kreditgewährung der Banken zu begrenzen. Außerdem werden einige indirekte Steuern erhöht.
	Frankreich
1972	
7. Dezember	Die Regierung beschließt neue Stabilisierungsmaßnahmen: Verringerung der Mehrwertsteuersätze; Begebung einer wechselkursgesicherten Anleihe in Höhe von 5,5 Mrd. FF; Begrenzung der Zunahme der Geldversorgung auf 15 vH bis 16 vH im Jahre 1973.
1973	
8. Januar	Die Bestimmungen gegen die Aufnahme von Darlehen und Anleihen im Ausland werden gelockert.
16. Januar	Die Regierungsanleihe wird auf 6,5 Mrd. FF aufgestockt; sie kann voll plaziert werden.
16. März	Die Kontrollen der internationalen Geld- und Kapitalströme werden verschärft. Ausländerkonten dürfen nicht verzinst und nicht zum Erwerb französischer Wertpapiere verwendet werden. Der Zuwachs an Auslandseinlagen seit dem 4. 1. 1973 wird einer 100prozentigen Mindestreservepflicht unterworfen.
30. März	Die Banken belegen Neuzugänge auf Ausländerkonten mit einer monatlichen Gebühr von 3/4 %.
3. Mai	Neue Vereinbarungen zwischen Regierung und Industrie begrenzen Preiserhöhungen in der Zeit bis zum 31. 3. 1974 auf 3 vH bis 4,2 vH; bei starken Verteuerungen von Rohstoffen können zusätzliche Preiserhöhungen von 3 vH vorgenommen werden.
21. Juni	Die Bank von Frankreich beendet das Pensionsgeschäft mit privaten kurzfristigen Wertpapieren.
5. Juli	Der Diskontsatz wird von 7 1/2 % auf 8 1/2 % erhöht. Die Kreditplafonds werden verringert und die Kreditvergabe der Banken wird in einigen Sonderfällen erschwert. Das Mindestreservesoll wird angehoben.

noch Tabelle 2

Datum	
1973	
11. Juli	Die Importkontingente für Einfuhren aus Ostblockländern und einigen asiatischen Ländern werden erhöht.
2. August	Die Bank von Frankreich hebt den Diskontsatz von 8½ % auf 9½ % an.
10. August	Die Devisenkontrollen, denen die meisten Zahlungen an das Ausland bisher unterlagen, werden fühlbar gelockert.
21. September	Der Diskontsatz wird auf 11 % angehoben, um der Franc-Schwäche, die auf die Aufwertung des Guldens folgte, zu begegnen.
Anfang November	Die Preise und Handelsspannen wichtiger Lebensmittel werden gestoppt.
	Großbritannien
1973	
1. Januar	Großbritannien wird Mitglied der Gemeinschaft.
17. Januar	Die Regierung verlängert den allgemeinen Lohn-, Preis-, Dividenden- und Mietenstopp, der am 28. 2. 1973 auslaufen sollte, um 60 Tage. Ein Weißbuch erläutert die Preis- und Einkommenspolitik in Stufe II, insbesondere die Funktionen des Pay Boards und der Price Commission.
6. März	Der Haushalt für 1973/74 wird vorgelegt; er schließt mit einem höheren Defizit ab als im Vorjahr.
1. April	Die Mehrwertsteuer mit einem Standardsatz von 10 vH tritt in Kraft.
	Stufe II der Lohn- und Preispolitik beginnt. Das Programm begrenzt Lohnerhöhungen auf 8 vH, den Dividendenanstieg auf 5vH. Preisanhebungen sind untersagt, außer wenn sie auf anrechenbare Kostensteigerungen (Importe, Löhne, indirekte Steuern) zurückzuführen sind. Die Umsatzrendite des Handels darf den Durchschnitt der beiden höchsten Werte der vergangenen fünf Jahre nicht übersteigen.
21. Mai	Zur Verstetigung der wirtschaftlichen Expansion beschließt die Regierung Kürzungen der öffentlichen Ausgaben, wovon 100 Mill. Pfund noch auf das laufende Haushaltsjahr entfallen sollen und 500 Mill. Pfund auf das folgende.
20. Juli	Zur Sicherung des Außenwertes der Währung werden kreditpolitische Einschränkungen verfügt. Der flexible Diskontsatz steigt daraufhin bis auf 11½ % (27. Juli).
5. Oktober	Die Regierung verkündet Einzelheiten der Stufe III, in der die Lohn- und Preiskontrollen weiter gelockert werden sollen.
Mitte November	Nachdem der flexible Diskontsatz vorübergehend auf 11¼ % gesunken war (19. Oktober) wird der Diskontsatz am 13. November durch die Bank von England auf 13 % festgesetzt. Die Mindestreservesätze werden von 4 vH auf 6 vH angehoben.
	Irland
1972	
1. November	Die neue Mehrwertsteuer weist Sätze zwischen 5,26 vH (Nahrungsmittel) und 30,26 vH (Güter des gehobenen Bedarfs) auf.
1973	
1. Januar	Irland wird Mitglied der Gemeinschaft.
6. Februar	Die Zentralbank ergreift Maßnahmen zur Dämpfung der monetären Expansion.
19. Mai	Der Haushaltsvoranschlag für 1973/74 weist ein gegenüber dem Vorjahr um 54 Mill. Pfund auf 222 Mill. Pfund gestiegenes Defizit auf.
26. Juni	Die Kontrollen der Preise und der Gewinnspannen werden verschärft.
1. September	Die Mehrwertsteuer für Lebensmittel wird aufgehoben; für andere Waren wird sie dagegen heraufgesetzt.

noch Tabelle 2

Datum	
	Italien
1973	
1. Januar	Die Mehrwertsteuer ersetzt die alte Umsatzsteuer. Der Basissatz beträgt 12 vH, „Luxusgüter" werden mit 18 vH, wichtige Güter der Lebenshaltung mit 6 vH belastet.
22. Januar	Um der zunehmenden Kapitalflucht zu begegnen, werden die zulässigen Vorauszahlungsfristen bei Importen von 90 auf 30 Tage verkürzt; im Exportgeschäft dürfen nur noch Zahlungsziele von 90 Tagen (vorher 360 Tage) eingeräumt werden. Der Devisenmarkt wird gespalten.
13. Februar	Der Wechselkurs der Lira wird freigegeben.
22. Juni	Angesichts der Schwäche der Lira auf den internationalen Devisenmärkten räumen die Bundesrepublik und Frankreich Italien zusätzlich zum kurzfristigen Währungsbeistand der EG Kreditfazilitäten in Höhe von 1 Mrd. US-Dollar ein.
24. Juli	Die Preise für wichtige Verbrauchsgüter werden bis Ende Oktober eingefroren. Auch Mieten und Erzeugerpreise werden einer Kontrolle unterworfen. Abgesichert wird der Preisstopp durch den Beschluß, die Einfuhren von Grundnahrungsmitteln massiv auszudehnen. Am 17. Oktober beschließt die Regierung, den Preisstopp über den 31. Okober hinaus zu verlängern.
26. Juli	Bis zum 31. März 1974 dürfen die Banken den Debitorenstand auf den Konten ihrer Industriekunden um maximal 12 vH gegenüber dem Stand vom 31. März 1973 ausdehnen. Zusätzliche Maßnahmen gegen Kapitalexporte und Devisenspekulationen werden verordnet.
31. Juli	Der Staatshaushaltsplan für 1974 wird vorgelegt. Er weist ein Gesamtdefizit von 8 606 Mrd. Lira auf gegenüber 8 800 Mrd. Lira im revidierten Haushaltsplan 1973.
17. September	Die Bank von Italien erhöht den Diskontsatz, der am 10. April 1973 von 4½ % auf 4 % gesenkt worden war, auf 6 %.
	Niederlande
1972	
6. November	Der Diskontsatz wird von 3 % auf 4 % erhöht.
28. November	Eine neue Preiskalkulationsverordnung macht alle Preiserhöhungen von der Zustimmung der Regierung abhängig.
6. Dezember	Regierung und Sozialpartner einigen sich auf ein Stabilisierungsprogramm. Lohnerhöhungen werden an einen Preisindex gebunden; die Reallöhne sollen 1973 um nicht mehr als 3,5 vH zunehmen.
1973	
1. Januar	Die Steuerreform bringt eine modifizierte Einkommensteuerprogression mit sich sowie Erhöhungen der Mehrwertsteuer von 14 vH auf 16 vH und der Körperschaftsteuer von 46 vH auf 48 vH. Die Sozialversicherungsbeiträge werden angehoben.
19. Februar	Zur Abschöpfung von Liquidität werden die Mindestreservesätze angehoben.
26. März	Neuzugänge auf Ausländerkonten werden einem Strafzins von wöchentlich ¼ % unterworfen.
16. April	Die Zuwachsmindestreserve auf Auslandseinlagen wird von 50 vH auf 80 vH erhöht.
7. Mai	Die Niederländische Bank hebt den Strafzins auf Ausländerguthaben auf.
29. Mai	Die Preisüberwachung wird verschärft; die Firmen müssen nunmehr Preiserhöhungen im voraus anmelden.
4. Juni bis 16. Oktober	Der Diskontsatz wird in mehreren Stufen von 4 % auf 7 % angehoben.
17. September	Der Gulden wird um 5 vH aufgewertet. Die Importeure müssen ihre Preise sofort um die Hälfte, ab 15. Oktober um den vollen Betrag der aufwertungsbedingten Verbilligung der Einfuhr senken.
30. Oktober	Angesichts der gefährdeten Ölversorgung verhängt die Regierung ein Sonntagsfahrverbot.

n o c h Tabelle 2

Datum	
	Japan
1973	
15. Januar	Der von der Regierung für 1973/74 vorgelegte Haushalt sieht auf der Ausgabenseite eine Steigerung um 24,6 vH gegenüber dem laufenden Haushaltsjahr vor.
13. Februar	Der Wechselkurs des Yen wird freigegeben.
2. April	Die Bank von Japan erhöht den Diskontsatz von 4¼ % auf 5 %.
13. April	Die Regierung verkündet ein Stabilisierungsprogramm, das u. a. eine Verbilligung importierter Waren bewirken soll.
1. Mai	Direktinvestitionen durch Ausländer werden liberalisiert.
2. Mai	Der Kapitalexport wird gefördert.
30. Mai	Die Mindestreservesätze werden angehoben. Der Diskontsatz wird auf 5½ % angehoben; am 2. Juli erfolgt eine weitere Erhöhung auf 6 %.
29. August	Die Bank von Japan setzt die Mindestreservesätze herauf und erhöht den Diskontsatz auf 7 %.
	Vereinigte Staaten
1972	
11. Dezember	Der Präsident verkündigt neue Stabilitätsmaßnahmen: Die Preis- und Lohnkontrollen werden bis zum 30. 4. 1973 fortgeführt, die Ausgaben der Bundesregierung sollen im laufenden Jahr 250 Mrd. Dollar nicht übersteigen. Die Bundesverwaltung wird zu Personalkosteneinsparungen angehalten.
1973	
11. Januar	Die Lohn- und Preiskontrollen werden auf eine freiwillige Basis gestellt (Phase III). Die Regeln der Phase II bleiben gültig. Ausgenommen sind verarbeitete Nahrungsmittel, ärztliche Dienstleistungen und das Baugewerbe. Der Cost-of-Living Council überwacht die Einhaltung der freiwilligen Richtlinien. Bis Jahresende soll die Inflationsrate auf 2½ vH oder weniger verringert werden.
14. August	(Phase I, in der Preise, Mieten und Löhne und Gehälter eingefroren waren, dauerte vom 15. August bis zum 13. November 1971. In der darauffolgenden Phase II gelang es, mit Hilfe eines Systems flexiblerer Kontrollen und Richtsätze die jährliche Steigerung der Löhne auf 5½ vH, die der Preise auf 2½ vH zu begrenzen. Ein „Pay Board" und eine „Price Commission" wurden eingerichtet.)
15. Januar bis	Der Diskontsatz wird in mehreren Stufen auf 7½ % erhöht.
29. Januar	Der Präsident legt dem Kongreß den Haushalt für 1973/74 vor; dieser weist ein geringeres Defizit aus als in früheren Jahren.
12. Februar	Der Dollar wird gegenüber den Sonderziehungsrechten um 10 vH abgewertet, so daß nunmehr gilt: 1 SZR = 0,828948 Dollar gegenüber 1 SZR = 0,921053 Dollar zuvor.
4. April	Der Kongreß verlängert die Zinsausgleichsteuer auf Erträge aus ausländischen Wertpapieren bis zum 30. Juni 1974.
14. Juni	Alle Einzel- und Großhandelspreise werden auf ihrem Niveau von Anfang Juni für 60 Tage eingefroren. Löhne, Mieten, Zinsen und Dividenden bleiben weiterhin den bisher geltenden Richtlinien der Phase III unterworfen.
18. Juni	Das Federal Reserve Board beschließt weitere Maßnahmen zur Dämpfung der Kreditexpansion.
28. Juni	Angesichts von Angebotsengpässen verordnet die Regierung ein Embargo für Sojabohnen, Baumwollsamen und ähnliche Produkte. Am 2. Juli wird diese Entscheidung gelockert, um die Erfüllung bestehender Lieferverpflichtungen zu ermöglichen.
29. Juni	Die Mindestreservesätze werden angehoben.
13. August	Beginn der Phase IV. Sie umfaßt strikte, aber selektive Preiskontrollen sowie eine restriktive Budgetpolitik.

trollen unterworfen. Es überrascht, daß sich die Gewerkschaften weitgehend an die vorgegebenen — sehr niedrigen — Richtsätze gehalten haben. Die Preiskontrollen waren Anfang 1973 gelockert worden. Den neu gewonnenen Spielraum nutzten die Unternehmen sofort; bereits in den ersten fünf Monaten 1973 stiegen die Verbraucherpreise um ebensoviel wie im Verlauf des ganzen Jahres 1972 (3,4 vH). Um der Preisbeschleunigung zu begegnen, nahm die Regierung im Juni zu einem allgemeinen Preisstopp Zuflucht, der im August von einer Preisüberwachung abgelöst wurde. Dennoch kam es erneut zu einem starken Preisschub.

Vom Frühjahr bis zum Spätsommer 1973 wurde der schon länger restriktive Kurs der Geld- und Kreditpolitik erheblich verschärft. Die „prime rate" kletterte von 6 % auf 10 %, die Mindestreservesätze wurden angehoben und die Geldmengenexpansion verlangsamt. Seither mehren sich die Zeichen, daß der Höhepunkt des Aufschwungs, wenn auch noch nicht der Inflation, überschritten ist.

Im Jahre 1973 verbesserte sich die Außenhandelssituation spürbar. Damit war nach der Abwertung des Dollar um durchschnittlich 8,5 vH im Dezember 1971 schon für 1972 gerechnet worden; statt dessen hatte sich noch ein Rekorddefizit von 6,9 Mrd. Dollar ergeben. Dazu hatte wohl vor allem beigetragen, daß sich die Warenströme nicht so schnell an die neuen internationalen Preisrelationen anpassen konnten; auch dürfte der Dollar damals immer noch überbewertet gewesen sein (Ziffer 140). Meldungen über das hohe vorjährige Defizit schürten noch zu Jahresbeginn 1973 die Dollarkrise, obwohl sich in den Handelsströmen inzwischen eine Tendenzwende abzeichnete. Im dritten Vierteljahr 1973 waren die Exporte dann zum erstenmal seit 1971 wieder höher als die Importe; insgesamt dürfte die Handelsbilanz 1973 einen Überschuß von rund einer Milliarde Dollar aufweisen.

10. In Japan setzte im dritten Vierteljahr 1972 nach zweijähriger ruhiger Wirtschaftstätigkeit wieder ein kräftiger Aufschwung ein. Wie in den Vereinigten Staaten waren es die expansiven öffentlichen Haushalte und ein reger privater Verbrauch, die die Wende begünstigten. Seitdem stieg die Industrieproduktion selbst für japanische Verhältnisse ungewöhnlich rasch an: im Verlauf des ersten Halbjahres 1973 um 8½ vH, im Verlauf des zweiten nochmals um fast 5 vH. Mit dem Beginn des Aufschwungs endete auch die Phase vergleichsweise niedriger Inflationsraten; im Herbst 1973 waren die Verbraucherpreise um nahezu 13 vH höher als ein Jahr zuvor. Der Geldwertschwund war damit in Japan stärker als in allen übrigen westlichen Industrieländern. Besonders kräftige Auftriebsimpulse gingen auch hier 1973 von der Nachfrage nach Ausrüstungsgütern und nach gewerblichen Bauten aus. In einigen exportorientierten Branchen bestanden indes noch unausgenutzte Produktionsreserven; offenbar hat die Höherbewertung des Yen, die sich seit 1971 ergeben hatte, und die 1973 zeitweilig bis zu 20 vH betrug, die internationale Wettbewerbsfähigkeit mancher japanischer Waren geschwächt. Der Anstieg der Exporte verlangsamte sich. Die Importe dagegen stiegen stark beschleunigt, zumal die lebhafte Produktion einen hohen Rohstoffbedarf mit sich brachte und außerdem wegen der anziehenden Weltmarktpreise die Läger vorsorglich aufgestockt wurden. Der Überschuß in der Handelsbilanz ging daher rasch zurück; im Frühjahr schlug er sogar in ein Defizit um.

11. In Schweden, der Schweiz und in Österreich, den wichtigsten westeuropäischen Industrieländern außerhalb der Gemeinschaft, stand das Jahr 1973 ebenfalls im Zeichen der wirtschaftlichen Expansion und einer bedrohlichen Beschleunigung des Preisauftriebs. In Österreich gewann der Aufschwung, der vorübergehend ins Stocken geraten war, im Frühjahr 1973 erneut an Kraft, wobei die zusätzlichen Impulse vor allem von der Auslandsnachfrage ausgingen. Die zweimalige Aufwertung des Schilling wirkte sich kaum dämpfend aus. Auch in Schweden wurde die konjunkturelle Belebung vor allem von der Auslandsnachfrage getragen; sowohl der private Konsum als auch die Investitionsnachfrage nahmen nur verhalten zu. Die Industrieproduktion hatte im Herbst 1972 zu steigen begonnen, stagnierte dann jedoch von Dezember bis April; erst danach setzte sich der Aufschwung endgültig durch. Die Arbeitslosigkeit verminderte sich aber bisher noch nicht fühlbar. Die Inflationsrate lag 1973 mit rund 6½ vH unter dem internationalen Durchschnitt. In der Schweiz beschleunigte sich der Preisauftrieb trotz dämpfender Maßnahmen besonders stark; die Preise lagen auf der Verbraucherstufe um reichlich 8 vH, auf der Großhandelsstufe sogar um nahezu 11 vH über den Werten des Vorjahres. Hauptursache war neben der starken Verteuerung der Importwaren die hohe Anspannung der Produktionskapazitäten, die sich schon sehr bald einstellte. Die Investitionsneigung blieb trotzdem verhältnismäßig gering.

Das reale Bruttosozialprodukt dürfte 1973 in Österreich um 6 vH (1972: 6,4 vH), in Schweden um fast 4 vH (1972: 2,7 vH) und in der Schweiz um 4½ vH (1972: 5,8 vH) größer sein als vor Jahresfrist.

II. Hochkonjunktur in der Gemeinschaft

12. In der Europäischen Gemeinschaft, die Anfang des Jahres um Großbritannien, Dänemark und Irland erweitert wurde, beschleunigte sich der Wirtschaftsaufschwung, der schon im Herbst 1972 eingesetzt hatte, im Frühjahr 1973 kräftig. Restriktionsmaßnahmen wirkten dem vom Sommer an allmählich entgegen.

Ausgelöst durch einen starken Nachfragesog von außen, der im Innern bei anhaltend hoher Verbrauchsnachfrage die Investitionsneigung kräftig belebte, weitete sich die Produktion rasch aus. Die zu Beginn des Jahres noch vorhandenen Kapazitätsreserven wurden besonders in Frankreich und in der Bundesrepublik immer knapper. Auch auf den Arbeitsmärkten nahmen die Spannungen vielfach zu.

Selbst dort, wo dies zunächst nicht der Fall war, wie etwa in Italien oder Großbritannien, konnten beträchtliche Lohnerhöhungen durchgesetzt werden. Die Nachfrage machte es den Unternehmen leicht, Kostensteigerungen auf die Käufer zu überwälzen und die Preise sogar noch darüber hinaus zu erhöhen. Preiskontrollen erwiesen sich als wenig wirksam. In den Ländern des Floating-Blocks wurde der Preisauftrieb seit Februar durch den Anstieg der Wechselkurse gedämpft. Im Sommer 1973 beruhigte sich die Wirtschaftstätigkeit in den meisten Ländern ein wenig, da die Nachfrage nicht mehr so stark wie in den Wintermonaten expandierte. Zur Beruhigung dürfte außer den Restriktionsmaßnahmen auch beigetragen haben, daß die Produktionsspielräume inzwischen merklich geschrumpft sind.

Lebhafte Auslandsnachfrage

13. Im Sog des weltweiten Aufschwungs nahm 1973 die wirksame Nachfrage aus Ländern außerhalb der Gemeinschaft beschleunigt zu, und zwar nicht nur in Italien, Großbritannien und Irland, wo die Wechselkursentwicklung die Ausfuhr begünstigte, sondern auch dort, wo kräftige Aufwertungen dem entgegenstanden. Freilich läßt sich noch immer keine sichere Aussage über die Höhe und den zeitlichen Verlauf der Auslandsnachfrage machen. Erst ab Januar 1974 wird es in der Gemeinschaft eine Statistik der Auftragseingänge geben. Vorläufig muß man sich noch mit den monatlichen Unternehmerumfragen im Bereich der ursprünglichen Mitgliedsländer sowie der Entwicklung der Ausfuhren begnügen (JG 72 Ziffer 77).

Nach diesen Kriterien war die Auslandsnachfrage noch lebhafter als die aus dem Inland. Als besonders gefragt erwiesen sich infolge der allenthalben zunehmenden Produktionsengpässe Investitionsgüter, aber auch Nahrungsmittel, die 1973 in der ganzen Welt knapp waren.

14. Die regionale Struktur der Auslandsnachfrage veränderte sich 1973 deutlich. Die Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten und Kanada nahm nur noch wenig zu, da das Warenangebot der meisten Gemeinschaftsländer gegenüber dem Dollarraum an Wettbewerbsfähigkeit verlor. Dies wurde aber durch eine rege Bestelltätigkeit aus den EFTA-Ländern und den übrigen Industriestaaten wettgemacht. Die Entwicklungsländer waren durch hohe Exporterlöse aus den Verkäufen von Rohstoffen, die ihnen seit Mitte 1972 zu wachsenden Devisenreserven verhalfen, in der Lage, verstärkt auf dem EG-Markt als Nachfrager von Industrieprodukten aufzutreten. Noch deutlicher belebte sich die Kauftätigkeit der Ostblockländer, zumal die Gemeinschaft 1973 ihren Osthandel zunehmend liberalisierte.

Vordringen der Investitionsnachfrage

15. War die Binnennachfrage in der Gemeinschaft 1972 vor allem durch den privaten Verbrauch gestützt worden, wurden 1973 die Investitionen mehr und mehr zu einer treibenden Kraft des Aufschwungs (Tabelle 3). Die Zuwachsrate der Bruttoanlageinvestitionen ereichte nominal 12½ vH und real 5½ vH (1972: 8 vH und 2½ vH). Mit den Auftragsbeständen nahm auch die Neigung, die Kapazitäten auszuweiten, rasch zu. Steigende Lohnkosten drängten zur Rationalisierung. Die Liquidität der Unternehmen war zunächst noch hoch, so daß auch von der Finanzierung her den Investitionen keine Grenze gesetzt war; erst allmählich vermochten monetäre Restriktionsmaßnahmen (Ziffern 40 ff.) die Investitionsnachfrage zu dämpfen.

16. Verhaltener als die Nachfrage nach Ausrüstungen war die Nachfrage nach Bauten. Die private Wohnungsbaunachfrage nahm zwar auch 1973 beachtlich zu, nach wie vor getrieben von Inflationserwartungen, wenn auch zunehmend gedämpft von einer restriktiven Kreditpolitik; in einigen Ländern wurde der Wohnungsbau sogar mehr als bisher gefördert. Die Bauaufträge aus der gewerblichen Wirtschaft entwickelten sich jedoch zögernd; erst in den Sommermonaten, als ein Ausbau der Produktionsanlagen immer dringlicher wurde, nahmen sie rasch zu. Nur wenig erhöhten sich sowohl im Hochbau wie im Tiefbau die staatlichen Aufträge; allein Frankreich machte hier eine Ausnahme.

17. Der Lageraufbau war 1973 beträchtlich. Der sprunghafte Nachfrageanstieg im Herbst letzten Jahres hatte die Fertigwarenläger weitgehend geräumt; das Bestreben, sie wieder aufzufüllen, stimulierte die Binnennachfrage. Die Läger an Rohstoffen und Halbwaren — bereits in der zweiten Jahreshälfte 1972 teils spekulativ, teils produktionsbedingt erhöht — wurden 1973, insbesondere seit dem Sommer, nicht mehr so stark aufgestockt.

18. Die Zunahme des privaten Verbrauchs (13 vH) blieb 1973 zwar nur wenig hinter jener der Gesamtnachfrage zurück; sie war aber geringer, als angesichts der Erhöhung der Bruttoeinkommen hätte vermutet werden können (Ziffer 25). Da in einigen Ländern außerdem die Sparquote zurückgegangen ist, schlagen sich darin wohl vor allem die Progressionswirkungen der nationalen Steuersysteme nieder. In konstanten Preisen gerechnet erhöhte sich der private Verbrauch nicht mehr als ein Jahr zuvor (5 vH). Allein die Käufe von langlebigen Gebrauchsgütern, insbesondere von Kraftfahrzeugen, haben schneller zugenommen als damals.

Hohe Auslastung der Kapazitäten

19. Die gesamtwirtschaftliche Produktion stieg 1973 beschleunigt. Das reale Bruttosozialprodukt nahm um etwa 6 vH zu; dies war deutlich mehr als in den beiden Vorjahren (1972: 3½ vH, 1971: 3 vH). Die Unterschiede zwischen den Partnerländern haben sich dabei weiter verringert. Das Produktionspotential war, legt man als Maßstab für dessen Wachstum die durchschnittliche jährliche Zunahme des realen Bruttosozialprodukts (1960 bis 1971: 4,6 vH) zu-

Tabelle 3

Bruttosozialprodukt und seine Verwendung in der Gemeinschaft
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH

	Bundesrepublik Deutschland	Frankreich	Italien	Niederlande	Belgien	Großbritannien	Irland	Dänemark	EWG der Neun
				in jeweiligen Preisen					
				1972 [1]					
Bruttosozialprodukt	+ 9,3	+11,4	+ 9,3	+14,0	+12,0	+ 8,9	+16,6	+14,0	+10,0
Privater Verbrauch	+ 9,3	+11,7	+ 9,9	+12,0	+11,0	+12,5	+12,8	+10,0	+11,0
Staatsverbrauch	+12,5	+11,1	+12,8	+13,0	+16,0	+12,2	+22,5	+15,5	+12,5
Bruttoanlageinvestitionen	+ 6,1	+12,4	+ 5,1	+ 5,0	+ 9,0	+ 8,7	+11,4	+11,0	+ 8,0
Ausfuhr	+ 8,9	+12,3	+12,8	+11,0	+13,0	+ 6,2	+13,9	+14,0	.
Einfuhr	+ 7,6	+13,2	+15,6	+ 4,5	+11,5	+13,9	+10,5	+ 7,0	.
				1973 [2]					
Bruttosozialprodukt	+12	+13½	+16½	+13	+13	+15	+18	+15	+14
Privater Verbrauch	+11	+13½	+17½	+11½	+13	+13	+16½	+14½	+13
Staatsverbrauch	+15	+10½	+14	+13	+15	+12½	+21	+15	+13½
Bruttoanlageinvestitionen	+ 8	+14½	+16	+13	+17½	+14½	+23½	+16	+12½
Ausfuhr	+18	+21½	+17½	+20	+16	+25	+33	+23½	.
Einfuhr	+15	+21½	+41	+21½	+25	+37½	+44	+28	.
				in Preisen von 1963					
				1972 [1]					
Bruttosozialprodukt	+ 3,0	+ 5,4	+ 3,2	+ 4,0	+ 5,0	+ 2,5	+ 3,0	+ 4,5	+ 3,5
Privater Verbrauch	+ 3,4	+ 5,8	+ 3,8	+ 3,5	+ 5,5	+ 6,8	+ 4,0	+ 3,0	+ 5,0
Staatsverbrauch	+ 4,4	+ 3,9	+ 4,2	+ 1,5	+ 6,5	+ 3,7	+ 8,9	+ 6,5	+ 4,5
Bruttoanlageinvestitionen	+ 1,9	+ 7,0	− 0,2	− 3,0	+ 2,0	+ 0,4	+ 2,2	+ 2,0	+ 2,5
Ausfuhr	+ 7,7	+ 9,0	+11,2	+ 9,5	+11,5	+ 3,1	+ 2,5	+10,5	.
Einfuhr	+ 8,3	+10,3	+13,2	+ 5,5	+11,5	+ 9,0	+ 6,5	+ 2,0	.
				1973 [2]					
Bruttosozialprodukt	+ 6	+ 6	+ 5	+ 4½	+ 6	+ 6½	+ 6	+ 4½	+ 6
Privater Verbrauch	+ 4	+ 5½	+ 6	+ 3	+ 6	+ 4½	+ 5	+ 5	+ 5
Staatsverbrauch	+ 3½	+ 2½	+ 3½	+ 2	+ 6	+ 4	+ 8	+ 5½	+ 3½
Bruttoanlageinvestitionen	+ 3	+ 8	+ 5½	+ 5	+ 8½	+ 6	+12½	+ 5½	+ 5½
Ausfuhr	+16	+13½	+ 6	+13	+10½	+14	+15½	+ 8½	.
Einfuhr	+11½	+14½	+15½	+13½	+12½	+14½	+19½	+19	.

[1]) Quelle: Kommission der Europäischen Gemeinschaften; Bundesrepublik Deutschland: nationale Quelle.
[2]) Eigene Schätzung aufgrund von Unterlagen internationaler Organisationen (Veränderungsraten gerundet).

grunde, 1973 fast ebenso stark ausgelastet wie im Boomjahr 1970.

20. Besonders rasch hat seit Mitte des Jahres 1972, vor allem von Oktober 1972 bis März 1973, die industrielle Produktion zugenommen. Während dieser Zeit stieg sie, auf ein Jahr gerechnet, um fast 13 vH. Noch ehe die Nachfrage abflaute, bewirkten zunehmende Kapazitätsengpässe zwar ein verlangsamtes Expansionstempo; trotzdem dürfte die Produktion 1973 im ganzen um knapp 8 vH höher sein als im Vorjahr. Der mittelfristige Trendwert in den Ländern der erweiterten Gemeinschaft beträgt, zum Vergleich, 5½ vH.

21. Die zunehmende Kapazitätsauslastung schlug sich auch in einer steigenden Arbeitsproduktivität nieder. Bereits 1972 war der Produktivitätsfortschritt in der Industrie merklich rascher als 1971. Vor allem aber seit dem Herbst 1972 ergaben sich sehr hohe Zuwachsraten; sie waren auch im ersten Halbjahr 1973 fast überall in der Gemeinschaft noch beachtlich. Die Produktion zog rasch an, ohne daß der Arbeitseinsatz in ähnlicher Weise vergrößert wurde. Mit der Annäherung an die Kapazitätsgrenzen nahmen dann freilich auch die Produktivitätsfortschritte wieder ab.

22. Im Laufe des Jahres wurde der Produktionsanstieg durch den spürbar werdenden Mangel an qualifizierten Arbeitskräften behindert. Die Beschäftigung in der Industrie nahm nur langsam zu. Die Anzahl der Arbeitslosen insgesamt verringerte sich, jedoch nicht so stark wie früher in Aufschwungsphasen; anscheinend entsprachen die beruflichen Fähigkeiten der Arbeitssuchenden oft nicht den Anforderungen der Unternehmen. Nur in den drei neuen Mitgliedsländern der Gemeinschaft, insbesondere in Großbritannien, ging die Arbeitslosigkeit, die dort zuvor besonders hoch gewesen war, beträchtlich zurück.

23. Die Verengung der Arbeitsmärkte blieb nicht ohne Einfluß auf die Lohnentwicklung. Zu Beginn des Jahres war es in einigen Ländern noch zu relativ mäßigen Lohnzugeständnissen gekommen. In Großbritannien waren die Löhne bis Ende März sogar noch eingefroren. Die Verstärkung des Preisauftriebs und des Konjunkturaufschwungs brachte aber bereits im Frühjahr wesentlich höhere Forderungen mit sich, die teils in Arbeitskämpfen, teils ohne größeren Widerstand der Unternehmen durchgesetzt werden konnten. Wo im Laufe des Jahres keine neuen Tarifverträge abgeschlossen wurden und wo die Löhne nicht ohnehin schon vertraglich oder gesetzlich an den Anstieg der Verbraucherpreise gekoppelt waren, zeigten sich die Arbeitgeber zunehmend bereit, Sonderzuschläge zu gewähren, zumal sie meist auch ihre Preise kräftig erhöhen konnten. So lag 1973 das Effektivlohnniveau im Durchschnitt der Gemeinschaftsländer um fast 15 vH über dem Vorjahresstand, in Italien sogar um mehr als 19 vH.

24. Wegen der beträchtlichen Produktivitätsfortschritte in der ersten Jahreshälfte und wegen des anfangs noch verhaltenen Lohnanstiegs nahmen die Lohnkosten je Produkteinheit zunächst langsam zu, erhöhten sich dann aber rasch. Insgesamt dürften sie 1973 das Vorjahresniveau um rund 8 vH übersteigen (Tabelle 4).

Tabelle 4

Lohnkosten je Produkteinheit [1])

in den EWG-Ländern, den Vereinigten Staaten und in Japan

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH [2])

Land	1970	1971	1972	1973 [3])
Bundesrepublik Deutschland	+11,2	+10,3	+ 6,5	+ 7,5
Frankreich	+ 6,6	+ 6,5	+ 6,5	+ 6,5
Italien	+11,2	+13,2	+ 7,4	+13,0
Niederlande	+ 7,6	+10,3	+ 7,5	+ 6,5
Belgien	+ 5,2	+ 9,8	+ 8,6	+ 9,0
Großbritannien	+ 9,5	+ 7,9	+ 8,9	+ 6,0
Irland	+11,9	+12,3	+11,4	+ 8,5
Dänemark	+ 9,9	+ 9,0	+ 6,5	+ 7,0
EWG ab 1. Januar 1973	+ 9,1	+ 9,6	+ 7,4	+ 8,0
EWG bis 31. Dezember 1972	+ 9,0	+ 9,9	+ 7,0	+ 8,0
Vereinigte Staaten	+ 7,1	+ 3,4	+ 3,5	+ 5,0
Japan	+ 9,2	+10,9	+ 6,2	+ 8,5

[1]) Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Einheit des realen Bruttosozialprodukts.
[2]) Aus Angaben in Landeswährung.
[3]) Schätzungen, auf 0,5 Prozentpunkte gerundet.

Quelle: DIW

25. Die Bruttoeinkommen der Arbeitnehmer expandierten 1973 wieder stärker als in den beiden Vorjahren, wenn auch nicht in dem Maße wie im Boomjahr 1970. Während allerdings die Einkommen der Arbeitnehmer auch schon in der voraufgegangenen Phase der konjunkturellen Beruhigung beinahe gleichmäßig um jährlich kaum weniger als 10 vH aufgebessert wurden (Tabelle 5), waren die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen vor allem 1971, aber auch noch 1972 merklich langsamer gestiegen. Erst 1973 führten die Zunahme der Gewinne und der erneute Anstieg der Kapitalmarktzinsen dazu, daß sich die Zuwachsraten wieder anglichen.

Obwohl die staatlichen Übertragungen an die Haushalte in einigen Ländern nicht unerheblich angehoben wurden, dürften die verfügbaren Einkommen 1973 anders als im Vorjahr um einen geringeren Satz gestiegen sein als die Bruttoeinkommen. Dies lag vor allem daran, daß das Einkommen breiter

Tabelle 5

Bruttoeinkommen in den EWG-Ländern, den Vereinigten Staaten und in Japan

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH [1])

Land	Bruttoeinkommen aus							
	unselbständiger Arbeit				Unternehmertätigkeit und Vermögen			
	1970	1971	1972	1973 [2])	1970	1971	1972	1973 [2])
Bundesrepublik Deutschland	+17,7	+13,3	+ 9,7	+14,0 a)	+ 9,7	+ 3,5	+ 6,9	+10,0 a)
Frankreich	+12,9	+11,8	+12,5	+13,5	+11,2	+ 7,1	+10,0	+13,5
Italien	+16,7	+15,0	+10,8	+18,0	+ 4,2	+ 0,8	+ 8,3	+12,5
Niederlande	+14,7	+14,5	+12,3	+12,0	+ 4,5	+ 5,4	+18,4	+20,5
Belgien	+12,2	+13,6	+14,5	+15,0	+10,3	+ 2,6	+10,0	+10,5
Großbritannien	+11,6	+10,5	+11,4	+12,5	+ 0,2	+18,2	+ 7,0	+19,0
Irland	+15,0	+15,8	+14,7	+14,5	+10,3	+10,2	+21,2	+18,5
Dänemark	+13,4	+13,5	+11,5	+12,5	+ 6,0	+ 0,5	+16,5	+16,0
EWG ab 1. Januar 1973	+14,7	+12,7	+11,2	+14,0	+ 7,5	+ 6,1	+ 9,1	+13,5
EWG bis 31. Dezember 1972	+15,6	+13,3	+11,2	+14,5	+ 8,7	+ 4,2	+ 9,1	+12,5
Vereinigte Staaten	+ 6,7	+ 6,7	+ 9,8	+11,5	− 1,7	+ 9,5	+ 9,0	+11,5
Japan	+20,5	+17,8	+16,0	+22,0	+18,0	+ 4,7	+14,7	+24,5

[1]) Aus Angaben in Landeswährung.
[2]) Schätzungen, auf 0,5 Prozentpunkte gerundet.
a) Eigene Schätzung.

Quelle: DIW

Schichten der Bevölkerung verstärkt in die Steuerprogression hineinwuchs, daß teilweise Zuschläge auf bestehende Steuertarife erhoben wurden oder daß, wie in Dänemark und in den Niederlanden, Steuerreformen zu einer stärkeren Belastung der persönlichen Einkommen führten.

Ausbreitung des Inflationsklimas

26. Im Jahre 1973 beschleunigte sich die Inflation bedrohlich, nachdem sich das Preisklima schon in der vorangegangenen konjunkturellen Abschwungsphase keineswegs wie erhofft abgekühlt hatte.

Der starke Nachfragesog aus dem Inland wie aus dem Ausland schuf seit dem Herbst 1972 beträchtliche Preiserhöhungsspielräume, die von den Unternehmen zügig genutzt wurden, zumal im Laufe des Jahres auch der Kostendruck zunahm. Die weltweite Knappheit des Angebots an Nahrungsmitteln verschärfte den Preisauftrieb. Nicht nur die importierten, sondern auch die in der Gemeinschaft erzeugten Agrarprodukte wurden teurer, weil die Nachfrage aus Drittländern verstärkt mit der heimischen Nachfrage konkurrierte.

Die preistreibenden Einflüsse, die von den Weltrohstoffmärkten ausgingen, konnten durch die Höherbewertung der Gemeinschaftswährungen im Floating-Block (Ziffer 34) zwar gedämpft, jedoch bei weitem nicht ausgeglichen werden; in Italien, Großbritannien und Irland, die dem Block nicht angehören, wurden sie durch das Absinken der Wechselkurse sogar noch verstärkt.

27. In diesen drei Ländern mußten die Verbraucher denn auch den größten Geldwertschwund hinnehmen. Der Übergang zum Floating mag dort die Illusion hervorgerufen haben, daß es im Gegensatz zu früher nicht mehr so dringlich sei, Widerstand gegen die Teuerung leisten zu müssen (Ziffer 4). Das könnte mit erklären, warum gerade in Italien die höchsten Lohnsteigerungen der Gemeinschaft durchgesetzt werden konnten und warum in Großbritannien der Übergang zur Mehrwertsteuer einen solch kräftigen Inflationsschub auslöste.

Die Atempause, die den französischen Verbrauchern zu Jahresbeginn infolge der Mehrwertsteuersenkung vergönnt war, währte nicht lange; im Frühjahr stiegen auch hier die Preise wieder beschleunigt.

Obwohl Nahrungsmittel aufgrund der reichlichen neuen Ernte im Sommer 1973 teilweise billiger wurden, dürften die Verbraucherpreise im Durchschnitt aller EG-Länder 1973 um 8 vH höher sein als im Vorjahr.

Regionale Differenzierung

28. Im Jahre 1972 hatte in der damaligen Gemeinschaft der Sechs allein Frankreich einen Zuwachs seines realen Sozialprodukts erzielt, der dem mittelfristigen Durchschnitt entsprach. In den übrigen Ländern lagen die Raten mehr oder minder weit darunter. Von den drei neuen Mitgliedern hatten sowohl Großbritannien wie Irland ein höheres Wachstum erreicht, als sie es früher im allgemeinen gewohnt waren.

Die zeitlichen Abweichungen im Konjunkturverlauf der einzelnen Gemeinschaftsländer sind 1973 geringer geworden, ohne daß sich allerdings Art und Intensität der Auftriebskräfte völlig entsprochen hätten. Der Aufschwung, soweit er am Verlauf der Industrieproduktion abgelesen werden kann, setzte zwar im Herbst 1972 in allen Ländern fast gleichzeitig ein. Es scheint jedoch, daß Frankreich im konjunkturellen Kernprozeß einen mehrmonatigen Vorsprung gegenüber den anderen Ländern besaß, denn die Investitionsnachfrage war dort bereits gegen Ende des Sommers 1972 deutlich gestiegen. Daran gemessen folgte im November die Bundesrepublik, während sich in Großbritannien und insbesondere auch in den Niederlanden und Italien die Investitionsneigung erst zur Jahresmitte 1973 belebte.

Im späteren Verlauf des Jahres wirkte vor allem die unterschiedliche Intensität der Restriktionspolitik wieder auf eine größere konjunkturelle Differenzierung hin.

29. In Großbritannien bestanden bis in den Sommer 1973 hinein noch Kapazitätsspielräume, obwohl die Industrieproduktion binnen Jahresfrist um reichlich 8 vH zugenommen hatte. Die Engpässe, die dann mehr und mehr auftraten, und die günstigen Exportaussichten, die der gesunkene Pfundkurs bei weltweitem Nachfragesog eröffnete, erhöhten seither die Bereitschaft zu investieren. Eine Rolle dürften auch die wiederholten Beteuerungen der britischen Regierung gespielt haben, daß man angesichts des frei schwankenden Wechselkurses des Pfund Sterling nicht mehr wie früher gezwungen sei, zum Ausgleich von Zahlungsbilanzdefiziten einen Restriktionskurs zu steuern, kurz, daß man keinesfalls zu der früheren „stop-and-go-Politik" zurückkehren werde. Inzwischen hat sich gezeigt, daß durch das Absinken des Pfundkurses und die dadurch noch verstärkte Importpreishausse die Inflation außer Kontrolle geriet, so daß bald ein erneuter Bedarf an Restriktionsmaßnahmen entstand.

30. In den Niederlanden schwand der Konjunkturpessimismus, der sich im Jahre 1972 in einem deutlichen Rückgang der Bruttoanlageinvestitionen gezeigt hatte, 1973 nur sehr langsam. Im vorangegangenen Herbst war die Industrieproduktion wie in den übrigen Gemeinschaftsländern kräftig ausgeweitet worden. Seit Anfang 1973 nahm sie aber kaum noch zu. Die Ursachen für diese unerwartete Stagnation sind vielschichtig: Wegen der Preiskontrollen fiel es den Unternehmen sehr schwer, ihre Kostensteigerungen in den Preisen weiterzuwälzen. Die auf diese Weise gedrückten Gewinnmargen minderten zweifellos die Bereitschaft zu investieren und trugen wohl dazu bei, daß Produktion ins Ausland verlagert wurde; dabei mag auch die hohe Steuerlastquote eine gewisse Rolle gespielt haben. Der private Verbrauch blieb angesichts der außerordentlich steilen Einkommensteuerprogression und der hartnäckigen Arbeitslosigkeit ebenfalls sehr verhalten. Gegen Ende des Sommers setzte, angeregt durch eine vermehrte Nachfrage aus den Partnerländern in der Gemeinschaft, eine zögernde Belebung der Konjunktur ein, die sich im Herbst auch in einer größeren Investitionsneigung niederschlug. Am 17. September wurde der Gulden aus stabilitätspolitischen Gründen um 5 vH aufgewertet.

31. In Italien wurde der Aufschwung, der nach einer ungewöhnlich lang anhaltenden Stagnationsphase ebenfalls im Herbst 1972 eingesetzt hatte, zu Beginn des Jahres 1973 durch erneute Sozialkonflikte unterbrochen. Extrem hohe Defizite in den öffentlichen Haushalten, eine Niedrigzinspolitik und eine durch den sinkenden Lirakurs verbesserte internationale Wettbewerbsfähigkeit begünstigten dann eine rasche Erholung. Da jedoch anfangs noch ausreichende Kapazitätsreserven vorhanden waren und zudem die monetäre Politik wegen des zunehmenden Geldwertschwundes im Sommer den expansiven Kurs aufgab, belebte sich die Neigung zu investieren nur zögernd. Italien hinkt daher konjunkturell hinter den Partnerländern her.

III. Außenwirtschaft unter neuen Rahmenbedingungen

Warenverkehr im Zeichen der Erweiterung der Gemeinschaft

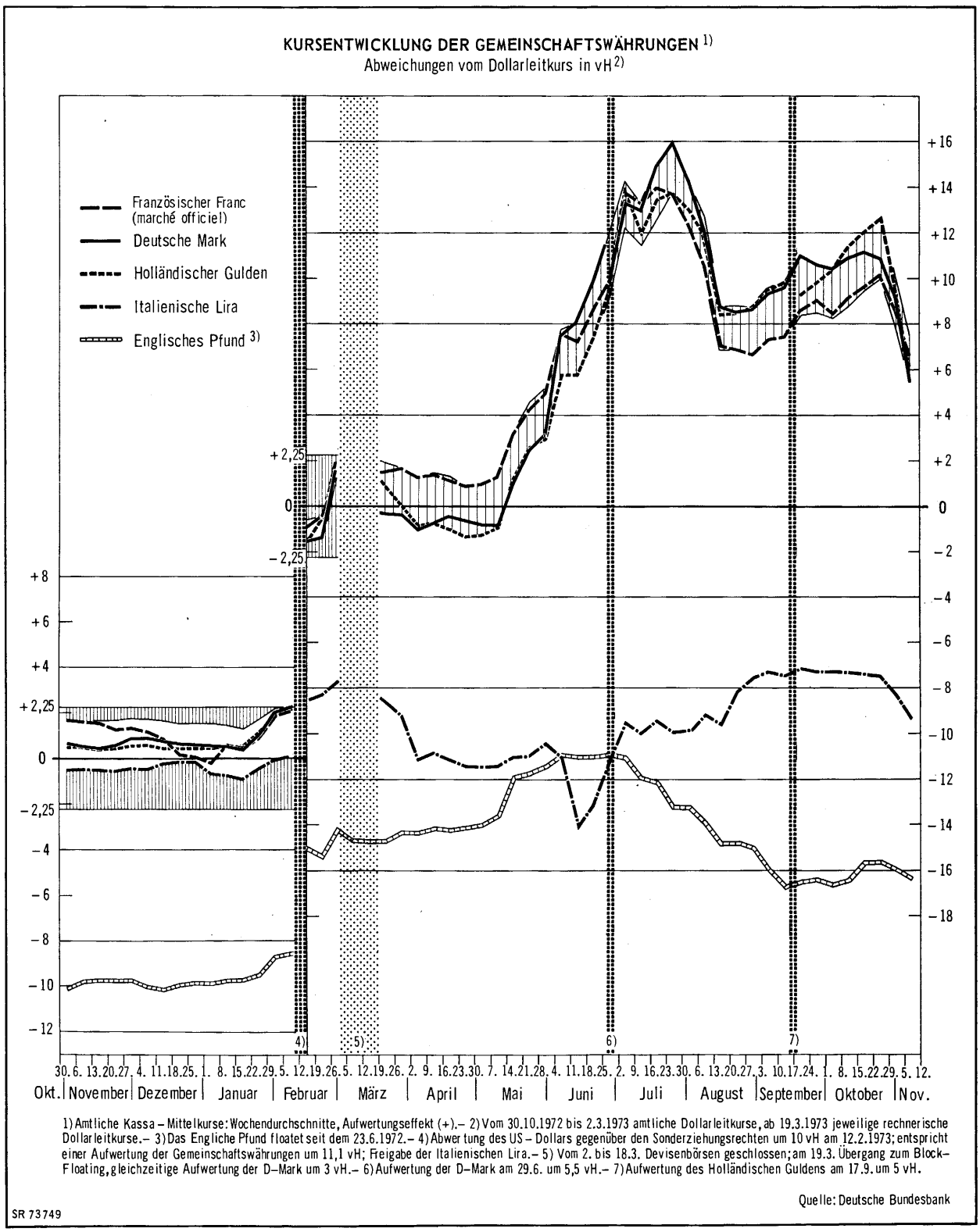
32. Durch den Beitritt Großbritanniens, Dänemarks und Irlands am 1. Januar 1973 hat die Europäische Gemeinschaft, die zuvor schon der Welt größter Exporteur und Importeur war, weiter an handelspolitischer Bedeutung gewonnen. Rund ein Viertel des Welthandels entfällt nunmehr auf den Warenverkehr mit der Gemeinschaft [1]). Obwohl der Handel zwischen alten und neuen Mitgliedern nun zum Binnenhandel der Gemeinschaft geworden ist, hat deren Außenhandelsabhängigkeit zunächst wieder zugenommen; denn zumindest vorläufig bestreiten die Beitrittsländer, namentlich Großbritannien, noch einen erheblich höheren Teil ihres gesamten Außenhandels mit Drittländern als die sechs Gründungsmitglieder.

33. Die Erweiterung der Gemeinschaft war nicht der einzige Grund dafür, daß der Anteil der Importe an der Güterversorgung zunahm. Auch konjunkturelle Einflüsse machten sich geltend. So wurden, wie stets im Aufschwung, von den Gemeinschaftsländern besonders viele Rohstoffe und Halbwaren eingeführt, die vornehmlich Drittländer liefern. Die Nahrungsmitteleinfuhr dagegen dürfte 1973 mengenmäßig gegenüber dem Vorjahr eher zurückgegangen sein, da die Ernten 1972 außerhalb der Gemeinschaft besonders schlecht ausgefallen waren und das hohe Preisniveau auf den Weltmärkten die Nachfrage der Gemeinschaft zurückhielt.

[1]) Ohne den innergemeinschaftlichen Handel.

34. Inwieweit sich die erneuten Verschiebungen der Währungsrelationen auf den Warenhandel mit Drittländern im Ganzen ausgewirkt haben, läßt sich nur schwer abschätzen; zu unterschiedlich verlief dafür die Entwicklung der Wechselkurse der einzelnen EWG-Partner. Während die Währungen der Länder des Floating-Blocks gegenüber den Währungen von Drittländern kräftig im Kurs stiegen (Schaubild 2), verloren die italienische Lira und das britische Pfund an Wert. Die Handelsströme reagierten

Schaubild 2



1) Amtliche Kassa – Mittelkurse: Wochendurchschnitte, Aufwertungseffekt (+). – 2) Vom 30.10.1972 bis 2.3.1973 amtliche Dollarleitkurse, ab 19.3.1973 jeweilige rechnerische Dollarleitkurse. – 3) Das Engliche Pfund floatet seit dem 23.6.1972. – 4) Abwertung des US – Dollars gegenüber den Sonderziehungsrechten um 10 vH am 12.2.1973; entspricht einer Aufwertung der Gemeinschaftswährungen um 11,1 vH; Freigabe der Italienischen Lira. – 5) Vom 2. bis 18.3. Devisenbörsen geschlossen; am 19.3. Übergang zum Block-Floating, gleichzeitige Aufwertung der D-Mark um 3 vH. – 6) Aufwertung der D-Mark am 29.6. um 5,5 vH. – 7) Aufwertung des Holländischen Guldens am 17.9. um 5 vH.

Quelle: Deutsche Bundesbank

SR 73749

auf die neuen Kursrelationen mit einer scheinbar ungewöhnlichen Entwicklung. Im ersten Halbjahr 1973 stiegen nämlich in Italien und Großbritannien die Einfuhren stärker als die Ausfuhren. Dies kann nur zum Teil mit den hohen Rohstoff-, Nahrungsmittel- und Energiepreisen auf den Weltmärkten oder anderen Sonderfaktoren erklärt werden. Wichtiger ist wohl, daß die Anpassung an die veränderte Währungssituation stets einige Zeit erfordert. Dies zeigte sich — mit umgekehrtem Vorzeichen — auch am Außenhandel der Länder des Floating-Blocks, deren Währungen ja vergleichsweise teuer geworden waren. Ihre Exporte stiegen anfangs rascher als ihre Importe. Erst gegen Jahresende näherten sich die beiden Zuwachsraten einander an. Das Verhältnis zwischen Ausfuhr- und Einfuhrpreisen (Terms-of-Trade) hat sich in Italien und Großbritannien in besonders hohem Maße verschlechtert, in Irland und Dänemark, die vor allem Agrarprodukte ausführen, ebenso bemerkenswert verbessert; darin drückt sich der starke Anstieg der Weltmarktpreise für Nahrungsmittel aus. In den übrigen Gemeinschaftsländern reichten die Aufwertungseffekte nicht aus, die Verteuerung der Importgüterpreise zu kompensieren.

35. Die starke Verteuerung der Einfuhren fand in der Handelsbilanz der erweiterten Gemeinschaft 1973 einen deutlichen Niederschlag. Hatte sie im Vorjahr — unter Einschluß von Großbritannien, Dänemark und Irland — noch mit einem leichten Überschuß abgeschlossen, so dürfte sie 1973 ein spürbares Defizit aufweisen. Zwar hatten die Ausfuhren nach Drittländern im ersten Halbjahr 1973 um rund 19 vH gegenüber dem Vorjahr zugenommen, doch ging die Zuwachsrate der Einfuhren noch darüber hinaus (26 vH). Im ersten Halbjahr 1973 belief sich das Defizit der Neunergemeinschaft auf etwa 2,3 Mrd. Eur.

Kapitalverkehr durch Block-Floating und Dirigismus geprägt

36. Die Ruhe, die nach der Krise vom Sommer 1972 an den Devisenmärkten eingekehrt war, mag den Eindruck erweckt haben, mit der Verschärfung der Kapitalverkehrskontrollen sei ein wirksamer Schutzwall gegen spekulative Devisenzuflüsse errichtet worden. Anfang 1973 zeigte sich jedoch, wie sehr solche Hoffnungen trogen. Als Italien Ende Januar, um der Kapitalflucht zu begegnen, den Wechselkurs der Lira spaltete und die Schweiz daraufhin den Kurs des Franken freigab, brach auch das Mißtrauen gegenüber dem Dollar sogleich wieder offen aus. Eine rasch anschwellende Dollarflut auf den europäischen Devisenmärkten war die Folge. Die Gemeinschaftsländer reagierten zunächst mit einer weiteren Verschärfung der Kontrollen; deren Erfolg war ebenfalls gering. Auch die Abwertung des Dollar im Februar half weniger als erwartet. Anfang März kam es zu einer zweiten Welle von Devisenzuflüssen. Die vereinbarten Wechselkurse gegenüber dem Dollar wurden nun nicht länger verteidigt.

37. Am 12. März 1973 wurden die Zentralbanken aufgrund eines Beschlusses des Ministerrats der Gemeinschaft von ihrer Interventionspflicht gegenüber dem Dollar befreit. Die enge Bandbreite von 2,25 vH zwischen den Wechselkursen der Gemeinschaftswährungen, die im April 1972 eingeführt worden war, wurde jedoch beibehalten. Großbritannien, Irland und Italien sahen sich wegen ihrer prekären Zahlungsbilanzsituation außerstande, dem Floating-Block beizutreten; sie hatten ihre Währungen zuvor auch gegenüber denen der Partnerländer freigegeben. Schweden und Norwegen, die nicht zur Gemeinschaft gehören, schlossen sich dem Block an. Die Bereitschaft zum gemeinsamen Floating wurde wohl auch dadurch gefördert, daß die D-Mark vorab gegenüber den Sonderziehungsrechten und damit auch gegenüber den Blockwährungen um 3 vH aufgewertet wurde: Die Befürchtungen waren so geringer, daß die D-Mark, indem sie sich gegenüber dem Dollar rascher als die anderen Blockwährungen befestigte, diese stärker als erwünscht mit aufwerten könnte. Welche Höherbewertung die Gemeinschaftsländer hinnehmen würden, blieb unklar, denn sie betonten kurz darauf, daß sie unter Umständen gegenüber dem Dollar intervenieren wollten, um „geordnete Marktverhältnisse aufrechtzuerhalten".

38. Der Übergang zum Block-Floating schien der Spekulation die Grundlage entzogen zu haben und beruhigte zunächst die Devisenmärkte. Der Kurs des Dollar konnte sich gegenüber den gemeinsam floatenden Währungen sogar leicht erholen. Auch innerhalb des Bandes bewegten sich die Kurse kaum. Der holländische Gulden und die D-Mark lagen zumeist an dessen unterem Ende und mußten zeitweise vom französischen Franken und den skandinavischen Währungen gestützt werden, wenn auch mit geringen Beträgen.

Politische Schwierigkeiten und eine bedrohliche Beschleunigung des Preisauftriebs in den Vereinigten Staaten führten dazu, daß es Mitte Mai erneut zu einem starken Druck auf den Dollar kam. Wenig später stieß die D-Mark, nicht zuletzt wohl weil deutsche Stabilisierungserfolge erwartet wurden, an das obere Ende des Bandes. Umfangreiche Interventionen in Block-Währungen waren nötig, um die Währungen im Band zusammenzuhalten, das zugleich weiter gegenüber dem Dollar in die Höhe getrieben wurde. Ende Juni wurde der Leitkurs der D-Mark um 5,5 vH heraufgesetzt.

39. Auch danach hielt der Kursanstieg der Blockwährungen zunächst noch an. Er fand ein Ende, als die europäischen Regierungen beschlossen, zur Stützung des Dollar zusätzliche Kreditlinien in Höhe von 6,25 Mrd. Dollar bereitzustellen. Dies schreckte, wie es scheint, die Spekulation ab, die wohl auch unsicher geworden war, ob der Dollar nicht inzwischen einen zu niedrigen Wert erreicht hatte. Seit August wirkten zudem die Zinssteigerungen in den Vereinigten Staaten auf einen Rückfluß von Dollar

hin, zumal diese in der Gemeinschaft wegen der Kapitalverkehrskontrollen nur schwer zinstragend angelegt werden konnten.

IV. Geld- und Kreditpolitik auf Restriktionskurs

40. In den meisten Ländern der Gemeinschaft ist im Jahre 1973 der Restriktionskurs der Geld- und Kreditpolitik verschärft worden. Zwar hatten zu Anfang des Jahres erneute Dollarzuflüsse die europäischen Währungsbehörden gezwungen, in unerwünschtem Maße Zentralbankgeld zu schaffen; der Übergang zum Block-Floating im März entband sie jedoch von der Interventionspflicht gegenüber Währungen von Drittländern. Dadurch vergrößerte sich der Spielraum für eine autonome Stabilitätspolitik. In der Folgezeit gelang es in den meisten Ländern, das Angebot an Finanzierungsmitteln zu verknappen. Die Zinsen stiegen. Die monetäre Expansion schwächte sich ab, freilich nicht in allen Ländern gleichmäßig.

41. Nach den Devisenzuflüssen galt es, den hohen, zuletzt sprunghaft gewachsenen Liquiditätsüberhang abzubauen. Im Bankenbereich gelang dies weitgehend. Nur sehr begrenzt waren hingegen die Möglichkeiten, auch jene Mittel abzuschöpfen, welche der Wirtschaft direkt zugeflossen waren. So wurde zunächst nur die Bankenliquidität eingeschränkt, vor allem dadurch, daß die Zentralbanken in fast allen Ländern die Refinanzierung erschwerten und verteuerten oder die Mindestreservepflicht verschärften.

42. Wie 1972, so standen auch 1973 unter den marktmäßigen Bestimmungsfaktoren der Bankenliquidität zunächst die Devisenkäufe der Zentralbanken bei jenen Ländern der Gemeinschaft im Vordergrund, die dem Floating-Block angehören (Tabelle 6). In Großbritannien und Italien überwogen Devisenabflüsse, wodurch sich die frei verfügbaren liquiden Mittel bei den Banken verminderten. Insgesamt wurden in der Gemeinschaft im ersten Halbjahr 1973 5,7 Mrd. Eur [1]) an liquiden Mitteln geschaffen, der größte Teil davon in der Bundesrepublik. Mit der Aufhebung der Interventionspflicht gegenüber Drittwährungen hat dieser Bestimmungsfaktor der Bankenliquidität an Bedeutung verloren. Durch das Auslandsgeschäft der Zentralbanken entstanden im Floating-Block insgesamt keine liquiden Mittel mehr. Lediglich deren Verteilung auf einzelne Länder änderte sich insoweit, als gegenüber Gemeinschaftswährungen interveniert werden mußte. Kassentransaktionen der öffentlichen Hand und ein steigender Bargeldumlauf bewirkten bis zur Jahresmitte einen beträchtlichen Liquiditätsentzug bei den Banken. Überdies wurden die frei verfügbaren liquiden Mittel der Kreditinstitute durch Mindestreservemaßnahmen eingeschränkt, allerdings von Land zu Land unterschiedlich, am stärksten in der Bundesrepublik.

[1]) 1 Eur = 3,21978 DM

43. Die Währungsbehörden in Frankreich und die Deutsche Bundesbank beschränkten den Banken die Möglichkeit einer quasi-automatischen Inanspruchnahme des Notenbankkredits; sie versuchten mehr als zuvor, die Zentralbankgeldmenge mit Offen-Markt-Geschäften zu steuern. Eine schärfere Begrenzung des Notenbankkredits diente dem gleichen Zweck. In den Niederlanden wurde die freie Verfügung über potentielles Zentralbankgeld durch die Einführung eines Liquiditätsreservesatzes beschränkt [2]). Belgien entschied sich für eine Zuwachsmindestreserve auf Bankkredite.

Etwas sanfter wurden die monetären Bremsen in solchen Ländern angezogen, in denen der Geld- und Kreditpolitik noch Rücksichtnahme auf die konjunkturelle Erholung geboten schien. In Italien wurde versucht, mit selektiven Kreditkontrollen die monetäre Expansion zu begrenzen, ohne die Investitionstätigkeit zu treffen. Seit Frühjahr 1973 dürfen kurzfristige Bankkredite mit einem Betrag von mehr als 500 Mill. Lira um höchstens 12 vH innerhalb eines Jahres ausgeweitet werden. Dieselbe Begrenzung gilt — unabhängig vom Kreditbetrag — für alle Ausleihungen an Kunden außerhalb des Industriebereichs. Die Regelung sieht ausdrücklich Ausnahmen vor, welche von der Zentralbank genehmigt werden können. In Großbritannien wurde der flexible Diskontsatz, der den Zinsen für Schatzwechsel folgt, bis zur Jahresmitte auf 11 1/2 % hochgetrieben. Da man einen weiteren Zinsanstieg vorerst nicht hinnehmen wollte, gab die Bank von England den Geschäftsbanken bei Liquiditätsschwierigkeiten gezielt Hilfe. Als sich jedoch im Herbst die Kreditexpansion beschleunigte, wurde der Restriktionskurs verschärft. Der Diskontsatz wurde autonom auf 13 % heraufgesetzt; die Banken mußten ihre Mindestreserven kräftig aufstocken.

44. Die monetäre Expansion in den Ländern der Gemeinschaft war in den ersten Monaten des Jahres 1973 ähnlich stark wie im Vorjahr. Die Zentralbankgeldmenge, deren Ausweitung die Voraussetzung für eine Einlagen- und Kreditexpansion bei den Banken ist, war nicht knapp genug, um dies zu verhindern. Danach änderte sich die Situation, und die monetäre Expansion begann sich abzuschwächen, zunächst vor allem in den Ländern des Floating-Blocks.

Am deutlichsten schlug sich dies in der Zuwachsrate der Geldmenge M_1 (Bargeldumlauf und Sichteinlagen) nieder (Tabelle 7). Die Expansionsrate der Geldmenge M_2 (Geldmenge M_1 und Quasigeldbestände) blieb dagegen noch verhältnismäßig hoch. Die aus der Verknappung der Zentralbankgeldmenge beziehungsweise der eingeschränkten Verfügbarkeit über liquide Mittel resultierende Zinssteigerung führte zu einer Veränderung der Einla-

[2]) Mitte Juli 1973 kam die Nederlandsche Bank mit den niederländischen Bankenorganisationen überein, eine Liquiditätsreserve in Höhe von 8 vH für kurzfristige Mittel und 7 vH für langfristige Mittel einzuführen. Der Liquiditätsreservesatz für kurzfristige Mittel kann von der Zentralbank bis auf 14 vH erhöht werden. Die Reserven sollen in Form von liquiden Aktiva, in erster Linie Schatzpapieren, gehalten werden.

Tabelle 6

Einflüsse auf die Bankenliquidität in der EWG [1])
Veränderung gegenüber dem vorangegangenen Zeitraum in Mill. Eur

Zeitraum	Land	Auslandsgeschäft der Zentralbanken [2])	Öffentliche Transaktionen mit den Zentralbanken	Zentralbankeinlagen der Wirtschaft (Nettoposition)	Bargeldumlauf	Summe der Markteinflüsse	Zentralbankeinlagen	Summe der Markteinflüsse abzüglich Zentralbankeinlagen
1972	Bundesrepublik Deutschland	+4 204,2	− 194,4	−571,6	−1 563,4	+1 874,8	+3 938,4	−2 063,6
	Frankreich	+1 145,1	− 428,4	−160,2	−1 040,6	− 484,1	+4 362,4	−4 846,5
	Großbritannien [3]) ..	− 861,6	+1 992,0	+194,4	−1 245,6	+ 79,2	+ 386,4	− 307,2
	Italien	− 760,8	+3 116,9	−101,7	−2 096,4	+ 158,0	+2 196,1	−2 038,1
	Niederlande	+ 845,4	− 981,4	+ 0,4	− 238,7	− 374,3	+ 2,3	− 376,6
	Belgien	+ 476,9	− 271,4	− 18,5	− 419,9	− 227,9	+ 160,3	− 393,2
	Dänemark	+ 74,9	− 186,6	+ 65,8	+ 79,5	+ 33,6	+ 41,2	− 7,6
	Irland [3])	+ 110,0	− 51,7	± 0,0	− 0,5	+ 57,8	+ 46,3	+ 11,5
1973 1. Vj.	Bundesrepublik Deutschland	+3 674,0	+ 367,9	+100,1	+ 320,9	+4 462,9	+2 776,1	+1 686,8
	Frankreich	+ 534,7	+ 32,4	+ 34,2	+ 397,9	+ 999,2	− 90,0	+1 089,2
	Großbritannien [3]) ..	− 196,8	− 52,8	−194,4	+ 156,0	− 288,0	+1 408,8	−1 696,8
	Italien [3])	− 534,8	+3 149,6	−199,3	+1 042,7	+3 458,2	+1 323,0	+2 135,2
	Niederlande	+ 719,4	+ 206,5	−118,7	+ 34,1	+ 841,3	+ 611,4	+ 229,9
	Belgien	+ 589,8	+ 156,2	− 12,3	+ 57,5	+ 791,2	+ 170,6	+ 620,6
	Dänemark	+ 117,3	− 555,7	+ 49,1	− 178,8	− 568,1	− 84,6	− 483,5
	Irland [3])	− 66,5	− 51,8	± 0,0	− 28,3	− 146,6	+ 84,7	− 231,3
1973 2. Vj.	Bundesrepublik Deutschland	+ 689,5	− 997,0	+ 65,2	− 481,4	− 723,7	−1 866,6	+1 142,9
	Frankreich	+ 181,8	+ 279,1	− 1,8	− 615,8	− 156,7	+ 740,0	− 896,7
	Großbritannien [3]) ..	+ 808,8	− 312,0	− 38,4	− 321,6	+ 136,8	+ 220,8	− 84,0
	Italien [3])	.	.	.	.	.	.	.
	Niederlande	− 938,3	+ 356,8	+ 76,7	− 274,8	− 779,6	− 478,1	− 301,5
	Belgien	+ 145,9	+ 41,1 [a])	− 8,2	− 347,3	− 168,5	+ 2,1	− 170,6
	Dänemark	+ 32,6	+ 189,6	− 7,5	+ 62,7	+ 277,4	+ 4,4	+ 273,0
	Irland [3]) [4])	− 24,0	+ 46,8	± 0,0	+ 49,9	+ 120,7	− 2,9	+ 123,6

[1]) Eigene Berechnungen.
[2]) Ohne Geldexporte der Banken.
[3]) Bewertet mit der Eur-Parität vor Freigabe des Wechselkurses.
[4]) Zahlen bis Ende Mai.
a) Ohne weitergegebene Kredite.

Quelle: Statistische Berichte der Zentralbanken

Tabelle 7

Geldmenge und Kreditbestände in EWG-Ländern [1])
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH

	Zeitraum	Bundesrepublik Deutschland	Frankreich	Italien	Niederlande	Belgien	Großbritannien
Geldmenge M 1 [2])	1972 September	+14,0	+15,2	+16,7	+20,8	+11,5	.
	Dezember	+14,4	+14,9	+17,3	+17,6	+14,0	+13,7
	1973 März	+13,6	+10,5	+17,8	+16,1	+15,1	+11,4
	Juni	+ 5,7	+10,5	+22,1	+ 9,4	+12,6	+ 9,6
	Juli	+ 3,1	+ 4,8	.	+ 3,2	+11,8	+11,9
	August	+ 0,9	+ 8,6	.	.	.	+17,5
Geldmenge M 2 [3])	1972 September	+15,6	+20,2	+17,8	+12,1	+15,5	+24,1
	Dezember	+16,9	+18,6	+18,2	+11,9	+17,6	+25,3
	1973 März	+20,3	+14,7	+18,5	+16,3	+18,4	+28,1
	Juni	+18,1	+13,4	+20,6	+14,6	+16,0	+22,7
	Juli	+16,5	+11,3	.	+14,5	.	+25,1
	August	+17,2	+13,8	.	.	.	+27,9
Bankkredite [4])	1972 September	+15,6	+28,3	+17,3	+17,6	+18,6	+48,4
	Dezember	+16,5	+23,5	+18,5	+17,0	+19,7	+54,2
	1973 März	+16,8	+19,1	+19,2	+19,4	+21,4	+43,0
	Juni	+15,3	+18,3	+23,5	+23,5	+21,3	+35,2

[1]) Eigene Berechnungen aufgrund von Unterlagen der Europäischen Gemeinschaften und Berichten der Zentralbanken.
[2]) Bargeldumlauf und Sichteinlagen.
[3]) Geldmenge M 1 und Quasigeldbestände.
[4]) Insgesamt, ohne Kredite an die öffentliche Hand.
Quelle: Kommission der Europäischen Gemeinschaften und Berichte der Zentralbanken

genstruktur, insbesondere zugunsten der Termineinlagen, welche Teil der Geldmenge M_2 sind. Als die Geldmengenexpansion nachließ, begann sich auch die Kreditvergabe abzuschwächen, freilich in geringerem Ausmaß.

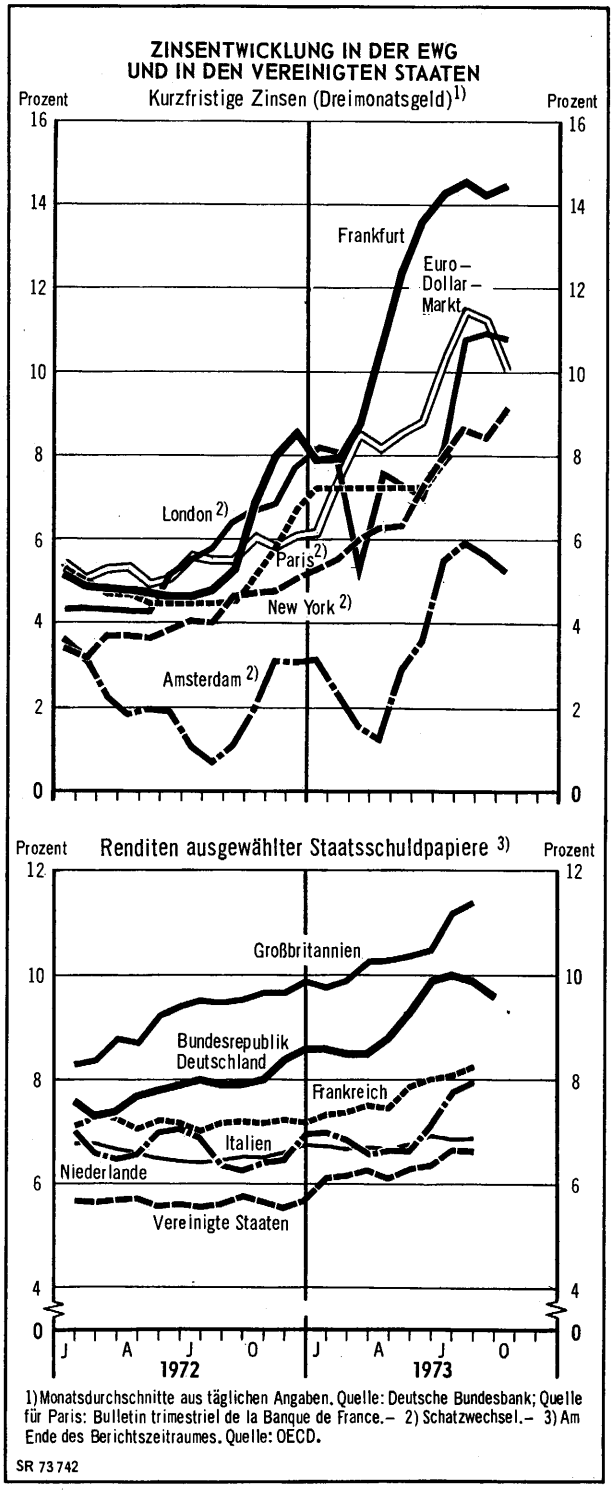
45. Der Ministerrat der Europäischen Gemeinschaften hatte im Oktober 1972 beschlossen, in den einzelnen Ländern der Gemeinschaft solle die Zuwachsrate der Geld- und Quasigeldbestände schrittweise auf diejenige des realen Bruttosozialprodukts — erhöht um eine normative Preissteigerungsrate und unter Berücksichtigung der strukturellen Entwicklung des Verhältnisses zwischen Geldmenge und Sozialprodukt — zurückgeführt werden. Dies solle spätestens Ende 1974 erreicht sein. Insbesondere die Mitgliedstaaten mit Vollbeschäftigung waren aufgefordert, 1973 eine deutliche Verlangsamung der Geldmengenexpansion zu erzielen; diese sollte wenigstens die Hälfte der bis Ende 1974 zu erreichenden Verringerung ausmachen.

Das für 1973 gesteckte Ziel wird nicht erreicht. In einigen Ländern blieb die Zuwachsrate der Geldmenge M_2 sogar beträchtlich über derjenigen des nominalen Sozialprodukts, die in diesem Jahr ohnehin noch mehr als in früheren Jahren inflatorisch überhöht ist. Aber es ist nicht zu verkennen, daß sich in den Gemeinschaftsländern der Zuwachs der Geldmenge M_2 nach einer vorübergehenden Beschleunigung zu Jahresbeginn seit den Sommermonaten abschwächt. Dies ist sicherlich teilweise der restriktiven Politik zuzuschreiben.

46. Die Verknappung der Finanzierungsmittel bei drängender Geldnachfrage ließ die Zinsen an den monetären Märkten allenthalben steigen (Schaubild 3). Dem kamen mehrfache Anhebungen der administrativen Zinssätze entgegen. Am britischen und deutschen Kapitalmarkt erreichten die Renditen 10 % und mehr. Vergleichsweise niedrig blieb der langfristige Zinssatz in Italien, nicht zuletzt als Folge der den Banken Mitte Juni auferlegten Verpflich-

tung, einen Teil ihrer liquiden Mittel in festverzinslichen Wertpapieren anzulegen. Bei den kurzfristigen Krediten führten die restriktiven Maßnahmen der Zentralbanken durchweg zu noch stärkeren Verteuerungen als bei langfristigen Ausleihungen. Außergewöhnlich kräftige Zinssteigerungen waren auch für Bankeinlagen, insbesondere Termineinlagen, zu verzeichnen.

Schaubild 3



1) Monatsdurchschnitte aus täglichen Angaben. Quelle: Deutsche Bundesbank; Quelle für Paris: Bulletin trimestriel de la Banque de France. – 2) Schatzwechsel. – 3) Am Ende des Berichtszeitraumes. Quelle: OECD.

SR 73742

V. Starke Ausweitung der Staatshaushalte

47. Die öffentlichen Haushalte der Gemeinschaftsländer wurden 1973 wiederum kräftig ausgeweitet. Allerdings fielen die anregenden Wirkungen, die von der Finanzpolitik auf die Konjunktur in der Gemeinschaft ausgingen, geringer aus als im Vorjahr.

48. Obwohl im Herbst vergangenen Jahres, als die meisten Budgets geplant wurden, durchaus schon abzusehen war, daß sich der Aufschwung bereits wieder durchgesetzt hatte und eine größere Zurückhaltung der öffentlichen Hände als Gebot der Stunde hätte gelten müssen, sahen die Haushaltspläne erneut starke Ausgabensteigerungen vor. Waren damit die Ansätze schon überhöht — auch im Vergleich mit den Richtlinien des Ministerrates vom 31. Oktober 1972 —, so gingen in den meisten Ländern die tatsächlichen Ausgaben 1973 noch darüber hinaus, soweit man dies nach den bisher vorliegenden Daten beurteilen kann (Tabelle 8).

Besonders hohe Zuwachsraten ergaben sich erneut in Italien, wo die unvermindert hohe Arbeitslosigkeit und die Unterauslastung des Produktionspotentials dafür eine gewisse Rechtfertigung boten. Sehr viel weniger gilt dies schon für die Ausgabenpolitik Großbritanniens und Irlands, kaum noch für diejenige Frankreichs; dort hatte bereits das Jahr 1972 im Zeichen der Hochkonjunktur gestanden.

Als jedoch im Laufe des Jahres 1973 die Inflationsbekämpfung in der Gemeinschaft immer drängender wurde, versuchten die Regierungen vielfach, öffentliche Ausgaben hinauszuschieben oder, wo es möglich war, zu kürzen. So blockierten sie in Belgien und Dänemark einen Teil der vorgesehenen Bauinvestitionen. In der Bundesrepublik wurden rechtlich nicht gebundene Ausgabenansätze um einen pauschalen Prozentsatz gekürzt; so wurde immerhin verhindert, daß überplanmäßige Ausgaben an anderer Stelle das Haushaltsvolumen insgesamt noch einmal ausweiteten (Ziffer 194). In Großbritannien beließ man es bei eher symbolischen Abstrichen vom laufenden Budget.

49. Die Steuereinnahmen übertrafen 1973 erheblich die ursprünglichen Ansätze, da weder das Ausmaß der Teuerung noch die konjunkturelle Dynamik des Aufschwungs richtig eingeschätzt worden waren. Italien bildete abermals die wichtigste Ausnahme; die Stockung, in die hier der Aufschwung zu Beginn des Jahres vorübergehend geriet, bewirkte, daß das Steueraufkommen in der ersten Jahreshälfte kaum höher als im Vorjahr war. Auch in Großbritannien war die Zunahme der Steuern in den ersten Monaten 1973 gering. In beiden Ländern dürfte der Übergang zur Mehrwertsteuer im Rahmen der europäischen Steuerharmonisierung mit für die niedrigen Einnahmen verantwortlich gewesen sein.

In Frankreich wurde am 1. Januar der Standardsatz der Mehrwertsteuer von 23 vH auf 20 vH herabgesetzt; dies sollte kurzfristig den Anstieg der Verbraucherpreise dämpfen. Da man jedoch nicht gleich-

Tabelle 8

Der Staatshaushalt in den EWG-Ländern [1])

Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH

Zeitraum	Bundesrepublik Deutschland [2])	Frankreich	Italien	Niederlande	Belgien	Großbritannien [3])	Irland [3])	Dänemark [3])
				Ausgaben				
1972 Jan. bis März	+10,7	+10,4	+ 1,3	+15,2	+ 6,8	.	.	.
Jan. bis Juni	+10,4	+10,5	+20,6	+15,6	+21,1	+13,6	+14,0	.
Jan. bis Sept.	+ 8,8	+ 8,3	+13,0	+11,4	+20,8	+12,3	.	.
Jan. bis Dez.	+10,2	+ 9,8	+ 6,4	+11,2	+13,1	+12,5	+15,2	+22,1
1973 Jan. bis März	+ 8,7	+16,9	+39,2	+17,3	+26,3	+14,0	+16,5	+17,9
Jan. bis Juni	+ 9,1	+14,9	+25,0	+15,1	+14,5	+14,6	+13,3	+12,0
Jan. bis Dez. [4])	+12	+10½	+24	+18	+15½	+15	+18	+11
				Einnahmen				
1972 Jan. bis März	+11,2	+17,9	+14,1	+20,0	+ 5,4	.	.	.
Jan. bis Juni	+ 9,7	+14,1	+12,9	+19,3	+ 7,4	+ 5,1	+14,1	.
Jan. bis Sept.	+ 9,9	+11,8	+10,3	+18,0	+10,9	+ 7,6	.	.
Jan. bis Dez.	+11,1	+13,1	+ 5,9	+14,0	+12,0	+ 7,0	+13,0	+26,4
1973 Jan. bis März	+13,8	+12,5	+ 0,8	+16,1	+11,1	+ 7,8	+13,8	+23,0
Jan. bis Juni	+14,1	+12,2	+ 3,3	+13,3	+14,0	+ 7,4	+13,0	+12,5
Jan. bis Dez. [4])	+15½	+12	+ 8	+15	+16½	+ 7	+17	+16

[1]) Vorläufige Ist-Ergebnisse; ohne Kredite und Vorschüsse.
[2]) Nach Abgrenzung der Europäischen Kommission.
[3]) Das Haushaltsjahr in den Beitrittsländern beginnt bisher noch am 1. April. Daher geben die kumulierten Werte für das jeweils erste Vierteljahr des Kalenderjahres die Jahresendwerte im Sinne der Haushaltsrechnung an.
[4]) Eigene Schätzung.
Quelle: Kommission der Europäischen Gemeinschaften

zeitig die Staatsausgaben senkte, sondern den Steuerausfall durch eine Anleihe ausglich, waren die preisdämpfenden Wirkungen nicht von Dauer. Inflations- und konjunkturbedingte Steuermehreinnahmen machten schließlich die Steuerausfälle noch einmal wett. Stabilitätspolitisch ins Gewicht fallende Steuererhöhungen nahmen außer der Bundesrepublik (Ziffern 200 f.) lediglich Dänemark und die Niederlande vor.

50. Der unterschiedlichen Entwicklung des Steueraufkommens und der Ausgaben entsprechend war der Kreditbedarf der öffentlichen Haushalte vor allem in Italien und Großbritannien sehr hoch. In Italien wurde er wieder in besonders starkem Maße durch Verschuldung bei der Notenbank gedeckt. Dies gilt auch für Irland. Die Haushalte Dänemarks, der Bundesrepublik (Bund und Länder) und Frankreichs wiesen, gemessen an deren Umfang, einen wesentlich geringeren Finanzierungssaldo [1]) auf.

[1]) Es handelt sich hierbei um die „Nettofinanzierungssalden", wie sie von der Kommission der Europäischen Gemeinschaften nach einem einheitlichen Verfahren für die Haushalte der „Zentralstaaten" berechnet werden.

51. Die Europäischen Gemeinschaften selbst hatten im Jahre 1973, vier Nachträge eingeschlossen, einen Haushalt von 5,134 Mrd. europäischen Rechnungseinheiten (RE [2])); zu den geltenden Leitkursen umgerechnet sind dies 16,3 Mrd. DM [3]). Er war um

[2]) Der Wert der Rechnungseinheit beträgt 0,88867088 Gramm Feingold. Für die Umrechnung der Rechnungseinheit in die Währungen der Mitgliedsländer verwendet die EG noch die dem IWF zuletzt offiziell mitgeteilten Paritäten. Danach entspricht 1 RE beispielsweise 3,66 DM, 5,55 FF oder 625,0 Lit. Bei der Festlegung der Finanzbeiträge der Mitgliedsländer nimmt die EG von den Änderungen der Wechselkurse seit dem 20. 12. 1971 noch keine Notiz. Für statistische Zwecke dagegen werden die Leitkursänderungen berücksichtigt; in diesem Falle wird der Eur als Verrechnungsmaß benutzt. Seit dem 29. 6. 1973 gilt: 1 Eur =3,21978 DM.

[3]) Bei dieser Berechnung wurden die Beiträge der Mitgliedsländer, ausgedrückt in RE, zunächst mit den dafür geltenden Paritäten (s. Fußnote 2) in die jeweiligen nationalen Währungen und dann mit den durchschnittlichen Kassamittelkursen von September 1973 in D-Mark umgerechnet. Die Quote der Bundesrepublik am so in D-Mark ausgedrückten Gesamthaushalt beträgt 33½ vH. Die offizielle Quote, auf der Basis von RE, beläuft sich auf 29 vH.

19,4 vH größer als 1972. In dieser Zunahme schlug sich auch der zusätzliche Ausgabenbedarf nieder, der durch den Beitritt der drei neuen Mitgliedsländer entstanden war.

Den Löwenanteil an den Gesamtausgaben (83 vH) beanspruchte 1973 wiederum der Europäische Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL), über den die Finanzierung der gemeinschaftlichen Agrarpolitik abgewickelt wird. Gegenüber den Ist-Ausgaben des Vorjahres lagen die Ausgabenansätze für den Fonds um mehr als die Hälfte höher, und dies bei einer weltweiten Hausse der Agrarpreise, die zum Abbau des kostspieligen Agrarprotektionismus innerhalb Europas hätte genutzt werden können.

Zur Finanzierung des Gemeinschaftshaushalts haben Agrarabschöpfungen 1973 11 vH beigetragen. Diese Abschöpfungen sind neben den Außenzöllen die wichtigste eigene Einnahmequelle der Gemeinschaften. Nicht durch eigene Mittel gedeckte Ausgaben (1973: 49,3 vH) werden bis 1974 noch durch sogenannte matrikulare Finanzbeiträge der Mitgliedstaaten ausgeglichen. Ab 1975 soll der Gemeinschaftshaushalt vollständig durch eigene Einnahmen finanziert werden, wobei die Anteile an der Mehrwertsteuer eine immer wichtigere Rolle spielen sollen.

VI. Struktur der erweiterten Gemeinschaft

52. Die Europäische Gemeinschaft kam durch den Beitritt Großbritanniens, Irlands und Dänemarks ihrem Ziel, Westeuropa wirtschaftlich zu integrieren und in einer Wirtschafts- und Währungsunion zu einigen, einen großen Schritt näher. Die neuen Mitgliedstaaten unterscheiden sich in vielem voneinander; sie haben die wirtschaftliche Struktur der Gemeinschaft verändert.

53. Indem Großbritannien beitrat, vergrößerte sich die Gemeinschaft um eine bedeutende Handels- und Industrienation, die im internationalen Geld- und Kapitalverkehr einen führenden Platz einnimmt, in Forschung wie Technologie viele Spitzenleistungen vorzuweisen hat, die aber seit vielen Jahren in der wirtschaftlichen Entwicklung hinter den EG-Staaten zurückgeblieben ist. Eine niedrige Investitionsquote, mäßige Produktivitätsfortschritte (Tabelle 9) und eine verhältnismäßig hohe, nicht zuletzt strukturell bedingte Arbeitslosigkeit, verbunden mit Zahlungsbilanzdefiziten und starkem Geldwertschwund, kennzeichneten die längerfristige Entwicklung Großbritanniens. Die Entscheidung, der Europäischen Gemeinschaft auch zu Lasten der politischen wie wirtschaftlichen Beziehungen zu den Staaten des

Tabelle 9

Bruttosozialprodukt und Produktivität in der EWG

durchschnittlich jährliche Veränderung in vH

Zeitraum	Bundesrepublik Deutschland	Frankreich	Italien	Niederlande	Belgien	EWG der Sechs	Großbritannien	Irland	Dänemark
	Bruttosozialprodukt [1]								
1957 bis 1961	+7,9[a]	+4,6	+6,5	+4,1	+3,0	+6,1[a]	+3,2	+2,5	+5,4
1962 bis 1966	+4,6	+5,6	+4,4	+5,1	+4,6	+5,0	+3,6	+3,2	+4,2
1967 bis 1971	+6,0	+5,9	+4,6	+5,9	+5,3	+5,6	+2,3	+5,3	+5,1
1957 bis 1971	+5,6[a]	+5,5	+5,4	+5,0	+4,3	+5,4[a]	+2,8	+3,8	+4,9
	Produktivität [2]								
1957 bis 1961	+5,2[a]	+4,9	+6,5	+3,0	+3,3	+5,1[a]	+2,6	+3,8	+3,4
1962 bis 1966	+4,3	+4,9	+5,8	+3,9	+3,8	+4,9	+2,8	+2,8	+2,5
1967 bis 1971	+5,0	+5,0	+4,5	+5,1	+4,1	+4,9	+3,1	+4,8	+4,3
1957 bis 1971	+4,6[a]	+5,0	+5,7	+4,0	+3,8	+4,9[a]	+2,7	+3,9	+3,3

[1] In Preisen und Wechselkursen von 1963.
[2] Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen in Preisen und Wechselkursen von 1963.
a) Bis 1959 ohne Saarland und Berlin.

Quelle: SAEG

Commonwealth beizutreten, war daher zuvörderst von der Hoffnung bestimmt, Anschluß an das rasche Wachstum der Gemeinschaft zu finden.

Die wirtschaftliche Entwicklung Irlands ist vor allem durch seine Abhängigkeit von Großbritannien bestimmt gewesen. Die lange Zeit dominierende Landwirtschaft hatte es stets schwer, auf dem britischen Markt mit den preisgünstigen Einfuhren aus dem Commonwealth zu konkurrieren. So war es kaum möglich, die Ersparnisse zu bilden, mit denen der Aufbau einer leistungsfähigen Industrie aus eigener Kraft hätte finanziert werden können. Viele Iren wanderten aus, vornehmlich nach Großbritannien und nach Nordamerika. Das Land litt bis in die jüngste Zeit hinein unter hoher Arbeitslosigkeit. Die Arbeitslosenquote lag zumeist bei 8 vH. Inzwischen zeichnet sich allerdings ein Wandel ab. Mit Hilfe einer Politik der forcierten Industrialisierung, die auch ausländischen Investoren günstige Konditionen bot, gelang es, die wirtschaftliche Entwicklung spürbar zu beschleunigen. Gleichwohl wird Irland vorerst das mit Abstand ärmste Land der Gemeinschaft bleiben.

Über eine ausgewogene Wirtschaftsstruktur verfügt dagegen Dänemark; die Landwirtschaft stellt vornehmlich hochwertige Veredelungsprodukte her, und auch die Industrie zeichnet sich durch große Spezialisierung aus. Hohe Wachstumsraten, geringe Arbeitslosigkeit und enge wirtschaftliche Verflechtung mit den anderen Ländern der Gemeinschaft lassen den Beitritt Dänemarks als recht problemlos erscheinen.

Die Unterschiede in der wirtschaftlichen Struktur dieser Länder sowohl untereinander wie gegenüber den anderen Ländern der Gemeinschaft zeigen sich deutlich an den Beiträgen der großen Wirtschaftssektoren zum Sozialprodukt (Tabelle 10).

54. Die Lohnquote in der Gemeinschaft, der Anteil des Einkommens aus unselbständiger Arbeit am

Tabelle 10

Zur Produktionsstruktur in der EWG und den Vereinigten Staaten

Anteil am Bruttoinlandsprodukt [1]) in vH

	Bundesrepublik Deutschland	Frankreich	Italien	Niederlande [2])	Belgien	EWG der Sechs	Großbritannien [3])	Dänemark [3])	Irland [3])	Vereinigte Staaten [3])
1960										
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	5,7	9,3	13,1	8,9	6,4	8,4	3,9	14,4	25,0	4,0
Warenproduzierendes Gewerbe	54,4	47,1	41,0	44,3	40,5	47,8	47,7	39,1	29,6	37,8
Dienstleistungen	32,6	33,6	34,7	34,2	39,9	33,6	38,6	37,1	36,0	46,1
Staat	7,2	8,4	9,3	9,8	9,5	8,3	9,8	9,4	9,3	12,1
1971 [4])										
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	2,8	5,6	8,4	5,7	3,7	5,0	2,9	7,9	17,8	2,9
Warenproduzierendes Gewerbe	53,5	46,4	41,5	41,8	41,5	47,2	44,1	40,1	35,2	34,2
Dienstleistungen	33,9	37,1	37,5	37,9	39,9	35,4	41,1	36,0	36,7	48,2
Staat	9,8	8,7	10,8	14,7	10,6	9,9	11,9	16,0	10,3	14,8

[1]) Länder: nationale Währung; EWG: Eur in jeweiligen Preisen und Wechselkursen.
[2]) 1971: Bruttoinlandsprodukt zu Faktorkosten.
[3]) Bruttoinlandsprodukt zu Faktorkosten.
[4]) Großbritannien, Dänemark, Vereinigte Staaten: Ergebnisse für 1970. Irland: Ergebnisse für 1969.

Quelle: SAEG, OECD

Tabelle 11

Verwendungsstruktur des Sozialprodukts [1]) in der Gemeinschaft

durchschnittlicher Anteil in vH

Zeitraum	Bundesrepublik Deutschland	Frankreich	Italien	Niederlande	Belgien	EWG der Sechs	Großbritannien	Irland	Dänemark
	Anteil am Bruttosozialprodukt								
	Privater Verbrauch								
1957—1961	58,0	62,4	64,8	58,3	68,5	61,4	65,4	75,4	66,1
1967—1971	55,2	59,4	63,8	57,1	61,4	58,7	62,1	67,8	61,7
	Staatsverbrauch								
1957—1961	13,4	13,2	11,9	14,2	12,4	13,0	16,6	11,3	13,2
1967—1971	16,2	12,4	13,4	16,2	13,8	14,3	18,0	13,9	18,8
	Bruttoanlageinvestitionen								
1957—1961	23,5	20,6	21,5	23,6	18,1	21,9	15,9	13,4	18,8
1967—1971	24,7	25,2	20,1	25,2	21,7	23,8	18,1	20,9	21,8
	Außenbeitrag								
1957—1961	+3,2	+0,5	+0,0	+1,2	−0,5	+1,4	−0,3	−4,4	+0,5
1967—1971	+2,5	+0,1	+1,3	−0,3	+1,2	+1,2	+0,1	−6,9	−1,9
	Anteil an der Gesamtnachfrage								
	Einfuhr								
1957—1961	15,4	11,6	11,9	32,0	24,7	15,5	17,0	26,3	24,4
1967—1971	16,2	12,9	14,6	31,1	28,3	16,9	17,1	29,9	23,2
	Ausfuhr								
1957—1961	18,0	12,0	12,0	32,8	24,2	16,6	16,8	23,1	24,8
1967—1971	18,3	12,9	15,7	30,9	29,2	17,9	17,2	25,1	21,8

[1]) In jeweiligen Preisen und Wechselkursen.

Quelle: SAEG

Volkseinkommen, erhöhte sich durch den Beitritt der drei neuen Länder von 63 vH auf fast 66 vH. Ausschlaggebend dafür war der mit 76 vH ungewöhnlich hohe Wert für Großbritannien. Dieser dürfte nur teilweise durch den geringen Anteil der selbständigen Beschäftigten an der Erwerbsbevölkerung zu erklären sein. Wahrscheinlich muß der Grund auch in den beträchtlichen Unterschieden im Ausmaß der Investitionstätigkeit und den daraus sich ergebenden Unterschieden im Kapitaleinsatz je Arbeitskraft gesehen werden. Der Anteil, der dazu diente, die Sachanlagen zu erweitern und zu verbessern, war in Großbritannien und Irland wesentlich niedriger als etwa in der Bundesrepublik, Frankreich oder in den Niederlanden (Tabelle 11). Allerdings erhöhte sich die Investitionsquote seit Anfang der sechziger Jahre bei den drei neuen Mitgliedern rascher als bei den alten, so daß von daher mit einer allmählichen Angleichung in den volkswirtschaftlichen Leistungsniveaus gerechnet werden kann.

Der Anteil des privaten Verbrauchs lag in Großbritannien und Dänemark, insbesondere aber in Irland beträchtlich über dem Durchschnitt der übrigen Länder, scheint sich aber, spiegelbildlich zur Investitionsquote, allmählich zu verringern.

Wie auf den privaten Verbrauch, so entfällt auch auf den öffentlichen Verbrauch in Großbritannien

und Dänemark ein stattlicherer Teil des Sozialprodukts als in den Ländern der Sechsergemeinschaft. Nur Irland weist einen niedrigeren Anteil des Staatsverbrauchs auf.

Alle drei neuen Mitgliedsländer beziehen mehr aus dem Ausland, als sie dorthin liefern, wobei das Defizit in Irland vergleichsweise am größten ist. Von den alten Gemeinschaftsländern wiesen in der Vergangenheit lediglich die Niederlande und Belgien über längere Zeiträume hinweg Defizite in ihrer Waren- und Dienstleistungsbilanz auf.

55. Mit ihrer Vergrößerung ergab sich für die Gemeinschaft auch eine neue Struktur ihres Außenhandels. Großbritannien brachte seine engen Beziehungen zu den Staaten des Commonwealth in die Gemeinschaft ein. Zwar war es in den letzten Jahren bereits zu einer verstärkten Hinwendung zum europäischen Kontinent gekommen, jedoch war der Warenaustausch mit den traditionellen überseeischen Partnern, vor allem mit Kanada, Australien, Südafrika und Neuseeland, noch sehr bedeutend. Irlands Außenhandel ist, wenn auch nicht mehr so ausschließlich wie früher, auf Großbritannien ausgerichtet, während Dänemark vorwiegend mit Ländern der Gemeinschaft und der EFTA Handel treibt. Der Beitritt Irlands und Dänemarks hatte insgesamt keinen nennenswerten Einfluß auf die Struktur des Güteraustauschs mit Drittländern.

TEIL B

Die Binnenkonjunktur 1973

56. Die Wirtschaftsentwicklung in der Bundesrepublik stand 1973 im Zeichen unerwarteter konjunktureller und inflatorischer Spannungen. Ausgelöst durch die Nachfrageflut aus dem Ausland, die im Inland die Investitionsneigung rasch steigen ließ, hatte sich der Aufschwung Ende 1972 sprunghaft verstärkt (Schaubild 4). Schon bald ging die Nachfrage über die Liefermöglichkeiten hinaus. Der Geldwertschwund beschleunigte sich, und die Lohnpolitik, die zunächst auf mehr Stabilität gesetzt hatte, war nun bestrebt, mit der Inflation Schritt zu halten. Zum Frühjahr hin zeichnete sich eine Überhitzung der Konjunktur immer deutlicher ab.

Die Geld- und Kreditpolitik hatte zwar frühzeitig versucht, sich dem entgegenzustemmen. Doch bevor sie dämpfend wirken konnte, wurden die monetären Restriktionen Anfang des Jahres wieder von Devisenzuflüssen unterlaufen. Das Block-Floating gegenüber dem Dollar gab danach mehr außenwirtschaftlichen Flankenschutz. Im Mai änderte auch die Finanzpolitik ihren expansiven Kurs. Das Stabilitätsprogramm zielte, die monetäre Politik ergänzend, vor allem auf die Investitionen; der Staat nahm sich vor, mehr Zurückhaltung zu üben.

Mochten die einzelnen Restriktionsmaßnahmen noch leicht wiegen, zusammen bildeten sie nun ein Bündel, an dem die Wirtschaft zunehmend schwerer trug:

- Die Geld- und Kreditpolitik engte den Finanzierungsspielraum ein; Kredite waren nur noch zu sehr hohen Zinsen zu erhalten.
- Die Stabilitätsanleihe und der zehnprozentige Stabilitätszuschlag zu den Steuern auf mittlere und höhere Einkommen entzogen Unternehmen und Haushalten Geld.
- Die elfprozentige Investitionsteuer und die Aussetzung der degressiven Abschreibung belasteten, einer zusätzlichen Zinserhöhung gleich, die Rentabilität geplanter Investitionen; im Wohnungsbau entfielen Sonderabschreibungen.
- Die öffentlichen Investitionsausgaben wurden gestreckt, Steuermehreinnahmen teilweise stillgelegt.
- Zu all dem kam die kräftige Höherbewertung der D-Mark.

Die Investoren sahen damit ihre Gewinnchancen schwinden, und dem Aufschwung war die Spitze genommen, bevor er zum Boom ausarten konnte. Vom Sommer an wurde der Nachfragesog schwächer. Gegenwärtig, im Herbst 1973, ist die konjunkturelle Entwicklung im Inland durch eine nachlassende Anspannung der Kapazitäten gekennzeichnet; die Wirtschaft befindet sich in der Anfangsphase eines Abschwungs. Noch immer ist aber der Geldwertschwund hoch.

I. Gekappter Boom

57. Die stärksten expansiven Impulse gingen 1973 von der Auslandsnachfrage aus (Schaubild 5); selbst die beträchtliche, vor allem wechselkursbedingte Verteuerung deutscher Exportgüter im Ausland wurde fürs erste noch durch den Sog wettgemacht, den der internationale Konjunkturgleichschritt und die weltweite Beschleunigung des Inflationstempos ausübten (Ziffern 60 ff.). Dies verhinderte allerdings nicht, daß die Investitionsneigung, die sich bis zum Frühjahr kumulativ verstärkt hatte, durch die Restriktionsmaßnahmen spürbar gedämpft wurde (Ziffern 64 ff.). Die deutlichsten Bremsspuren zeigten sich in der Nachfrage nach Bauten (Ziffern 69 ff.). Auch im Lageraufbau war der Einfluß des starken Zinsanstiegs erkennbar (Ziffern 73 ff.). Die Zunahme der Verbrauchsnachfrage wurde durch die hohen Preissteigerungen überzeichnet (Ziffern 76 ff.).

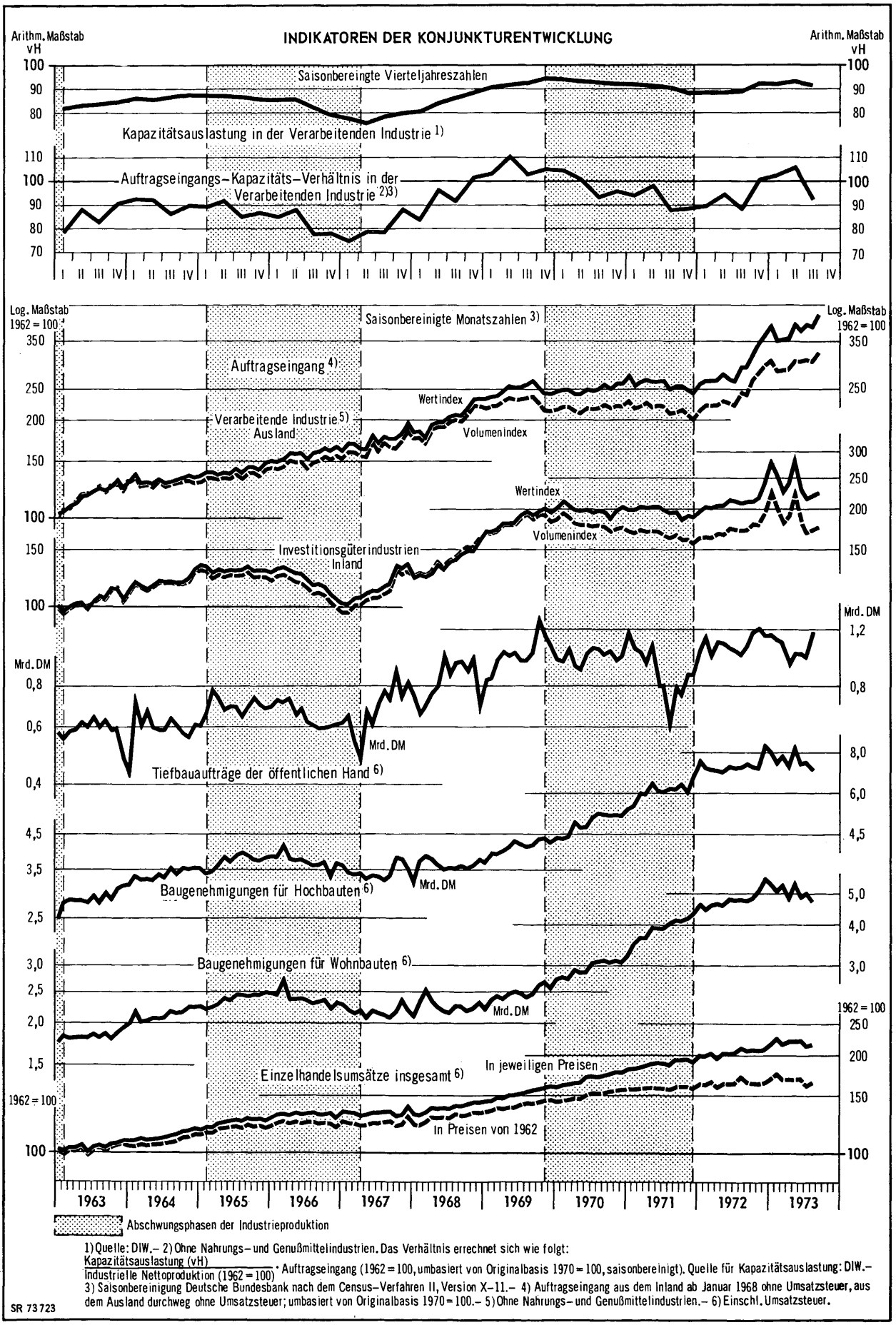
58. Das gesamtwirtschaftliche Produktionspotential wurde 1973 zwar stärker beansprucht als im Vorjahr; die Nachfragedämpfung im Verlauf des Jahres bewirkte jedoch, daß es nicht überfordert wurde, obwohl nur wenig neue Kapazitäten hinzukamen (Ziffern 82 f.). In der Industrie, die schon 1972 über geringere Produktionsreserven als sonst in der Anfangsphase des Aufschwungs verfügt hatte, waren die vorhandenen Anlagen zumeist voll ausgelastet (Ziffer 85). Auch das inländische Arbeitskräfteangebot war weitgehend ausgeschöpft; der zusätzliche Kräftebedarf konnte wiederum nur durch ausländische Arbeitnehmer gedeckt werden. Zu ähnlichen Spannungen am Arbeitsmarkt wie im Boom 1969/70 kam es allerdings nicht (Ziffern 87 ff.).

59. Das Inflationsklima hat sich 1973 weiter ausgebreitet. Die Verbraucherpreise stiegen noch schneller als im Vorjahr (Ziffern 97 ff.). War die Zunahme der Teuerung damals vorwiegend ungünstigen Ernten und sonstigen Knappheitserscheinungen auf den Weltmärkten anzulasten, so wurde sie nun mehr und mehr vom Preisauftrieb auf der industriellen Erzeugerstufe bestimmt (Ziffern 106 ff.). Die Arbeitnehmer, in ihrem Vertrauen auf stabilere Preise enttäuscht, suchten sich durch höhere Löhne für den Kaufkraftverfall schadlos zu halten (Ziffern 111 ff.). Der Kostendruck nahm im Verlauf des Jahres wieder spürbar zu (Ziffern 124 ff.).

Starker Nachfragesog aus dem Ausland

60. Daß sich die Auslandsnachfrage 1973 als die stärkste Triebfeder des Aufschwungs im Inland erwies, wäre nach den Erfahrungen aus früheren Zyklen nicht überraschend, hätte das Auslandsgeschäft

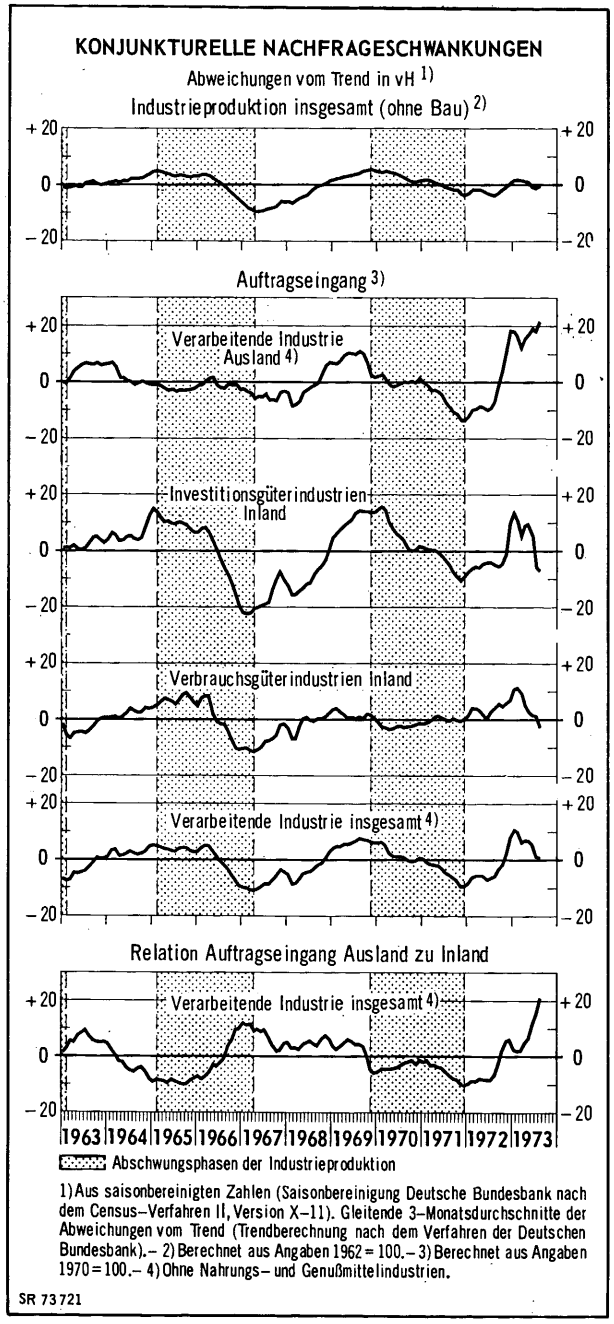
Schaubild 4



1) Quelle: DIW. – 2) Ohne Nahrungs- und Genußmittelindustrien. Das Verhältnis errechnet sich wie folgt:
$\frac{\text{Kapazitätsauslastung (vH)}}{\text{Industrielle Nettoproduktion (1962 = 100)}} \cdot$ Auftragseingang (1962 = 100, umbasiert von Originalbasis 1970 = 100, saisonbereinigt). Quelle für Kapazitätsauslastung: DIW. –
3) Saisonbereinigung Deutsche Bundesbank nach dem Census-Verfahren II, Version X-11. – 4) Auftragseingang aus dem Inland ab Januar 1968 ohne Umsatzsteuer, aus dem Ausland durchweg ohne Umsatzsteuer; umbasiert von Originalbasis 1970 = 100. – 5) Ohne Nahrungs- und Genußmittelindustrien. – 6) Einschl. Umsatzsteuer.

SR 73723

Schaubild 5



nicht unter wesentlich ungünstigeren Bedingungen als früher gestanden. Sonst hatten bis weit in den Aufschwung hinein stabile, wenn nicht gar sinkende Preise das Bemühen der Unternehmen erleichtert, mehr Auslandsaufträge zu gewinnen, um ihre Kapazitäten besser auszulasten; diesmal bestanden von Anfang an solche Preisvorteile nicht. Zwar war vorauszusehen, daß mit den konjunkturellen Spannungen in wichtigen Partnerländern, innerhalb der Europäischen Gemeinschaft wie außerhalb, die Nachfrage aus dem Ausland verstärkt steigen würde; nicht zu erwarten war dagegen, daß sie trotz der neuerlichen, sehr starken Höherbewertung der D-Mark und zusätzlicher Preissteigerungen für Exportgüter boomartige Züge tragen würde.

61. Nachdem sich die Zunahme der Auslandsnachfrage bis über die Jahresmitte 1972 hinaus in engen Grenzen gehalten hatte, begannen die Bestellungen im Herbst vorigen Jahres geradezu stürmisch zu steigen. Anfang 1973 wurden der verarbeitenden Industrie um die Hälfte mehr Aufträge vom Ausland erteilt als ein halbes Jahr zuvor. Die Nachfrageflut ebbte auch mit der Höherbewertung der D-Mark nicht ab, obwohl diese im Durchschnitt gegenüber den Währungen aller Handelspartner zeitweilig ein Ausmaß von 20 vH erreichte, ja im Sommer 1973 noch größer war. Der Nachfrageanstieg verlangsamte sich zwar; die Bestellungen gingen jedoch weiterhin erheblich über die Liefermöglichkeiten der Industrie hinaus. Statt ihre Wettbewerbsposition auf den Auslandsmärkten durch Preiszugeständnisse verteidigen zu müssen, konnten die meisten Unternehmen ihre Preise im Auslandsgeschäft sogar noch mehr als im Inlandsgeschäft erhöhen (Ziffer 106). Wie stark die Nachfrage das Jahr über drängte, zeigt sich darin, daß der Auftragseingang aus dem Ausland in den ersten neun Monaten 1973 das entsprechende Vorjahresniveau um 40 vH übertraf.

62. Zu diesem Nachfragesog wäre es sicherlich nicht gekommen, hätte der internationale Konjunkturgleichschritt nicht die Kapazitätsspielräume im Ausland rasch schrumpfen lassen. Daß sich das Schwergewicht der konjunkturellen Expansion in der Welt damit auf die Investitionen verlagerte, kam den deutschen Exporteuren besonders entgegen; fast ein Drittel ihrer Ausfuhr besteht aus Ausrüstungsgütern. Die Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft und die Freihandelsabkommen mit den restlichen EFTA-Ländern haben die Auslandsnachfrage 1973 ebenfalls angeregt. Eine wichtige Rolle hat aber auch die weltweite Beschleunigung des Inflationstempos gespielt. Sie rief nicht nur Preissteigerungserwartungen hervor, die der Nachfrage eher zusätzlich Auftrieb gaben, sondern sie milderte vor allem den Wettbewerbsdruck, der von der Höherbewertung der D-Mark ausging. Auch traditionelle Lieferbeziehungen, die die Partner kurzfristig nicht aufgeben wollten oder konnten, dürften dazu beigetragen haben, daß die Aufträge aus dem Ausland bislang so wenig auf die Verteuerung deutscher Exportgüter reagierten (Ziffer 147).

63. Obwohl nach den Erfahrungen aus der Floating-Periode 1971 anzunehmen war, daß sich Währungsunsicherheiten wegen der oft mehrjährigen Zahlungsziele am deutlichsten im Anlagengeschäft auswirken würden, verharrte die Investitionsgüternachfrage nicht nur auf dem außerordentlich hohen Niveau, das sie Anfang 1973 erreicht hatte; vielmehr stieg sie im Verlauf des Jahres weiter an, wenn auch nicht mehr so hektisch wie zuvor. Nach den währungspolitischen Ereignissen vom Februar und März, die vorübergehend die Auftragsvergabe dämpften, scheint die Höherbewertung der D-Mark ausländische Investoren eine zeitlang sogar ver-

anlaßt zu haben, geplante Bestellungen vorzuziehen, um einer weiteren wechselkursbedingten Verteuerung deutscher Anlagegüter zu entgehen. Die Nachfrage nach Vorprodukten, die 1972 als erste stark angezogen hatte, weil die Unternehmen im Ausland allenthalben ihre Läger vorsorglich aufzustocken begannen, blieb auch 1973 lebhaft, zumal ausländische Konkurrenzerzeugnisse, auf die sie hätte ausweichen können, knapp und daher gleichfalls teuer waren. In den Verbrauchsgüterindustrien schwächten sich die Auslandsaufträge dagegen vom Sommer an spürbar ab.

Gezügelte Investitionsneigung

64. Unter den inländischen Nachfragekomponenten war es 1973 wieder die Investitionsnachfrage, die den Konjunkturverlauf prägte. Angeregt durch die Auftragsflut aus dem Ausland, hatte sich die Investitionsneigung Ende 1972 rasch verstärkt, nachdem sie bis dahin zurückhaltender geblieben war als sonst zu Beginn des Aufschwungs. Innerhalb eines Vierteljahres, von Oktober 1972 bis Januar 1973, nahmen die Inlandsbestellungen bei den Investitionsgüterindustrien um mehr als ein Drittel zu. Fast schien es, als wollten nun alle Unternehmen auf einmal den hinausgezögerten Kapazitätsausbau nachholen. Die Währungsunsicherheit, die zum Frühjahr hin das Auslandsgeschäft zu beeinträchtigen drohte, brachte zwar eine gewisse Ernüchterung mit sich; wie sehr sich die Investitionsneigung jedoch inzwischen gefestigt hatte, zeigte sich, als im Mai das Bestreben der Investoren, dem Stabilitätsprogramm noch zuvorzukommen, erneut einen starken Auftragsschub auslöste. Danach ging die Nachfrage allerdings zurück. Zunächst lag dies wohl überwiegend daran, daß Bestellungen vorgezogen worden waren. Im weiteren Verlauf des Jahres wurde jedoch deutlich, daß die Restriktionspolitik manchem Unternehmen die Neigung zu investieren nahm. Zu einem Nachfrageboom wie im vorherigen Zyklus kam es daher 1973 nicht, auch wenn die Inlandsbestellungen bei den Investitionsgüterindustrien in den ersten neun Monaten dem Werte nach um 18 v. H. und dem Volumen nach um rund 14 vH höher waren als ein Jahr zuvor.

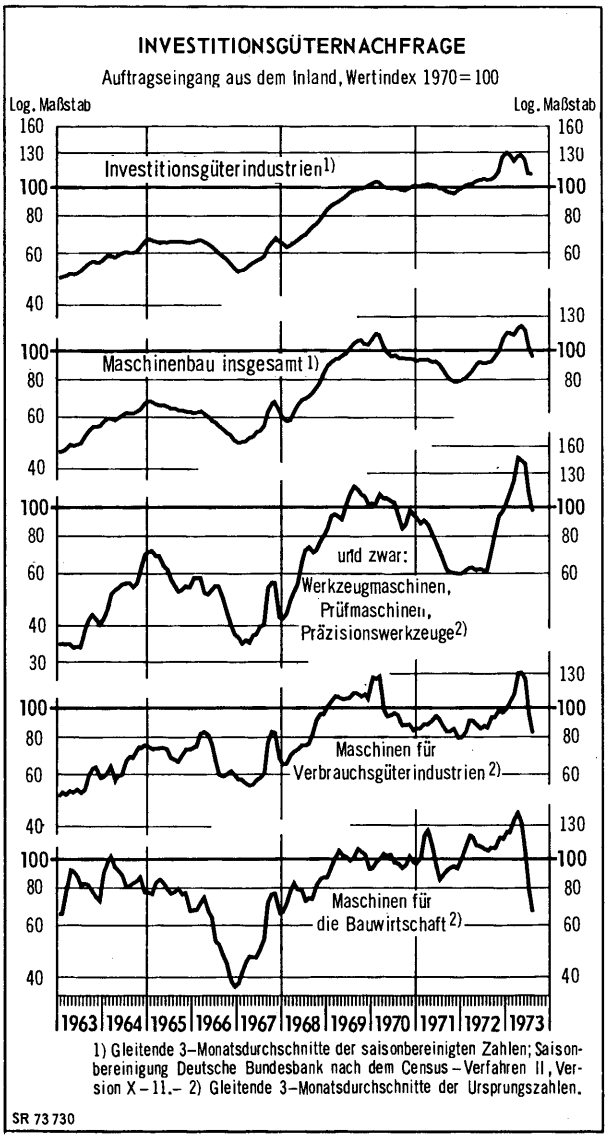
65. Nicht nur die günstigen Absatzaussichten, sondern auch die hohen Gewinnerwartungen, die der beschleunigte Preisauftrieb bei vorerst noch mäßigem Kostendruck weckte, hatten wohl um die Jahreswende 1972/73 immer mehr Unternehmen verleitet, möglichst rasch möglichst viel zu investieren. Von der Finanzierung her sind die Investitionspläne bis in den Sommer hinein meist wenig behindert worden. Zum einen verfügten die Unternehmen über reichliche eigene Mittel, zum anderen konnten sie noch auf Kreditlinien zurückgreifen, die ihnen die Banken zuvor recht großzügig eingeräumt hatten. In dem Maße, in dem diese ausgeschöpft waren, verengte sich jedoch der Finanzierungsspielraum. Auch der Zinsanstieg schien die Investitionsneigung zunächst nicht nachhaltig getroffen zu haben. Dies änderte sich, nachdem im Mai die Investitionsteuer eingeführt und die degressive Abschreibung ausgesetzt worden war. Beide Maßnahmen kamen in ihrer Wirkung einer weiteren Zinserhöhung gleich, die in der Regel mehrere Prozentpunkte ausmachte und die um so höher ausfiel, je kürzer die Laufzeit eines Investitionsprojektes war. Die Investoren hatten nun abzuwägen, ob die erwarteten Preis- und Absatzsteigerungen sie auch für solche Kosten noch schadlos zu halten versprachen, oder ob es nicht vorteilhafter für sie war, geplante Investitionen zu vertagen, bis diese Belastungen wieder entfielen. Nicht wenige entschieden sich offenbar fürs Vertagen.

66. Da die Stabilisierungsmaßnahmen auch die Absatzerwartungen dämpften, nimmt es nicht wunder, daß die Unternehmen vor allem Erweiterungsinvestitionen aufschoben. Dem Ifo-Investitionstest zufolge war der Anteil der Firmen, die vornehmlich mit diesem Ziel investierten, im Herbst 1973 niedriger als im Frühjahr. Bemerkenswert viele Unternehmen planten allerdings auch schon damals, mit ihren Investitionen neue Produktionsmethoden einzuführen. Das Bemühen um technischen Fortschritt, das sich darin äußert, war sonst nur im Abschwung ähnlich groß.

67. Deutlicher noch als die Inlandsbestellungen bei den Investitionsgüterindustrien insgesamt läßt der Auftragseingang aus dem Inland beim Maschinenbau erkennen, wie stark sich die Investitionsneigung bis ins Frühjahr belebt hatte und wie sie danach schwächer wurde (Schaubild 6). Denn anders als etwa der Fahrzeugbau oder die elektrotechnische Industrie stellt der Maschinenbau ausschließlich Produktionsgüter her und nicht zugleich auch Gebrauchsgüter. Am stärksten weiteten die Investitionsgüterhersteller selbst, die sich zuvor am meisten zurückgehalten hatten und die sich nun der lebhaftesten Nachfrage gegenübersahen, ihre Investitionspläne aus: In der ersten Jahreshälfte 1973 waren die Bestellungen von Werkzeugmaschinen, Prüfmaschinen und Präzisionswerkzeugen, ihren typischen Ausrüstungen, mehr als doppelt so hoch wie ein Jahr zuvor; vom Sommer an gingen sie jedoch zurück. Auch die Verbrauchsgüterhersteller schränkten seither ihre Aufträge an den Maschinenbau spürbar ein, nachdem sie diese zunächst ebenfalls kräftig ausgedehnt hatten. Die Bauwirtschaft, die ihren Maschinenbestand schon im Vorjahr erheblich vergrößert hatte, stockte ihre Bestellungen in den ersten Monaten 1973 nochmals auf, kürzte diese dann allerdings um so stärker, als die Stabilisierungspolitik die Baunachfrage mehr und mehr dämpfte.

68. Die Zunahme der Ausgaben für Ausrüstungen fiel 1973 weit schwächer aus als die Zunahme der Aufträge. In der ersten Jahreshälfte lag dies wohl überwiegend daran, daß die Nachfrage auf Angebotsengpässe stieß und daher mehr und mehr Aufträge unerledigt blieben. Nicht selten scheinen die Produzenten dabei, nach den Umsätzen der Investitionsgüterindustrien zu schließen, Inlandsaufträge zugunsten des Exports zurückgestellt zu haben. Investoren, die Ausrüstungen importieren wollten,

Schaubild 6



mußten ebenfalls zunehmende Lieferfristen in Kauf nehmen, wenngleich nicht auszuschließen ist, daß sie die Einfuhr zum Teil auch hinauszögerten, um einen günstigeren Wechselkurs abzuwarten. In der zweiten Jahreshälfte waren die Hersteller dagegen vielfach bestrebt, die vorhandenen Auftragsbestände zu strecken, zumal die Investoren nun auf rasche Lieferung oft nicht mehr drängten. So dürften die Ausgaben für Ausrüstungsgüter 1973 insgesamt nur um 7 vH höher sein als im Vorjahr. Dem entspricht ein Zuwachs der realen Ausrüstungsinvestitionen von rund 4 vH.

Baukonjunktur im Zeichen der Restriktionspolitik

69. Von der Baunachfrage, die sich im Vorjahr in einzelnen Bereichen wieder konjunkturell belebt, in anderen weiter übersteigert hatte, sind 1973 weniger expansive Impulse ausgegangen als zunächst erwartet. Durch die monetären und finanzpolitischen Restriktionen sahen sich private wie öffentliche Bauherren veranlaßt, viele Projekte hinauszuschieben, nicht wenige ganz zu streichen. Hatten sich die Bauunternehmen zu Beginn des Jahres, das günstige Wetter und die verbesserte Winterbauförderung nutzend, noch bemüht, Bauüberhänge abzutragen, so begannen sie im Frühjahr, das Produktionstempo aus Sorge um Anschlußaufträge zu drosseln. Dennoch schrumpften die Auftragsbestände bis zum Herbst um nahezu ein Fünftel.

70. Im Wohnungsbau hat sich der Nachfrageboom, der in den letzten Jahren, zum Teil vom Geldwertschwund getrieben, immer mehr zu einem Inflationsherd geworden war, 1973 abgekühlt. Nachdem die Baugenehmigungen Ende 1972 noch einmal sprunghaft zugenommen hatten, zeichnete sich bereits nach der Jahreswende eine Beruhigung ab. Zwar waren sie — zumindest dem Wert nach — noch höher als im Vorjahr; anders als damals wurden jedoch nicht mehr alle genehmigten Bauvorhaben in Angriff genommen. Die Auftragseingänge beim Bauhauptgewerbe, die neuerdings von der amtlichen Statistik erfaßt werden, blieben, was Wohnbauten betrifft, in den ersten neun Monaten 1973 um fast 11 vH hinter denen des entsprechenden Vorjahreszeitraums zurück.

Das Abflauen der Nachfrage war offenbar nicht allein in der Stabilisierungspolitik begründet. Im Mietwohnungsbau, insbesondere im freifinanzierten, waren bei anhaltend starkem Anstieg der Baupreise immer weniger neue Wohnungen kostendeckend zu vermieten, zumal das Wohnungsangebot mit der Flucht in die Sachwerte rasch zugenommen hatte. Mancher Bauträger, der auf die Inflationsangst gesetzt und Eigentumswohnungen auf Vorrat gebaut hatte, stellte fest, daß er seine Absatzmöglichkeiten überschätzt hatte. Zu einem Nachfragerückgang wäre es indes kaum so schnell gekommen, wären nicht steuerliche Vergünstigungen, die zum Bauen anreizten, aufgehoben oder ausgesetzt und wäre insbesondere nicht die Finanzierung von Bauvorhaben beträchtlich erschwert worden. Dabei fiel vor allem ins Gewicht, daß die Banken ihre Hypothekenzusagen spürbar einschränkten, und daß Zwischenkredite selbst gegen hohe Zinsen nur noch schwer zu erhalten waren.

71. Auf die Nachfrage nach Wirtschaftsbauten hat die im ganzen lebhafte Investitionsneigung wenig ausgestrahlt. Die Baugenehmigungen nahmen zwar zu, doch blieb ihr Anstieg das Jahr über verhalten. Das entsprechende Vorjahresniveau übertrafen sie von Januar bis September 1973 dem Wert nach nur um rund 5½ vH. Der Zuwachs der Bauaufträge fiel mit 15½ vH vor allem deshalb höher aus, weil viele Unternehmen erst zu Beginn des Jahres jene Bauten in Auftrag gaben, die sie sich in großer Zahl Ende 1972 hatten genehmigen lassen. Mit der Erfahrung, daß die Nachfrage nach Bauten jener nach Ausrüstungen meist verzögert folgt, ist die Zurückhaltung kaum allein zu erklären. Hinzu kam wohl, daß die Erweiterung von Produktionsanlagen, der Bauinvestitionen vornehmlich dienen, vom Sommer an vielfach zurückgestellt wurde. Eine wichtige Rolle

dürften außerdem die hohen Finanzierungskosten gespielt haben, die bei Bauten wegen deren langer Lebensdauer stärker als bei Ausrüstungen zu Buche schlagen.

72. Die öffentliche Baunachfrage war 1973 durch ausgabenpolitische Restriktionen gekennzeichnet. Vor allem der Bund und die Länder sahen sich, zunächst durch die vorläufige Haushaltsführung, danach durch die Ausgabenbeschränkungen, die ihnen das Stabilitätsprogramm auferlegte, zur Zurückhaltung bei der Vergabe von Bauaufträgen gezwungen. Weniger galt dies für die Gemeinden, die von den Stabilisierungsmaßnahmen kaum betroffen wurden und die außerdem über einen hohen Einnahmenzuwachs verfügen konnten. Dies wirkte sich besonders im Hochbau aus, für den die Gemeinden unter den öffentlichen Bauherren die weitaus größte Bedeutung haben. Zwar nahmen die Genehmigungen für öffentliche Hochbauten im Verlauf des Jahres weiter ab, nachdem sie schon im zweiten Halbjahr 1972 zurückgegangen waren; die Auftragsvergabe jedoch blieb nach einem kräftigen Schub um die Jahreswende auch weiterhin hoch und übertraf in den ersten neun Monaten dem Wert nach das entsprechende Vorjahresniveau um fast 24 vH. Demgegenüber wurden dem Tiefbau von der öffentlichen Hand im Januar bis September 1973 keine höheren Aufträge als vor einem Jahr erteilt. Hier fiel vor allem ins Gewicht, daß der Bund seine Nachfrage stark einschränkte.

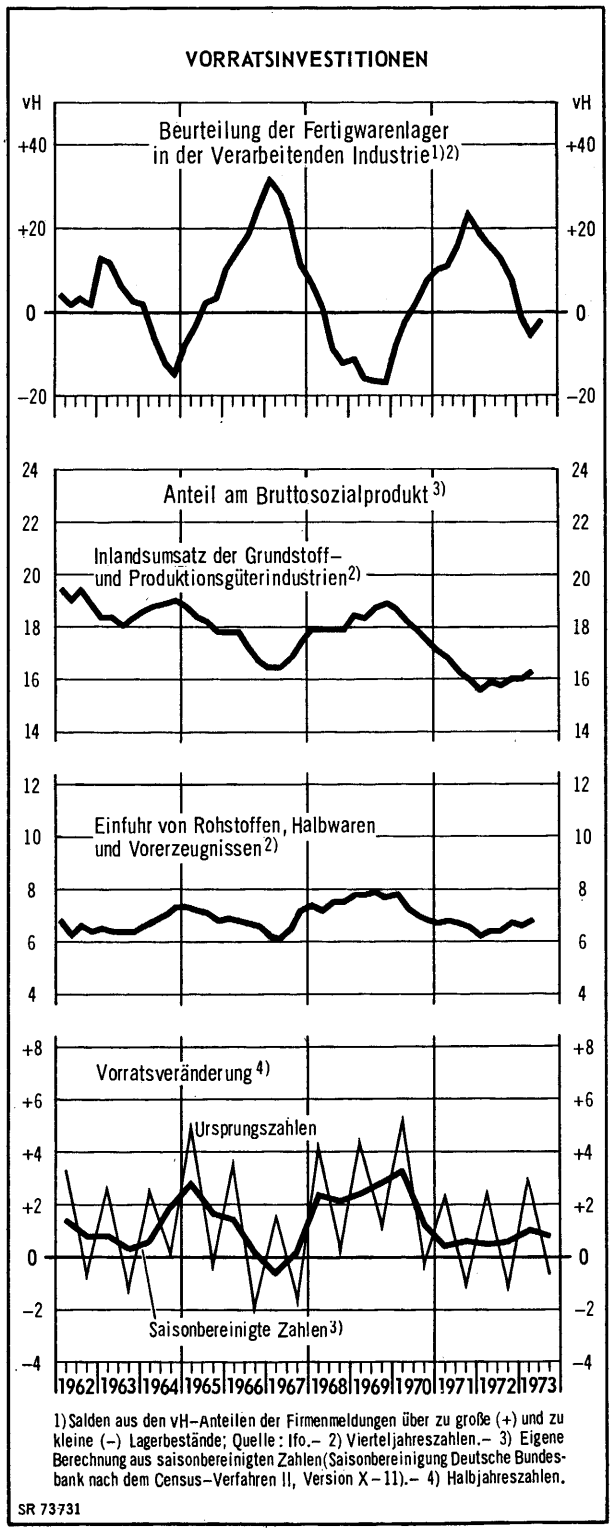
Nur mäßiger Lageraufbau

73. Wie stets im Aufschwung hat sich die Vorratsbildung 1973 verstärkt. Nachdem Produzenten und Händler, von der plötzlichen Nachfragewelle überrascht, im Herbst vorigen Jahres ihre Läger spürbar abgebaut hatten, waren sie 1973 zunächst bestrebt, diese an das gestiegene Volumen von Produktion und Umsatz anzupassen. Im ersten Halbjahr stockten sie ihre Vorräte um 13 Mrd. DM auf, um 3 Mrd. DM mehr als in der gleichen Vorjahreszeit. Der kräftige Zinsanstieg, der die Lagerhaltung stark verteuerte, dämpfte jedoch die Vorratsinvestitionen im weiteren Verlauf des Jahres. Gemessen am Sozialprodukt dürften sie 1973 wesentlich niedriger geblieben sein als in vergleichbaren Konjunkturphasen früher (Schaubild 7).

74. Die Läger an Vorprodukten nahmen bis zum Frühjahr beträchtlich zu. Um dem Preisauftrieb auf den Weltmärkten zuvorzukommen, der sich seit der Jahresmitte 1972 abzeichnete, hatten die Unternehmen bereits in der zweiten Hälfte des Vorjahres ihre Bezüge von Rohstoffen und Halbwaren aus dem Ausland kräftig erhöht. Auch inländische Vorprodukte waren seither vermehrt auf Lager genommen worden, wie der Nachfrageanstieg bei den Grundstoff- und Produktionsgüterherstellern zeigt. Vom Sommer 1973 an, als die Zinskosten immer stärker zu Buche schlugen und das Produktionstempo sich zudem abzuschwächen begann, waren die Unternehmen dagegen bemüht, ihre Vorratsinvestitionen auf den produktionsnotwendigen Bedarf zu beschränken.

75. Der Aufbau von Fertigwarenlägern blieb 1973 im ganzen gesehen mäßig. Noch im Herbst 1972 hatte die Industrie ihre Absatzchancen zu pessimistisch eingeschätzt und ihre Bestände an fertigen Erzeugnissen, dem Ifo-Konjunkturtest zufolge, überwiegend als zu groß angesehen. Mit der Belebung der Nachfrage änderte sich das Bild zwar rasch, und

Schaubild 7



1) Salden aus den vH-Anteilen der Firmenmeldungen über zu große (+) und zu kleine (–) Lagerbestände; Quelle: Ifo.– 2) Vierteljahreszahlen.– 3) Eigene Berechnung aus saisonbereinigten Zahlen (Saisonbereinigung Deutsche Bundesbank nach dem Census-Verfahren II, Version X–11).– 4) Halbjahreszahlen.

SR 73731

schon bald waren die Vorräte den meisten Firmen zu klein; nun aber genügten deren Produktionsmöglichkeiten vielfach nicht, um außer der Nachfrage der Abnehmer auch den Vorratsbedarf zu befriedigen. Vom Sommer an kam ihnen dies allerdings nicht mehr ungelegen: Angesichts der verhalteneren Nachfrage und der hohen Zinsbelastung wurden die Fertigwarenbestände von den Herstellern mehr und mehr als ausreichend angesehen.

Der Einzelhandel hielt sich schon vom Frühjahr an mit seinen Lagerdispositionen zurück, nachdem er zu Beginn des Jahres seine Umsatzsteigerung wohl überschätzt hatte. Dafür spricht, daß die Zahl der Händler, die ihre Lagerbestände als überhöht bezeichneten, das Jahr über deutlich zunahm.

Inflationsbedingte Zunahme der Verbrauchsneigung?

76. Der private Verbrauch gehörte 1973 nicht zu den wichtigsten Auftriebskräften. Das heißt indes nicht, daß die privaten Haushalte ihre Ausgabenexpansion etwa eingeschränkt hätten; von den Stabilisierungsmaßnahmen weitgehend verschont, dehnten sie ihre Nachfrage vielmehr verstärkt aus (Schaubild 8). Mit schätzungsweise 11½ vH nahmen die Ausgaben gegenüber dem Vorjahr sogar mehr zu als das verfügbare Einkommen (10½ vH).

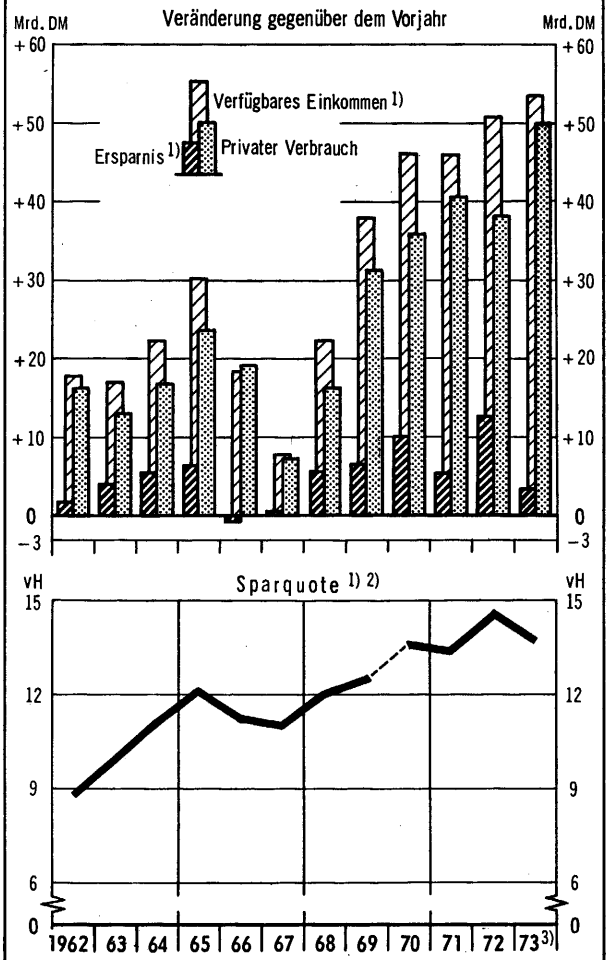
77. Angesichts des hohen Geldwertschwundes scheint es nicht unbegründet zu fragen, ob die Haushalte nur mehr ausgaben, weil die Teuerung sie dazu zwang, oder ob nicht auch der beschleunigte Kaufkraftverfall die Neigung der Haushalte förderte, ihr Einkommen auszugeben, anstatt es zu sparen.

Eine inflationsbedingte Zunahme der Verbrauchsneigung müßte sich vor allem darin äußern, daß die Haushalte, um dem Geldwertschwund zu entgehen, Güter im Vorgriff auf künftigen Bedarf kaufen. Indiz für ein solches Verbraucherverhalten könnte außer einem Rückgang des Sparens auch eine Zunahme der Konsumentenverschuldung sein. Da sich zudem nicht alle Güter gleichermaßen für ein Vorziehen von Käufen eignen — langlebige Gebrauchsgüter sicherlich eher als Güter des täglichen Bedarfs oder Dienstleistungen — könnten auch Änderungen in der Verbrauchsstruktur wichtige Anhaltspunkte liefern. An all diesen Indizien fehlte es **1973 nicht**; eindeutige Schlüsse lassen sie jedoch nicht zu.

78. Auskunft über die Verbrauchsstruktur geben die Käufe beim Einzelhandel, auf die fast die Hälfte der privaten Verbrauchsausgaben entfällt. In den ersten neun Monaten gaben die Haushalte für Hausrat und Wohnbedarf 9½ vH und für Elektrogeräte, optische Ezeugnisse und Uhren 8½ vH mehr aus als ein Jahr zuvor; in konstanten Preisen gerechnet entsprach dies einem Nachfrageanstieg von 4½ vH und 2½ vH. Dabei ist zu berücksichtigen, daß solchen langlebigen und hochwertigen Gebrauchsgütern, bedingt durch den allgemeinen Einkommensanstieg, seit Jahren ein zunehmendes Gewicht im Warenkorb der Verbraucher zukommt. An dieser trendmäßigen Entwicklung gemessen, war die

Schaubild 8

VERFÜGBARES EINKOMMEN, VERBRAUCH UND ERSPARNIS DER PRIVATEN HAUSHALTE



1) Ohne nichtentnommene Gewinne. Wegen Revision der Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank sind die Angaben ab 1970 mit denen der vorangegangenen Jahre nicht voll vergleichbar. – 2) Ersparnis in vH des verfügbaren Einkommens. – 3) Eigene Schätzung.

SR 73735

Nachfrage 1973 keineswegs hoch. Die Käufe von Kraftfahrzeugen, die Anfang des Jahres teils wegen angekündigter Preiserhöhungen, teils aber wohl auch wegen des günstigen Wetters erheblich rascher gestiegen waren als sonst um diese Jahreszeit, gingen vom Frühjahr an deutlich zurück; im Herbst 1973 wurden sogar weniger neue Fahrzeuge zugelassen als vor einem Jahr. Bei den Gütern des täglichen Bedarfs waren die Ausgaben für Nahrungs- und Genußmittel von Januar bis September zwar um 10½ vH höher als im entsprechenden Vorjahreszeitraum, doch erhielten die Haushalte dafür nur 3 vH mehr Waren; zwei Drittel der Mehrausgaben mußten sie also allein zum Ausgleich der hohen Preissteigerungen aufwenden. Für Bekleidung, Wäsche und Schuhe gaben die Haushalte knapp 3 vH mehr aus, ohne damit auch nur den realen Verbrauch des Vorjahres aufrechterhalten zu können.

79. Der beschleunigte Anstieg der Konsumentenkredite, der in den beiden vorangegangenen Jahren zu beobachten war, hielt auch 1973 zunächst noch an (Tabelle 12). Ein Zeichen zunehmender Inflationsmentalität braucht dies allerdings nicht zu sein. Denn mit der Nachfrage nach langlebigen und hochwertigen Gebrauchsgütern nimmt auch die Verschuldung trendmäßig zu, da viele Konsumenten die oft hohe Kaufsumme, etwa bei Kraftfahrzeugen und Möbeln, nicht aus ihrem laufenden Einkommen oder aus Ersparnissen finanzieren können. Vom Frühjahr an, als die Banken, durch Liquiditätsknappheit gezwungen, zurückhaltender in ihren Ausleihungen wurden, schwächte sich die Expansion der Konsumentenkredite ab. Zugleich dürften auch die hohen Zinsen — ähnlich wie 1970 — die Verschuldungsbereitschaft der Verbraucher gedämpft haben.

80. Die Sparquote, der Anteil der Ersparnis am verfügbaren Einkommen, war im ersten Halbjahr 1973 mit 13,7 vH um 1½ Prozentpunkte niedriger als vor einem Jahr; auch in der zweiten Jahreshälfte dürfte sie die vorjährige Höhe unterschritten haben. Im vergangenen Jahr hatten die Haushalte allerdings besonders viel gespart, nicht zuletzt, weil sie den Konjunkturzuschlag, der 1970 und 1971 zu den Einkommensteuern erhoben worden war, zurückerhalten hatten (JG 72 Ziffer 134). Ein Rückgang der Sparquote war daher zu erwarten. Mit reichlich 13½ vH dürfte sie 1973 aber immer noch über dem hohen Niveau der Jahre 1970 und 1971 liegen.

Tabelle 12

Konsumentenkredite [1])

Stand am Monatsende	Bestand	Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat	
	Mrd. DM		vH
1969 März	22,16	.	.
Juni	23,87	.	.
September	24,92	.	.
Dezember	26,80	+5,43	+25,4
1970 März	27,24	+5,08	+22,9
Juni	28,59	+4,72	+19,8
September	29,48	+4,56	+18,3
Dezember	29,68	+2,88	+10,7
1971 März	30,32	+3,08	+11,3
Juni	32,68	+4,09	+14,3
September	34,09	+4,61	+15,6
Dezember	35,98	+6,30	+21,2
1972 März	37,04	+6,72	+22,2
Juni	39,84	+7,16	+21,9
September	41,89	+7,80	+22,9
Dezember	44,97	+8,99	+25,0
1973 März	46,44	+9,40	+25,4
Juni	48,88	+9,04	+22,7
September	49,14	+7,24	+17,3

[1]) Bankkredite an wirtschaftlich unselbständige und sonstige Privatpersonen; ohne Kredite für den Wohnungsbau.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Nachhaltiger als den Sparwillen scheint der Geldwertschwund die Anlageform der Ersparnisse beeinflußt zu haben. Statt sie auf Sparkonten festzulegen, deren Verzinsung nicht einmal mehr den Kaufkraftverfall ausglich, zogen es die Haushalte vor, Ersparnisse in Schatzbriefen, Renten oder als Termingelder anzulegen, die sich höher verzinsten (Ziffer 187).

Produktionspotential weitgehend ausgeschöpft

81. Die gesamtwirtschaftliche Produktion war 1973 höher, als im Herbst vergangenen Jahres allgemein erwartet wurde. Das reale Bruttoinlandsprodukt nahm um 6 vH zu, doppelt so stark wie im Jahre 1972. Überraschend große Produktivitätsfortschritte ermöglichten dies; das Arbeitsvolumen hingegen blieb gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Für die hohe Zuwachsrate des Bruttoinlandsproduktes war entscheidend, daß die Produktion in dem kurzen Zeitraum vom Herbst 1972 bis zum Frühjahr 1973 kräftig zugenommen hatte. Danach wurde sie nur noch wenig gesteigert, obwohl die Nachfrage — vor allem die ausländische — noch immer drängte. Ausschlaggebend dafür ist wohl gewesen, daß die Geschäftserwartungen der inländischen Unternehmen nach dem Stabilitätsprogramm weniger optimistisch und steigende Bestände an Aufträgen daher aus Vorsichtsgründen willkommen waren.

Insgesamt gesehen blieb die Überforderung der Produktionskapazitäten, die sich im Frühjahr 1973 abgezeichnet hatte, aus. Die Entlastung für die heimischen Gütermärkte, die von den Importen ausging, war infolge der weltweiten Hochkonjunktur geringer, als es die kräftige Höherbewertung der D-Mark hätte vermuten lassen.

82. Das gesamtwirtschaftliche Produktionspotential ist im Jahre 1973 nach unseren Schätzungen mit 4½ vH etwas langsamer gewachsen als in den beiden vorangegangenen Jahren. Zum einen hat der gesamtwirtschaftliche Bestand an Produktionsgütern 1973 weniger stark zugenommen als im Aufschwung des vorherigen Zyklus, der durch einen ausgeprägten Investitionsboom gekennzeichnet war. Zum anderen entspricht es den Beobachtungen der Vergangenheit, daß für jede zusätzliche Einheit an Produktion ein immer größerer Einsatz von Kapital erforderlich ist. So dürfte sich auch 1973 die Produktivität des Kapitals, die neben dem Umfang des

Kapitalstocks das Produktionspotential bestimmt, weiter verringert haben [1]).

83. Da das reale Bruttoinlandsprodukt 1973 stärker zugenommen hat, als das Produktionspotential gewachsen ist, hat sich der Auslastungsgrad — nach einem Rückgang in den Jahren 1971 und 1972 — deutlich erhöht. Nach unseren Schätzungen ist das gesamtwirtschaftliche Produktionspotential 1973 mit 97½ vH ebenso stark ausgelastet wie im Durchschnitt der Jahre 1962 bis 1972 (Schaubild 9).

84. *Schätzungen des Produktionspotentials werden in jüngster Zeit auch vom Bundesministerium für Wirtschaft, von der Deutschen Bundesbank sowie von einigen Wirtschaftsforschungsinstituten veröffentlicht. Abweichungen von den Schätzungen des Sachverständigenrates bestehen dabei zum einen im Schätzansatz, zum anderen in der Wahl des maßgeblichen Auslastungsgrads der Produktionsfaktoren.*

Der Sachverständigenrat geht von einem Ein-Faktor-Ansatz aus, bei dem das Produktionspotential als Funktion des vorhandenen Kapitalstocks und der potentiellen Kapitalproduktivität ermittelt wird. Das Bundesministerium für Wirtschaft und die Bundesbank bestimmen das Produktionspotential mit Hilfe gesamtwirtschaftlicher Produktionsfunktionen, in denen Kapital und Arbeit sowie technischer Fortschritt explizit berücksichtigt werden (Mehr-Faktoren-Ansatz).

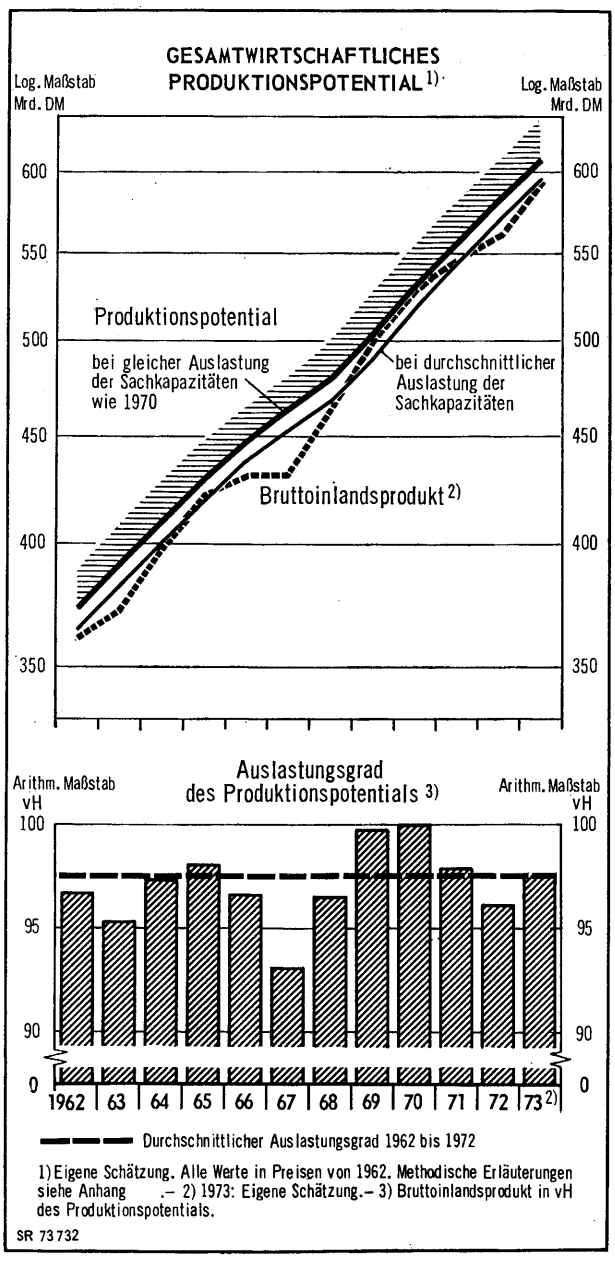
Zu wählen ist außerdem der Auslastungsgrad der Produktionsfaktoren, der bei der Schätzung der möglichen Produktion zugrunde gelegt werden soll. In Betracht kommt etwa eine maximale oder eine durchschnittliche Auslastung. Der Sachverständigenrat geht von der höchsten bisher im Durchschnitt eines Jahres erreichten und damit von der maximalen Auslastung des Faktors Kapital als Maßstab aus; er hat dabei betont, daß das so ermittelte Potential größer ist als jenes, das ohne Überforderung der Ressourcen ausgeschöpft werden kann, und deshalb unterstellt, daß eine volle Beanspruchung dieses Potentials nicht Ziel der Wirtschaftspolitik ist. Das Wirtschaftsministerium legt bei seiner Potentialschätzung einen Korridor zugrunde, dessen Obergrenze ein Produktionspotential im Sinne des Sachverständigenrats bildet und dessen Untergrenze von einem Auslastungsgrad bestimmt wird, der um soviel unter dem durchschnittlichen liegt, wie der maximale diesen übertrifft. Für die Bundesbank hingegen ist nicht die maximale sondern eine mittlere Auslastung der Produktionsfaktoren Kriterium für die Potentialschätzung; folglich wird nicht die nach bisherigen Erfahrungsmaßstäben mögliche Produktion ausgewiesen, sondern jene, die in etwa angestrebt werden sollte, wenn die Wirtschaftspolitik Spannungen auf den Güter- und Faktormärkten vermeiden will. Veränderungen des Produktionspotentials im Zeitablauf werden, unabhängig von dem gewählten Verfahren, kaum unterschiedlich angezeigt; die jeweiligen Wachstumsraten des Produktionspotentials sind fast gleich.

Den unterschiedlichen Auffassungen hinsichtlich des zu wählenden Auslastungsgrades versucht der Sachverständigenrat in Schaubild 9 Rechnung zu tragen. Dort wird ergänzend zum Produktionspotential bei einer Auslastung der Sachkapazitäten, wie sie sich im Boomjahr 1970 ergeben hatte, auch das Produktionspotential bei durchschnittlicher Auslastung der Sachkapazitäten (1962 bis 1972) ausgewiesen.

Der Sachverständigenrat ist der Auffassung, daß sich für jedes der genannten Verfahren gute Argumente ins Feld führen lassen; eine Vereinheitlichung wäre nichtsdestoweniger wünschenswert. Er regt deshalb an, daß das Statistische Bundesamt Potentialwerte ermittelt und veröffentlicht.

[1]) Zur Berechnung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials vgl. die methodischen Erläuterungen im Anhang VI.

Schaubild 9



1) Eigene Schätzung. Alle Werte in Preisen von 1962. Methodische Erläuterungen siehe Anhang .– 2) 1973: Eigene Schätzung.– 3) Bruttoinlandsprodukt in vH des Produktionspotentials.

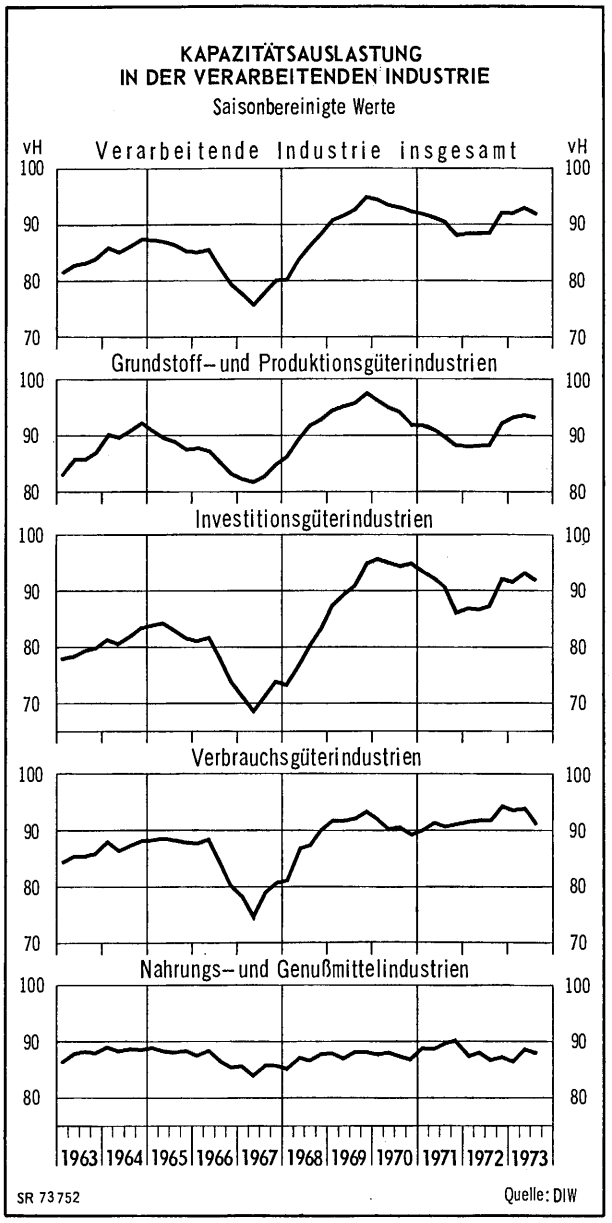
SR 73732

85. Deutlicher als der Auslastungsgrad des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials zeigte die Beanspruchung der industriellen Sachkapazitäten, wie kräftig der Produktionsanstieg in der ersten Jahreshälfte war. [2])

Die Produktion in der verarbeitenden Industrie hat vom Herbst 1972 bis zum Frühjahr 1973 um rund 8 vH zugenommen; danach jedoch wurde sie bis

[2]) Zu Unterschieden zwischen der Auslastung der gesamtwirtschaftlichen und industriellen Sachanlagen vgl. JG 72 Ziffer 152.

Schaubild 10

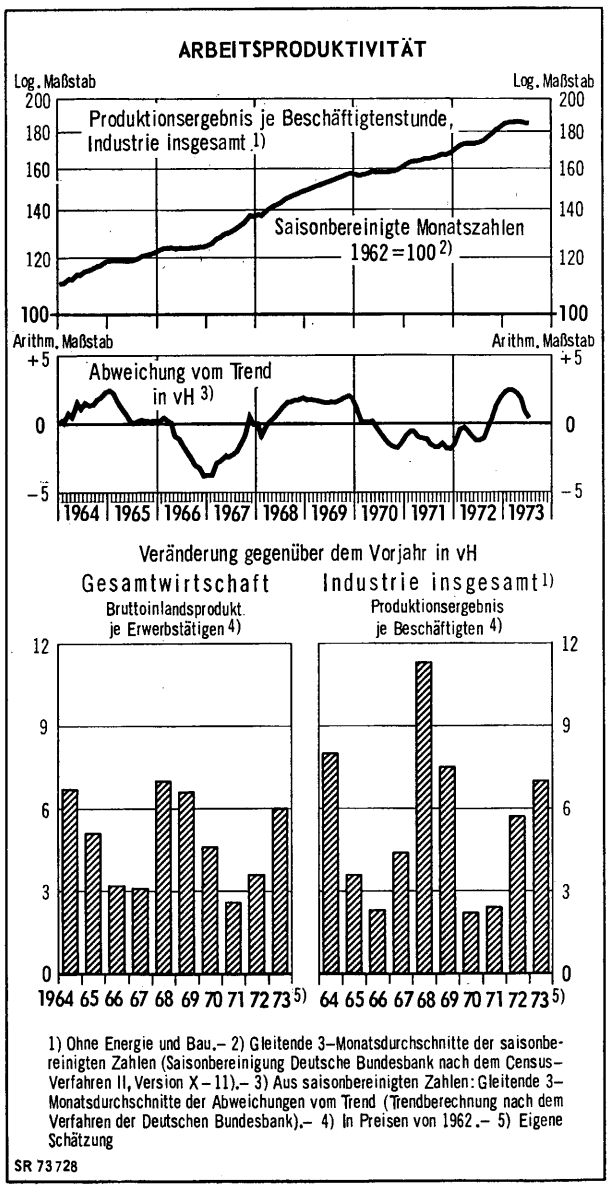


zum Herbst kaum noch angehoben. Wie in früheren Aufschwungsphasen üblich, zog die Produktion zuerst in den Grundstoffindustrien, dann in den Investitionsgüterindustrien an. Beide Bereiche sahen sich nicht nur dem stärksten Nachfrageanstieg gegenüber, sondern verfügten auch über die meisten Kapazitätsreserven. Im Grundstoffbereich waren es die chemische und die eisenschaffende Industrie, im Investitionsgütersektor die Elektroindustrie, die die Produktion am kräftigsten steigerten. Dagegen hat das Produktionstempo in den Verbrauchsgüterindustrien, namentlich in der Textil- und Bekleidungsindustrie, schon bald nach der Jahreswende 1972/73 nachgelassen. Vom Sommer an wurde die Produktionstätigkeit auch in den übrigen Wirtschaftsbereichen zurückhaltender, am deutlichsten bei den Herstellern von Investitionsgütern, ohne daß dabei jedoch das nach der Jahreswende erreichte hohe Fertigungsniveau wieder unterschritten worden wäre. Insgesamt war die Industrieproduktion in den ersten neun Monaten 1973 um 8 vH höher als vor einem Jahr.

Entsprechend der unterschiedlichen Produktionsentwicklung hat sich die Anspannung der Kapazitäten zwischen den einzelnen Industriebereichen merklich angeglichen: Auf den vorgelagerten Produktionsstufen sind die Sachanlagen jetzt ähnlich stark genutzt wie in den Verbrauchsgüterindustrien, in denen die Überbeanspruchung geringer geworden ist. Insgesamt gesehen war der Auslastungsgrad der industriellen Sachanlagen 1973 zwar nicht so hoch wie im Boom 1969/70, doch wesentlich höher als in der Hochkonjunkturphase 1964/65 (Schaubild 10).

86. Die Ausweitung der Produktion ging 1973 mit ungewöhnlich hohen Produktivitätszuwächsen einher. In der Gesamtwirtschaft lag die Produktionsleistung je Erwerbstätigen um 6 vH über dem entsprechenden Vorjahresniveau. Hierin schlägt sich

Schaubild 11



1) Ohne Energie und Bau.– 2) Gleitende 3-Monatsdurchschnitte der saisonbereinigten Zahlen (Saisonbereinigung Deutsche Bundesbank nach dem Census-Verfahren II, Version X-11).– 3) Aus saisonbereinigten Zahlen: Gleitende 3-Monatsdurchschnitte der Abweichungen vom Trend (Trendberechnung nach dem Verfahren der Deutschen Bundesbank).– 4) In Preisen von 1962.– 5) Eigene Schätzung

vor allem die deutliche Zunahme der Arbeitsproduktivität in der Industrie nieder; mit rund 7 vH war sie fast so hoch wie im Boomjahr 1969 (7,5 vH). Dabei stieg die Produktionsleistung je Beschäftigten vom vierten Vierteljahr 1972 bis zum ersten Vierteljahr 1973 besonders rasch. Wenngleich danach die Produktivität dem verhalteneren Produktionstempo entsprechend langsamer zunahm, war sie nach wie vor höher, als es dem mittelfristigen Trend entsprochen hätte (Schaubild 11).

Dies war überraschend, weil die Voraussetzungen für kräftige Produktivitätsfortschritte 1973 wesentlich ungünstiger schienen als im vorangegangenen Konjunkturaufschwung. So waren in den meisten Industriebereichen die Kapazitätsspielräume, in die die Produktion hineinwachsen konnte, kleiner als damals. Gleichwohl dürfte ein Teil des Produktivitätsanstiegs 1973 auch auf eine höhere Beanspruchung der Produktionsanlagen zurückzuführen sein. Stärker zu Buche geschlagen hat indessen wohl, daß die Rationalisierungsanstrengungen, mit denen die Wirtschaft in den letzten Jahren dem anhaltenden Kostendruck zu begegnen suchte, mit der Belebung der Konjunktur deutlicher zum Vorschein kommen konnten.

87. Am Arbeitsmarkt haben sich die Spannungen 1973, bei deutlicher Differenzierung der Beschäftigungslage in den einzelnen Wirtschaftsbereichen, nur wenig verschärft. Trotz der kräftigen Produktionsausweitung nahm die Nachfrage nach Arbeitskräften nur mäßig zu. Die Beschäftigtenzahl erhöhte sich kaum. Die Arbeitslosigkeit übertraf sogar ihr Vorjahresniveau, das freilich niedrig war.

88. Zunächst schien es, als ob die Spannungen allgemein rasch stärker würden. Die Anzahl der offenen Stellen, in der ein Arbeitskräftemangel zum Ausdruck kommt, stieg vom Herbst 1972 bis zum Frühjahr 1973 deutlich an. Die Anzahl der Arbeitslosen nahm im Winterhalbjahr 1972/73 erheblich weniger zu als sonst um diese Jahreszeit. Zum Sommer hin ist sie jedoch entgegen der Saisontendenz gestiegen, während die Nachfrage nach zusätzlichen Arbeitskräften, gemessen an den offenen Stellen, zurückging. Im Oktober 1973 waren mit 267 000 Personen rund 52 000 Arbeitslose mehr gemeldet als ein Jahr zuvor. Gleichzeitig war die Anzahl der offenen Stellen mit 508 000 um 50 000 niedriger als vor Jahresfrist.

89. Zu dieser Entwicklung hat wohl beigetragen, daß die Unternehmen, der anhaltend hohen Personalkosten wegen, weiterhin bemüht waren, ihren Bestand an Arbeitskräften möglichst wenig aufzustocken. Vom Sommer an kam hinzu, daß sie in ihren Personaldispositionen aufgrund der Stabilitätspolitik und der damit verbundenen Unsicherheit über den weiteren Konjunkturverlauf noch zurückhaltender wurden. Außerdem dürften verstärkte Rationalisierungsmaßnahmen den Arbeitskräftebedarf verringert haben. Dafür spricht, daß in den Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufen die Anzahl der offenen Stellen deutlich zurückging und die der Arbeitslosen spürbar stieg. In den Wirtschaftssektoren, denen diese Berufe vornehmlich zuzuordnen sind, haben wohl viele neue arbeitssparende Verfahren Anwendung gefunden.

90. Jene Wirtschaftsbereiche, in denen sich die konjunkturelle Anspannung voll auswirkte, konnten freilich ohne zusätzliche Arbeitskräfte nicht auskommen. Besonders gesucht waren Metallarbeiter und Elektriker sowie Chemiearbeiter und Kunststoffverarbeiter; in diesen Berufssparten ging auch die Arbeitslosigkeit am weitesten zurück. Abgenommen hat hingegen, der verhalteneren Produktionstätigkeit in Teilen der Verbrauchsgüterindustrien entsprechend, das Stellenangebot für Textil- und Bekleidungsberufe; die Kurzarbeit und die Arbeitslosigkeit nahmen hier deutlich zu. Zu dieser unterschiedlichen Entwicklung paßt, daß vor allem männliche Arbeitskräfte nachgefragt wurden, während sich die Arbeitslosigkeit vorwiegend bei weiblichen Arbeitskräften erhöhte.

91. Die regionale Differenzierung der Arbeitslosigkeit läßt 1973 im Vergleich zu früheren Hochkonjunkturphasen auf den ersten Blick keine Besonderheiten erkennen. Auch diesmal lag die Arbeitslosenquote in den Regionen, die traditionell als strukturschwach gelten, wie etwa die Zonenrandgebiete, über derjenigen der wachstumsstarken Ballungsräume, wie zum Beispiel Hamburg, Düsseldorf und Stuttgart. Hinzu kam aber diesmal eine für Hochkonjunkturphasen sonst nicht übliche Differenzierung der Branchenkonjunkturen. So gerieten vor allem die Textil- und Bekleidungsindustrie sowie die Schuhindustrie mehr und mehr in den Konjunkturschatten (Ziffer 78). Dies hat dazu geführt, daß die Arbeitslosenquote besonders in den Regionen gestiegen ist, deren Wirtschaftsstruktur von solchen Branchen geprägt ist.

92. Daß die Arbeitslosigkeit 1973 im ganzen nicht zurückging, mag auch auf die Struktur des Arbeitslosenbestandes zurückzuführen sein. Bereits im Herbst 1972 waren von der Arbeitslosigkeit betroffen:

— bei Männern vor allem ältere Arbeitskräfte, die oft schwer zu vermitteln sind, [1])

[1]) Einer „Sonderzählung der Arbeitslosen mit Leistungen nach Sozialplänen vom 20. Februar 1973" (ANBA Nr. 7/1973) der Bundesanstalt für Arbeit zufolge nimmt außerdem das Interesse älterer Arbeitsloser an einer Vermittlung ab. Es mehren sich die Fälle, daß Betriebe ihren älteren Arbeitnehmern vor Erreichen der Altersgrenze nahelegen, das Arbeitsverhältnis zu lösen und vom Arbeitsamt Arbeitslosengeld zu beziehen, und dabei versprechen, ihnen zusätzlich Leistungen nach einem Sozialplan zu gewähren. Beide Leistungen zusammen sichern diesen Arbeitslosen bis zum späteren Bezug von Altersruhegeld ein Einkommen bis zu 90 vH ihres bisherigen monatlichen Nettoverdienstes. Da ihre finanziellen Einbußen nur gering sind, werden sie kaum bereit sein, wieder ein Beschäftigung aufzunehmen. Das Bild über die tatsächlichen Arbeitsmarktreserven wird dadurch nicht unerheblich verfälscht. Rund 14 vH aller registrierten männlichen Arbeitslosen erhielten zusätzlich Leistungen nach einem Sozialplan; mehr als 90 vH dieser Arbeitslosen waren 59 Jahre oder älter.

— bei Frauen vor allem jene, die eine Teilzeitbeschäftigung suchen,

— bei Männern wie bei Frauen mehr Angestellte als früher.

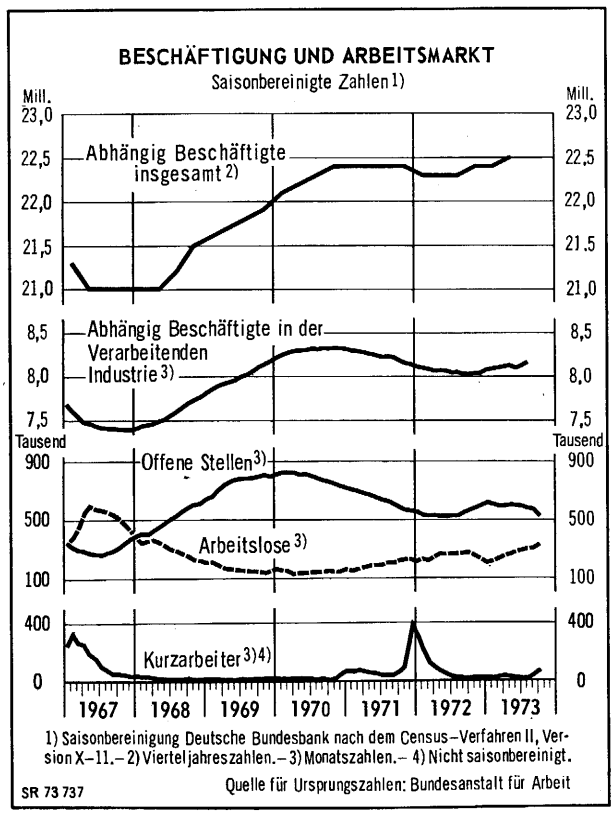
In den Fällen, in denen eine Vermittlungsmöglichkeit grundsätzlich noch gegeben war, scheiterte die Arbeitsaufnahme vielfach an unzureichender Mobilität, etwa weil das Alter der Arbeitslosen und familiäre Bindungen der Frauen einen Wechsel des Arbeitsortes erschwerten.

Insgesamt waren 1973 mit 260 000 Personen 13 000 mehr Arbeitslose registriert als im Vorjahr (Schaubild 12).

93. Die Ausländerbeschäftigung stieg allerdings erneut an. Im Jahresdurchschnitt dürfte sich die Anzahl ausländischer Arbeitnehmer gegenüber dem Vorjahr um etwa 250 000 auf nunmehr rund 2,5 Mill. Beschäftigte erhöht haben. Jeder neunte inländische Arbeitsplatz war damit 1973 von einem ausländischen Arbeitnehmer besetzt.

Dem verstärkten Zugang ausländischer Arbeitskräfte stand die weitere Verringerung des heimischen Arbeitskräftepotentials um schätzungsweise 240 000 Personen gegenüber. Dieser Rückgang erklärt sich aus der natürlichen Bevölkerungsbewegung und der Abnahme der Erwerbsbeteiligung. Dabei wirkten sich vor allem die längeren Ausbildungszeiten und — zum ersten Male — die Einführung der flexiblen Altersgrenze aus.

Schaubild 12

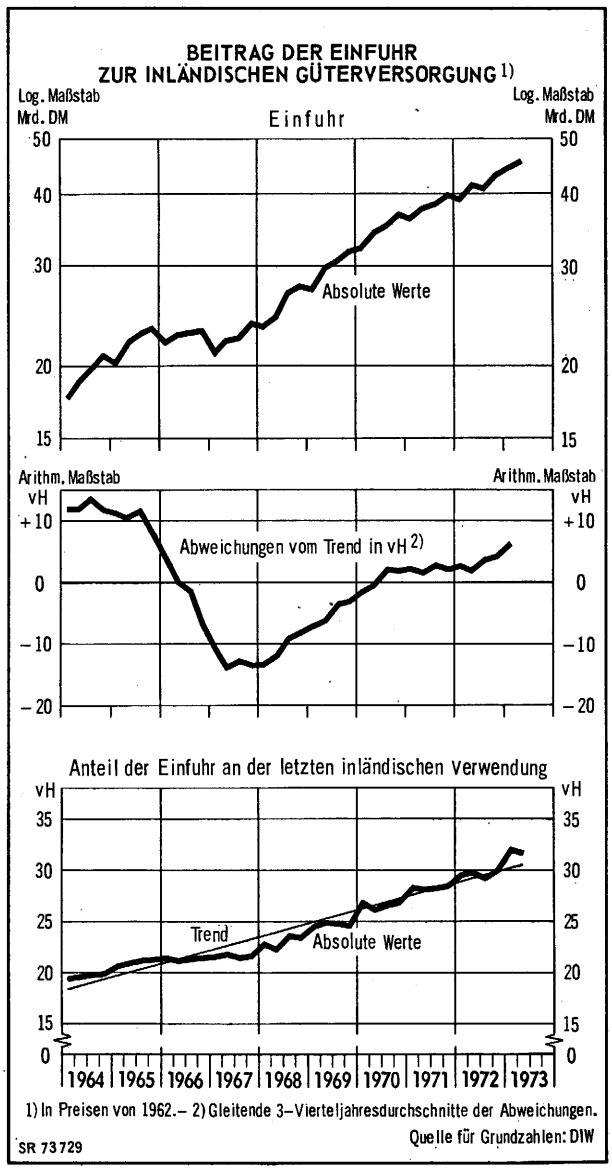


Alles zusammengenommen ist im Jahre 1973 die Anzahl der Erwerbstätigen — selbständig wie unselbständig Beschäftigte — gegenüber dem Vorjahr lediglich um rund 4 000 zurückgegangen.

Geringe Entlastung durch Importe

94. Der Anteil der ausländischen Waren am inländischen Güterangebot ist 1973 nur wenig mehr gestiegen, als es dem mittelfristigen Trend entsprochen hätte (Schaubild 13). Dies war nicht selbstverständlich; denn die kräftige Höherbewertung der D-Mark hatte die ausländischen Güter wettbewerbsfähiger gemacht, und außerdem waren die konjunkturellen Spannungen auf den Inlandsmärkten größer als im Vorjahr. Daß die Einfuhr im Verlauf des Jahres 1973 nicht stärker zunahm, ist wohl vor allem auf kapazitätsbedingte Lieferschwierigkeiten ausländischer Unternehmen zurückzuführen (Ziffer 153).

Schaubild 13



Inflatorischer Preisauftrieb

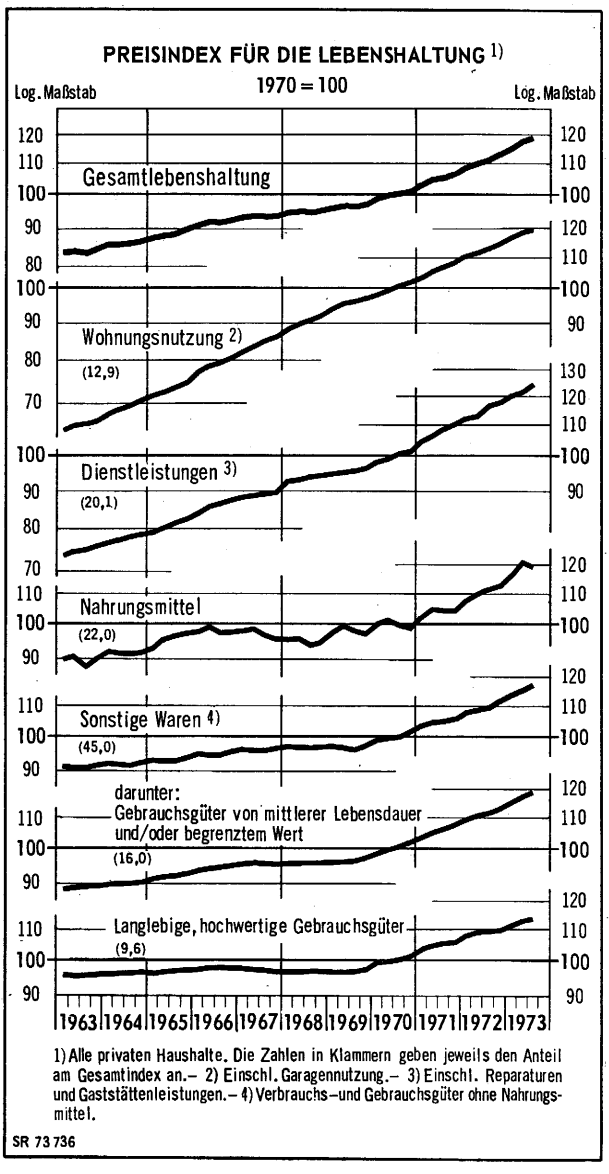
95. Das Inflationstempo hat sich 1973 weiter beschleunigt: Auf der Verbraucherstufe reichten die Preissteigerungsraten nahezu an die Acht-Prozent-Marke heran, ehe sie sich im Herbst etwas zurückbildeten; auf der Erzeugerstufe ging der Preisauftrieb seit Sommer sogar über die Verteuerung der Lebenshaltung hinaus und hat damit selbst pessimistische Erwartungen übertroffen.

Die Auftragsflut, die bis zum Frühjahr rasch angeschwollen war, hatte auf den inländischen wie auf den ausländischen Märkten Spielraum für Preiserhöhungen geschaffen. Daß dieser von den Unternehmen unverzüglich genutzt wurde, konnte die Restriktionspolitik nicht mehr verhindern, wohl aber, daß die Preise das Jahr über noch stärker angehoben wurden, als es ohnehin der Fall war. Der Anstieg der Kosten hätte dies durchaus erwarten lassen können; denn die Löhne folgten den Preisen rasch, und die ungewöhnliche Preishausse auf den internationalen Rohstoffmärkten hat das inländische Kostenniveau ebenfalls nach oben gedrückt, wenngleich die Höherbewertung der D-Mark die Verteuerung der Importe milderte.

96. *Im Herbst 1973 hat das Statistische Bundesamt die Verbraucherpreisindizes von der Basis 1962 auf die Basis 1970 umgestellt. Dabei wurde auch der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte, an dem in der Öffentlichkeit das Ausmaß der Geldwertverschlechterung zumeist gemessen wird, neu berechnet. Der bisher vom Statistischen Bundesamt veröffentlichte Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte beruhte auf der Verbrauchsstruktur eines Durchschnittshaushaltes im Jahre 1962. Seither haben die Haushalte ihren Warenkorb nicht nur an die Veränderungen der Preisrelationen angepaßt, sondern darüber hinaus ihre Konsumgewohnheiten auch den Einkommenserhöhungen entsprechend geändert. Dem hat das Statistische Bundesamt nun mit einem neuen Wägungsschema Rechnung getragen. Den neuen Indizes liegt die Verbrauchsstruktur des Jahres 1970 zugrunde. Dabei zeigt sich, daß die privaten Haushalte 1970 für industriell erzeugte Güter und für Dienstleistungen einen wesentlich höheren Anteil ihres Einkommens aufwendeten, für Nahrungsmittel dagegen einen niedrigeren als 1962. Der Anteil der Wohnungsmieten an den Haushaltsbudgets hat sich geringfügig erhöht. Obwohl sich aufgrund dieser Veränderungen die Preissteigerungsraten bei den einzelnen Verbrauchsgruppen durchaus von den früheren, auf der Basis 1962 ermittelten, unterscheiden, ergeben sich für die Verteuerung der Lebenshaltung insgesamt nur geringe Abweichungen. Im September 1973 lag der neue Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte um 6,2 vH höher als ein Jahr zuvor; die Steigerungsrate war nur um 0,2 Prozentpunkte geringer als die des alten Index. Im Oktober weisen beide Indizes die gleiche Teuerungsrate aus (6,6 vH).*

97. Bereits in den ersten Monaten des Jahres 1973 zeichnete sich ab, daß der Kaufkraftverlust der Verbraucher weit höher ausfallen würde als im Vorjahr (5,5 vH). Der Preisindex für die Lebenshaltung stieg von Monat zu Monat rascher. Im Juni 1973 war die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Durchschnitt um 7,6 vH teurer als vor Jahresfrist. Als sich danach der Anstieg der Nahrungsmittelpreise abschwächte, gingen die Teuerungsraten etwas zurück. Erwartungsgemäß war der Rückgang im September besonders ausgeprägt, weil im Vorjahr die Tabaksteuer erhöht worden war und somit die Basis des Vorjahresvergleichs entsprechend hoch lag. Eine konjunkturelle Wende in der Preisentwicklung konnte darin nicht gesehen werden, da sich industriell erzeugte Verbrauchsgüter, von denen vor allem die angestrebte Tendenzwende in der Preisentwicklung hätte ausgehen müssen, unvermindert rasch verteuerten. Der ungewöhnliche Auftrieb der Heizölpreise ließ zuletzt den Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte beschleunigt steigen. Im Oktober 1973 lag das Verbraucherpreis-

Schaubild 14



niveau um 6,6 vH über seinem Vorjahresstand. Im Durchschnitt der ersten zehn Monate waren dabei

— Nahrungsmittel um 8,2 vH,

— Dienstleistungen um 7,1 vH,

— Wohnungsmieten um 5,9 vH und

— sonstige Industriewaren um 6,4 vH

teurer als vor Jahresfrist (Schaubild 14).

98. Auch 1973 waren es zunächst die Nahrungsmittelpreise, die die Budgets der Haushalte am stärksten belasteten. Zum Anstieg der Fleischpreise kam in der ersten Jahreshälfte 1973 eine ungewöhnliche Verteuerung von Obst, Gemüse und Kartoffeln hinzu. Dabei haben die Preise importierter Nahrungsmittel besonders kräftig angezogen (Schaubild 15). Im Mai 1973 kosteten Nahrungsmittel schließlich sogar 10,6 vH mehr als im Vorjahr. Erst das reichliche Angebot aus der neuen Ernte brachte vom Sommer an Entlastung. Dennoch mußten die Verbraucher im Oktober 1973 für Nahrungsmittel noch immer 6,0 vH mehr bezahlen als vor einem Jahr, obwohl schon damals die Nahrungsmittelpreise, nach einem Anstieg um 7,5 vH binnen Jahresfrist, sehr hoch lagen.

99. Wenngleich der kräftige Auftrieb der Nahrungsmittelpreise überwiegend auf einen Rückgang im Angebot zurückzuführen war, haben auch die Beschlüsse der EG-Agrarminister vom Mai 1973, die Marktordnungspreise anzuheben und gleichzeitig den Grenzausgleich unvermindert beizubehalten, das ihre dazu beigetragen, die Teuerung in Gang zu halten. So wurde für das Wirtschaftsjahr 1973/74 unter anderem beschlossen, die Preise der Marktordnungserzeugnisse

— Milch um 5,5 vH,

— Rindfleisch um 10,5 vH,

— Kalbfleisch um 7,5 vH,

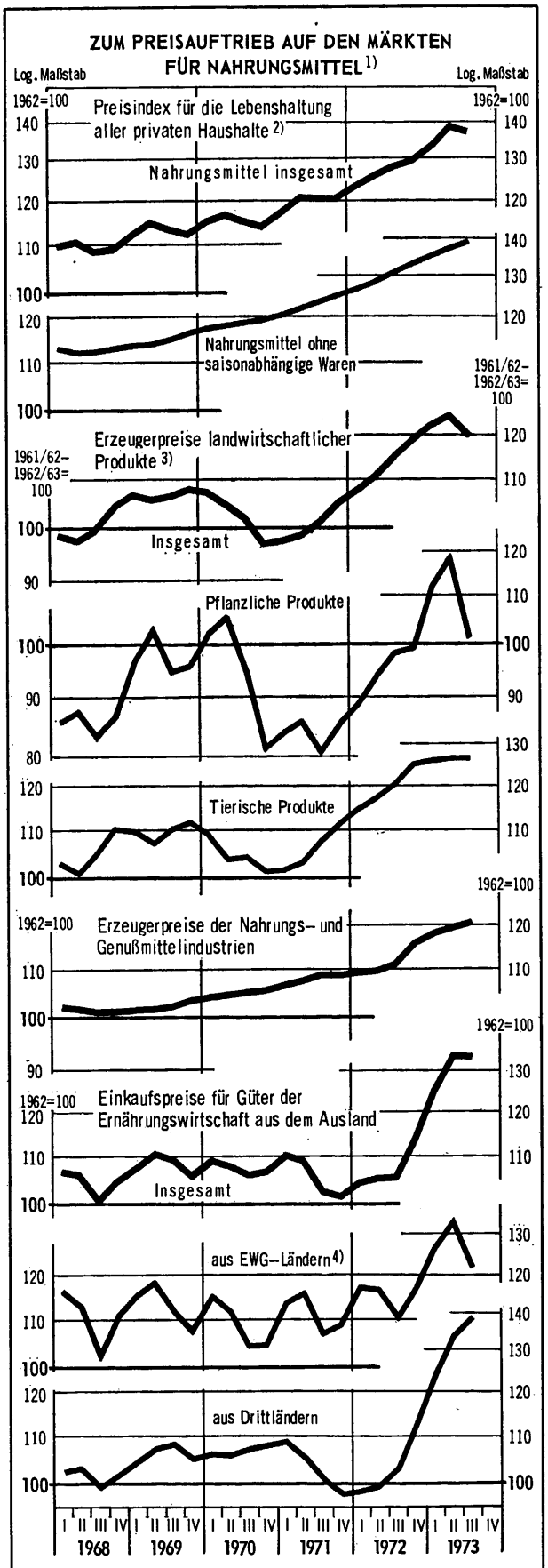
— Schweinefleisch um 4,0 vH und

— Getreide um etwa 1 vH

heraufzusetzen. Lediglich Butter, die bei anhaltend hohen Überschüssen von der Gemeinschaft nur unter hohen Subventionszahlungen auf den Weltmärkten abgesetzt werden konnte, wurde um 5,5 vH verbilligt. Von der Erhöhung der Interventionspreise wurde unmittelbar nur wenig effektiv, da die Marktpreise — insbesondere bei Fleisch — zunächst weit über diesen Mindestpreisen lagen. Abzusehen war aber, daß bei reichlicherem Angebot künftig ein entsprechender Rückgang der Marktpreise verhindert würde. Bereits im Herbst 1973 trat dieser Fall ein: Noch ehe die Ermäßigung der Rindfleischpreise auf der Erzeugerstufe so weit ging, daß sie beim Verbraucher spürbar wurde, mußten die staatlichen Interventionsstellen durch Aufkäufe für ein anhaltend knappes Angebot sorgen.

100. *Die zunehmende Verteuerung von Nahrungsmitteln während der letzten Jahre folgte einem kräftigen Auftrieb der Preise auf der landwirtschaftlichen Erzeugerstufe (Schaubild 15). Im Jahre 1973 dürfte das Preis-*

Schaubild 15



1) Preisindex für die Lebenshaltung einschl. Umsatzsteuer, alle übrigen Angaben ohne Umsatzsteuer. – 2) Umbasiert von Originalbasis 1970 = 100. – 3) Landwirtschaftsjahre 1961/62 bis 1962/63 = 100. – 4) EWG der Sechs.

SR 73743

niveau der heimischen Agrarprodukte um etwa 23 vH höher sein als im Jahresdurchschnitt 1971. Konnte man damals, als die Landwirtschaft im Wirtschaftsjahr 1970/71 einen Einkommensrückgang je Arbeitskraft von 10 vH gegenüber dem Vorjahr hinnehmen mußte, noch befürchten, der Strukturwandel im Agrarsektor würde sich ohne einen zeitlich begrenzten Außenschutz, wie ihn der Grenzausgleich bot, bei einer wechselkursbedingten Herabsetzung des Agrarpreisniveaus in einem unerwünschten Ausmaß beschleunigen (JG 71 Ziffern 80 ff.), so gilt diese Sorge nicht mehr. Im Schutze des Grenzausgleichs haben die Betriebseinkommen je Arbeitskraft im Wirtschaftsjahr 1971/72 um 35 vH und 1972/73 schätzungsweise um 15 vH zugenommen. Berücksichtigt man die gute Ernte 1973 und geht man von der Annahme aus, das Marktpreisniveau für Agrarerzeugnisse werde im Wirtschaftsjahr 1973/74 nur um 2 vH steigen [1]), so dürften sich auch 1973/74 die Durchschnittseinkommen in der Landwirtschaft um etwa 10 vH bis 15 vH erhöhen. Angesichts dieser günstigen Einkommensentwicklung wäre zu erwarten gewesen, daß mit dem Abbau des damals verfügten Grenzausgleichs begonnen worden wäre, wie es im Mai 1971 eine Verordnung des Ministerrates der Europäischen Gemeinschaften für den Fall der Rückkehr zu festen Wechselkursen vorsah (Verordnung des Rates der Europäischen Gemeinschaften Nr. 974/71). Stattdessen wurden die Sätze, die bis zum Mai 1973 innerhalb der gemeinsam floatenden EG-Länder bis zu 7 vH betragen hatten, beibehalten. Die unverminderten Sätze wurden dann nach der jüngsten D-Mark-Aufwertung auf bis zu 12 vH aufgestockt. Anders verhielt man sich in den Niederlanden, wo bei der jüngsten Aufwertung des Gulden von vornherein auf eine zusätzliche Erhöhung des Grenzausgleichs verzichtet wurde.

101. Bei Dienstleistungen hielt der Preisauftrieb 1973 an. Dies war zu erwarten. Schon in den vorangegangenen Jahren hatten hohe Lohnsteigerungen und geringe Produktivitätszuwächse hier zu kräftigen Preisanhebungen geführt. Besonders stark verteuerten sich neben Reparatur- und Handwerksleistungen die Leistungen im Bereich des Gesundheitswesens. Auch die Versicherungsprämien für Kraftfahrzeuge wurden beträchtlich erhöht. Zahlreiche Tarifanhebungen im Verkehrsbereich kamen hinzu. Gebührenerhöhungen bei der Bundespost wurden 1973 zurückgestellt.

102. Der Anstieg der Wohnungsmieten setzte sich im Verlauf des Jahres 1973 nahezu unvermindert fort. Rascher als im Vorjahr wurden die Mieten für Altbauwohnungen angehoben, während sich der Auftrieb der Mieten bei Neubauwohnungen abschwächte. Dies gilt allerdings weniger für den sozialen Wohnungsbau, wo die Mieten vor der Jahreswende 1972/73 noch besonders kräftig heraufgesetzt worden waren. Die Mieten für freifinanzierte Neubauwohnungen lassen jedoch eine deutliche Abschwächungstendenz erkennen. Sie dürften, vor allem in Ballungsräumen, mittlerweile ein Niveau erreicht haben, das sich nur noch unter wachsendem Widerstand der Betroffenen erhöhen läßt.

[1]) Neben der Anhebung der Marktordnungspreise und einem Rückgang der Marktpreise bei Rindern um etwa 2 vH wurde hierbei auch ein zyklisch bedingter Rückgang der Schweinepreise um etwa 3 vH unterstellt, der bislang jedoch ausgeblieben ist.

Es mehren sich darüber hinaus die Anzeichen, daß sich infolge des zunehmenden Bestandes nicht vermieteter Neubauwohnungen, insbesondere in der gehobenen Preisklasse, ein Wandel vom Verkäufer- zum Käufermarkt anbahnt. Es darf als gewiß gelten, daß vielfach am Markt bereits nicht mehr solche Mieten erzielt werden, die alle Kosten decken, so insbesondere Grundstücks- und Erschließungskosten, Baukosten und Finanzierungskosten. Soll das Renditekalkül der Bauherren dennoch aufgehen, müssen sie — sieht man von den steuerlichen Vergünstigungen ab, die vor dem Stabilitätsprogramm eine Rolle gespielt haben — mit einer fortschreitenden, inflationsbedingten Wertsteigerung ihrer Wohnungen rechnen. Nur solche Erwartungen machen es möglich, daß die Marktmiete für längere Zeit die Kostenmiete unterschreitet. Bricht der Prozeß der Geldentwertung ab oder ergibt sich schließlich aus der inflationsbedingten Flucht in die Sachwerte ein Überangebot an Wohnungen, wird plötzlich — auch für den Bauherrn — offenkundig, daß die Volkswirtschaft Kapital verschwendet hat, weil es dorthin gelenkt wurde, wo nicht die größten realen Erträge, sondern nur die größten Inflationsgewinne erwartet wurden.

103. *Zu diesem Problemkreis liefert die amtliche Statistik kaum Informationen. Quantitative Aussagen müssen sich auf Erfahrungswerte der Praxis stützen, die im einzelnen oft nicht hinreichend repräsentativ sind. Bei einem Vergleich der Entwicklung von Kostenmieten und von Marktmieten im freifinanzierten Wohnungsbau scheint es deshalb angezeigt, von Bandbreiten auszugehen, um die Masse der tatsächlichen Fälle möglichst einzufangen. Den Fächer der Kostenmieten kann man nach unten begrenzen durch Mieten für Wohnungen einfacher Ausstattung, die mit vergleichsweise geringen Baukosten und mit zinsgünstiger Finanzierung (Bauspardarlehen) erstellt wurden; die Obergrenze bilden Mieten für Wohnungen gehobener Ausstattung, die mit hohen Baukosten und mit teurer Finanzierung (Ib-Hypotheken-Darlehen) gebaut wurden. Dem läßt sich ein Spektrum der Marktmieten gegenüberstellen, das nach unten durch Mieten für erstbezogene Wohnungen in Kleinstädten, nach oben durch Mieten für solche Wohnungen in Großstädten (über 500 000 Einwohner) begrenzt wird.*

Nach unseren Informationen bewegten sich die Kostenmieten im Jahre 1973 zwischen 10,— DM/qm und 20,— DM/qm, die Marktmieten zwischen 4,— DM/qm und 11,— DM/qm. Bei allen Vorbehalten gegenüber solchen Berechnungen wird damit deutlich, daß heute selbst die hohen Marktmieten in Ballungsräumen die Kostenmieten im allgemeinen nicht mehr decken.

104. Industriell erzeugte Verbrauchsgüter — sie stellen 45 vH des Warenkorbs der Haushalte — haben sich seit Jahresbeginn 1973 in einem bislang nicht gekannten Ausmaß verteuert: Nachdem die Preise bereits 1972 mit einer Jahresrate von 5 vH gestiegen waren (die Erhöhung der Branntwein-, Mineralöl- und Tabaksteuer nicht gerechnet), beschleunigte sich der Preisanstieg im ersten Halbjahr 1973 sogar auf 7 vH. Anders als im vorangegangenen Zyklus, als die Preise für industrielle Verbrauchsgüter erst in der Spätphase des Aufschwungs vom Herbst 1969 an verstärkt zu steigen begonnen hatten, erfaßte die Preiswelle diesmal die Verbrau-

cherstufe von Beginn an voll. Eine Tendenzwende zeichnet sich auch im Herbst 1973 noch nicht ab.

Besonders kräftig verteuerten sich nochmals Lederwaren, Textilien und Bekleidung, in deren Preisen neben überdurchschnittlichen Lohnsteigerungen auch die außergewöhnlich hohen Einstandskosten für Rohstoffe weitergewälzt wurden. Vergleichsweise wenig haben sich demgegenüber langlebige, hochwertige Verbrauchsgüter verteuert; im Oktober waren deren Preise um 4,3 vH höher als vor Jahresfrist. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß der allgemein hohe Produktivitätsfortschritt in den entsprechenden Industriebereichen und ein abnehmender Lohnkostendruck sonst bis weit in den Aufschwung hinein nicht nur ein Stabilhalten der Preise, sondern sogar Preissenkungen ermöglicht haben. Die Anhebung der Mineralölsteuer zur Jahresmitte 1973 hat die Teuerungsrate auf der Verbraucherstufe zusätzlich um 0,2 vH nach oben gedrückt.

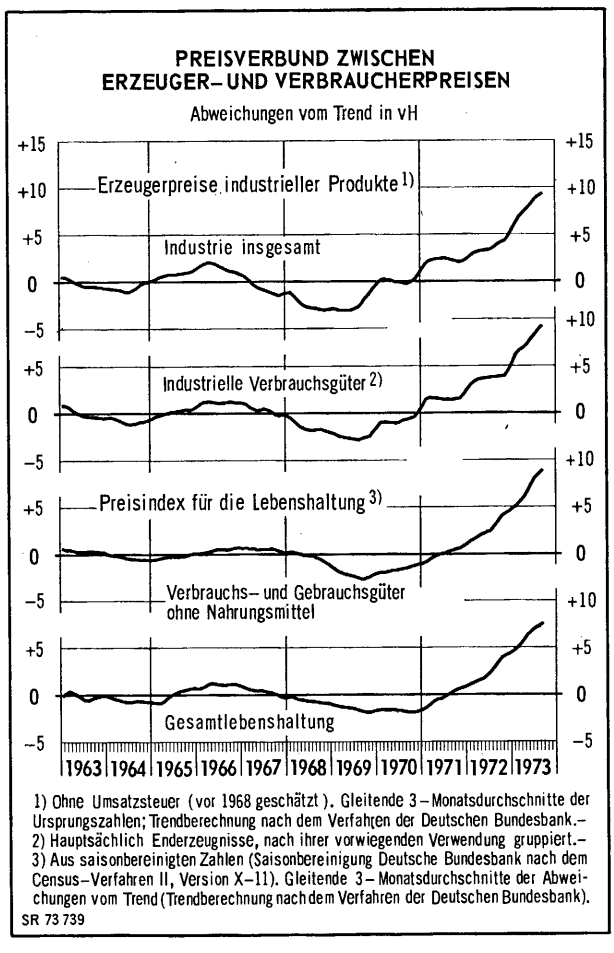
105. Spektakuläre Preissteigerungen hatten die Verbraucher 1973 bei leichtem Heizöl hinzunehmen. Hatte sich dieses schon während der Sommermonate entgegen der Saisontendenz nicht verbilligt, so schnellten danach infolge des Nahost-Konflikts die Preise erst recht nach oben. Im Oktober 1973 kostete leichtes Heizöl 12½ vH mehr als im September und bereits rund 80 vH mehr als zur gleichen Zeit des Vorjahres; ein Ende des Preisauftriebs ist noch nicht in Sicht. Ohne die Verteuerung von Heizöl, hätte der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Oktober nicht um 6,6 vH, sondern um 5,9 vH höher gelegen als vor einem Jahr.

106. Wie die Entwicklung in der Vergangenheit zeigt, hält die Teuerung für den Verbraucher um so länger an und fällt um so kräftiger aus, je länger und je kräftiger die Preise auf der vorgelagerten industriellen Erzeugerstufe steigen. So bedurfte es im vorletzten Konjunkturzyklus einer ausgeprägten konjunkturellen Beruhigungsphase, bevor sich der Preisanstieg auf der Produzentenstufe abzuschwächen begann, und selbst dann vergingen noch mehrere Monate, ehe sich dies in den Verbraucherpreisen auswirkte (Schaubild 16).

Die Voraussetzungen, bereits 1973 zu mehr Preisstabilität auf der Erzeugerstufe und damit auch zu einem geringeren Kaufkraftschwund für die Verbraucher zurückzukehren, waren weit ungünstiger. Nachdem der Lohnkostendruck diesmal selbst in der vorangegangenen Abschwungsphase kaum vermindert angehalten hatte, nahm er überdies bereits wieder deutlich zu, kaum daß der Aufschwung voll in Gang gekommen war (Schaubild 17). Hinzu kam, daß sich die Nachfrageexpansion zunächst in einem Tempo vollzog, das selbst über den boomartigen Aufschwung des Jahres 1968 hinausging. Preiserhöhungsspielräume waren somit ausreichend gegeben und wurden unverzüglich genutzt, und zwar auf allen Märkten. Wie nicht anders zu erwarten, hat der Auftrieb der Erzeugerpreise auch nach den verstärkten Stabilisierungsbemühungen zunächst noch angehalten, ohne sich allerdings weiter zu beschleunigen, wie zu befürchten stand. Im Herbst 1973 mußten die heimischen Abnehmer für Industrieerzeugnisse insgesamt 7,1 vH, die ausländischen sogar 7,6 vH mehr aufwenden als vor einem Jahr.

107. Wie wenig mit einer raschen Preiswende auf der Verbraucherstufe zu rechnen war, zeigt sich darin, daß auf der Erzeugerstufe die Preise für Verbrauchsgüter das Jahr über unvermindert anstiegen; im Durchschnitt der ersten zehn Monate 1973 waren sie um 6 vH höher als im entsprechenden Vorjahreszeitraum (Schaubild 18). Nachfragesog und Kostendruck, beides hat hierzu beigetragen. So war der Preisauftrieb nicht nur bei jenen Gütern beträchtlich, deren Rohstoffe, wie bei Leder und Textilien, 1973 besonders knapp und teuer waren. Erheblich gestiegen sind auch die Preise solcher Güter, die — wie Möbel und keramische Erzeugnisse — wegen der Ausstattungswelle im Gefolge des vorangegangenen Wohnungsbaubooms bis weit in das Jahr hinein noch immer stark gefragt waren. Importierte Verbrauchsgüter verteuerten sich insgesamt gesehen sogar noch stärker, vom September 1972 bis zum September 1973 um rund 9 vH, die Verteuerung von leichtem Heizöl nicht gerechnet (Ziffer 149).

Schaubild 16



1) Ohne Umsatzsteuer (vor 1968 geschätzt). Gleitende 3-Monatsdurchschnitte der Ursprungszahlen; Trendberechnung nach dem Verfahren der Deutschen Bundesbank.– 2) Hauptsächlich Enderzeugnisse, nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert.– 3) Aus saisonbereinigten Zahlen (Saisonbereinigung Deutsche Bundesbank nach dem Census-Verfahren II, Version X-11). Gleitende 3-Monatsdurchschnitte der Abweichungen vom Trend (Trendberechnung nach dem Verfahren der Deutschen Bundesbank).

SR 73 739

Schaubild 17

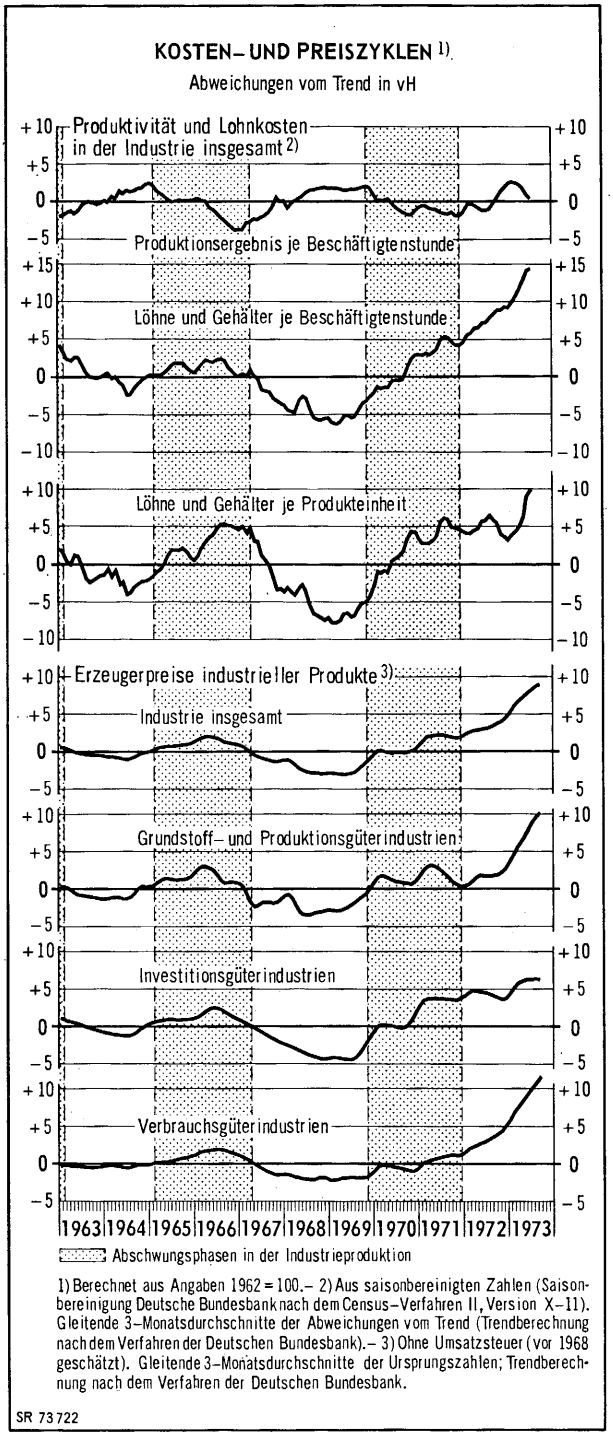
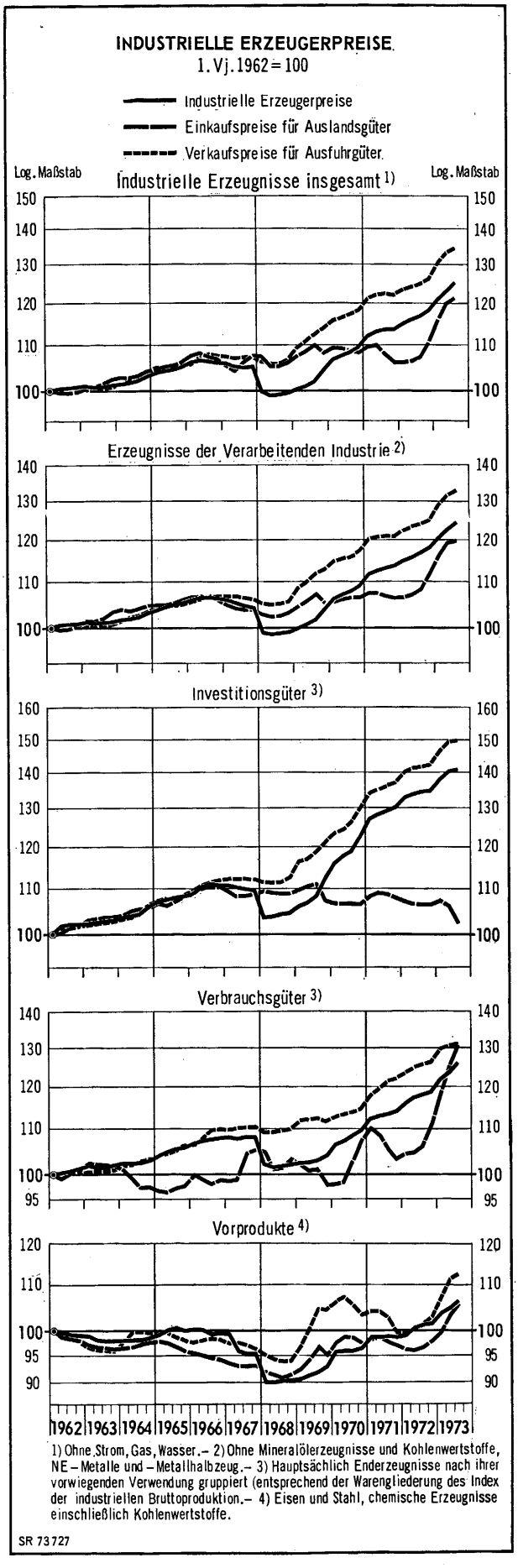


Schaubild 18



108. Die Preise für Investitionsgüter wurden, wie schon in den Vorjahren, zu Jahresbeginn beschleunigt angehoben, ohne daß sich jedoch danach ihr Anstieg ähnlich stark abgeflacht hätte wie sonst. Im Herbst 1973 lagen die Investitionsgüterpreise im Inlandsabsatz um 4,8 vH, im Auslandsabsatz sogar um 5,9 vH höher als ein Jahr zuvor. Zu dieser Differenzierung mag beigetragen haben, daß die ausländische Nachfrage nach Produkten der westdeutschen Investitionsgüterhersteller 1973 außer-

ordentlich stark war, während sich die heimischen Investoren nach dem Stabilitätsprogramm mehr Zurückhaltung auferlegten. Außer bei EBM-Waren und Erzeugnissen der Stahlverformung waren die größten Preissteigerungen bei Maschinenbauerzeugnissen zu verzeichnen, darunter vor allem bei landwirtschaftlichen Maschinen, die 1973 besonders lebhaft gefragt waren — Ausdruck der günstigen Einkommensentwicklung im Agrarsektor.

109. Ungewöhnliche Preissteigerungen auf der Erzeugerstufe ergaben sich 1973 im Bereich der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien. Hier wurden die Preise im Verlauf der ersten zehn Monate mit 9,4 vH sogar stärker angehoben als während des gesamten Zeitraums von 1962 bis 1972 (6,3 vH). Diese Verteuerung gerade bei Gütern, die im besonderen Maße der Auslandskonkurrenz und der Bewegung der Weltmarktpreise unterworfen sind, spiegelt die Preishausse auf den internationalen Märkten für industrielle Grundstoffe. Trotz der kräftigen Aufwertung der D-Mark lag das Preisniveau von importierten Rohstoffen und Halbwaren (in D-Mark gerechnet) im Herbst 1973 um fast 23 vH höher als zur gleichen Vorjahreszeit. Dies hatte nicht nur direkte Auswirkungen auf das inländische Kostenniveau, sondern erlaubte es zudem den heimischen Anbietern von Grundstoffen und Produktionsgütern, ihre Preise ebenfalls kräftig heraufzusetzen; vor allem Stahl hat sich 1973 beträchtlich verteuert.

110. Dem Kostenanstieg konnte sich auch der Baumarkt nicht entziehen. Seit Jahresbeginn wurden die Preise wieder stärker als zuvor angehoben. Die Preise für gewerbliche Bauten stiegen beschleunigt, obwohl sich die Nachfrage 1973 nur zögernd belebte. Im Wohnungsbau wurde die Tendenz zur Preisberuhigung, die im Jahre 1972 eingesetzt hatte, im Frühjahr 1973, als neue Lohnvereinbarungen in Kraft traten, von einem nochmaligen Preisschub unterbrochen. Danach jedoch scheint die Nachfrage weitere Preisanhebungen kaum mehr erlaubt zu haben; seither ist das Preisniveau nur noch wenig gestiegen, obwohl der Kostenauftrieb anhielt. Selbst im Tiefbau stiegen die Preise, wenngleich weniger als in den übrigen Bereichen, wohl nicht zuletzt, weil sich die öffentlichen Bauherren bei der Auftragsvergabe zurückhielten.

Lohnpolitik auf Anpassungskurs

111. In der Lohnpolitik vollzog sich 1973 unter dem Eindruck des starken Geldwertschwundes eine deutliche Wende. Zu Beginn des Jahres war noch allgemein darauf vertraut worden, es werde der Wirtschaftspolitik gelingen, den Preisauftrieb in Grenzen zu halten. Als jedoch die Teuerungsraten zunehmend größer wurden, kam es in der Lohnpolitik zu einer Abkehr vom Kurs der Zurückhaltung. Die Tarifanhebungen, die nach der Jahreswende 1972/73 zunächst deutlich unter der 10 vH-Grenze gelegen hatten, gingen in der Folgezeit rasch über diese Grenze hinaus; im Sommer, am Ende der diesjährigen Tarifrunde, reichten sie zum Teil sogar an 15 vH heran.

Widerstand gegen hohe Lohnsteigerungen zu leisten, fiel den Unternehmen offenbar schwer. Die Nachfrage schien ausreichende Möglichkeiten zu bieten, erhöhte Kosten in den Preisen zu überwälzen. Dort, wo eine unmittelbare Anpassung an die beschleunigte Geldentwertung über die Tarifpolitik nicht schon gegeben war, fanden sich viele Unternehmen aufgrund zunehmender Unruhe in den Betrieben zu Nachbesserungen bereit, die mehr oder weniger offen als Inflationsausgleich deklariert wurden. Auch nach Verabschiedung des Stabilitätsprogramms wurde das Risiko, zusätzliche Lohnzugeständnisse nicht in den Preisen weitergeben zu können, zunächst noch immer geringer eingeschätzt als das Risiko von Ertragseinbußen, die bei Arbeitskämpfen drohten. Auch der Staat als Arbeitgeber gewährte zusätzliche Lohnaufbesserungen bereitwillig.

112. In der eisenschaffenden Industrie, die Anfang 1973 die Lohnrunde eröffnete, wurden Tariferhöhungen von 8,5 vH für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1973 und eine Zahlung von 100 DM brutto für den tariflosen Monat Dezember vereinbart; insgesamt entsprach dies, auf eine Laufzeit von zwölf Monaten umgerechnet, einer Lohnsteigerung von 7,9 vH (Tabelle 13). Auf Tariferhöhungen von 8,5 vH einigten sich auch die Sozialpartner in der Metallindustrie; eine Ausnahme bildete Südwürttemberg/Hohenzollern, wo es bereits zu höheren Abschlüssen kam (9,4 vH), nicht zuletzt, weil zwischenzeitlich die organisierten Metallarbeiter in Nordrhein-Westfalen die dort ausgehandelte Lohnerhöhung im nachhinein mißbilligt hatten. Der Tarifabschluß im öffentlichen Dienst hielt sich bei einer Einkommensverbesserung von 8 1/2 vH (6 vH linear zuzüglich eines Sockelbetrages von 40 DM monatlich) in dem bis dahin von der Industrie vorgezeichneten Rahmen. Damit war die Phase vergleichsweise niedriger Lohnsteigerungen zu Ende. Lediglich die Abschlüsse im Chemiebereich und im Bauhauptgewerbe blieben danach noch knapp unter 10 vH.

113. Als erkennbar wurde, daß die bisherigen Tarifverbesserungen — sie betrafen rund 70 vH aller Beschäftigten — vom Geldwertschwund aufgezehrt zu werden drohten, verstärkten die Gewerkschaften ihre Bemühungen, über höhere Löhne dem beschleunigten Preisauftrieb zuvorzukommen. Die Tarifvereinbarungen im Handel und im Bankgewerbe (11 vH) ließen die Wende in der Lohnpolitik schon klar erkennen. Vollends deutlich wurde sie durch den Tarifabschluß in der Druckindustrie, bei dem sich die Tarifpartner nach einem kurzen Arbeitskampf auf Lohnerhöhungen von 12 vH einigten. In etwa dieser Größenordnung — zwischen 12 vH und 13 vH — hielten sich die Lohnvereinbarungen bis zum Ende der diesjährigen Tarifrunde. Lediglich in der Textil- und Bekleidungsindustrie kam es zu noch weit höheren Einkommensverbesserungen (15 vH); hier konnten die Gewerkschaften ihre Forderungen sogar ohne Abstriche durchsetzen, obwohl

Tabelle 13

Übersicht einkommenspolitisch wichtiger Ereignisse

Monat		Anzahl der Begünstigten	
1972			
Oktober	Konzertierte Aktion		Die Gesprächspartner stimmen darin überein, daß sich die westdeutsche Wirtschaft in der Anfangsphase eines verhaltenen Konjunkturaufschwungs befindet; die Bekämpfung des Preisauftriebs bilde gegenwärtig die Hauptaufgabe der Wirtschaftspolitik.
1973			
Januar	Rentenversicherung		Der Beitragssatz in der gesetzlichen Rentenversicherung wird ab 1. Januar 1973 von 17 vH auf 18 vH erhöht; die Beitragsbemessungsgrenze wird von 2 100 DM auf 2 300 DM angehoben.
	Unfallversicherung		Ab 1. Januar 1973 werden die Unfallrenten um 11,9 vH erhöht.
	Kriegsopferversorgung		Die Geldleistungen werden mit Wirkung vom 1. Januar 1973 um 9,5 vH angehoben.
	Eisen- und Stahlindustrie	290 000	Die Tarifpartner einigen sich auf eine Erhöhung der Tariflöhne um 0,46 DM je Stunde und der Tarifgehälter um 8,5 vH; für den tariflosen Monat Dezember 1972 werden pauschal 100 DM brutto gezahlt.
	Öffentlicher Dienst, Bundesbahn, Bundespost	1 820 000	Tariflich vereinbart werden Lohn- und Gehaltserhöhung um 6 vH zuzüglich eines Sockelbetrages von monatlich 40 DM.
	Metallindustrie	4 230 000	Die Vereinbarungen sehen für die meisten Tarifbereiche tarifliche Lohn- und Gehaltserhöhungen um 8,5 vH sowie zusätzliche Anhebungen in den unteren Lohngruppen vor. In Südwürttemberg/Hohenzollern und in Südbaden werden die Löhne um 9,4 vH erhöht.
	Papier- und pappeverarbeitende Industrie, Kunststoffverarbeitende Industrie	130 000	Die Tariflöhne und -gehälter werden um 8,8 vH erhöht und das Urlaubsgeld von 35 vH auf 40 vH eines Monatseinkommens angehoben.
	Lederwaren- und Schuhindustrie	110 000	Lohnerhöhungen um 8 vH bis 8,5 vH werden tariflich vereinbart.
	Holzverarbeitende Industrie	210 000	Die Tariflöhne und -gehälter werden um 8,5 vH bis 10 vH angehoben; in einigen Tarifbereichen wird ein längerer Urlaub vereinbart und das Urlaubsgeld erhöht.
	Textil- und Bekleidungsindustrie	800 000	Vermögenswirksame Leistungen von monatlich 26 DM werden ab 1. Januar 1973 vereinbart (Bundesgebiet ohne Saarland).
	Groß- und Außenhandel sowie Einzelhandel	1 070 000	In einigen Tarifbereichen werden das Urlaubsgeld erhöht und die Urlaubsdauer verlängert.
Februar	Konzertierte Aktion		In der Aussprache über die Wirtschaftslage stellten die Beteiligten fest, daß sich die konjunkturellen Auftriebskräfte in der Bundesrepublik seit dem Herbst

noch Tabelle 13

Monat		Anzahl der Begünstigten	
1973 Februar			verstärkt hätten. Damit ergebe sich die Gefahr, daß es in der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung zu Spannungen zwischen dem gesamtwirtschaftlichen Angebot und der Gesamtnachfrage und damit zu einer weiteren Verstärkung des Kosten- und Preisanstiegs komme. Es sei deswegen vorrangige Aufgabe der Wirtschaftspolitik für das Jahr 1973, eine weitere Beschleunigung des Preisauftriebs zu verhindern und eine Tendenzwende herbeizuführen. Dies erfordere gemeinsame stabilitätspolitische Anstrengungen und die konsequente Nutzung der wirtschaftspolitischen Aktionsmöglichkeiten.
	Groß- und Außenhandel	540 000	Die Tariflöhne und -gehälter werden in verschiedenen Tarifbereichen um durchschnittlich 10,7 vH erhöht; eine Änderung des Manteltarifvertrages im Bereich Bayern sieht eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 40 Stunden, eine Verlängerung des Urlaubs um einen Tag und eine Aufstockung des Urlaubsgeldes von 5 DM auf 15 DM je tariflichen Urlaubstag vor.
	Einzelhandel	368 000	Die Tariflöhne und -gehälter in Nordrhein-Westfalen werden um durchschnittlich 9,6 vH erhöht.
	Chemische Industrie	660 000	Der Abschluß eines neuen Manteltarifvertrages für Arbeiter und Angestellte, der am 1. Januar 1974 in Kraft tritt, sieht u. a. rückwirkend von Januar 1973 an eine stufenweise Erhöhung des Urlaubs (Grundurlaub 1973: 19 Tage; 1974: 20 Tage) und eine Anhebung des Urlaubsgeldes pro tariflichen Urlaubstag von bisher 15 DM auf 17 DM vor (1974: 18 DM; 1975 und 1976: 20 DM; 1977: 23 DM).
März	Bankgewerbe	290 000	Die Tariflöhne und -gehälter werden um durchschnittlich 11,1 vH angehoben und die tariflich abgesicherte jährliche Sonderzahlung auf 75 vH eines Monatsgehaltes (bisher 50 vH) erhöht.
	Einzelhandel	290 000	In Baden-Württemberg und Hessen werden die Tariflöhne und -gehälter um durchschnittlich 11,8 vH erhöht. Strukturverbesserungen kommen hinzu, ebenso eine Erhöhung des Urlaubsgeldes auf 300 DM in 1973 (1974: 350 DM; 1975: 450 DM; 1976: 500 DM).
April	Chemische Industrie	660 000	Die Tariflöhne und -gehälter werden um 9,9 vH angehoben.
	Versicherungsgewerbe	200 000	Die Tarifgehälter werden um 9,9 vH erhöht, wobei für die unteren Gehaltsgruppen zusätzliche Anhebungen erfolgen. Außerdem wird eine Verlängerung des Mindesturlaubs um zwei Tage auf 20 Arbeitstage und eine Anhebung der vermögenswirksamen Leistung von 26 DM auf 39 DM ab 1. Januar 1974 vereinbart. Der Gehaltstarifvertrag kann vor Ablauf der regulären Laufzeit (12 Monate) mit Monatsfrist gekündigt werden, wenn der Preisindex für die Lebenshaltung den Stand von März 1973 um mehr als 8 Punkte (= 5,5 vH) überschreitet oder eine starke Verschlechterung der Ertragslage der Versicherungsunternehmen nachweislich eingetreten ist.

noch Tabelle 13

Monat		Anzahl der Begünstigten	
1973 April	Druckindustrie	187 000	Nach einem kurzen Arbeitskampf einigen sich die Tarifpartner auf Lohnerhöhungen von insgesamt 12,1 vH.
	Einzelhandel	464 000	In verschiedenen Tarifbereichen werden Lohn- und Gehaltserhöhungen zwischen 10 vH und 16 vH vereinbart; Strukturverbesserungen und Erhöhungen des Urlaubsgeldes kommen hinzu.
Mai	Bauhauptgewerbe	1 500 000	Die im März 1973 vereinbarte durchschnittliche Erhöhung der Tariflöhne und -gehälter um knapp 10 vH tritt in Kraft.
	Textilindustrie	470 000	Die Vereinbarungen in einzelnen Tarifbereichen sehen eine Anhebung der Gehälter um 11 vH und der Stundenlöhne um etwa 0,60 DM vor, denen teilweise kostenniveauneutrale Strukturverbesserungen von 0,03 DM bis 0,12 DM vorangehen. Hinzu kommt die stufenweise Verlängerung des Urlaubs bis auf 25 Werktage im Jahre 1975; das Urlaubsgeld wird 1973 um 60 DM auf 300 DM erhöht. Darüber hinaus wird die Zahlung von 25 vH eines dreizehnten Monatsgehalts (1975: 35 vH) tariflich abgesichert.
	Bekleidungsindustrie	364 000	Alle tariflichen Lohnsätze werden um 0,60 DM je Stunde, die Gehälter um 11 vH erhöht. Tariflich abgesichert werden 25 vH eines dreizehnten Monatsgehaltes. Vereinbarungen über ein neues Lohntarifschema kommen hinzu; die Ortsklasse II wird aufgehoben.
	Groß- und Außenhandel	317 000	In verschiedenen Tarifbereichen werden die Tariflöhne und -gehälter um durchschnittlich 11,6 vH erhöht.
	Konzertierte Aktion		Die Beteiligten unterstreichen gemeinsam die dringende Notwendigkeit, der bedrohlichen Eskalation des Preisanstiegs möglichst bald Einhalt zu gebieten. Angesichts der bereits weit verbreiteten inflatorischen Preis- und Einkommenserwartungen sei dieses Ziel jedoch weder kurzfristig noch durch nur leicht korrigierende Maßnahmen zu erreichen. Harte und einschneidende Maßnahmen seien unerläßlich.
Juni			In Unternehmen der Metallindustrie beginnen vereinzelte spontane Arbeitsniederlegungen.
	Industrie der Steine und Erden		Die Löhne und Gehälter werden in verschiedenen Tarifbezirken um 10 vH bis 11½ vH erhöht. Zusätzlich vereinbart werden eine Verlängerung des Urlaubs bei erhöhtem Urlaubsgeld und eine gestaffelte Absicherung einer Jahressondervergütung (1973: 30 vH; 1974: 45 vH; 1975: 60 vH).
Juli	Rentenversicherung		Mit der 16. Rentenanpassung werden die Altersrenten mit Wirkung vom 1. Juli 1973 um 11,35 vH erhöht.
	Eisen- und Stahlindustrie	290 000	Für die Zeit vom 1. Juli bis zum 31. Dezember 1973 erhalten Arbeiter und Angestellte eine tarifliche

noch Tabelle 13

Monat		Anzahl der Begünstigten	
1973 Juli			Pauschalzahlung von 280 DM, die in vier Monatsraten von jeweils 70 DM ausgezahlt wird.
	Steinkohlenbergbau	230 000	Die Tariflöhne und -gehälter werden ab 1. August 1973 um 9,6 vH erhöht; für den tariflosen Monat Juli wird eine Zahlung von 105 DM brutto geleistet. Das Weihnachtsgeld wird 1973 um 175 DM auf 675 DM angehoben.
September	Öffentlicher Dienst, Bundesbahn, Bundespost	1 820 000	Das Weihnachtsgeld wird von bisher 66⅔ vH auf 100 vH eines Monatseinkommens erhöht.
Oktober	Metallindustrie		Nach einem kurzen Arbeitskampf in der Metallindustrie von Nordwürttemberg/Nordbaden einigen sich die Tarifpartner auf einen neuen Lohnrahmen für Leistungslöhne der Akkord-, Prämienlohn- und Fließbandarbeiter sowie auf einen neuen Manteltarifvertrag. Unter anderem ist vorgesehen, eine Akkordverdienstsicherung von 125 vH des Tariflohnrichtsatzes im Betriebsdurchschnitt (ab 1976: 130 vH) sowie die Einräumung einer Grunderholungszeit von fünf Minuten je Stunde für alle Leistungslöhner. Hinzu kommt ein nach Alter und Dauer der Betriebszugehörigkeit gestaffelter Verdienst- und Kündigungsschutz für ältere Arbeitnehmer.

dieser Industriebereich von der Konjunktur keineswegs begünstigt war (Ziffer 85).

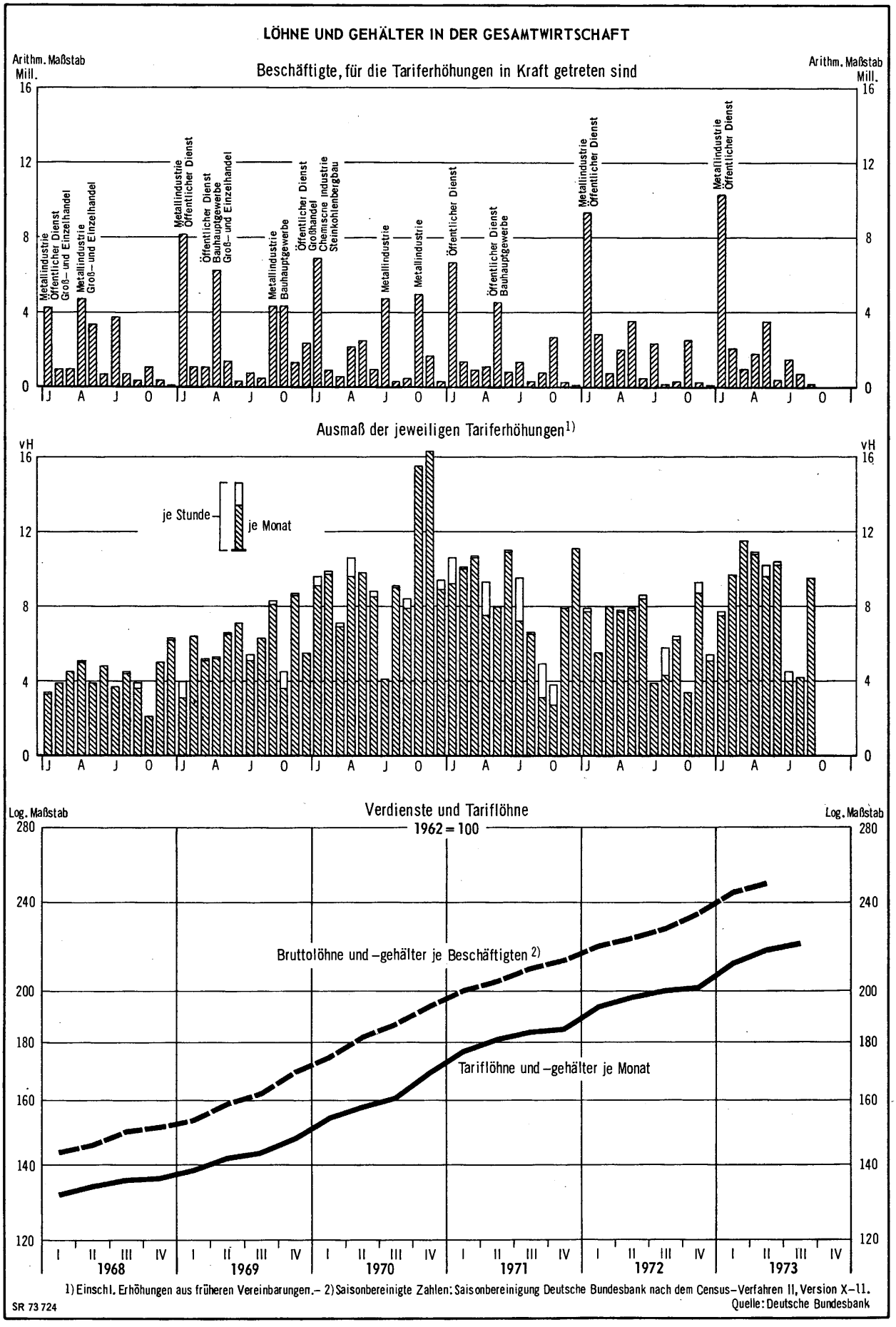
114. Im Anstieg des gesamtwirtschaftlichen Niveaus der Tariflöhne kam die fortschreitende Anpassung der Lohnsätze an den beschleunigten Geldwertschwund nur abgeschwächt zum Ausdruck (Schaubild 19). Zu Beginn des Jahres 1973 wurden für besonders viele Beschäftigte die noch mäßigen Lohnerhöhungen wirksam, während die höheren Tariflohnsteigerungen im weiteren Verlauf des Jahres vergleichsweise wenigen Beschäftigten zugute kamen. Dies hatte zur Folge, daß das Tariflohnniveau seinen Vorjahresstand im Herbst 1973 mit 10,3 vH weniger stark übertraf, als es die hohen Abschlüsse im Verlauf des Jahres vermuten lassen könnten.

115. Im Niveau der Effektivverdienste schlug sich das veränderte Konjunktur- und Preisklima dagegen deutlich nieder. Von Jahresbeginn an nahmen die Löhne und Gehälter je Beschäftigten in der Gesamtwirtschaft beschleunigt zu. Auch als die eigentliche Lohnrunde ihrem Ende zuging, verlangsamte sich der Anstieg nur wenig, bedingt vor allem durch die Welle von Nachbesserungen, die teils tariflich vereinbart, teils freiwillig oder unter dem Druck wilder Streiks gewährt worden waren. Insgesamt lagen die durchschnittlichen Bruttoverdienste im Sommer 1973 um 11,7 vH höher als vor Jahresfrist; im Herbst vergangenen Jahres hatte der entsprechende Abstand noch 8,3 vH betragen.

116. Die gesamtwirtschaftliche Lohndrift, die Differenz zwischen den prozentualen Effektiv- und Tariflohnsteigerungen, nahm 1973 deutlich zu. Auch in vergangenen Phasen konjunktureller Anspannung war die Lohndrift rasch größer geworden, wenn die Unternehmen mit freiwilligen Lohnzulagen um knappe Arbeitskräfte konkurrierten und höher entgoltene Überstunden in den Lohnzahlungen stärker zu Buch schlugen. Im Jahre 1973 dürften derartige Einflüsse auf die Lohndrift ebenfalls zum Teil von Gewicht gewesen sein. Insbesondere brachte die Ausweitung der Produktion eine Zunahme der Arbeitszeit je Beschäftigten mit sich; den Personalbestand hingegen versuchten die Unternehmen diesmal möglichst gering zu halten (Ziffer 87).

Bedeutsamer für die Lohndrift waren jene Lohnzahlungen, die von den Arbeitnehmern als Ausgleich für die Teuerung durchgesetzt wurden; sie schlugen sich nur in den Effektivverdiensten, nicht aber im Tariflohnindex nieder, selbst wenn sie tariflich vereinbart waren. Ausgleichszahlungen wurden vor allem in den Bereichen geleistet, in denen zu Jahresbeginn die Tariflohnsteigerungen unter den später vereinbarten Lohnabschlüssen gelegen hatten. Im öffentlichen Dienst dürfte die Aufstockung der Sonderzuwendung auf ein volles 13. Monatsgehalt

Schaubild 19



1) Einschl. Erhöhungen aus früheren Vereinbarungen.– 2) Saisonbereinigte Zahlen: Saisonbereinigung Deutsche Bundesbank nach dem Census-Verfahren II, Version X-11.

SR 73 724

Quelle: Deutsche Bundesbank

einer tariflichen Lohnerhöhung von 2 1/2 vH, in der eisenschaffenden Industrie die Übergangszahlung von 280 DM für das zweite Halbjahr 1973 einer Lohnsatzsteigerung von 1 1/2 vH entsprechen. Schwerer zu quantifizieren ist demgegenüber das Ausmaß der betrieblichen Sonderzuwendungen im Bereich der Metallindustrie, ihrer ideenreichen Ausgestaltung wegen, aber auch, weil sie nicht für alle Beschäftigten gleichermaßen wirksam wurden. Ausgehend von der Zunahme der Bruttolohn- und -gehaltssumme in den Investitionsgüterindustrien, die sich mit dem Tarifbereich der Metallindustrie weitgehend decken, schätzen wir den Anteil der nachträglichen Lohnanhebung an der Steigerung der Effektivverdienste im Metallbereich auf etwa 2 Prozentpunkte.

117. Auch der Abschluß neuer Rahmentarifverträge, wie zum Beispiel in der chemischen Industrie, die neben einer Abänderung der Lohngruppeneinteilung in der Regel auch eine Verlängerung des Urlaubs bei erhöhtem Urlaubsgeld vorsahen, hat die Lohndrift zusätzlich vergrößert. Insgesamt wurden 1973 von tariflichen Urlaubsgeldregelungen 2,5 Millionen Beschäftigte begünstigt. Überdies wurden für etwa 3,5 Millionen Arbeitnehmer tarifvertragliche Vereinbarungen über eine Absicherung oder Anhebung des 13. Monatsgehaltes getroffen. Nicht von der Tarifstatistik erfaßt werden ebenfalls vermögenswirksame Leistungen, soweit sie nicht als Bestandteil der regelmäßigen Arbeitsentgelte gewährt werden; vermögenswirksame Leistungen waren 1973 bei rund 1,1 Millionen Beschäftigten Gegenstand von Tarifvereinbarungen.

118. Der rasche Anstieg der Löhne sowie die Zunahme des Arbeitsvolumens mündeten in einen kräftigen Zuwachs des Bruttoeinkommens aus unselbständiger Arbeit: Bereits in den ersten sechs Monaten 1973 war es um 13 vH höher als im entsprechenden Vorjahreszeitraum; im gesamten Jahr dürfte die Zuwachsrate rund 14 vH betragen (Tabelle 14). Damit haben die Einkommen der Arbeitnehmer 1973 sogar mehr zugenommen als im Boomjahr 1969 (12,7 vH).

Vergleichsweise gering nimmt sich mit 9 1/2 vH demgegenüber der Einkommenszuwachs aus, der den Arbeitnehmern 1973 netto, also nach Abzug der

Tabelle 14

Verteilung des Volkseinkommens

Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH

Zeitraum	Volkseinkommen	Einkommen aus				Entnommene Gewinne und Vermögenseinkommen [2]	Empfangene laufende Übertragungen vom Staat [3]	Verfügbares Einkommen [4]
		unselbständiger Arbeit		Unternehmertätigkeit und Vermögen				
		brutto	netto [1]	brutto	netto [1]	private Haushalte		
1961—1972 [5]	+ 8,5	+ 9,6	+ 8,4	+ 6,5	+ 7,0	+ 9,7	+ 9,5	+ 8,8
1970	+14,9	+17,7	+14,8	+ 9,7	+13,4	+10,7	+ 7,9	+12,1
1971	+10,1	+13,3	+10,7	+ 3,5	+ 2,8	+11,2	+11,6	+10,8
1972	+ 8,8	+ 9,7	+ 9,1	+ 6,9	+ 6,8	+12,1	+14,0	+10,7
1973 [6]	+12 1/2	+14	+ 9 1/2	+10	+ 6	+10	+11 1/2	+10
1972 1. Hj.	+ 8,9	+ 9,5	+10,4	+ 7,5	+10,2	+14,6	+13,6	+12,0
2. Hj.	+ 8,7	+ 9,9	+ 7,8	+ 6,3	+ 3,9	+10,3	+14,3	+ 9,6
1973 1. Hj.	+12,7	+13,0	+ 8,3	+12,0	+ 7,9	+12,1	+ 9,1	+ 9,4

[1] Abzüglich direkter Steuern u. ä.
[2] Einkommen der privaten Haushalte aus Unternehmertätigkeit und Vermögen nach Abzug der direkten Steuern auf diese Einkommen (z. B. Einkommensteuer u. ä., jedoch nicht der Steuern im Zusammenhang mit dem Privaten Verbrauch, wie Kraftfahrzeugsteuer u. ä.), der Pflichtbeiträge der Selbständigen zur Sozialversicherung sowie der nichtentnommenen Gewinne der Einzelunternehmen u. ä.
[3] Nach Abzug der Lohnsteuer auf Pensionen.
[4] Ohne nichtentnommene Gewinne der Einzelunternehmen u. ä.
[5] Durchschnittlich jährliche Veränderung.
[6] Eigene Schätzung.

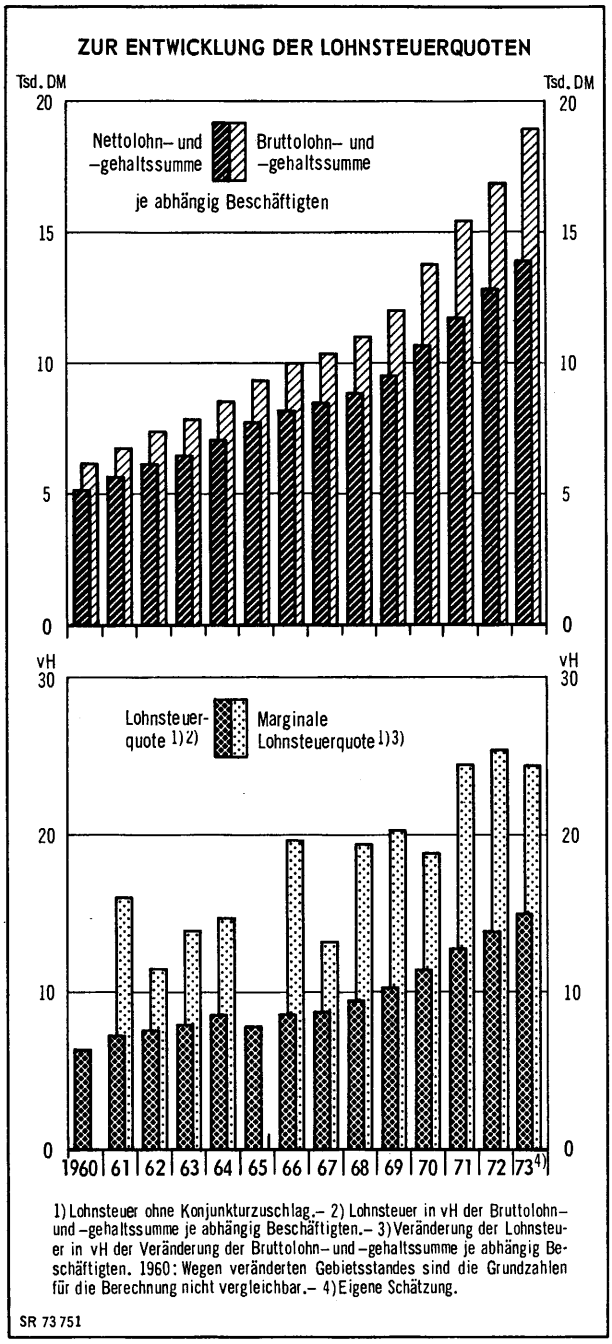
Lohnsteuer und der Sozialversicherungsbeiträge, verblieb. Dies ist jedoch nur zum Teil auf einen weiteren Anstieg der Abgabenlast zurückzuführen. Da die Arbeitnehmer 1972 den Konjunkturzuschlag zurückerhalten hatten, waren die Nettoeinkommen damals besonders hoch; die Arithmetik der Jahreszuwachsraten läßt ihren Anstieg 1973 also schon deshalb niedrig erscheinen, weil sich die Steuererstattung selbstverständlich nicht wiederholte. Läßt man, wie es richtiger wäre, den damaligen Rückzahlungsbetrag von 3½ Mrd. DM außer Ansatz, so haben die Einkommen der Arbeitnehmer netto nicht um 9½ vH sondern um 11 vH zugenommen, also nur um 3 Prozentpunkte weniger als brutto. Die Anhebung der Beitragssätze zur Rentenversicherung und zur Krankenversicherung entzog den Arbeitnehmern 1973 1½ vH ihres Bruttoeinkommens. Die verbleibende Differenz zwischen den Steigerungsraten der Bruttoeinkommen und der Nettoeinkommen von 1½ Prozentpunkten resultiert aus der Progressionswirkung des Steuersystems, aber auch aus Mängeln in der statistischen Abgrenzung zwischen der Lohnsteuer und der veranlagten Einkommensteuer, die sich nur schwer quantifizieren lassen.

119. Die Ausgestaltung des Einkommensteuersystems beruht auf dem Prinzip der Leistungsfähigkeit. Wer ein höheres Einkommen bezieht, soll einen größeren Anteil des Einkommens dem Staat zur Erfüllung seiner Aufgaben zur Verfügung stellen als derjenige, der ein niedriges Einkommen bezieht. Entsprechend diesem Prinzip muß ein Anstieg der Löhne und Gehälter ebenso wie der übrigen Einkommen seinen Niederschlag in einer Zunahme der durchschnittlichen Einkommensteuerlast finden. Dies war in der Vergangenheit auch der Fall, wie die Schere zwischen der Zunahme der Bruttolöhne und der Nettolöhne je Arbeitnehmer und damit der Anstieg der durchschnittlichen Lohnsteuerquote zeigt: Hatten die Arbeitnehmer 1969 im Durchschnitt noch 10 vH Lohnsteuer zahlen müssen, so dürften es 1973 bereits 15 vH gewesen sein (Schaubild 20).

Was indessen aus Gründen der Steuergerechtigkeit so angelegt war, wird zunehmend als drückend empfunden, da als Vergrößerung der Leistungsfähigkeit genommen wird, was lediglich dem Ausgleich der laufenden Geldentwertung dient. Diese Erkenntnis ist nicht neu. Sie tritt jedoch heute besonders ins Bewußtsein, weil das, was das Steuerrecht zur Wahrung der Steuergerechtigkeit einräumt — etwa Freibeträge —, infolge des beschleunigten Geldwertschwundes besonders rasch entwertet wird.

120. Welchen Anteil die fortschreitende Geldentwertung an der steuerlichen Höherbelastung der Unselbständigeneinkommen in der Vergangenheit zumindest in etwa gehabt hat, soll die Vergleichsrechnung in Tabelle 15 zeigen. Legt man das Bruttoeinkommen eines durchschnittlichen Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalts zugrunde, so waren 1973 davon 12,4 vH an Steuern zu entrichten. Wären die Preise seit 1965, dem Jahr der letzten Steuerreform,

Schaubild 20



1) Lohnsteuer ohne Konjunkturzuschlag. – 2) Lohnsteuer in vH der Bruttolohn- und -gehaltssumme je abhängig Beschäftigten. – 3) Veränderung der Lohnsteuer in vH der Veränderung der Bruttolohn- und -gehaltssumme je abhängig Beschäftigten. 1960: Wegen veränderten Gebietsstandes sind die Grundzahlen für die Berechnung nicht vergleichbar. – 4) Eigene Schätzung.

SR 73 751

stabil geblieben und die Lohneinkommen somit nominal nicht stärker gestiegen als real, so wäre die Steuerbelastungsquote mit 10,1 vH um 2,3 Prozentpunkte niedriger ausgefallen. Der Haushalt hätte 1973 bei gleichem Realeinkommen 522 DM weniger Steuern entrichten müssen, als er tatsächlich zu zahlen hatte. Stellt man nicht auf die inflationsbedingte Steigerung des Nominaleinkommens seit 1965 ab, wie in der Tabelle geschehen, sondern nur auf jene gegenüber dem Vorjahr, so ergibt sich bei einem Einkommenszuwachs von rund 2 500 DM 1973 eine Mehrbelastung von rund 110 DM.

Diese Vergleichsrechnung steht allerdings unter der Annahme, daß das Realeinkommen der Arbeitneh-

Tabelle 15

Progression der Lohnsteuer und Inflation

Eine Vergleichsrechnung

Jahr	Bruttoeinkommen [1]	Lohnsteuer [2]	Lohnsteuerquoten		Lohnsteuer bereinigt (4)×(1):100	Unterschied in der Lohnsteuerbelastung	
			tatsächlich [3]	bereinigt [4]		Prozentpunkte	DM
	DM		vH		DM	(3) — (4)	(2) — (5)
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)
1965	11 779	718	*6,1*	*6,1*	718	*0*	0
1966	12 536	854	*6,8*	*6,4*	802	*0,4*	52
1967	12 432	842	*6,8*	*6,1*	758	*0,7*	84
1968	12 980	946	*7,3*	*6,5*	844	*0,8*	102
1969	14 342	1 208	*8,4*	*7,5*	1 076	*0,9*	132
1970	16 245	1 560	*9,6*	*8,5*	1 381	*1,1*	179
1971	18 345	1 960	*10,7*	*9,2*	1 688	*1,5*	272
1972	20 240	2 324	*11,5*	*9,7*	1 963	*1,8*	361
1973 [5]	22 770	2 822	*12,4*	*10,1*	2 300	*2,3*	522

[1] Durchschnittseinkommen aus unselbständiger Arbeit des Haushaltsvorstandes der „Indexfamilie", die dem Preisindex für die Lebenshaltung (4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes) zugrunde liegt.

[2] Laut Jahreslohnsteuertabelle 1965 (BStBl. 1964 I S. 590) Steuerklasse III/2.

[3] Anteil der Lohnsteuer am Bruttoeinkommen.

[4] Lohnsteuerquote, die sich ergibt, wenn der Einkommensteuertarif 1965 auf das Bruttoeinkommen, deflationiert mit dem Preisindex für die Lebenshaltung der 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte (Originalbasis 1970, umbasiert auf 1965 = 100) angewendet wird.

[5] Eigene Schätzung.

mer ohne die Inflation mit der gleichen Rate gestiegen wäre. Das muß nicht so sein. Außerdem muß nicht von vornherein als ausgeschlossen gelten, daß die Steuerprogression die Lohnforderungen und die Lohnvereinbarungen mitbestimmte und deshalb das Nominaleinkommen stärker zunahm. Schließlich sollte nicht übersehen werden, daß den inflationsbedingten Mehrabgaben Leistungen des Staates gegenüberstanden, die sonst entweder unterblieben wären oder anders hätten finanziert werden müssen, wobei nicht ausgemacht ist, ob die Steuerbelastung der Haushalte dann kleiner gewesen wäre.

121. *Der von der Bundesregierung geplante Einkommensteuertarif 1975 soll die inflatorische Entwertung der Steuerfreibeträge sowie der Obergrenze der Proportionalzone des Tarifs 1965 ausgleichen. Zusammen mit anderweitig begründeten Tarifänderungen würde das eine leichte Verminderung der durchschnittlichen Steuerbelastung der niedrigen bis mittleren Einkommen bewirken. Eine Befriedung der Besteuerten darf man sich davon aber vermutlich nicht versprechen. Denn der Unmut ergibt sich aus der hohen Grenzsteuerbelastung, d. h. aus der Tatsache, daß schon der Bürger mit mäßig hohem Einkommen bei einer Einkommenserhöhung einen ihm unverhältnismäßig gering erscheinenden Anteil als zusätzliches verfügbares Einkommen behält. Daran wird auch der Einkommensteuertarif 1975 nichts ändern, nicht zuletzt weil die Progressionszone, deren Beginn hinausgeschoben wird, künftig mit einem Grenzsteuersatz von 30,8 vH einsetzen soll. Faßt man Lohn- bzw. Einkommensteuer, Kirchensteuer und Sozialversicherungsbeiträge (ohne Arbeitgeberbeiträge) — die vom einzelnen vielfach als steuerähnliche Abgaben aufgefaßt werden — zusammen, so reicht heute wie künftig schon bei durchschnittlichem Einkommen die Belastung zusätzlicher Einkommen (Grenzbelastung) an 50 vH heran. Für einen ledigen Arbeitnehmer mit durchschnittlichem Einkommen soll diese Grenzbelastung ab 1975 rund 50 vH betragen (nach altem Tarif 52 vH); noch innerhalb der Beitragsbemessungsgrenze der Sozialversicherung steigt dieser Satz auf bis zu 53 vH (bisher 55 vH). Für erwerbstätige Eheleute, kinderlos, die beide mit ihren Einkommen unterhalb der Beitragsbemessungsgrenze der Sozialversicherung bleiben, gilt das gleiche. Selbst eine Familie mit 2 Kindern, in der nur einer der Eheleute erwerbstätig ist, hat mit einer Grenzbelastung der Einkommen von etwa 40 vH zu rechnen, wenn Lohn oder Gehalt nahe der Beitragsbemessungsgrenze der Sozialversicherung liegen (nach altem Recht 36 vH).*

Um die Grenzbelastung mit öffentlichen Abgaben, die inzwischen erreicht ist, vollständig zu erfassen, muß außer-

dem die indirekte Besteuerung berücksichtigt werden. Selbst wenn man nur die Mehrwertsteuer, die der Einkommensbezieher als Konsument zu zahlen hat, mit in die Rechnung aufnimmt, erhöhen sich die Belastungssätze beträchtlich. Was die Sozialversicherungsbeiträge anbelangt, so kommt es darauf an, ob die Betroffenen hinter ihnen den damit erworbenen Rentenanspruch sehen oder nicht. Je nachdem sind sie im ganzen wegzulassen oder einzubeziehen. Bezogen auf das Bruttoeinkommen (einschließlich Arbeitgeberbeiträge) ergeben sich dann in den genannten Beispielen Grenzbelastungssätze bis zu 64 vH (einschließlich Sozialversicherungsabgaben) bzw. 46 vH (ohne Sozialversicherungsabgaben). Dies besagt etwa: Ein Arbeitnehmer muß fast 3 Stunden zusätzlich arbeiten, will er mit dem zusätzlichen verfügbaren Einkommen auch nur 1 Stunde gleichwertiger Arbeit eines anderen, beispielsweise eines Handwerkers, kaufen. Ähnliche Überlegungen muß eine Ehefrau anstellen, wenn sie sich fragt, ob eine Erwerbstätigkeit lohnt, die zugleich fremde Hilfe im Haushalt bedingt. Eine hohe steuerliche Belastung der Arbeitsteilung, wie sie hier sichtbar wird, ist zwar unvermeidlich, wenn die vielfältigen Aufgaben erfüllt werden sollen, denen die öffentlichen Abgaben dienen. Sie ist für sich genommen jedoch funktionslos und verzerrt die ökonomischen Entscheidungen.

Da das Problem nicht mehr nur die hohen Einkommen betrifft, muß es künftig vielleicht mehr als bisher die steuerpolitischen Entscheidungen mitbestimmen, wenn mehrere Besteuerungsmöglichkeiten zur Wahl stehen, die bei gleichen Steueraufkommen zu einer unterschiedlichen Grenzbelastung der Einkommen führen. So müßten beispielsweise die Grenzsteuersätze um mehr als 4 Prozentpunkte erhöht werden, wollte man dasselbe Steueraufkommen erzielen, das eine Anhebung der Mehrwertsteuersätze um einen Prozentpunkt erbringt.

Verschärft wird das Problem auch dann, wenn der Staat immer mehr Subventionstatbestände schafft, die mit bestimmten Einkommensgrenzen, zumeist im Bereich der mittleren Einkommen, verbunden werden — Einkommensgrenzen der Sparförderung und Vermögenspolitik etwa, der Mietsubventionen (Wohngeld, sozialer Wohnungsbau), der Bildungs- und Ausbildungsförderung und so fort. In den Übergangsbereichen solcher Einkommensgrenzen können sich daraus Grenzbelastungen des Einkommens ergeben, durch die der Kontakt zwischen Leistung und Entgelt für die Betroffenen eine Zeitlang fast vollständig unterbrochen ist. Soll nicht die Anzahl der jeweils Betroffenen dafür maßgebend sein, ob eine staatliche Regelung noch als gerecht gelten kann, so wären solche Folgen ernst zu nehmen. Eine einfache Lösung der Probleme gibt es aber wohl nicht.

122. Hatte es zunächst den Anschein, die Löhne würden 1973 mit den Preisen nicht Schritt halten, so bietet sich aufs Jahr gesehen ein anderes Bild. Zwar hat sich die Lebenshaltung im Jahresdurchschnitt mit rund 7 vH ungewöhnlich stark verteuert; da jedoch die Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer um 12½ vH größer waren als vor einem Jahr (1972 gegen 1971: 9,3 vH), haben die Reallöhne 1973 um reichlich 5 vH zugenommen, stärker sogar als 1972 (3,6 vH). Trotz der Steuerprogression lag auch der Nettolohn je Arbeitnehmer, läßt man die Rückzahlung des Konjunkturzuschlags im Vorjahr außer acht, 1973 um 10 vH über dem Niveau des Vorjahres, so daß den Beschäftigten ein Mehr an verfügbarem Realeinkommen aus unselbständiger Arbeit von 3 vH verblieb.

123. Ob die Löhne real stärker oder weniger stark gestiegen sind, als es den Regeln einer kostenniveauneutralen Lohnpolitik entsprochen hätte, zeigt die Veränderung der Reallohnposition der Arbeitnehmer.

Im privaten Bereich der Wirtschaft hätte 1973 aufgrund des kräftigen Produktivitätsfortschritts das Realeinkommen je Arbeitnehmer um knapp 7 vH gegenüber 1972 erhöht werden können, ohne daß dadurch das gesamtwirtschaftliche Kostenniveau belastet worden wäre; in diesem Ausmaß war im privaten Sektor das reale Produktionsergebnis je Erwerbstätigen höher als im Vorjahr (Tabelle 16). Gemindert wurde dieser Verteilungsspielraum aber durch die Einkommenseinbußen, welche die Volkswirtschaft 1973 infolge der Verschlechterung des realen Austauschverhältnisses im Waren- und Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland hinnehmen mußte. Da die Importpreise trotz der Höherbewertung der D-Mark 1973 stärker gestiegen waren als die Exportpreise (jeweils in D-Mark gerechnet), haben sich die Terms of Trade erstmals seit 1970 wieder verschlechtert. Aufgrund dessen hat sich der Spielraum für Lohnerhöhungen um 0,6 vH verkleinert (Terms-of-Trade-Effekt) [1]).

Zusätzlich vermindert wurde dieser Spielraum durch die erhöhten Arbeitgeberbeiträge zur sozialen Sicherung; die Heraufsetzung der Beitragssätze sowohl zur Renten- wie auch zur Krankenversicherung hatten einen Anstieg der Lohnkosten um 0,7 vH der Bruttolohn- und -gehaltssumme je Arbeitnehmer zur Folge. Insgesamt hätten also die Löhne 1973 um etwa 5½ vH angehoben werden können, sollte das Kostenniveau nicht steigen [2]).

Da die Zunahme der Löhne je abhängig Erwerbstätigen 1973 nominal mehr als doppelt so hoch war wie die Zunahme des kostenniveauneutralen Verteilungsspielraums, reichte dies aus, den Anstieg der Verbraucherpreise zumindest wettzumachen. Die Reallohnposition der Arbeitnehmer hat sich da-

[1]) Der in Tabelle 16 ausgewiesene Terms-of-Trade-Effekt ist die Differenz (in Prozentpunkten) zwischen den Zuwachsraten des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP in Preisen von 1962) und des „Gross National Income". Dieses wird ermittelt, indem vom realen Bruttoinlandsprodukt der Außenbeitrag in Preisen von 1962 abgezogen und der Außenbeitrag zu Importpreisen von 1962 hinzuaddiert wird. Der Außenbeitrag zu Importpreisen von 1962 wird errechnet, indem der nominale Außenbeitrag mit dem Preisindex der Einfuhr (1962 = 100) deflationiert wird.

[2]) Hierbei wurde unterstellt, daß sich die Kapitalkosten je Produkteinheit ähnlich entwickelt haben wie die Lohnkosten je Produkteinheit. Für die Annahme spricht auch das Ergebnis einer Untersuchung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung über die Entwicklung der Produktionskosten in der westdeutschen Industrie seit 1960 (DIW-Wochenbericht Nr. 36/73). Eine dem Konzept der kostenniveauneutralen Lohnpolitik entsprechende Schätzung der kurzfristigen Veränderung der Kapitalkosten scheitert nach wie vor an unzureichenden empirischen Unterlagen über das Umlaufvermögen und der Schwierigkeit, eine Zinsentwicklung zu bestimmen, die Veränderungen in der relativen Knappheit von Kapital und Arbeit angemessen zum Ausdruck bringt.

Tabelle 16

Zur Entwicklung der Reallohnposition [1])

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH

Jahr	Realer Verteilungsspielraum				Reale Verteilung			Reallohnposition der Arbeitnehmer (7) — (4)
	Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen	Terms-of-Trade-Effekt [2])	Lohnkosteneffekt der Arbeitgeberbeiträge [3])	insgesamt (1) + (2) — (3)	Bruttolohn- und -gehaltssumme je Arbeitnehmer	Preisindex für die Lebenshaltung [4])	Reale Bruttolohn- und -gehaltssumme je Arbeitnehmer (5) — (6)	
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)
1963	+3,5	+0,1	−0,0	+3,6	+ 6,0	+2,9	+ 3,0	−0,6
1964	+7,4	±0,0	−0,7	+8,2	+ 9,6	+2,3	+ 7,1	−1,0
1965	+5,5	−0,2	−0,2	+5,5	+ 8,9	+3,3	+ 5,4	−0,1
1966	+3,4	−0,1	+0,4	+2,9	+ 7,0	+3,5	+ 3,4	+0,5
1967	+3,6	−0,0	+0,2	+3,4	+ 3,1	+1,5	+ 1,6	−1,7
1968	+7,4	+0,2	+0,6	+7,0	+ 6,5	+1,2	+ 5,2	−1,7
1969	+7,0	−0,2	+0,5	+6,3	+ 8,9	+1,5	+ 7,3	+0,9
1970	+5,0	+0,7	+0,3	+5,4	+15,4	+3,4	+11,6	+5,9
1971	+2,9	+0,6	+0,7	+2,8	+11,2	+5,3	+ 5,6	+2,7
1972	+4,2	+0,9	+0,7	+4,4	+ 9,5	+5,2	+ 4,1	−0,3
1973 [5])	+6,8	−0,6	+0,7	+5,4	+12,6	+6,6	+ 5,6	+0,2

[1]) Gesamtwirtschaft ohne Staat. Berechnung der Spalten (4), (7) und (8) durch multiplikative Verknüpfung.
[2]) Gesamtwirtschaft.
[3]) Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung einschließlich zusätzlicher Sozialaufwendungen der Arbeitgeber.
[4]) Veränderung des Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte, abzüglich der darin enthaltenen Verbrauchsteuererhöhungen (Mehrwertsteuer; Steuern auf Branntwein, Mineralöl, Tabak); eigene Schätzung.
[5]) Eigene Schätzung.

durch 1973, anders als im Vorjahr, nicht verschlechtert, sondern sogar leicht verbessert. Gemessen an den Erfahrungen der vorausgegangenen Aufschwungsphasen ist diese Entwicklung ungewöhnlich. Früher hatten die Arbeitnehmer die Vorteile im Verteilungskampf, die sie während der Hochkonjunktur und zu Beginn des Abschwungs erzielten, im darauffolgenden Aufschwung zum größten Teil wieder eingebüßt.

124. Die Lohnkosten je Produkteinheit haben sich 1973 in der Gesamtwirtschaft gegenüber dem Vorjahr erneut kräftig erhöht, wenngleich nicht in dem Ausmaß, wie man es vom Anstieg der Effektivverdienste her hätte erwarten können. Hierin kommt vor allem der hohe Produktivitätszuwachs zum Ausdruck, der im Winterhalbjahr 1972/73 den Lohnkostenanstieg vorübergehend zum Stillstand gebracht hatte. Danach stiegen die gesamtwirtschaftlichen Lohnkosten jedoch um so stärker; ihren Vorjahresstand dürften sie aufs Jahr gesehen um knapp 7 vH übertreffen (Schaubild 21).

125. Wie stets in Aufschwungsphasen fiel 1973 der Anstieg der Lohnkosten je Produkteinheit in der Industrie, in der überdurchschnittlich hohe Produktivitätssteigerungen realisiert werden konnten, etwas geringer aus als in der Gesamtwirtschaft. In der zweiten Jahreshälfte 1972, als die Produktion rasch in die Kapazitäten hineinwuchs und in der Tarifpolitik die übliche Lohnpause herrschte, sanken die Lohnstückkosten sogar. Nachdem sich jedoch vom Frühjahr an die Produktionsausweitung abschwächte, während sich der Lohnauftrieb verstärkte, stiegen sie beschleunigt an, allein vom Jahresende 1972 bis zum August 1973 um 7,7 vH. Ihr Vorjahresniveau übertrafen sie damit im Durchschnitt der ersten acht Monate um rund 4 vH.

Auch der Anteil der Lohnkosten am Umsatz der Industrie hat sich seit Anfang 1973 wieder erhöht, zunächst nur leicht, dann zunehmend stärker. Offenbar war es für die Industrie nach dem Stabilitätsprogramm schwieriger geworden, zusätzliche Lohnkosten in den Preisen weiterzuwälzen.

Schaubild 21

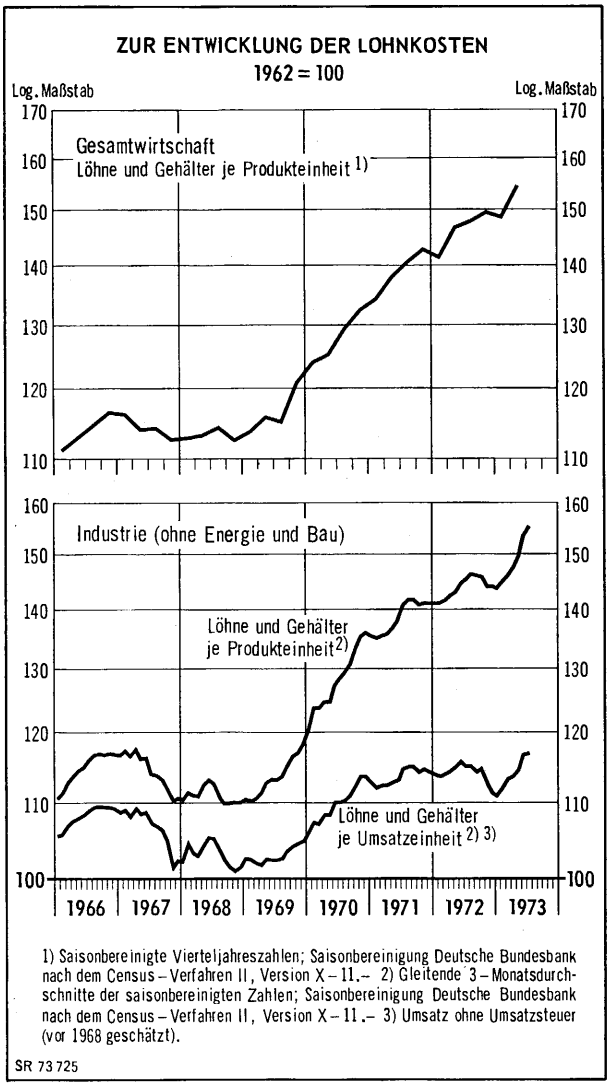
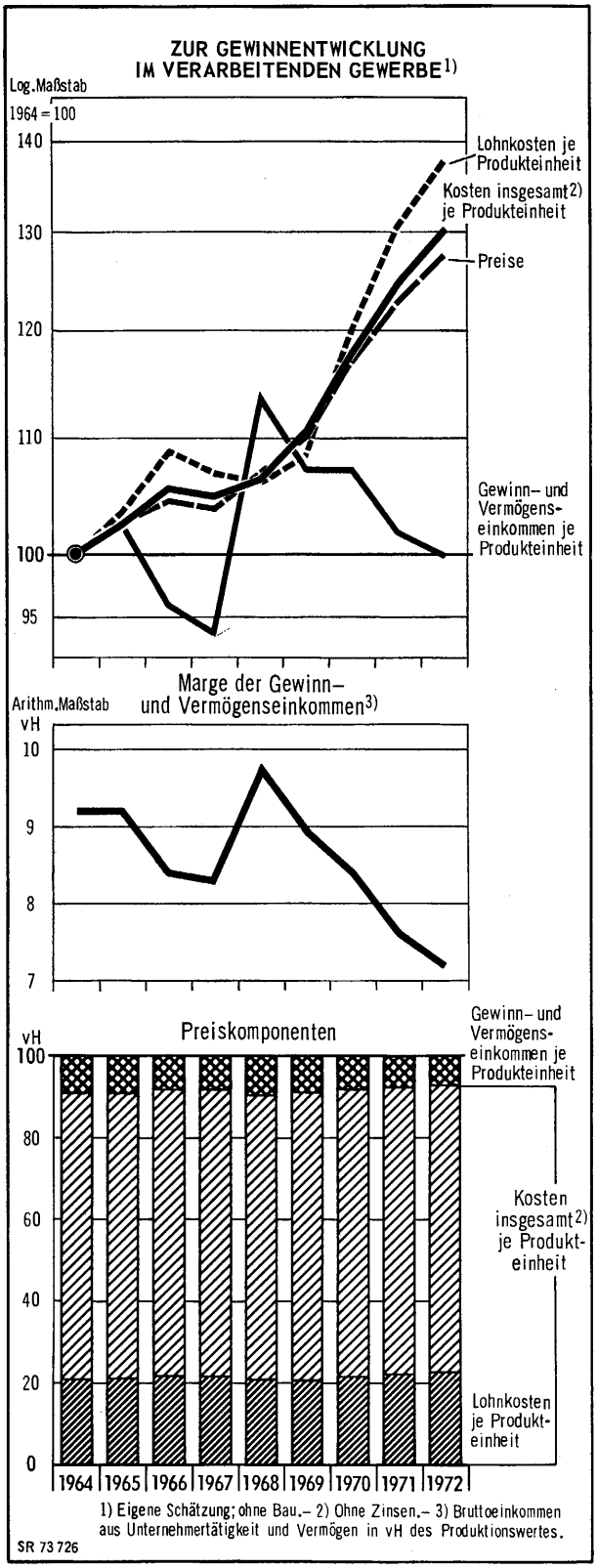


Schaubild 22



126. Nicht allein von den Lohnkosten, sondern auch von den übrigen Kosten her dürften die Gewinnmargen der Industrie im Verlauf des Jahres wieder unter Druck geraten sein. Der Preisauftrieb bei Dienstleistungen hat weiter angehalten. Daneben haben sich 1973, anders als im Vorjahr, vor allem importierte Vorprodukte ungewöhnlich verteuert; ihr Anteil an der Bruttowertschöpfung des verarbeitenden Gewerbes beträgt allerdings, folgt man den Input-Output-Berechnungen des Statistischen Bundesamtes für das Jahr 1965, nur etwa 10 vH. Auch ist zu berücksichtigen, daß die Industrie bereits im Vorjahr ihre Vorräte kräftig aufgestockt hatte, als Rohstoffe auf den Weltmärkten noch wesentlich billiger waren. Die Finanzierungskosten haben sich wegen des starken Zinsanstiegs im Verlauf des Jahres mehr und mehr erhöht.

127. Wägt man die Entwicklung der Stückkosten gegen den Anstieg der Erzeugerpreise ab, so scheint es den Unternehmen im Jahresdurchschnitt 1973 allenfalls in bescheidenem Ausmaß gelungen zu sein, die Gewinnmargen gegenüber dem Vorjahr auszudehnen. Der Anstieg der Gewinne je Umsatzeinheit in der ersten Jahreshälfte dürfte weitgehend aufgewogen worden sein durch den starken Kostenauftrieb im zweiten Halbjahr, in dem sich der Preis-

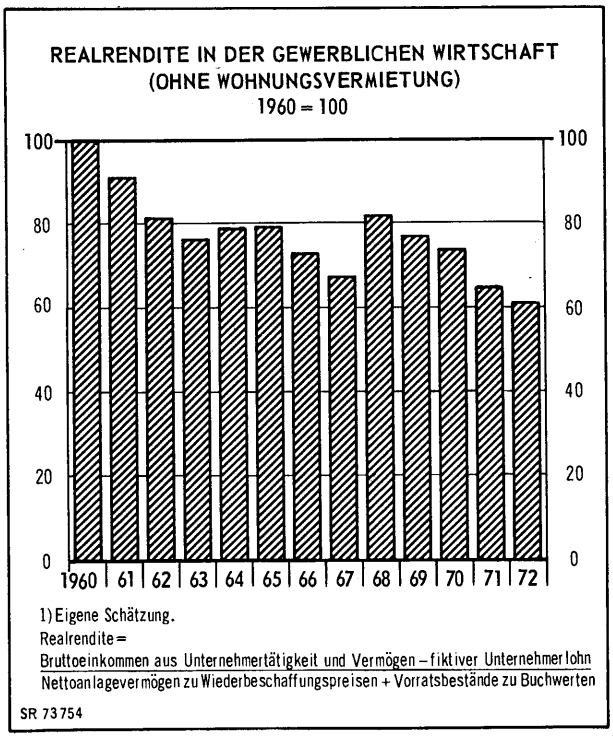
auftrieb nicht noch einmal beschleunigte. Im Jahre 1972, in der ersten Phase des Aufschwungs, waren die Gewinnmargen trotz starker Preissteigerungen sogar weiter gesunken (Schaubild 22). Dies — ebenso wie die Entwicklung der Reallohnposition der Arbeitnehmer — entspricht nicht dem aus früheren Aufschwungsphasen her gewohnten Bild.

128. Noch im vorigen Jahr haben wir offengelassen, ob die merkliche Verschiebung der Einkommensverteilung zugunsten der Arbeitnehmer, die sich im letzten Zyklus ergeben hatte, über den nächsten Zyklus hinweg Bestand haben würde (JG 72 Ziffer 450). Heute dürfte diese Frage zu bejahen sein: Die Korrektur, die sich in diesem Aufschwung hätte ergeben müssen, ist ausgeblieben.

Die dauerhafte Verschlechterung der Verteilungsposition der Unternehmer und Vermögensbesitzer ist wohl damit zu erklären, daß der Faktor Kapital gegenüber dem Faktor Arbeitskraft reichlicher geworden ist. Dies müßte sich in einem Sinken der Realrendite, dem Verhältnis von Zins- und Gewinneinkünften (ohne Unternehmerlohn) zum eingesetzten Kapital, zeigen.

129. Aus den Größen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung haben wir für die gewerblichen Unternehmen (ohne Wohnungsvermietung) die Realrendite der Jahre 1960 bis 1972 geschätzt. Wie unsicher solche Schätzungen auch sind, den zeitlichen Verlauf dürften sie zutreffend beschreiben. Den Ergebnissen unserer Schätzung zufolge hat die durchschnittliche Realrendite trendmäßig abgenommen,

Schaubild 23



1) Eigene Schätzung.
Realrendite =
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen – fiktiver Unternehmerlohn
Nettoanlagevermögen zu Wiederbeschaffungspreisen + Vorratsbestände zu Buchwerten

SR 73754

und zwar innerhalb eines Zeitraumes von 12 Jahren um rund ein Drittel (Schaubild 23).

Damit ist jedoch nichts darüber gesagt, ob sich auch die einzelnen Komponenten der Realrendite, die Realverzinsung des Fremdkapitals sowie die Realrendite des Eigenkapitals, die ein Entgelt für die Risikoübernahme enthält, in gleicher Weise entwickelt haben (Ziffer 328).

130. *Bei der Berechnung der Realrendite sind wir ausgegangen von dem im Inland entstandenen Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, von dem die Unternehmereinkommen der Landwirtschaft und des Sektors Wohnungsvermietung (geschätzt) abgesetzt wurden. Außerdem haben wir für die Selbständigen und die mithelfenden Familienangehörigen einen fiktiven Arbeitslohn abgezogen, den wir aus dem durchschnittlichen Arbeitnehmereinkommen abgeleitet haben. Der Restbetrag, der die Gewinne sowie die Zinseinkünfte enthält, wurde auf die Summe des Nettoanlagevermögens zu Wiederbeschaffungspreisen und des Vorratsvermögens bezogen.*

Dieses Verhältnis kann man als Realrendite interpretieren, da die Inflationskomponente sowohl in den Gewinn- und Zinseinkünften als auch im Sachvermögen enthalten ist. Diese Realrendite ist sicher in ihrer absoluten Höhe nicht interpretierbar. So umfaßt das Vermögen nur das reproduzierbare Sachvermögen; es fehlen das Grundvermögen und die Geldbestände der Unternehmen. Das Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen wird in den volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen als Restgröße ermittelt und ist daher mit allen Unsicherheiten einer solchen Größe behaftet. Weitere Unsicherheiten entstehen durch den Abzug des von uns geschätzten Unternehmerlohns. Für den zeitlichen Vergleich spielen diese Fehlerquellen jedoch eine weitaus geringere Rolle, da sie sich in jedem Jahr in annähernd gleicher Weise auswirken dürften.

131. Nachfrageexpansion und steigende Umsätze haben trotz gedrückter Margen in den Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen einen sichtbaren Niederschlag gefunden. Mit rund 10 vH dürften sie 1973 wesentlich stärker zugenommen haben als im Vorjahr (1972: 6,9 vH), wenn auch wieder nicht so stark wie das Volkseinkommen insgesamt (12½ vH), hinter dessen Zuwachsrate sie schon in den beiden Vorjahren merklich zurückgeblieben waren (Tabelle 14). Der Anstieg der Nettoeinkommen dürfte mit reichlich 6 vH etwas geringer sein als im Vorjahr.

Direkte Schlüsse auf die eigentliche Gewinnentwicklung der Unternehmen läßt indessen die Veränderung der recht heterogenen statistischen Größe „Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen" nicht zu, da in dieser auch die Einkünfte der freiberuflich Tätigen sowie die Vermögenseinkommen der privaten Haushalte aus Zinsen und Dividenden, Mieten und Pachten enthalten sind; sie fließen zum Teil auch den abhängig Beschäftigten zu. Nur für die Einkünfte aus dem Geldvermögen liegen bislang verläßliche statistische Angaben vor. Aufgrund des kräftigen Anstiegs des inländischen Zinsniveaus haben sie 1973 stark zugenommen, nach unseren Schätzungen um rund 5½ Mrd. DM auf 29 Mrd. DM. Um diese Größe bereinigt hat sich das übrige Einkommen aus „Unternehmertätigkeit und

Vermögen" 1973 nur um etwa 8 vH erhöht, nach 6,6 vH im Vorjahr und 2,5 vH im Jahre 1971.

132. Das Volkseinkommen, die Summe aus den Einkommen der Selbständigen und der Unselbständigen, war 1973 um 12½ vH größer als im Vorjahr. Da die Zunahme des Einkommens aus unselbständiger Arbeit über die des Volkseinkommens hinausging, ist das Verhältnis der beiden Größen, die Lohnquote, 1973 weiter gestiegen, nach unseren Schätzungen auf 69,8 vH (1972: 69,3 vH). Wiederum hat sich der Anteil der abhängig Beschäftigten an der Anzahl der Erwerbstätigen erhöht. Doch auch wenn man dies berücksichtigt, übertraf die Lohnquote die des Vorjahres (63,5 vH nach 63,3 vH).

133. Die Zunahme der öffentlichen Einkommensübertragungen fiel 1973 mit rund 11½ vH niedriger aus als im Vorjahr. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, daß die Renteneinkommen trotz eines höheren Rentenanpassungssatzes diesmal weniger stiegen als im Jahr zuvor. Hierin spiegelt sich, daß die Renten damals infolge einer vorgezogenen Anpassung zweimal angehoben worden waren. Anders als die Rentenanpassungssätze folgen die Beamtenpensionen der Einkommensentwicklung unmittelbar. Entsprechend der Besoldungserhöhung im öffentlichen Dienst wurden sie 1973 um reichlich 9½ vH erhöht.

134. Alles in allem hat das verfügbare Einkommen, das sich aus der Summe der den Haushalten aus Erwerbstätigkeit zufließenden Nettoeinkommen und den öffentlichen Einkommensübertragungen zusammensetzt, 1973 mit etwa 10 vH geringfügig weniger zugenommen als im Vorjahr (10,7 vH). Absolut gesehen standen den Haushalten mit etwa 577 Mrd. DM rund 53 Mrd. DM mehr an nominalem Einkommen zur Verfügung als 1972.

135. Angesichts dessen, daß im Jahre 1973 das Sozialprodukt in Preisen von 1962 um 6 vH größer ist als 1972, die Realeinkommenssteigerung der Arbeitnehmer jedoch nur 3½ vH beträgt und der Realwert der Gewinn- und Vermögenseinkommen einschließlich des für Abschreibungen notwendigen Betrages kaum stärker zugenommen hat, wird häufig die Frage gestellt, wer denn sein Realeinkommen soviel mehr hat steigern können, da doch nichts unverteilt geblieben sein kann.

Wer auf diese Frage eine Antwort erwartet, muß hinnehmen, daß eine Berechnung von realen Einkommensströmen nur gegen schwerwiegende Einwände möglich ist. Einen allgemeingültigen Preisindex dafür gibt es nicht, da die Einkommensbezieher von Preissteigerungen in unterschiedlichem Ausmaß getroffen werden, je nachdem, wofür sie ihre Einkommen verwenden. Wenn wir dennoch behelfsweise eine Realeinkommensrechnung wagen, so nehmen wir die Einwände, die dagegen sprechen, nicht leicht, wir vertrauen jedoch darauf, daß die Ergebnisse nicht wesentlich anders sein würden, wenn wir mit theoretisch einwandfreien Preisindizes rechnen könnten.

136. Das nominale Bruttosozialprodukt dürfte 1973 um 12 vH größer sein als 1972; das sind rund 100 Mrd. DM. Berücksichtigt man einen Preisanstieg von 6 vH, so ergibt sich ein realer Zuwachs von 50 Mrd. DM. Durch die Verschlechterung des Verhältnisses zwischen Ausfuhr- und Einfuhrpreisen verminderte sich für die Inländer das Sozialprodukt um 0,6 vH, also um 5 Mrd. DM zugunsten des Auslands (Ziffer 123), so daß 45 Mrd. DM an zusätzlichem Realeinkommen verteilt werden konnten.

Die Arbeitnehmer erhielten davon, entsprechend ihrer Reallohnsteigerung von 3½ vH, 11 Mrd. DM. Auf die Unternehmer- und Vermögenseinkommen zuzüglich der Abschreibungen, die nominal um 7 vH gestiegen sind, entfielen, legt man den Preisanstieg für Verbrauchsgüter und für Investitionsgüter im gewogenen Durchschnitt zugrunde, 8 Mrd. DM. Der Rest von 26 Mrd. DM fiel an den Staat, der davon den Privaten Transfereinkommen in Höhe von 8 Mrd. DM zurückgab, alles zu Preisen von 1972.

Demnach wäre also der Staat der Gewinner des Jahres 1973 gewesen. Er hat gut die Hälfte des realen Einkommenszuwachses an sich gezogen, ohne Transferzahlungen mehr als ein Drittel. Demgegenüber war der Anteil seiner Einnahmen am Bruttosozialprodukt im Jahr 1972 35 vH, ohne Transferzahlungen 20 vH. Seine Ansprüche an das Produktionspotential sind jedoch nicht in gleichem Umfang gestiegen. Einen erheblichen Teil seiner Mehreinnahmen hat der Staat stillgelegt oder für Ausgaben genutzt, die er im vergangenen Jahr mit Krediten finanziert hatte. Insoweit hat er also mehr gespart. Die Privaten hingegen haben weniger Vermögen gebildet.

II. Außenwirtschaft bei flexibleren Wechselkursen

137. Anfang 1973, kaum mehr als ein Jahr nach dem Realignment von Washington, gerieten die Währungsrelationen erneut in Bewegung. Für die D-Mark ergab sich in der Folgezeit die bislang kräftigste Höherbewertung (Ziffern 138 ff.). Der internationale Konjunkturgleichschritt und die weltweit beschleunigte Inflation verhinderten allerdings, daß Preise wie Mengen im Außenhandel bis zum Herbst 1973 darauf schon stark reagierten. Die deutschen Exporteure konnten ihre D-Mark-Preise weiter anheben; der ungewöhnliche Preisanstieg bei importierten Waren wurde zwar gedämpft, aber nicht aufgehalten (Ziffern 147 ff.). Die Lieferungen an das Ausland nahmen das Jahr über immer noch kräftig zu, wenn auch deutlich langsamer als in den Wintermonaten. Nicht zuletzt weil im Ausland die Kapazitäten ausgelastet waren, stiegen die Einfuhren trotz der Verbilligung der Devisen nicht so sehr wie in früheren Aufschwungsjahren (Ziffern 151 ff.). Die Überschüsse im Warenverkehr vergrößerten sich nochmals erheblich; höhere Defizite bei den Dienstleistungen und den Übertragungen konnten dies nicht aufwiegen (Ziffern 155 ff.). Den Kapitalverkehr prägten vornehmlich die Änderung der Kursrelationen, aber auch die verstärkten Kontrollen (Ziffer 159).

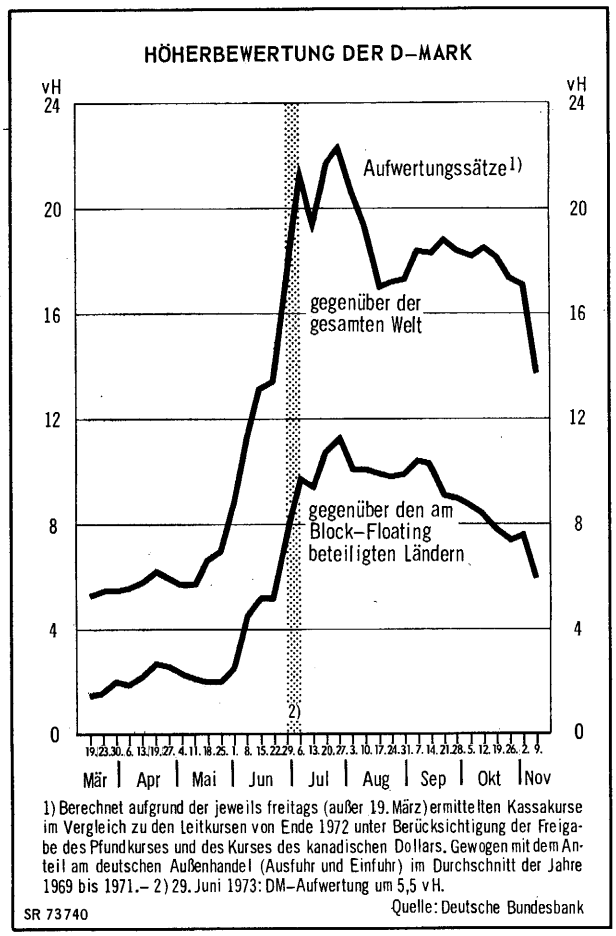
Kräftige Höherbewertung der D-Mark

138. Die Höherbewertung der D-Mark seit Jahresbeginn übertraf bei weitem den Aufwertungssatz des Jahres 1971. Damals, während der Floatingperiode von Mai bis Dezember, hatte sich die D-Mark um durchschnittlich 6½ vH aufgewertet; diesmal belief sich die Aufwertungsrate gegenüber der Gesamtheit unserer Handelspartner Mitte November 1973 auf rund 13½ vH [1]).

139. Die Aufwertungsrate der D-Mark, die sich während der Krisenmonate Februar und März sowie unmittelbar danach herausbildete, hatte sich noch in vergleichsweise engen Grenzen gehalten; Mitte Mai waren es rund 6 vH im gewogenen Mittel. Die Höherbewertung der D-Mark vollzog sich, wesentlich mitbestimmt von dem Kursverfall des Dollar, größtenteils erst nach dem Mai, wegen des Block-Floating ohne krisenhafte Umstände (Schaubild 24). Im Juli war die deutsche Währung gegenüber dem Dollar vorübergehend um 40 vH höher bewertet als an der Jahreswende. Wenn sich der Dollar in der Folgezeit auch erholte, so betrug der Aufwertungssatz der D-Mark Mitte November 1973 immer noch etwa 23½ vH [2]). Ähnlich stark stieg der Wert der D-Mark gegenüber der Lira und dem Pfund Sterling. Die Wechselkursänderungen gegenüber diesen drei Währungen betreffen nahezu ein Viertel unseres Außenhandels.

Auch innerhalb des Floating-Blocks (Ziffer 37) befestigte sich die D-Mark spürbar. Die Aufwertung der D-Mark um 3 vH zu Beginn des Block-Floating hatte sich zunächst nicht voll in den Marktkursen niedergeschlagen; die D-Mark lag nach der Verschiebung des Kursbandes an dessen unterem Ende (Schaubild 2). Als jedoch um die Jahresmitte der Druck auf den Dollar besonders stark geworden war, die D-Mark sich gegenüber den anderen Blockwährungen festigte und mit immer größeren Interventionen im Band gehalten werden mußte, sah sich die Bundesregierung Ende Juni veranlaßt, die D-Mark noch einmal aufzuwerten, diesmal um 5,5 vH. Mitte

Schaubild 24



November belief sich die gewogene Aufwertung der D-Mark gegenüber den Blockwährungen auf rund 6½ vH.

140. Nach dem Realignment vom Dezember 1971 war die Vermutung nicht erloschen, daß der Dollar immer noch überbewertet sein könne. Sie hielt sich auch, als um die Jahreswende 1972/73 Anzeichen für einen Umschwung in der amerikanischen Handelsbilanz erkennbar wurden. Die Dollarabwertung vom Februar 1973 folgte diesen Vorstellungen. Bevor die Handelsströme darauf reagieren konnten — sie passen sich veränderten Wechselkursrelationen nur mit größeren zeitlichen Verzögerungen an (Ziffer 156) —, kam es von Mai bis Juli 1973 zu einem weiteren, erheblichen Verfall des Dollarkurses gegenüber einer Reihe europäischer Währungen. Es mehrten sich die Stimmen, die den Dollar nun für unterbewertet und insbesondere die D-Mark für überbewertet hielten. Obwohl die Erholung des Dollarkurses Anfang November 1973 eine Korrektur gebracht hat, bleibt die Frage offen, wie die immer noch starke Dollarabwertung zu beurteilen ist.

141. Einen eindeutigen Maßstab, auf den sich ein sicheres Urteil bezüglich der „Richtigkeit" — auch in mittelfristiger Perspektive — des aktuellen Wech-

[1]) Ein derartiger gewogener Aufwertungssatz läßt sich ermitteln, indem die jeweilige Höherbewertung der D-Mark gegenüber den Währungen unserer Handelspartner mit deren Anteilen am deutschen Außenhandel (Export plus Import) gewichtet wird.

[2]) Diese Aufwertungsrate gibt an, wie stark sich die D-Mark gegenüber dem Dollar verteuert hat. Ein geringerer Prozentsatz ergibt sich rein rechnerisch für die Verbilligung der amerikanischen Währung.

	Für 1 US-Dollar mußte bezahlt werden im ...	Für 1 DM mußte bezahlt werden im ...
Dezember 1972 [1])	3,1981 DM	0,3127 $
November 1973 [2])	2,5930 DM	0,3857 $
Das sind ... mehr (+) bzw. weniger (−) als im Dezember 1972	−18,9 vH (Abwertung des $ gegenüber der DM)	+23,3 vH (Aufwertung der DM gegenüber dem $)

[1]) Monatsdurchschnitt
[2]) Kassamittelkurs vom 16. November 1973

selkurses beispielsweise der D-Mark gegenüber dem Dollar gründen ließe, gibt es nicht. Im Bilde bleiben muß bei jeder Beurteilung von Wechselkursen allerdings, daß nicht nur die Bedingungen des internationalen Handels, sondern auch die des Kapitalverkehrs, die Wechselkursentwicklung bestimmen, wenn auch nicht ganz unabhängig voneinander.

142. Für den Handelsverkehr verknüpfen Wechselkurse die Preisniveaus der miteinander Handel treibenden Länder. Daher müßte man eigentlich einen Vergleich der Preisniveaus vornehmen, will man Aussagen über die Richtigkeit von Wechselkursen machen. Dies ist jedoch nicht möglich. Hilfsweise bietet sich an, die sogenannte Kaufkraft zu vergleichen, wie es beispielsweise mit den vom Statistischen Bundesamt ermittelten Verbrauchergeldparitäten geschieht.

Danach ergibt sich für die Verbrauchergeldparitäten zwischen D-Mark und Dollar folgendes Bild (August 1973):

1 $ = 2,59 DM	bei Zugrundelegung des deutschen Verbrauchsschemas,
1 $ = 3,62 DM	bei Zugrundelegung des amerikanischen Verbrauchsschemas,
1 $ = 3,10 DM	bei Zugrundelegung des mittleren Verbrauchsschemas.

Diese Ergebnisse helfen schon deswegen nur wenig weiter, weil sich die Verbrauchergeldparitäten stark unterscheiden, je nachdem ob man das heimische oder das ausländische Verbrauchsschema zugrundelegt. Aber selbst wenn die Differenz weniger ausgeprägt ist, liefert die Verbrauchergeldparität für die Beurteilung der Wechselkursrelation immer dann ein falsches Bild, wenn Unterschiede in der Preisstruktur zweier Länder, die Folge von Unterschieden im Realeinkommen sind, stark zu Buche schlagen. Wohlhabendere Länder haben ein — gemessen an den Exportpreisen — höheres Binnenpreisniveau, weil erfahrungsgemäß mit steigendem Realeinkommen Dienstleistungen im Vergleich zu den Industriegütern teurer werden und die Dienstleistungen im Sozialprodukt und im Warenkorb des Verbrauchers mehr Gewicht haben als im Bereich der Leistungen, die international gehandelt werden. Für reiche Länder ergibt sich damit normalerweise, daß die Verbrauchergeldparität ungünstiger ist als der Wechselkurs, der sich aus dem Außenhandel ergäbe.

143. Nimmt man diese Zusammenhänge für gegeben, so würde ein Wechselkurs von 2,40 DM oder 2,50 DM für den Dollar — da er unter den Verbrauchergeldparitäten liegt — anzeigen, daß das Realeinkommensniveau in der Bundesrepublik höher ist als in den Vereinigten Staaten. Auch ein Vergleich des Sozialprodukts pro Kopf, den man auf der Basis eines solchen Wechselkurses vornimmt, käme zu einem ähnlich überraschenden Ergebnis; denn danach hätte die Bundesrepublik im Wohlstand mit den Vereinigten Staaten gleichgezogen. Das paßt aber nicht zu der Vorstellung, daß die Vereinigten Staaten aufgrund des Standes ihrer Technik und ihres technischen Wissens sowie ihres natürlichen Reichtums nach wie vor noch das reichste und einkommensstärkste Land sein müßten.

144. Die Vermutung, daß ein zu starker Kurssturz des Dollars eingetreten sein könnte, ist daher nicht von der Hand zu weisen. Diese Vermutung wird noch dadurch verstärkt, daß sich eine nennenswerte Diskrepanz zwischen dem Kosten- und Preisniveau in der Bundesrepublik und dem im Ausland zumindest nicht aufgrund der Entwicklung in den letzten Jahren herausgebildet haben kann. Auch von daher also läßt sich die Wechselkursentwicklung des Jahres 1973 nicht erklären.

Was das Urteil so schwer macht, ist nicht zuletzt, daß der starke Nachfragesog aus dem Ausland kurzfristig eine so kräftige Höherbewertung der D-Mark durchaus erfordert haben könnte; denn ein steigender Wechselkurs ist der Weg, auf dem der Markt ein Übermaß von Ansprüchen des Auslandes an die Ressourcen im Inland zurückweist.

145. Noch mehr könnte bei einer Würdigung der Wechselkursentwicklung ins Gewicht fallen, daß sich gravierende Veränderungen im Kapital- und Zahlungsverkehr vollzogen haben.

Der Dollar hat als Leitwährung an Gewicht verloren. Ein Teil der Weltnachfrage nach Dollar zum Zwecke der Kassenhaltung und der Reservehaltung fällt dadurch weg. Sie hat viele Jahre lang Wechselkurse für den Dollar ermöglicht, die von den Preisniveaurelationen her als überhöht angesehen werden konnten. Umgekehrt hat sich für andere Währungen, darunter die D-Mark, eine stärkere Nachfrage für solche Zwecke herausgebildet.

Die überhöhten Dollarreserven der Notenbanken nährten die Erwartung, daß es zu einem dauernden Angebotsdruck zulasten des Dollar kommen werde. Kurzfristig gesehen kam hinzu, daß die Hochzinspolitik in der Bundesrepublik einen Kapitalzustrom begünstigte.

146. Stabilisiert sich infolge von Kapitalbewegungen ein Wechselkursgefüge für die D-Mark, das von den gegenwärtigen Preisrelationen her zu hoch ist, so kommt es auf mittlere Sicht zu einer Änderung der Handelsströme, also zu vergleichsweise geringen Exporten und vermehrten Importen. Eine Anpassung der Preisniveaus — höhere Inflationsrate im Ausland als im Inland — könnte diesen Prozeß mildern, entbehrlich machen könnte ihn nur eine Umkehr in den Kapitalbewegungen. Geben jedoch die Bedingungen für den Außenhandel den Ausschlag für den Wechselkurs, so wird der Wechselkurs für die D-Mark sinken, sobald die konjunkturell bedingte Übernachfrage nach deutschen Ausfuhrgütern entfällt. Welche Faktoren in den kommenden Monaten das Übergewicht haben und damit die Entwicklung des D-Mark-Kurses bestimmen werden, läßt sich nicht beurteilen.

Terms of Trade erheblich verschlechtert

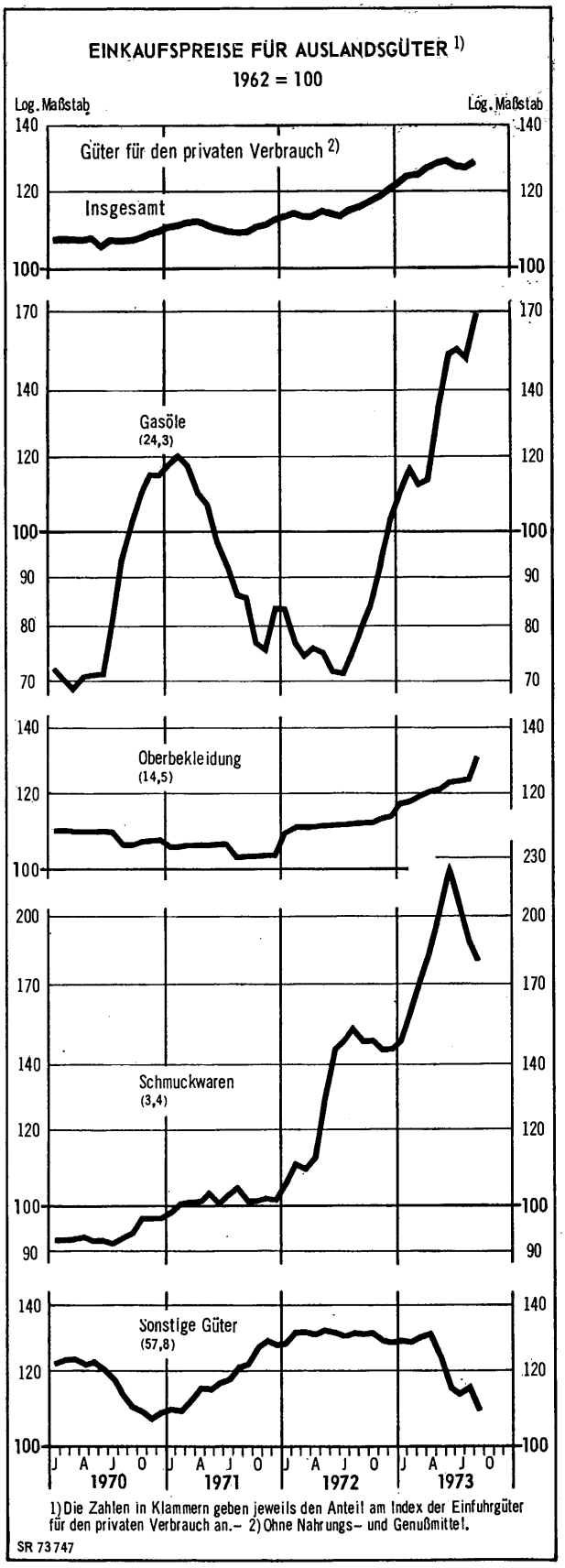
147. Der Nachfrageboom und der Preisauftrieb waren 1973 auf den Auslandsmärkten allenthalben so ausgeprägt, daß die deutschen Exporteure trotz der hohen Aufwertungssätze das Jahr über höhere Preise durchzusetzen vermochten. Im September 1973 waren die Ausfuhrpreise in D-Mark um rund 8 vH höher als vor Jahresfrist. Für Käufer, die in Dollar rechnen, waren deutsche Ausfuhrgüter dabei um über 40 vH, für Partner im Floating-Block immerhin um rund 17 vH teurer geworden. Trotz der Wettbewerbsvorteile, die ausländische Konkurrenten somit zweifellos erlangten, blieb die Auslandsnachfrage weiterhin hoch (Ziffern 61 ff.). Dies darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich viele Unternehmen durch die Höherbewertung der D-Mark nur mit Schwierigkeiten auf den Auslandsmärkten behaupten konnten. Die starke Erhöhung des Dollarkurses seit Anfang November und die Höherbewertung von Währungen des Floating-Blocks haben inzwischen eine Erleichterung für den deutschen Außenhandel gebracht, denn für die D-Mark ergab sich daraus eine Abwertung von 5 vH gegenüber dem Stand von Mitte September.

Der weltweite Konjunkturaufschwung begünstigte vor allem das Anziehen der Ausfuhrpreise für Vorprodukte und für Investitionsgüter. Im Verlauf der ersten neun Monate 1973 konnten die Exportpreise für Halbwaren um 15 vH, die für Investitionsgüter um nahezu 6 vH heraufgesetzt werden. Dagegen stiegen die Ausfuhrpreise für Verbrauchsgüter nach einem kräftigen Sprung am Jahresanfang in der Folgezeit nur schwach. Offenbar schätzten die Exporteure dieser Güter die Gefahr von Absatzeinbußen bei einer weiteren Verteuerung ihrer Waren auf den Auslandsmärkten höher ein als die Exporteure anderer Güter. Viele Verbrauchsgüter sind nämlich leichter durch preisgünstigere Produkte aus anderen Ländern zu ersetzen als die meisten Ausrüstungsgüter.

148. Die Einfuhrgüter hatten sich in der zweiten Jahreshälfte 1972 von Monat zu Monat rascher verteuert; im Dezember mußten die Importeure bereits um 7½ vH höhere Preise zahlen als ein halbes Jahr zuvor. Einen weiteren Anstieg der Importpreise konnte auch die starke Verbilligung der Devisen nicht verhindern, wohl aber, daß sich der Preisauftrieb 1973 noch mehr beschleunigte. Im Verlauf der ersten neun Monate stiegen die Einfuhrpreise um 10 vH; sie waren damit im September um 16 vH höher als vor Jahresfrist.

149. Werden die Einfuhrpreise nach den einzelnen Warengruppen aufgegliedert, so wird der preisdämpfende Einfluß, der von der Höherbewertung der D-Mark ausging, deutlich sichtbar; es zeigt sich dann auch, wieviel die ungewöhnliche Preishausse auf den Märkten für Rohstoffe und Halbwaren zum Anstieg der Importpreise beitrug. Im September 1973 waren die Preise für eingeführte Rohstoffe um rund 17½ vH, für importierte Halbwaren gar um 29 vH höher als vor Jahresfrist; diese Warengrup-

Schaubild 25



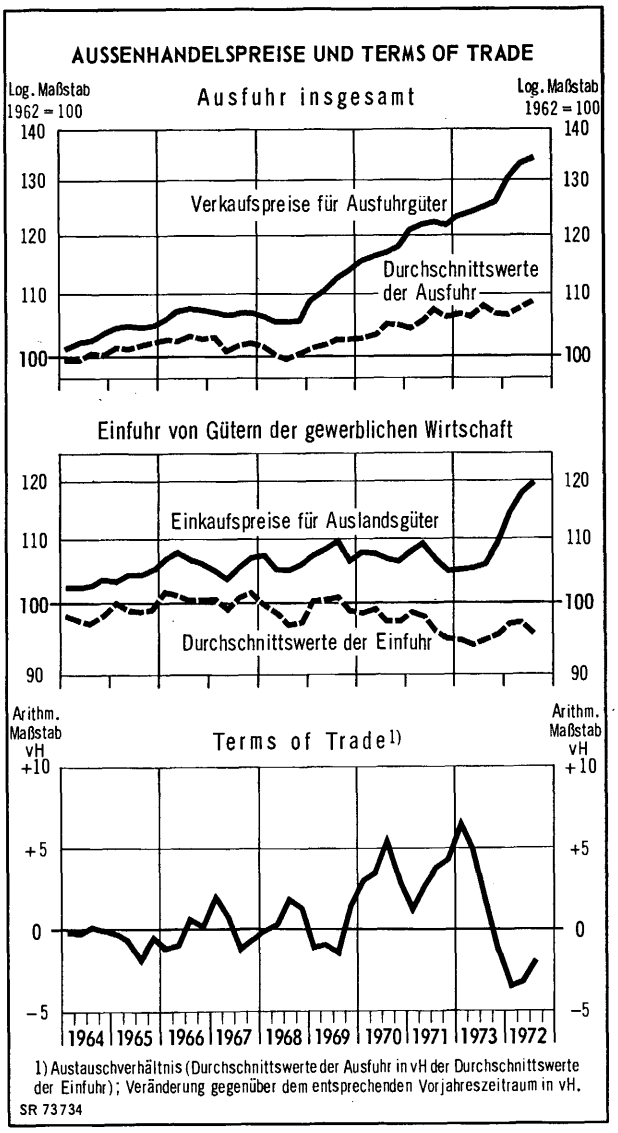
1) Die Zahlen in Klammern geben jeweils den Anteil am Index der Einfuhrgüter für den privaten Verbrauch an. – 2) Ohne Nahrungs- und Genußmittel.

SR 73747

pen haben einen Anteil am deutschen Import von reichlich einem Drittel. Bei den Verbrauchsgütern, die im September rund 25 vH mehr kosteten als im Vorjahr, entfiel der größte Teil des Preisanstiegs auf leichtes Heizöl, aber auch auf Schmuck und Bekleidung (Schaubild 25). Dagegen sind die Preise der übrigen Verbrauchsgüter sogar zurückgegangen. Importierte Investitionsgüter sind mit der Höherbewertung der D-Mark ebenfalls billiger geworden und zwar von Februar bis September um 5 vH [1]). In ausländischer Währung gerechnet haben aber auch die Lieferanten dieser Güter die Preise kräftig angehoben.

[1]) Diese aufwertungsbedingte Verbilligung dürfte allerdings dadurch überzeichnet sein, daß der Index der Einfuhrpreise noch auf der Importstruktur des Jahres 1962 beruht. Die Investitionsgütereinfuhr aus Ländern außerhalb der Gemeinschaft, gegenüber denen sich die D-Mark 1973 besonders stark aufwertete, erhielt damit im Index ein größeres Gewicht, als ihrem jetzigen Anteil an den deutschen Investitionsgüterimporten entspricht.

Schaubild 26



150. Alles in allem hat sich das Verhältnis von Ausfuhr- zu Einfuhrpreisen (Terms of Trade) 1973 erheblich verschlechtert. Nach den früheren, wesentlich schwächeren Aufwertungen hatte es sich dagegen stets verbessert. Daß es diesmal anders kam, ist auf die starke Verteuerung der Rohstoffe zurückzuführen.

An den Kontraktpreisen gemessen war die Austauschrelation während der ersten neun Monate um 7 vH ungünstiger als im gleichen Vorjahreszeitraum. Eine geringere, wenngleich noch immer deutliche Verschlechterung (3 vH) ergibt sich für diesen Zeitraum, wenn man der Berechnung — wie üblich — die Durchschnittswerte der Ausfuhr und Einfuhr zugrunde legt (Schaubild 26).

Der weniger starke Anstieg der Durchschnittswerte dürfte zum einen damit zu erklären sein, daß für Teile der Ausfuhr und der Einfuhr wegen der zeitlichen Verzögerung zwischen Bestellung und Lieferung, aber auch wegen längerfristiger Kontrakte — vor allem bei Rohstoffimporten — noch früher vereinbarte, niedrigere Preise galten; zum anderen ist die Diskrepanz auch auf Änderungen in der Warenstruktur des Außenhandels zurückzuführen; den Kontraktpreisen liegt nämlich die Außenhandelsstruktur des Jahres 1962 zugrunde, den Durchschnittswerten dagegen die des jeweiligen Jahres. Besonders augenfällig ist der Einfluß der Strukturverschiebung bei den Importen, weil sich bei ihnen gerade solche Güter wie Ernährungsgüter, Rohstoffe und Halbwaren stark verteuerten, deren Anteil an der Gesamteinfuhr gegenüber 1962 deutlich zurückgegangen ist.

Starke Expansion der Ausfuhr — Schwacher Anstieg der Einfuhr

151. Vom Herbst 1972 an nahmen die deutschen Exporte rasch zu, allein vom dritten Vierteljahr 1972 bis zum ersten Vierteljahr 1973 um 14 vH. Dieses hohe Expansionstempo wurde allerdings im weiteren Verlauf des Jahres nicht gehalten, obwohl die Nachfrage noch immer drängte. Offenbar legten die Unternehmen Wert auf höhere Auftragsbestände, nachdem sie vom Frühjahr an die konjunkturelle Entwicklung im Inland ungünstiger einschätzten. Insgesamt waren die Exporte in den ersten neun Monaten 1973 dem Wert nach um 20 vH höher als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Volumenmäßig fiel die Steigerung, vertraut man den Durchschnittswerten als Indikator der Preisentwicklung, nur wenig geringer aus, denn hier hat sich, wie erwähnt, die Anhebung der Kontraktpreise für Exportgüter bisher noch kaum niedergeschlagen.

152. Die regionalen Unterschiede in der Entwicklung der Exporte waren infolge des weltweiten Konjunkturaufschwungs 1973 gering.

Die Lieferungen in die Länder der Europäischen Gemeinschaft und die übrige Ausfuhr stiegen weitgehend parallel an; überdurchschnittlich stark wurden die Exporte nach Dänemark und Irland ausgedehnt. Auch Großbritannien erhöhte trotz der Pfundabwertung seine Bezüge aus Deutschland nach dem außerordentlich großen Anstieg in den letzten beiden Jahren nochmals beträchtlich. War die starke Ausweitung der Ausfuhr in die Partnerländer wegen

des konjunkturellen Gleichschritts und als Folge der Zollsenkungen gegenüber den Beitrittsländern zu erwarten, so überrascht sie doch bei Italien angesichts des verzögerten Aufschwungs und des hohen Wertverlustes der Lira; streikbedingte Produktionsausfälle der italienischen Unternehmen haben wohl eine wichtige Rolle gespielt. Die Exporte in die Vereinigten Staaten wurden zunächst ebenfalls kräftig ausgeweitet. Seit dem Sommer zeichnet sich allerdings eine Abschwächung ab; die Höherbewertung der D-Mark gegenüber dem US-Dollar scheint sich allmählich auszuwirken. Eindeutig erkennen läßt sich dies allerdings erst nach Monaten, da die Lieferungen deutscher Waren in die Vereinigten Staaten von Monat zu Monat stark schwanken, selbst wenn man sie von Saisoneinflüssen bereinigt.

153. Die Importe, die bis zur Jahreswende 1972/73 gleichfalls kräftig zugenommen hatten, sind im Verlauf des Jahres kaum noch gestiegen. Das gilt im wesentlichen für alle Warengruppen. Bei der Einfuhr von Vorprodukten, die zunächst noch am deutlichsten zugenommen hatte, überrascht die Abschwächung nicht. Die heimischen Produzenten hatten nämlich bereits im Vorjahr wegen der sich abzeichnenden Preishausse auf den Weltmärkten ihre Läger vorsorglich aufgestockt; sie haben daher 1973 ihre Nachfrage nicht mehr über den produktionsnotwendigen Bedarf hinaus ausgeweitet. Nur schwer zu erklären ist dagegen, daß nicht mehr Fertigwaren importiert wurden. Bei den Investitionsgütern blieben die Einfuhrmengen sogar hinter denen des Vorjahres zurück. Das ist angesichts des aufwertungsbedingten deutlichen Auseinanderlaufens der Preise heimischer und importierter Investitionsgüter selbst dann nicht völlig verständlich, wenn man kapazitätsbedingte Lieferschwierigkeiten der ausländischen Produzenten in Rechnung stellt.

Insgesamt wurden in den ersten neun Monaten 1973 wertmäßig 13 vH mehr Güter eingeführt als im entsprechenden Vorjahreszeitraum; volumenmäßig waren es lediglich 9 vH mehr. Die durchschnittliche Zuwachsrate des Importvolumens der vergangenen zehn Jahre wurde damit nicht erreicht.

154. Im Rahmen des Stabilitätsprogramms wurden Einfuhren aus Staatshandelsländern de facto liberalisiert und bestehende Importkontingente aufgestockt. Diese Lockerung von Importbeschränkungen, die vornehmlich Textilien und Bekleidung, also solche Waren betrifft, die sich überdurchschnittlich verteuerten, sollte noch 1973 zu zusätzlichen Einfuhren im Werte von etwa ½ Mrd. DM führen. Inzwischen zeichnet es sich allerdings ab, daß mit diesen Importen in diesem Jahr nicht mehr gerechnet werden kann.

Vermehrte außenwirtschaftliche Überschüsse

155. Da die Importe trotz der konjunkturellen Anspannung im Inland und der neuerlichen Höherbewertung der D-Mark mit den Ausfuhren nicht Schritt hielten, wird der Überschuß in der Handelsbilanz 1973 noch erheblich größer ausfallen als im Vorjahr. Bereits in den ersten neun Monaten 1973 war der Exportüberschuß mit 22,8 Mrd. DM höher als im ganzen Jahr 1972 (20,3 Mrd. DM).

156. Das mag überraschen: In der Tat liegt es nahe zu erwarten, daß sich nach einer Aufwertung Überschüsse im Außenhandel verringern. Kommt es nicht dazu, sollten diese gar zunehmen, so kann das an konjunkturellen Einflüssen liegen, die der Anpassung der Handelsströme entgegenwirken (Ziffer 62). Auch die Entwicklung der Handelsbilanz im Jahre 1973 ist sicherlich nicht ohne den weltweiten Konjunkturgleichschritt zu erklären. Ausreichen dürfte das allerdings nicht. Nicht minder wichtig, eher sogar wichtiger ist es, im Blick zu haben, daß die deutsche Handelsbilanz von der Struktur des Außenhandels her zu einer zunächst „falschen" Reaktion neigt. Ausgeführt werden nämlich vorwiegend hochspezialisierte Produkte, bei denen die Aufwertung in den auf ausländische Währung lautenden Preisen ganz oder teilweise weitergegeben werden kann, ohne daß die exportierten Mengen schon kurzfristig deutlich zurückgehen werden. Bei Ausrüstungsgütern, um die es sich dabei vor allem handelt, ist nämlich häufig mit dem Kauf eine Entscheidung zugunsten einer bestimmten Technologie gefallen. Da derartige Entscheidungen nicht von heute auf morgen revidiert werden können und Unternehmen aus anderen Ländern Zeit benötigen, ihr Angebot auf die neuen Marktgegebenheiten auszurichten, sind die ausländischen Importeure für einige Zeit noch auf die bisherigen Lieferanten angewiesen. Kurzfristige Starrheiten rühren beispielsweise auch davon her, daß die deutschen Exporteure nicht selten über ausgebaute Kundendienstnetze im Ausland verfügen, die die Konkurrenten aus anderen Ländern erst nach und nach aufbauen müssen. Dagegen haben bei den Importen stapelfähige Güter, also solche Güter ein großes Gewicht, für die sich Weltmarktpreise bilden und bei denen daher die D-Mark-Preise entsprechend der Verbilligung der Devisen sinken oder weniger steigen, während die Importmengen weitgehend von der konjunkturellen Entwicklung im Inland und nicht so sehr von den Preisen bestimmt sind. Diese Zusammenhänge können allerdings, neben den erwähnten konjunkturellen Einflüssen, von Sonderentwicklungen auf den internationalen Rohstoffmärkten, wie sie 1973 zu beobachten waren, überlagert werden. Auf längere Sicht werden die Änderungen der Exportpreise in ausländischer Währung und der Importpreise in D-Mark zunehmend mengenwirksam werden. Im Zuge eines Anpassungsprozesses bilden sich dann die Handelsbilanzüberschüsse zurück, es sei denn, im Inland würden Kosten und Preise beträchtlich weniger als im Ausland steigen.

157. Im Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland wird 1973 das Vorjahresdefizit in Höhe von 5,7 Mrd. DM beachtlich überschritten. Weiter vergrößern wird sich vor allem das Defizit im Reiseverkehr (1972: 8,6 Mrd. DM). Aber auch bei den Kapitalerträgen dürften, anders als im Vorjahr, die Zahlungen an

das Ausland trotz der wiederum gestiegenen Zinserträge aus der Anlage von Devisenreserven höher ausfallen als die Einnahmen. Wesentlichen Anteil daran hatte, daß ausländische Anleger im Vorjahr, bis dies genehmigungspflichtig wurde, in beträchtlichem Umfang deutsche Wertpapiere gekauft hatten, für die sie nun Zinsen erhielten.

Das Defizit in der Dienstleistungsbilanz wird jedoch die zunehmenden Überschüsse im Warenhandel nicht aufwiegen. Der Außenbeitrag, der weitgehend dem Saldo aus Waren- und Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland entspricht [1]), dürfte 1973 mit 21 Mrd. DM um 7 Mrd. DM größer ausfallen als 1972. Auch auf das Bruttosozialprodukt bezogen wird er mit 2,3 vH höher sein als im Vorjahr (1,7 vH).

158. Der Zunahme des Saldos aus Waren- und Dienstleistungsverkehr stand 1973 ein vergrößertes Defizit bei den sogenannten unentgeltlichen Leistungen gegenüber. Dies rührt vor allem von einem weiteren Anstieg der Überweisungen ausländischer Arbeitskräfte in ihre Heimatländer her.

Unter Einschluß der unentgeltlichen Leistungen verblieb in der Leistungsbilanz in den ersten neun

[1]) Der Außenbeitrag, eine Größe der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, war beispielsweise im Jahr 1972 um 0,4 Mrd. DM kleiner als der Saldo aus Waren- und Dienstleistungsverkehr. Die Differenz beruht auf Abgrenzungsunterschieden, die sich vom Rechnungszweck her ergeben; so gehen z. B. in den Außenbeitrag auch die Transaktionen mit der DDR ein, die in der Handelsbilanz und in der Dienstleistungsbilanz nicht erfaßt werden (JG 72 Ziffer 215).

Tabelle 17

Zur Entwicklung der Zahlungsbilanz

Salden in Mill. DM

Zeitraum	Leistungsbilanz					Kapitalbilanz [4])		Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen [5])	Devisenbilanz [6])
	Waren- und Dienstleistungsverkehr			Übertragungsbilanz [3])	insgesamt	langfristiger Kapitalverkehr	kurzfristiger Kapitalverkehr		
	Handelsbilanz [1])	Dienstleistungsbilanz [2]) insgesamt	Dienstleistungsbilanz [2]) darunter Reiseverkehr						
1966	+ 7 958	−1 595	−3 403	− 6 295	+ 68	− 762	+ 1 643	+ 1 003	+ 1 952
1967	+16 862	−1 004	−3 034	− 6 422	+ 9 436	− 3 180	− 6 818	+ 422	− 140
1968	+18 372	− 154	−3 106	− 7 312	+10 906	−11 411	+ 4 176	+ 3 338	+ 7 009
1969	+15 584	− 908	−3 888	− 8 650	+ 6 026	−23 080	+ 4 061	+ 2 731	−14 361
1970	+15 670	−3 938	−5 377	− 9 359	+ 2 373	− 2 879	+13 953	+ 8 465	+22 650
1971	+15 892	−3 907	−6 952	−10 852	+ 1 133	+ 6 536	+ 829	+ 7 860	+10 989
1972	+20 278	−5 711	−8 570	−13 286	+ 1 280	+13 255	− 5 850	+ 7 005	+15 194
1972 1. Vj.	+ 4 513	−1 205	−1 460	− 3 477	− 169	+ 4 885	− 7 410	+ 5 998	+ 3 924
2. Vj.	+ 3 924	−1 186	−2 014	− 3 140	− 402	+ 5 950	+ 676	+ 3 714	+ 9 938
3. Vj.	+ 4 592	−2 737	−3 410	− 3 419	− 1 564	+ 2 668	+ 3 922	− 548	+ 4 478
4. Vj.	+ 7 249	− 582	−1 686	− 3 250	+ 3 417	− 248	− 3 038	− 2 161	− 3 146
1973 1. Vj.	+ 5 868	−1 621	−1 681	− 3 617	+ 630	+ 373	+ 5 866	+13 003	+12 655
2. Vj.	+ 7 009	−1 628	−2 719	− 3 841	+ 1 540	+ 1 552	− 6 341	+ 5 974	+ 2 725
3. Vj.	+ 9 952	−3 866	...	− 4 038	+ 2 048	+ 483	− 271	+ 6 021	+ 8 281

[1]) Spezialhandel nach der amtlichen Außenhandelsstatistik; Einfuhr cif, Ausfuhr fob.
[2]) Ohne die bereits im cif-Wert der Einfuhr enthaltenen Ausgaben für Fracht- und Versicherungskosten, jedoch einschließlich des Saldos des Transithandels sowie einschließlich sonstiger, den Warenverkehr betreffender Ergänzungen.
[3]) Eigene Leistungen: — .
[4]) Kapitalexport: — .
[5]) Saldo der nicht erfaßten Posten und statistischen Ermittlungsfehler im Leistungs- und Kapitalverkehr (= Restposten).
[6]) Veränderung der Währungsreserven der Bundesbank einschließlich der deutschen Reserveposition im IWF und der Sonderziehungsrechte (Zunahme: +).

Quelle: Deutsche Bundesbank

Monaten 1973 immerhin noch ein Überschuß von 4,2 Mrd. DM; im entsprechenden Vorjahreszeitraum hatte sich ein Defizit von 2,1 Mrd. DM ergeben.

159. Der Kapitalverkehr mit dem Ausland steht seit Mitte 1972 im Zeichen der administrativen Kontrollen (Ziffern 162 f.). Außer für Direktinvestitionen — die Beteiligung an bestehenden Firmen und die Gründung von Unternehmen werden von den Kontrollmaßnahmen nicht betroffen — legten Ausländer kaum noch langfristiges Kapital in der Bundesrepublik an. Seit der Erwerb inländischer Wertpapiere durch Ausländer einer Genehmigungspflicht unterworfen ist, gaben Ausländer mehr deutsche Wertpapiere ab, als sie neu erwerben konnten, da nicht alle Rückgaben Gebietsfremdenkontingente schufen (Ziffer 168). Per Saldo wurde aber doch noch langfristiges Kapital importiert, da heimische Kreditinstitute wohl nicht zuletzt wegen der angespannten Liquiditätslage weniger Kredite an das Ausland vergaben, als von dort zurückgezahlt wurden.

Im kurzfristigen Kapitalverkehr (einschließlich des Restpostens der Zahlungsbilanz) kam es 1973 zu beachtlichen Mittelzuflüssen. Allerdings waren die statistisch erfaßten kurzfristigen Geldbewegungen in den ersten neun Monaten 1973 bei erheblichen Schwankungen infolge der Währungskrisen im ganzen weitgehend ausgeglichen. Die Unternehmen zahlten, wie schon im Vorjahr, bardepotpflichtige Finanzkredite an das Ausland zurück, und bei den Banken kam es nach dem Zustrom spekulativer Auslandsgelder jeweils rasch zu einem Abbau der kurzfristigen Auslandsverbindlichkeiten, da die Kreditinstitute Einlagen von Ausländern nicht verzinsen dürfen. Ein Mittelabfluß an das Ausland war damit jedoch nur in geringem Maße verbunden. Die Ausländerguthaben wurden vielmehr hauptsächlich zur Bezahlung gelieferter oder zur Anzahlung bestellter Waren und, soweit die Festlegung handelsüblicher Zahlungsziele durch die Bundesbank dies noch zuließ, anscheinend auch für eine versteckte Kreditgewährung an inländische Unternehmen verwendet. Aus den Auslandsverbindlichkeiten der Kreditinstitute wurden so Inlandsverbindlichkeiten.

Der Großteil des Geldzustroms konnte im einzelnen nicht statistisch erfaßt werden und hat sich so im Restposten niedergeschlagen (Tabelle 17). Vornehmlich handelte es sich dabei um Geldzuflüsse aufgrund von Veränderungen in den Zahlungsfristen im Außenhandel, die dem Zugriff der Kapitalverkehrskontrollen noch bis weit in das Jahr 1973 hinein entzogen waren.

160. Die Kapitalimporte und die Überschüsse in der Leistungsbilanz haben 1973 die Währungsreserven der Bundesbank weiter anschwellen lassen. Anfang November lagen sie mit 97,1 Mrd. DM um 22,7 Mrd. DM über dem Stand von Ende 1972, obwohl der Gegenwert der Dollarbestände nach der Abwertung des Dollar im Februar 1973 um 7,2 Mrd. DM niedriger angesetzt wurde. Den Verfall des Dollarkurses während des Block-Floating hat die Bundesbank bei der Bewertung der Bestände noch nicht berücksichtigt.

III. Geld- und Kreditpolitik: Scharf restriktiv

161. Der Geld- und Kreditpolitik gelang es 1973, ihren Restriktionskurs drastisch zu verschärfen. Zwar erschwerten hohe Dollarzuflüsse im Februar und März die restriktive Politik (Ziffer 162), doch konnte die Bundesbank schon bis zum Frühjahr den Kreditinstituten ihre frei verfügbaren liquiden Mittel in einem bisher nicht gekannten Maße entziehen (Ziffer 173).

Der Übergang zum Block-Floating im März 1973 entband die Bundesbank von der Pflicht zur Dollarintervention. Dies dämmte die unerwünschten Devisenzuflüsse ein. Die außenwirtschaftliche Absicherung war damit zwar nicht lückenlos — in der Folgezeit mußte mehrfach gegenüber Block-Währungen interveniert werden, obwohl die Kapitalverkehrskontrollen verschärft worden waren —, die dadurch erzwungene Bereitstellung von Zentralbankgeld hielt sich indes in Grenzen. Die Abschirmung nach außen erleichterte es der Bundesbank, die freien Liquiditätsreserven der Kreditinstitute auch in der Folgezeit äußerst niedrig zu halten (Ziffer 174). Die Kontrolle der Bundesbank über die monetäre Expansion erhielt eine neue Qualität: die Zentralbankgeldbestände, ohne deren Ausweitung eine Einlagen- und Kreditexpansion nicht vor sich gehen kann, wurden straffer als bisher gesteuert (Ziffern 170 ff.). Steigende Zinsen an allen monetären Märkten wiesen aus, daß es in der Tat gelang, das Angebot an Finanzierungsmitteln im Vergleich zur Nachfrage spürbar zu verknappen. Die monetäre Expansion begann sich abzuschwächen (Ziffern 177 ff.).

Bundesbank nutzt außenwirtschaftliche Absicherung

162. Nach einem knappen halben Jahr der Währungsruhe hatte sich im Januar 1973 die Lage an den Devisenmärkten wiederum zugespitzt. Anfang Februar erreichten Dollarströme in bisher nicht gekanntem Ausmaß die Devisenbörsen in der Bundesrepublik. Die Bundesbank mußte binnen weniger Tage 18,6 Mrd. DM gegen Dollar hergeben. Zusätzliche administrative Beschränkungen im Kapitalverkehr sollten die hereindrängenden Spekulationsgelder aufhalten. Seit dem 5. Februar sind genehmigungspflichtig

— die Aufnahme von Krediten von mehr als 50 000 DM (vorher 500 000 DM) durch Gebietsansässige bei Gebietsfremden,

— die Inanspruchnahme von Zahlungszielen und Vorauszahlungen im Außenhandel, die das handelsübliche Ausmaß überschreiten,

— die Ausstattung von Unternehmen im Inland mit Vermögenswerten über 500 000 DM durch Gebietsfremde,

— der Erwerb inländischer Aktien durch Gebietsfremde; zuvor hatten nur festverzinsliche Wertpapiere einer solchen Beschränkung unterlegen.

Tabelle 18

Übersicht über die Maßnahmen der Deutschen Bundesbank

Datum	
1972	
1. Dezember	Der Diskontsatz wird von 4 % auf 4½ %, der Lombardsatz von 6 % auf 6½ % erhöht. Die Abgabesätze für Schatzwechsel und Vorratsstellenwechsel aller Laufzeiten werden um ½ %, die für unverzinsliche Schatzanweisungen aller Laufzeiten um ¼ % angehoben. Die Rediskontkontingente werden mit Wirkung vom 1. Februar 1973 um 10 vH gekürzt.
1973	
12. Januar	Der Diskontsatz wird auf 5 %, der Lombardsatz auf 7 % heraufgesetzt. Die Abgabesätze für in die Marktregulierung einbezogene unverzinsliche Schatzanweisungen aller Laufzeiten werden um 1 %, die für die übrigen Geldmarktpapiere um ½ % angehoben. Die Rediskontkontingente werden mit Wirkung vom 1. April um 10 vH gekürzt.
1. bis 9. Februar	Die Bundesbank muß Dollar im Gegenwert von 18,6 Mrd. DM ankaufen.
7. Februar	Die Rediskontkontingente dürfen nur noch bis zu 60 vH ihres Gesamtbetrages in Anspruch genommen werden.
12. bis 14. Februar	Die Devisenbörsen sind geschlossen; am 12. Februar wertet die amerikanische Regierung den Dollar um 10 vH ab.
1. März	Die Bundesbank muß Dollar im Gegenwert von 7,5 Mrd. DM aufnehmen. Die Mindestreservesätze für Inlandsverbindlichkeiten werden bei Sicht- und Termineinlagen um 15 vH, bei Spareinlagen um 7½ vH erhöht.
2. bis 18. März	Die Devisenbörsen sind geschlossen; acht europäische Länder halten untereinander an festen Wechselkursen fest und lassen die Wechselkurse gegenüber dritten Ländern frei schwanken (Block-Floating).
19. bis 21. März	Die Bundesbank muß die D-Mark stützen; sie verkauft Block-Währungen, um den D-Mark-Kurs im Band von 2,25 vH zu halten.
Anfang April	Angesichts der Anspannung auf dem Geldmarkt verlagert die Bundesbank Guthaben öffentlicher Einleger in das Geschäftsbankensystem. Sie gesteht Kreditinstituten, die unverschuldet in Liquiditätsschwierigkeiten geraten sind, zu, vorübergehend den Spielraum für die Lombardkreditgewährung zu überziehen; dabei macht sie die Auflage, die Kreditexpansion einzuschränken.
12. April	Die Bundesbank erklärt sich erstmals bereit, vorübergehend Inlandswechsel außerhalb der Rediskontkontingente anzukaufen, mit einer Rückkaufsverpflichtung des Verkäufers nach zehn Tagen. In Zeiten starker Anspannung am Geldmarkt stellt sie auch in der Folgezeit den Kreditinstituten auf diesem Wege Zentralbankgeld zur Verfügung.
4. Mai	Der Diskontsatz wird von 5 % auf 6 %, der Lombardsatz von 7 % auf 8 % heraufgesetzt. Die Abgabesätze für nicht in die Marktregulierung einbezogene unverzinsliche Schatzanweisungen aller Laufzeiten werden um ½ %, die für übrige Geldmarktpapiere um 1 % angehoben.
25. Mai	Die Abgabesätze für nicht in die Marktregulierung einbezogene unverzinsliche Schatzanweisungen aller Laufzeiten werden um ½ % angehoben.
1. Juni	Der Diskontsatz wird auf 7 %, der Lombardsatz auf 9 % heraufgesetzt. Die Abgabesätze für unverzinsliche Schatzanweisungen werden um 1½ %, für Schatzwechsel und Vorratsstellenwechsel um 1 % angehoben. Den Kreditinstituten werden bis auf weiteres grundsätzlich keine Lombardkredite mehr zur Verfügung gestellt.
12. Juni	Zum ersten Male seit Beginn des Block-Floating muß die Bundesbank den Kurs einer Gemeinschaftswährung stützen; sie kauft holländische Gulden an.
27. Juni	Die Abgabesätze für Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen werden um ¼ % angehoben.
1. Juli	Die Mindestreservebelastung für Auslandsverbindlichkeiten wird erhöht: Der Basisbetrag zur Ermittlung des Zuwachses an reservepflichtigen Einlagen wird um 25 vH gekürzt.

noch Tabelle 18

Datum	
1973	
13. Juli	Zum ersten Male seit der Freigabe des Dollarkurses stützt die Bundesbank die amerikanische Währung.
ab 16. Juli	Die Bundesbank bietet unverzinsliche Schatzanweisungen ohne Marktregulierung mit einer Laufzeit von drei Monaten zu 8⅞ % an.
13. August	Die Bundesbank bietet den Kreditinstituten erstmals Mobilisierungs- und Liquiditätsschatzwechsel mit einer Laufzeit von 10 Tagen, kurz darauf auch von 5 Tagen zum Kauf an. Bei Auflockerung am Geldmarkt entzieht sie auch in der Folgezeit durch die Abgabe von Offen-Markt-Titeln mit Fristen von 4 bis 10 Tagen Zentralbankgeld.
17. September	Die Bundesbank muß in größerem Umfang Block-Währungen, insbesondere französische Franken, ankaufen.
4. Oktober	Die Mindestreservesätze für Sicht- und Termineinlagen gegenüber Inländern werden mit Wirkung vom 1. November um 3 vH erhöht; der Basisbetrag zur Ermittlung des Zuwachses an mindestreservepflichtigen Auslandsverbindlichkeiten wird mit Wirkung vom 1. Oktober um 15 vH gekürzt. Die Rediskontkontingente dürfen ab sofort von Banken, deren Eigenkapital am 31. August mehr als 100 Mill. DM ausmachte, nur noch bis zu 45 vH ihres Gesamtbetrages ausgenutzt werden, für Institute mit Eigenkapital zwischen 50 Mill. DM und 100 Mill. DM wird die Inanspruchnahme auf 55 vH begrenzt.

163. Administrative Eingriffe in den Kapitalverkehr hatten zwar den Restriktionskurs der Bundesbank außenwirtschaftlich abschirmen können, wenn auch nur notdürftig, so lange es galt, lediglich zinsinduzierte Zuflüsse zu unterbinden; sie erwiesen sich jedoch als ungeeignet, spekulative Devisenströme abzuwehren. Ausländern war es nach wie vor gestattet, bei deutschen Kreditinstituten Einlagen zu unterhalten. Diese durften zwar nicht verzinst werden; das konnte jedoch Ausländer angesichts des von ihnen erwarteten Aufwertungsgewinnes nicht davon abhalten, kurzfristige Gelder in der Bundesrepublik anzulegen. Die Einlagen von Ausländern bei deutschen Banken stiegen im Februar um rund 6 Mrd. DM. Außerdem war es der Bundesbank nicht sogleich möglich festzustellen, welche Zahlungsfristen in einzelnen Branchen für einzelne Außenhandelsgeschäfte als handelsüblich anzusehen sind. So konnten über eine Veränderung der Zahlungsziele beträchtliche Mittel einströmen. Diesen Zufluß vermochten also die Kapitalverkehrskontrollen nicht zu verhindern. Nachdem der Dollarzustrom bedrohlich angeschwollen war, wurden die Devisenbörsen am 12. Februar geschlossen und erst zwei Tage darauf, nach der Abwertung der amerikanischen Währung, wieder geöffnet.

164. Die Abwertung des Dollar um 10 vH am 12. Februar ließ die spekulativen Devisenzuflüsse für kurze Zeit versiegen. Die Bundesbank konnte zunächst sogar Dollar im Werte von 3 Mrd. DM abgeben. Am 1. März jedoch sah sie sich zu neuerlichen Stützungskäufen in Höhe von 7,5 Mrd. DM gezwungen. Tags darauf wurde der amtliche Devisenhandel abermals eingestellt; die Devisenbörsen blieben bis zum 18. März geschlossen. Acht europäische Länder kamen überein, ihre Währungen im Block gegenüber dem Dollar floaten zu lassen (Ziffern 36 f.).

165. Die Bundesbank gewann, nachdem die Interventionspflicht gegenüber dem Dollar aufgehoben war, wieder Handlungsspielraum. Dem kam entgegen, daß die D-Mark vor Beginn des gemeinsamen Floating um 3 vH gegenüber den Sonderziehungsrechten aufgewertet wurde. Dennoch setzte das vereinbarte enge Kursband innerhalb des Blocks Grenzen (Ziffer 37). Die Gefahr blieb, daß einzelne Länder des Floating-Blocks gegenüber dem Dollar intervenieren, um eine spürbare Höherbewertung ihrer Währungen zu verhindern; Devisenzuflüsse hätten dann wegen des schmalen Kursbandes im Block doch ihren Weg in die Bundesrepublik gefunden. Auch war mit der Möglichkeit zu rechnen, daß innerhalb des Blocks das Verhältnis der Leitkurse zwischen den Währungen der Partnerländer als unausgewogen angesehen würde; dies mußte dann früher oder später spekulative Devisenbewegungen auslösen.

166. Nach Wiedereröffnung der Devisenbörsen lag die D-Mark in der unteren Hälfte des Bandes. Zeitweilig war sie sogar die schwächste der acht Block-Währungen, so daß sie wiederholt gestützt werden mußte. Vorwiegend dadurch konnten die Devisenreserven bis Ende Mai um etwa 2 Mrd. DM verringert werden.

Als eine erneute Spekulationswelle auf die europäischen Devisenmärkte zukam, intervenierten die Länder des Floating-Blocks nicht gegenüber dem Dollar, sondern ließen eine kräftige Höherbewertung ihrer Währungen zu. Ab Anfang Juni festigte sich die D-Mark mehr und mehr gegenüber den anderen Block-Währungen; der Kurs des Dollar fiel in der Bundesrepublik noch rascher als in den Part-

nerländern. Am 6. Juni erreichte die D-Mark den Rand des Kursbandes, und die Bundesbank mußte in der Folgezeit mehrfach Block-Währungen ankaufen. Ihre Devisenreserven erhöhten sich wieder um 5 bis 6 Mrd. DM. Daraufhin wertete die Bundesrepublik am 29. Juni erneut auf, diesmal um 5,5 vH, um eine weitere Liquidisierung im Innern zu verhindern und eine Zerreißprobe des Blocks zu vermeiden. Trotzdem hielt der Kursrückgang des Dollar an. Die Länder des Floating-Blocks entschlossen sich daraufhin, gegenüber dem Dollar zu intervenieren. Schon nach geringen Stützungskäufen hörte der Verfall des Dollarkurses auf. Nachdem sich Ende Juli die amerikanische Währung gefestigt hatte, wurden die Interventionen bis auf weiteres eingestellt.

167. Trotz der ungewöhnlich hohen außenwirtschaftlich erzwungenen Bereitstellung von Zentralbankgeld gelang es der Bundesbank von Ende Januar bis zum April 1973, diese Gelder, was den Bankenbereich angeht, nicht nur zu neutralisieren, sondern darüber hinaus den Kreditinstituten ihre freien Liquiditätsreserven so weitgehend zu entziehen, daß diese einen Wert nahe Null erreichten (Ziffer 173). Die Liquidisierung der Nichtbanken zu verhindern, blieb jedoch schwierig.

168. Je knapper das Geld im Inland und je größer die Zinsdifferenzen zum Ausland wurden, um so mehr lohnte es, die Kapitalverkehrskontrollen zu umgehen. Dabei entdeckten die Kreditinstitute sowie die übrige Wirtschaft mehrfach neue Möglichkeiten, die Kontrollen zu unterlaufen.

Die Banken, die Mühe hatten, ihren früher großzügig gegebenen Kreditzusagen nachzukommen, waren bestrebt, sich über das Ausland zu refinanzieren. Zu diesem Zweck verkauften sie Forderungen gegen Inländer an Ausländer. Diese waren gern bereit, auf D-Mark lautende verzinsliche Aktiva gegen ihre unverzinslichen Einlagen bei den Banken zu tauschen. Die Banken gewannen durch derartige Umwandlungen frei verfügbares Zentralbankgeld, das zuvor in der hohen Mindestreserve für Auslandseinlagen gebunden war. Auf diese Weise sickerten die zuvor den Ausländern zugeflossenen D-Mark über die Banken zu den Inländern durch. Daraufhin wurde Mitte Juni auch der Verkauf von Inlandsforderungen an Gebietsfremde der Genehmigungspflicht unterworfen.

Inländische Unternehmen nutzten die ihnen im Rahmen der Bardepotbestimmungen eingeräumte Möglichkeit, im Ausland Kredite zur Kurssicherung in Höhe von 20 vH ihrer Forderungen aus Exportgeschäften aufzunehmen, vielfach nur dazu, die hohen Zinsen im Inland zu umgehen; selbst wenn sie keine Auslandsforderungen abzusichern hatten, nahmen sie am Euro-Markt billige Kredite auf, und zwar D-Mark-Kredite, was freilich mit Kurssicherung nichts zu tun hat. Auch auf diese Weise kamen D-Mark aus dem Ausland in die Hand von Inländern. Um weiteren Mißbrauch zu verhindern, genehmigt die Bundesbank seit Juli solche Kreditaufnahmen nur noch, wenn sie der Kurssicherung dienen.

Ausländer waren bemüht, hochverzinsliche deutsche Wertpapiere zu erwerben. Nachdem dies seit Februar nur noch im Umfang von Rückgaben möglich war, versuchten sie, über graue Märkte in den Besitz zusätzlicher Vermögenstitel zu gelangen. Inländer erkannten die Verdienstchance, brachten Aktien über die Grenze und verkauften sie mit einem Aufpreis an den Auslandsbörsen. Viele der ausländischen Erwerber nutzten die Möglichkeit, diese Aktien wiederum in der Bundesrepublik zu veräußern und dafür bei den Banken eigens zu diesem Zweck geschaffene Anleihen zu kaufen, die, als Globalurkunden ausgestellt, nicht der Kuponsteuer unterliegen. So konnten sie eine Nettoverzinsung erzielen, die ihren Verlust beim Aktienverkauf im Inland wettmachte. Die Bundesbank erteilt daraufhin seit Mitte Juli Ausländern die Genehmigung zum Erwerb inländischer Anleihen nur noch dann, wenn diese zuvor auch inländische Anleihen, und nicht etwa Aktien, zurückgegeben hatten. Die Geschäftsbanken forderte sie auf, keine weiteren Globalurkunden auszustellen.

169. Trotz der Verschärfung scheinen also die Kapitalverkehrskontrollen den Kurs der monetären Politik und der Währungspolitik nicht so stark unterstützt zu haben, wie dies ihre Befürworter sich versprochen haben mögen. Die Verschuldung inländischer Unternehmen im Ausland ist in diesem Jahr nochmals stark angestiegen. Nach der Finanzierungsrechnung der Bundesbank betrug die Auslandskreditaufnahme im 1. Halbjahr 1973 mit rund 20 Mrd. DM ein Viertel der gesamten Neuverschuldung des Unternehmenssektors, verglichen mit 13 vH im gleichen Vorjahreszeitraum. Als Schutz gegen spekulative Devisenzuflüsse erwies sich das Netz der Kontrollen als zu weitmaschig. Sicherlich verminderten die vielfältigen Erschwernisse die Attraktivität einer „Flucht in die D-Mark"; vollständig verhindern konnten sie die unerwünschten Käufe der deutschen Währung durch Ausländer nicht, durch welche die Unruhe an den Devisenmärkten geschürt und der Spekulation auf D-Mark-Aufwertungen Nahrung gegeben wurde. Die Wirkung der außenwirtschaftlich erzwungenen Entstehung von Zentralbankgeld auf die Kreditinstitute konnte die Bundesbank zwar neutralisieren; sie mußte jedoch hinnehmen, daß die direkte Geldversorgung des Nichtbankenbereichs dessen Abhängigkeit vom inländischen Bankensystem abschwächte und diesen insoweit dem Zugriff der restriktiven Politik entzog.

Bundesbank übernimmt die Initiative zur Kontrolle der Zentralbankgeldmenge

170. Die Qualität der notenbankpolitischen Kontrolle über die monetäre Expansion hat sich 1973 sichtlich gewandelt. Freie Liquiditätsreserven von Null oder nahezu Null bedeuten, daß den Kreditinstituten die Möglichkeit weitgehend entzogen ist, von sich aus Einfluß auf die Höhe der Zentralbankgeldbestände zu nehmen, ohne deren Ausweitung eine Einlagen- und Kreditexpansion nicht vonstatten gehen kann. Der Zuwachs solcher Zentralbankgeldbestände hängt derzeit in weitaus größerem Maße als zuvor vom Willen der Bundesbank ab. Damit hat die monetäre Politik die Voraussetzungen geschaffen, die monetäre Expansion in dem Rahmen zu

halten, den die Bundesbank durch die Bereitstellung zusätzlichen Zentralbankgeldes vorgibt.

171. *Die einzelnen Banken können sich das Zentralbankgeld, das sie im Zusammenhang mit ihren Ausleihungen benötigen (für das Bankensystem im ganzen ist das die Summe der Bargeldabzüge des Publikums und das Mindestreservesoll, das bei der Bundesbank zu halten ist), nur insoweit selbst beschaffen, als sie über freie Liquiditätsreserven verfügen, also potentielles Zentralbankgeld besitzen, das sich jederzeit in aktuelles umwandeln läßt. Diesen Spielraum, dessen Ausnutzung im Ermessen der Banken steht, kann die Bundesbank dadurch beeinflussen, daß sie die Refinanzierungsmöglichkeiten ausweitet oder einengt. Auf die Ausnutzung des Spielraums kann sie Einfluß zu nehmen versuchen, indem sie die Preise (Diskontsatz, Lombardsatz, Abgabesätze) variiert, zu denen sie bereit ist, Zentralbankgeld abzugeben. Inwieweit ihr das gelingt, hängt jedoch ausschließlich vom Verhalten der Banken ab, also davon, ob diese bereit sind, die Preise zu bezahlen oder nicht, wenn sie Zentralbankgeld benötigen.*

Strebt die Notenbank eine Kontrolle über die Menge des entstehenden Zentralbankgeldes an, so muß sie den Banken die freien Liquiditätsreserven entziehen oder durch eine an den Mengen (nicht an den Preisen) orientierte Offen-Markt-Politik verhindern, daß ein unerwünscht starker Rückgriff der Banken auf ihre Liquiditätsreserven zu einer Erhöhung der Zentralbankgeldmenge führt; sie muß also bewirken, daß, insoweit dieser unerwünschte Rückgriff stattfindet, alsbald Zentralbankgeld gegen Offen-Markt-Papiere an die Notenbank zurückfließt (und nicht für Ausleihungen an das Publikum verwendet wird). Bei einer konsequenten Mengensteuerung kann die Zentralbank demnach nicht zugleich die Preise für Zentralbankgeld, die Geldmarktsätze, vorgeben. Vielmehr sind diese dann das Resultat aus dem von der Notenbank bestimmten Angebot und der vom Markt kommenden Nachfrage nach Zentralbankgeld.

Auf den Spielraum, den die Banken für weitere Ausleihungen haben, kann die Bundesbank auch durch die Mindestreservepolitik einwirken. Durch eine Anhebung der Mindestreservesätze erhöht sie den Bedarf an Zentralbankgeld bei gegebenen mindestreservepflichtigen Bankeinlagen; sie zwingt also die Banken, und zwar die Banken im ganzen, entweder einen Teil ihres potentiellen Zentralbankgeldes in aktuelles umzuwandeln, dieses jedoch nicht als Basis weiterer Ausleihungen zu verwenden, sondern es als Einlage bei der Bundesbank zu halten — oder aber, falls sie das nicht wollen, oder mangels freier Reserven nicht können, ihre Kredite absolut einzuschränken, so daß der Bedarf an Zentralbankgeld im Bankensystem auf die Höhe des vorhandenen Zentralbankgeldes zurückgeführt wird. Für die einzelne Bank bedeutet die Mindestreservepflicht zwar zunächst nicht mehr als eine Erhöhung der Kosten der über sie laufenden Kreditbeziehungen. Für das monetäre System im ganzen wird dadurch jedoch bestimmt, wie groß unter Berücksichtigung einer bestimmten Neigung zur Geldkapitalbildung und zur Bargeldhaltung das zusätzliche Geldvolumen ist, das aus einer gegebenen Menge zusätzlichen Zentralbankgeldes entstehen kann, wenn die Banken das ihnen zufließende Geld fortgesetzt zur Kreditgewährung weiterverwenden, so daß am Ende alles Zentralbankgeld abzüglich der Barabzüge in der Mindestreserve gebunden ist, also nicht noch weiter ausgeliehen werden kann.

Veränderungen der Zentralbankgeldmenge und Veränderungen der Mindestreservesätze (nicht des Mindestreservesolls) zusammen geben also an, wie stark sich aufgrund von Aktionen der Zentralbank der Spielraum für die monetäre Expansion verändert hat. Die Banken nehmen hierauf nur insoweit Einfluß, als sie durch veränderte Konditionen für Bankeinlagen Entscheidungen der Nichtbanken über die Geldkapitalbildung beeinflussen, denn dies bestimmt mit über die Höhe des Mindestreservesolls bei gegebenen Mindestreservesätzen, weil für unterschiedliche Einlagearten unterschiedliche Sätze gelten. Eine straffere Kontrolle der Zentralbankgeldmenge seitens der Notenbank verlangt auf jenen Märkten, auf denen Zentralbankgeld gehandelt wird, eine Umorientierung. Hat der Markt — schematisch ausgedrückt — nicht mehr die Menge zu bestimmen, sondern den Preis (Zins), zu welchem er die fixierte Zentralbankgeldmenge den Nachfragern zuteilt, so müssen sich die Nachfrager mit ihren Dispositionen darauf einstellen, daß eine Enge am Geldmarkt zu einer starken Erhöhung der Geldmarktzinsen führen wird und umgekehrt, wenn nicht die Bundesbank bei der Mengensteuerung kurzfristigen Schwankungen im Bedarf an Zentralbankgeld entgegenkommt.

172. *Daß die Bundesbank das Konzept einer Steuerung der freien Liquiditätsreserven der Kreditinstitute weitgehend verlassen hat und zur Kontrolle der Zentralbankgeldmenge überging, mag nicht zuletzt durch die Erfahrung der letzten Jahre mit bestimmt sein: Die Kreditinstitute schränkten bei niedriger Liquiditätsquote ihre Kreditvergabe nicht mehr wie früher ein und stellten damit die Grundlage der bisherigen Strategie der Bundesbank in Frage. Es scheint, daß die Banken nunmehr davon ausgingen, ihre freien Liquiditätsreserven seien nahezu gänzlich für eine Kreditausweitung disponierbar, wenn die Kreditnachfrage das nahelegte. Die Elastizität des monetären Systems wurde größer, als dies die Bundesbank hinzunehmen bereit war.*

Erleichtert wurde die expansivere Geschäftspolitik der Kreditinstitute mutmaßlich durch die Änderung der Liquiditätsgrundsätze im Jahre 1969, an denen die Bankenaufsicht die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung eines Kreditinstituts mißt und die insoweit für dessen Kreditdispositionen ausschlaggebend sind. Diese Neuregelung nutzten die Banken in der Folgezeit dazu, ihre individuelle Liquiditätsposition durch die Aufnahme von Interbankgeldern zu verbessern. Die einzelnen Institute konnten nun unter verstärkter Verwendung solcher Gelder reichlicher Kredite vergeben, ohne die Liquiditätsgrundsätze zu verletzen. Eine erneute Änderung der Liquiditätsgrundsätze im März 1973 sollte dem einen Riegel vorschieben; die Verschuldung der Banken untereinander geht nunmehr leicht zurück.

Die Kreditausweitung war für die Banken auch so lange unbedenklich, wie diese umfangreiche Auslandsanlagen abrufen oder Kredite im Ausland aufnehmen konnten. Vor dem Übergang zum Block-Floating war es stets möglich, diese Mittel unter Inanspruchnahme der Bundesbank in Zentralbankgeld umzuwandeln. Seither trifft dies zwar nur noch insoweit zu, als die Bundesbank gegenüber Block-Währungen intervenieren muß. Nach wie vor jedoch brauchte sich ein einzelnes Institut, das Auslandsanlagen besaß oder Kredite im Ausland aufnehmen konnte, an einer Kreditausweitung so lange nicht grundsätzlich gehindert zu fühlen, wie es erwarten durfte, bei Bedarf gegen Devisen D-Mark erwerben zu können. Wenngleich also die Liquidität des Bankensystems insgesamt erheblich reduziert wurde, so verschlechterte sich die Liquiditätsposition eines jeden einzelnen Instituts nur soweit, wie sich die Risiken künftiger Wechselkursänderungen erhöhten.

Schließlich wurde das Verhalten der Banken wohl auch durch die Erfahrung mitbestimmt, daß bei monetärer Restriktionspolitik zinsinduzierte oder spekulative Devisenzuflüsse die Bundesbank über kurz oder lang zur Hergabe von Zentralbankgeld zwingen würden.

173. Obwohl die Bundesbank von Januar bis April 1973 infolge ihres Auslandsgeschäftes 19,8 Mrd. DM liquide Mittel schaffen mußte, war es ihr bereits bis zum April gelungen, die freien Liquiditätsreserven der Kreditinstitute bis auf einen Wert von nur noch rund 1 Mrd. DM zu reduzieren (Schaubild 27).

Kürzungen der Refinanzierungskontingente wie auch die Verfügung, daß der bislang nahezu voll ausgeschöpfte Rediskontierungsspielraum fortan nur mehr zu 60 vH in Anspruch genommen werden durfte, verminderten die freien Liquiditätsreserven um 10,8 Mrd. DM (Tabelle 18). Offen-Markt-Geschäfte der Bundesbank mit Nichtbanken sowie die erste Tranche der Stabilitätsanleihe entzogen den Banken weitere 3 Mrd. DM potentielles Zentralbankgeld. Durch die Erhöhung des Mindestreserve-Solls wurden in den genannten Monaten 11,3 Mrd. DM liquide Mittel gebunden; knapp die Hälfte dieses Anstiegs ist auf die Anhebung der Reservesätze vom 1. März zurückzuführen, der Rest resultierte aus der Expansion der Einlagen sowie aus Veränderungen der Einlagenstruktur. Die übrigen Bestimmungsfaktoren der Bankenliquidität bewirkten einen kontraktiven Effekt in Höhe von 1,6 Mrd. DM. Per Saldo waren die freien Liquiditätsreserven im April um knapp 7 Mrd. DM geringer als im Januar.

Der Rechnerische Kreditschöpfungsspielraum schrumpfte auf 15,7 Mrd. DM (Schaubild 28). Selbst dieser Betrag, ein nie dagewesener Tiefstand, überzeichnet noch die mögliche Kreditexpansion, weil bei der Ermittlung des Rechnerischen Kreditmaximums Bargeldabhebungen des Publikums und andere Abflüsse aus dem Bankensystem unberücksichtigt geblieben sind (JG 71 Ziffer 144).

174. In den darauffolgenden Monaten verhinderte die Bundesbank konsequent, daß sich die Bankenliquidität erhöhte. Vorübergehend jedoch hatte das Absinken des Mindestreservesolls im Mai, überwiegend bedingt durch die Umwandlung von Auslandseinlagen in Inlandseinlagen (Ziffer 168), zu einem Anstieg der freien Liquiditätsreserven der Kreditinstitute um 3 Mrd. DM gegenüber dem Stand vom April geführt. Daraufhin versperrte die Bundesbank Ende Mai bis auf weiteres die Möglichkeit der Lombardkreditnahme und schränkte so den Refinanzierungsspielraum der Banken um 3 Mrd. DM ein. Als erneut Devisen zuflossen, kürzte sie zum 1. Juli den Basisbetrag der Auslandseinlagen, für den keine Zuwachsmindestreserven gehalten werden müssen; dadurch erhöhte sich der durchschnittliche Reservesatz, und es wurden etwa 1,5 Mrd. DM liquide Mittel gebunden. Zudem bewirkten Offen-Markt-Operationen mit Nichtbanken und die zweite Tranche der Stabilitätsanleihe, daß die freien Liquiditätsreserven der Kreditinstitute bis August wieder schrumpften. Im September wurde der restriktive Kurs der Bundesbank durch die Spekulation gegen den französischen Franken, die sie zu Devisenankäufen im Werte von reichlich 4 Mrd. DM zwang, erneut gefährdet. Die damit einhergehende Versorgung der Kreditinstitute mit zusätzlichem Zentralbankgeld bekämpfte die Bundesbank Anfang Oktober mit weiteren mindestreservepolitischen Maßnahmen sowie einer erneuten Einengung des Refinanzierungsspielraums der Banken.

Schaubild 27

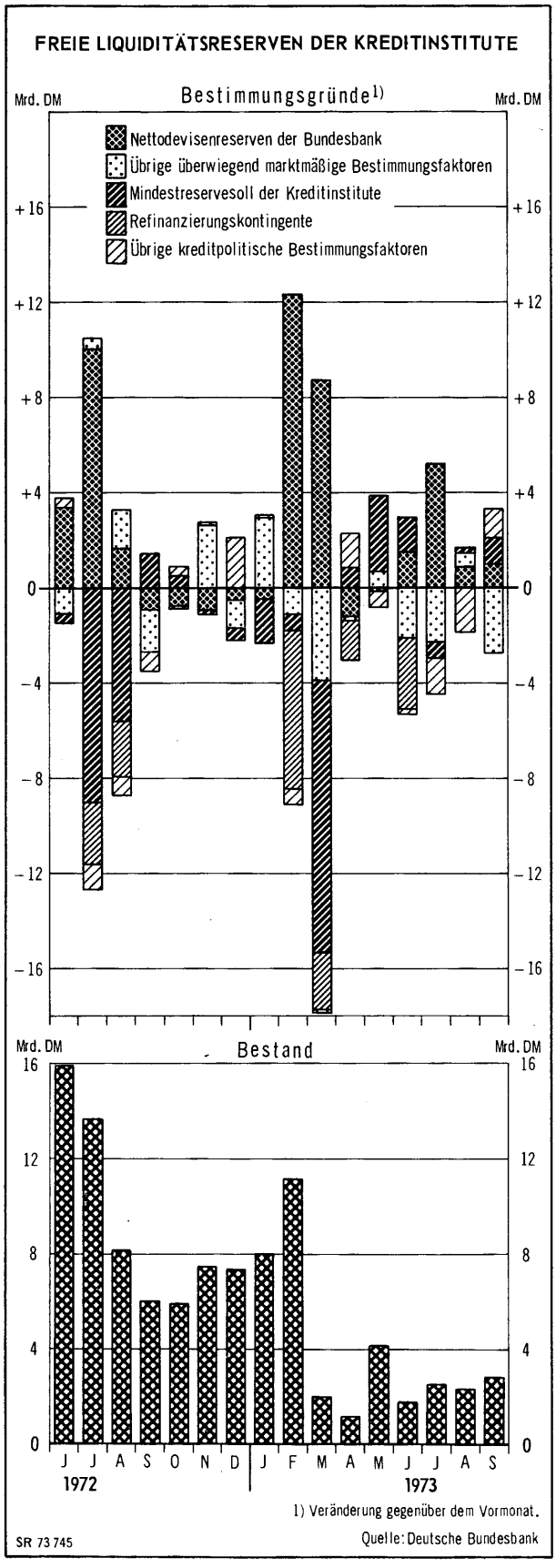
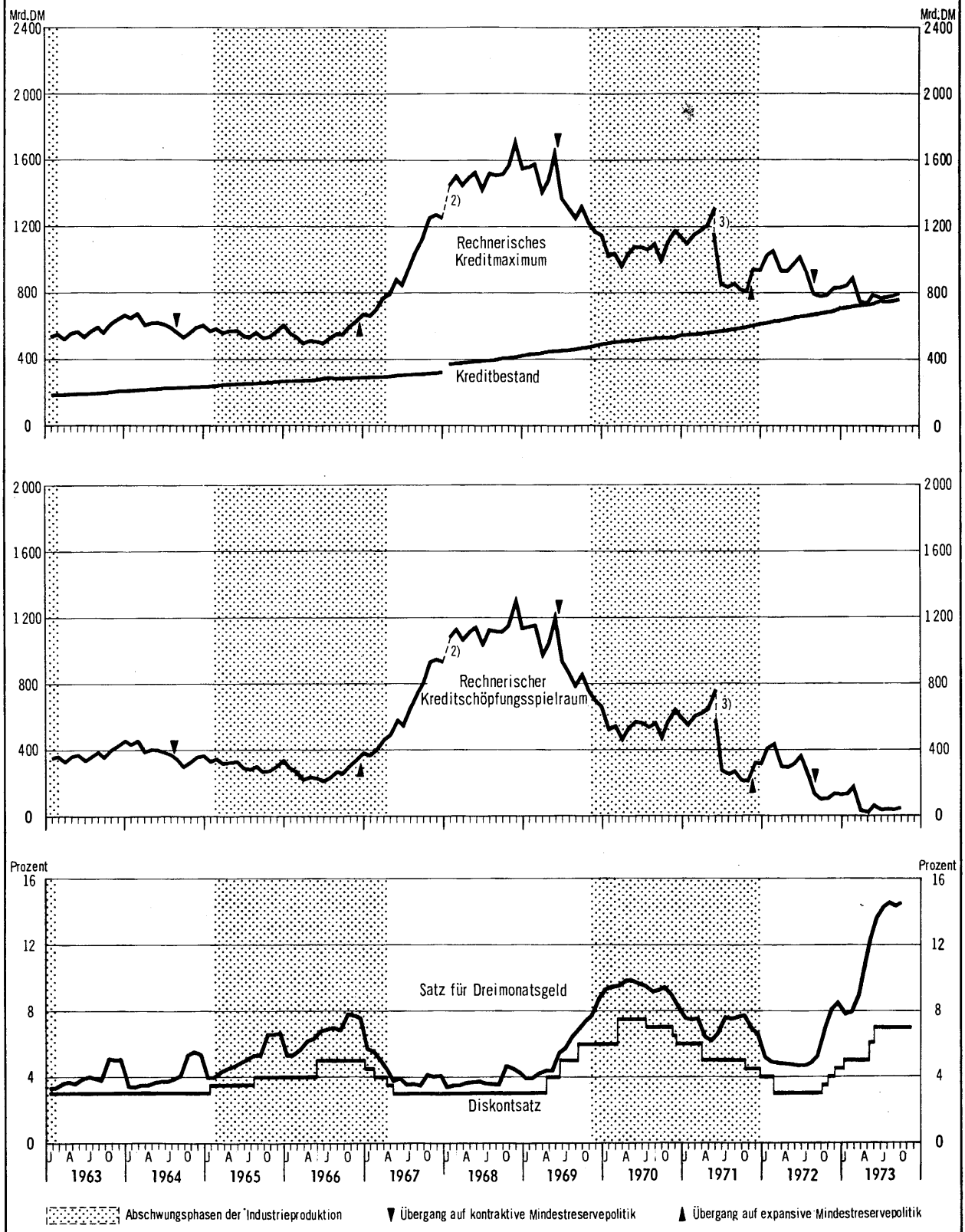


Schaubild 28

RECHNERISCHES KREDITMAXIMUM, KREDITBESTAND UND RECHNERISCHER KREDITSCHÖPFUNGSSPIELRAUM [1]



1) Methodische Erläuterungen siehe JG 71, Anhang VIII. – 2) Umstellung der Bankenstatistik zum 1. Januar 1968. – 3) Ab Mai 1971 veränderte Abgrenzung der freien Liquiditätsreserven.

SR 73744

Quelle für Grundzahlen: Deutsche Bundesbank

175. Auf kurzfristige Schwankungen im Zentralbankgeldbedarf der Kreditinstitute antwortete die Bundesbank mit einer Offen-Markt-Politik, welche mit geringen Mengen operierte. Eines der Mittel, den Banken Zentralbankgeld zur Verfügung zu stellen, waren Offen-Markt-Geschäfte mit Wechseln auf der Basis einer Rückkaufsverpflichtung. Im April, als sich die Liquiditätssituation der Banken vorübergehend zuspitzte, kaufte die Bundesbank erstmals im Rahmen ihrer Offen-Markt-Geschäfte von Kreditinstituten Wechsel an unter der Bedingung, daß diese nach zehn Tagen zurückgekauft wurden. Diese Möglichkeit bot sie auch im weiteren Verlauf des Jahres bei besonders starker Anspannung auf dem Geldmarkt. Umgekehrt gab die Bundesbank seit August in Zeiten der Auflockerung am Geldmarkt Offen-Markt-Papiere mit Laufzeiten zwischen vier und zehn Tagen an die Kreditinstitute ab.

176. Währenddessen diente die Offen-Markt-Politik mit Nichtbanken in verstärktem Maße dem Zweck, die Zentralbankgeldmenge knapp zu halten. Bereits im Jahre 1971 hatte die Bundesbank beschlossen, die Offen-Markt-Politik mit Nichtbanken zu intensivieren. Sie verkaufte zu diesem Zweck Liquiditäts- und Mobilisierungspapiere (N-Papiere, Bundesbank-Schätze) mit Laufzeiten zwischen 3 und 24 Monaten, die sie, um einen nachhaltigen Entzugseffekt erzielen zu können, nicht in die Geldmarktregulierung einbezog. Offen-Markt-Geschäfte mit Nichtbanken waren zwar dem Umfang nach zunächst noch unbedeutend geblieben; im Laufe der Zeit jedoch, als diese Papiere durch kräftige Anhebungen der Abgabesätze zunehmend attraktiver gemacht wurden, konnte deren Verkauf ausgeweitet werden. Im Jahre 1973 gab die Bundesbank bis zum Spätsommer an Nichtbanken Offen-Markt-Titel in Höhe von fast 6 Mrd. DM ab.

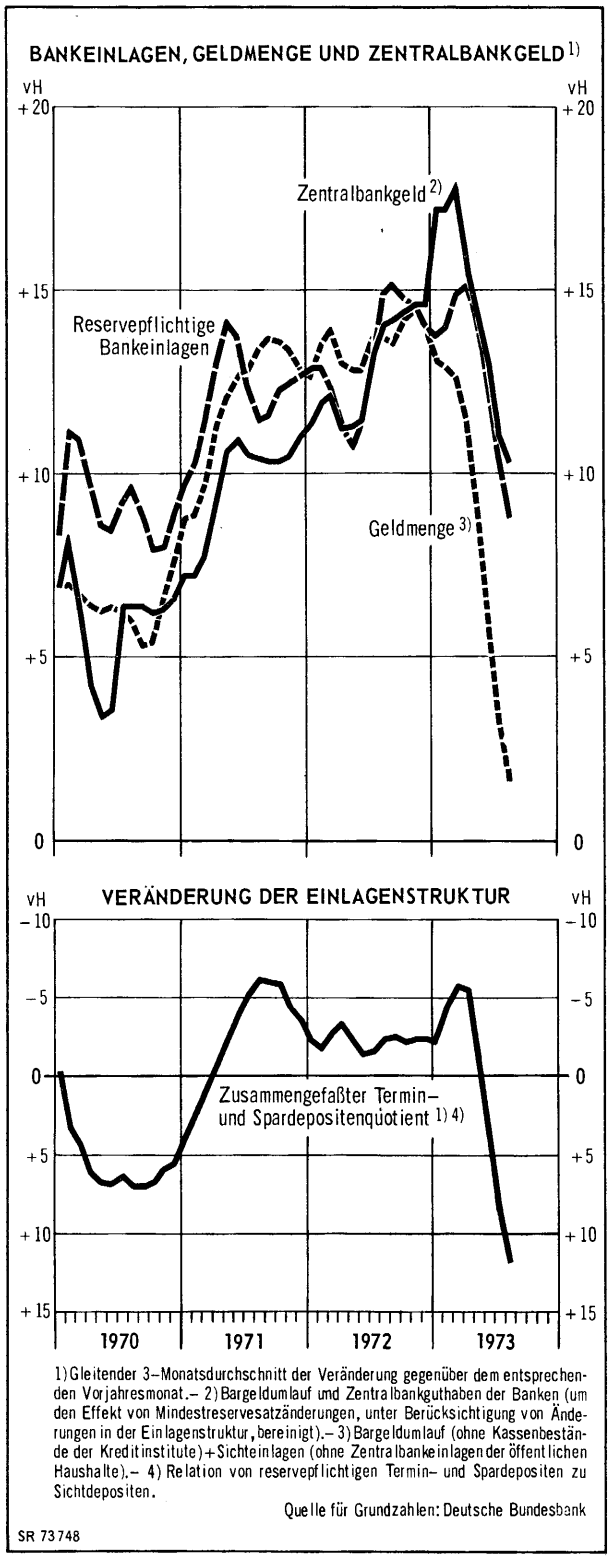
Die Offen-Markt-Politik wurde seit März dieses Jahres durch die Emission der Stabilitätsanleihe des Bundes ergänzt. Bis zum Herbst 1973 konnten durch deren Verkauf rund 2,5 Mrd. DM Zentralbankgeld bei der Bundesbank stillgelegt werden.

Monetäre Expansion verlangsamt

177. Die Verknappung des Zentralbankgeldes schlug auf die monetäre Expansion durch (Schaubild 29). Das gesamte Mittelaufkommen bei den Kreditinstituten war im Spätsommer 1973 nur noch um gut 10 vH höher als vor Jahresfrist im Vergleich zu mehr als 15 vH im Frühjahr. Eine erhebliche Änderung der Einlagenstruktur in diesem Jahr brachte mit sich, daß das Bankensystem mit einem gegebenen Bestand an Zentralbankgeld mehr Kredite schaffen konnte als zuvor. Deshalb mußten die Banken ihre Kreditausweitung nicht in dem Maße einschränken, wie sich die Einlagenexpansion abschwächte. Besonders ausgeprägt war der Rückgang bei der Zuwachsrate des Geldvolumens M_1 (Bargeldumlauf und Sichteinlagen), wohl auch weil die Kassenhaltung zinsbedingt rationalisiert wurde (Ziffer 184). Die Geldmenge in der weiteren Abgrenzung M_2 (Geldvolumen M_1 und Termingelder mit Befristung bis unter 4 Jahren) ging demgegenüber weniger zurück. Alles in allem war die monetäre Expansion noch stärker, als dies die Bundesbank aus stabilitätspolitischen Gründen für vertretbar hielt.

178. Zweifellos wäre es auch nicht ohne Risiken gewesen, die verbesserte Kontrolle über die Knappheit des Zentralbankgeldes zu nutzen, um die hohe

Schaubild 29



1) Gleitender 3-Monatsdurchschnitt der Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat. – 2) Bargeldumlauf und Zentralbankguthaben der Banken (um den Effekt von Mindestreservesatzänderungen, unter Berücksichtigung von Änderungen in der Einlagenstruktur, bereinigt). – 3) Bargeldumlauf (ohne Kassenbestände der Kreditinstitute) + Sichteinlagen (ohne Zentralbankeinlagen der öffentlichen Haushalte). – 4) Relation von reservepflichtigen Termin- und Spardepositen zu Sichtdepositen.

Quelle für Grundzahlen: Deutsche Bundesbank

SR 73748

Rate der monetären Expansion abrupt zu drücken. Zumindest war Rücksichtnahme auf die Lage der Banken geboten, die immer noch mit hohen Kreditzusagen im Wort standen. Die Bundesbank hat dies respektiert.

179. Von Januar bis September 1973 wurden durch das Auslandsgeschäft der Bundesbank 31,3 Mrd. DM Zentralbankgeld geschaffen. Dem standen kontraktiv wirkende Einflußfaktoren gegenüber. Durch die Veränderung der Nettoposition der öffentlichen Haushalte gegenüber der Bundesbank wurden 9,1 Mrd. DM Zentralbankgeld abgeschöpft. Des weiteren mußten die Banken aufgrund der Beschränkung ihrer Refinanzierungsmöglichkeiten (Kürzung der Rediskontkontingente, Aussetzung des Lombardkredits) ihre Verschuldung bei der Bundesbank um 8,9 Mrd. DM [1]) zurückführen. Die sonstigen Bestimmungsfaktoren der Zentralbankgeldmenge bewirkten einen Entzugseffekt in Höhe von 3,8 Mrd. DM; besonders ins Gewicht fielen dabei die Offen-Markt-Operationen der Bundesbank mit Nichtbanken, denen indes ein leicht expansiver Effekt auf die Zentralbankgeldmenge aufgrund des Abbaus der Bardepothaltung gegenüberstand. Per saldo war die Zentralbankgeldmenge im September 1973 um 9,5 Mrd. DM höher als zu Jahresbeginn.

Durch Maßnahmen der Mindestreservepolitik bewirkte die Bundesbank, daß dieser Betrag nicht voll für die Einlagenexpansion und die steigende Bargeldhaltung des Publikums zur Verfügung stand. Unter der Annahme, daß sich die gesamten reservepflichtigen Verbindlichkeiten der Kreditinstitute von Januar bis September nicht verändert hätten, erhöhten allein die Anhebungen der Mindestreservesätze unter Berücksichtigung der Veränderung der Einlagenstruktur den Zentralbankgeldbedarf der Banken um 5,0 Mrd. DM [2]). Die um diesen zusätzlichen Bedarf korrigierte Zentralbankgeldmenge (bereinigte Zentralbankgeldmenge), welche für die monetäre Expansion zur Verfügung stand, lag im September noch um rund 10½ vH über dem Wert des entsprechenden Vorjahresmonats, im Vergleich zu mehr als 15 vH zu Beginn 1973. Die Zuwachsrate war damit auch im Herbst noch höher als im langjährigen Durchschnitt.

Jener Teil der zusätzlichen Zentralbankgeldmenge, welcher für die monetäre Expansion zur Verfügung stand, erhöhte sich von Januar bis September um 4,5 Mrd. DM. Dem Zuwachs der Einlagen bei den Kreditinstituten entsprach eine Zunahme des Mindestreserve-Solls um 1,3 Mrd. DM (Anstieg des Reserve-Solls unter der Annahme unveränderter Reservesätze). Im Rahmen dieser Expansion erhöhte sich die Bargeldhaltung des Publikums um 3,2 Mrd. DM.

180. Im Gefolge der Verknappung des Zentralbankgeldes sahen sich die Banken schließlich gezwungen, ihr Kreditangebot spürbar einzuschränken. Die Sollzinsen erreichten eine nie dagewesene Höhe, zumal die Kreditnachfrage zunächst drängend blieb.

Die steigenden Zinsen vermochten indes die Unternehmen von einer Kreditaufnahme solange kaum abzuschrecken, als diese angesichts der günstigen Absatzlage davon ausgingen, höhere Kreditkosten in den Preisen auffangen zu können. Schließlich mögen die Unternehmen weitere Kredite auch deshalb nachgefragt haben, weil die zunehmende Liquiditätsanspannung der Banken befürchten ließ, diese müßten ihr Kreditangebot bald noch mehr einschränken. Gelder, welche die Unternehmen nicht sofort für Zahlungen benötigten, konnten sie auf hochverzinslichen Terminkonten anlegen. Unternehmen, die Zutritt zum Geldmarkt hatten, waren imstande, sich gar noch ein Zubrot zu verdienen.

181. In den Sommermonaten 1973 begann sich die Kreditexpansion deutlich abzuschwächen. Nachdem die Banken im ersten Vierteljahr noch geringfügig mehr Kredite an inländische Nichtbanken gewährt hatten als im gleichen Vorjahreszeitraum, war die Kreditvergabe im dritten Quartal mit 13,9 Mrd. DM um nahezu ein Viertel niedriger als vor Jahresfrist. Am meisten wurde die Vergabe kurzfristiger Kredite eingeschränkt; sie war in den Sommermonaten um ein Drittel geringer als ein Jahr zuvor. Besonders stark schrumpften die Wechseldiskontkredite, da die Banken deren Zinsen infolge der drastisch gekürzten Rediskontierungsmöglichkeiten kräftiger als die aller anderen Kreditarten heraufgesetzt hatten. Auch langfristige Ausleihungen nahmen um die Jahresmitte weniger zu. Lediglich Kredite mittlerer Fristen wurden bis zum Sommer noch stärker ausgeweitet als im Vorjahr; inzwischen ist jedoch auch hier ein Rückgang zu erkennen.

Die Verengung des inländischen Kreditangebots konnte die Wirtschaft allerdings nicht in vollem Umfang treffen, denn es gelang vielen Unternehmen trotz der Verschärfung der Kapitalverkehrskontrollen, verstärkt auf Auslandskredite auszuweichen. Die Unternehmen waren auch deshalb weniger auf zusätzliche Kredite angewiesen, weil sich, wie stets im Konjunkturaufschwung, Ein- und Auszahlungen mehr und mehr synchron entwickelten (JG 72 Ziffern 239 f.).

182. Die straffere notenbankpolitische Kontrolle über die Zentralbankgeldmenge zwang nicht alle Kreditinstitute gleichermaßen zur Zurückhaltung im Aktivgeschäft. Großbanken konnten auch über die Jahresmitte hinaus ihre Kreditgewährung in ähnlichem Umfang wie 1972 — ohnehin ein Jahr der Mengenkonjunktur der Banken — ausdehnen. Auch die Girozentralen weiteten im Spätsommer ihre Kredite noch kräftig aus, während etwa bei den Privatbanken die Kreditbestände deutlich zurückgeführt werden mußten.

---

[1]) Saldiert mit Bestandsveränderungen der Mobilisierungs- und Liquiditätspapiere im Besitz der inländischen Kreditinstitute.

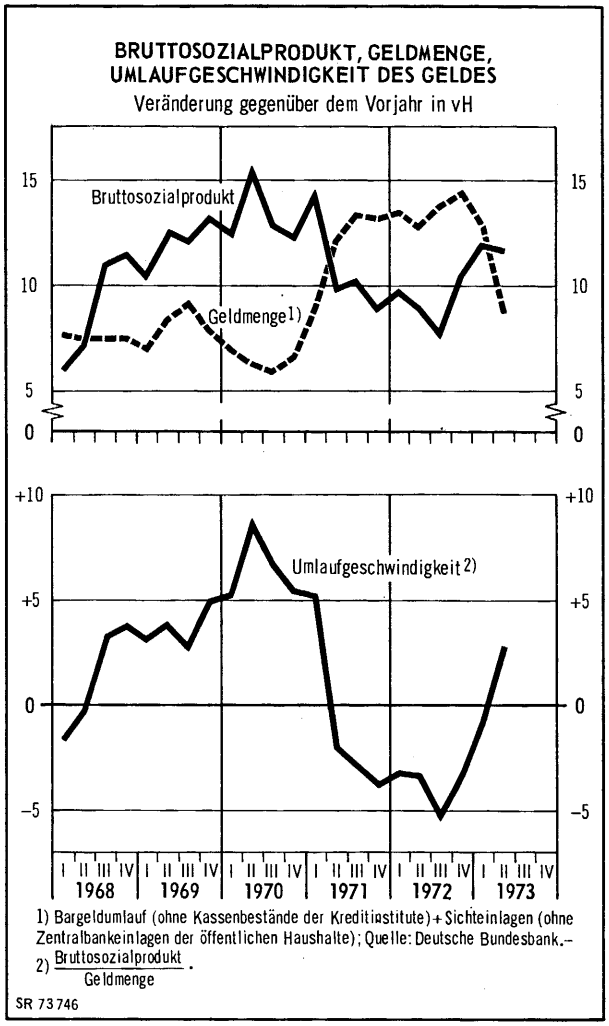
[2]) Der Zentralbankgeldbedarf aufgrund mindestreservepolitischer Maßnahmen wäre größer gewesen, hätten nicht Anlageentscheidungen des inländischen Publikums und die Umwandlung von Auslandseinlagen in Inlandseinlagen eine Änderung der Einlagenstruktur herbeigeführt, welche — für sich genommen — eine Senkung des durchschnittlichen Reservesatzes bewirkte.

183. Auch die über den Kapitalmarkt laufende Verschuldung stand 1973 im Zeichen der entschlossenen Bundesbankpolitik. Der Markt erwies sich als nicht mehr so aufnahmefähig wie im Vorjahr; bemerkenswerte Verschiebungen zeigten sich in der Struktur der emittierten Papiere wie auch der Käufergruppen.

In den ersten neun Monaten des Jahres betrug der Absatz festverzinslicher Wertpapiere inländischer Emittenten nur noch 20,1 Mrd. DM gegenüber 26,6 Mrd. DM im gleichen Vorjahreszeitraum. Die emittierten Papiere wurden nahezu ausschließlich von inländischen Nichtbanken aufgenommen. Die Kreditinstitute — in den früheren Jahren die größte Käufergruppe — erwarben in dem genannten Zeitraum nur für rund 1,5 Mrd. DM festverzinsliche Wertpapiere. Gebietsfremde bauten ihren Bestand an solchen Papieren per saldo sogar leicht ab, jedoch ist wegen der Umgehungen der Kapitalverkehrskontrollen zweifelhaft, ob die Käufe von Ausländern in der Kapitalverkehrsstatistik korrekt erfaßt sind.

Auch die Struktur der emittierten Papiere änderte sich infolge der Restriktionspolitik der Bundesbank. Das Nachlassen der Baukonjunktur, mit bedingt durch die hohen Zinsen, beeinträchtigte das Aktivgeschäft der Realkreditinstitute erheblich; der rückläufige Pfandbriefabsatz — er halbierte sich gegenüber 1972 — spiegelt dies deutlich wider. Der Verkauf von Kommunalobligationen betrug in den ersten neun Monaten 1973 sogar nur ein Drittel des Vorjahreswertes. Dagegen hat sich der Absatz anderer Bankschuldverschreibungen gegenüber dem Vorjahr nahezu vervierfacht. Bei diesen Papieren handelt es sich zu einem großen Teil um Schuldverschreibungen der Girozentralen mit kurzen Laufzeiten. Der Absatz solcher Papiere bringt den Vorteil einer mindestreservefreien Mittelbeschaffung; daß er stark ausgeweitet wurde, mußte den kreditpolitischen Absichten der Bundesbank zuwiderlaufen.

Schaubild 30



184. Daß die Kreditexpansion im bisherigen Verlauf des Jahres aufs ganze gesehen über die Expansion der Zentralbankgeldmenge, bereinigt um den unmittelbaren Einfluß von Änderungen der Mindestreservesätze, hinausging, darf nicht verwundern. Zu dem verknappten Geldangebot und der daraus resultierenden Verteuerung des Geldes paßte eine entsprechende Änderung der Anlageentscheidungen der Unternehmen und Haushalte. Die Kassenhaltung wurde rationalisiert. Geld, das man nicht unbedingt für Zahlungen benötigte, wurde verliehen, größtenteils an Banken in der Form stark vermehrter Termineinlagen und von diesen dann weiter an diejenigen, die es für ihre Zahlungen alsbald brauchten. Dies ist der Weg, auf dem sich bei verknapptem Geldangebot die sogenannte Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes erhöht. Das Weiterverleihen von Geld aufgrund rationalisierter Kassenhaltung ist allerdings nicht neutral im Hinblick auf die Geldmenge: Es wird von den einen mehr Geld hergegeben (mit der Umwandlung von Sichteinlagen in Termineinlagen), als die Banken anderen wieder ausleihen können. Denn da sich mit den zusätzlichen Kreditbeziehungen, soweit sie über Banken laufen, eine Expansion auch der Bankeinlagen ergibt, erhöht sich das Mindestreservesoll der Banken (und zwar stärker, als es sich mit der Umwandlung von Sichteinlagen in Termineinlagen wegen der unterschiedlichen Reservesätze mindert); auf dem Wege zu einem häufigeren Einsatz der vorhandenen Geldmenge geht also gleichsam ein Teil derselben zugunsten der Bundesbank „verloren". Anders gewendet: Die Geldschöpfung durch Kredite nimmt zu, jedoch weniger, als die Geldmenge durch zusätzliche Geldkapitalbildung abgenommen hat. Der Vorteil für die Wirtschaft liegt in der so ermöglichten stärkeren Nutzung des knappen Geldes. Noch einmal anders gewendet und nun allein aus der Sicht der Banken: Die Veränderung der Einlagenstruktur begünstigte die Kreditgewährungsmöglichkeiten der Banken. Der durchschnittliche Reservesatz sank, weil für Termineinlagen niedrigere Reservesätze gelten als für Sichteinlagen; Umbuchungen von Spar- auf Terminkonten, die, für sich genommen, zu einer höheren Mindestreservebelastung führten, machten dies bei weitem nicht wett. Die Einlagen banden also weniger Geld in der Mindestreserve, als es sonst der Fall gewesen wäre und ließen daher eine größere Kreditexpansion zu. Nur das Durchsickern von D-Mark auf Ausländerkonten hin zu den Inländern brachte gleichermaßen eine Erhöhung der inlän-

dischen Geldmenge und des Kreditgewährungsspielraums der Banken.

Man muß sehen, daß es bloß der äußere Niederschlag dieses gesamten Prozesses ist, der — und darauf kommt es an — von der Verknappung im Angebot an Zentralbankgeld regiert wird, wenn man im Jahre 1973 beobachtet, daß die Bankkredite stärker zugenommen haben als die Bankeinlagen und daß der Anteil der Sichteinlagen an den gesamten Einlagen abgenommen hat. Entscheidend ist hier die Erhöhung der Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes bei verminderter Geldmengenexpansion.

185. Die Veränderung in der Menge des zur Verfügung gestellten Zentralbankgeldes, die Veränderung in den Mindestreservesätzen und die zuvor beschriebenen Reaktionen der Nichtbanken auf die veränderte monetäre Situation hatten zusammen die Wirkung, daß sich die Zunahme der Geldmenge M_1 trotz der Ausweitung der Kredite auffallend verlangsamte, ja daß die Geldmenge im Verlauf des Jahres zeitweilig sogar abnahm. Im Spätsommer war sie kaum noch größer als zur entsprechenden Vorjahreszeit, während der Abstand Anfang des Jahres noch 13 vH betragen hatte. In welchem Umfang wegen der Geldverknappung Ausgaben unterblieben und aus diesem Grunde die Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes immerhin weniger stark zunahm, als sie es sonst getan hätte, läßt sich nicht abschätzen. Das Bild im zeitlichen Vergleich ist: Bei stark steigenden volkswirtschaftlichen Gesamtausgaben beschleunigte sie sich außerordentlich (Schaubild 30).

Die hohen Zinsen für Termingelder führten dazu, daß die Nichtbanken in den Sommermonaten mehr als 1½mal so viel Termineinlagen mit einer Befristung unter drei Monaten hielten als ein Jahr zuvor. Eine sprunghafte Beschleunigung im Zuwachs dieser Einlagen war ab April zu verzeichnen, also jenem Zeitpunkt, ab welchem die Kreditinstitute mangels Liquiditätsreserven keinen freien Rückgriff auf Zentralbankgeld mehr hatten. Die Attraktivität einer Anlage auf Terminkonten hatte auch Auswirkungen auf die traditionellen Formen der Ersparnisbildung. Die Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist, die bislang stets gestiegen waren, gingen nach dem Frühjahr sogar absolut zurück. Im zweiten Quartal 1973 buchten Sparer 1,8 Mrd. DM, im dritten gar 2,8 Mrd. DM netto von Sparkonten ab.

Bedingt durch die beschleunigte Expansion der Termingelder lag die Zuwachsrate der Geldmenge in der weiteren Abgrenzung M_2 (Geld- und Quasigeldbestände) auch im Spätsommer noch über jener der gesamten Einlagen der Kreditinstitute.

Spürbarer Zinsanstieg

186. Die Einlagen- und Kreditzinsen in der Bundesrepublik haben 1973 infolge der ungewohnt knappen Versorgung mit Zentralbankgeld eine bisher nicht erreichte Höhe erklommen (Schaubild 31). Dabei bildete sich ein breites Zinsspektrum heraus.

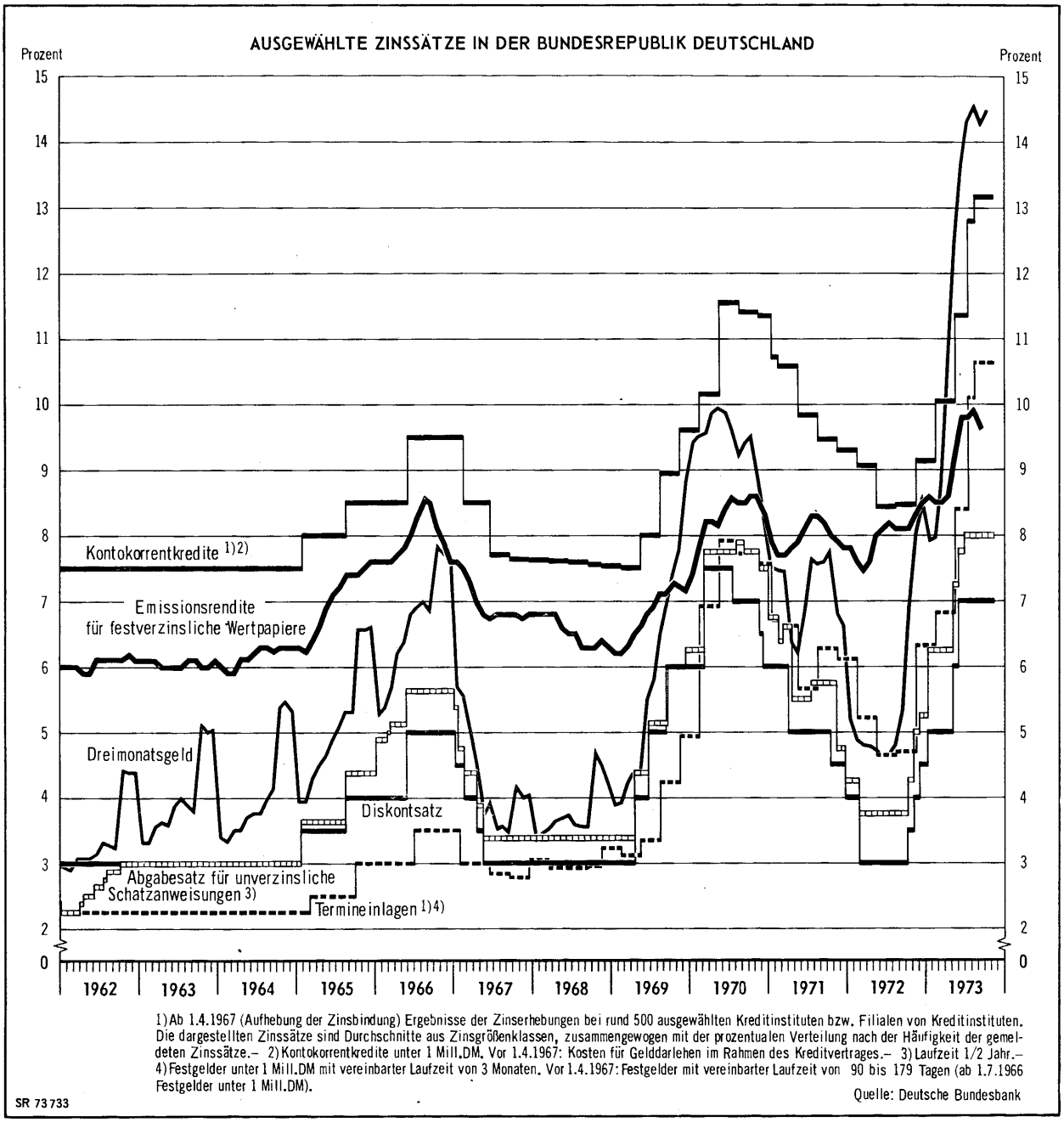
Am deutlichsten spiegeln die außergewöhnlich hohen Zinsen für Tagesgeld die Schwierigkeiten der Kreditinstitute, ihren Zentralbankgeldbedarf zu decken. Unvollkommenheiten der Feinsteuerung sowie Fehldispositionen der Banken, die sich der Politik der Bundesbank nicht sogleich anzupassen vermochten, trugen zu heftigen Zinsausschlägen bei. Schon im März war der durchschnittliche Tagesgeldsatz auf über 11 % geklettert. Im Juli wurden bei einem Durchschnittssatz von fast 16 % Höchstsätze von 30 % erreicht, jedoch auch Niedrigstwerte von 2 %. Im August schwankten die Tagesgeldzinsen zwischen 6¾ % und 40 %. Im Vorjahr hingegen lagen die Monatsdurchschnitte meist zwischen 3 % und 5 %; Ausschläge waren nur gering. Mit der drastischen Einschränkung der Refinanzierungsmöglichkeiten der Kreditinstitute verloren die Geldmarktzinsen den Kontakt zum Diskontsatz. Der Abstand zwischen Tagesgeldzins (Monatsdurchschnitt) und Diskontsatz betrug im April dieses Jahres, als er am größten war, fast 10 Prozentpunkte. Dagegen war er in den vorangegangenen Jahren auch bei starker Liquiditätsanspannung nicht einmal halb so hoch.

Die Sätze für Monats- und Dreimonatsgeld zogen seit April ebenfalls kräftig an. Der durchschnittliche Zinssatz für Monatsgeld erreichte im September dieses Jahres seinen Höchststand mit über 13 % gegenüber 5 % im gleichen Vorjahresmonat und einem Jahreshöchstwert von 8½ % im Dezember 1972. Der Dreimonatsgeldsatz stieg bis zur Jahresmitte auf einen Monatsdurchschnitt von mehr als 14 %, ein Jahr zuvor hatte er weniger als 5 % betragen. Als Spitzensätze, die in die Durchschnittsbildung eingingen, wurden allerdings vielfach nur Taxwerte genannt, denn in Zeiten besonders großer Liquiditätsanspannung und Unsicherheit über die künftige Versorgung mit Zentralbankgeld kamen kaum Geschäfte zustande.

187. Die Habenzinsen wurden durch den scharfen Wettbewerb der Kreditinstitute um Kundengelder rasch in die Höhe getrieben; dabei breitete sich der Zinsfächer weiter aus. Da der Markt für Monats- und Dreimonatsgeld zeitweilig zusammenbrach, waren die Banken bereit, insbesondere für Termineinlagen eine äußerst attraktive Verzinsung zu bieten. Verstärkt wurde die Zinssteigerungstendenz bei Termingeldern durch die Offen-Markt-Politik der Bundesbank mit Nichtbanken. Sie konkurrierte so unmittelbar mit den Kreditinstituten um Kundengelder. Die Renditen der nicht in die Geldmarktregulierung einbezogenen unverzinslichen Schatzanweisungen des Bundes, die größtenteils von Nichtbanken gekauft werden, betragen seit dem Sommer je nach Fristigkeit zwischen 9 % und 10 ¼ %. Die Zinsen für Festgelder mit vereinbarter Laufzeit von drei Monaten waren mit fast 11 % im August dieses Jahres um 6 Prozentpunkte höher als auf dem Tiefstand vor einem Jahr; einzelne Institute gewährten sogar Spitzensätze bis zu 12 %.

Die Zinsen für Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist wurden demgegenüber nur wenig angehoben, zuletzt im Juli 1973 auf 5 ½ %. Hierin kommt zum Ausdruck, daß insbesondere die Sparkassen, bei denen langfristige Hypothekarkredite einen hohen Anteil am Aktivgeschäft haben, sich mit Rück-

Schaubild 31



1) Ab 1.4.1967 (Aufhebung der Zinsbindung) Ergebnisse der Zinserhebungen bei rund 500 ausgewählten Kreditinstituten bzw. Filialen von Kreditinstituten. Die dargestellten Zinssätze sind Durchschnitte aus Zinsgrößenklassen, zusammengewogen mit der prozentualen Verteilung nach der Häufigkeit der gemeldeten Zinssätze.– 2) Kontokorrentkredite unter 1 Mill.DM. Vor 1.4.1967: Kosten für Gelddarlehen im Rahmen des Kreditvertrages.– 3) Laufzeit 1/2 Jahr.– 4) Festgelder unter 1 Mill.DM mit vereinbarter Laufzeit von 3 Monaten. Vor 1.4.1967: Festgelder mit vereinbarter Laufzeit von 90 bis 179 Tagen (ab 1.7.1966 Festgelder unter 1 Mill.DM).

SR 73733

Quelle: Deutsche Bundesbank

sicht auf ihre Altschuldner offenbar nicht in der Lage sahen, die Mittel für höhere Sparzinsen aufzubringen. Die Verzinsung von Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist stieg kaum stärker.

188. Einen neuen Höchststand erreichten auch die Sollzinsen. Die Banken erhöhten vor allem den Zins für Wechseldiskontkredite beträchtlich, denn für Wechsel hatten sie nur noch geringe Refinanzierungsmöglichkeiten. Der Durchschnittssatz betrug im August 12 1/2 %, der Spitzensatz 14 %; beide überstiegen den Vorjahresstand um 7 Prozentpunkte. Kontokorrentkredite verteuerten sich auf 13 1/4 % (Monatsdurchschnitt August). Der Zinsabstand zwischen diesen beiden Kreditarten war noch nie so klein; er betrug bei den Durchschnittsätzen im August dieses Jahres knapp einen, bei den am häufigsten gemeldeten Sätzen sogar nur einen halben Prozentpunkt. Die Zinsen für Hypothekarkredite, die sich bereits im Vorjahr auf einem hohen Niveau befanden, stiegen vom August 1972 um 2 1/4 Prozentpunkte auf durchschnittlich 10 1/2 % im gleichen Monat 1973.

189. Am Kapitalmarkt stieg die Umlaufsrendite festverzinslicher Wertpapiere bis zum Juli dieses Jahres um 2 Prozentpunkte gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat auf über 10 %. Seit August zeichneten sich Zinssenkungstendenzen ab, weil ein beträchtlicher Teil der Anleger den Höhepunkt der Zinsentwicklung gekommen glaubte und vermehrt Wertpapiere nachfragte, sei es, um sich hohe Zinseinkünfte längerfristig zu sichern, sei es, um Kursgewinne zu erzielen. Die Bundesbank stellte sich

dem zunächst entgegen. Durch ein größeres Angebot hochverzinslicher Titel und die Ankündigung von zwei weiteren Tranchen der Stabilitätsanleihe gelang es, das Absinken des Kapitalmarktzinses aufzuhalten. Zum Herbst hin waren jedoch größere Kurssteigerungen festverzinslicher Wertpapiere zu verzeichnen, und die Umlaufsrendite verringerte sich merklich.

Die Hochzinspolitik brachte mit sich, daß die Kurse umlaufender niedrig verzinslicher Wertpapiere weiter abfielen; 6prozentige Pfandbriefe etwa wurden zur Jahresmitte mit 67 DM notiert und damit um 11 DM weniger als ein Jahr zuvor. Der Anteil niedrig verzinslicher Titel am Wertpapierumlauf ist immer noch beträchtlich; derjenige zum Beispiel von Papieren mit einer Nominalverzinsung unter 7 % beträgt knapp die Hälfte.

Die steigende Rendite der festverzinslichen Wertpapiere führte, wie dies schon seit mehreren Jahren zu beobachten ist, auch 1973 zu einer deutlichen Verkürzung der Laufzeiten neu begebener Anleihen. Angesichts der hohen Zinsbelastung und der Unsicherheit über die Wirtschaftsentwicklung und den künftigen Kurs der monetären Politik sind die Emittenten besonders zurückhaltend geworden, langfristige Zinsversprechen zu geben.

IV. Öffentliche Finanzen: Zögernde Abkehr vom expansiven Kurs

190. Im Hinblick auf die konjunkturellen Aussichten für das Jahr 1973 mußte es Aufgabe der Finanzpolitik sein, expansive Wirkungen der öffentlichen Haushalte zu vermeiden. So versuchte der Finanzplanungsrat im Herbst 1972, eine Obergrenze für die Ausgabenexpansion zu setzen, der die Gebietskörperschaften als allgemeiner Richtschnur auch zustimmten. Schon zu Beginn des Jahres 1973 war diese allerdings in den Haushaltsplänen weit überschritten. Eine noch stärkere Ausgabenexpansion drohte, da erwartet werden mußte, daß den Gebietskörperschaften weiterhin reichlich konjunkturell und inflatorisch bedingte Steuermehreinnahmen zufließen würden.

Als sich die Gefahr einer konjunkturellen Überhitzung immer deutlicher abzeichnete, entschloß sich die Bundesregierung nach längerem Zögern, in ihrem Stabilitätsprogramm steuerliche Sonderregelungen vorzusehen (Tabelle 19). Erst diese verhinderten, daß die Finanzpolitik 1973 insgesamt expansiv wirkte. Die Ausgaben der Gebietskörperschaften allerdings gingen trotz restriktiv angelegter Haushaltsführung noch über die Planungen vom Jahresbeginn hinaus.

191. Wollte die Finanzpolitik 1973 dem Konjunkturaufschwung nicht zusätzlich Auftrieb geben, mußte der Staat seine Haushalte zumindest konjunkturneutral gestalten; er durfte also nicht wie in den letzten Jahren mehr an Produktionspotential beanspruchen, als er an privaten Ansprüchen durch seine Einnahmeregelungen zurückzudrängen bereit war. Da nicht daran gedacht war, in größerem Ausmaß Steuern zu erhöhen, kam es darauf an, die Gebietskörperschaften an einer zu starken Ausgabenexpansion zu hindern. Der Finanzplanungsrat, in dem Bund, Länder und Gemeinden die Planung ihrer Haushalte koordinieren sollen, empfahl deshalb im September 1972, die Gesamtausgaben 1973 um nicht mehr als 10 ½ vH auszuweiten. Zu dieser Zeit war für 1972 noch mit einem Ausgabenvolumen von 250 Mrd. DM zu rechnen. Für 1973 waren damit 276 Mrd. DM zur Obergrenze für die Haushaltsplanungen erklärt.

Diese Richtschnur gewährleistete freilich nicht, daß 1973 von den Haushalten der Gebietskörperschaften nicht doch expansive Impulse ausgehen würden. Vom voraussichtlichen Steueraufkommen waren keine kontraktiven Wirkungen zu erwarten, da nicht damit zu rechnen war, daß die Steuereinnahmen stärker als das Sozialprodukt steigen würden. Vor allem aber konnten sich Bund, Länder und Gemeinden nicht darüber einigen, wie der vorgegebene Ausgabenspielraum auf die einzelnen Gebietskörperschaften aufzuteilen sei. Der Bund gestand sich selbst die insgesamt angestrebte Zuwachsrate (10 ½ vH) zu und blieb damit bei seinem Haushaltssoll für 1973, das er schon zuvor auf 120,4 Mrd. DM festgelegt hatte. Dem hielten die Länder entgegen, ihre Etats seien durch die vom Bund mitbeschlossenen Reformmaßnahmen am meisten belastet, und forderten deshalb für sich eine stärkere Steigerung ihres Haushaltsvolumens, an dem sie, wie die in reichem Umfang geplanten Zuweisungen zeigten, auch die Gemeinden beteiligen wollten.

192. Einen Zwang, ihre Ausgabenneigung zu zügeln, spürten die Gebietskörperschaften immer weniger, je mehr sich ihre Finanzlage entspannte; obwohl sie gegen Jahresende 1972 ihre Ausgaben verstärkt ausgeweitet hatten, waren infolge überraschender Steuermehreinnahmen, insbesondere bei den Ländern, hohe Kassenreserven entstanden. Dies dürfte dazu beigetragen haben, daß nach der Jahreswende die ohnehin schon expansiven Ausgabenpläne der Länder bei den Haushaltsberatungen noch einmal kräftig aufgestockt wurden. Der Bund hielt zwar weiter an dem im Herbst beschlossenen Haushaltsvolumen fest, doch schaffte er sich darin Raum für zusätzliche Ausgaben. Nachdem im Dezember der Haushaltsplan für das gerade abgelaufene Jahr verabschiedet war, zog er 1,2 Mrd. DM überplanmäßiger Zuschüsse an die Bundesbahn noch in den Haushalt 1972 vor, die sonst den Etat 1973 belastet hätten. Spielraum für weitere 2,5 Mrd. DM hatte er bereits zuvor gewonnen, als er sich einen Teil seiner Zahlungsverpflichtungen gegenüber der Sozialversicherung selbst stundete [1]).

[1]) Wir rechnen diesen Betrag, ebenso wie jenen Teil der Zuschüsse in Höhe von 1 Mrd. DM, die der Bund 1972 der Sozialversicherung in Form von Schatzbriefen abgegolten hatte, zu den Ausgaben, denen auf der Einnahmeseite im Bundeshaushalt gleichhohe Kredite der Sozialversicherung an den Bund gegenüberzustellen sind. Dies entspricht dem, was bei der Zahlung der Zuschüsse de facto geschehen wäre: Der Bund hätte Ausgaben an die Sozialversicherung getätigt und dafür Kredite aufgenommen. Die Ausgaben der Sozialversicherung wurden von der Stundung nicht berührt, da diese ohnehin über Einnahmeüberschüsse verfügte. Der Sozialversicherung standen lediglich weniger Mittel zur Anlage auf dem Kapitalmarkt zur Verfügung.

Tabelle 19

Übersicht finanzpolitisch wichtiger Ereignisse

Datum	
1972	
6. September	Die Bundesregierung berät über die Eckwerte für den Bundeshaushalt 1973 und für die mittelfristige Finanzplanung bis 1976: — Für 1973 wird ein Haushaltsvolumen von 120,4 Mrd. DM, entsprechend einer Zunahme um 10½ vH gegenüber den voraussichtlichen Ist-Ausgaben von 1972, angestrebt. — Bis 1976 soll das Haushaltsvolumen im Jahresdurchschnitt um 8½ vH expandieren.
8. September	Die Kommission der Europäischen Gemeinschaften empfiehlt als Leitlinien für die Finanzpolitik von Bund und Ländern — eine Zunahme der Ausgaben um 9 vH bis 10½ vH und — einen Nettofinanzierungssaldo von 9 Mrd. DM.
14. September	Der Finanzplanungsrat und der Konjunkturrat für die öffentliche Hand befassen sich mit den Grundannahmen für die Aufstellung der Etatentwürfe 1973 und der mittelfristigen Finanzplanung bis 1976: — Im Jahr 1973 sollen von den Haushalten der Gebietskörperschaften keine expansiven Wirkungen ausgehen. Eine Zunahme der Staatsausgaben um 10½ vH wird für vertretbar gehalten. Die Nettokreditaufnahme sollte den für 1972 zu erwartenden Betrag von 16 Mrd. DM nicht überschreiten. — Bis 1976 sollen die Ausgaben mit 9 vH im Jahresdurchschnitt etwas stärker zunehmen als das Bruttosozialprodukt (8½ vH).
31. Oktober	Die Wirtschafts- und Finanzminister der Europäischen Gemeinschaft empfehlen, die Ausweitung der Staatsausgaben im Jahre 1973 auf den Zuwachs des Bruttosozialprodukts zu begrenzen, den Ausgabenabfluß im ersten Halbjahr 1973 zu verzögern und inflationsbedingte Steuermehreinnahmen zur Verminderung des Nettofinanzierungsdefizits zu verwenden.
20. Dezember	Bundestag und Bundesrat verabschieden den Bundeshaushalt 1972 mit Ausgaben von 109,0 Mrd. DM, Einnahmen von 104,6 Mrd. DM und einer Nettokreditaufnahme von 4,0 Mrd. DM.
1973	
17. Februar	Die Bundesregierung legt den Jahreswirtschaftsbericht vor, in dem sie als finanzpolitische Sofortmaßnahmen ankündigt: — eine Stabilitätsabgabe von 10 vH der Körperschaftsteuerschuld sowie der Einkommensteuerschuld bei Steuerpflichtigen mit einem Jahreseinkommen von mehr als 100 000 DM (Ledige) bzw. 200 000 DM (Verheiratete) für die Zeit vom 1. Juli 1973 bis 30. Juni 1974 einzuführen. Die Einnahmen sollen auf einem Sonderkonto der Bundesbank stillgelegt werden; — die Mineralölsteuer ab 1. Juli 1973 um 5 Pfennig je Liter zu erhöhen. Außerdem soll die Abführung der Mineralölsteuer und der Branntweinabgaben beschleunigt werden; — die Investitionszulagen von 10 vH auf 7,5 vH zu kürzen; — die degressive Abschreibung bei Gebäuden, mit Ausnahme des öffentlich geförderten Wohnungsbaus, aufzuheben; — eine Stabilitätsanleihe in Höhe von 4 Mrd. DM aufzulegen und deren Betrag auf einem Sonderkonto der Bundesbank stillzulegen.

noch Tabelle 19

Datum	
1973	
17. Februar	Zugleich verabschiedet die Bundesregierung den Entwurf des Bundeshaushalts 1973 und legt die mittelfristige Finanzplanung bis 1976 vor. Der Etatentwurf für 1973 sieht ein Ausgabenvolumen von 120,4 Mrd. DM sowie eine Nettokreditaufnahme von 4 Mrd. DM vor.
29. März	Der Finanzplanungsrat spricht sich dafür aus, daß die öffentlichen Haushalte 1973 expansive Wirkungen vermeiden und einen angemessenen stabilitätspolitischen Beitrag leisten sollten. Hierfür empfiehlt er, neben einer restriktiven Haushaltsführung durch Rechtsverordnung sicherzustellen, daß die Nettokreditaufnahme der Gebietskörperschaften 1973 die Summe des Vorjahres nicht übersteigt. Steuermehreinnahmen gegenüber der Steuerschätzung vom 27. Februar sollen bei der Bundesbank stillgelegt werden, soweit sie nicht zur Verringerung der Nettokreditaufnahme oder zur Deckung unabweisbarer Mehrausgaben verwendet werden.
3. Mai	Der Konjunkturrat für die öffentliche Hand hält es für erforderlich, daß die Gebietskörperschaften ihre vorgesehene Nettokreditaufnahme um 4,5 Mrd. vermindern.
9. Mai	Die Bundesregierung beschließt ein Stabilitätsprogramm. Danach sollen — mit sofortiger Wirkung eine Investitionsteuer von 11 vH auf die Dauer von höchstens 2 Jahren eingeführt werden; — die Einkommensgrenze des Stabilitätszuschlags auf 24 000 DM/48 000 DM herabgesetzt werden; — die degressive Abschreibung für neue Ausrüstungsinvestitionen bis zum 30. April 1974 ausgesetzt werden; — die erhöhte Abschreibung gemäß § 7 b EStG für neu beantragte Wohnbauten bis zum 30. April 1974 ausgesetzt werden; — 10 vH der Haushaltsansätze für die Gemeinschaftsaufgaben von Bund und Ländern in diesem Jahr eingespart und auf 1974 verschoben werden; — bei den nicht rechtlich gebundenen Ausgaben des Bundes 5 vH der Ansätze im Wege des Haushaltsvollzugs eingespart werden. Die Länder werden aufgefordert, ebenso zu verfahren; — die Gebietskörperschaften ihre Nettokreditaufnahme um insgesamt 5,5 Mrd. DM kürzen, und zwar der Bund um 1,7 Mrd. DM, die Länder um 2,8 Mrd. DM und die Gemeinden um 1 Mrd. DM; — Steuermehreinnahmen, die nicht zur Verringerung der Nettokreditaufnahme verwendet werden, stillgelegt werden.
20. Juni	Der Bundestag verabschiedet den Bundeshaushalt 1973. Die Ausgabenansätze liegen mit 120,2 Mrd. DM um 9,6 vH über den Ist-Ausgaben des Vorjahrs. Eine Nettokreditaufnahme von 1,9 Mrd. DM ist vorgesehen.
27. Juni	Der Finanzplanungsrat betont, daß der Erfolg des Stabilitätsprogramms nur gewährleistet ist, wenn die Gebietskörperschaften die vorgesehene restriktive Haushaltsführung konsequent verwirklichen. Die vom Bundesfinanzminister vorgeschlagene Zuwachsrate für den öffentlichen Gesamthaushalt 1974 in Höhe von 10,9 vH wird von einigen Ländern als eine zu undifferenzierte Vorgabe erachtet. Für 1974 wird eine weitere Begrenzung für die Kreditaufnahme der Gebietskörperschaften und die Bildung von Konjunkturausgleichsrücklagen angekündigt.

noch Tabelle 19

Datum	
1973	
6. September	Die Bundesregierung verabschiedet den Entwurf des Bundeshaushaltsplans 1974 und legt die mittelfristige Finanzplanung bis 1977 vor: — Für 1974 wird ein Haushaltsvolumen von 134,4 Mrd. DM, 10,5 vH mehr als das vergleichbare Ausgabensoll des laufenden Jahres, und eine Nettokreditaufnahme von 2,3 Mrd. DM angestrebt. — Bis 1977 soll das Haushaltsvolumen im Jahresdurchschnitt um 8½ vH expandieren.
12. September	Die Bundesregierung beschließt neue Eckwerte für die Reform der Einkommensteuer, der Lohnsteuer und der Gewerbesteuer sowie für den Familienlastenausgleich, die ab 1. Januar 1975 wirksam werden soll. Sie sehen steuerliche Entlastungen von über 8 Mrd. DM vor.
18. September	Die Kommission der Europäischen Gemeinschaften empfiehlt als Leitlinien für die Finanzpolitik 1974 in der Bundesrepublik, Bund und Länder sollen im ganzen ihre Ausgaben nicht stärker als um 10,5 vH ausweiten und einen Nettofinanzierungsüberschuß von mindestens 2 Mrd. DM erwirtschaften.
26. Oktober	Die Bundesregierung legt den Entwurf eines Dritten Steuerreformgesetzes vor. Er umfaßt die Neuregelung der Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer sowie der Sparförderung.
5. November	Der Finanzplanungsrat empfiehlt, zur stabilitätsgerechten Gestaltung der öffentlichen Haushalte auch für 1974 eine „Schuldendeckel"-Verordnung zu erlassen. Darin seien als Höchstbetrag für die Kreditaufnahme des Bundes 4,3 Mrd. DM, der Länder 4,3 Mrd. DM und der Gemeinden 5,6 Mrd. DM vorzusehen.

Als im Frühjahr 1973 die konjunkturelle Entwicklung schon nicht mehr ein nur konjunkturneutrales, sondern ein kontraktives Verhalten gebot, war offenkundig, daß im Jahre 1973 die Gebietskörperschaften 284 ½ Mrd. DM (einschließlich der gestundeten Zuschüsse an die Sozialversicherung) auszugeben planten — 12 ½ vH mehr als im Vorjahr und 8 ½ Mrd. DM mehr, als es den Vorsätzen vom Herbst 1972 entsprochen hätte. Weitere Mehrausgaben durch Haushaltsrisiken zeichneten sich ab.

193. Erneut bemühte sich der Finanzplanungsrat, die Ausgabenexpansion zu bremsen, und zwar wie schon 1972 durch Abstriche von der beabsichtigten Kreditaufnahme. So wurde empfohlen, die veranschlagte Nettokreditaufnahme um 4,5 Mrd. DM auf 14,5 Mrd. DM zu reduzieren. Auch als später in der „Schuldendeckel"-Verordnung der Kürzungsbetrag auf 5,5 Mrd. DM festgesetzt wurde, brauchten die Ausgabenpläne nicht geändert zu werden, denn die Gebietskörperschaften konnten inzwischen mit nicht eingeplanten inflations- und konjunkturbedingten Steuermehreinnahmen rechnen. Einzelne Länder erhöhten sogar nach diesem Beschluß noch durch Nachträge ihre Haushaltsansätze. Die Ausgabenpläne uferten mehr und mehr aus.

194. Obwohl sich der Konjunkturaufschwung nach der Jahreswende weit stärker als erwartet beschleunigte, konnte sich die Bundesregierung nur zögernd dazu entschließen, wirksam gegenzusteuern. Zwar hatte sie in ihrem Jahreswirtschaftsbericht 1973 angekündigt, von der Jahresmitte an eine auf 12 Monate befristete Stabilitätsabgabe zu erheben, die Einkommen ab 100 000 DM/200 000 DM treffen sollte, und die Mineralölsteuer zu erhöhen. Doch erst im Mai 1973 ergänzte sie diese Maßnahmen und weitete sie zum Stabilitätsprogramm aus, von dem nun beachtliche kontraktive Wirkungen auf die private Nachfrage, vor allem nach Investitionsgütern, ausgelöst wurden: Ausrüstungen sowie Bauten der Unternehmen wurden mit einer Investitionsteuer belastet, Vergünstigungen bei den steuerlichen Abschreibungen vorübergehend ausgesetzt und die Stabilitätsabgabe auf Einkommen ab 24 000 DM/48 000 DM ausgedehnt [1]).

Auch Ausgabenkürzungen wurden nun beschlossen. Bei den Gemeinschaftsaufgaben von Bund und Ländern sollten die Ausgaben so gestreckt werden, daß 10 vH, das sind 0,7 Mrd. DM, eingespart würden. Abstriche bei den Ausgaben des ERP-Sondervermögens kamen hinzu; zusammen mit vorgesehenen

[1]) Nach dem Willen der Länder wurde im Gesetzgebungsverfahren die Stabilitätsabgabe, deren Aufkommen bei einer Auflösung der stillgelegten Mittel allein dem Bund zugestanden hätte, in einen Stabilitätszuschlag umgewandelt, so daß jetzt auch Länder und Gemeinden an den Einnahmen teilhaben.

Kürzungen der rechtlich nicht gebundenen Ausgaben des Bundes ergab dies weitere Einsparungen von 0,9 Mrd. DM. Die Länder äußerten ähnliche Kürzungsabsichten. Weder der Bund noch die Länder stellten jedoch Kürzungen in ihre Haushaltspläne ein; sie vertrauten vielmehr darauf, diese durch eine restriktive Haushaltsführung verwirklichen zu können. Zunächst schien dies auch zu gelingen, da schon vom Jahresanfang an das Ausgabentempo verzögert worden war. Bis Juni gaben Bund und Länder insgesamt nur rund 8 vH mehr aus als im entsprechenden Vorjahreszeitraum, obwohl die Haushaltspläne für 1973 11½ vH [1]) vorsahen. Dies lag vor allem daran, daß die Finanzminister bis zur parlamentarischen Verabschiedung der Haushaltspläne eine restriktive vorläufige Haushaltsführung durchsetzen konnten. Als die Pläne verabschiedet waren, beschleunigte sich das Ausgabentempo jedoch zusehends; in den ersten neun Monaten übertrafen die Ausgaben des Bundes und der Länder ihr Vorjahresniveau bereits um 10½ vH und dies, obwohl inzwischen neue Haushaltssperren verfügt worden waren, um die im Stabilitätsprogramm angekündigten Ausgabenkürzungen zu erreichen.

[1]) Ohne gestundete Zuschüsse an die Sozialversicherung, da vierteljährliche Informationen nur über kassenwirksame Ausgaben zur Verfügung stehen.

Ungebrochene Ausgabenexpansion trotz restriktiver Haushaltsführung

195. Die Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts schätzen wir für 1973 auf 285 Mrd. DM. Das sind 12½ vH mehr als das tatsächliche Ausgabenvolumen des Vorjahres (Tabelle 20). Obwohl die Gebietskörperschaften damit ihre Ausgaben bei

Tabelle 20

Die Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte [1])

Art der Ausgaben bzw. Einnahmen	1971 [2])	1972 [2])	1973 [3])	1972 [2])	1973 [3])
	Mrd. DM			Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH	
Eigenfinanzierte Ausgaben (ohne Schuldentilgung) [4]) [5])	226,8	253,3	285,0	+11,7	+12,5
Laufende Rechnung	168,8	192,1	218,1	+13,8	+13,5
davon:					
Personalausgaben	73,4	82,0	94,4	+11,8	+15,1
Sachaufwand [6])	38,2	43,0	48,1	+12,4	+11,9
Laufende Übertragungen [5])	49,5	58,4	65,7	+17,9	+12,5
Zinszahlungen	7,7	8,7	9,9	+14,1	+13,8
Kapitalrechnung	57,9	61,1	66,9	+ 5,6	+ 9,5
davon:					
Sachinvestitionen	37,6	39,5	42,3	+ 4,9	+ 7,1
Vermögensübertragungen	11,2	12,4	14,8	+11,2	+19,4
Gewährung von Darlehen, Beteiligungen	9,1	9,2	9,8	+ 1,5	+ 6,5
Eigene Einnahmen (ohne Kreditmarkt- und Rücklagemittel) [4])	214,8	233,5	274,0	+ 8,7	+17,3
Laufende Rechnung	207,0	225,3	265,3	+ 8,8	+17,8
darunter: Steuern [7])	175,9	191,2	228,0	+ 8,7	+19,2
Kapitalrechnung	7,8	8,2	8,4	+ 4,5	+ 2,4
Saldo der durchlaufenden Mittel	− 0,3	− 0,0	.	.	.
Nettofinanzierungssaldo	−12,3	−19,9	−11,0	.	.

[1]) Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, Öffa, Europäische Gemeinschaften, Länder und Gemeinden (Gv.).
[2]) Vorläufige Ergebnisse.
[3]) Eigene Schätzung; eigene Steuerschätzung.
[4]) Gesamtausgaben bzw. Gesamteinnahmen nach Abzug der Zahlungen von Gebietskörperschaften (Zuweisungen, Darlehen, Darlehensrückflüsse).
[5]) Einschließlich gestundeter Zuschüsse an die Sozialversicherung (1972: 1,0 Mrd. DM, 1973: 2,5 Mrd. DM).
[6]) Einschließlich militärischer Beschaffungen und Anlagen.
[7]) Unter Berücksichtigung des Konjunkturzuschlags zur Einkommen- und Körperschaftsteuer, des Stabilitätszuschlags und der Investitionsteuer.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen

erhöhter konjunktureller Anspannung und trotz restriktiver Haushaltsführung stärker als im vorigen Jahr ausweiteten, sahen sie ihre stabilitätspolitischen Verpflichtungen als erfüllt an. Ihre Kreditaufnahme hatten sie nämlich, wie vereinbart, gekürzt, zum Teil sogar um mehr, als das Stabilitätsprogramm es von ihnen verlangte. Die hohen Steuermehreinnahmen ermöglichten dies. Die restriktive Haushaltsführung hatte immerhin den Erfolg, daß die Gebietskörperschaften nicht noch mehr ausgaben, als in den Haushaltsplänen vorgesehen war. Unvorhergesehene Mehrausgaben wurden durch Kürzungen anderer Ausgaben gedeckt.

196. Solche Kürzungen gingen vor allem zu Lasten der Investitionen. Nachdem diese bereits im Vorjahr nur um 5 vH gestiegen waren, blieb die Zuwachsrate 1973 mit 7 vH wiederum unter der der Gesamtausgaben. Dagegen gelang es nicht, die Expansion der Personalausgaben zu dämpfen. Zum einen dürfte die starke Ausweitung des Personalbestandes, die im Durchschnitt der letzten vier Jahre 3½ vH ausgemacht hatte, weiter angehalten haben. Zum anderen fielen die tariflichen Besoldungsverbesserungen zu Jahresbeginn höher aus als 1972. Hinzu kam im Herbst die Anhebung des Weihnachtsgeldes für die Staatsbediensteten auf ein volles Monatsgehalt. Damit erhöhte sich die Zunahme der Personalausgaben auf 15 vH.

197. Daß die Ausgabenexpansion 1973 nicht noch stärker ausfiel, ist vor allem der zurückhaltenden Haushaltsführung des Bundes zuzurechnen. Auch nach der Verabschiedung des Haushaltsplanes stiegen die Ausgaben des Bundes kaum kräftiger als in den Monaten zuvor. Es wäre wohl auch gelungen, das Haushaltssoll im ganzen Jahr 1973 zu unterschreiten, doch verlangte ein weiterer Nachtragshaushalt der Europäischen Gemeinschaften dem Bund zusätzlich 1 Mrd. DM ab — denen allerdings kaum in gleicher Höhe und jedenfalls nicht sofort zusätzliche inlandswirksame Nachfrage gegenüberstehen dürfte — und zehrte die erzielten Einsparungen wieder auf. Somit wird der Bund einschließlich der Verpflichtungen gegenüber der Sozialversicherung 1973 123 Mrd. DM, 11 vH mehr als im Vorjahr, ausgeben [1]).

198. Am stärksten weiteten die Länder 1973 ihre Ausgaben aus. Unter Einschluß der inzwischen bekannt gewordenen Nachträge sahen die Länderetats Ausgaben in Höhe von 114½ Mrd. DM vor, das sind 14½ vH mehr als das Haushalts-Ist 1972. In der ersten Jahreshälfte hielten sich die Länder zunächst wie der Bund mit ihren Ausgaben zurück; rascher als der Bund lockerten sie danach allerdings ihre restriktive Haushaltsführung. In den ersten neun Monaten 1973 gaben sie 13½ vH mehr aus als ein Jahr zuvor. Zwar haben die Länder nach der Verabschiedung ihrer Haushaltspläne ebenfalls Kürzungen bei den disponiblen Ausgaben vorgesehen; doch dürften die dort eingesparten Mittel kaum ausreichen, die Mehrausgaben von über 1 Mrd. DM abzudecken, die ihnen für ihr Personal infolge der Aufstockung des Weihnachtsgeldes auf ein volles Monatsgehalt gegen Ende des Jahres 1973 entstehen. Nach unserer Schätzung erreicht das Ausgabenvolumen der Länder 1973 einen Betrag von 115 Mrd. DM und übertrifft das Haushalts-Ist 1972 damit um 15 vH.

199. Bei den Gemeinden hat sich die Haushaltslage 1973 weiter entspannt. Die günstige, durch erhöhte Hebesätze noch geförderte Steuerentwicklung, hohe Zuweisungen von den Ländern und weitere Gebührenerhöhungen brachten ihnen 15 vH mehr Mittel als im Vorjahr in die Kassen. Inwieweit sie die Ausgaben den Einnahmen folgen ließen, läßt sich zur Zeit noch nicht sicher überblicken. Zumindest mit ihren Investitionen dürften sie sich nicht so stark wie Bund und Länder zurückgehalten haben. Darauf deutet hin, daß sie ihre Tiefbauaufträge bislang nicht einschränkten. Zudem werden sie bei dem hohen Gewicht der Personalausgaben durch die Besoldungsverbesserungen stark belastet. Wir haben bei unserer Ausgabenschätzung angesetzt, die Gemeinden würden zwar, wie angeordnet, ihre Kreditaufnahme um 1 Mrd. DM gegenüber 1972 einschränken, im übrigen aber ihre Einnahmen voll ausgeben. Damit würden ihre Ausgaben um 13½ vH gegenüber dem Vorjahr steigen.

Starke Zunahme der Steuereinnahmen

200. Die Gebietskörperschaften konnten auch 1973 über bedeutend mehr Steuereinnahmen verfügen, als sie zu Beginn ihrer Haushaltsplanungen erwartet hatten. Im Herbst vergangenen Jahres war für 1973 noch mit einem Aufkommen in Höhe von 213 Mrd. DM gerechnet worden. Die lebhafte Konjunkturentwicklung sowie die beschleunigte Inflation ließen die Steuerzahlungen jedoch weitaus reichlicher in die öffentlichen Kassen fließen. Ohne das Aufkommen aus den konjunkturpolitischen Steuererhöhungen, das die Gebietskörperschaften nicht zur Finanzierung ihrer Etats verwenden konnten, dürften die Steuereinnahmen 1973 226 Mrd. DM betragen, 14½ vH mehr als im Vorjahr. Zusammen mit dem Stabilitätszuschlag und der Investitionsteuer kommen voraussichtlich 228 Mrd. DM auf (Tabelle 21).

Die steuerliche Belastung der Privaten, gemessen an der volkswirtschaftlichen Steuerquote, ist 1973 empfindlich gestiegen. Die Steuerquote hat sich, schließt man die Einnahmen aufgrund der Sonderabgaben 1973 sowie die Rückzahlung des Konjunkturzuschlages in die Betrachtung ein von 23,1 vH im Vorjahr auf 24,5 vH erhöht; ohne die Einflüsse dieser Sondersteuern fiel der Anstieg von 23,8 vH auf 24,3 vH allerdings deutlich geringer aus.

201. Die steuerpolitischen Beschlüsse vom Februar und Mai erbrachten Mehreinnahmen von knapp 3½ Mrd. DM. Davon waren 1,4 Mrd. DM an zusätzlichem Aufkommen für den Bundeshaushalt bestimmt, von denen 0,7 Mrd. DM aus der Erhöhung der Mineralölsteuer und weitere 0,7 Mrd. DM aus kürzeren Zahlungsfristen resultieren.

[1]) Ohne die nichtausgezahlten Zuschüsse an die Sozialversicherung steigen die Ausgaben um 10½ vH gegenüber dem Haushaltssoll des Vorjahres und um 9½ vH gegenüber den höheren Ist-Ausgaben.

Der Stabilitätszuschlag, von dem alle Kapitalgesellschaften sowie rund 1 Million Personen betroffen sind, entzog diesen 1 1/2 Mrd. DM. Die Einnahmen aus der Investitionsteuer waren 1973 noch gering. Die Investitionsteuer betrifft bei einjähriger Gültigkeit nach unserer Schätzung ein Volumen an Ausrüstungen und Bauten in Höhe von rund 100 Mrd. DM. So gesehen, muß sie in einem Jahr 10 bis 12 Mrd. DM erbringen. Im Jahre 1973 dürfte das Aufkommen allerdings erst etwa 1/2 Mrd. DM betragen; denn für die meisten Investitionsgüter, die nach dem Stichtag, dem 9. Mai, bestellt oder in Auftrag gegeben wurden, dürfte infolge der nach wie vor langen Lieferfristen die Investitionsteuer 1973 nicht mehr fällig werden. Freilich werden die konjunkturellen Wirkungen, die von der Einführung der Investitionsteuer schon 1973 ausgingen, erheblich größer gewesen sein, als es das Aufkommen vermuten läßt (Ziffer 214).

202. Daß das Steueraufkommen 1973 auch ohne die Mehreinnahmen aus den Steuererhöhungen stärker gestiegen ist als das Bruttosozialprodukt, ist überraschend. Denn die Einnahmen im Vorjahr müssen infolge der Explosion des Aufkommens an gewinnabhängigen Steuern als überhöht angesehen werden. 1972 wurden nämlich Steuern, die 1970 ausgeblieben waren, nachgezahlt. Damals hatten es viele Steuerpflichtige — zu Unrecht, wie 1972 die Veranlagungen erwiesen — durchsetzen können, ihre Vorauszahlungen niedrig zu halten. Daher mußten sie 1972 hohe Abschlußzahlungen entrichten und die Finanzbehörden setzten infolgedessen die laufenden, offensichtlich nicht mehr zeitgemäßen Vorauszahlungen kräftig herauf. Für 1973 wurde nicht erwartet, daß sich dies wiederholen würde, da einmal die anstehende Veranlagung für 1971 ein gewinnschwaches Jahr betraf und da außerdem die Vorauszahlungen damals schon stark angehoben worden waren. Dies war aber offensichtlich nicht in genügendem Umfang geschehen; die Abschlußzahlungen waren 1973 wiederum höher als erwartet. Überraschend ist auch, daß die Vorauszahlungen erneut so kräftig nach oben angepaßt werden konnten. Insgesamt nahm das Aufkommen aus den gewinnabhängigen Steuern 1973 nochmals um ein Fünftel zu, seit 1971 um die Hälfte. Dies führte dazu, daß die Progressionswirkungen des Steuersystems insgesamt, nachdem sie 1970 und 1971 ausgeblieben waren, 1972 und 1973 um so stärker spürbar wurden.

203. Hauptquelle der reichlichen Steuereinnahmen war wieder die Lohnsteuer, deren Aufkommen 1973 weiter beschleunigt zunahm. Der Anstieg der Bruttolohn- und -gehaltssumme von gut 13 vH ließ die Einnahmen aus der Lohnsteuer um 23 vH anschwellen. Wesentlich weniger als das Bruttosozialprodukt erhöhten sich die Einnahmen aus den Umsatzsteuern (6 1/2 vH). Dies ist zum großen Teil dadurch bedingt, daß die bei der Mehrwertsteuerreform eingeführte und seitdem planmäßig abgebaute Steuer auf den Selbstverbrauch der Unternehmen 1973 endgültig

Tabelle 21

Das Aufkommen der wichtigsten Einzelsteuern [1]

Steuerart	1971	1972	1973 [2]	1972	1973 [2]	1972	1973	
	Mrd. DM			Veränderung in vH [3]		Mrd. DM		Veränderung in vH [3]
	Jahr					Januar bis September		
Gesamtsteueraufkommen	176,1 a)	191,4 a)	228,0 a) b)	+ 8,7	+19,2	.	.	.
Lohnsteuer	42,8	49,8	61,3	+16,3	+23,2	34,6	42,1	+21,8
Veranlagte Einkommensteuer	18,3	23,1	26,5	+26,2	+14,5	16,3	19,3	+17,9
Körperschaftsteuer	7,2	8,5	10,8	+18,5	+27,1	5,8	7,8	+35,6
Umsatzsteuer	30,9	34,2	35,9 c)	+10,6	+ 5,1	25,0	26,2	+ 5,1
Einfuhrumsatzsteuer	12,0	12,8	14,7	+ 6,7	+14,6	9,4	10,7	+14,2
Mineralölsteuer	12,4	14,2	16,5	+14,6	+16,0	9,9	10,9	+10,2
						Januar bis Juni		
Gewerbesteuer [4]	12,3	14,9	17,7	+20,6	+19.2	6,8	8,2	+19,5

[1]) Kassenmäßige Einnahmen.
[2]) Eigene Schätzung.
[3]) Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH.
[4]) Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital.
a) Einschließlich Konjunkturzuschlag (1971: + 3,7 Mrd. DM, 1972: − 5,7 Mrd. DM, 1973: − 0,1 Mrd. DM).
b) Einschließlich Stabilitätszuschlag und Investitionsteuer (2,1 Mrd. DM).
c) Einschließlich Investitionsteuer (0,5 Mrd. DM).

Quelle: Bundesministerium der Finanzen

wegfiel. Dafür wirkten sich die im vergangenen Jahr in Kraft getretene Erhöhung der Tabaksteuer und der Mineralölsteuer erstmals ein volles Jahr aus; dadurch kam es zu Steuermehreinnahmen in Höhe von 1½ Mrd. DM.

Exkurs: Inflation und Steuerprogression

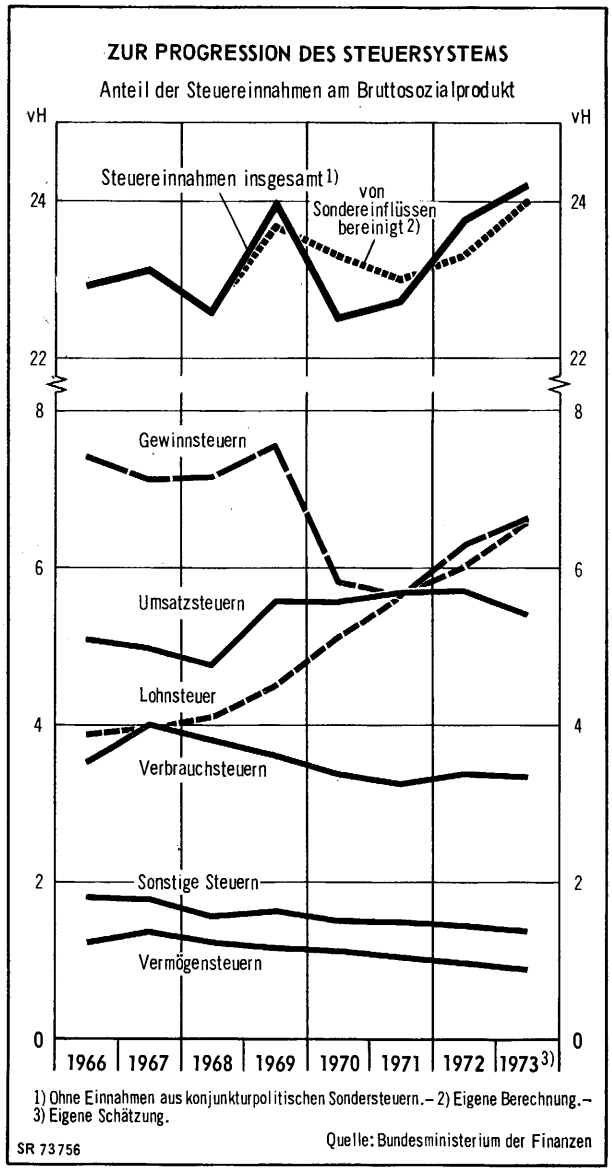
204. Als Beleg einer infolge der Inflation ständig steigenden Steuerbelastung dient zumeist die beschleunigte Expansion der Lohnsteuereinnahmen in den letzten Jahren. Die Einkommen, inflatorisch überhöht, so wird geklagt, würden immer stärker besteuert, ohne daß dem eine entsprechend höhere Leistungsfähigkeit der Zensiten gegenüberstünde (Ziffer 119). Die Progression der Einkommensbesteuerung lasse durch diese „heimlichen" Steuererhöhungen den Staat am Kaufkraftverfall profitieren.

205. Richtig ist sicherlich, daß dem Staat bei anhaltendem Geldwertschwund aus der progressiven Besteuerung der Einkommen hohe Mehreinnahmen zufließen, wird nicht der auf dem Nominalwertprinzip aufbauende Steuertarif dem Kaufkraftverfall angepaßt. Richtig ist aber auch, daß nicht alle Steuern bei einer inflatorisch beschleunigten gesamtwirtschaftlichen Entwicklung stärker steigen als das Bruttosozialprodukt oder gar nur mit dessen Zunahme Schritt halten können. Insgesamt haben sich die Steuereinnahmen nur wenig mehr als das Sozialprodukt erhöht. Läßt man diejenigen Einnahmen außer Betracht, die aus vorübergehenden konjunkturpolitischen Steuererhöhungen stammen, sowie den Einmaleffekt der Verkürzung von Zahlungsfristen bei einzelnen Steuern, so ergibt sich für die volkswirtschaftliche Steuerquote zwar ein Anstieg seit 1970 um 1,7 Prozentpunkte auf 24,2 vH, während diese im Zehnjahreszeitraum davor keine trendmäßige Veränderung aufgewiesen hatte. Die Entwicklung der Steuerquote in den letzten drei Jahren ist jedoch zum überwiegenden Teil dem Einfluß von Sonderfaktoren zuzuschreiben. So waren, wie erwähnt, 1970 und 1971 in beträchtlichem Umfang Gewinnsteuern ausgefallen, die 1972 und 1973 nachgezahlt wurden. Darüber hinaus hatten die Gemeinden 1969, bevor die Finanzreform in Kraft trat, Außenstände an Gewerbesteuern, deren Aufkommen sie ab 1970 mit dem Bund und den Ländern zu teilen haben, noch rasch eingetrieben. Diese Steuereinnahmen fehlten 1970 ebenfalls. Ohne die genannten Sondereinflüsse dürfte sich die Steuerquote gegenüber 1970 lediglich um gut ½ Prozentpunkt erhöht haben (Schaubild 32). Möglich ist allerdings auch, daß der Anstieg der Steuerquote schon stärker den Preisauftrieb widerspiegelt, der sich seit 1970 mehr und mehr beschleunigt hat.

206. Daß der überaus starke Anstieg der Einnahmen aus der Lohnsteuer, die mittlerweile als die ergiebigste Einzelsteuer gut ein Viertel des gesamten Aufkommens erbringt, sich nicht stärker in der gesamtwirtschaftlichen Steuerquote niedergeschlagen hat, ist auf die unterproportional zunehmenden Verbrauchsteuern und Vermögensteuern zurückzuführen, deren Anteil am Gesamtaufkommen 1973 noch 20 vH ausmachte. Da bei den meisten Verbrauchsteuern Mengeneinheiten die Bemessungsgrundlage bilden, wird das Aufkommen durch Preissteigerungen nicht erhöht; vielmehr sinkt im inflatorischen Prozeß die Belastung der besteuerten Verbrauchsgüter. Dies verhinderten auch nicht die wiederholten Steuersatzerhöhungen bei wichtigen Verbrauchsteuern, die als Versuch angesehen werden können, einer derartigen steuerlichen Entlastung entgegenzuwirken. Die abnehmende Bedeutung der Vermögensteuern ist vornehmlich Folge der geltenden Bewertungsvorschriften, nach denen der Wert der Vermögensgegenstände mit zum Teil erheblicher Verzögerung, wenn überhaupt, an die steigenden Marktpreise angepaßt wird.

Über die Umsatzsteuern erhält der Staat durch die Inflation Mehreinnahmen etwa im Ausmaß des Preisniveauanstiegs. Die Zunahme des Umsatzsteueraufkommens verlief daher auch weitgehend

Schaubild 32



1) Ohne Einnahmen aus konjunkturpolitischen Sondersteuern. – 2) Eigene Berechnung. – 3) Eigene Schätzung.

SR 73756

Quelle: Bundesministerium der Finanzen

parallel zur Entwicklung des nominalen Sozialprodukts, sieht man von den Effekten der Einführung der Mehrwertsteuer in den Jahren 1968 und 1969 ab. Der Anteil der Gewinnsteuern am Bruttosozialprodukt ist, obwohl diese zum Teil progressiv ausgestaltet sind, seit 1966 trendmäßig gesunken. Darin spiegelt sich zum einen, daß auch der Anteil der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen am Volkseinkommen abgenommen hat. Zum anderen wurden aus dem Einkommensteueraufkommen in den letzten Jahren zunehmend Erstattungen an diejenigen Lohnsteuerpflichtigen geleistet, die, sei es wegen Überschreitens der Einkommensgrenze, sei es zur Inanspruchnahme von Steuervergünstigungen, nun zur Einkommensteuer veranlagt, zuvor ähnliche Erstattungen im Rahmen des Jahresausgleichs aus der Lohnsteuer erhalten hatten. Außerdem sind in den vergangenen Jahren zu Lasten der Gewinnsteuern neue Subventionstatbestände wirksam geworden, so etwa nach dem Investitionszulagengesetz.

207. Der Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Steuerquote in den letzten Jahren ist allerdings in keinem Falle vollständig der Inflation zuzurechnen. Die Steuerquote hätte sich auch bei stabilen Preisen erhöht. Die Einnahmen aus den Steuern vom Einkommen wären entsprechend dem Anstieg der Realeinkommen progressiv gestiegen. Dies hätte für sich genommen zwar weniger ausgemacht, als sich unter den inflationären Bedingungen ergab. Doch wäre zugleich auch die kompensierende Wirkung einer inflationsbedingt sinkenden Steuerlast bei den Verbrauchsteuern und den Vermögensteuern weggefallen.

Das konjunkturpolitische Ziel erreicht?

208. Die Finanzpolitik hatte sich für 1973 vorgenommen, expansive Wirkungen der öffentlichen Haushalte zu vermeiden. Seit dem Frühjahr galt es sogar, durch eine kontraktive Fiskalpolitik den monetären Restriktionskurs zu unterstützen. Ob den Gebietskörperschaften eine Abkehr vom expansiven Kurs gelungen ist, kann durch einen Vergleich der tatsächlichen Ausgaben mit dem, was konjunkturneutral gewesen wäre, beurteilt werden. Das konjunkturneutrale Haushaltsvolumen ermitteln wir anhand mittelfristiger Bezugsgrößen, damit nicht Besonderheiten der jüngsten Vergangenheit, etwa des Vorjahres, das Ergebnis verfälschen. So wäre es gewiß nicht sachgerecht, wenn man beispielsweise das extrem expansive Ausgabenvolumen des Jahres 1972 als Basis für eine konjunkturneutrale Fortschreibung verwendete. Ausgehend von der Staatsquote des Jahres 1966, dem Basisjahr unserer Rechnung, wäre unter Berücksichtigung der seither eingetretenen Erhöhung der volkswirtschaftlichen Steuerquote (ohne die Einnahmen aufgrund der konjunkturpolitischen Sonderregelungen) im Jahre 1973 ein Haushaltsvolumen von 280½ Mrd. DM konjunkturneutral gewesen (Tabelle 22, Zeile 8 a). Verglichen mit den Ist-Ausgaben des Vorjahres wären das 27 Mrd. DM oder 10½ vH mehr gewesen (Zeile bb). Sieht man in den konjunkturpolitischen Sonderregelungen die Kompensation für entsprechend höhere Ausgaben des Staates, so waren mit den geltenden Einnahmeregelungen insgesamt Ausgaben von 282½ Mrd. DM konjunkturneutral finanziert.

209. *In die Rechnung ist eine Schätzgröße eingegangen für jene Erhöhung des gesamtwirtschaftlichen Preisniveaus, die bei Vermeidung eines größeren Beschäftigungsrückgangs nicht hätte verhindert werden können. So war das Preisniveau Ende 1972 schon höher als im Jahresdurchschnitt. Zudem war teilweise hinzunehmen, daß Kostensteigerungen des vorigen Jahres, die damals noch nicht preiswirksam geworden waren, sich in diesem Jahr in den Preisen niederschlugen. Außerdem war es wohl unmöglich, die fortgeschrittene Inflationsgewöhnung von heute auf morgen vollständig zu beseitigen. Wir haben aus diesen Gründen für 1973 eine Erhöhung des gesamtwirtschaftlichen Preisniveaus um 4 vH, gemessen am Preisindex des Bruttosozialprodukts, als unvermeidlich angesetzt.*

210. Zuweilen wird eine Zuwachsrate der öffentlichen Haushalte, die derjenigen des nominalen Bruttosozialproduktes entspricht, für konjunkturneutral gehalten, obwohl damit eine Größe von einer anderen abhängig gemacht wird, die sie zu einem großen Teil selbst bestimmt. Die Analyse der Bestimmungsfaktoren für eine konjunkturneutrale Expansion der öffentlichen Haushalte, auf die wir in unseren vorigen Jahresgutachten im einzelnen eingegangen sind (zuletzt JG 72 Ziffer 266), macht ersichtlich, daß eine Ausweitung der öffentlichen Haushalte, die an der Entwicklung des nominalen Bruttosozialprodukts orientiert ist, nur zufällig mit dem übereinstimmen wird, was konjunkturneutral ist. Nur wenn das reale Bruttosozialprodukt und das Produktionspotential mit derselben Rate wachsen, wenn das gesamtwirtschaftliche Preisniveau sich lediglich im konjunkturneutralen Ausmaß erhöht, wenn darüber hinaus die Steuerquote des laufenden Jahres der des vorangegangenen Jahres entspricht und wenn schließlich das vorjährige Haushaltsvolumen eine konjunkturneutrale Basis bietet, oder wenn Abweichungen bei diesen Bedingungen sich gegenseitig ausgleichen, nur dann ist die Zuwachsrate des nominalen Bruttosozialprodukts mit jener des konjunkturneutralen Haushaltsvolumens identisch. Sind diese Voraussetzungen nicht erfüllt, so läuft die Finanzpolitik, nimmt sie lediglich die Zuwachsrate des nominalen Sozialprodukts als Kriterium für die Expansion der öffentlichen Haushalte, Gefahr, anstatt konjunkturneutral prozyklisch zu wirken (JG 72 Ziffer 384).

211. Die tatsächlichen Ausgaben 1973 schätzen wir auf 285 Mrd. DM. Die Abweichung vom konjunkturneutralen Haushaltsvolumen, die wir als Indikator für das Ausmaß der expansiven Entwicklung der öffentlichen Haushalte ansehen, beträgt in diesem Jahre also 4½ Mrd. DM, wenn man bei der Ermittlung des konjunkturneutralen Haushaltsvolumens die konjunkturpolitischen Sonderregelungen auf der Einnahmeseite außer Betracht läßt, hingegen 2½ Mrd. DM, wenn man sie einbezieht.

212. Zu fragen bleibt, ob auch in diesem Jahre Besonderheiten der Haushaltsentwicklung Anlaß

Tabelle 22

Die Haushalte der Gebietskörperschaften in konjunktureller Sicht [1])

Mrd. DM

		1966	1967	1968	1969	1970	1971	1972	1973 [2])
(1)	Produktionspotential in jeweiligen Preisen [3])	509,8	533,7	560,2	607,5	687,1	776,7	863,2	956,0
(2)	Produktionspotential bei „konjunkturneutraler" Erhöhung des Preisniveaus des Bruttosozialprodukts im jeweiligen Jahr [4]) ..	509,8	538,2	562,6	601,6	664,0	745,7	838,6	937,8
(3)	Staatsausgaben bei gleicher Staatsquote wie im Basisjahr 1966	145,8	153,9	160,9	172,1	189,9	213,3	239,8	268,2
(4)	Bruttosozialprodukt in jeweiligen Preisen ..	490,7	495,5	540,0	605,2	685,6	758,6	828,8	930,1
(5)	Steuereinnahmen bei gleicher Steuerquote wie im Basisjahr 1966	112,7	113,8	124,0	139,0	157,5	174,3	190,4	213,6
(6)	Tatsächliche Steuereinnahmen [5])	112,7	115,0	122,0	145,6	156,1	175,9	191,2	228,0
(6 a)	abzüglich konjunkturpolitischer Sondersteuern	112,7	115,0	122,0	145,6	153,9	172,2	196,9	225,9
(7)	Mehreinnahmen aufgrund erhöhter Steuerquote ..... (6) ⁄ (5)	—	+1,2	−2,0	+6,6	−1,4	+1,6	+0,8	+14,4
(7 a)	abzüglich konjunkturpolitischer Sondersteuern ..... (6 a) ⁄ (5)	—	+1,2	−2,0	+6,6	−3,6	−2,0	+6,5	+12,3
(8)	Konjunkturneutrales Haushaltsvolumen .... (3) + (7)	145,8	155,1	158,9	178,7	188,5	214,9	240,6	282,6
(8 a)	Konjunkturneutrales Haushaltsvolumen im engeren Sinne ..... (3) + (7 a)	145,8	155,1	158,9	178,7	186,3	211,3	246,3	280,5
(9)	Tatsächliche Staatsausgaben [6])	145,8	155,3	158,8	174,3	196,1	226,8	253,3	285,0
(10)	Konjunktureller Effekt [7]) ..... (9) ⁄ (8)	—	+0,2	−0,1	−4,4	+ 7,6	+11,9	+12,7	+ 2,4
(10 a)	Konjunktureller Effekt der Haushalte im engeren Sinne ..... (9) ⁄ (8 a)	—	+0,2	−0,1	−4,4	+ 9,8	+15,5	+ 7,0	+ 4,5
(11)	Ex post: Abweichungen der realisierten Staatsquote von der konjunkturneutralen entsprechen 8)	—	+1,4	+0,7	−6,1	+ 1,0	+ 3,0	+ 5,6	− 3,1
(12)	Veränderung des konjunkturellen Effektes gegenüber dem jeweiligen Vorjahr	—	+0,2	−0,3	−4,3	+12,0	+ 4,3	+ 0,8	−10,3

[1]) Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, Ufffa, Europäische Gemeinschaften, Länder und Gemeinden (Gv.).
[2]) Eigene Schätzung.
[3]) Produktionspotential in Preisen von 1962, inflationiert mit dem Preisindex des Bruttosozialprodukts.
[4]) Produktionspotential in Preisen von 1962, inflationiert mit dem Preisindex des Bruttosozialprodukts im jeweiligen Vorjahr und der „konjunkturneutralen" Erhöhung des Preisniveaus im jeweiligen Jahr.
[5]) Rechnungsmäßige Einnahmen einschließlich Konjunkturzuschlag (1970: + 2,3 Mrd. DM, 1971: + 3,6 Mrd. DM, 1972: — 5,7 Mrd. DM, 1973: − 0,1 Mrd. DM); einschließlich Stabilitätszuschlag und Investitionsteuer (1973: + 2,1 Mrd. DM).
[6]) Eigenfinanzierte Ausgaben.
[7]) Expansiv: + ; kontraktiv: − .
[8]) Gleichbedeutend mit: Konjunktureller Effekt, errechnet auf der Basis der tatsächlichen Preissteigerungen (siehe Anhang VI).
[9]) (b) ergibt sich als Zusammenfassung der Komponenten (c) bis (f). Wegen der überwiegend multiplikativen Verknüpfung der Komponenten ist (b) nicht genau gleich der Summe aus (c) bis (f) (siehe hierzu Anhang VI).
[10]) Dies entspricht den Komponenten (f) und (g) in Tabelle 18 des JG 71, die aus Vereinfachungsgründen zusammengefaßt worden sind.

noch Tabelle 22

	1966	1967	1968	1969	1970	1971	1972	1973 [2])
	vH							
Zum Vorjahresvergleich								
Steigerungsrate								
(a) der tatsächlichen Staatsausgaben (9) gegenüber dem jeweiligen Vorjahr	+4,8	+6,5	+2,3	+ 9,8	+12,5	+15,7	+11,7	+12,5
(b) des konjunkturneutralen Haushaltsvolumens (8) gegenüber den tatsächlichen Staatsausgaben im jeweiligen Vorjahr (9)	—	+6,4	+2,3	+12,6	+ 8,1	+ 9,6	+ 6,1	+11,6
(bb) des konjunkturneutralen Haushaltsvolumens im engeren Sinne (8 a) gegenüber den tatsächlichen Staatsausgaben im jeweiligen Vorjahr (9)	—	+6,4	+2,3	+12,6	+ 6,8	+ 7,7	+ 8,6	+10,7
Bestimmungsfaktoren von (b) [9])								
(c) Wachstumsrate des Produktionspotentials in Preisen von 1962	+4,4	+3,5	+3,3	+ 4,8	+ 5,6	+ 4,9	+ 4,8	+ 4,5
(d) „Konjunkturneutrale" Erhöhung des Preisniveaus des Bruttosozialprodukts	—	+2,0	+2,0	+ 2,5	+ 3,5	+ 3,5	+ 3,0	+ 4,0
(e) Veränderung des Ausgabenspielraums durch Abweichung der Steuerquote (13) von der des jeweiligen Vorjahres	—	+0,8	−2,1	+ 5,6	− 5,1	+ 1,6	− 0,4	+ 5,3
(ee) Veränderung des Ausgabenspielraums durch Abweichung der Steuerquote im engeren Sinne (13 a) von der des jeweiligen Vorjahres	—	+0,8	−2,1	+ 5,6	− 6,3	+ 1,0	+ 3,8	+ 1,9
(f) Basiskorrektur: Veränderung des Ausgabenspielraums durch Abweichung der realisierten Staatsquote (17) von der konjunkturneutralen (14) im jeweiligen Vorjahr [10])	—	—	−0,9	− 0,4	+ 3,4	− 0,5	− 1,3	− 2,3
(ff) Basiskorrektur: Veränderung des Ausgabenspielraums durch Abweichung der realisierten Staatsquote (17) von der konjunkturneutralen im engeren Sinne (14 a) im jeweiligen Vorjahr [10])	—	—	−0,9	− 0,4	+ 3,4	− 1,7	− 3,1	+ 0,1
(13) Volkswirtschaftliche Steuerquote $\frac{(6)}{(4)} \cdot 100$	23,0	23,2	22,6	24,1	22,8	23,2	23,1	24,5
(13 a) Volkswirtschaftliche Steuerquote im engeren Sinne $\frac{(6\,a)}{(4)} \cdot 100$	23,0	23,2	22,6	24,1	22,4	22,7	23,8	24,3
(14) Konjunkturneutrale Staatsquote $\frac{(8)}{(2)} \cdot 100$	28,6	28,8	28,2	29,7	28,4	28,8	28,7	30,1
(14 a) Konjunkturneutrale Staatsquote im engeren Sinne $\frac{(8\,a)}{(2)} \cdot 100$	28,6	28,8	28,2	29,7	28,1	28,3	29,4	29,9
(15) Beanspruchte Staatsquote $\frac{(9)}{(2)} \cdot 100$	28,6	28,8	28,2	29,0	29,5	30,4	30,2	30,4
(16) Konjunktureller Effekt, bezogen auf das Produktionspotential in (2) (15) ⁄ (14)	—	+0,0	+0,0	−0,7	+1,1	+1,6	+1,5	+0,3
(17) Realisierte Staatsquote $\frac{(9)}{(1)} \cdot 100$	28,6	29,1	28,3	28,7	28,5	29,2	29,3	29,8

geben, dieses Ergebnis unserer Rechnung, die zunächst schematisch einer Reihe von Regeln folgt, die sich aus dem Konzept des konjunkturneutralen Haushalts ergeben, zu modifizieren.

Die Regel ist, daß neue Steuerregelungen oder auch automatisch steigende Steuersätze (aufgrund progressiv gestalteter Tarife) Spielraum für eine konjunkturneutrale Erhöhung der Staatsausgaben gewähren, soweit dadurch die volkswirtschaftliche Steuerquote steigt. Das Aufkommen aus einer Steuererhöhung wird also als repräsentativ angesehen für das Maß, zu dem der Steuertatbestand Ausgabenwünsche der Steuerpflichtigen zurückdrängt. Dies dürfte im allgemeinen berechtigt sein. Doch sind 1973 bei der Einnahmenentwicklung der öffentlichen Haushalte vor allem zwei Besonderheiten zu würdigen:

— Die volkswirtschaftliche Steuerquote ist 1973 vor allem im Zusammenhang mit inflationsbedingten Mehreinnahmen bei den Progressionssteuern gestiegen.

— Die scharfe Besteuerung der Investitionen, die schon seit Mai 1973 wirksam ist, wird sich in diesem Jahr erst geringfügig in zusätzlichen Einnahmen niederschlagen.

213. Es darf nicht ohne weiteres als konjunkturneutral gewertet werden, wenn der Staat bei einer Beschleunigung des inflatorischen Prozesses daraus resultierende Steuermehreinnahmen zum Anlaß für zusätzliche Ausgaben nimmt, und zwar vermutlich auch insoweit nicht, als solche Mehreinnahmen eine Erhöhung der volkswirtschaftlichen Steuerquote bewirken. Die zusätzlichen Ausgaben könnten den inflatorischen Prozeß antreiben, ohne daß zugleich die Mehrbelastung der Besteuerten ein entsprechendes Gegengewicht böte.

Eine Schätzung der Entzugswirkungen des Steuersystems auf der Basis der Einnahmeerwartungen für den Fall der Vollbeschäftigung bei monetärem Gleichgewicht würde dem Rechnung tragen. Wir streben seit Jahren eine solche Schätzung an; denn sie entspricht besser dem Konzept des konjunkturneutralen Haushalts als eine Rechnung auf der Grundlage der jeweiligen vom Auslastungsgrad des Produktionspotentials und dem Inflationstempo mitbestimmten volkswirtschaftlichen Steuerquote, die wir verwenden müssen, solange sich einige schwerwiegende Informations- und Schätzprobleme nicht befriedigend lösen lassen (JG 70 Ziffer 341).

214. Während das Steueraufkommen die Entzugswirkungen der allgemeinen Steuern gegenwärtig möglicherweise eher zu hoch ausweist, unterzeichnet es wahrscheinlich die dämpfenden Wirkungen der Investitionsteuer und der Aussetzung der Steuervorteile. Diese zielen nämlich nicht so sehr darauf ab, den Privaten Kaufkraft zu entziehen, sondern sie sollen vielmehr die Ausgabenneigung der Investoren durch eine vorübergehende Verschlechterung der Rentabilität treffen, so daß eine Vertagung von Ausgabenvorhaben nahegelegt würde. Die Investitionsteuer sowie die Aussetzung der degressiven Abschreibung haben, einer Zinserhöhung vergleichbar, die Kapitalkosten von Investitionen hier spürbar erhöht; bei einem Investitionsobjekt mit einer Nutzungsdauer von 10 Jahren und bei einer Grenzsteuerbelastung der Gewinne von 50 vH entsprechen sie einer Zinssteigerung um etwa 3½ Prozentpunkte für die Dauer von zehn Jahren [1]). Diese Maßnahmen stellen somit eine erhebliche Verschärfung des restriktiven Kurses der monetären Politik dar. Die Investitionen, die aufgrund dessen 1973 zurückgestellt oder ganz aufgegeben wurden, dürften das für dieses Jahr erwartete Investitionsteueraufkommen deutlich übertreffen. Ermitteln lassen sie sich allerdings nicht, da die Investitionsteuer ja gerade von denjenigen gezahlt wird, die sich nicht haben abschrecken lassen.

215. Die Gebietskörperschaften dürften 1973 weniger Kredite aufgenommen haben als es ihnen nach der „Schuldendeckel"-Verordnung möglich war, die eine Neuverschuldung in Höhe von 13½ Mrd. DM zuließ. Im ersten Halbjahr betrug die staatliche Kreditaufnahme ohne die Mittel aus der Stabilitätsanleihe des Bundes, die nicht auf dessen Plafond anzurechnen sind, lediglich 3 Mrd. DM. Zwar fällt der größte Teil der Neuverschuldung erfahrungsgemäß in die letzten Monate des Jahres, doch deutet die zu erwartende Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben nicht darauf hin, daß die öffentlichen Hände in der zweiten Jahreshälfte den ihnen verbleibenden Kreditspielraum voll ausschöpfen werden. Ungewiß ist allerdings, ob die Gebietskörperschaften nicht über ihren Finanzbedarf hinaus vorsorglich Fremdmittel aufnehmen, da sie für das kommende Jahr mit einer erneuten Kreditbeschränkung rechnen müssen.

Die konjunkturelle Würdigung der staatlichen Kreditaufnahme in diesem Jahr hat zu berücksichtigen, daß die monetäre Restriktionspolitik die Elastizität des Kreditangebots weit stärker eingeengt hat als in den Jahren zuvor. Die Banken konnten angesichts ihrer extrem angespannten Liquiditätslage nicht mehr jede zusätzliche Kreditaufnahme des Staates durch eine entsprechende Ausweitung ihres Angebots ausgleichen, vielmehr mußten sie dafür private Kreditwünsche vermehrt zurückweisen. Die Geld- und Kreditpolitik hat so die Voraussetzungen geschaffen, die staatliche Verschuldung als wirksames Instrument einer antizyklischen Finanzpolitik einzusetzen. Diese nahm nun ihrerseits der monetären Politik einen Teil der Stabilisierungslast ab, indem sie über den Finanzbedarf der öffentlichen Haushalte hinaus durch die Stabilitätsanleihe dem Kapitalmarkt zusätzliche Mittel in Höhe von 2½ Mrd. DM entzog, diese bei der Notenbank stillegte, insoweit also Offen-Markt-Politik mit langfristigen Titeln betrieb. Welche konjunkturellen Wirkungen in diesem Jahr von der öffentlichen Verschuldung insgesamt ausgegangen sind, läßt sich gegenwärtig nur schwer abschätzen. Unterstellt man jedoch, daß die Gebietskörperschaften mit ihrer Kreditaufnahme den eng bemessenen Spielraum von 13½ Mrd. DM nicht voll ausschöpfen werden, so wird die öffentliche Verschuldung insgesamt, also

[1]) Für Unternehmen, die zuvor bereits linear abgeschrieben hatten, verringert sich dieser Wert um ½ bis 1 Prozentpunkt.

einschließlich der Stabilitätsanleihe des Bundes, den Betrag von knapp 14 Mrd. DM, der mittelfristig gesehen für 1973 als konjunkturneutrale Kreditaufnahme gelten darf, nicht oder allenfalls geringfügig übertreffen. In dem Maße, indem die tatsächliche Kreditaufnahme darüber hinausgeht, wären von der Schuldenpolitik des Staates — diese für sich genommen — kontraktive Impulse ausgegangen. Die Nachfragedämpfung, die von einer vermehrten Inanspruchnahme der Kreditmärkte ausgeht, ist zwar einer Eindämmung von privaten Ausgabewünschen durch zusätzliche Steuern nicht ohne weiteres vergleichbar. Doch die scharfe monetäre Restriktion hat hier zweifellos eine Annäherung gebracht.

216. Der Finanzierungssaldo des öffentlichen Gesamthaushalts, die Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben, dürfte in diesem Jahr etwa 11½ Mrd. DM betragen, er ist damit um 8½ Mrd. DM geringer ausgefallen als 1972 (Tabelle 23). Der Aussagewert des Finanzierungssaldos bei der Analyse der konjunkturellen Wirkungen der öffentlichen Haushalte ist allerdings gering. Veränderungen des Finanzierungssaldos sind nicht allein Ergebnis konjunkturwirksamer Maßnahmen der Finanzpolitik; vielmehr schlagen sich dort ebenso Veränderungen der öffentlichen Budgets, vor allem auf der Einnahmenseite, nieder, die lediglich Reflex konjunktureller Bewegungen und inflatorischer Prozesse sind (JG 72 Ziffern 277 ff.). Nur wenn man den Finanzierungs-

Tabelle 23

Finanzierungssaldo und konjunktureller Effekt der öffentlichen Haushalte

Mrd. DM

	1966	1967	1968	1969	1970	1971	1972	1973
I. Konjunkturneutrale Komponenten des Finanzierungssaldos								
(a) Konjunkturneutrale längerfristige Kreditaufnahme [1]	−7,2	− 7,3	−7,9	−8,9	−10,1	−11,2	−12,2	−13,7
(b) Auslastungsbedingte Steuermehreinnahmen bzw. -mindereinnahmen [2]	−1,3	− 5,6	−1,2	+3,1	+ 3,7	+ 0,6	− 2,5	+ 0,1
(c) Inflationsbedingte Steuermehreinnahmen [3]	—	− 1,0	−0,5	+1,4	+ 5,3	+ 6,9	+ 5,4	+ 4,1
(d) Änderungen im Deckungsbeitrag der „Sonstigen Einnahmen" sowie der konjunkturneutralen längerfristigen Kreditaufnahme [4]	—	+ 0,3	+1,8	+2,6	+ 2,7	+ 3,2	+ 2,0	+ 1,1
I. (a) bis (d) Konjunkturneutraler Finanzierungssaldo (= Finanzierungssaldo des konjunkturneutralen Haushalts)	−8,5	−13,5	−7,8	−1,9	+ 1,7	− 0,4	− 7,2	− 8,6
II. Tatsächlicher Finanzierungssaldo	−8,5	−13,7	−7,7	+2,5	− 5,9	−12,3	−19,9	−11,0
I. ⁄ II. Konjunktureller Effekt der öffentlichen Haushalte (+: expansiv; −: kontraktiv)	—	+ 0,2	−0,1	−4,4	+ 7,6	+11,9	+12,7	+ 2,4

[1] Methodische Erläuterungen siehe Anhang VI.

[2] Errechnet als der Teil der (konjunkturneutralen) Steuereinnahmen, der — bei einer gegenüber dem Basisjahr 1966 unveränderten volkswirtschaftlichen Steuerquote — einer Abweichung der jeweiligen Auslastung des Produktionspotentials vom mittleren Auslastungsgrad (97½ vH) zuzurechnen ist. Nicht enthalten Mehr- oder Mindereinnahmen aufgrund einer auslastungsbedingten Veränderung der Steuerquote.

[3] Errechnet als der Teil der (konjunkturneutralen) Steuereinnahmen, der — bei einer gegenüber dem Basisjahr 1966 unveränderten volkswirtschaftlichen Steuerquote — einem Anstieg des Preisniveaus zuzurechnen ist, insoweit dieser über die „konjunkturneutrale" Steigerungsrate hinausgeht (bzw. hinter ihr zurückbleibt). Nicht enthalten Mehreinnahmen aufgrund einer inflationsbedingten Erhöhung der Steuerquote.

[4] Errechnet als Abweichung der tatsächlichen „Sonstigen Einnahmen" und der konjunkturneutralen längerfristigen Kreditaufnahme" (Zeile a) von dem Betrag, der zur Deckung eines gegenüber dem Basisjahr 1966 unveränderten Anteils der konjunkturneutralen Staatsausgaben erforderlich gewesen wäre.

saldo von diesen Einflüssen bereinigt, kann er für die konjunkturellen Wirkungen der öffentlichen Haushalte stehen. Richtig vorgenommen, führt diese Bereinigung zu demselben „konjunkturellen Effekt" der Haushalte, den auch unsere Rechnung auf der Basis mittelfristiger Strukturquoten erbringt (Tabelle 22).

Exkurs: Zur Struktur der öffentlichen Ausgaben

217. Gegen eine quantitative Zusammenfassung der konjunkturellen Wirkungen der öffentlichen Haushalte in einer einzigen Größe, nämlich der Abweichung der tatsächlichen Staatsausgaben von den konjunkturneutralen, wird häufig vorgebracht, dies vernachlässige die Bedeutung von Veränderungen in der Struktur der Ausgaben. Solche Strukturverschiebungen müssen in der Tat unter Umständen das Urteil über die konjunkturellen Wirkungen der Finanzpolitik mitbestimmen, denn die expansiven Impulse sind nicht bei allen Ausgabenarten gleich.

Die Gebietskörperschaften beanspruchen, indem sie die Leistungen von Staatsbediensteten kaufen und Investitionen vornehmen, einen Teil der volkswirtschaftlichen Ressourcen, und zwar nach Maßgabe der dafür aufgewendeten Ausgaben. Anders bei Übertragungen an private Haushalte und an Unternehmen. Aus ihnen resultieren unmittelbare Ansprüche an das Produktionspotential nur nach Maßgabe der Ausgaben der Empfänger. Wichtige Transferzahlungen führen nur teilweise zu Käufen von Gütern und Dienstleistungen, ein Teil wird gespart. Übertragungen, beispielsweise Investitionszuschüsse oder Zinssubventionen, können aber auch ein Mehrfaches an Ausgaben unmittelbar bewirken, etwa wenn sie ein Investitionsprojekt erst rentabel machen und somit den Anstoß zum Investieren unter Einsatz von zusätzlichen Ersparnissen oder Fremdkapital geben. Die staatlichen Ausgaben zur Förderung der Vermögensbildung hingegen können sogar mit einer Verminderung der Ansprüche an die Ressourcen verbunden sein, so wenn sie zusätzliche Ersparnisse anregen und damit zunächst einmal die Käufe der Privaten dämpfen.

218. Auf kurze Sicht kann man darauf vertrauen, daß sich die Veränderungen in der Ausgabenstruktur in engen Grenzen halten werden. Bei einem mittel- oder langfristigen Vergleich des Staatshaushalts muß man jedoch damit rechnen, daß sich geringfügige Verschiebungen über die Jahre hinweg zu einer Größenordnung kumulieren, die nicht mehr zu vernachlässigen ist. Dies würde bedeuten, daß der konjunkturelle Effekt der Finanzpolitik, wie er sich als Ergebnis unserer Rechnung ergibt, die tatsächlichen Wirkungen des Haushalts entweder systematisch überzeichnet oder unterzeichnet.

219. Ob und inwieweit derartige Strukturveränderungen auf der Ausgabenseite die Aussagefähigkeit des konjunkturellen Effekts bisher berührt haben, läßt sich durch einen Vergleich der Ausgabenstruktur des Jahres 1966, dem Basisjahr unserer Rechnung, mit der von 1972, dem letzten Jahr, für das eine verläßliche Aufgliederung der Staatsausgaben vorliegt, deutlich machen. Um die Größenordnung der Strukturverschiebungen zu veranschaulichen, haben wir durch Anwendung der Ausgabenanteile von 1966 auf das Haushaltsvolumen von 1972 einen Vergleichshaushalt errechnet, dem die Ist-Ausgaben des Jahres 1972 gegenübergestellt werden können.

Um die Ausgabenstruktur beider Haushalte besser vergleichen zu können, empfiehlt es sich jedoch, zuvor einige Umrechnungen der von der Finanzstatistik ausgewiesenen Haushaltszahlen vorzunehmen. So werden dort einige Staatsleistungen, die in den letzten Jahren zunehmend an Bedeutung gewonnen haben, nicht als Ausgaben nachgewiesen, da sie aus technischen Gründen nicht ausgezahlt, sondern mit der Steuerschuld der Empfänger verrechnet werden. Es handelt sich um die Investitionszulagen, die von der Einkommen- oder Körperschaftsteuerschuld abgezogen werden, und um die Arbeitnehmersparzulagen, um die die zu zahlende Lohnsteuer gekürzt wird. Wir behandeln diese Zulagen bei unserem Strukturvergleich nicht als Minderung der Steuereinnahmen, sondern als Ausgaben. Eine weitere Modifikation betrifft die Personalausgaben. Die Bezüge der öffentlich Bediensteten des Staates sind als Ausdruck der Inanspruchnahme von Dienstleistungen anzusehen. Den Beamtenbezügen ist, um sie mit den Aufwendungen für Angestellte und Arbeiter vergleichbar zu machen, ein Beitrag zu einem fiktiven Pensionsfonds zuzuschlagen. Die Versorgungsleistungen des Staates dagegen sind keine Dienstleistungsentgelte; sie werden daher, saldiert mit dem angenommenen Zuschlag zu den Aktivitätsbezügen, zu den laufenden Übertragungen gerechnet [1]).

Die Gesamtausgaben des Staates untergliedern wir danach, wie und in welchem Umfang sie mit einer Inanspruchnahme des Produktionspotentials verbunden sind, in vier Gruppen:

1. Ausgaben für Käufe von Gütern und Diensten. Hierzu gehören die Bezüge der öffentlich Bediensteten, der Sachaufwand und die Investitionsausgaben. Nur diese Ausgaben sind Ausdruck der Inanspruchnahme von volkswirtschaftlichen Ressourcen durch den Staat selbst.
2. Einkommensübertragungen und Zinsen, die laufend an Unternehmen, Haushalte, Sozialversicherungen und an das Ausland gezahlt werden. Ausgenommen sind Kapitaldiensthilfen.
3. Zahlungen in Verbindung mit konkreten Ausgabenplänen von Privaten, also Investitionszuschüsse, öffentliche Darlehen und Kapitaldiensthilfen.
4. Zahlungen im Rahmen der Sparförderung sowie sonstige Vermögensübertragungen.

220. Die Verschiebungen in der Ausgabenstruktur, die von 1966 bis 1972 eingetreten sind, halten sich in überraschend engen Grenzen (Tabelle 24). Die Käufe für Güter und Dienste sind um 2½ Mrd. DM höher, als es der Ausgabenstruktur von 1966

[1]) Dies entspricht auch dem Vorgehen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

Tabelle 24

Zur Ausgabenstruktur des öffentlichen Gesamthaushalts 1972

Mrd. DM

	Ist-Ausgaben	Ausgaben bei gleicher Struktur wie 1966	Differenz
Unmittelbare Beanspruchung des Produktionspotentials			
Käufe für Güter und Dienste			
Aktivitätsbezüge [1]	77½	67	+10½
Sachaufwand	43	49½	− 6½
Investitionen	39½	41	− 1½
Zusammen ...	160	157½	+ 2½
Mittelbare Beanspruchung des Produktionspotentials			
Laufende Übertragungen und Zinsausgaben			
Laufende Übertragungen an das Inland [2]	55½	60	− 4½
Laufende Übertragungen an das Ausland	6	4½	+ 1½
Zinszahlungen	8½	7½	+ 1
Zusammen ...	70	72	− 2
Investitionshilfen			
Investitionszuschüsse [3]	8½	4½	+ 4
Kapitaldiensthilfen [4]	2	2	+ 0
Darlehen und Beteiligungen	9	16	− 7
Zusammen ...	19½	22½	− 3
Sparförderung und sonstige Vermögensübertragungen			
Sparprämien und Wohnungsbauprämien	3½	2½	+ 1
Arbeitnehmersparzulage	2½	0	+ 2½
Sonstige Vermögensübertragungen [5]	1½	2½	− 1
Zusammen ...	7½	5	+ 2½
Gesamtausgaben	257	257	± 0

[1] Einschließlich unterstellter Beiträge zu fiktivem Pensionsfonds.
[2] Laufende Übertragungen an Unternehmen, private Haushalte, private Organisationen ohne Erwerbscharakter und Sozialversicherung; einschließlich Differenz zwischen Versorgungsleistungen und unterstellten Beiträgen zu fiktivem Pensionsfonds; ohne Kapitaldiensthilfen.
[3] Einschließlich Investitionszulagen.
[4] Ohne Zins- und Tilgungszuschüsse an Bundesbahn und Bundespost, die als laufende Übertragungen gerechnet werden, da sie keine neue Kreditaufnahme induzieren.
[5] Insbesondere Hauptentschädigung aus dem Lastenausgleichsfonds.

Quelle für Grundzahlen: Bundesministerium der Finanzen

entsprochen hätte. Dabei stehen starken Mehraufwendungen für das Personal verringerte Ausgaben für den laufenden Bedarf und für Investitionen gegenüber.

221. Die laufenden Übertragungen (einschließlich Zinszahlungen) sind demgegenüber um 2 Mrd. DM niedriger als diejenigen des Vergleichshaushalts. Zu fragen ist jedoch, in welchem Ausmaß dadurch die Ausgaben der Empfänger vermindert worden sind. Die laufenden Übertragungen an inländische Sektoren, die auch dann, wenn sie an die Sozialversicherung oder an Unternehmen gezahlt werden, letztlich eine Subventionierung der Einkommen von privaten Haushalten bedeuten, dürften vor allem Haushalten mit hoher Ausgabenneigung zuzurechnen sein. Dem relativen Rückgang um 4½ Mrd. DM dürfte infolgedessen zumeist auch eine ähnlich große Verminderung der privaten Ausgaben gegenübergestanden haben. Zinszahlungen werden dagegen wohl überwiegend gespart und Übertragungen an das Ausland nur mit Verzögerung im Inland nachfragewirksam werden. Die relative Zunahme der beiden Positionen um 1 bzw. 1½ Mrd. DM dürfte sich daher in vergleichsweise geringen zusätzlichen Käufen niedergeschlagen haben. Insgesamt ergibt sich somit aus den strukturellen Veränderungen bei den laufenden Übertragungen eine Verringerung der privaten Ausgaben, die die Mehrausgaben des Staates für Güter und Dienstleistungen zumindest aufwiegt.

222. Die Strukturverschiebungen bei den übrigen Ausgaben gleichen sich zwar dem Betrag nach aus, doch läßt sich nicht zuverlässig angeben, ob dies auch für die Wirkungen auf die Ausgaben der Empfänger gilt.

So wird von den staatlichen Investitionshilfen (Investitionszuschüsse, Kapitaldiensthilfen und zinsbegünstigte Darlehen) ein Investitionsvolumen gefördert, dessen Umfang nicht genau bekannt, aber sicherlich um ein Mehrfaches größer ist als der Betrag der Förderungsmittel [1]). Es steht jedoch dahin, wie viele dieser Investitionen auch ohne die staatliche Unterstützung ausgeführt worden wären. Unter anderem dürfte das davon abhängen, wie stark die Staatshilfen die Kapitalkosten der Investitionsobjekte senken. Die höchste Zinsbegünstigung geht wohl von den Investitionszuschüssen aus, die 1972 um 4 Mrd. DM höher waren, als der Vergleichshaushalt sie ausweist. Es ist daher nicht auszuschließen, daß die expansiven Impulse dieser Ausgaben die kontraktiven Impulse, die sich aus dem starken Zurückbleiben der öffentlichen Darlehen ergeben, ausgeglichen oder übertroffen haben.

Schwierig ist es auch, die Leistungen des Staates für die Sparförderung, die in den letzten Jahren stark zugenommen haben, in ihren Wirkungen auf die Ausgaben der Privaten zu beurteilen. Diese dürften, wenigstens soweit es die Wohnungsbauprämie und die Arbeitnehmersparzulage angeht, zum Teil auch nachfragewirksam geworden sein. Dem steht gegenüber, daß wegen der Sparförderung vermutlich auch mehr gespart wird. Eine automatische Erhöhung der Ersparnis ergibt sich aus kollektiv vereinbarten vermögenswirksamen Leistungen an die Arbeitnehmer.

223. Es ist vor allem der Mangel an Informationen über die Wirkung der Ausgaben für die Investitionsförderung und die Sparförderung, die exakte Aussagen über die konjunkturelle Bedeutung von Strukturveränderungen bei den Staatsausgaben nicht zulassen. Aufs ganze gesehen haben sich aus der Gegenüberstellung der beiden Vergleichshaushalte allerdings keine Anhaltspunkte dafür ergeben, daß die von uns ausgewiesenen konjunkturellen Impulse durch Änderungen in der Struktur der Ausgaben seit 1966 systematisch verzerrt worden sind.

224. Zu berücksichtigen ist jedoch, daß die Gebietskörperschaften in dem Vergleichszeitraum zunehmend dazu übergegangen sind, bestimmte Aufgaben durch besondere Institutionen wahrnehmen zu lassen und die Einnahmen und Ausgaben dieser Institutionen als Sonderrechnungen aus dem Haushalt auszugliedern („Schattenhaushalte"). So haben einige Länder die Wohnungsbauförderung an Wohnungsbauförderungsanstalten übertragen. Diese verwenden vielfach ihre Einnahmen (Zinsen und Rückflüsse aus Wohnungsbaudarlehen, Zuschüsse aus den Haushalten) zur Gewährung von Kapitaldiensthilfen, die wesentlich höhere expansive Effekte haben als die früher üblichen Darlehen. Der Umfang solcher „Schattenhaushalte" ist uns nicht genau bekannt, doch wird deren Bedeutung in den meisten Fällen wohl überschätzt. Zum Zweck einer umfassenden konjunkturellen Beurteilung wäre es allerdings zu begrüßen, wenn die Länder dem Beispiel des Bundes folgten, der ab 1974 seine Seitenfinanzierungen, die Öffa und die Krankenhausfinanzierung, in sein Haushaltsvolumen einbezieht, und die ihren ebenfalls in die Etats einstellten.

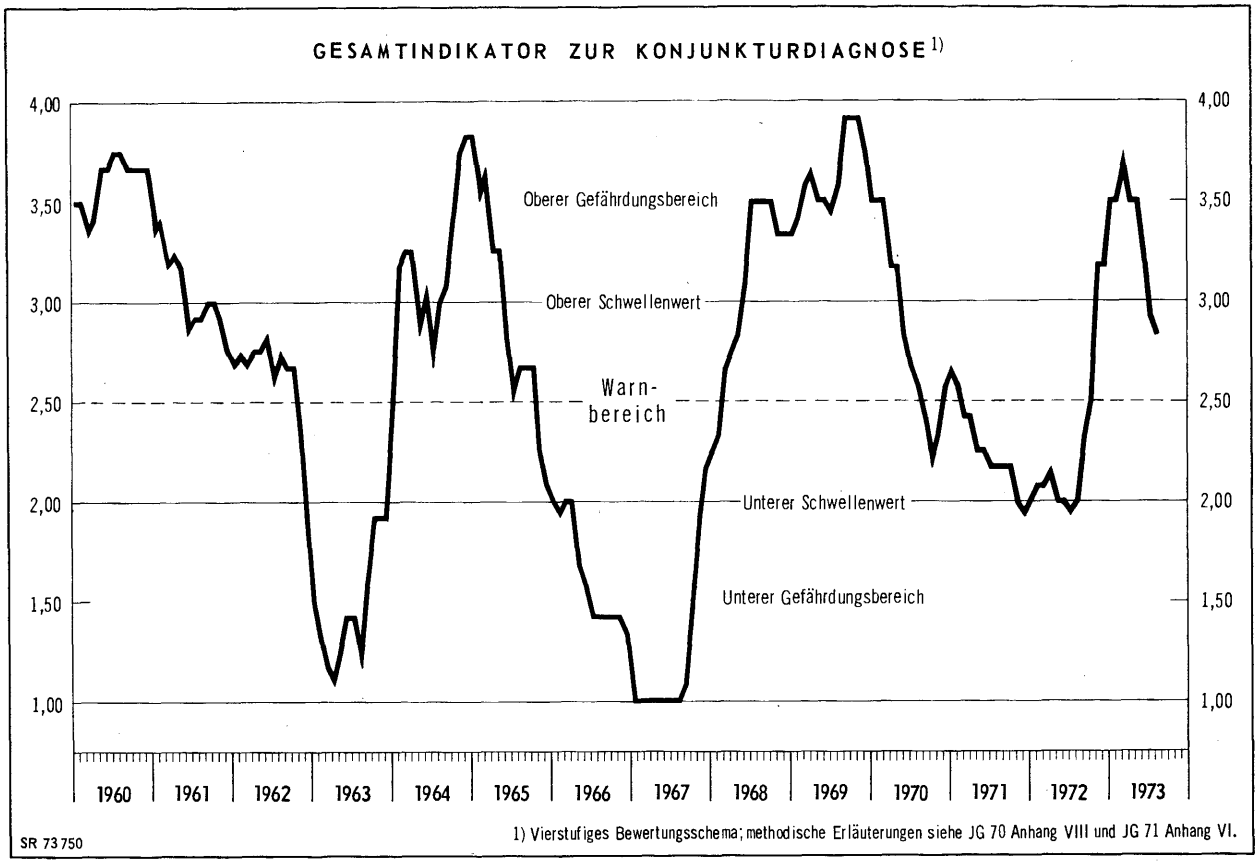
V. Der Gesamtindikator zur Konjunkturdiagnose: Ungewöhnlich rasch wieder abwärts gerichtet

225. Im Herbst 1972 war der Gesamtindikator zur Konjunkturdiagnose sprunghaft angestiegen. Bereits im November lag er oberhalb des oberen Schwellenwertes (Schaubild 33). Damit zeigte auch der Gesamtindikator, daß sich gegen Jahresende 1972 der konjunkturelle Aufschwung durchgesetzt hatte. In den folgenden Monaten stieg der Indikator rasch weiter an. Er erreichte jedoch bereits im März 1973 einen Höhepunkt, seither ist der Verlauf abwärts gerichtet.

Bemerkenswert ist, daß der Gesamtindikator nur 8 Monate im oberen Gefährdungsbereich verweilte. In früheren Konjunkturzyklen hatte er sich jeweils 1½ bis 2 Jahre lang über dem oberen Schwellenwert befunden. In dem raschen Umschwung kommt zum Ausdruck, daß die konjunkturelle Entwicklung schon seit dem Frühsommer 1973 wieder in ruhigeren Bahnen verläuft.

[1]) Von den Kapitaldiensthilfen, die der Staat 1966 und 1972 ausgezahlt hat, sind jedoch nur diejenigen als investitionsfördernd einzubeziehen, die in diesen Jahren neu bewilligt wurden, während der übrige Teil die Investitionen vergangener Jahre betrifft. Derartige Aufgliederungen liegen nicht vor.

Schaubild 33



ZWEITES KAPITEL

Die voraussehbare Entwicklung

226. Unsere Prognose für das Jahr 1974 beschreibt diejenige Entwicklung, die wir beim gegenwärtigen Stand unseres Wissens für die wahrscheinlichste halten. Sie geht als Status-quo-Prognose davon aus, daß die Wirtschaftspolitik den eingeschlagenen Stabilisierungskurs unverändert beibehält; im übrigen gründet sie sich auf die verfügbaren statistischen Informationen, auf unsere Erfahrungen mit dem Ablauf früherer Konjunkturzyklen, teilweise aber auch nur auf Annahmen und Hypothesen, von denen ungewiß ist, ob sie durch das Verhalten der Wirtschaftssubjekte bestätigt werden.

Eine Status-quo-Prognose zwingt dazu, auch solche Tendenzen aufzuzeigen, die wir an sich als Fehlentwicklung beklagen. Die einzelnen Quantitäten sind daher nicht als Zielgrößen oder gar als Empfehlungen aufzufassen; das gilt insbesondere für die angenommene Entwicklung bei Preisen und Löhnen.

227. Waren im vergangenen Jahr die Bedingungen für die Prognose relativ günstig, weil die Grundrichtung der wirtschaftlichen Entwicklung in den statistischen Daten vorgezeichnet war, so fühlen wir uns diesmal unsicherer. Zwar ist davon auszugehen, daß der Konjunkturaufschwung seinen Höhepunkt überschritten hat und der konjunkturelle Abschwung sich 1974 fortsetzen wird, doch besteht Ungewißheit über dessen Intensität.

228. Hinsichtlich der Wirtschaftspolitik sind wir von folgenden Annahmen ausgegangen:

- Die Geldpolitik bleibt weiterhin restriktiv. Tendenzen zur Zinssenkung, die sich aus der veränderten Ausgabenneigung der Privaten ergeben könnten, würden zugelassen, unerwünschte Devisenzuflüsse, soweit es dazu kommen sollte, hingegen neutralisiert.
- Die Finanzpolitik beschließt keine konjunkturanregenden Ausgabenprogramme. Die Investitionsteuer wird beibehalten, der Stabilitätszuschlag und die Suspendierung der degressiven Abschreibung (einschl. § 7 b EStG) laufen wie vorgesehen aus.
- Die Wechselkursrelationen zwischen der D-Mark und den Währungen der wichtigsten Partnerländer bleiben im wesentlichen unverändert.

229. Gleich bedeutsam für die Kennzeichnung der folgenden Prognose ist die angenommene Lohnentwicklung. In dieser Schätzung haben wir nicht unterstellt, daß die Tarifparteien eine konsequente Fortführung des Stabilisierungskurses bei den Lohnabschlüssen in Rechnung stellen. Vielmehr haben wir unsere Annahme aus den jüngsten Tendenzen der Tarifpolitik hergeleitet. Diese Annahme muß jedoch nicht zutreffen. In den Alternativrechnungen im Anschluß an die stabilitätspolitischen Erwägungen im dritten Kapitel haben wir abweichende Annahmen hinsichtlich des Verhaltens der Tarifparteien getroffen.

230. In der Prognose sind wir davon ausgegangen, daß Schwierigkeiten mit der Ölversorgung so rechtzeitig behoben sein werden, daß die wirtschaftliche Entwicklung nicht nachhaltig beeinträchtigt wird. Andernfalls müßten unsere Schätzungen überprüft und gegebenenfalls korrigiert werden.

231. Die wirtschaftlichen und politischen Unsicherheiten würden es nahelegen, eine Prognose nicht für das ganze Jahr 1974 vorzulegen. Wenn wir dennoch eine solche Schätzung wagen, so vor allem, um die Chancen und Risiken für die Wirtschaftspolitik besser abwägen zu können.

Auch diesmal kleiden wir unsere Prognose nur deshalb in Zahlen, weil sie nur so dem Konsistenztest der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen unterworfen werden kann. Dies erfordert auch bei jenen Größen quantitative Annahmen, bei denen wir das Schätzrisiko für besonders groß halten; wo dies der Fall ist, haben wir es im Text vermerkt.

I. Die Weltkonjunktur im Jahre 1974

232. Der weltweite Konjunkturaufschwung hat im Verlauf des Jahres 1973 seinen Höhepunkt erreicht; 1974 wird die wirtschaftliche Entwicklung im Zeichen einer abgeschwächten Expansion bei rückläufiger Kapazitätsauslastung stehen. Dies wird nur für wenige Länder nicht gelten, vor allem nicht für Italien und Frankreich. Fast alle anderen Industrieländer verfolgten 1973 wegen des kräftigen Preisauftriebs eine Politik der Nachfragedämpfung, die zur Einleitung des Abschwungs maßgeblich beigetragen hat, indem sie eine Verlangsamung der Produktionsausweitung verstärkte, die sich aus Angebotsgründen ergab. Im allgemeinen sind die Maßnahmen jedoch so dosiert, daß der Abschwung gemäßigt verlaufen wird und keine erheblichen Einbußen an Beschäftigung zu erwarten sind. Das reale Bruttosozialprodukt der westlichen Industrieländer dürfte um reichlich 4 vH nach 6½ vH im Jahre 1973 zunehmen (Tabelle 25). Dabei ist unterstellt worden, daß die Produktion nicht durch eine unzureichende Ölversorgung beeinträchtigt wird. Kehrseite des zögernden Vorgehens der Wirtschaftspolitik ist allerdings, daß insgesamt der Preisauftrieb wohl nicht nennenswert nachlassen wird.

Tabelle 25

Zur internationalen Konjunkturentwicklung

Land	Anteil am Bruttosozialprodukt der OECD-Länder [1]	Anteil am Export der Bundesrepublik [2]	Bruttosozialprodukt (real) [3]		Preisindex des Bruttosozialprodukts [3]		Wareneinfuhr (Volumen) [3]	
	1971		1973	1974	1973	1974	1973	1974
	vH		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH					
Bundesrepublik Deutschland	8,3	.	+ 6	+ 2½	+ 6	+ 7½	+11½	+ 6½
Frankreich	7,7	12,5	+ 6	+ 5	+ 7	+ 7½	+13½	+12
Italien	4,3	8,4	+ 5	+ 6½	+11	+ 9	+13½	+15½
Niederlande	1,4	10,7	+ 4½	+ 3½	+ 8	+ 7	+13½	+10
Belgien	1,2	8,5	+ 6	+ 5	+ 7	+ 7	+12½	+11
Großbritannien	6,3	4,0	+ 6½	+ 4	+ 8	+ 6½	+15	+ 8½
Irland	0,2	0,3	+ 6	+ 5	+11½	+10	+19½	+14½
Dänemark	0,7	2,1	+ 4½	+ 4	+10	+ 9	+19½	+ 7½
EWG der Neun [4]	30,1	46,5	+ 6	+ 4	+ 8	+ 7½	.	.
Vereinigte Staaten	48,2	9,7	+ 6	+ 3½	+ 5½	+ 6	+ 9	+ 5
Japan	9,0	1,3	+12	+ 8	+10½	+ 9	+21	+ 9
Schweden	1,4	3,4	+ 4	+ 5	+ 7	+ 8	+ 8	+12
Schweiz	1,0	5,9	+ 4½	+ 3½	+ 8	+ 6½	+ 6	+ 6
Österreich	0,7	4,7	+ 6	+ 4½	+ 9½	+ 8	+13½	+11
Insgesamt [4]	90,4	71,5	+ 6½	+ 4	+ 7	+ 7	.	.

[1] Anteil am realen Bruttosozialprodukt in Preisen und Wechselkursen von 1963; Quelle: OECD.
[2] Anteil an der nominalen Warenausfuhr.
[3] Eigene Schätzung.
[4] Zusammengewogen mit den Anteilen am realen Bruttosozialprodukt 1971 der OECD-Länder.

Das Problem extremer Zahlungsbilanzungleichgewichte hat teilweise schon 1973 an Schärfe verloren. Im Jahre 1974 werden sich die Tendenzen zum Gleichgewicht in den Vereinigten Staaten und Japan fortsetzen. Der Auftrieb der Weltmarktpreise für Rohstoffe dürfte, abgesehen von den Preisen für Erdöl, aufhören und möglicherweise von einem leichten Rückgang abgelöst werden. Dafür spricht vor allem die Neigung zum Abbau der Vorräte, die im allgemeinen im Konjunkturabschwung zu beobachten ist.

Mit dem Wandel des Konjunkturklimas in den Industrieländern wird sich die bisher außerordentlich kräftige Expansion des Welthandels verlangsamen. Dies wird nur teilweise durch die nunmehr wohl noch verstärkt steigende Einfuhr der Entwicklungsländer, die wegen der Rohstoffhausse ihre Deviseneinnahmen kräftig steigern konnten, ausgeglichen werden. Das Welthandelsvolumen dürfte 1974 um fast ein Zehntel (1973: 13 vH) zunehmen.

233. In der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft war die konjunkturelle Entwicklung 1973 zunächst im Gleichschritt verlaufen; erst im zweiten Halbjahr begann sie sich zu differenzieren. Die Unterschiede werden sich 1974 vergrößern. Auf der einen Seite wird es in der Bundesrepublik zu einem merklichen Abschwung kommen, auf der anderen Seite zu einem

kräftigen Aufschwung in Italien. Außer in diesem Lande wird das Sozialprodukt in allen größeren Ländern weniger zunehmen als 1973. Insgesamt wird die Zuwachsrate des realen Bruttosozialprodukts in der EWG etwas mehr als 4 vH nach fast 6 vH im Jahre 1973 betragen.

Erhebliche Beschäftigungseinbußen wird es im allgemeinen nicht geben; mit dem Wachstumstempo wird sich durchweg auch der Produktivitätsanstieg vermindern. Der Preisanstieg wird insgesamt kaum nachlassen, in einzelnen Ländern sogar stärker werden, und das, obwohl alle Mitgliedsländer mit Ausnahme der Bundesrepublik direkt in die Einkommens- und Preisbildung eingreifen. In der Mehrzahl der Länder sind Anstiegsraten der Verbraucherpreise zwischen 8 vH und 9 vH zu erwarten.

234. Für die einzelnen Länder ergibt sich folgende Entwicklung.

— Frankreich wird seinen Expansionskurs beibehalten. Da die Kapazitätsgrenzen vielfach erreicht sind, kann die Produktion nicht mehr so schnell ausgedehnt werden wie bisher. Die Verteuerung des Kredits, die wohl vor allem außenwirtschaftlich motiviert war, wird zwar zu einer gewissen Abschwächung der Wohnungsbaunachfrage führen, die sehr starke Investitionsneigung der Wirtschaft angesichts der günstigen Gewinnsituation aber nicht beeinträchtigen. Trotz verschärfter Preiskontrollen ist mit einer leichten Beschleunigung des Preisanstiegs zu rechnen, da der Kostendruck zunehmen wird.

— Italien befindet sich in einem kräftigen Aufschwung, der auch 1974 anhalten wird. In den Unternehmen besteht ein erheblicher Nachholbedarf an Investitionen; die Ausfuhrchancen haben sich wegen der Abwertung der Lira stark verbessert. Voraussetzung für ein kräftiges Wirtschaftswachstum dürfte allerdings eine Lokkerung der monetären Restriktionen sein, die zur Eindämmung der Kapitalflucht und der spekulativen Lagerbildung eingeführt worden waren. Da der Expansion angesichts der nach wie vor hohen Arbeitslosigkeit Vorrang vor Stabilitätsbemühungen eingeräumt wird, ist eine entsprechende Änderung der Kreditpolitik zu erwarten. Der Preisanstieg dürfte 1974 dennoch eher geringer sein als im Vorjahr. 1973 hatten sich insbesondere die außergewöhnlich kräftigen Lohnerhöhungen preissteigernd ausgewirkt.

— In Großbritannien wird das Sozialprodukt nicht mehr so stark zunehmen wie 1973. Das ist vor allem auf Angebotsengpässe, weniger dagegen auf Restriktionsmaßnahmen zurückzuführen. Die Investitionstätigkeit wird immer noch sehr rege sein: es besteht ein erheblicher Nachholbedarf an zusätzlichen Kapazitäten; die Gewinne erlauben eine hohe Selbstfinanzierung. Auch die Ausfuhr wird kräftig zunehmen, da die Auswirkungen der Pfundabwertung an Gewicht gewinnen. Der private Verbrauch und die Wohnungsbaunachfrage werden dagegen nur langsam expandieren. Der Kostendruck wird sich wahrscheinlich verstärken, da der verlangsamten Produktivitätszunahme vermutlich kein Rückgang des Lohnanstiegs gegenübersteht. Etwas zunehmen wird auch der Preisauftrieb. In der Stufe III der Einkommenspolitik, deren Regeln bis in den Herbst 1974 hinein gelten dürften, hat die Regierung zwar wie bisher vielfältige Möglichkeiten der Lohn- und Preiskontrolle. Mit ihrer Hilfe kann sie aber wohl nur eine weitere Erhöhung der Inflationsrate verhindern.

— Auch in den Beneluxländern ist mit einer konjunkturellen Abschwächung zu rechnen. In den Niederlanden wird dies mit einem stärkeren Rückgang der Kapazitätsauslastung verbunden sein. Die restriktive Kreditpolitik wirkt sich vor allem auf den Wohnungsbau dämpfend aus. Die Zunahme der Ausfuhr wird ebenfalls merklich nachlassen. Auf finanzpolitische Restriktionen dürfte mit Rücksicht auf die vergleichsweise hohe Arbeitslosigkeit weitgehend verzichtet werden. Durch verschärfte Preiskontrollen hofft man, den Preisanstieg etwas niedriger halten zu können als 1973. In Belgien wird die zu erwartende Verlangsamung des Wachstums nur zu einem geringen Rückgang der Kapazitätsauslastung führen. Der Preisanstieg wird sich etwa im bisherigen Ausmaß fortsetzen.

— In Dänemark wird die verschärfte monetäre Restriktion zu einem erheblichen Rückgang des Wohnungsbaus führen. Hinzu kommt eine verhaltenere Ausgabenpolitik des Staates und ein Umschwung in der Lagerbildung, nachdem die Bestände 1973 beträchtlich aufgestockt worden waren. Da der private Verbrauch und die Ausfuhr aber unvermindert zunehmen werden, wird der Abschwung mäßig ausfallen. Die Preise werden 1974 voraussichtlich noch etwas stärker steigen als im Vorjahr.

235. Schweden, die Schweiz und Österreich, die wichtigsten Länder der EFTA, werden eine recht unterschiedliche Entwicklung aufweisen. Die schwedische Wirtschaftspolitik versucht, die Beschäftigungslage zu verbessern, ohne den Inflationsdruck zu verstärken. Daher dürfte die Kreditpolitik gelockert bleiben, um die Investitionstätigkeit zu fördern, während die Finanzpolitik restriktiv sein wird. Vom Erfolg der Investitionsförderung wird maßgeblich abhängen, ob sich die Produktion, wie angestrebt, ausweiten wird. Eine leichte Erhöhung der Preissteigerungsraten wird kaum zu vermeiden sein. In der Schweiz dagegen ist die Kreditpolitik scharf restriktiv. Das wird sich vor allem auf die Bauinvestitionen auswirken. Der Preisanstieg dürfte sich etwas abschwächen. Auch Österreich verfolgt eine restriktive Politik, um die Teuerung nicht noch stärker werden zu lassen. Das Expansionstempo wird sich aber nur wenig verlangsamen, da die Investitionen weiterhin kräftig zunehmen werden.

236. In den Vereinigten Staaten wird sich der Konjunkturabschwung fortsetzen, aber wohl nicht in eine Rezession einmünden. Die Nachfrage des Staates nach Gütern und Diensten wird verlangsamt steigen, die des Bundes sogar sinken. Kreditrestriktionen und hohe Zinsen werden einen Rückgang des

Wohnungsbaus zur Folge haben; zudem wird die allgemeine Unsicherheit über die weitere wirtschaftliche Entwicklung die Konsumenten zur Zurückhaltung veranlassen. Dagegen wird der Export kräftig steigen. Auch die privaten Investitionen werden noch zunehmen, zumal Kapazitätsengpässe beseitigt werden müssen.

Die Arbeitslosigkeit wird wieder größer werden. Die Löhne dürften nach der bisherigen, angesichts der hohen Inflationsraten erstaunlichen Zurückhaltung der Gewerkschaften im nächsten Jahr stärker steigen. Das bedeutet bei nachlassendem Produktivitätszuwachs eine kräftige Beschleunigung des Lohnkostenanstiegs. Obwohl die Lohn- und Preiskontrollen vermutlich auch über den April 1974 hinaus fortgesetzt werden, ist mit einer Zunahme des Preisauftriebs zu rechnen. Diese dürfte durch den zu erwartenden Rückgang der Nahrungsmittelpreise nur wenig gemildert werden.

Die Zahlungsbilanz wird sich weiter verbessern. Die Bilanz der laufenden Posten könnte sogar trotz Fortfall einiger begünstigender Sonderfaktoren, vor allem wegen der stürmischen Auslandsnachfrage nach amerikanischen Agrarprodukten, erstmals seit langem wieder mit einem erheblichen Überschuß abschließen.

237. Auch Japan wird sich 1974 in einem konjukturellen Abschwung befinden. Die Zunahme des realen Bruttosozialprodukts um voraussichtlich 8 vH bedeutet eine sinkende Auslastung des Produktionspotentials. Darin wirken sich die restriktive Kreditpolitik und die Höherbewertung des Yen aus. Die Investitionen der Wirtschaft werden langsamer zunehmen. Dagegen wird der Export nach zeitweiliger Stagnation wieder steigen, zumal einige freiwillige Exportbeschränkungen aufgegeben werden dürften. Die Chancen für eine Dämpfung des 1973 stark beschleunigten Preisauftriebs sind gering, denn der Anstieg der Lohnkosten je Produkteinheit verstärkt sich nahezu in dem Maße, in dem die Zunahme der Produktivität nachläßt. Das Zahlungsbilanzproblem dürfte weiter entschärft werden. Mit einem weiteren Abbau der bereits stark verringerten Überschüsse in der Bilanz der laufenden Posten kann vor allem wegen kräftig steigender Übertragungen gerechnet werden.

238. Die Nachfrage auf den internationalen Märkten wird 1974 wegen der nachlassenden Expansion in den meisten Industrieländern weniger zunehmen als im Vorjahr. Das gilt auch für die Auslandsmärkte der Bundesrepublik, auf denen die Nachfrage immerhin noch etwa 10 vH, nach 12½ vH im Jahre 1973, steigen wird. In dieser verhältnismäßig geringen Abschwächung kommt zum Ausdruck, daß die Wirtschaft in Ländern wie Frankreich und Italien, die für den Export der Bundesrepublik so wichtig sind, noch kräftig expandiert und daß im allgemeinen die Nachfrage nach Investitionsgütern weiter verhältnismäßig stark zunimmt. Nach der beträchtlichen Aufwertung der D-Mark ist allerdings nicht zu erwarten, daß die Bundesrepublik überall ihren Marktanteil halten kann.

II. Die öffentlichen Finanzen im Jahre 1974

239. Von den Haushalten der Gebietskörperschaften dürften, läßt man das Aufkommen aus den konjunkturpolitischen Steuerregelungen außer Betracht, auch 1974 expansive Impulse ausgehen. Bezieht man dieses Aufkommen in die Rechnung ein, so wird die Finanzpolitik kontraktiv wirken.

240. Nach dem Mißerfolg zu Beginn des Jahres 1973 mühte sich die Finanzpolitik diesmal schon früh, die Gebietskörperschaften zur Sicherung des Stabilitätskurses zu maßvolleren Ausgabenplänen zu veranlassen. Bereits im Juni empfahl der Finanzplanungsrat mit der Mehrheit seiner Mitglieder, die öffentlichen Ausgaben um nicht mehr als 10,9 vH steigen zu lassen. Bezogen auf unsere Ausgabenschätzung für 1973, in die wir die gestundeten Zuschüsse an die Sozialversicherung anders als der Finanzplanungsrat als Ausgaben einbeziehen, entspricht dieser Richtlinie eine Steigerung von 10 vH auf 313½ Mrd. DM.

241. Nach unseren Schätzungen werden die Ausgaben des Staates (einschl. Sozialversicherung) in der Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen im Jahre 1974 um 12½ vH höher sein als 1973 (Tabelle 26).

Besonders stark werden sich aller Voraussicht nach die öffentlichen Verbrauchsausgaben erhöhen, vor allem als Folge von hohen Lohn- und Preissteigerungen. Auch dürfte der Personalbestand weiter aufgestockt werden, zumal im Herbst 1974 die tarifliche Arbeitszeit um 2 Stunden auf 40 Stunden je Woche verkürzt wird.

Die Expansion der Einkommensübertragungen wird 1974 unvermindert anhalten. Bei den Sozialversicherungsrenten werden sich vor allem die hohen Lohnsteigerungen der Jahre 1970 bis 1972 auswirken. Hinzu kommen erhöhte Leistungen der Gebietskörperschaften, so bei den Kriegsopferrenten, der Ausbildungsförderung für Schüler und Studenten und den Subventionen an die Bundesbahn sowie an den Bergbau, die dort nicht zuletzt die steigenden Personalkosten auffangen sollen.

Die öffentlichen Investitionen werden wohl stärker als 1973, doch wiederum schwächer als die Gesamtausgaben steigen. Zwar weisen die Haushaltsentwürfe auf eine höhere Zunahme hin, als von uns angenommen wurde, doch rechnen wir damit, daß Mehrbelastungen bei den laufenden Ausgaben zum Teil durch Abstriche bei den Investitionen ausgeglichen werden.

242. Das kassenmäßige Haushaltsvolumen der Gebietskörperschaften dürfte alles in allem 317 Mrd. DM erreichen, das sind über 11 vH mehr als 1973, und damit wiederum mehr, als es der Empfehlung des Finanzplanungsrates entspricht. Dabei werden die Länder ihren Anteil am Gesamthaushalt weiter zu Lasten des Bundes erhöhen.

An Steuereinnahmen werden den Gebietskörperschaften 1974 nach unserer Schätzung 249 Mrd. DM

Tabelle 26

Einnahmen und Ausgaben des Staates [1])

Schätzung für das Jahr 1973 und Prognose für das Jahr 1974 [2])

	1972		1973	1974
	Mrd. DM	Anteil in vH	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH	
Einnahmen insgesamt	331,8	100,0	+17½	+12½
Steuern	195,7	59,0	+19	+13
Sozialversicherungsbeiträge	108,3	32,6	+17½	+12½
Sonstige laufende Einnahmen	19,1	5,8	+ 9½	+ 8
Vermögensübertragungen und Abschreibungen	8,7	2,6	+ 5	+10
Ausgaben insgesamt	333,0	100,0	+13½	+12½
Staatsverbrauch	146,9	44,1	+15	+14
Einkommensübertragungen	130,0	39,0	+12½	+11½
Private Haushalte	110,6	33,2	+12	+12½
Unternehmen und übrige Welt	19,4	5,8	+16	+ 8
Zinsen	8,0	2,4	+15	+11
Vermögensübertragungen	17,5	5,3	+15	+ 9½
Investitionen	30,6	9,2	+ 5½	+ 8
Finanzierungssaldo (Mrd. DM) [3])	−1,2	.	+13	+15
Gebietskörperschaften	−9,4	.	+ 2	+ 4
Sozialversicherung	+8,3	.	+11	+11

[1]) Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.
[2]) Veränderungsraten gerundet.
[3]) Überschuß: +, Defizit: −.

zur Verfügung stehen. Das sind 4 Mrd. DM weniger, als bei der offiziellen Steuerschätzung im August 1973, allerdings unter anderen Annahmen über die gesamtwirtschaftliche Entwicklung, erwartet wurde. Dies dürfte trotz der vorhandenen hohen Kassenreserven einem Überborden der Ausgaben entgegenwirken, wenn es, wie vom Finanzplanungsrat empfohlen, wieder zu einer Schuldendeckel-Verordnung kommen wird; diese soll die Kreditaufnahme von Bund, Ländern und Gemeinden (ohne kommunale Unternehmen) auf rund 14 Mrd. DM begrenzen.

243. Läßt man die stabilitätspolitisch bedingten Steuereinnahmen beiseite, so wäre 1974 ein Ausgabenvolumen von 313 Mrd. DM konjunkturneutral. Das von uns geschätzte tatsächliche Ausgabenvolumen geht somit um 4 Mrd. DM darüber hinaus. Vom Stabilitätszuschlag und von der Investitionsteuer — sie bleibt nach den Annahmen unserer Status-quo-Prognose das ganze Jahr bestehen — erwarten wir ein Aufkommen von 9 Mrd. DM. Von der Finanzpolitik insgesamt gehen daher kontraktive Wirkungen aus, für die ein Betrag von 5 Mrd. DM steht.

III. Die voraussichtliche Entwicklung der Binnenkonjunktur

244. Die westdeutsche Wirtschaft befindet sich im Herbst 1973 in der ersten Phase eines konjunkturellen Abschwungs, der sich 1974 aller Voraussicht nach fortsetzen wird. Unter dem Einfluß der Stabilisierungsmaßnahmen wird sich die Expansion der Nachfrage weiter verlangsamen. Damit vergrößert sich

Schaubild 34

ENTWICKLUNG WICHTIGER KOMPONENTEN DES SOZIALPRODUKTS

SCHÄTZUNG FÜR DAS 2. HALBJAHR 1973 UND PROGNOSE FÜR DAS JAHR 1974

Saisonbereinigter Verlauf

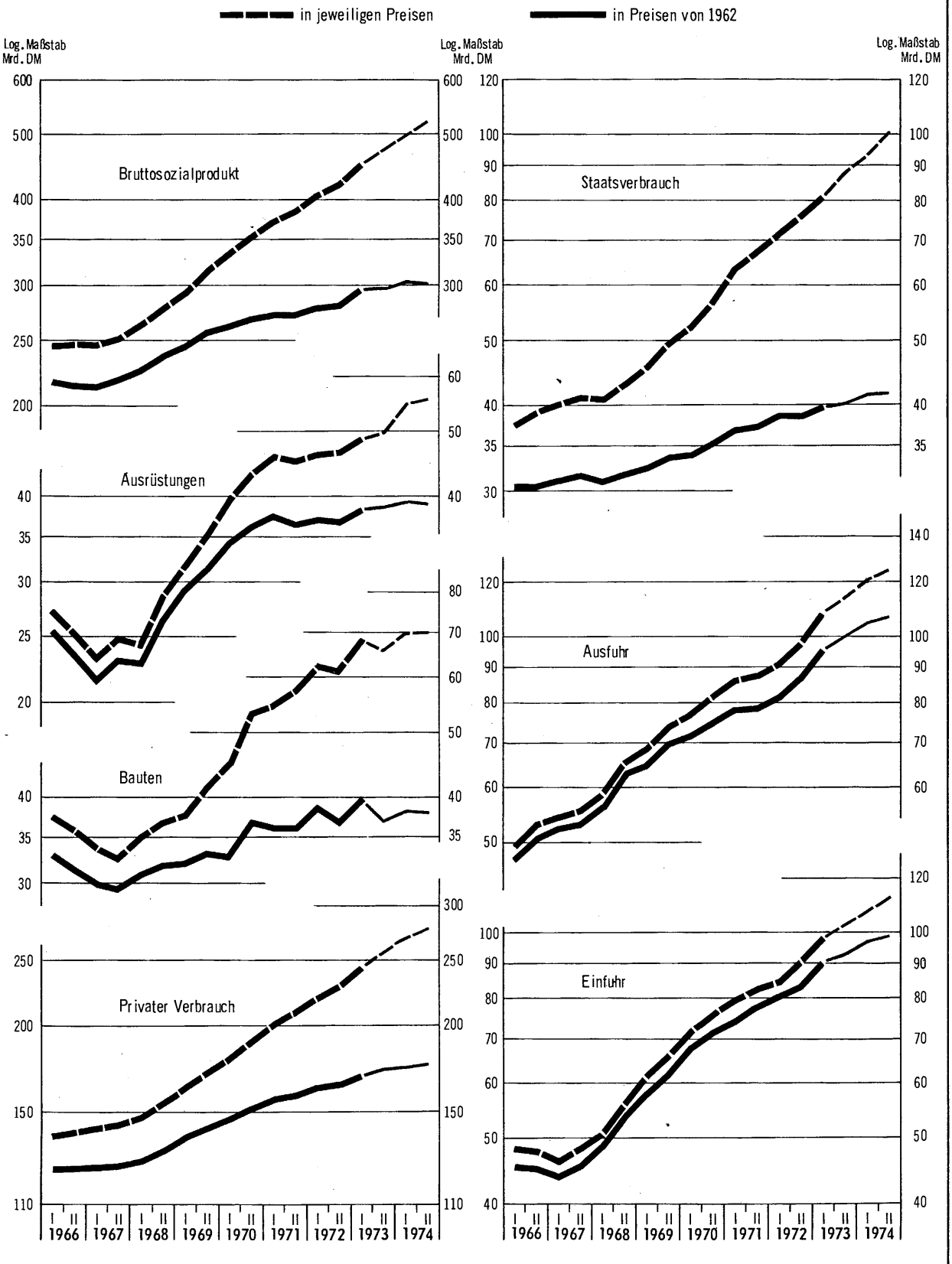


Tabelle 27

Die wichtigsten Daten der Volkswirt

Schätzung für das 2. Halbjahr 1973

Absolute Werte

	Einheit	1972	1973	1974	1973		1974	
					1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
Verwendung des Sozialprodukts								
Privater Verbrauch	Mrd. DM	447,7	497,7	548,1	234,6	263,1	258,6	289,5
Staatsverbrauch	Mrd. DM	146,9	169,0	192,8	77,3	91,7	88,5	104,3
Bruttoanlageinvestitionen [2]	Mrd. DM	215,6	232,4	250,0	109,1	123,3	116,1	133,9
Ausrüstungen	Mrd. DM	92,5	98,8	110,4	47,5	51,3	53,2	57,2
Bauten	Mrd. DM	123,1	133,6	139,6	61,6	72,0	62,9	76,7
Vorratsveränderungen	Mrd. DM	+ 4,4	+ 9,8	+ 7,1	+ 13,0	− 3,2	+ 11,2	− 4,1
Außenbeitrag	Mrd. DM	+ 14,2	+ 21,2	+ 23,7	+ 9,1	+ 12,1	+ 11,8	+ 11,9
Ausfuhr	Mrd. DM	189,1	222,7	245,7	107,2	115,5	118,9	126,8
Einfuhr	Mrd. DM	174,9	201,5	222,0	98,1	103,4	107,1	114,9
Bruttosozialprodukt in jeweiligen Preisen	Mrd. DM	828,8	930,1	1 021,7	443,1	487,0	486,2	535,5
Preisentwicklung								
Privater Verbrauch	1962 = 100	137,4	147,0	156,8	145,4	148,5	155,3	158,2
Bruttoanlageinvestitionen [2]	1962 = 100	144,4	150,9	161,9	148,7	153,0	158,8	164,7
Ausrüstungen	1962 = 100	125,2	128,3	141,4	126,6	129,9	138,2	144,4
Bauten	1962 = 100	163,2	173,7	183,0	171,9	175,2	181,8	183,9
Ausfuhr	1962 = 100	112,2	113,7	116,4	112,8	114,6	115,4	117,3
Einfuhr	1962 = 100	106,2	110,0	113,0	109,1	110,8	111,9	114,0
Bruttosozialprodukt	1962 = 100	148,0	156,9	168,5	153,6	160,0	164,6	172,2
Entstehung des Sozialprodukts								
Erwerbstätige	1 000	26 400	26 410	26 135	26 328	26 485	26 130	26 145
Arbeitszeit	Stunden	.	.	.	.	.	.	.
Arbeitsvolumen	Mrd. Stunden	.	.	.	.	.	.	.
Produktivität	DM je Std.	.	.	.	.	.	.	.
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1962	Mrd. DM	560,4	593,5	607,0	289,1	304,5	295,5	311,5
Verteilung des Volkseinkommens								
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	Mrd. DM	439,0	500,0	554,9	236,4	263,6	263,8	291,1
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (einschl. Staat)	Mrd. DM	194,7	214,4	226,2	102,0	112,4	105,9	120,3
Nettosozialprodukt zu Faktorkosten (Volkseinkommen)	Mrd. DM	633,7	714,4	781,1	338,4	376,0	369,7	411,4
Nettoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	Mrd. DM	291,7	319,2	347,3	154,6	164,6	168,3	179,0
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (ohne Staat)	Mrd. DM	151,0	160,8	169,4	77,9	82,9	78,0	91,4
Laufende Übertragungen vom Staat	Mrd. DM	109,4	122,2	137,1	58,4	63,8	65,5	71,6
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	Mrd. DM	523,6	577,0	635,1	271,9	305,1	301,0	334,1

[1] Veränderungsraten gerundet.

[2] Einschließlich Investitionsteuer; ohne Investitionsteuer betragen die Preissteigerungsraten für die Anlageinvestitionen: 2. Hj. 1973: + 4 vH; 1. Hj. 1974: + 4 vH; 2. Hj. 1974: + 4 vH.

Tabelle 27

schaftlichen Gesamtrechnungen

und Prognose für das Jahr 1974 [1])

Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH

	1972	1973	1974	1973		1974	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
Verwendung des Sozialprodukts							
Privater Verbrauch	+ 9,3	+11	+10	+11,4	+11	+10	+10
Staatsverbrauch	+12,5	+15	+14	+13,2	+16½	+14½	+13½
Bruttoanlageinvestitionen	+ 6,1	+ 8	+ 7½	+ 8,2	+ 7½	+ 6½	+ 8½
Ausrüstungen	+ 1,5	+ 7	+11½	+ 6,0	+ 7½	+12	+11½
Bauten	+ 9,9	+ 8½	+ 4½	+10,0	+ 7½	+ 2	+ 6½
Vorratsveränderungen	.	.	.	.	.	.	.
Außenbeitrag	.	.	.	.	.	.	.
Ausfuhr	+ 8,9	+18	+10½	+19,7	+16	+11	+10
Einfuhr	+ 7,6	+15	+10	+16,9	+13½	+ 9	+11
Bruttosozialprodukt in jeweiligen Preisen	+ 9,3	+12	+10	+12,1	+12½	+ 9½	+10
Preisentwicklung							
Privater Verbrauch	+ 5,7	+ 7	+ 6½	+ 7,2	+ 6½	+ 7	+ 6½
Bruttoanlageinvestitionen [2])	+ 4,1	+ 4½	+ 7½	+ 4,5	+ 4½	+ 7	+ 7½
Ausrüstungen	+ 1,5	+ 2½	+10	+ 2,1	+ 3	+ 9	+11
Bauten	+ 5,7	+ 6½	+ 5½	+ 6,4	+ 6½	+ 6	+ 5
Ausfuhr	+ 1,1	+ 1½	+ 2½	+ 1,3	+ 1½	+ 2½	+ 2½
Einfuhr	− 0,7	+ 3½	+ 2½	+ 4,2	+ 3	+ 2½	+ 3
Bruttosozialprodukt	+ 6,0	+ 6	+ 7½	+ 5,7	+ 6	+ 7	+ 7½
Entstehung des Sozialprodukts							
Erwerbstätige	− 0,7	+ 0	− 1	+ 0,1	− 0	− ½	− 1½
Arbeitszeit [3])	− 0,6	− 0	− 1	− 0,2	− ½	− 1	− ½
Arbeitsvolumen	− 1,3	− 0	− 2	− 0,1	− ½	− 2	− 2
Produktivität	+ 4,3	+ 6	+ 4½	+ 6,3	+ 6	+ 4½	+ 4
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1962	+ 3,0	+ 6	+ 2½	+ 6,2	+ 6	+ 2½	+ 2
Verteilung des Volkseinkommens							
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	+ 9,7	+14	+11	+13,0	+15	+11½	+10½
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (einschl. Staat)	+ 6,9	+10	+ 5½	+12,0	+ 8½	+ 4	+ 7
Nettosozialprodukt zu Faktorkosten (Volkseinkommen)	+ 8,8	+12½	+ 9½	+12,7	+13	+ 9	+ 9½
Nettoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	+ 9,1	+ 9½	+ 9	+ 8,3	+10½	+ 9	+ 8½
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (ohne Staat)	+ 7,6	+ 6½	+ 5½	+ 8,4	+ 4½	+ 0	+10½
Laufende Übertragungen vom Staat	+14,0	+11½	+12	+ 9,1	+14½	+12	+12
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	+10,7	+10	+10	+ 9,4	+11	+10½	+ 9½

[3]) Einschließlich Veränderung der Arbeitstage.

die Chance, dem Ziel der Geldwertstabilität näherzukommen, zugleich wird aber der Weg schmaler, auf dem dieses Ziel ohne Einbußen bei der Beschäftigung erreicht werden kann. Bisher gibt es keine Anzeichen dafür, daß sich der Abschwung kumulativ verstärken und schon bald in eine Rezession münden könnte, doch ist nicht auszuschließen, daß im späteren Jahresverlauf der Rückgang der Kapazitätsauslastung merklich über jenes Maß hinausgeht, das als Normalisierung gelten kann, insbesondere wenn die Tarifpartner den Rahmen außer acht lassen sollten, der von der Wirtschaftspolitik gesetzt worden ist (Schaubild 34).

245. Der Kernprozeß des Abschwungs ist wieder einmal bei den Investitionen zu suchen. Für den künftigen Konjunkturverlauf erweist sich daher die Investitionsneigung als ausschlaggebende Größe. Die inländische Nachfrage nach Investitionsgütern ist zwar im Herbst nicht mehr zurückgegangen; der Auftragseingang im Maschinenbau, der erfahrungsgemäß ein Nachlassen der Investitionsneigung frühzeitig anzeigt, schwächte sich jedoch weiter deutlich ab.

Die alles in allem recht gedämpften Absatzerwartungen sprechen dafür, daß die Investitionsbereitschaft in den nächsten Monaten mehr und mehr erlahmt. Da die Unternehmen ihre Kapazitäten überwiegend als zu groß beurteilen, dürfte wenig Neigung bestehen, die Produktionsanlagen zu erweitern. Zwar erfordern der anhaltende Lohnkostendruck und der rasche technische Wandel eine ständige Modernisierung des Produktionsapparates, doch lassen sich Rationalisierungsinvestitionen für einige Zeit aufschieben. Überdies wird wohl auch die Erwartung, daß der Stabilitätskurs über kurz oder lang gelockert werden könnte, viele Unternehmen zum Abwarten veranlassen.

246. Wichtige Hinweise auf die künftige Entwicklung der Investitionsneigung geben schließlich die Planungen der Unternehmen selbst. Nach den Ergebnissen des Ifo-Konjunkturtests will zwar die Industrie ihre Ausgaben für Ausrüstungen und Bauten im nächsten Jahr noch einmal kräftig erhöhen, ebenso die Elektrizitätswirtschaft, die Bundesbahn und die Bundespost. Der Handel und die Dienstleistungsbereiche dagegen werden die Investitionsausgaben nur wenig steigern, die Bauwirtschaft sogar kräftig kürzen. Insgesamt liefe dies auf eine geringe Zunahme der realen Ausrüstungsinvestitionen hinaus.

Dabei muß man berücksichtigen, daß es rasch zu Planrevisionen nach unten kommt, wenn sich das Konjunkturklima stärker als erwartet abkühlt.

247. Anders als die Bestellungen dürften die Lieferungen bis zum Frühjahr 1974 noch zunehmen, da die Investitionsgüterhersteller über ein Auftragspolster verfügen, das zwar geringer ist als auf dem Höhepunkt des Booms 1969/70, aber mindestens ebenso weit reicht wie in der Hochkonjunktur 1964/65. Die Einfuhren von ausländischen Investitionsgütern dürften wieder verstärkt steigen, nicht zuletzt, weil die Lieferfähigkeit der ausländischen Anbieter wächst. Mit einem Rückgang in der Investitionstätigkeit rechnen wir erst im späteren Jahresverlauf. In die Prognose haben wir eingesetzt, daß die Ausrüstungsinvestitionen im Jahresdurchschnitt 1974 dem Volumen nach um 1½ vH höher sein werden als 1973 (Tabelle 27).

248. Rascher als bei den Ausrüstungsinvestitionen werden sich die Wirkungen der Stabilisierungspolitik bei den Bauinvestitionen zeigen. Für 1974 rechnen wir mit einem Rückgang im Wohnungsbau und im gewerblichen Bau, der allerdings durch eine verstärkte Produktionstätigkeit im öffentlichen Bau teilweise ausgeglichen werden dürfte.

— Im Wohnungsbau könnte der beträchtliche Nachfragerückgang, der sich in der Entwicklung der Baugenehmigungen und der Auftragsvergabe zeigt, schon in den nächsten Monaten dazu führen, daß immer weniger neue Bauten in Angriff genommen werden. Da jedoch das Ausbaugewerbe wegen des großen Überhangs an begonnenen Bauten noch gut beschäftigt sein wird, wird die Bautätigkeit wohl nur wenig sinken. Außerdem ist nach Wiederzulassung der 7 b-Abschreibung (ab 1. Mai 1974) mit einem Schub neuer Aufträge zu rechnen, der sich vermutlich rasch in der Produktion niederschlagen wird.

— Im gewerblichen Bau dürfte die Bautätigkeit weitgehend dem Verlauf der Ausrüstungsinvestitionen folgen, zumal die Unternehmen, soweit sie im Konjunkturabschwung überhaupt investieren, eher Rationalisierungsinvestitionen als Erweiterungsinvestitionen vornehmen.

— Die Bauausgaben des Staates werden, den Planungen nach zu urteilen, 1974 wieder stärker zunehmen als in diesem Jahr (Ziffer 241). Da zudem die Bauwirtschaft auf einen raschen Baubeginn drängen wird, dürfte die Produktion zügig ausgeweitet werden.

Nicht zuletzt wegen der verstärkten Bautätigkeit im öffentlichen Bereich rechnen wir damit, daß die realen Bauinvestitionen — normales Winterwetter vorausgesetzt — das Niveau von 1973 nur wenig unterschreiten werden (— 1 vH).

249. Auch von den Lagerdispositionen werden kontraktive Wirkungen auf den Konjunkturverlauf ausgehen. Die schwache Produktionsentwicklung gibt keinen Anlaß, die Rohstoffläger aufzustocken; außerdem besteht offenbar die Erwartung, daß die hohen Weltmarktpreise abbröckeln werden. Schließlich dürften angesichts des hohen Zinsniveaus Industrie und Handel bestrebt bleiben, auch die Läger an Fertigwaren knapp zu halten.

250. Bei der Exportschätzung gehen wir davon aus, daß sich das Expansionstempo bei den wichtigsten Handelspartnern abschwächt, es jedoch nirgendwo zu einem rezessiven Konjunktureinbruch kommt. Die Auslandsnachfrage dürfte sich daher als Konjunkturstütze erweisen. Zwar ist nicht zu über-

sehen, daß sich infolge der veränderten Währungsrelationen die Exportchancen der deutschen Unternehmen verschlechtert haben; vermutlich werden aber Nachteile im Preiswettbewerb durch Vorteile auf anderen Gebieten, etwa durch kürzere Lieferfristen, gemindert werden können.

Selbst wenn der Nachfragesog aus dem Ausland rascher nachlassen sollte, als wir erwarteten, wird die Warenausfuhr wegen der großen Auftragsbestände weiter steigen. Allerdings wird sich das Expansionstempo verlangsamen, zumal die Unternehmen versuchen dürften, die Auftragsbestände zu strecken. Insgesamt rechnen wir damit, daß das Volumen der Warenausfuhr um rund 8 vH zunehmen wird.

251. Die Verbrauchsausgaben der privaten Haushalte werden nach der nur schwachen Zunahme im Sommer und Herbst 1973 in den nächsten Monaten wohl beschleunigt expandieren, und zwar vor allem wegen der kräftigen Einkommensteigerung, aber auch weil — ähnlich wie im letzten Jahr — zurückgestellte Käufe nachgeholt werden dürften. Damals hatte sich der bisherige Saisonrhythmus bei den Einzelhandelsumsätzen verschoben: Die Haushalte kauften nicht mehr so viel in der Vorweihnachtszeit, sondern erst nach den Feiertagen, offenbar um günstige Angebote im Schlußverkauf zu nutzen.

Entscheidend für das Expansionstempo im Jahresverlauf ist freilich die Entwicklung der verfügbaren Einkommen. Bislang läßt sich nur die Zunahme der öffentlichen Einkommensübertragungen hinreichend sicher abschätzen. Die tarifpolitischen Entscheidungen, von denen die Entwicklung der Arbeitnehmereinkommen weitgehend mit bestimmt wird, stehen noch aus; deshalb enthält unsere Prognose größere Fehlermargen. Wir sind davon ausgegangen, daß die verfügbaren Einkommen 1974 um rund 10 vH und damit ebenso stark wie 1973 zunehmen werden. Trotzdem dürfte die Zuwachsrate des privaten Verbrauchs mit 10 vH hinter der des Jahres 1973 (11 vH) zurückbleiben, da die Sparquote 1974 wahrscheinlich nicht noch einmal sinken wird.

252. Abermals recht kräftig wird der Staatsverbrauch ausgeweitet werden; die Zuwachsrate veranschlagen wir auf 14 vH (Ziffer 241).

253. Bei den erkennbaren Nachfragetendenzen wird sich der Produktionsanstieg merklich verlangsamen: In der Bauwirtschaft wird die Produktion sinken, in anderen Bereichen weiter steigen, in der Industrie allerdings nur noch wenig. Das reale Sozialprodukt wird im Jahresdurchschnitt das Niveau von 1973 zwar noch um 2½ vH übertreffen, vom Verlauf her gesehen bedeutet dies jedoch Stagnation im zweiten Halbjahr. Da die Produktionskapazitäten — trotz der schwachen Investitionstätigkeit — weiter wachsen (im Jahresdurchschnitt 1974 um schätzungsweise 4 vH), wird der Auslastungsgrad merklich sinken, zunächst aber nur wenig unter jenes Maß, das als Normalisierung anzusehen ist.

254. Mit dem Nachlassen des Nachfragesogs und der Zunahme des Angebotsdrucks wird sich der Anstieg der Wareneinfuhr merklich abschwächen. Das gilt vor allem für die Einfuhr von Rohstoffen und Vorerzeugnissen, die erfahrungsgemäß der Entwicklung der Industrieproduktion rasch folgt. Dagegen dürfte die Einfuhr von Fertigwaren unvermindert zunehmen, zum einen wegen der Expansion des privaten Verbrauchs, zum anderen weil sich diese Waren infolge der Höherbewertung der D-Mark zum Teil beträchtlich verbilligt haben. Für das Volumen der Wareneinfuhr rechnen wir mit einer Zuwachsrate von 6½ vH nach 11½ vH im Jahre 1973.

255. Der Außenbeitrag wird sich — trotz steigender Defizite in der Dienstleistungbilanz — weiter erhöhen, sein Anteil am Sozialprodukt rund 2 ½ vH betragen.

256. Das Arbeitsvolumen wird 1974 schrumpfen, um wieviel, hängt nicht zuletzt davon ab, welche Lohnzugeständnisse die Arbeitgeber machen und inwieweit sie zusätzliche Kosten noch überwälzen können. Wir rechnen damit, daß die Anzahl der Beschäftigten in den kommenden Monaten merklich zurückgeht, dies zunächst freilich weniger, weil die Unternehmen Arbeitskräfte entlassen, sondern weil sie darauf verzichten werden, neue einzustellen. Der Zustrom von ausländischen Arbeitskräften dürfte weitgehend versiegen. Über die Verringerung des Personalbestandes hinaus dürften die Unternehmen auch die Arbeitszeit reduzieren, sei es durch Abbau von Überstunden, sei es durch Einführung von Kurzarbeit. Dennoch wird die Arbeitslosigkeit zunehmen, stärker aber wohl nur in den strukturschwachen Bereichen.

257. Alles in allem wird sich der Arbeitsmarkt zunächst nicht so weit auflockern, daß mit einem raschen Einschwenken der Lohnpolitik auf den Stabilisierungskurs von Bundesregierung und Bundesbank zu rechnen ist.

Bei unserer Prognose haben wir angenommen, daß für die Lohnrunde zu Beginn des Jahres die Tarifabschlüsse der letzten Monate Richtschnur sein werden; für die Abschlüsse danach haben wir niedrigere Steigerungsraten gesetzt, weil wir davon ausgehen, daß mit dem Rückgang der Kapazitätsauslastung eine spürbare Entspannung am Arbeitsmarkt einhergehen wird. Unter diesen Annahmen werden die effektiven Stundenlöhne im Jahresdurchschnitt 1974 um schätzungsweise 12 ½ vH höher liegen als 1973. Diese Rate ist nicht mit den Lohnerhöhungen der Tarifabschlüsse identisch: Zum einen dürfte nach den kräftigen Lohnanpassungen der letzten Monate das Effektivlohnniveau am Jahresende bereits um etwa 3 ½ vH über dem Jahresdurchschnitt 1973 liegen (Überhang); zum anderen gehen wir davon aus, daß Unternehmen wie Gewerkschaften, wenn auch aus unterschiedlichen Motiven, daran interessiert sein werden, die Lohndrift 1974 zu verringern, indem sie die tarifliche Absicherung übertariflicher Zahlungen vereinbaren. Außerdem dürfte die Spanne zwischen Effektiv- und Tarifsteigerungs-

raten auch durch den Rückgang der effektiven Arbeitszeit gedrückt werden.

258. Da sich der Produktivitätsanstieg verlangsamt — die Arbeitsproduktivität je Stunde wird 1974 nur noch um 4 ½ vH nach 6 vH im Jahre 1973 zunehmen —, werden die Lohnstückkosten wieder beschleunigt steigen. Hinzu kommt die starke Erhöhung der Energiekosten, die allerdings durch einen Rückgang der Rohstoffpreise teilweise kompensiert werden könnte. Um dem Druck auf die Gewinnmargen auszuweichen, werden die Unternehmen auch weiterhin versuchen, die Preise kräftig heraufzusetzen. Zwar dürfte dies nicht mehr so leicht gelingen, insbesondere dort nicht, wo die Höherbewertung der D-Mark den Preiswettbewerb verschärft hat; doch scheinen die Preiserhöhungsspielräume noch nicht überall so weit eingeengt zu sein, daß unter den angenommenen Bedingungen schon bald mit einer nachhaltigen Tendenzwende bei den Preisen gerechnet werden kann.

259. Vor allem bei den Verbraucherpreisen gibt es eine schwere Vorbelastung der künftigen Entwicklung: Bis zuletzt sind die industriellen Erzeugerpreise stark gestiegen, und es braucht nach aller Erfahrung Zeit, bis die Kosten- und Preissteigerungen von den vorgelagerten Produktionsstufen auf die Verbraucher weitergewälzt worden sind, wenn auch nicht angenommen werden muß, daß dies vollständig gelingt. Hinzu kommt, daß die dämpfenden Einflüsse, die in den letzten Monaten von sinkenden Agrarpreisen auf das Preisniveau ausgegangen sind, wegfallen werden und zudem mit weiteren Verteuerungen bei Heizöl und Benzin zu rechnen ist, in deren Gefolge auch die Preise anderer Energieträger bald anziehen dürften.

260. Wie in früheren Jahren haben wir auch diesmal versucht, die voraussichtliche Preisentwicklung bei den wichtigsten Bedarfsgruppen einzeln abzuschätzen:

— Bei Nahrungsmitteln rechnen wir nach dem vorübergehenden Preisrückgang in den Sommermonaten dieses Jahres wieder mit spürbaren Verteuerungen, nicht zuletzt deshalb, weil das Angebot an tierischen und pflanzlichen Erzeugnissen auf den Weltmärkten knapp bleiben wird.

— Abermals kräftig dürften auch die Preise für Dienstleistungen steigen, da hier Lohnerhöhungen nur in geringem Maße durch Produktivitätssteigerungen aufgefangen werden können. Hinzu kommt, daß bei einer Reihe von staatlich festgelegten Preisen zum Teil drastische Erhöhungen anstehen: Allein durch die Anhebung der Rundfunk- und Fernsehgebühren zum 1. Januar und die geplante Heraufsetzung der Postgebühren zum 1. Juli werden die Preise für Dienstleistungen im Jahresverlauf um 2 vH steigen und damit die Lebenshaltung um 0,4 vH verteuern.

— Bei der Gruppe der sonstigen Waren, zu der vor allem industrielle Verbrauchsgüter, aber auch Brenn- und Treibstoffe gehören, dürfte sich der Preisanstieg zunächst kaum abschwächen, nicht zuletzt wegen der sich abzeichnenden Verteuerung von wichtigen Energieträgern. Im späteren Jahresverlauf dürfte allerdings die zu erwartende Verlangsamung im Anstieg der industriellen Erzeugerpreise auf die Verbraucherstufe durchschlagen.

— Die Mieten werden wiederum verhältnismäßig schwach steigen, da vor allem bei großen und teuren Wohnungen das Angebot der Nachfrage vorausgeeilt ist. Zum Jahresbeginn erwarten wir allerdings einen stärkeren Sprung, da für rund 4 Millionen Wohnungen des sozialen Wohnungsbaues die Sätze für die Bewirtschaftungskosten und damit auch die Mieten kräftig heraufgesetzt werden dürften.

Alles in allem rechnen wir damit, daß die Verbraucherpreise, gemessen am Preisindex für die Lebenshaltung, im Verlauf des Jahres 1974 (von Jahresende zu Jahresende gerechnet) um rund 6 vH steigen werden. Da Ende 1973 das Preisniveau schon um rund 3 vH über dem Jahresdurchschnitt 1973 liegen wird (Überhang), ergibt sich für den Jahresdurchschnitt 1974 eine Steigerungsrate von 6 ½ vH.

DRITTES KAPITEL

Mut zur Stabilisierung

I. Die Situation im Herbst 1973

Der Befund für die Gemeinschaft

261. Die wirtschaftliche Entwicklung in der um Großbritannien, Irland und Dänemark erweiterten Europäischen Gemeinschaft befindet sich im Übergang von einer Phase der Hochkonjunktur in eine Phase verhaltenerer Expansion. Das reale Sozialprodukt in der Gemeinschaft, das 1973 um 6 vH höher war als im Vorjahr, wird 1974 nur um etwa 4 vH zunehmen. Der Gleichschritt, der das Konjunkturbild prägte, wird 1974 von einer stärkeren Differenzierung der Wirtschaftsentwicklung in den Mitgliedsländern abgelöst werden.

262. Die Beanspruchung der Produktionsfaktoren wird 1974 geringer werden. Kapazitätsengpässe, wie sie 1973 vielfach die Produktionsausweitung hemmten, werden 1974 nur noch vereinzelt auftreten. Der Beschäftigungsgrad, der 1973 insbesondere in den Ländern mit zuvor hoher Arbeitslosigkeit deutlich zunahm, wird 1974 zurückgehen; mit erheblichen Beschäftigungseinbußen ist indes nicht zu rechnen.

263. Im Waren- und Dienstleistungsverkehr der Gemeinschaft mit Drittländern — der Handel mit den neuen Mitgliedsländern ist nunmehr zum Binnenhandel geworden — stiegen die Exporte zwar kräftig, noch stärker stiegen die Importe. Mit dem Wandel des Konjunkturklimas in der Welt wird der Außenhandel 1974 langsamer expandieren. Im Kapitalverkehr haben sich sechs Mitgliedsländer durch den Übergang zum Block-Floating gegen unerwünschte Devisenströme von außen gesichert.

264. Das Hauptproblem der Wirtschaftspolitik, der inflatorische Preisauftrieb, hat sich 1973 weiter verschärft. Obwohl in allen Ländern der Gemeinschaft die restriktiven Bemühungen — teils zögernd, teils drastisch — verstärkt wurden, hielt der Geldwertschwund bis zuletzt unvermindert an. Gegen den Nachfragesog und den Kostendruck, der sich im Laufe des Jahres vor allem durch das rasche Nachziehen der Löhne und die Verteuerung importierter Vorprodukte spürbar erhöhte, halfen auch Preiskontrollen wenig. Für 1974 ist damit zu rechnen, daß sich die Preissteigerungsraten kaum verringern werden. Von allen wirtschaftspolitischen Zielen bleibt das Ziel der Geldwertstabilität auch 1974 in der Gemeinschaft am stärksten verletzt.

Der Befund für die Bundesrepublik

265. In der Bundesrepublik drohte der konjunkturelle Aufschwung, getrieben von der Auslandsnachfrage, die im Inland die Investitionsneigung rasch steigen ließ, im Frühjahr 1973 in einen Boom auszuarten. Mit einem scharfen Stabilisierungskurs gelang es der Wirtschaftspolitik, die Überhitzung zu vermeiden, nachdem sie in den ersten Monaten des Jahres, von Devisenzuflüssen behindert, aber auch durch eigenes Zaudern verschuldet, der Entwicklung ihren Lauf gelassen hatte. Seit dem Sommer hat sich das Konjunkturklima merklich abgekühlt. Der Abschwung wird sich im Jahre 1974 fortsetzen. Gefahren für das Beschäftigungs- und das Wachstumsziel sind nicht auszuschließen. Der Konflikt mit dem Stabilitätsziel, das 1973 stärker denn je verletzt war, stellt sich verschärft. Zu wessen Lasten er 1974 entschieden wird, ist noch nicht ausgemacht. Viel hängt vom Mut der Wirtschaftspolitik ab, den eingeschlagenen Weg zu mehr Stabilität weiter zu verfolgen, und von der Bereitschaft der Tarifpartner, auf den Erfolg zu setzen.

266. Das reale Bruttoinlandsprodukt nahm 1973 mit 6 vH doppelt so stark zu wie im Vorjahr. Da das gesamtwirtschaftliche Produktionspotential etwa um 4½ vH gewachsen ist, hat sich 1973 — wie stets in Phasen konjunktureller Anspannung — der Auslastungsgrad der Sachkapazitäten erhöht, doch wurden diese nicht überfordert. Die Arbeitslosenquote lag mit 1,2 vH leicht über dem Stand von 1972 (1,1 vH). Die Anzahl ausländischer Arbeitskräfte hat sich weiter vergrößert, aufs ganze Jahr gesehen um etwa 250 000. Dem stand ein etwa gleich großer Rückgang der Erwerbsbeteiligung im Inland gegenüber, so daß die Anzahl der Erwerbstätigen 1973 insgesamt nahezu unverändert blieb.

Der Zuwachs des realen Bruttoinlandsproduktes wird 1974 merklich schwächer ausfallen als 1973, und der Auslastungsgrad des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials wird unter den mittelfristigen Durchschnitt sinken. Am Arbeitsmarkt wird sich die Auflockerung fortsetzen. Der Zustrom ausländischer Arbeitskräfte wird weitgehend versiegen, und die Arbeitslosenquote dürfte auf etwa 1½ vH ansteigen.

267. Die Bedingungen für das außenwirtschaftliche Gleichgewicht haben sich 1973 durch den Übergang zum Block-Floating verbessert. Dies gilt insbesondere im Bereich des Kapitalverkehrs. Zu Dollarzuflüssen, wie sie noch in außerordentlichem Umfang in den ersten Monaten 1973 aufgetreten waren und die monetäre Restriktionspolitik unterlaufen hatten, konnte es nach der gemeinsamen Freigabe der Wechselkurse gegenüber dem Dollar nicht mehr kommen. Völlig unterbunden werden konnten sie freilich nicht. Denn gegenüber Gemeinschaftswährungen mußte wiederholt interveniert werden. Auch

verhinderte die kräftige Höherbewertung der D-Mark nicht, daß im Zuge der weltweiten Hochkonjunktur das Ausland mehr inländische Produktivkräfte beanspruchte, als stabilitätspolitisch wünschenswert war. Der Außenbeitrag hat sich 1973, bezogen auf das Sozialprodukt, sogar überraschend kräftig erhöht, von 1,7 vH im Jahre 1972 auf 2,3 vH. Auch 1974 wird der Anteil niedriger sein; denn noch stärker als die Zunahme der Ausfuhr wird sich der Anstieg der Einfuhr verlangsamen.

268. Der unerwartete konjunkturelle Aufschwung hat die inflatorischen Spannungen auf den Inlandsmärkten 1973 weiter verschärft. Schon bald ging die Nachfrage über die Liefermöglichkeiten hinaus, und der Geldwertschwund beschleunigte sich. In der Lohnpolitik schlug die Zurückhaltung, die Anfang des Jahres noch im Vertrauen auf mehr Stabilität geübt worden war, rasch in das Bestreben um, mit dem unerwartet starken Preisanstieg Schritt zu halten.

Zuverlässige Anzeichen für eine Beruhigung des Preisauftriebs sind gegenwärtig, im Herbst 1973, noch nicht erkennbar. Die Verteuerung von Nahrungsmitteln dürfte anhalten, Preisschübe im Dienstleistungsbereich sind für 1974 bereits programmiert. Vor allem aber ist damit zu rechnen, daß sich die Verteuerung von Industriewaren zunächst noch verstärkt. Wie stark sie sein wird, hängt auch vom Anstieg der Preise für Heizöl und Benzin ab, dessen Ausmaß gegenwärtig noch nicht überschaubar ist.

Die Lohnrunde zu Beginn des Jahres 1974 wird nicht zuletzt im Zeichen der erwarteten Preissteigerungen stehen. Was sie mehr bestimmen wird, die Erfahrung des Jahres 1973 oder das Vertrauen in den Stabilitätskurs, ist ungewiß. Sicher ist, daß im Gefolge von starken Lohnerhöhungen die Unternehmen erneut versuchen würden, kräftige Preisanhebungen durchzusetzen. Gelänge dies, wäre im Kampf um den Geldwert eine weitere Runde verloren.

II. Die Wirtschaftspolitik 1973 im Rückblick

Europa: Vorangekommen?

269. Das erste Jahr der erweiterten Europäischen Gemeinschaft stand im Zeichen des Konjunkturgleichschritts und der allenthalben abermals beschleunigten Geldentwertung. Es wurde überschattet von einer Reihe von Währungskrisen. Diese setzten den währungspolitischen Zusammenhalt starken Belastungsproben aus. Sie bewirkten aber auch, daß sich die Gemeinschaft — wenn auch um den Preis verschärfter Kontrollen im Innern und des Abseitsstehens zweier so wichtiger Mitgliedsländer wie Großbritannien und Italien — zu einem Schritt getrieben sah, der sie einer Währungsunion näher bringen könnte: Mit der gemeinsamen Freigabe ihrer Wechselkurse gegenüber dem Dollar schafften sechs Länder zumindest eine wichtige Voraussetzung für das Ziel, mit dem die Gemeinschaft auf ihrer Suche nach einer eigenen Identität soviel zu verbinden scheint. Daneben gab es jedoch auch Rückschritte und Stagnation, mißt man an dem, was die Gemeinschaft sich vorgenommen hat und eigentlich schon geleistet sein sollte.

270. Der Konjunkturgleichschritt und die allen Partnerländer gemeinsamen Sorgen um den Geldwert führten zu einer der Richtung nach gleichen Wirtschaftspolitik. Ihrer Intensität nach waren die Bemühungen um eine rechtzeitige Dämpfung der konjunkturellen Auftriebskräfte allerdings von Land zu Land sehr unterschiedlich. Bemerkenswert ist immerhin, daß das tatsächlich erreichte Maß an Harmonisierung — insbesondere was das Handeln in der Zinspolitik und die gemeinsame Laissez-faire-Haltung angesichts des Kursverfalls des Dollar anbelangte — über das hinausging, was den erkennbaren Absichten der jeweiligen nationalen Politik entsprochen hätte. Dieser Ansatz zu einem De-facto-Gleichklang, so unvollkommen er blieb, ergab sich aus dem Zusammenspiel gleichgerichteter stabilisierungspolitischer Erfordernisse und Interessen einerseits und dem Anpassungszwang im Rahmen einer auf währungspolitischen Zusammenhalt ausgerichteten Grundhaltung der meisten Länder andererseits.

271. Die Anstrengungen der stabilitätsbewußteren Länder der Gemeinschaft, die unterstützt wurden durch eine Prioritätsentscheidung des europäischen Ministerrats zugunsten der Inflationsbekämpfung, standen im Jahre 1973 also unter einem etwas günstigeren Vorzeichen. Sie konnten ihr Gewicht in der monetären Politik einsetzen, weil sie nicht mehr durch die Übermacht der potentiellen Geldzuflüsse aus der gesamten Welt gelähmt wurden. Dies wurde ermöglicht durch das gemeinschaftliche Floaten gegenüber dem Dollar. Dabei konnten sie stärker als bisher darauf rechnen, daß die Partner im Interesse der Einhaltung des gemeinsamen engen Bandes sowie aus Respekt vor der Gefahr von Devisenabflüssen zu einem — wenn auch begrenzten — Nachziehen in der Geldpolitik bereit waren. Unter Beachtung der Belastungsgrenzen für die Partner ist also eine aktive Stabilisierungspolitik unter den neuen währungspolitischen Bedingungen auch ohne vollkommene Abstimmung hinsichtlich des jeweiligen Ranges der einzelnen wirtschaftspolitischen Ziele teilweise möglich. Es ist allerdings keineswegs sicher, ob die Belastungsgrenzen nicht zu eng gezogen sind.

Deutlich sichtbar sind sie auch 1973 wieder geworden. Durch die zweimalige Aufwertung der D-Mark im März und Juni 1973 wurden diese Grenzen zwar verschoben; grundsätzlich aber ist der Spielraum für einen Alleingang in Sachen Stabilität nur um soviel größer geworden, als durch das Abkoppeln der Länder außerhalb des Floating-Blocks die Chance eines Landes, das in der Stabilisierungspolitik vorangehen will, größer geworden ist, mit seinem Kurs Einfluß auf den Kurs der Gemeinschaft zu nehmen.

272. Den Ländern des Floating-Blocks im ganzen hat das Abschneiden der Nabelschnur zum Dollar jedoch eine erhöhte Selbständigkeit — und damit Eigenverantwortung — gegeben. Im Prinzip sind sie als Gruppe in dem wichtigsten Bereich der mone-

tären Politik seither unabhängig. Dennoch war es keineswegs selbstverständlich, daß die Blockländer durch gemeinsame Passivität gegenüber dem Kurssturz des Dollar, der von Anfang Mai bis Mitte Juli 1973 knapp ein Sechstel seines Wertes einbüßte, diese Eigenverantwortung und Selbständigkeit bewahrten. Genauso überraschend wie der Verfall des Dollarkurses war die Tatsache, daß alle Partnerländer ihn hinnahmen. Kaum jemand hätte dem Floating-Block vorher ein solches Durchstehvermögen zugetraut. Aber das Interesse, den europäischen Zusammenhalt in dieser neuen Krise des Weltwährungssystems zu bewahren, überwog schließlich.

273. Die Solidarität des Floating-Blocks angesichts des überaus schwachen Dollar war um so erstaunlicher, als die Entwicklung des Dollarkurses vorübergehend — insbesondere was den weiteren starken Kursverfall nach der D-Mark-Aufwertung betrifft — den Kontakt zu den mittelfristigen, strukturbedingten Relationen, die das güterwirtschaftliche Außenhandelsvolumen bestimmen, verloren zu haben schien (Ziffer 141 ff.). Denn der rapide Verfall des Dollarkurses und die Übertreibung des Abwertungssatzes dürfte wesentlich davon mitbestimmt worden sein, daß die mittelfristigen Kurserwartungen, denen es ohnehin an eindeutiger Orientierung fehlte, wegen des raschen Falls immer weniger Einfluß auf die Kursbildung hatten, vielmehr die täglichen Kursbewegungen die Erwartungen mehr und mehr bestimmten und dadurch weitere Kurssenkungen in die Wege leiteten, bis schließlich der Kurs so tief gesunken war, daß Vorkehrungen für eine entschlossene Intervention, verbunden mit der Ankündigung der währungspolitischen Instanzen der Gemeinschaftsländer, die Dollarkursentwicklung des Floating-Blocks gleiche keinesfalls einem Drahtseilakt ohne Netz, genügten, die labilen Erwartungen zu ändern und damit eine Tendenzwende am Markt herbeizuführen (Ziffer 39). Danach wurde die Kursentwicklung stetiger, obwohl es in der internationalen Politik der letzten Monate nicht an krisenhaften Ereignissen gefehlt hat, die bei weiterhin labiler Kurssituation eher neue hektische Schwankungen hätten befürchten lassen müssen. Anfang November machte eine kräftige Erholung des Dollarkurses deutlich, daß der Markt von selbst eine Korrektur früherer Übertreibungen sucht.

274. Die Kapitalverkehrskontrollen wurden aufgrund eines gängigen Vorurteils gerade in der Zeit noch einmal verschärft, als man sie — mit der Freigabe des Dollarkurses — nicht mehr nötig hatte, jedenfalls gegenüber Drittländern nicht. Daß die mittelfristigen Erwartungen, von denen eine stabilisierende Gegenspekulation hätte ausgehen müssen, zunächst so stark verunsichert werden konnten, hing vermutlich auch damit zusammen, daß wegen der dirigistischen Eingriffe und Verbote die internationalen Kapitalmärkte, namentlich auch die Terminmärkte, ihrer Funktionsfähigkeit beraubt waren. Der risikofreie Ausgleich zwischen offenen Valutapositionen unterschiedlicher Fristigkeit war erschwert, wenn nicht unmöglich geworden; das hilfreiche Zusammenspiel von Kurserwartungen und Terminkursstruktur auf der Basis der internationalen Zinsdifferenzen war außer Kraft gesetzt.

Niemand wird behaupten, die Kapitalverkehrskontrollen hätten den Kursverfall des Dollar aufgehalten.

275. Paßt also die verbreitete Vorliebe für Kapitalverkehrskontrollen nach außen, übriggeblieben aus der Zeit der Verteidigung eines weltweiten Festkurssystems, wenig in das Bild einer Gemeinschaft, deren Wechselkurse nach außen flexibel sind, so wäre nach ihrer Rolle innerhalb der Gemeinschaft zu fragen, die dort ja ein Festkurssystem — Interventionspflicht bei engem Kursband — aufrecht erhält. Kennzeichnend für die Lage scheint zu sein, daß bis auf unbedeutende, teilweise nur vorübergehend geltende Ausnahmen bisher von den Mitgliedsländern keinerlei Anstrengungen unternommen wurden, zumindest innerhalb der Gemeinschaft die Kontrollen abzubauen, um auf diesem Gebiet die Integration voranzutreiben und den Weg zur Währungsunion zu ebnen. Alle Bemühungen um diese Währungsunion sind letztlich unnütz, wenn es nicht gelingt, allmählich zum freien Kapitalverkehr zurückzukehren. Denn unabdingbare Freiheit des Kapitalverkehrs, das ist nicht nur Beiwerk einer Währungsunion, sondern das ist ein Teil der Sache selbst. Der desolate Zustand der Gemeinschaft auf dem Gebiet des Kapitalverkehrs ist Ausdruck dessen, daß die Gemeinschaft in Richtung Verfestigung der Wechselkurse rascher vorangegangen ist, als mit dem Mangel an Bereitschaft zur vollen Aufgabe der nationalen Autonomie im Bereich der monetären Politik vereinbar war. Nun müssen Kapitalverkehrskontrollen, bloß dem vordergründigen Anschein nach in erster Linie gerechtfertigt durch Probleme der Absicherung nach außen, dazu dienen, dieses Ungleichgewicht in der institutionellen Integration abzuschirmen, bis entweder die Wechselkursregelungen der Gemeinschaft entsprechend dem Grundsatz „fest, aber anpassungsfähig" so ergänzt sind, daß sie mit freiem Kapitalverkehr bei begrenzter Autonomie der nationalen Geldpolitik vereinbar erscheinen — oder diese Autonomie vollständig aufgegeben wird.

276. War die Freigabe des Dollarkurses eine Vorbedingung für den Beginn einer autonomen Stabilitätspolitik der Gemeinschaft im ganzen, so paßten die innerhalb der Gemeinschaft verfügten Änderungen der Leitkurse gut ins Bild der in den einzelnen Ländern unterschiedlich intensiven Bemühungen um die Rückgewinnung der Stabilität. Zu beklagen aber ist, daß Paritätsänderungen — mangels verbindlicher und akzeptierter Regeln — gegenwärtig noch immer ungeordnet unter Berufung auf einen allgemeinen und prinzipiell unbegrenzten Paritätsänderungsvorbehalt aller Länder vorgenommen werden müssen. Dies dürfte auf die Dauer das Festkurssystem der Gemeinschaft übermäßig strapazieren, wenn nicht gar sprengen; denn es lädt zur Spekulation auf Wechselkursänderungen ein, ohne doch die für spekulative Kapitalbewegungen nötige Flexibilität zu bieten. Hier gilt es Abhilfe zu schaffen (Ziffern 413 ff.).

277. Auf die Passivseite der währungspolitischen Bilanz der Gemeinschaft im Jahre 1973 gehört auch das Abseitsstehen Großbritanniens und Italiens. Dies hatte zwar eine gute Seite, weil es andernfalls kaum möglich gewesen wäre, eine der Stabilisierung förderliche Politik in der Gemeinschaft durchzusetzen. Auch wäre der Kooperationswille den Belastungen, die sich aus den Interventionspflichten an den Grenzen des Kursbandes rasch und wiederholt ergeben hätten, vermutlich nicht gewachsen gewesen, zeigten doch die Währungen dieser Länder gegenüber dem Floating-Block zeitweise einen noch rascheren Kursverfall als der Dollar, einen Kursverfall, den man durch Stützungskäufe hätte abfangen müssen, wenn die beiden Länder dem Floating-Block beigetreten wären. Die währungspolitische Separierung Italiens und Großbritanniens führte jedoch zu vergrößerten Disparitäten in den Inflationsraten. Dies verschlechtert deren Chancen, den Anschluß an die übrigen Länder der Gemeinschaft wiederzugewinnen.

278. Das Beispiel Großbritanniens und Italiens scheint die Erwartung zu bestätigen, daß sich flexible Wechselkurse für Länder, die interne Nachfrageexpansion ohne nennenswerte Rücksicht auf stabilitätspolitische Erfordernisse glauben betreiben zu müssen, als inflationsbegünstigend erweisen können. Gefährlich ist folgender Ablauf: Die Expansionspolitik bewirkt eine Abwertungstendenz. Sie wird hingenommen, ja wegen ihrer exportfördernden Wirkung sogar begrüßt. Doch zugleich läuft die inflatorische Anpassung an die Importverteuerung, und zwar unter solchen Umständen meist rascher als die zahlungsbilanzpolitisch erforderliche Konsolidierung durch vermehrte Exporte. Ein sich selbst tragender Abwertungsprozeß, durch entsprechende Erwartungen genährt und verstärkt, kann sich entfalten, sofern es der Wirtschaftspolitik nicht gelingt, energisch genug gegenzusteuern. Dabei fehlt die Hilfe, die in einem Festkurssystem die Bereitschaft der jeweils weniger inflationsgefährdeten Länder darstellt, einen Teil dieser Inflation zu importieren. Ebenso mangelt es an dem unmittelbaren Zwang, alsbald zumindest zu durchschnittlichen Stabilisierungsanstrengungen zurückzukehren, weil andernfalls die Devisenreserven schwinden (JG 71 Ziffer 252).

Nur sehr große Länder oder Wirtschaftsblöcke können wohl erwarten, daß sie nicht ebensowohl in Abhängigkeit von der Tendenz ihres beweglichen Wechselkurses kommen, wie sie diese Tendenz selbst bestimmen.

279. Alle Länder sahen sich wie erwähnt zu einer Hochzinspolitik gedrängt. Doch blieb auch im monetären Bereich der Restriktionsgrad recht unterschiedlich. Die Richtlinien des europäischen Ministerrats für die zuzulassende Rate der monetären Expansion wurden zumeist überschritten. Es fehlt an der Einsicht, daß eine wirksame Stabiliserungspolitik zumindest auf die Dauer nicht ohne eine konsequente Geldverknappung auskommt. Der Akzent, der in einigen Ländern auf die staatliche Kontrolle von Löhnen und Preisen gesetzt wird, ohne daß zugleich eine entsprechende Beschränkung der monetären Expansion diesen Weg absichert, erweckt deutlich den Eindruck einer Politik der bloß zurückgestauten Inflation. Hier ist der Grundstock für eine Stabilisierung noch nicht gelegt.

280. Haben sich in der monetären Politik immerhin die Ansätze zu einem gleichgerichteten Verhalten gezeigt, so kann dies von der Finanzpolitik kaum gesagt werden.

Auf der Ausgabenseite steht die Haushaltspolitik in fast allen Ländern vor einem Doppelkonflikt. Zum einen muß die Stabilisierung des Geldwerts gegen die Versuchung, vor allem der Vollbeschäftigung und dem wirtschaftlichen Wachstum zu dienen, durchgesetzt werden. Zum anderen soll die Finanzpolitik trotz der unaufschiebbaren Stabilisierungsaufgabe den Ansprüchen an eine angemessene Versorgung mit öffentlichen Gütern gerecht werden. Diesen Doppelkonflikt hat die Finanzpolitik in keinem der Gemeinschaftsländer glaubhaft zu lösen vermocht.

Zwar wurden, wie auch in früheren Jahren, gemeinsame Richtlinien für die Expansion der öffentlichen Haushalte, jedenfalls was die zentralen Budgets angeht, beschlossen. Diese wurden aber bereits durch die Haushaltsansätze in den einzelnen Ländern nicht eingehalten und schließlich durch die tatsächliche Entwicklung vollends überrollt. Weder spiegeln die tatsächlichen öffentlichen Ausgaben in den Gemeinschaftsländern eine harmonisierte noch gar eine stabilisierungskonforme Entwicklung wider.

Auf dem Gebiet der Steuerpolitik versuchte vor allem die Bundesrepublik mit Steuererhöhungen und konjunkturpolitischen Sonderregelungen den inflatorischen Gefahren eines neuen Booms entgegenzutreten. Frankreich hingegen versuchte dasselbe mit einer Steuersenkung (Ziffer 49). Es verschaffte sich damit zwar, was den Preisauftrieb angeht, einen Moment lang Erleichterung, doch die anschließende Entwicklung des Preisniveaus dürfte dadurch eher beschleunigt worden sein. Denn die Staatsausgaben wurden nicht etwa gekürzt, während zugleich der Spielraum für private Ansprüche an das Produktionspotential entsprechend der Steuersenkung erweitert war.

Das stabilitätspolitisch überwiegend unbefriedigende Bild der Finanzpolitik hat noch einmal grelles Licht auf die Probleme der Rollenzuweisung geworfen. Immer dringender wird es, die stabilisierungspolitisch zu fordernden Beiträge der Finanzpolitik bescheidener zu formulieren und zugleich die monetäre Politik instand zu setzen, daß sie dem privaten und dem öffentlichen Bereich zusammen den gesamtwirtschaftlich vertretbaren Ausgabenspielraum vorgeben kann.

281. An der Lücke zwischen dem, was die Länder der Gemeinschaft nicht mehr können, und dem, was die Organe der Gemeinschaft noch nicht dürfen, hat sich im Jahr 1973 nichts Grundsätzliches geändert (JG 72 Ziffern 24 ff.). Vor allem ist es dabei geblieben, daß die Länder in den Grundfragen der Wirtschaftspolitik, die den Rang der wichtigsten Ziele betreffen, nicht übereinstimmen. Eine Lehre des Jahres 1973 ist aber ebenso, daß die Regeln, die das Verhalten der einzelnen Länder wechselseitig von-

einander abhängig machen, Belastungsproben aushalten. Dies legt den Schluß nahe, die weitere Harmonisierung der Politik sollte auch künftig stärker von einem Ausbau dieses Regelsystems erwartet werden. Es gibt die Bereitschaft der Länder, sich einem objektivierten — regelkonformen — Anpassungszwang zu unterwerfen, wenn dieser in zumutbaren Grenzen bleibt. Diese Bereitschaft gilt es zu nutzen. Am schwierigsten scheint die Harmonisierung zu sein, wenn sie dem Plebiszit des Tages anvertraut ist.

Bundesrepublik: Beherzter Kurswechsel

282. Entschiedener als je zuvor wird seit dem Frühjahr 1973 in der Bundesrepublik restriktive Politik vorgeführt. Zunächst zögernd, dann jedoch entschlossen folgte die Finanzpolitik mit teilweise neuartigen steuerlichen Sonderregelungen der monetären Politik, die ihrerseits mit einer veränderten Strategie konsequenter als bisher die monetäre Expansion unter Kontrolle zu bringen versuchte. Zur außenwirtschaftlichen Absicherung dieser Politik wurden marktbestimmte Höherbewertungen der D-Mark gegenüber den Währungen wichtiger Handelspartner und Aufwertungen gegenüber den Partnern im Floating-Block in Kauf genommen, die zusammen einen Aufwertungseffekt jenseits herkömmlicher Größenordnungen ergaben.

283. All dies geschah, nachdem sich die Wirtschaftspolitik seit der Jahreswende 1972/73 einer beschleunigten Nachfrageexpansion gegenüber gesehen hatte, die rasch boomartige Züge gewann. Das war spät, gemessen an dem Erfordernis, daß die Konjunkturpolitik prophylaktisch wirken sollte. Es war früh, gemessen an den Erfahrungen in früheren Wachstumszyklen, in denen Bremsmaßnahmen zuweilen erst nach Überschreiten des konjunkturellen Höhepunkts ergriffen wurden. In jedem Falle ist es das erste Mal, daß einem Aufschwung so schnell die ihm innewohnende Tendenz zur Übersteigerung genommen worden ist. Wegen der Monat für Monat rasch steigenden Geldentwertungsrate war die Not so groß geworden, daß die Furcht, durch eine Übersteuerung möglicherweise Wachstums- und Beschäftigungsrisiken zu erzeugen, endlich hinter der Forderung des Tages zurücktrat.

284. Wäre eine zeitigere, also möglichst prophylaktische Dämpfung der konjunkturellen Auftriebskräfte möglich gewesen? Daß der neue Aufschwung sich durchgesetzt hatte, war schon im Herbst 1972 zu sehen gewesen und ist auch gesehen worden. Nur hat niemand damals die Kraft der auf uns zukommenden Nachfrageexpansion, vor allem der aus dem Ausland kommenden, richtig eingeschätzt. Eine vorbeugende Konjunkturpolitik wartet allerdings die Anzeichen der Übersteigerung auch nicht ab, sondern handelt vorher, sorgt zumindest dafür, daß expansive Einflüsse der Wirtschaftspolitik alsbald beseitigt werden. Dies ist unterblieben. Daß erst die Bildung des Floating-Blocks die Voraussetzungen für wirksame Stabilisierungsanstrengungen entscheidend verbesserte, trifft zu. Doch hätte eine konsequente Restriktionspolitik, früher begonnen, die Bereitschaft, den Dollarkurs gemeinsam freizugeben, möglicherweise ebenfalls früher herbeigeführt.

285. In Verzug geraten war vor allem die **Finanzpolitik.** Zunächst behindert durch die Regierungsbildung nach der Wahl zum Bundestag, blieb sie auch danach noch einige Monate auf expansivem Kurs. Die Herausforderung an die Stabilitätspolitik, die in den zu hohen Planansätzen der öffentlichen Haushalte aller Ebenen zu sehen war, wurde nicht angenommen, weder durch ein Drängen auf massive Korrekturen der Ausgabenpläne noch durch Steuererhöhungen, die solche Pläne hätten stabilisierungskonform machen können und müssen. Das erste Stabilitätsprogramm der Bundesregierung vom Februar 1973 (Ziffer 194) blieb weit hinter seiner Aufgabe zurück. Schwierigkeiten, die Zustimmung des Bundesrates zu gewinnen, verzögerten auch dies wenige noch.

286. Erst das zweite Stabilitätsprogramm vom Mai 1973 brachte eine Wende. Zwar wurden die Ausgabemöglichkeiten der öffentlichen Hand nur geringfügig beschränkt und die dauerhaften Steuereinnahmen nur geringfügig verbessert (Mineralölsteuererhöhung), doch mit vorübergehend geltenden steuerlichen Sonderregelungen wurde zugleich eine energische Anstrengung gemacht, wenigstens die konjunkturell überbordenden privaten Ausgabewünsche einzudämmen.

287. Zum ersten Male wurde eine konjunkturpolitisch begründete Investitionsteuer eingeführt. Ähnlich wie die monetäre Politik, die das Geldangebot knapper werden und damit die Zinsen kräftig steigen ließ, erhöhte auch die Investitionsteuer die Bereitschaft der Investoren, Investitionen zu vertagen. Sie kommt im Kalkül des Investors nämlich einer Zinserhöhung gleich, schont dabei jedoch den Spielraum, der für eine außenwirtschaftliche Absicherung der monetären Politik zur Verfügung steht; denn sie dämpft die Nachfrage nach Krediten unmittelbar, bedingt also weniger hohe Zinsen. Dies dürfte ein Vorzug sein. Nachteilig hingegen ist, daß so ausschließlich die Investitionen getroffen werden. Maßnahmen mit größerer Wirkungsbreite, die auf das Moment der Diskriminierung zwischen verschiedenen Komponenten der Nachfrage verzichten, sind daher im Prinzip vorzuziehen. Wegen der binnen- und außenwirtschaftlichen Grenzen, die der monetären Politik gezogen waren, hat allerdings auch der Sachverständigenrat die Investitionsteuer als ein Mittel, die Nachfrageexpansion einzudämmen, zur Diskussion gestellt, zumal es gerade die Gefahr einer erneuten Übersteigerung der Investitionstätigkeit war, die zu Besorgnissen Anlaß gab (SG 73 Ziffer 31).

288. Auf dem Grenzgebiet, auf dem sich Finanzpolitik und monetäre Politik überlappen, war die Ausgabe einer Stabilitätsanleihe angesiedelt, deren Erlös bei der Bundesbank stillzulegen war.

Der Sache nach ist dies Offen-Markt-Politik mit langfristigen Titeln. Für die monetäre Politik lag darin eine wichtige Hilfe.

289. Zu fragen bleibt, ob die Finanzpolitik im Jahre 1973 aufs Ganze gesehen konjunkturgerecht war. Wie erwähnt blieb der Staat im engeren Bereich der Haushaltswirtschaft, also ohne die konjunkturpolitischen Sonderregelungen, expansiv. Dabei ist der kräftige, zum Teil inflationsbedingte Anstieg der volkswirtschaftlichen Steuerquote voll berücksichtigt (Ziffer 212). So gesehen hat sich also die Haushaltspolitik der Gebietskörperschaften der Forderung nach einem Beitrag zur Stabilisierung versagt, ja sie hat selbst wiederum einen Teil des Stabilisierungsproblems erst geschaffen.

Dies ist jedoch nicht das Urteil über die Finanzpolitik im ganzen. Neben dem expansiven Ausgabenverhalten steht die steuerliche Restriktion, mit der die expansiven Ausgabenpläne der Privaten gedämpft wurden — um wieviel läßt sich kaum abschätzen, zumal die steuerlichen Sonderregelungen sich hinsichtlich ihrer Wirkung nicht von denen der monetären Politik trennen lassen (Ziffer 215). Wie erwähnt darf man aber wohl sicher sein, daß die kontraktiven Wirkungen der Maßnahmen weit über das hinausgehen, was man an den Steuereinnahmen, die sie schon 1973 erbringen, ablesen könnte.

290. Kennzeichnend für die Haushaltspolitik war erneut eine hohe Ausgabeneigung angesichts konjunkturell stark steigender und durch die inflationäre Entwicklung aufgeblähter Einnahmen — trotz der Verpflichtung, die das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz den Gebietskörperschaften auferlegt und trotz entgegenstehender Empfehlungen des Finanzplanungsrates, die sich an die Gebietskörperschaften aller Ebenen richteten. Solche Empfehlungen laufen Gefahr, nur dann beachtet zu werden, wenn sie sich an dem orientieren, was ohnehin geschehen wird. Das natürliche Spannungsverhältnis zwischen föderativer Ordnung des Staates und gesamtwirtschaftlichem Interesse sollte aber bessere Lösungen erlauben, als sie 1972/73 gefunden wurden. Programmierte Unwirksamkeit zeigte ebenso die Schuldendeckelverordnung vom 1. Juni 1973. Die prinzipielle Schwäche dieses Instruments ist, daß eine quantitative Vorgabe für den Spielraum der öffentlichen Hand bei der Kreditaufnahme überhaupt nur für den seltenen Fall Sinn hat, daß die laufenden Einnahmen des Staates einigermaßen zuverlässig vorausgeschätzt werden. Andernfalls verliert entweder der Schuldendeckel den Kontakt zum Kreditbedarf — wie es in diesem Jahr war —, oder er zwingt zur Anpassung der Ausgaben dann, wenn es unvernünftig ist, etwa weil konjunkturbedingte Steuern ausfallen. Dann muß er angehoben werden. Ein Ersatz für eine diszipliniertere Ausgabenplanung ist er in keinem Falle.

291. Auch zu ad-hoc-Maßnahmen auf der Einnahmenseite konnte sich die Finanzpolitik nur zögernd durchringen. Obwohl das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz angesichts des geringen Manövrierspielraums bei den Ausgaben einnahmepolitische Instrumente in Form des Konjunkturzuschlags zu den zentralen Konjunktursteuerungsmitteln erhebt, verzichtete die Regierung auch diesmal wieder auf einen wirksamen Einsatz dieser Waffe. Beschlossen wurde lediglich ein Zuschlag zur Einkommen- und Körperschaftsteuer, der aber auf die höheren und höchsten Einkommen begrenzt war. Unter konjunkturpolitischen Gesichtspunkten wird man einer solchen Maßnahme, was die Konsumdrosselung angeht, keine große Wirkung bescheinigen können; denn in den Einkommensschichten, die von dem sogenannten Stabilitätszuschlag betroffen sind, wird die Anpassung an die erhöhte Steuerlast eher bei den Ersparnissen als bei den Konsumausgaben liegen. Die verteilungspolitische Situation schloß offensichtlich einen unmodifizierten Konjunkturzuschlag aus, obwohl auch in ihm die soziale Differenzierung des Einkommensteuertarifs automatisch wirksam wird (SG 73 Ziffern 13 und 35). So bestätigt die Erfahrung des Jahres 1973 erneut die Befürchtung, daß eine konsequente Anwendung des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes die gesellschaftlichen Kräfte gerade immer dann überfordert, wenn es gilt, die Ansprüche aller im Interesse der Stabilität kräftig zu reduzieren.

292. Die **neue monetäre Politik** — neu von den außenwirtschaftlichen Bedingungen her, unter denen die Bundesbank handelt, neu hinsichtlich der Ausrichtung auf eine direkte Kontrolle des entstehenden Zentralbankgeldes (Ziffer 170) — hatte einen guten Einstand. Von der Finanzpolitik nicht mehr konterkariert, von Auslandseinflüssen zwar gefährdet, aber nicht mehr ständig unterlaufen, konnte sie überraschend schnell auf die expansiven Pläne der Wirtschaft, namentlich die der Investoren, einwirken.

293. Sehr hohe Zinsen mußte die neue monetäre Politik in Kauf nehmen; denn angesichts der hohen Gewinnerwartungen, die sich aufgrund der raschen konjunkturellen Expansion bildeten, sowie angesichts der bereits verfestigten Inflationserwartungen, wäre sonst eine Erhöhung des Realzinsniveaus, die ausreichte, Ausgabenentscheidungen zu beeinflussen, nicht zustande gekommen. Unabhängig davon und darüber hinaus wird die Reagibilität der Investitionen auf Veränderungen des Realzinses dadurch abgeschwächt, daß die Fristigkeit der vorherrschenden Zinsversprechen weithin nicht mit der Fristigkeit der Investitionsentscheidungen korrespondiert und oftmals auch nicht mit der Fristigkeit der Schuldversprechen. Tatsächlich langfristige Kreditvereinbarungen der Banken enthalten großenteils nur kurz- oder mittelfristig feste Zinsvereinbarungen und diese bestimmen den Kalkulationshorizont hinsichtlich der Zinslast. Hinzu kommt, daß auch im Bereich des Kapitalmarktes unter dem Eindruck der beschleunigten Geldentwertung Laufzeiten der Anleihen und Dauer der Zinsversprechen geschrumpft sind. Die Inflationserwartungen brechen, kann unter solchen Umständen für die monetäre Politik nur heißen, die Zinsen zeitweilig wesentlich höher hinaufzutreiben, als es sonst nötig wäre; denn erhöhte Zinsen, die nur für einen mäßig langen Zeitraum ge-

zahlt werden müssen, schlagen andernfalls auf das langfristige Investitionskalkül der Unternehmen nicht durch — die erwünschte Vertagung von Investitionen wird für die Unternehmen nicht lukrativ genug.

294. Sehr hohe Zinsen in Kauf nehmen heißt aber, einzelne Sektoren der Volkswirtschaft besonders hart unter Druck setzen, nämlich solche, in denen die Unternehmen Nachfragern gegenüberstehen, die auch heute noch bei der Finanzierung ihrer Vorhaben vorwiegend langfristige Zinsversprechen geben müssen und daher verhältnismäßig zinsreagibel sind. Das trifft auf die Bauwirtschaft zu, vor allem auf den Wohnungsbau. So kam es denn auch nicht unerwartet, daß hier die ersten scharfen Bremsspuren der monetären Restriktion sichtbar wurden. Sicher kann es nicht Ziel einer Stabilisierungspolitik sein, diese besonders auf dem Rücken eines Teilbereichs der Wirtschaft auszutragen. So gesehen war es keineswegs selbstverständlich, daß das Stabilitätsprogramm vom Mai 1973, das einen schon sehr scharfen Restriktionskurs der monetären Politik zu ergänzen hatte, noch einmal speziell auf den Wohnungsbau zielte (SG 73 Ziffer 40). Dies ist überhaupt nur von daher zu verstehen, daß die Nachfrage nach Wohnungen — Ausdruck der Flucht in den Sachwert „Betongold" — als besonders übersteigert zu gelten hatte. So mußte der Versuch, die Inflationsgewöhnung einzudämmen, in diesem Teilbereich gleichsam zu einer Notbremsung werden. Ist also nur ein Teil des zu erwartenden Rückgangs der Nachfrage im Wohnungsbau aus konjunkturellen Gründen erwünscht, so ist es ein weiterer aus strukturellen Gründen.

295. Eine monetäre Politik, die außerordentliche Zinssteigerungen bewirkt, muß damit rechnen, daß alle diejenigen, die bereits viel früher längerfristige Schuldverhältnisse eingegangen sind, in denen Zinsanpassungsklauseln enthalten sind und nun Anwendung finden, gegebenenfalls ungebührlich belastet werden. Realwirtschaftlich gesehen ist die zusätzliche Belastung solcher Altverträge freilich insoweit funktionslos, als sie keinen Einfluß auf die aktuellen Ansprüche an das Produktionspotential hat, sondern nur eine Einkommensumverteilung zwischen Gläubigern und Schuldnern bewirkt. Wir halten die unter den gegenwärtigen Bedingungen entstehenden Belastungen aber für keineswegs so gravierend, daß man sie unzumutbar nennen müßte. Immerhin sind die Schuldner infolge ihrer Schulden auch gleichzeitig diejenigen, deren Schuldenlast durch die Inflation verringert wird. Außerdem hat — was in anderer Hinsicht allerdings kaum beruhigen kann — die übergroße Geduld der vielen Sparer, die selbst angesichts der vollständigen Entwertung ihrer Zinsen nicht vom Sparkonto auf höherverzinsliche Anlageformen auswichen und die daher die Gruppe der eigentlich Düpierten der Inflationsentwicklung bilden, die Zinsanpassung doch noch verhältnismäßig gering gehalten, welche die Banken bei ihrem Aktivgeschäft, etwa bei Althypotheken und anderen Kreditverträgen mit Zinsänderungsvorbehalt, haben vornehmen müssen.

296. Beklagt wird ferner, daß die mittelständische Wirtschaft durch den harten Kurs der Geldpolitik besonders betroffen sei. Der Sachverständigenrat hat sich von verschiedenen Seiten darlegen lassen, wie die verbreiteten Klagen dieser Art belegt werden können. Danach scheint in der Tat die größere Abhängigkeit mittelständischer Unternehmen vom kurzfristigen Bankkredit, die schwächere Marktposition im Verkehr mit den Banken, verglichen mit Großunternehmen, die oftmals noch immer auf direkte Auslandskredite zurückgreifen konnten, sowie eine vergleichsweise schwächere Position bei der Inanspruchnahme und Gewährung von Lieferantenkrediten die Vermutung zu begründen, daß die monetäre Restriktion nicht auf alle gleichmäßig gewirkt hat. Bemerkenswert ist jedoch, daß offensichtlich die Klagen der unmittelbar Betroffenen bei weitem nicht das Ausmaß angenommen haben, das man aufgrund eines in der Öffentlichkeit verbreiteten Eindrucks zunächst vermuten mag. Insbesondere wird in den uns vorliegenden Berichten durchweg anerkannt, daß von einer allgemeinen Diskriminierung der mittelständischen Unternehmen durch die Banken nicht die Rede sein kann, weder bei der Entscheidung über Kreditanträge noch bei der über die Kreditkonditionen.

297. Ebensowenig halten wir übergroße Sorgen für berechtigt, daß eine rigorose Politik der Zinserhöhungen den Markt für festverzinsliche Wertpapiere zu hart treffen, wenn nicht deroutieren müsse. Richtig ist sicherlich, daß der Kursverfall bei Rentenwerten von den Betroffenen mit Empörung quittiert wird und von diesen auch nicht als eine mögliche Entwicklung erwartet werden mußte, als sie etwa vor zehn Jahren oder mehr ihr Geld für ein Papier hergaben, das nun ein Drittel weniger wert ist als ursprünglich. Sehen muß man jedoch, daß hiermit die monetäre Politik nur offenbar gemacht hat, was Ergebnis der stetigen Geldentwertung ist: die inflatorische Entwertung der Zinserträge. Zudem kann nur eine konsequente Stabilisierungspolitik die Gewähr bieten, daß die in den Wertpapieren verbrieften Forderungen bis zur Einlösung wenigstens nicht ständig weiter an Wert verlieren.

Selbst eine starke, aber rasche Zinssteigerung, wie sie von der Bundesbank binnen weniger Wochen erreicht wurde, scheint die Funktionsfähigkeit des Kapitalmarkts trotz der dabei eintretenden Kursverluste kaum zu beeinträchtigen, weil sich die Erwartungen auf ein weiteres Steigen des Zinsniveaus dann rascher umkehren als bei einer allmählichen, kontinuierlichen Zinssteigerung, die einen Attentismus der Anleger mit einer entsprechenden Lähmung des Kapitalmarktes hervorrufen kann. Die Tatsache, daß nach dem sprunghaften Übergang zur 10prozentigen Nominalverzinsung Mitte 1973 der Kapitalmarkt sehr aufnahmefähig blieb, während er praktisch darniederlag, als beispielsweise in den Jahren 1965/66 eine Politik der allmählichen Zinserhöhung betrieben wurde, legt diese Vermutung nahe.

298. Harte Spuren hinterlassen hat die scharfe Restriktionspolitik vermutlich bei den Banken. Doch kann von einer Schädigung des Bankensystems, gar

einer Beeinträchtigung seiner Funktionsfähigkeit, sicher nicht die Rede sein. Der rauhe Wind einer Politik, die ihnen rigoros die freien Liquiditätsreserven entzog, sollte durchaus deutlich ins Bewußtsein rufen, daß die Banken in unserer Geldverfassung die Rate der monetären Expansion nicht selbst bestimmen können, daß die Bundesbank also nicht alle Wünsche der Banken nach Zentralbankgeld zu erfüllen bereit ist, wenn diese einzeln und in ihrer Gesamtheit Kreditzusagen geben, die auf ein unvertretbares Maß an Kreditexpansion hinauslaufen. In diesem Sinne war es auch unvermeidlich, daß die Bundesbank zeitweise Geldmarktzinsen von exotischer Höhe in Kauf nahm. Andernfalls hätte sich nur das Bewußtsein erneuert, daß die Bundesbank letztlich doch gezwungen werden kann, die Steuerung der Zentralbankgeldmenge an den Kreditgewährungswünschen der Banken auszurichten, statt deren Spielraum möglichst unmittelbar in Abhängigkeit von der Zentralbank zu halten. Erst wenn die Banken gar nicht dafür gewonnen werden könnten, sich den veränderten Bedingungen anzupassen, es vielmehr darauf ankommen lassen wollten, ob die Bundesbank bereit ist, sie in die Zahlungsunfähigkeit zu treiben, müßte der gegenwärtige Kurs einer möglichst strengen Kontrolle des entstehenden Zentralbankgeldes als in Frage gestellt gelten. Dafür sehen wir keine Anzeichen. Unerwünscht wäre es allerdings auch — und eine sehr ernst zu nehmende Belastung des privatwirtschaftlich organisierten Bankensystems —, wenn etwa nur die kleinen und mittleren Banken die Abhängigkeit von der Notenbank akzeptierten, so daß daraus möglicherweise eine unausgewogene Entwicklung mit der Gefahr einer nachfolgenden Konzentrationsbewegung im Bankenbereich entstünde.

299. Begleitet und abgesichert wurde die neue monetäre Politik von einer Währungspolitik, die die offene außenwirtschaftliche Flanke zwar nicht durch eine nahtlose eiserne Rüstung vollständig, aber durch einen knappen Brustpanzer immerhin weitgehend abzuschirmen vermochte. Wie erwähnt war das Kernstück dieses Flankenschutzes die gemeinsame Freigabe der EG-Währungen gegenüber dem Dollar, die eine Absicherung gegenüber dem größten potentiellen Störzentrum darstellte, das die heimische Politik der Geldverknappung rein vom Umfang her schnell hätte aus den Angeln heben können. Gefährlich blieben gleichwohl die Mengen an Auslandsgeld, die der Zentralbank aufgrund der Interventionspflicht gegenüber den Währungen der Partner im Floating-Block präsentiert werden konnten. Die vielfältigen Kapitalverkehrskontrollen, die Mitte 1972 eingeführt und im Februar 1973 erheblich verschärft worden waren, boten zwar einen kleinen Schutzwall, hinter dem in der Bundesrepublik begrenzt eine schärfere monetäre Politik betrieben werden konnte, als die Partnerländer sie mitmachen wollten. Entscheidend dafür, daß nicht noch mehr zufloß, war aber wohl, daß der Verlust an Devisenreserven, der sich wegen der Saldenausgleichsregelungen für die Partnerländer aus starken Geldbewegungen in die Bundesrepublik ergeben hätte, vorläufig abschreckend genug war, selbst die Länder zu einer Hochzinspolitik zu drängen, die hierzu aufgrund ihrer binnenwirtschaftlichen Interessenlage nicht ohnehin schon ausreichend bereit waren. Der Anpassungsdruck war umso stärker, als diese Länder keinen Anlaß sahen, ihre Währungen abzuwerten.

Wie labil die deutsche Position bei dieser Gratwanderung war, ist daran deutlich geworden, daß sich nach den Märzentscheidungen noch zweimal in diesem Jahr die Erwartungen auf eine Änderung des Wechselkurses der D-Mark gegenüber den Partnerwährungen richteten und alsbald trotz der Kapitalverkehrskontrollen größere Geldbewegungen auslösten. Daß dabei das eine Mal tatsächlich erneut mit einer Aufwertung der D-Mark dem Druck des Marktes nachgegeben wurde, und zwar diesmal ohne lange Diskussionen, ergab zwar eine weitere Unterstützung des Stabilisierungskurses in der Bundesrepublik. Eine Dauerlösung sind solche ungeordneten Paritätsänderungen jedoch nicht, auch aus deutscher Sicht nicht (Ziffer 276).

300. Die Bundesbank hat dem Rechnung getragen. Sie hat neben binnenwirtschaftlichen auch außenwirtschaftliche Grenzen für eine weitere Verschärfung der monetären Restriktion respektiert. Binnenwirtschaftlich schien unvermeidlich, den Banken eine Kreditexpansion zu ermöglichen, in deren Rahmen diese hinsichtlich ihrer Kreditzusagen nicht wortbrüchig werden mußten (Ziffer 178). Außenwirtschaftlich stand die Bundesbank vor der Wahl zwischen drei Möglichkeiten, von denen sie zwei besonders scheute. Sie mußte entweder hinnehmen, daß bei einer weiteren Verschärfung ihres Kurses der Aufwertungsdruck für die D-Mark noch größer geworden wäre, oder akzeptieren, daß die monetären Instanzen des Auslandes sich von der Bundesrepublik noch stärker zu einer Zinssteigerung gedrängt gesehen hätten, die sie in diesem Maße nicht wollten. Als drittes blieb nur, sich zu bescheiden. Es waren wohl nicht nur ökonomische Gründe, die sie den Kompromiß suchen ließ, den ihr tatsächliches Verhalten ausdrückt.

301. Daß außenwirtschaftliche und binnenwirtschaftliche Umstände die möglich erscheinende monetäre Restriktion enger begrenzten, als der Bundesbank lieb war, enthob sie der Notwendigkeit, aufgrund eines Konzepts für die neue monetäre Politik selbst frei über den zu wählenden Grad an Restriktion zu bestimmen. Das Problem einer eindeutigen Orientierungsgröße wird sich drängender stellen, wenn der Handlungsspielraum der Bundesbank nicht mehr durch solche Umstände begrenzt ist.

Die außenwirtschaftlichen Bedingungen waren es auch, die verhinderten, daß der neue Weg einer monetären Steuerung via Kontrolle des entstehenden Zentralbankgeldes völlig klar in Erscheinung treten konnte. Zu oft mußte die Bundesbank versuchen, durch ergänzende Maßnahmen der Mindestreservepolitik auf der Seite des Bedarfs an Zentralbankgeld zu kompensieren, was sie auf der Seite der Entstehung von Zentralbankgeld zu tun gezwungen war, nämlich für Devisen der Länder des Floating-Blocks D-Mark herzugeben, wenn von einer

der Währungen der zugelassene Spielraum für Kursschwankungen wieder einmal voll ausgeschöpft war.

Will man, wie es richtig wäre, von den „freien Liquiditätsreserven der Banken" als zentraler Steuergröße der monetären Politik dauerhaft Abschied nehmen, so wird doch auch weiterhin — der Umstände wegen — die Mindestreservepolitik mehr als nur eine ergänzende Rolle behalten. Nötig ist es dann, eine neue Steuerungsgröße so zu definieren, daß sich in ihr alle Notenbankmaßnahmen auswirken, die auf die Entstehung von Zentralbankgeld und den Bedarf an Zentralbankgeld Einfluß haben, und zwar in einem Maße auswirken, wie es ihrer jeweiligen Bedeutung für die monetäre Expansion entspricht. Hierfür käme in Betracht: die Zentralbankgeldmenge, bereinigt um Änderungen des Mindestresevesolls bei gegebenen Bankeinlagen (Ziffer 179).

Da die Politik der monetären und steuerlichen Restriktion gegen Störungen von außen abgeschirmt wurde, schlug sie über Wechselkursänderungen bis auf den außenwirtschaftlichen Sektor durch. Die Kursänderungen waren sogar so groß, daß sie einen eigenständigen Beitrag zur Stabilisierung leisteten. Zwar soll die Währungspolitik nicht Teil der Konjunkturpolitik sein, da andernfalls ein internationales Gegeneinander im Verschieben von Beschäftigungsproblemen zu befürchten wäre. Teil einer wirksamen Politik zur Bekämpfung eines inflatorischen Trends ist sie jedoch notwendigerweise.

Verbreitet ist die Sorge, die Währungspolitik könnte, indem sie die außerordentlichen Wechselkursänderungen für die Mark in Kauf nahm, zu weit gegangen sein. Wie immer man die Höherbewertung der D-Mark ausdrücken will, die in der ersten Novemberhälfte gegenüber dem Jahresanfangbestand: 17,1 vH gegenüber der Welt, 14,9 vH gegenüber den Ländern, deren Währung bei uns amtlich gehandelt wird, oder 7,6 vH gegenüber unseren Partnern im Floating-Block, es bleibt die Tatsache, daß ein solcher Aufwertungssatz in der Währungsgeschichte der Nachkriegszeit seinesgleichen sucht. Trotzdem glauben wir nicht, daß bei dem gegenwärtigen Wechselkursgefüge die zwangsläufig einsetzenden Anpassungsvorgänge im Exportsektor und im Bereich der Importgütersubstitute die Anpassungsfähigkeit der deutschen Industrie überfordern werden, sofern die eingeleitete Stabilisierungspolitik ein Mehr an Preisberuhigung im Innern zu erzielen vermag. Darf man gegenwärtig eine gewisse Überbewertung der D-Mark auch nicht ganz ausschließen, so paßt doch in jedem Falle ein eher zu hoher als zu niedriger Satz besser zu dem im Mai eingeschlagenen Kurs der Regierung. Vorläufig jedenfalls sind die Sorgen eher entgegengesetzter Art. In unserer Status-quo-Prognose rechnen wir für 1974 mit außerwirtschaftlichen Überschüssen der Bundesrepublik in Höhe von 24 Mrd. DM — nach 21 Mrd. DM 1973 und 14 Mrd. DM 1972.

302. Die **Lohnpolitik** war zu Beginn des Jahres trotz der konjunkturellen Expansion durch Zurückhaltung gekennzeichnet. Die wichtigen Tarifabschlüsse zur Jahreswende brachten Lohnerhöhungen, die zwar nicht stabilitätskonform im strengen Sinne des Wortes genannt werden können, in denen jedoch nicht mehr als die für 1973 im großen und ganzen unvermeidlich erscheinenden Preissteigerungen vorweggenommen waren. Von daher bestand also zunächst begründeter Anlaß, daß es gelingen könnte, den Preisauftrieb abzubremsen. Die Nachfrageentwicklung paßte aber schon bald nicht mehr ins Bild. Damit war die Regierung in der einkommenspolitischen Diskussion in eine Sackgasse geraten. An der Jahreswende hatte sie stark darauf gedrängt, daß die Tarifpartner sich auf stabilisierungskonforme Lohnsteigerungen einigen sollten. Sie war auf diese Weise gleichsam im Wort, nun auch die Nachfrageexpansion zur Lohnentwicklung passend werden zu lassen. Nicht vertretbar war die Vorstellung, lohnpolitische Zurückhaltung wäre zunächst einmal das Wichtigste. Gleichwohl sah die Regierung zu einem Programm der Nachfragedämpfung zu Jahresbeginn noch keinen Anlaß. Bald danach wurde dann offenbar, daß es wegen der überschäumenden Auslandsnachfrage — die auch die Regierung nicht vorhersehen konnte — inzwischen unmöglich geworden war, rasch genug noch die Bedingungen herzustellen, die allein ihre einkommenspolitischen Appelle von vorher legitimieren konnten.

Der Sachverständigenrat hatte bereits in seinem Jahresgutachten vom November 1972 gewarnt, daß es nicht zweckmäßig sei, im konjunkturellen Aufschwung anders als durch Dämpfung der Nachfrageexpansion Verantwortung für die Entwicklung von Löhnen und Preisen zu übernehmen:

> *„Steht das Jahr 1973 im Zeichen eines Aufschwungs, der allmählich an Kraft gewinnt, so ist dies von der konjunkturellen Situation her die Stunde der Globalsteuerung und nicht die Stunde der Einkommenspolitik. Jene hat dafür zu sorgen, daß die Ausgabenexpansion so gedämpft verläuft, daß bei den Einkommen marktgerecht wird, was zu mehr Stabilität paßt. ... Solange die Marktparteien auf die Signale des Marktes reagieren, gibt der Staat seine Wünsche an die Lohnpolitik am besten dadurch bekannt, daß er auf die Nachfrage einwirkt. Anders verhält es sich im konjunkturellen Abschwung, wenn anhaltend hohe Lohnsteigerungen gegen den Markt durchgesetzt werden sollen und daraus Beschäftigungsrisiken erwachsen, die der Staat durch expansive Politik abfangen soll. Hier verbindet sich in der Lohnrichtlinie das wohlverstandene Interesse der Arbeitnehmer an sicheren Arbeitsplätzen mit der Pflicht des Staates, expansive Politik nicht ohne Rücksicht auf den Geldwert zu treiben" (JG 72 Ziffer 409).*

So mußte es dann zu einer vollständigen Konfusion der Verantwortung kommen, nachdem Zögern in der Globalsteuerung, Appelle auf lohnpolitische Zurückhaltung, tatsächliche Zurückhaltung der Gewerkschaften, Explosion der Auslandsnachfrage und rasant steigende Preise zusammentrafen. Statt daß jeder auf die Verantwortung für sein eigenes Handeln mit den dazugehörigen Risiken verwiesen war, zeigten alle, die unzufrieden sein durften — und jeder war es —, auf andere.

303. Tatsächlich wurde die Einkommensentwicklung bei den effektiv gezahlten Löhnen dann doch rascher von den Marktkräften bestimmt, als es nach

dem Offenbarwerden des Irrtums bei der Einschätzung der konjunkturellen Lage zunächst erwartet werden konnte. Die Löhne paßten sich den Einkommenschancen des Aufschwungs an. Bei dieser Tendenz blieb es allerdings, nachdem die Regierung auf ihrem Felde, der Globalsteuerung, zu einer überraschend harten Sprache gefunden hatte. Seither ist sie nun ihrerseits darauf angewiesen, daß sich die Marktparteien auf die Glaubwürdigkeit des neuen Kurses einstellen. Inzwischen dürfte die Lohnentwicklung die Gewinnentwicklung, die vermutlich nur wenige Monate vorn lag, wieder überholt haben. Seither verstärkt die Lohnentwicklung, indem sie die Gewinnmargen zusammendrückt, die kontraktive Wirkung der Stabilisierungspolitik.

Was geschah, ist zwiespältig zu beurteilen:

— Konjunkturpolitisch ist es von großem Vorteil, daß diesmal im Aufschwung eine größere Diskrepanz zwischen der Entwicklung der Gewinneinkommen und der Arbeitseinkommen verhindert wurde. In früheren Konjunkturzyklen, vor allem im letzten, hatte eine solche Diskrepanz zunächst zur Übersteigerung des Aufschwungs beigetragen, dann aber nachfolgend zu einem Kostendruck von den Löhnen her geführt, der sich, von der monetären Seite kaum behindert, in einer Beschleunigung des Inflationstempos auswirkte, die über den ganzen anschließenden Abschwung hinwegreichte. Im Jahre 1973 dagegen wurde ohne große Verzögerung offenkundig, wie teuer Arbeitskraft in der Bundesrepublik ist, wenn die Nachfrage die Produktivkräfte zu überfordern beginnt.

— Die beschleunigte Lohnanpassung vollzog sich allerdings zum Teil in Formen und unter Begleitumständen, die den Regeln, nach denen die Sozialpartner in der Bundesrepublik bisher ihre tarifpolitische Autonomie zu gebrauchen wußten, nicht zuträglich waren. So hilfreich die größere Beweglichkeit der Effektivlöhne verglichen mit den Tariflöhnen sein mag, wenn es gilt, Veränderungen in der Marktlage zwischen zwei Tarifabschlüssen Rechnung zu tragen, so schwer tun sich die Gewerkschaften, wenn der Abstand zwischen dem, was tariflich vereinbart ist, und dem, was effektiv gezahlt wird, rasch zunimmt. Sie können die (Mit-)Verantwortung für die Lohnentwicklung im ganzen sowie für den Arbeitsfrieden nur tragen, wenn die Effektivverdienste ihnen nicht immer wieder entgleiten. Nicht zuletzt aus diesen Gründen besteht Gefahr, daß in der Tarifpolitik für 1974 noch einmal verlangt wird, was tatsächlich schon 1973 gewährt worden ist.

Für einen raschen Erfolg der Stabilisierungspolitik ab Mai 1973 mußte es in jedem Fall unerwünscht sein, daß die Lohnanpassung, erst einmal in Gang gesetzt, von der Kostenseite her einen neuen Preissteigerungsbedarf der Unternehmen erzeugte.

304. Auf die rasche Anpassung der Arbeitseinkommens hat möglicherweise Einfluß gehabt, daß der Sachverständigenrat in seinem Sondergutachten vom Mai 1973 für den weiteren Verlauf des Jahres eine starke Diskrepanz zwischen dem Zuwachs der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen und aus unselbständiger Arbeit für den Fall vorhergesagt hatte, daß die Wirtschaftspolitik den Tendenzen zu einem neuen Boom freien Lauf lassen würde (SG 73 Ziffern 11 ff.). Dieser Fall ist nicht eingetreten.

Die scharfe Restriktionspolitik hat die Bedingungen verändert, unter denen die Unternehmen und Haushalte handelten. Die gesamtwirtschaftliche Ausgabenexpansion wurde eingedämmt. Einzuräumen ist allerdings, daß die genannte Diskrepanz möglicherweise dadurch überzeichnet ist, daß wir in unserer Status-quo-Prognose vom Mai die sich abzeichnende Ausgabenexpansion etwas überschätzt haben.

Ziel des Stabilitätsprogramms war insbesondere eine Eindämmung der Investitionsnachfrage. Dies scheint gelungen; die Anlage- und Vorratsinvestitionen sind niedriger ausgefallen als unter Status-quo-Bedingungen im Frühjahr angenommen. Dieser Nachfrageausfall wurde nur zum Teil durch einen stärkeren Anstieg des Außenbeitrags und einen höheren Staatsverbrauch wettgemacht. Trotz der per saldo verminderten Ausgabenexpansion hat das Einkommen der abhängig Beschäftigten nicht etwa weniger zugenommen, sondern wegen der forcierten Steigerung der Löhne sogar stärker, als unter Status-quo-Bedingungen vorausgeschätzt wurde. Alles in allem bewirkte dies, daß die Gewinn- und Vermögenseinkommen vom Wert unserer Status-quo-Prognose vermutlich um rund 12 Mrd. DM nach unten abweichen werden.

Status-quo-Prognosen sind die Grundlage wirtschaftspolitischer Erwägungen. In unseren Gutachten haben wir in den Erläuterungen zur Vorausschau auf die absehbare Zukunft immer wieder hervorgehoben, daß, soweit sich Fehlentwicklungen anbahnten, alles darauf ankäme, unsere Prognose falsch werden zu lassen, falsch durch wirtschaftspolitisches Handeln oder durch einsichtigeres Verhalten derer, die sonst wirtschaftliche Macht haben und damit gesamtwirtschaftliche Verantwortung tragen. Der Sachverständigenrat hat nach dem Stabilitätsprogramm vom 9. Mai auch öffentlich erklärt, daß unsere Prognose im Sondergutachten vom 4. Mai, die noch vom wirtschaftspolitischen Status-quo-ante auszugehen hatte, nun nicht mehr gelte. Diese hatte jedoch inzwischen offenbar ein Eigenleben angetreten.

305. Wegen der stark beschleunigten Geldentwertung bei anfangs mäßigem Lohnkostendruck geriet die **Preispolitik** der Unternehmen im Jahre 1973 teilweise unter besonders scharfe Kritik. Daß die Unternehmen ihre Marktchancen nutzen, darf in einer marktwirtschaftlichen Ordnung, die kein iustum pretium kennt, ebenso wenig verwundern, wie das Bestreben der Arbeitnehmer, ihrerseits auszuschöpfen, was der Markt dauerhaft hergibt. Für die Marktchancen sind jedoch nicht die Unternehmen verantwortlich. Nur soweit wirtschaftliche Macht im Spiele ist, muß dies anders beurteilt werden. Wirtschaftliche Macht der Unternehmen hilft bei der Erklärung der Preisentwicklung des Jahres 1973 jedoch nicht weiter. Aufs ganze Jahr gesehen haben die Unternehmen ihre Gewinnmargen im Durchschnitt, wenn überhaupt, nur geringfügig er-

höhen können; denn schon bald hatte der Kostendruck wieder stärker zugenommen als der Preisauftrieb. Da die Margen zuvor mehrere Jahre unter Druck gestanden hatten, war diese Entwicklung so überraschend, daß man, so seltsam dies klingen mag, eher fragen muß, warum die Preise nicht noch stärker gestiegen sind. Normalerweise ist in einem kräftigen konjunkturellen Aufschwung der Preiswettbewerb so sehr abgeschwächt, daß die Gewinnmargen über das hinaus zunehmen, was die Unternehmer vorherrschend als „auskömmlich" ansehen. Dies ist 1973 nicht geschehen. Nachfragedämpfung, Kostendruck und eine Verschlechterung der Wettbewerbsposition gegenüber dem Ausland zusammengenommen, haben es verhindert. So gesehen ist der Preisniveauanstieg des Jahres 1973 nicht nur am vorhergehenden Anstieg zu messen, sondern auch an dem, was sich ohne Stabilisierungspolitik ereignet hätte; hierüber freilich wissen wir nicht genug. Allerdings wissen wir, daß im Ausland, und zwar in allen wichtigen Partnerländern, der Preisauftrieb noch zugenommen hat, während er bei uns seinen Höhepunkt überschritten zu haben scheint.

306. Den Fortgang und die Beschleunigung der Inflation im Jahre 1973 einzelnen Ursachen, einzelnen Gruppen, oder wirtschaftspolitischen Instanzen in bestimmter Weise zuzurechnen, halten wir nicht für möglich. Wer sich nah an die Vielfalt der Erscheinungen im Jahresablauf hält, ist gedrängt einzuräumen: Vieles ist zusammengekommen, und für die überschäumende Auslandsnachfrage kann niemand etwas; mehr als mit der außerordentlichen Höherbewertung der D-Mark geschehen ist, konnte man dagegen nicht tun.

Hat man jedoch nicht nur das Jahr 1973 im Bilde, sondern auch die Zeit, in der schon mitverursacht wurde, was heute so bedrückt und doch nachträglich als, kurzfristig, fast unvermeidlich erscheint, so steht selbstverständlich die Hauptverantwortung des Staates für die seit Jahren zugelassene zu starke Ausgabenexpansion außer Frage, insbesondere für die monetäre Expansion, ohne die dauerhaft kein inflationärer Prozeß finanziert werden kann. Diese Verantwortung kann nur relativiert werden, falls die Gesellschaft anderen Zielen, wirtschaftlichen, wie der Vollbeschäftigung, oder außenpolitischen, wie der europäischen Integration, vor der Geldwertstabilität einen Vorrang einräumt oder jedenfalls einen so hohen Rang, daß dadurch der Staat, einschließlich der monetären Politik gehindert wäre, die Bedingungen für die Geldwertstabilität entschlossen genug zu setzen.

III. An die Grenze gehen

307. Der Sachverständigenrat ist in seiner Mehrheit der Auffassung: Die gegenwärtige, auf eine baldige Stabilisierung des Preisniveaus ausgerichtete Politik der monetären und steuerlichen Restriktion privater Ausgabemöglichkeiten sollte fortgesetzt werden.

Für diese Auffassung spricht:

308. Erstens: Die Stabilisierungsmaßnahmen haben zu wirken begonnen. Ein nachhaltiger Erfolg ist jedoch noch nicht gesichert. Eine mäßige, wenige Monate anhaltende Beruhigung des Preisauftriebs würde hierfür nicht genügen. Wir kommen von einer so hohen Inflationsrate, daß der erzielte Anfangserfolg, nähme man ihn zum Anlaß, alsbald in der Stabilisierungsanstrengung nachzulassen, uns nicht davor bewahren würde, in den nächsten Aufschwung dann mit einem abermals erhöhten Inflationssockel gehen zu müssen. Zudem gibt es bisher keine Anzeichen für einen sich selbst verstärkenden konjunkturellen Abschwung, für eine Abwärtsbewegung also, die von der Restriktionspolitik zwar eingeleitet, inzwischen aber von ihr unabhängig geworden wäre und mit den aus ihr selbst resultierenden ungünstigen Geschäftserwartungen den Prozeß weitertriebe. Aus diesem Grunde halten sich auch die der Restriktionspolitik anzulastenden Beschäftigungsrisiken vorläufig in engen Grenzen. Und was die Produktionstätigkeit anbelangt, so bedeutete die Minderauslastung des Produktionspotentials, die sich unserer Prognose zufolge ergeben würde, vorläufig wenig mehr als eine Normalisierung; sie könnte also nicht als ein unverhältnismäßig hoher Preis der Stabilisierungspolitik angesehen werden (selbst wenn man sie voll ihr zurechnete, was sich nicht von selbst verstünde; Ziffer 324).

309. Zweitens: Die größere Gefahr der gegenwärtigen Situation ist vielmehr darin zu sehen, daß erneut ein beschleunigter Kostenauftrieb der Stabilitätspolitik die Chance des Erfolgs entwindet. Der Preisauftrieb würde sich dann nicht erst im nächsten Aufschwung, sondern schon in den nächsten Monaten wieder beschleunigen. In der Status-quo-Prognose haben wir eine Lohnpolitik für die wahrscheinlichste genommen, durch welche in der Tat gerade dies eintritt, wenn auch gemildert durch die zugleich unterstellte Fortdauer der Restriktionspolitik. Unsere Annahmen hinsichtlich der Lohnpolitik mögen die wahrscheinlichsten sein; sie müssen nicht zutreffen, und nach Möglichkeit sollten sie nicht zutreffen. Doch hierfür dürfte die Überzeugung wichtig sein, daß der Restriktionskurs der Wirtschaftspolitik vor einem einigermaßen verläßlich erscheinenden Erfolg nicht gelockert wird.

310. Drittens: Die Chance der Stabilisierung festzuhalten, lohnt sich auch dann, wenn man die Risiken höher einschätzt. Denn es geht, wie erwähnt, nicht allein um den Kampf gegen den inflatorischen Preisauftrieb eines einzelnen Jahres, sondern noch immer in erster Linie um die Gefahr der Dauerinflation, und zwar einer Inflation mit der Neigung zur Beschleunigung. Das Bewußtsein wächst, daß eine solche Dauerinflation Zeichen der Niederlage unseres Wirtschaftssystems wäre. Dessen Funktionsfähigkeit litte Schaden. Hinzu kommt, daß in der Abwehr gegenüber tatsächlichen und vermeintlichen Folgen der Inflation mehr und mehr Menschen neue Anpassungschancen begehren sowie mannigfache dirigistische Regelungen, die jenen Schaden weiter vermehren müßten. Die Größe der Nachteile für alle

stünde gewiß in gar keinem Verhältnis zu dem möglichen Vorteil, den sich irgendeine Gruppe, welche auch immer, vom Fortgang des inflatorischen Tuns versprechen könnte.

Wäre diese Einsicht allgemein, die Inflation wäre vermutlich nicht länger die schwere Herausforderung an die Vernunft, als welche sie sich gegenwärtig darstellt. Tatsächlich scheint jedoch die Anzahl derer zu wachsen, die angesichts der fortgesetzten Mißerfolge bei dem Versuch, den Geldwert zu wahren, gegenüber der Frage der Erhaltung unseres Wirtschaftssystems gleichmütig geworden sind. Verbünden sie sich mit jenen, welche aus anderen Gründen die gegenwärtige Ordnung nicht mehr wollen, so wird es von Jahr zu Jahr schwerer, die Bereitschaft zur Hinnahme von Anpassungslasten zu finden, ohne die keine Stabilisierungspolitik auskommt, die einen inflatorischen Trend brechen soll. Kurz: Der Stabilisierungserfolg sollte auch um einen hohen Preis nicht erneut vertagt werden.

311. Viertens: Es besteht Anlaß zu der Annahme, daß die Verschlechterung der Wettbewerbsbedingungen, welche die starke Höherbewertung der Mark im Jahre 1973 mit sich gebracht hat, von der deutschen Wirtschaft noch nicht voll verkraftet ist (Ziffer 144). Von der weltweiten Hochkonjunktur überlagert und durch vorläufige Starrheiten in der Nachfrage, vor allem aber im Angebot der nunmehr bessergestellten Konkurrenten fürs erste gemildert, ist die den deutschen Anbietern aufgegebene Anpassungslast zunächst nicht sichtbar geworden. Dies wird sich vermutlich ändern, sobald die internationale Konjunkturlage Abschwächungstendenzen aufweist. Werden die Lieferfristen im Ausland kürzer, so tritt der Preiswettbewerb wieder stärker in den Vordergrund. So gesehen liegt in dem gegenwärtigen Wechselkurs der Mark, namentlich dem Kurs gegenüber den Währungen der Länder außerhalb des Floating-Blocks, möglicherweise eine beträchtliche Stabilisierungsreserve. Sie kann sich allerdings auch als Beschäftigungsrisiko erweisen, wenn die Unternehmen bei ihren Lohnzugeständnissen einer solchen Verschärfung des Preiswettbewerbs nicht vorausschauend Rechnung tragen. Selbstverständlich ist es möglich — und dies wäre durchaus lehrbuchgerecht —, daß in einem solchen Falle die Höherbewertung der Mark teilweise wieder einer Höherbewertung des Dollar wiche. Die Befestigung des Dollarkurses in den vergangenen Wochen zeigt, daß eine solche Reaktion auch nicht im Widerspruch zu anderweitig bestimmten Kurstendenzen stehen müßte. Sicher ist dies jedoch nicht. Auch möglich ist, daß fortdauerndes internationales Vertrauen der D-Mark eine Rolle zuweist, aus der sich Kapitalbewegungen ergeben, die den Kurs Dollar/Mark etwa dort festhalten, wo er sich gegenwärtig befindet (Ziffern 145 f.). Dann müßte sich die deutsche Wirtschaft der erwähnten Anpassungslast voll stellen. Das hieße, durch binnenwirtschaftliche Stabilisierungserfolge müßte eine Preisniveauentwicklung erzeugt werden, die nachträglich rechtfertigte, was der Markt in übergroßem Vertrauen in die deutsche stabilitätspolitische Potenz vorgreifend oktroyiert hatte.

Angesichts der gegenwärtigen Konjunkturlage im Ausland glauben wir nicht, daß eine solche Anpassungslast schon in den nächsten Monaten offenbar werden wird. Auch sind die außenwirtschaftlichen Überschüsse so hoch, daß es völlig unbedenklich, ja erwünscht wäre, wenn größere Aufwertungswirkungen auf die Handelsströme endlich eintreten würden. Ist die Anpassungslast aber nur vertagt, so wäre es trotz der gegenwärtigen Überschüsse eine Anstrengung in der richtigen Richtung, wenn die Stabilisierungspolitik vorsorglich auf das hinwirkte, was später vom internationalen Wettbewerb erzwungen wird. Hingegen wäre eine Politik der binnenwirtschaftlichen Expansion, die vorbeugend an Absatzmöglichkeiten im Innern schaffte, was im Auslandsgeschäft auszufallen droht, nur kurzfristig eine Hilfe in der Sicherung des Beschäftigungsstandes, es sei denn, auf diese Weise würde letztlich doch der Vertrauensdruck zugunsten der D-Mark gebrochen und es käme zu einer kräftigen Abwertungstendenz am Devisenmarkt. In jedem Falle verzichtete eine solche Politik darauf, das im gegenwärtigen Wechselkurs liegende Stabilisierungspotential zu nutzen.

312. Fünftens: Nicht in der gleichen Richtung liegen die Probleme der Bundesrepublik als Partner im Floating-Block. Die Bundesrepublik ist, obwohl sie im konjunkturellen Aufschwung den meisten anderen Ländern gegenüber zurück war, stabilitätspolitisch in Führung gegangen, und zwar sowohl, was das Ausmaß der Stabilisierungsanstrengungen, als auch, was den Anfangserfolg angeht. Die Aufwertung der Mark gegenüber den Währungen der Partnerländer — im Durchschnitt 6,3 vH — dürfte zwar ebenfalls einen gewissen „Vorhalteeffekt" gebracht haben, doch ist hier die verbliebene Restanpassungslast zweifellos erheblich geringer als etwa gegenüber den Ländern außerhalb des Floating-Blocks und jedenfalls wohl nicht so groß, daß sie für längere Zeit ein erhebliches Mehr an restriktiver Politik in der Bundesrepublik bedingte, als die Partner wahrscheinlich leisten werden. Trotzdem plädieren wir dafür, die Bundesrepublik möge bereit sein, ihren stabilisierungspolitischen Kurs nach Möglichkeit auch dann fortzusetzen, wenn die Partner ihr nicht alsbald konsequenter als bisher darin folgen.

Die Abkehr von sehr hohen Inflationsraten ist eine (gemeinsame) Aufgabe aller Partnerländer. Wir gehen davon aus, daß diese Abkehr prinzipiell auch durchweg möglich ist, wenngleich vermutlich in unterschiedlichem Maße. Bei allen Ländern dürften von außen kommende Faktoren, insbesondere der Geldzustrom aus dem Ausland, eine wichtige Rolle bei der starken Beschleunigung des Preisauftriebs in den Jahren seit 1969 gespielt haben (Ziffer 4). Für kein Land ist durch Erfahrung die Vermutung belegt, daß es eine Inflationsrate von 7 vH bis 9 vH und mehr als Ventil zum Ausgleich binnenwirtschaftlicher Spannungen dauerhaft nötig habe. Bis vor wenigen Jahren war in allen Gemeinschaftsländern ein Geldwertschwund von mehr als 4 vH in einem Jahr eine seltene Ausnahme. Einzuräumen ist allerdings wohl, daß der Wille und die Fähigkeit der einzelnen Länder recht unterschiedlich sein mögen, freiwillig die inzwischen allenthalben in Gang gekommene Gewöhnung an sehr viel höhere Inflationsraten zu

durchbrechen und dabei kurzfristig notfalls auch Abstriche bei anderen wirtschaftspolitischen Zielen in Kauf zu nehmen. Die Bundesrepublik — aber sicherlich nicht nur sie — dürfte hier mehr zu leisten vermögen als manche andere. Diesen Ländern fällt damit eine Führungsrolle im Drängen auf mehr Stabilität zu, die sie annehmen müssen, statt den kleinsten gemeinsamen Nenner der europäischen Harmonisierungsbemühungen zum Maßstab ihrer eigenen Stabilitätspolitik zu machen. Die Übernahme dieser Rolle ist mit Kosten verbunden; denn sie verheißt uns eine dauernde Tendenz zum außenwirtschaftlichen Ungleichgewicht, durch das wir immer wieder gezwungen würden, den Partnern in der Form unerwünschter außenwirtschaftlicher Überschüsse Ressourcen zur Verfügung zu stellen, die im Inland ertragreicher eingesetzt werden könnten. Wer dies sieht, kommt leicht in die Versuchung zu verlangen, die Bundesrepublik möge sich künftig dieser Rolle versagen. Doch die Bereitschaft, solche Kosten zu tragen, ist in einem Solidaritätsbündnis wie der Europäischen Gemeinschaft letztlich die Legitimation dafür, mit jedem Teilerfolg der eigenen Politik dann noch faktisch, also ohne entsprechende Ex-ante-Harmonisierung einen verstärkten Anpassungszwang auf die übrigen auszuüben, auf diejenigen also, die, wären sie völlig ungebunden, ebenfalls einen ganz und gar eigenen Weg, nur eben einen anderen, gegangen wären. Gerechtfertigt durch solche Solidarität und gestützt auf Spielregeln, die dem erwähnten Anpassungszwang eine echte Chance geben müssen (Ziffern 413 ff.), kann die Bundesrepublik, möglicherweise im Verein mit anderen, ihr beträchtliches wirtschaftliches Gewicht zugunsten von mehr Stabilität einsetzen.

Gegen diese Auffassung spricht:

313. Erstens: Die gegenwärtige Restriktionspolitik sowie die — teilweise mit ihr im Zusammenhang stehenden — Wechselkursänderungen haben möglicherweise einen wirtschaftlichen Rückschlag in der Bundesrepublik schon fest programmiert, obwohl dieser sich in den zur Verfügung stehenden statistischen Daten und Umfrageergebnissen noch nicht abbildet, weil solche Informationen viel Vergangenheit und nur wenig Zukunft enthalten. Erfolgreiche Konjunkturpolitik ist vorbeugende Politik. Und vorbeugende Politik ist auf Verstetigung angelegt. Sie orientiert sich an mittelfristigen Größen. Denn was kurzfristig absehbar ist, unterliegt angesichts der Wirkungsverzögerungen selbst einer rasch handelnden Politik schon gar nicht mehr deren Einfluß. Hingegen: Was sich abzeichnet, läuft auf eine Wiederholung früherer Mißerfolge hinaus. Die überaus harte Restriktion wird beibehalten, bis ein konjunktureller Einbruch sichtbar und dann auch unabwendbar geworden ist. Damit das Schlimmste noch verhütet werde, folgt aus Panik eine expansive Politik, die wiederum, und nun in der Gegenrichtung, jeden Maßstab verliert und so fort.

314. Zweitens: Die gegenwärtige Restriktionspolitik birgt nicht nur die Gefahr, das Ziel einer Verstetigung des Konjunkturverlaufs erneut zu verfehlen, ja für die Dauer eines ganzen Zyklus unerreichbar zu machen, sie hat möglicherweise auch nur geringe Chancen, schon bald einen Stabilisierungserfolg vorweisen zu können, der in einem befriedigenden Verhältnis zu den volkswirtschaftlichen Kosten dieser Politik steht. Zyklische Erfahrungen lehren, daß im konjunkturellen Abschwung die Mengen vor den Preisen auf die Politik der Nachfragedämpfung reagieren. Es könnte zu Produktionseinschränkungen kommen, im Zusammenhang mit der verminderten Kapazitätsauslastung zu einer Abnahme der Produktivitätszuwächse, und die Unternehmen würden versuchen, die hierdurch steigenden Stückkosten in den Preisen zu überwälzen. Bei gedämpfter Nachfrageexpansion würde ihnen dies zwar nur gelingen, wenn sie eine weitere Produktionseinschränkung in Kauf nähmen. Doch zu lange könnte dieser Zirkel die Szene beherrschen, ehe dann ein verschärfter Preiswettbewerb einsetzt und ihn durchbricht, länger jedenfalls, als man bereit sein könnte, die sozialen und gesellschaftlichen Probleme einer vermehrten Arbeitslosigkeit hinzunehmen, die sich im Laufe eines solchen Prozesses einstellen würden.

315. Drittens: Die Gefahr einer von der Kostenseite bestimmten erneuten Beschleunigung des Preisauftriebs läßt sich möglicherweise auch von einer Lohnpolitik nicht bannen, die unter den Druck einer fortgesetzten Restriktionspolitik gestellt wird. Das Bewußtsein der Arbeitnehmer läßt Tarifabschlüsse, die stabilitätspolitisch vertretbar erscheinen mögen, derzeit einfach nicht zu. Die als unerhört empfundenen Preissteigerungen dieses Jahres und die Minderung des Reallohnzuwachses durch stark gestiegene Abgaben für Steuern und Sozialversicherungen haben anscheinend ein Gefühl des Geprelltseins entstehen lassen, das sich nun in vermeintlichen Nachholansprüchen äußert. Hinzu kommen organisationspolitische Schwierigkeiten der Gewerkschaften, wie sie sich anläßlich der spontanen Arbeitsniederlegungen im Spätsommer 1973 zeigten. Sie haben sich nicht zuletzt aus der Tatsache ergeben, daß auch die Gewerkschaften am Jahresanfang teilhatten an dem Irrtum über das, was der Markt an Einkommenssteigerungen hergeben würde, so daß schließlich die Effektivlohnentwicklung ihre Tarifabschlüsse desavouierte. Trifft dies zu, würde eine Politik der Drohung mit Beschäftigungsrisiken zwar alle Chancen haben, diese zu realisieren, keinesfalls aber die angesonnene Zurückhaltung bei den neuen Lohnabschlüssen bewirken.

316. Viertens: Wie an anderer Stelle dieses Gutachtens dargelegt, ist eine Politik der restriktiven Globalsteuerung mit sektoralen Wirkungen verbunden, welche ihr Grenzen der Zumutbarkeit auferlegen. Diese sind möglicherweise schon erreicht (Ziffer 294).

317. Fünftens: Eine Politik des stabilitätspolitischen Vorbildes und Anpassungsdrucks gegenüber den Partnern in der EWG hätte möglicherweise nicht nur die Nachteile einer bewußten Inkaufnahme außenwirtschaftlicher Verzerrungen gegen sich. Überfordert man den Willen und die Fähigkeit unserer Part-

ner, in der Stabilisierungsanstrengung nachzuziehen, so kommt es nicht zu der einkalkulierten De-facto-Harmonisierung der Politik, wohl aber zu einer ernsthaften Belastung der Chancen, aufgrund verabredeter Harmonisierung das immerhin Mögliche im Gleichschritt zu tun. So bestehen ernsthafte Zweifel, ob ein Anfangserfolg der Stabilisierung in einen Dauererfolg verwandelt werden könnte. Daß die Partnerländer sich durch das deutsche stabilitätspolitische Drängen möglicherweise überfordert fühlen, kann schon bald sichtbar werden. Sofern sich nämlich die Konjunkturlage differenziert, entfällt ein wichtiges Motiv, das 1973 eine gewisse Harmonisierung in der monetären Politik gefördert hatte. Der Mangel an Harmonisierung hinsichtlich des Rangs der wirtschaftspolitischen Ziele träte wieder stärker hervor.

Abwägungshilfen

318. Die unter Ziffern 313 und 314 dargelegten Risiken sind auch nach Auffassung der Mehrheit des Sachverständigenrates schwerwiegend. Unbestreitbar erscheint jedoch ebenso, daß es zur Fortsetzung der gegenwärtigen Politik keine Alternative gibt, die etwa risikofrei wäre (Ziffer 320). Der Gefahr sektoraler Überreaktionen kann man begegnen (Ziffer 321). In der Europapolitik sollte die Bundesrepublik ihre Chance ausloten und nutzen. Ein Fehler wäre es, diese von vornherein zu unterschätzen (Ziffer 322). Was im Kern bleibt, ist die Frage nach dem Bewegungsspielraum der Lohnpolitik (Ziffern 323 ff.).

319. Eine konsequent auf Verstetigung des Konjunkturverlaufs gerichtete Politik anhand mittelfristiger Orientierungsgrößen hat seit dem ersten Jahresgutachten zur stabilisierungspolitischen Konzeption des Rates gehört. Soll sie Erfolg haben, so muß sie jedoch von einer Situation zumindest in der Nachbarschaft des monetären Gleichgewichts aus begonnen werden. Dieses ist gegenwärtig nicht gegeben. Bei der noch immer außerordentlich hohen Inflationsrate müßte für die Stabilisierung ein sehr langer Zeitraum veranschlagt werden, wollte man die Rückkehr zur Geldwertstabilität einer Politik anvertrauen, welche zwar eine konjunkturelle Übersteigerung zu verhindern hat, im übrigen aber die Nachfrageexpansion so bemessen soll, daß ständig eine Vollauslastung der volkswirtschaftlichen Ressourcen gesichert ist.

Skepsis gibt vor allem die Erfahrung ein. Aus dem letzten Boom heraus wurde von Anfang 1970 bis zum Frühjahr 1973 in der Bundesrepublik de facto eine Wirtschaftspolitik getrieben, die auf konsequente Sicherung der Vollbeschäftigung hinauslief, während scharfe, nachhaltig wirkende Eingriffe zugunsten der Geldwertstabilität unterblieben. Man kann gewiß nicht alle Maßnahmen dieser Jahre in diesem Sinne einordnen, vor allem die Freigabe des Wechselkurses im Jahre 1971 nicht. Doch man muß beachten, daß eine durchweg stark expansive Finanzpolitik verhinderte, daß in der letzten konjunkturellen Abschwungsphase auch nur zeitweise eine durchgreifende Entspannung am Arbeitsmarkt eintrat. Und den neuen Aufschwung stimulierte sie von Anfang an mit. An der Sache ändert nichts, daß dies teilweise gegen den Willen der für die Konjunktursteuerung zuständigen Instanzen geschah. Im Hinblick auf die Beschäftigung war die Politik also auf Verstetigung angelegt. Zugleich stieg jedoch die Geldentwertungsrate von Jahr zu Jahr ohne Unterbrechung an. Es ist keine Frage, daß diese Entwicklung eingebettet war in einen internationalen Prozeß gleicher Art. Doch so wenig der Sachverständigenrat dies zu unterschätzen neigt, so wenig ist die Gesamtentwicklung, wie sie verlief, unvermeidlich gewesen.

320. Wir sehen auch keine Alternative zu dem Weg, der durch die Phase hindurchführt, in der die Unternehmen, sei es aus Mangel an Wettbewerb, sei es aus Mangel an Marktübersicht, auf die Restriktionspolitik zunächst vor allem mit Produktionseinschränkungen und noch kaum mit Verzicht auf Preiserhöhungen reagieren werden. Diese Phase muß wohl durchgestanden werden. Daß sie zu lange währen könnte, daß also „Stagflation" und nicht „mehr Stabilität" uns bevorsteht, ist nicht ausgeschlossen, aber es ist keineswegs unausweichlich, und es ist jedenfalls auch nicht wahrscheinlich, wenn man den Tendenzen traut, die unsere Prognose beschreibt. Letztlich entscheidet hierüber die Reagibilität derer, die vorausschauend marktgerechte Dispositionen treffen sollen. Dabei ist zu bedenken: Weit mehr als durch eine Abschwächung im Produktivitätszuwachs wird die Stückkostenentwicklung der nächsten Monate durch die Lohnpolitik bestimmt werden. Dies wiederum ist nicht eine Frage des Schicksals, sondern der verantwortlichen Entscheidung von Menschen, denen man Vernunft zutrauen muß und aufgrund früherer Erfahrungen auch zutrauen kann.

Die restriktive Politik hat die Reagibilität der Wirtschaft bisher nicht überfordert. Sie sollte auch künftig darauf angelegt sein, den Spielraum ebensowohl für eine weitere, wenngleich abgeschwächte reale Expansion zu gewähren wie für die Finanzierung eines Anstiegs des Preisniveaus, der sich auf das kurzfristig unvermeidliche Maß beschränkt und der in jedem Falle geringer zu sein hätte als in diesem Jahr. Die anzustrebende gesamtwirtschaftliche Nachfrageexpansion würde sich unter diesen Umständen also nur dann als unzureichend erweisen können, wenn die Wirtschaft, Unternehmen und Tarifpartner den Spielraum für weitere Preissteigerungen überschätzten.

321. Weniger schwerwiegend erscheint die Besorgnis, die Stabilisierung könnte ihren Weg zu stark über die Beeinträchtigung der Erwerbschancen in bestimmten Wirtschaftszweigen nehmen. Dem kann vorgebeugt werden, ohne die restriktive Politik im ganzen vorzeitig zu beenden. Zwar sollte in der Stabilitätspolitik das Prinzip der Globalsteuerung möglichst wenig durchbrochen werden, namentlich dann nicht, wenn nur als konjunkturelles Problem erscheint, was tatsächlich ein strukturelles Problem ist, etwa weil der wachstumsnotwendige Strukturwandel, der bestimmte Branchen zum Schrumpfen verurteilt, sich im konjunkturellen Abschwung be-

schleunigt vollzieht. Doch wie erwähnt, lassen sich nicht alle sektoralen Unterschiede in den Wirkungen der Stabilitätspolitik ohne Rest als Ausdruck von Anpassungsprozessen deuten und rechtfertigen, die mittelfristig ohnehin unvermeidlich und daher erwünscht sind. Im Einzelfall mögen Kompromisse dann unumgänglich sein. Vollständig kann die Stabilitätspolitik, soll sie selbst wirksam bleiben, nicht vermeiden, einzelne Branchen besonders zu treffen. Die Zinsempfindlichkeit der Bauinvestitionen ist nicht nur Sorge, sondern auch Hoffnung einer konsequenten monetären Restriktion, die hohe Zinsen bewirkt. Die Gefahr einer Überreaktion sollte jedoch durch finanzpolitische Maßnahmen abgewehrt werden. Insoweit passen in der Spätphase einer kontraktiven Politik durchaus expansive Ausgaben im Bereich der öffentlichen Investitionen und Fortdauer der monetären Restriktion zusammen.

Einen Freibrief zu helfen, wo immer der Stabilisierungsprozeß deutliche Spuren zeigt, sei es in bestimmten Regionen, sei es in bestimmten Branchen, kann es gleichwohl nicht geben. Andernfalls befände man sich rasch bei einer expansiven Politik, obwohl der restriktive Kurs offiziell nie aufgegeben wurde. Wirtschaftsbereiche, in denen teilweise nur noch wegen der Inflation Gewinne ausgewiesen wurden, eine Realrechnung jedoch Verluste ergäbe, müssen als übersetzt gelten. Sie am Schrumpfen zu hindern, hieße die Fehlleitung volkswirtschaftlicher Produktivkräfte erneuern.

322. Auch die Grenzen, die nationalen Zielen in der Stabilisierungspolitik durch Loyalität gegenüber europäischen Verabredungen gezogen werden, können nicht von vornherein als eindeutig angesehen werden. Es ist Aufgabe der praktischen Politik, einen Weg zu suchen, auf dem nicht nur die Stimmgewichte im europäischen Ministerrat — wo vorläufig noch nach dem Einstimmigkeitsprinzip herausgefunden werden muß, was in der jeweiligen Situation „harmonisierte Stabilitätspolitik" konkret sein kann — über den Schutz des Geldwerts in der Gemeinschaft bestimmen, sondern auf dem auch zugleich die ebenfalls legitime Durchsetzungskraft am Markt ins Spiel gebracht werden kann. Der Sachverständigenrat hat nicht zu erörtern, wie im einzelnen ein solcher Weg für das Jahr 1974 aussehen könnte. Wir gehen jedoch davon aus, daß das Stabilisierungsziel den allgemeinen Beschlüssen der europäischen Organe zufolge gegenwärtig noch Vorrang genießt und es daher keine unlösbaren Loyalitätskonflikte mit den Partnern geben sollte, wenn ein Land diesem Ziel unter Wahrung der verabredeten Regeln so erfolgreich wie möglich nacheifert. Überdies dürften vorläufig die Schwierigkeiten, einem etwaigen Stabilisierungserfolg gegen widrige Marktkräfte Dauer zu verleihen, ernster sein als die Sorge, unsere Partner könnten sich durch ein Übermaß an Erfolg allzu bedrängt fühlen.

Selbstverständlich muß außerdem vorsorglich die Aufgabe angepackt werden, die Gefahr zu beseitigen, daß Loyalitätskonflikte sowie ein Übermaß an Kosten den Zusammenhalt der Gemeinschaft immer dann besonders belasten, wenn das Stabilitätsziel eine Chance erhalten soll.

Zur lohnpolitischen Situation

323. Man kann den Einwänden gegen die Annahme, auch in der gegenwärtigen Situation sei die Chance einer stabilisierungskonformen Lohnpolitik nicht von vornherein auszuschließen, sehr großes Gewicht beimessen und muß doch feststellen: Es führt kein Weg an der Einsicht vorbei, daß über den Ausgang der Stabilitätspolitik im Jahre 1974 die Lohnpolitik entscheiden wird. Was Aufklärung helfen kann, haben wir zu versuchen.

324. Übermäßige Lohnsteigerungen werden das Preisniveau hinauftreiben oder den Beschäftigungsstand senken. Bleibt die Stabilisierungspolitik fest, so wird es die Beschäftigung sein, die sich anpaßt. Aus diesem Grunde wird es vermutlich schon bald eine Diskussion darüber geben, ob in einem solchen Falle die Zunahme der Arbeitslosigkeit den restriktiven Wirkungen der Lohnpolitik oder den restriktiven Wirkungen der Wirtschaftspolitik zuzurechnen sei. Zugleich wird das Drängen der Arbeitnehmerorganisationen stärker werden, den restriktiven Kurs der Wirtschaftspolitik aufzugeben.

Das genannte Zurechnungsproblem ist nicht leichthin zu entscheiden.

- Einerseits ist zu fordern: Die Tarifparteien sollen für die jeweiligen Teilarbeitsmärkte marktgerechte Entgelte für Arbeit vereinbaren. Nicht gemeint ist mit der tarifpolitischen Autonomie das Recht, dem Markt anderweitig bestimmte Lohnsätze aufzuzwingen und von der Wirtschaftspolitik zu verlangen, daß sie nunmehr diese Löhne, durch expansive Politik, marktgerecht werden läßt.
- Andererseits ist einzuräumen: Es gibt nicht nur Beschäftigungsrisiken, wenn und insoweit die Tarifparteien ihr Machtprivileg bei der Lohnfindung mißbrauchen. Auch in der gegenwärtigen Situation liegen Beschäftigungsrisiken, für welche die Konjunkturpolitik neben der Lohnpolitik zuständig ist.
- Als Richtschnur für eine abwägende Haltung könnte dienen: Solange die Wirtschaftspolitik, insbesondere die monetäre Politik, den gesamtwirtschaftlichen Ausgabenspielraum nicht stärker begrenzt, als mit einer Normalauslastung des Produktionspotentials und einem Anstieg des Preisniveaus vereinbar erscheint, der kurzfristig als unvermeidlich zu gelten hat, sollte die Wirtschaftspolitik frei sein von der Verantwortung für einen etwa entstehenden Beschäftigungsrückgang, wenn zugleich die effektiven Lohnsätze nennenswert über das Maß hinaus gesteigert werden, das durch den gesamtwirtschaftlichen Produktivitätszuwachs unter Berücksichtigung der unvermeidlichen Preissteigerungen gesetzt ist.

325. Daß die Arbeitnehmerorganisationen sich wehren werden, wenn sie abermals unter den Druck von Appellen gestellt werden, bei der durchaus legitimen Wahrnehmung ihrer Marktchancen mit Rücksicht auf das gesamtwirtschaftliche Interesse Zurückhaltung

zu üben, ist verständlich. Appelle haben freilich nur dann einen Sinn, wenn zuvor das Interesse der Arbeitnehmer und das gesamtwirtschaftliche Interesse in Einklang gebracht sind. Das ist aber gegenwärtig der Fall.

Im übrigen ist zu bedenken: So wahr es ist, daß sehr viele Marktpreise unter dem Einfluß von Marktmacht gebildet werden — und bisher ohne wirksame öffentliche Kontrolle —, so wahr ist auch, daß die Lohnsätze der großen Tarifbereiche die mit Abstand wichtigsten unter ihnen sind. Und während für den Bereich der unternehmerischen Preispolitik jetzt der Anfang mit einer wirksamen Mißbrauchsaufsicht gemacht werden soll, gehört es nach wie vor zu den unumstrittenen Grundsätzen der Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik, die tarifpolitische Autonomie der Arbeitsmarktparteien solange als irgendmöglich zu verteidigen. Die öffentliche Diskussion über die gesamtwirtschaftliche Bedeutung der einzelnen Lohnvereinbarungen ist daher die einzige derzeit mögliche Form der Kontrolle der dabei ausgeübten Macht — neben der Zuweisung von Verantwortung für Beschäftigungsrisiken.

326. Ein Drängen auf eine Anhebung der Effektivlöhne, die nennenswert über den gesamtwirtschaftlichen Produktivitätszuwachs unter Berücksichtigung der für unvermeidlich zu haltenden Preissteigerungen hinausgeht, ließe sich rechtfertigen, wenn es darum ginge, eine aus der Vergangenheit herrührende Verzerrung der Verteilungsrelation zu beseitigen. Eine solche Aufgabe besteht gegenwärtig jedoch nicht. Wie erwähnt, ist die Gefahr, daß es im Verlauf des Jahres 1973 zu einer solchen Verzerrung kommen würde, rechtzeitig abgewendet worden (Ziffer 303). Während die Stabilisierungspolitik die unteren Einkommensschichten aus sozialen Gründen konsequent geschont hat, wurden die Gewinneinkommen von ihr sogar unerwartet rasch und stark getroffen, einerseits unmittelbar von den konjunkturpolitischen Steuerregelungen, mehr noch aber mittelbar von den veränderten Marktchancen der Unternehmen aufgrund der Stabilisierungsmaßnahmen einschließlich ihrer Wechselkursfolgen. Ein Nachholanspruch der Arbeitnehmer ist also aus der Einkommensentwicklung des Jahres 1973 keineswegs herzuleiten. Dies gilt auch, wenn man der Betrachtung die Nettoeinkommen zugrunde legt; denn der Adressat für Forderungen, die sich auf die Höhe der Abgaben für Steuern und Sozialversicherungsbeiträge beziehen, müßte der Staat sein, nicht die Arbeitgeber.

Noch weniger wird man zu einem Nachholanspruch der Arbeitnehmer kommen, wenn man die mittelfristige Entwicklung der Einkommensverteilung heranzieht. Denn seit 1969 ist das Entgelt für Arbeit fast ununterbrochen rascher gestiegen als die Gewinn- und Vermögenseinkommen.

327. Gelegentlich wird ein abweichendes Bild der Einkommensverteilung und deren Veränderung dadurch gezeichnet, daß man die Entwicklung der Einkommen aus unselbständiger Arbeit je Arbeitnehmer der Veränderung der Relation „Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen bezogen auf die Anzahl der Selbständigen" gegenüberstellt. Da der Anteil der Selbständigen an den Erwerbstätigen insgesamt laufend sinkt, ergibt dies höhere Zuwachsraten für die den Selbständigen zugerechneten Einkommen. Die genannte Relation täuscht jedoch eine Information vor, die sie gar nicht enthält. Denn zum einen fließt ein nicht unerheblicher — und vermutlich steigender — Anteil der Vermögenseinkommen Arbeitnehmern zu. Zum anderen wird, wenn früher Selbständige mit durchschnittlichen Arbeitseinkommen (Unternehmerlohn) nunmehr als Arbeitnehmer tätig sind, das Pro-Kopf-Einkommen der Selbständigen schon deshalb höher ausgewiesen, weil das gesamte Vermögenseinkommen jetzt einer geringeren Zahl Selbständiger zugerechnet wird. Dieser Effekt ist noch größer, wenn die früher Selbständigen früher ein niedrigeres Arbeitseinkommen erzielt hatten als die übrigen Selbständigen. Die Argumentation anhand der genannten Relation dient daher nicht der Versachlichung der verteilungspolitischen Diskussion.

328. Entschärfend für den Verteilungskampf könnte es hingegen wirken, wenn man sich allgemein vergegenwärtigte, daß seit vielen Jahren die durchschnittliche reale Rendite des in der Bundesrepublik eingesetzten Kapitals dem Trend nach sinkt. Darin kommt zum Ausdruck, daß Kapital, verglichen mit dem Faktor Arbeit, in unserer Volkswirtschaft immer reichlicher wird. Obwohl auch hier das Bild der statistischen Information nicht vollständig ist, kann man, wie erwähnt, für gegeben nehmen, daß seit Anfang der sechziger Jahre die Kapitalrendite real, also nach Berücksichtigung der Geldentwertung, um etwa ein Drittel zurückgegangen ist (Schaubild 23). Besonders ausgeprägt war der Renditeverfall bei Geldvermögen, wo sich die Realverzinsung in den vergangenen Jahren selbst bei vergleichsweise hochverzinslichen Anlagen zeitweise Null genähert hat, und wenn Steuern zu entrichten waren, sogar negativ war. Die starke Entwertung der Schulden entlastete allerdings zugleich die Unternehmen. So liegt der Schluß nahe, daß möglicherweise vor allem die reinen Kapitaleinkommen, nicht aber im gleichen Maße auch das Entgelt für das Risiko, das der Unternehmer als Investor übernimmt, von dem Sinken der durchschnittlichen Rendite betroffen war. Dies würde immerhin eine Erklärung ermöglichen, warum sich trotz ständig sinkender Gewinnrate die Investitionsneigung der Unternehmer bisher als ungebrochen erwiesen hat.

329. Ob für den Beginn des Jahres 1974 Lohnerhöhungen in Kraft treten, die der Stabilitätspolitik ihre Chance lassen, darüber entscheiden die Tarifpartner gemeinsam. Zieht man in Betracht, daß die Arbeitnehmerorganisationen wegen der inflationsbedingten Unruhe ihrer Mitglieder größere Schwierigkeiten haben werden als sonst, den Beschäftigungsrisiken Rechnung zu tragen, die die gegenwärtige Situation enthält, so könnte es diesmal sogar vor allem auf die Widerstandskraft der Arbeitgeber ankommen. Der konjunkturelle Abschwung beeinträchtigt erfahrungsgemäß insbesondere i h r e

Einkommenschancen. Zudem kommen sie aus einem Aufschwung, der ihnen, anders als sonst, keinen sehr starken Anstieg der Gewinne gebracht hat. Die Möglichkeiten, übermäßige Lohnerhöhungen in den Gewinnmargen aufzufangen, sind also vergleichsweise gering. All dies könnte helfen, auch bei harten Lohnverhandlungen unnachgiebig zu sein. Zu befürchten ist jedoch, daß es nicht ausreichen wird. Die Arbeitgeber sollen aus Eigeninteresse Widerstand leisten bei stabilitätswidrigen Lohnforderungen und dabei als Nebenprodukt ihres Eigeninteresses einen Beitrag zur Stabilisierung erbringen. Sie sind, weil der Weg der Unnachgiebigkeit unbequem ist, in dieser Rolle — wie ihre Partner, die Gewerkschaften, auch — gefährdet durch die Versuchung, darauf zu rechnen, daß die Wirtschaftspolitik letztlich doch nachgeben wird und die Finanzierung einer weiteren Stufe des inflatorischen Prozesses ermöglicht. Auch in Änderungen der sozialen Stellung, welche die Öffentlichkeit den Unternehmern zuerkennt, kann man eine Schwächung der Position sehen, von der aus diese ihrer Rolle gerecht werden müssen.

330. Die Inflation bekämpfen wollen heißt, weder die Schwierigkeiten der Gewerkschaften noch die Schwierigkeiten der Arbeitgeber als Daten nehmen. Ausgangspunkt aller Überlegungen hierzu ist letztlich, daß jede faire Darlegung der Situation zu dem Schluß kommen muß: Die aktuellen Verteilungsrelationen sind es nicht, die verständlich machten, wenn die außerordentlichen stabilisierungspolitischen Anstrengungen der vergangenen Monate, die für viele Menschen erhebliche Belastungen bedingten, um ihre Früchte gebracht würden. Geschähe es doch, so wohl nicht zuletzt aufgrund von Mißverständnissen, Mißverständnissen hinsichtlich dessen, was ist, und Mißverständnissen hinsichtlich dessen, was sein könnte. Man wird allerdings nicht allein den Gewerkschaften die Aufgabe zuweisen können, bei ihren Mitgliedern solche Mißverständnisse aufzuklären und sich so die Grundlage für rationale Entscheidungen der Tarifpolitik neu zu schaffen. Viele helfen mit, solche Mißverständnisse zu erwecken und zu verbreiten. Während in der ersten Phase der Stabilisierungsaktion die Wirtschaftspolitik vor allem mit ihrer rein ökonomischen Kunstlehre gefordert war, geht es jetzt, in der zweiten Phase, da der Erfolg vorbereitet und möglich geworden ist, darum, das soziale Klima zu schaffen, in dem allein dieser Erfolg gesichert werden kann. Dies geht die Politik im ganzen an. Man muß die gegenwärtige Einkommensverteilung nicht gerecht finden und kann doch redlich zugestehen, daß sie in den vergangenen Jahren zugunsten der Arbeitnehmer verbessert worden ist, daß die Marktkräfte seit langem nicht den Unternehmern den Rücken stärken. Dies ist kein Land, in dem es den Unternehmern ohne große Anstrengungen möglich ist, die von ihnen angestrebten Gewinne zu realisieren. Der erwähnte Trend in der Entwicklung der realen Kapitalrendite spricht hier für sich selbst. Nicht einmal die beklagenswerte Unternehmenskonzentration der vergangenen Jahre hat diesen Prozeß aufhalten können; allenfalls hat sie ihn dämpfen können.

331. All dies bezieht sich auf die Verteilung der Einkommen auf die sogenannten Produktionsfaktoren, insbesondere Arbeit und Kapital also. Auf einem ganz anderen Blatt steht, daß bisher vermutlich zu wenig getan ist, die personelle Einkommensverteilung zu verbessern, und zwar dadurch, daß die Quellen der Einkommenserzielung anders verteilt werden. Keine aggressive Lohnpolitik, keine umverteilende Steuerpolitik — beide sind beschränkt in den Wirkungsmöglichkeiten und schlimm in den Nebenfolgen — kann eine wirksame Vermögenspolitik ersetzen. Je stärker die durchschnittliche Kapitalrendite sinkt, je höher die Grenzbelastung der Einkommen mit Steuern wird, desto unausweichlicher ist es, die Verteilungspolitik in den Saal der Vermögenspolitik zu verweisen.

Im Vordergrund der gegenwärtigen vermögenspolitischen Diskussion stehen Pläne für eine Gewinnabgabe zugunsten der Vermögensbildung breiter Schichten, die durch die Wahl der Bemessungsgrundlage auf eine Ergänzung der Einkommen- und Körperschaftsteuer hinauslaufen. Wir befürchten, daß die Vermögenspolitik, geht sie diesen Weg, rasch an Grenzen stößt, da die Grenzbelastung der Einkommen nicht beliebig hinaufgetrieben werden kann, sollen die Leistungsanreize des marktwirtschaftlichen Systems erhalten bleiben. Richtig ist, daß die Vermögenspolitik bewirken muß, daß die Gewinne anders verteilt werden. Die Arbeitnehmer können einen Anteil am Gewinn, am sogenannten Residualeinkommen ihres Unternehmens, erhalten. Damit steht dieser Teil ihres Arbeitsentgelts unter dem Vorbehalt der Gewinnerzielung. Durch einen solchen Vorbehalt — die Arbeitnehmer erbringen ihre Leistung, ohne daß das volle Entgelt sicher ist — haften sie gleichsam mit für den Erfolg ihres Unternehmens. Der Sachverständigenrat hat in seinem letzten Jahresgutachten dargelegt, warum hier der Ursprung für die Chance einer erfolgreichen Vermögenspolitik zu sehen ist (JG 72 Ziffern 501 ff.). Dies schließt überbetriebliche, gar gesamtwirtschaftliche Lösungen nicht aus.

Für eine Politik des kalkulierten Risikos

332. Durch Aufklärung allein, so bedeutsam sie ist, wird man den anstehenden Problemen nicht gerecht werden können. Das marktwirtschaftliche System, ja das freiheitliche Gesellschaftssystem überhaupt, beruht darauf, daß Interessenkonflikte — in organisierter Form — ausgetragen, nicht aber durch Ex-ante-Harmonisierung beseitigt werden. Manchem mag es bisweilen absurd erscheinen, daß in der Ordnung freiheitlich organisierter Staaten selbst wichtige Schaltstellen im hocharbeitsteiligen Wirtschaftsprozeß der Verfügungsmacht einzelner oder einzelner Gruppen und damit deren Eigennutz anvertraut sind.

Die mögliche Spannung zwischen partikularen Interessen und Gemeinwohl, gerechtfertigt durch das Ziel, dem arbeitsteiligen Prozeß Freiheitsspielraum abzutrotzen, bleibt erträglich, wenn tatsächliche Umstände — der Wettbewerb etwa — oder strenge Verhaltens- und Sanktionsregeln, die nicht zur Disposition der einzelnen stehen, der dezentralisierten Verfügungsmacht selbst oder deren möglichen Mißbrauch enge Grenzen setzten. Wichtig ist: Wo Macht ist, muß auch Haftung sein.

Auch der Staat besitzt nicht unbegrenzte Verfügungsmacht. Denn diejenigen, die ihn verkörpern, werden von jenen gewählt, die in mächtigen, sich zum Teil überschneidenden Gruppen organisiert, partikulare Interessen verfolgen. Man muß dem Staat für das Erreichen der Ziele, die die Gesamtheit seiner Bürger anstrebt, einen Großteil der Verantwortung aufbürden, nicht jedoch alle. Denn die Ziele, die er zu verfolgen hat, können miteinander in Konflikt geraten, wenn das Handeln einzelner Gruppen den Erfolg so weit mitbestimmt, daß er eines der Ziele möglicherweise nur noch erreichen kann, wenn er gleichzeitig das andere verletzt. So zielt die Wirtschaftpolitik um des Gemeinwohls willen auf Vollbeschäftigung. Würde man ihr jedoch aufgeben, jegliches Beschäftigungsrisiko von den Bürgern zu nehmen, könnte dies allzu oft nur auf Kosten der Geldwertstabilität erreicht werden. Nicht steigende Inflationsraten, die alle gleich treffen, sondern Gewinnrückgang und Beschäftigungseinbußen können die Haftung ausmachen für diejenigen, die, indem sie ihre gesamtwirtschaftliche Macht nutzen, den Zielkonflikt zwischen Preisniveaustabilität und Vollbeschäftigung erst entstehen lassen.

Ist ein Beschäftigungseinbruch zu vermeiden, ließe man nur eine kräftige gesamtwirtschaftliche Ausgabenexpansion zu, so wird dem Staat, kommt es zu Unterbeschäftigung, diese angelastet, ungeachtet der Tatsache, daß er sonst dem Geldwertverfall hätte seinen Lauf lassen müssen. Bei dem Bemühen, beide Ziele zu erreichen, hilft es dem Staat, eine autonome Instanz, die Bundesbank, zur Seite zu haben, der als Aufgabe zugewiesen ist, für einen stabilen Geldwert zu sorgen. Daß eine Instanz mit Autonomie dies am ehesten vermag, ist das zentrale Argument für diese Autonomie. Kompromisse zu Lasten des Geldwerts gibt es genug.

333. Die Möglichkeit zu Fortsetzung einer restriktiven monetären Politik, die ja in erster Linie auf den Geldwert eingeschworen ist, verbunden mit einer Finanzpolitik, die dadurch hilft, daß sie konjunkturneutral bleibt, gilt es in einer Strategie zu nutzen, die die Risiken eines Konflikts zwischen Vollbeschäftigung und Geldwertstabilität zwar nicht leicht nimmt, aber auch nicht von vornherein scheut. Grundlage einer solchen Konfliktstrategie müssen in sich ausgewogene quantitative Vorstellungen davon sein, was erreichbar ist, wenn die Wirtschaftspolitik an die Grenze ihrer Möglichkeiten geht. Die Reagibilität der Marktparteien muß gefordert, darf aber nicht überfordert werden, soll diese Strategie noch zumutbar sein. Nur dann ist sie auch glaubwürdig.

334. Soll die konjunkturelle Anspannung der Produktivkräfte etwas zurückgehen und die Volkswirtschaft weniger als in den vergangenen Jahren auf den Zustrom weiterer ausländischer Arbeitskräfte angewiesen sein, so wäre der für 1974 anzustrebende Zuwachs des realen Sozialprodukts niedriger zu veranschlagen als das Wachstum des Produktionspotentials. Da abrupte Änderungen vermeidbare Anpassungslasten hervorrufen, setzen wir ein um 3 vH wachsendes reales Sozialprodukt als optimale Zielgröße an — für den Fall, daß der Fortgang der Geldentwertung auf das kurzfristig für unvermeidlich zu haltende Maß beschränkt wird.

335. Die Höhe der Steigerungsrate für das Niveau der Verbraucherpreise im Jahresdurchschnitt 1974, die auch im Rahmen einer Politik des kalkulierten Risikos zugelassen sein soll, wird zunächst vorbestimmt durch eine Komponente, die noch dem Jahre 1973 zuzurechnen ist, im übrigen durch Preissteigerungen, die wir für unvermeidlich halten.

Am Jahresende dürfte das Preisniveau um 3 vH über dem durchschnittlichen Stand des Jahres 1973 liegen; stiegen also die Preise von dann ab nicht mehr, so wäre das Preisniveau doch im Jahresdurchschnitt 1974 um diese 3 vH höher als im Vorjahr (Preisüberhang zum Jahresende 1973). Unter den künftigen Preisbewegungen sehen wir als unvermeidlich an, was keine marktwirtschaftliche Stabilisierungsstrategie mehr verhindern könnte, es sei denn, man nähme Beschäftigungsrisiken in Kauf, die von den Betroffenen im Rahmen zumutbarer Anpassungsfähigkeit nicht abgewendet werden könnten. Dies wären zuallererst Preissteigerungen, denen Kostensteigerungen im Jahr 1973 vorangingen, die noch nicht überwälzt sind, deren Überwälzung aber bei Vermeidung eines solchen Deflationskurses nicht verhindert werden kann. Ein großer Lohnkostenüberhang solcher Art dürfte zur Jahreswende 1973/74 nicht bestehen, da alle größeren Lohnbewegungen dann schon viele Monate zurückliegen und auch sonst die Preisbewegung keinen Rückstand vermuten läßt. So gesehen ist die Vorbelastung der Zukunft eher geringer geworden. Zu berücksichtigen ist jedoch, daß sich der Anstieg der industriellen Erzeugerpreise, der sich 1973 abermals beschleunigt hatte, noch nicht voll auf der Verbraucherstufe ausgewirkt hat. Hinzu kommt vermutlich eine weitere Verteuerung eingeführter Waren. Preissenkungen bei anderen Gütern in einem Umfang, daß all dies kompensiert würde, sind wohl auszuschließen. Vielmehr wird man damit zu rechnen haben, daß sowohl in den geplanten Dispositionen der Unternehmen als auch in den Mindestlohnforderungen der Arbeitnehmer Inflationserwartungen enthalten sind, die sich von der Geldentwertungserfahrung des Jahres 1973 noch nicht vollständig werden lösen lassen. Als Ausdruck der erwähnten Vorbelastungen sowie der Inflationsgewöhnung, die es zwar zu bekämpfen gilt, die jedoch nicht von heute auf morgen ganz beseitigt werden kann, setzen wir einen Anstieg des Preisniveaus im Verlauf des Jahres 1974, also von Dezember 1973 bis Dezember 1974 gerechnet, um 4½ vH als unvermeidlich an. Der Hauptanstieg dürfte dabei in die erste Jahreshälfte 1974 fallen. Das durchschnittliche Preisniveau des Jahres 1974 wird dadurch um wenigstens 2½ vH erhöht. Unter Berücksichtigung des erwähnten Preisüberhangs am Jahresende 1973 halten wir also für unvermeidlich, daß das Preisniveau des Jahres 1974 um mindestens 5½ vH über dem des Jahres 1973 liegen wird.

Da die Vorbelastung auf der Erzeugerstufe derzeit kleiner ist als auf der Verbraucherstufe, brauchte der Preisindex für das Sozialprodukt mit 5 bis 5½

vH (ohne Investitionsteuer) diesmal nicht so stark zu steigen wie der Preisindex für die Lebenshaltung.

336. Faßt man die Rate der erwünschten realen Expansion, der Produktion also, und die Rate der unvermeidlichen Preissteigerungen, gemessen am BSP-Preisindex, zusammen, so ergäbe sich eine Ausweitung der gesamtwirtschaftlichen Ausgaben um knapp 9 vH als Ziel. Wird es erreicht, die Vorgabe für einen Anstieg des Preisniveaus jedoch überschritten, so wäre die angestrebte Produktionsausweitung nicht möglich. Umgekehrt enthält eine Ausgabenexpansion von 9 vH durchaus zusätzlichen Spielraum für eine Produktionsausweitung, wenn Unternehmer und Arbeitnehmer mehr auf höhere Mengen als auf höhere Preise setzen, die genannte Vorgabe für einen Anstieg des Preisniveaus also nicht voll nutzen. Der restriktive Kurs der Wirtschaftspolitik wäre zu lockern, wenn die Indikatoren der konjunkturellen Lage erwarten lassen, daß die Expansion der Gesamtausgaben die Rate von 9 vH unterschreitet. Dies könnte um so bedenkenloser und vollständiger geschehen, je besser im übrigen, insbesondere auf der Kostenseite, die Voraussetzungen für eine Stabilisierung geworden sind.

337. Wie erwähnt wäre die wichtigste Unterstützung für einen solchen Weg der Stabilisierungspolitik eine **Lohnpolitik,** die sich alsbald darauf einstellte, daß Umverteilungserfolge im konjunkturellen Abschwung und Zunahme der Arbeitslosigkeit eng verbunden sind und daß daher im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt keine Erhöhung der realen Bruttostundenlöhne angestrebt werden sollte, die über die Zunahme des Realeinkommens der Volkswirtschaft (je Erwerbstätigenstunde) hinausgeht. In diesem Falle brauchte wegen einer vergleichweisen höheren Beschäftigung und verminderter Preissteigerungen an der Summe der Reallöhne keineswegs das verloren zu gehen, was beim nominalen Lohnsatz — vergleicht man mit dem Ergebnis einer aggressiven Tarifpolitik — eingebüßt würde.

Den gesamtwirtschaftlichen Produktivitätszuwachs setzen wir unter den Bedingungen einer solchen Lohnentwicklung mit gut 4½ vH an, geringfügig höher als unter den Bedingungen unserer Status-quo-Prognose, da die durchschnittliche Kapazitätsauslastung in der Wirtschaft günstiger wäre. Von den Preisen im Außenhandel her wird es 1974 vermutlich keine so große Schmälerung des Realeinkommenszuwachses geben wie 1973, aber auch nicht wieder einen zusätzlichen Spielraum, wie er etwa für die Jahre 1970 bis 1972 kennzeichnend war und zeitweise sogar stark zu Buche schlug (Ziffer 123). Gering wird diesmal auch die zusätzliche Belastung der Unternehmen mit vermehrten Zahlungen an die Sozialversicherungsträger sein. Die Reallöhne (brutto) könnten demnach im Durchschnitt des Jahres 1974 um 4 bis 4½ vH über dem Niveau des Jahres 1973 liegen.

Berücksichtigt man für die Nominallöhne die kurzfristig für unvermeidlich zu haltenden Preissteigerungen, so erhöht sich diese Rate auf 9½ bis 10 vH. Sie gälte für das Niveau der effektiven Stundenlöhne im Jahresdurchschnitt 1974 (einschließlich der Nebenleistungen wie Urlaubsgeld etc.). Es würde erreicht, wenn die Effektivlöhne — nimmt man an, daß sie im gleichen Rhythmus, wenn auch nicht im gleichen Ausmaß wie die Tariflöhne angehoben werden — im Jahresverlauf um durchschnittlich 9 vH steigen. Für die Steigerungsrate der Tariflohnsätze wäre ein Abschlag nötig, wenn, wie üblich, mit einer positiven Lohndrift zu rechnen ist. Sicher ist dies allerdings nicht. Die Tarifpartner werden vermutlich versuchen, einen Teil der unkontrollierten Lohnanpassungen des Jahres 1973 tariflich einzufangen, ohne daß es in entsprechendem Umfange zu einer zusätzlichen Erhöhung der Effektivverdienste kommt. Andere Faktoren wirken jedoch in die Gegenrichtung, so insbesondere die lohnsteigernden Einflüsse neuer Rahmentarifverträge.

338. Falls sich zeigen sollte, daß es weniger der Streit um die anzustrebende Erhöhung der Reallöhne ist, der die anstehenden Tarifverhandlungen belastet, sondern vor allem die Unsicherheit über die weitere Entwicklung des Preisniveaus, so wäre es prüfenswert, ob nicht Lohnverträge, die eine bedingte Nachverhandlungsklausel enthalten, vorzuziehen sind gegenüber Abschlüssen, die von vornherein entweder auf eine erneute Teuerungswelle oder aber auf erhebliche Arbeitslosigkeit hinauslaufen. Nachverhandlungsklauseln sollten allerdings in jedem Falle der Erwartung Rechnung tragen, daß eine Beruhigung des Preisauftriebs im Jahre 1974 zwar wahrscheinlich ist, sich aber vermutlich erst in der zweiten Jahreshälfte durchsetzen wird.

Der Sachverständigenrat hat Anpassungsvorbehalte in Lohnverträgen auch schon in früheren Gutachten zur Diskussion gestellt, wenn es zu vermeiden galt, daß die Tarifpolitik von der Erwartung zunehmenden statt abnehmenden Geldwertschwunds bestimmt wird. Dies heißt nicht, daß etwa der allgemeine Übergang zu Lohngleitklauseln in Tarifverträgen, durch welche die Anpassung der Löhne an die Preisentwicklung automatisiert würde, keine prinzipiellen Bedenken gegen sich hätte.

339. *Bei automatisierter Anpassung der Löhne an die Preisentwicklung werden in den Tarifverträgen nicht mehr die Nominallöhne fest vereinbart, sondern die Reallöhne, genauer: die relativen Preise für Arbeit (Löhne im Verhältnis zu den Preisen für ein bestimmtes Güterbündel). Bewegliche Nominallöhne und feste Reallöhne statt wie bisher feste Nominallöhne und bewegliche Reallöhne, das würde ein Lohntarifvertrag mit Lohngleitklauseln beinhalten.*

Die Funktionsweise des Marktsystems beruht auf der Beweglichkeit der Preise, und zwar der relativen Preise. Sind relative Preise starr, so müssen die Mengen reagieren — hier: die Beschäftigung —, falls die Preise falsch gesetzt sind oder durch veränderte Bedingungen falsch werden, also nicht oder nicht mehr die relative Knappheit am Markt anzeigen. Auch mit Reallöhnen in Tarifverträgen kann es geschehen, daß sie falsch fixiert werden, etwa aufgrund einer Fehleinschätzung der Produktivitätsentwicklung und der Außenhandelspreise oder aufgrund einer zu aggressiven Lohnpolitik. Sie werden jedoch auch bei Tarifverträgen, in denen Nominallöhne vereinbart sind, vom Markt nicht notwendigerweise rich-

tig bestimmt. Im Konjunkturverlauf ist der häufig entstehende Lohn-Lag deshalb ein so zentrales Problem, weil in diesem Falle die jeweiligen Löhne die Veränderung der relativen Knappheit der Arbeitskraft, das gilt für den Aufschwung und für den Abschwung, nicht geltend machen, vielmehr, so etwa im Aufschwung, die Arbeitskraft gerade dann billig werden lassen (sinkende Reallöhne wegen konjunkturell steigender Preise), wenn sie besonders knapp ist. Lohngleitklauseln würden das Problem, dieses für sich genommen, wesentlich mildern.

340. *Können sowohl vertraglich fixierte Reallöhne als auch jene Reallöhne, die sich aus vertraglich fixierten Nominallöhnen entsprechend der Veränderung des Preisindex für die Lebenshaltung ergeben, falsch sein, so sind die Grundfragen: Bei welchem Verfahren ist die Wahrscheinlichkeit des Fehlers größer? Und wie sind die Folgen eines Fehlers zu beurteilen?*

Man darf vielleicht vermuten, daß der tariflich vereinbarte Reallohn, obwohl fixiert (im Konjunkturverlauf: weil fixiert), weniger häufig grob falsch ist, also zumeist näher an den richtigen Knappheitspreis herangebracht werden kann als der tarifliche Nominallohn. Hier wäre dann der Tarif mit Lohngleitklauseln den herkömmlichen Verträgen überlegen. Umgekehrt verhält es sich möglicherweise bei den Folgen eines Fehlers. Stabilitätspolitisch bedeutsam ist vor allem der Fehler, daß zu hohe Reallöhne gelten. Ist ein tariflich bestimmtes Nominallohnniveau bei gegebenem Preisniveau zu hoch, so kann im Prinzip eine einmalige Anpassung des Preisniveaus bewirken, daß es richtig wird (üblicherweise bleibt es dabei allerdings nicht; Ziffer 341). Wird dies verhindert, so gibt es die Mengenreaktion im Beschäftigungsstand. Ist ein tariflich fixiertes Reallohnniveau zu hoch, so schafft eine Anpassung des Preisniveaus keine Abhilfe, da ja die Löhne wegen der Gleitklausel den Preisen unmittelbar folgen. Es bleibt also nur die Möglichkeit einer Mengenreaktion im Beschäftigungsstand — oder der fortgesetzte, aber erfolglose Versuch der Unternehmen, es doch mit einer Erhöhung der Preise zu versuchen, mit der Folge einer fortgesetzten Beschleunigung der Inflation, falls die monetäre Politik diesen Prozeß zuläßt, indem sie ihn finanziert. Hilfreich ist zwar die größere Flexibilität der Effektivlöhne (Lohndrift) sowie die Pufferfunktion der Gewinne, mit denen Fehler des starren Reallohns aufgefangen werden können. Doch es gäbe das ganze Problem der Mindestlohnarbeitslosigkeit nicht, wenn darin allein die Lösung läge.

Nur wenn man bereit ist, den Tarifparteien das Beschäftigungsrisiko als Haftungsfolge ihrer Entscheidungen voll zuzuweisen, und nur wenn die monetäre Politik in der Lage ist — von ihrem außenwirtschaftlichen Spielraum und von der Stellung her, die sie im Prozeß der wirtschaftspolitischen Willensbildung hat —, diese Zuweisung von Verantwortung effektiv zu machen, indem sie solche inflatorischen Überwälzungsversuche von vornherein unmöglich macht, kann man die allgemeine Indexierung des Lohnniveaus unbedenklich finden.

341. *Das inflatorische Sich-Treiben von Löhnen und Preisen im Verteilungskampf der Gruppen gibt es natürlich auch unter den gegenwärtigen Bedingungen, wenn die monetäre Expansion nicht streng kontrolliert wird. Ein wichtiger Unterschied liegt jedoch darin, daß der Prozeß bei Gleitklauseln gleichsam stufenlos abläuft, daß es keine Stillhaltephasen gibt (die Zeit zwischen den großen Lohnrunden), in denen die Wirtschaftspolitik versuchen kann, die Bedingungen zu ändern, unter denen die Beteiligten handeln. Nur wenn die schleichende Inflation und die monetäre Expansion, mit der sie finanziert wird, allein Ausdruck eines wirtschaftspolitischen Kunstfehlers wäre und nicht auch Ausdruck des Verteilungskampfes der Gruppen, an dem sich durch Gleitklauseln nichts änderte, wäre dies anders.*

342. *In einer Situation wie der gegenwärtigen mögen die Unternehmer das Risiko, einen „falschen" — zu hohen Reallohn zu vereinbaren, geringer schätzen als die Vereinbarung zu hoher Nominallöhne bei fortgesetzter Restriktionspolitik. Auch die Wirtschaftspolitik könnte sich von Anpassungsklauseln Hilfe immer dann erhoffen, wenn — was wir gegenwärtig für möglich halten (Ziffer 226) — die Wahrscheinlichkeit überwiegt, daß insbesondere ein Nominallohnkontrakt das überzieht, was der Markt hergibt, falls die Restriktionspolitik konsequent bleibt, dies aber von den Tarifparteien nicht klar genug übersehen wird. Falsche Lohnsätze aus bloßem Irrtum, das wäre besonders fatal. Ist der Irrtum jedoch erst einmal in den Verträgen, so wird das Durchhaltevermögen der Stabilitätspolitik arg strapaziert; denn nun muß entschieden werden, ob der Irrtum sich im Druck auf die Beschäftigung auswirken soll oder ob der Staat den Restriktionskurs kassiert und den Kurs der Tarifparteien sanktioniert.*

All dies schließt nicht aus, daß es in der gegenwärtigen Situation nützlich sein könnte, Lohnanpassungen in Tarifverträgen vorzusehen. Zwischen Nachverhandlungsklauseln auf der einen und voller Indexautomatik auf der anderen Seite sind Zwischenlösungen denkbar. Daß die Tarifpartner, ließe man ihnen die Wahl, alle für volle Indexautomatik votierten, ist derzeit in der Bundesrepublik wenig wahrscheinlich. Der Schritt, die Wahl freizustellen, sollte trotzdem wohl überlegt sein.

343. Ginge die Lohnpolitik im großen und ganzen den unter Ziffer 337 gekennzeichneten Weg, so könnte der restriktive Kurs der Wirtschaftspolitik vermutlich schon bald gelockert werden. Dies bliebe jedoch abzuwarten.

344. Was die **monetäre Politik** anlangt, so sollte die Bundesbank den Versuch einer möglichst direkten Kontrolle der Entstehung von Zentralbankgeld fortsetzen, gegebenenfalls unterstützt durch eine Mindestreservepolitik, die außenwirtschaftlich bestimmte unerwünschte Veränderungen in der Geldbasis durch entsprechende Veränderungen des Zentralbankgeldbedarfs der Banken kompensiert (Ziffern 170 ff.). Die Politik wäre im Prinzip angelegt auf eine stetige Expansion der (bereinigten) Zentralbankgeldmenge, und zwar derart, daß im ganzen eine monetäre Expansion zugelassen oder auch gefördert wird, die auf den Finanzierungsbedarf bei einer Expansion der gesamtwirtschaftlichen Ausgaben um rund 9 vH abgestimmt ist. Sollte sich bei einem solchermaßen ausgerichteten Kurs der monetären Politik als Reflex einer verminderten Ausgabenneigung der Wirtschaft schon bald eine Senkung des Zinsniveaus ergeben, so wäre dies zuzulassen — und nicht als Kurswechsel zu interpretieren. In einem solchen Falle die Zinsen hoch zu halten und zugleich die monetäre Expansion weiter abzuschwächen, hieße der Rezession den Weg bereiten. Den Spielraum für eine konsequente Steuerung der (bereinigten) Zentralbankgeldmenge braucht man für die nächste Zukunft nicht pessimistisch einzuschätzen.

Bleibt es bei der Befestigung des Dollarkurses, so könnte die Bundesbank versuchen, einen Teil der 1973 hereingenommenen Dollar wieder abzugeben,

also D-Mark an sich zu ziehen. Sich einer vom Markt kommenden Abwertungstendenz für die D-Mark entgegenzustellen, wäre im Hinblick auf die Bedingungen für den Außenhandel unbedenklich, solange die Erwartungen weiterhin auf unerwünscht hohe außenwirtschaftliche Überschüsse gehen. Kontraktiv auf die Geldbasis wird in jedem Falle wirken, daß zunehmend Steuereinnahmen aus den konjunkturpolitischen Sonderregelungen bei der Bundesbank stillzulegen sind.

Von daher gesehen könnte die Bundesbank schon bald Anlaß haben, zur Kompensation solcher Vorgänge aus anderen Quellen Zentralbankgeld zur Verfügung zu stellen sowie in der Mindestreserve gebundene Mittel freizugeben. Hinzu käme der Bedarf an einer stetigen Zunahme der (bereinigten) Zentralbankgeldmenge.

Maßnahmen, die die Bundesbank aus diesen Gründen ergriffe, wären nicht als expansives Handeln zu interpretieren — so wenig wie zuvor die bloße Abschöpfung von Mitteln, die aus dem Ausland zugeflossen waren, schon eine Verschärfung ihres Kurses darstellten.

345. Die Steuerung der (bereinigten) Zentralbankgeldmenge berücksichtigt, daß die Privaten eine unerwünscht starke Ausgabenexpansion auch bei knapper Geldversorgung finanzieren können. Eine solche Rationalisierung in der Kassenhaltung schlägt sich dann in einer entsprechend erhöhten Umlaufgeschwindigkeit des Geldes nieder. Nun ist diese Größe in den vergangenen Monaten schon sehr stark gestiegen, so daß von der Rationalisierung der Kassenhaltung her große Reserven hier möglicherweise nicht mehr liegen. Immerhin: Eine weitere Erhöhung der Umlaufgeschwindigkeit kostet zwar auch freies Zentralbankgeld, weil dabei die Menge der Kreditbeziehungen zuzunehmen pflegt und daraus mindestreservepflichtige Einlagen entstehen (Ziffern 184 f.). Sie kostet jedoch weniger als eine Erhöhung der Geldmenge bei unveränderter Neigung zur Kassenhaltung.

Nur wenig zusätzliches Zentralbankgeld bei Aufrechterhaltung der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes kostet selbst eine Erhöhung der Geldmenge dann, wenn — und dies ist ein weiteres Moment der Elastizität — die Nichtbanken Geldkapital auflösen, also etwa Termineinlagen in Sichteinlagen umwandeln. Die Einleger werden auf diese Reserven zurückgreifen, wenn sie Zahlungen zu leisten haben, die zu vermeiden oder aufzuschieben noch teurer käme als der Verzicht auf den Zinsgewinn. Es wäre darin also keine Erhöhung der Neigung zur Kassenhaltung zu sehen, sondern ein erhöhter Kassenbedarf bei steigenden Ausgaben. Gerade die ganz kurzfristigen Termineinlagen, die weitgehend als Liquiditätsreserve der Unternehmen anzusehen sind und die Quasigeld genannt werden, weil sie sehr leicht verfügbar gemacht werden können, haben noch einen so hohen Stand, daß die Bundesbank vorerst keinen Anlaß hat zu der Besorgnis, die gegenwärtige Geldversorgung (einschließlich Quasigeld) möchte vielleicht schon unzureichend sein für eine Ausgabenexpansion der anzustrebenden Größenordnung. Die Umwandlung von Termineinlagen in Sichteinlagen erhöht zwar für die Banken das Mindestreservesoll, da für jene höhere Reservesätze gelten als für diese, doch kann hier mit verhältnismäßig wenig zusätzlichem Zentralbankgeld eine erhebliche Zunahme des Geldvolumens bewerkstelligt werden.

Sind die Aussichten für eine Stabilisierung besser geworden, so dürfte die Bundesbank darauf setzen, daß sich die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes bald normalisieren würde. Sie könnte dann ihren derzeitigen Kurs in dem Sinne lockern, daß sie allmählich soviel zusätzliches Zentralbankgeld schafft beziehungsweise freigibt, wie es einer stetigen monetären Expansion bei normaler Kassenhaltung der Unternehmen und Haushalte entspricht.

346. Der Beitrag der **Finanzpolitik** zum Fortgang der Stabilisierungspolitik sollte darin bestehen, daß die Expansion der öffentlichen Ausgaben, berücksichtigt man die Entwicklung der volkswirtschaftlichen Steuerquote auf der Basis der dauerhaften Steuereinnahmen, auf ein konjunkturneutrales Maß begrenzt wird. Darüber hinaus sollten lediglich im Bereich der öffentlichen Investitionen durch entsprechende Auftragsvergabe expansive Maßnahmen zugelassen werden, die, indem sie die Baukonjunktur stützen, den im übrigen fortzusetzenden restriktiven Kurs der Wirtschaftspolitik gegenüber die Gefahr einer sektoralen Überreaktion abschirmen. Das heißt zugleich, daß die konjunkturpolitischen Sonderregelungen auf der Steuerseite vorläufig beibehalten werden, und es heißt selbstverständlich auch, daß die Entzugswirkungen dieser Steuern nicht etwa als Rechtfertigung zusätzlicher Ausgaben angesehen werden. Faßt man die öffentliche Haushaltswirtschaft im engeren Sinne und die konjunkturpolitischen Sonderregelungen hinsichtlich ihrer konjunkturellen Wirkungen auf die Gesamtwirtschaft zusammen, so halten wir also eine kontinuierliche Fortsetzung des seit Mai 1973 gesteuerten Kurses der Finanzpolitik für derzeit noch konjunkturgerecht.

347. Läßt man die Entzugswirkungen der konjunkturpolitischen Einnahmeregelungen außer Betracht, so erscheint für das Jahr 1974 ein Ausgabenvolumen der öffentlichen Haushalte von 313 Mrd. DM als konjunkturneutral. Das sind 10 vH mehr als die voraussichtlichen Ist-Ausgaben des Vorjahres (Tabelle 28).

Dabei gehen wir davon aus, daß das Produktionspotential der Volkswirtschaft um gut 4 vH wächst, daß die volkswirtschaftliche Steuerquote auf der Basis der dauerhaften Steuereinnahmen noch einmal leicht zunimmt und daß ein Anstieg des gesamtwirtschaftlichen Preisniveaus um 5 vH, gemessen am Preisindex des Bruttosozialprodukts, als unvermeidlich anzusehen und daher auch in den Ansätzen für einen konjunkturneutralen öffentlichen Haushalt zu berücksichtigen ist.

348. *Angesichts der Ausführungen unter Ziffer 335 mag es überraschen, daß wir in den Rechnungen zu der Frage nach einem konjunkturneutralen Haushaltsvolumen für das Jahr 1974 einen Anstieg des gesamtwirtschaftlichen*

Tabelle 28

Die Haushalte der Gebietskörperschaften 1974 [1])

	Einheit	1973	1974
Staatsausgaben bei gleicher Staatsquote wie im Basisjahr 1966 (3)	Mrd. DM	268,2	299,0
Steuereinnahmen bei gleicher Steuerquote wie im Basisjahr 1966 (5)	Mrd. DM	213,6	234,7
Tatsächliche Steuereinnahmen (6)	Mrd. DM	228,0	258,0
abzüglich konjunkturpolitischer Sondersteuern (6 a)	Mrd. DM	225,9	249,0
Mehreinnahmen aufgrund erhöhter Steuerquote (7)	Mrd. DM	+14,4	+23,3
abzüglich konjunkturpolitischer Sondersteuern (7 a)	Mrd. DM	+12,3	+14,3
Konjunkturneutrales Haushaltsvolumen (8)	Mrd. DM	282,6	322,3
Konjunkturneutrales Haushaltsvolumen im engeren Sinne (8 a)	Mrd. DM	280,5	313,3
Tatsächliche Staatsausgaben (9)	Mrd. DM	285,0	317,0
Konjunktureller Effekt (10)	Mrd. DM	+ 2,4	− 5,3
Konjunktureller Effekt des Haushalts im engeren Sinne (10 a)	Mrd. DM	+ 4,5	+ 3,7
Ex post: Abweichungen der realisierten Staatsquote von der konjunkturneutralen entsprechen (11)	Mrd. DM	− 3,1	−12,6
Veränderung des konjunkturellen Effektes gegenüber dem jeweiligen Vorjahr (12)	Mrd. DM	−10,3	− 7,7
Zum Vorjahresvergleich			
Steigerungsrate			
(a) der tatsächlichen Staatsausgaben gegenüber dem jeweiligen Vorjahr	vH	*+12,5*	*+11,2*
(b) des konjunkturneutralen Haushaltsvolumens gegenüber den tatsächlichen Staatsausgaben im jeweiligen Vorjahr	vH	*+11,6*	*+13,1*
(bb) des konjunkturneutralen Haushaltsvolumens im engeren Sinne gegenüber den tatsächlichen Staatsausgaben im jeweiligen Vorjahr	vH	*+10,7*	*+ 9,9*
Bestimmungsfaktoren von (b) bzw. (bb)			
(c) Wachstumsrate des Produktionspotentials in Preisen von 1962	vH	*+ 4,5*	*+ 4,1*
(d) „Konjunkturneutrale" Erhöhung des Preisniveaus des Bruttosozialprodukts	vH	*+ 4,0*	*+ 5,0*
(e) Veränderung des Ausgabenspielraumes durch Abweichung der Steuerquote von der des jeweiligen Vorjahres	vH	*+ 5,3*	*+ 2,7*
(ee) Veränderung des Ausgabenspielraumes durch Abweichung der Steuerquote im engeren Sinne von der des jeweiligen Vorjahres	vH	*+ 1,9*	*+ 0,3*
(f) Basiskorrektur: Veränderung des Ausgabenspielraumes durch Abweichung der realisierten Staatsquote von der konjunkturneutralen im jeweiligen Vorjahr	vH	*− 2,3*	*+ 1,1*
(ff) Basiskorrektur: Veränderung des Ausgabenspielraumes durch Abweichung der realisierten Staatsquote von der konjunkturneutralen im engeren Sinne im jeweiligen Vorjahr	vH	*+ 0,1*	*+ 0,3*
Volkswirtschaftliche Steuerquote (13)	vH	*24,5*	*25,3*
Volkswirtschaftliche Steuerquote im engeren Sinne (13 a)	vH	*24,3*	*24,4*
Konjunkturneutrale Staatsquote (14)	vH	*30,1*	*30,8*
Konjunkturneutrale Staatsquote im engeren Sinne (14 a)	vH	*29,9*	*30,0*
Beanspruchte Staatsquote (15)	vH	*30,4*	*30,3*
Realisierte Staatsquote (17)	vH	*29,8*	*29,7*

[1]) Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, Öffa, Europäische Gemeinschaften, Länder, Gemeinden (Gv.). Eigene Schätzung. Die in Klammern eingefügten Zahlen weisen auf das Berechnungsverfahren in Tabelle 22 hin.

Preisniveaus von nur 5 vH ansetzen. Wie in den vergangenen Jahren halten wir jedoch für dringlich, daß der Staat bei der Antizipation unvermeidlicher Preissteigerungen wegen seiner besonderen stabilitätspolitischen Verantwortung das Vorsichtsmotiv gegen sich gelten lassen muß. Das Maß an Preissteigerungen, das sich nur bei Hinnahme eines unvertretbar starken Rückgangs der Beschäftigung noch unterschreiten läßt, kann man nicht genau schätzen.

349. Die Bezugsbasis für eine konjunkturneutrale Expansion des Haushaltsvolumens ist das geschätzte Haushalts-Ist für das Jahr 1973 in Höhe von 285 Mrd. DM. Es besteht Anlaß, darauf hinzuweisen, daß das Haushaltsvolumen 1974, das man konjunkturneutral nennen kann — 313 Mrd. DM —, nicht etwa größer oder kleiner wird, wenn sich zeigen sollte, daß die Abschlußrechnungen für 1973 einen anderen Betrag als den hier geschätzten ausweisen. In diesem Falle ist dann die konjunkturneutrale Zuwachsrate entsprechend kleiner beziehungsweise größer. Zuwachsraten besagen überhaupt nichts, wenn nicht der Basiswert im Bilde ist.

Ähnliche Warntafeln sind neben dem Finanzierungssaldo der öffentlichen Haushalte für das Jahr 1974 aufzurichten. An anderer Stelle dieses Gutachtens und besonders ausführlich im letzten Jahresgutachten haben wir dargelegt, warum die Größe unbereinigt allenfalls zufällig Kunde von den konjunkturellen Wirkungen der öffentlichen Haushalte geben kann. Falls die konjunkturelle Entwicklung ungünstiger verläuft als angenommen und erwartete Steuereinnahmen dann ausbleiben, würde das Finanzierungsdefizit rasch steigen, ohne daß dies doch als expansive Politik interpretiert werden dürfte.

350. In unserer Status-quo-Prognose haben wir aufgrund vorläufiger Informationen über die Haushaltsplanungen geschätzt, daß die Gebietskörperschaften 317 Mrd. DM auszugeben vorhaben, 11 vH mehr als 1973 und 4 Mrd. DM mehr als konjunkturneutral wäre. In diesem Umfang wären also die Ausgabenpläne zu kürzen.

351. Sollen durch vermehrte öffentliche Bauaufträge konjunkturelle Gefahren für die Bauwirtschaft gezielt abgewehrt werden, so müßte das Haushaltsvolumen von 313 Mrd. DM dennoch kaum überschritten werden. Wir nehmen an, daß zusätzliche Aufträge schon bald vergeben werden können, da die Gebietskörperschaften durch Vertagung von Investitionen im Jahre 1973 über Reserven an vergabereifen Vorhaben verfügen dürften; doch führen solche Aufträge erst mit Verzögerung zu entsprechenden Ausgaben. Es müßte also genügen, in den Haushaltsplänen vorzusehen, daß Ausgabeverpflichtungen zu Lasten künftiger Rechnungsjahre eingegangen werden dürfen (Verpflichtungsermächtigungen), um den gewünschten Effekt zugunsten der Bauwirtschaft zu erzielen.

Aus diesen Gründen wäre also eine konjunkturgerechte Haushaltspolitik trotz expansiver Impulse zugunsten der Bauwirtschaft durch ein Ausgabevolumen von kaum mehr als 313 Mrd. DM gekennzeichnet.

In unserer Ausgabenschätzung für 1974 (317 Mrd. DM) haben wir Personalausgaben berücksichtigt, wie sie zu der Lohnentwicklung passen würden, die in unsere Status-quo-Prognose eingegangen ist. Bei einer stabilisierungskonformen Lohnentwicklung würde der Staat mit rund 2 Mrd. DM weniger Ausgaben im Personalbereich auskommen. Dies muß man im Bilde haben, wenn man fragt, ob eine Kürzung der erkennbaren Ausgabenpläne um 3 bis 4 Mrd. DM realistisch erscheint.

Unterbleiben alle Kürzungen, so müßte sich erneut die Politik der monetären und steuerlichen Restriktion nicht nur darauf richten, die stabilitätspolitisch erwünschte Dämpfung der privaten Nachfrage zu besorgen, sondern darüber hinaus, was eigentlich nicht Aufgabe der Konjunkturpolitik ist, private Nachfrage auch deshalb zurückdrängen, weil zugleich der Staat selbst in seinen Ausgaben zu expansiv ist.

352. In seiner Sitzung vom 5. November hat der Finanzplanungsrat erneut eine Schuldendeckel-Verordnung gemäß § 19 des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes empfohlen. Danach sollen die Gebietskörperschaften 1974 nicht mehr als 14,2 Mrd. DM Kredite aufnehmen, der Bund höchstens 4,3 Mrd. DM, die Länder zusammen höchstens 4,3 Mrd. DM, die Gemeinden höchstens 5,6 Mrd. DM. Dadurch soll die Expansion der öffentlichen Ausgaben begrenzt werden, auf wieviel ist unbekannt. Zum einen sind die Schätzungen über die laufenden Einnahmen des Staates unsicher, schon der konjunkturellen Risiken wegen, zum anderen ist unklar, mit welchen Kassenreserven die Gebietskörperschaften in das Jahr 1974 hineingehen werden. Sie können diese Reserven großenteils noch selbst bestimmen, indem sie die Möglichkeit nutzen, den verbliebenen Verschuldungsspielraum des Jahres 1973 vor der Jahreswende doch noch auszuschöpfen, gegebenenfalls allerdings um den Preis hoher Zinskosten. Nach unseren Schätzungen über die Steuereinnahmen, die unter den Einnahmeerwartungen liegen, auf denen die Haushaltsplanungen beruhen, würde die geplante Schuldendeckel-Verordnung tatsächlich eine Beengung für die Ausgabenwünsche von Bund, Ländern und Gemeinden mit sich bringen.

353. Auf der Einnahmenseite der öffentlichen Haushalte sind steuerliche Maßnahmen für 1974 nicht geplant. Die Regierung will dem Drängen nicht nachgeben, die für 1975 vorgesehene Reform der Einkommensteuer insoweit vorzuziehen, als mit dem neuen Tarif die inflatorische Entwertung der sozialen Komponenten des alten Tarifs ausgeglichen werden soll. Aus stabilitätspolitischen Gründen ist eine steuerliche Förderung der privaten Konsumausgaben unerwünscht. Da es nicht allein darum geht, die Erhöhung der Steuerlast zu beseitigen, die sich aus der inflationsbedingten Verschärfung der Steuerprogression eines einzigen Jahres ergibt, sondern um einen Ausgleich für die sich seit Jahren kumulierenden Wirkungen dieser Art, also um eine beträchtliche Steuersenkung, muß wohl gewartet werden, bis die stabilisierungspolitische Situation dies vertretbarer erscheinen läßt als jetzt. Der Sachverständigenrat hat die Vertreter der Gewerkschaften und der Arbeitgeberverbände auch zu der

Frage gehört, ob ein Vorziehen der für 1975 geplanten steuerlichen Erleichterungen die Aussichten für stabilisierungskonforme Lohnvereinbarungen wesentlich verbessern würde. Das scheint nicht der Fall zu sein.

354. Sobald es angezeigt ist, die Restriktionspolitik allmählich zu lockern, stellt sich die Frage, ob hierbei die monetäre Politik oder die Steuerpolitik voranzugehen hätte. Mehrere Gründe sprechen dafür, zunächst die monetären Bedingungen zu normalisieren:

— Die monetäre Politik ist flexibler. Läßt man außer Betracht, die konjunkturpolitischen Sondersteuern etwa in Stufen abzubauen, weil sich dies schon aus finanztechnischen Gründen verbietet, so muß die Finanzpolitik abwarten, bis ein größerer Schritt nötig wird.

— Wie erwähnt, ist die Investitionsteuer ein Element der Restriktion, das gleichsam ein Zinserhöhungsäquivalent darstellt (Ziffer 213). Wichtig ist dabei, daß sie an der Geldverwendung, hier der Investition, nicht an der Geldbeschaffung, der Kreditgewährung etwa, ansetzt. Dies bringt den Vorteil mit sich, daß der außenwirtschaftliche Spielraum der Restriktionspolitik geschont wird, was ins Gewicht fällt, solange hier noch Risiken liegen.

— Eine vorzeitige Aufhebung der Stabilitätsabgabe zur Einkommen- und Körperschaftsteuer scheidet vermutlich schon aus Gründen der sozialen Symmetrie aus, weil es Rücksichten auf die stabilisierungspolitischen Erfordernisse sind, um derentwillen auch eine vorgezogene Teilreform der Einkommensteuer, mit der die unteren und mittleren Einkommen entlastet würden, unterbleiben soll.

355. Eine wichtige Hilfe für den Stabilisierungsprozeß wäre es, wenn die **Agrarpolitik** gegen einen unverminderten Anstieg der Nahrungsmittelpreise dadurch etwas tun könnte, daß sie sich bei den landwirtschaftlichen Erzeugerpreisen, soweit diese nicht allein vom Markt bestimmt sind, sondern auf administrativen Entscheidungen beruhen, einer erneuten Anhebung des Niveaus entschlossen widersetzt.

356. Es muß damit gerechnet werden, daß der Ministerrat der Europäischen Gemeinschaften für das Jahr 1974 wiederum Beschlüsse faßt, die auf eine Erhöhung der Mindestpreise für wichtige Agrarerzeugnisse hinauslaufen. Viele Mindestpreise sind zwar derzeit wegen der Verteuerung der Nahrungsmittel in der ganzen Welt unterhalb der Marktpreise. Doch auch 1973 hat der Europäische Ministerrat durch seine Beschlüsse noch eine zusätzliche Verteuerung zustande gebracht. Das Niveau der Agrarpreise dürfte den deutschen Landwirten gegenwärtig so gute Einkommenschancen gewähren, daß deren Anpassungsfähigkeit kaum überfordert sein dürfte, wenn dieses Niveau, sieht man von jahreszeitlich bedingten Bewegungen ab, vorläufig nicht wesentlich stiege. Dies könnte bewirkt werden, indem die Bundesrepublik den Grenzausgleich im Außenhandel mit Agrarerzeugnissen abzubauen beginnt. Dieser Abbau ist vertagt worden mit Gründen, die mit dem Ursprung des Grenzausgleichs sachlich nichts zu tun haben.

357. Durch den Grenzausgleich wird verhindert, daß Wechselkursänderungen auf die Agrarpreise durchschlagen. Anders als allen anderen Wirtschaftszweigen wird den Landwirten also nicht zugemutet, sich den veränderten Wettbewerbsbedingungen, welche die Höherbewertung der D-Mark mit sich gebracht hat, zu stellen. Gemeint war allerdings nur eine Anpassungserleichterung, nicht ein dauerhaft gespaltener Wechselkurs — hierauf läuft die Regelung hinaus — zugunsten der Landwirtschaft. Gehört es also zum Wesen des Grenzausgleichs, daß er schrittweise abgebaut wird, so sollte auch die Agrarpolitik nicht davon ausgehen, daß es die beste Fürsorge für die deutsche Landwirtschaft ist, wenn die unvermeidliche Anpassungsaufgabe möglichst lange von ihr fern gehalten wird. Hier setzt eine Gewöhnung an verzerrte Preisrelationen ein, die es immer schwerer machen wird, den Weg zurück zu finden. Wohlgemerkt: Derzeit ist nicht etwa nur der Anpassungsprozeß ausgesetzt, nein, es läuft umgekehrt ein Prozeß der Anpassung an zu günstig gesetzte Bedingungen.

358. Auf günstigere Umstände für einen Beginn des Abbaus der Ausgleichssätze wird man vermutlich vergeblich warten. Hohe Weltmarktpreise als Außenschutz sowie eine entschlossene Stabilisierungspolitik im Innern, das sind Bedingungen, unter denen die Agrarpreispolitik wohl nicht vollständig abseits stehen kann. Von ihr einen Beitrag erwarten, hieße gegenwärtig nicht, Stabilisierungspolitik auf dem Rücken der Landwirte fordern.

359. Die **Wettbewerbspolitik** hat durch die Novellierung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen erheblich an Potenz gewonnen. Mit der Novelle zum Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen, die im August dieses Jahres in Kraft trat, haben die zuständigen Instanzen, insbesondere das Bundeskartellamt, Instrumente zur Verfügung — neue sowohl als auch alte, die geschärft wurden —, mit denen dem weiter fortschreitenden Konzentrationsprozeß entgegengetreten und der Mißbrauch bereits vorhandener wirtschaftlicher Macht besser kontrolliert werden soll. Im Rahmen der neu eingeführten Fusionskontrolle wird nach bestimmten Kriterien der Zusammenschluß von Unternehmen mit Umsätzen in der Größenordnung von einer halben Milliarde DM und mehr (oder mit mehr als 10 000 Beschäftigten) untersagt. Die Mißbrauchsaufsicht über marktbeherrschende Unternehmen wurde erheblich ausgedehnt, nachdem ihr Spielraum nach dem zuvor geltenden Recht durch die Rechtsprechung der Gerichte wesentlich eingeschränkt worden war. Die Bedenken, die gegen die Verwendung unscharfer Kriterien bei der Beurteilung von wirtschaftlicher Macht, insbesondere das Kriterium des Marktanteils, und gegen die schwer faßbare Bedingung, bei Fusionen müßten die Nachteile der Marktbe-

herrschung die Verbesserungen der Wettbewerbsvoraussetzungen überwiegen, vorgebracht werden können (JG 71 Ziffern 395 ff.), haben nur zu einem geringen Teil im verabschiedeten Text des Gesetzes Berücksichtigung gefunden. Ob die Befürchtungen, die an die Verwendung der Kriterien und Bedingungen geknüpft wurden, zu Recht bestehen, bleibt abzuwarten. Jetzt gilt es, daß Gesetz durch seine Anwendung vor den Gerichten dem Test der Brauchbarkeit im Hinblick auf die mit ihm verfolgten Ziele zu unterwerfen, damit festgestellt werden kann, ob das Gesetz seine Bewährungsprobe, wenn nicht in allen, so doch in den entscheidenden Fällen, besteht.

Eine konsequente Anwendung der Mißbrauchsaufsicht über marktbeherrschende Unternehmen — freilich auch des Fusionsverbots, damit nicht mehr und mehr solcher Unternehmen entstehen — ist vor allem deshalb besonders dringlich, weil sich in jüngster Zeit die Stimmen häufen, es bedürfe der Preiskontrollen und der Preisüberwachung, wolle man den steigenden Preisen in einer vermachteten Wirtschaft Einhalt gebieten. Wir sind der Ansicht, daß Preiskontrollen nicht im entferntesten zu leisten vermögen, was ein funktionsfähiger Wettbewerb bewirkt; schon gar nicht können sie eine Wirtschaftspolitik ersetzen, die bei der Stabilisierung des Preisniveaus versagt. Wirtschaftliche Macht von Anbietern und Nachfragern mag zwar die Globalsteuerung erschweren, weil sie möglicherweise dazu beiträgt, daß im Falle der Konjunkturdämpfung früher und stärker mit einer Rücknahme der Produktionsmengen (und so auch der Beschäftigung) als mit Preissenkungen reagiert wird und im Falle der Konjunkturbelebung umgekehrt. Mit allgemeinen Preiskontrollen würde diesem Phänomen aber kaum beizukommen sein.

Auch die Möglichkeiten der zuständigen Mißbrauchsaufsicht über marktbeherrschende Unternehmen dürften hier begrenzt sein. Für die längerfristige Preisentwicklung hat eine Preisüberwachung noch ungünstigere Folgen. Sie führt wegen der Fehllenkung von Produktionsfaktoren zu Verzerrungen in der Produktionsstruktur und prämiert diejenigen, die hohe Kosten ausweisen. Damit bereitete sie die Forderung nach einer Investitionslenkung vor. Das beste Mittel, dem zu begegnen, ist deshalb nach wie vor die Verstärkung des Wettbewerbs, sei es durch das Verbot von Zusammenschlüssen, sei es durch ungehinderte Präsenz des ausländischen Angebots, das gegenwärtig aufgrund des hohen Wechselkurses der D-Mark eine besondere Chance hat. Auch daß die Preisbindung der zweiten Hand nicht mehr erlaubt ist, kann hilfreich sein; Preisempfehlungen sind allerdings immer noch zulässig. Alles, was den Wettbewerbsprozeß verbessert, sollte versucht werden, damit für die Mißbrauchsaufsicht so wenig wie möglich zu tun bleibt. Wo sie dennoch notwendig ist, sollte der neue gesetzliche Rahmen ausgeschöpft werden.

Alternativen

360. Eine Politik, die das, was 1973 um der Stabilität willen ins Werk gesetzt wurde, fortführt, muß darauf setzen, daß die Unternehmen in ihrer Preispolitik und die Tarifparteien in der Lohnpolitik den Restriktionskurs ebenfalls als gegeben nehmen, sich also bewußt sind, die Folgen von Fehlverhalten tragen zu müssen. Unserer Status-quo-Prognose liegt eine solche Strategie zugrunde. Dabei haben wir allerdings unterstellt, daß die Lohnpolitik jedenfalls zu Beginn des Jahres noch nicht zu Tarifabschlüssen findet, die kostenniveauneutral genannt werden dürfen. Die Folge wäre, daß ein hoher Kostendruck den Stabilisierungserfolg verzögerte; die Unternehmen würden stärker, als es die Wirtschaftspolitik wünschen muß, die Produktion und damit die Beschäftigung einschränken, wenngleich wir mit einem kumulativen Abschwung nicht rechnen.

361. Die Annahmen unserer Status-quo-Prognose und damit deren Ergebnisse brauchen jedoch nicht Wirklichkeit zu werden. Möglich ist, daß die Tarifparteien die Risiken, aber auch die Chancen der Stabilisierungspolitik in Rechnung stellen, und von vornherein diejenigen Lohnsätze vereinbaren, zu denen der Markt schon drängt, die er bei späteren Abschlüssen aber erzwingen wird, dann aber bei ungünstigerer Entwicklung von Beschäftigung und Verbraucherpreisen. Zudem kann erwartet werden, daß bei einer Strategie, die alle Privaten zwingen soll, ihre Ansprüche mit Besonnenheit zu vertreten, sich auch die öffentlichen Haushalte nicht weiter schonen, sondern ihre Ausgaben auf das, was konjunkturneutral ist, beschränken. Dies erreichen sie dann am ehesten, wenn sie als Arbeitgeber mit der Härte die Löhne aushandeln, die sie von den privaten Unternehmen erwarten; ein Prozentpunkt weniger beim Tarifabschluß bedeutet für sie über 1 Mrd. DM weniger Ausgaben. Tritt dies ein, so ist die Restriktionspolitik entlastet. Sie kann, ohne ihren Kurs aufzugeben, den gewonnenen Spielraum dazu nutzen, der Gefahr einer Übersteuerung zu begegnen. Die Bauwirtschaft kann wieder mit mehr öffentlichen Aufträgen versorgt werden; die Investitionsteuer kann, falls die Investitionsneigung zu erlahmen droht, aufgehoben werden.

Die monetäre Politik könnte zwar ihre Zügel leicht lockern, doch muß sie die Geldversorgung so knapp halten, daß die Produktion vorläufig langsamer zunimmt, als die Kapazitäten wachsen. Nur so werden die Bedingungen geschaffen, daß die Entlastung von der Kostenseite auch preiswirksam wird und sich nicht in erhöhten Gewinnmargen niederschlägt.

362. Aus den Ergebnissen unserer Status-quo-Prognose könnte mancher den Schluß ziehen, daß die scheinbar geringen Stabilisierungserfolge einer dann fast zweijährigen Restriktionspolitik die Mühen nicht lohne, schon gar nicht, wenn sie vielerorts zu Härten führt, deren Ausmaß die Betroffenen als unbillig und unzumutbar ansehen werden. Die Wirtschaftspolitik könnte versucht sein, um solchen Härten zu begegnen oder vorzubeugen, die Zügel zu lockern, ohne daß der Stabilisierungserfolg gewährleistet wäre. Obwohl eine solche Strategie das Ziel der Preisstabilität zugunsten der Vollbeschäftigung hintansetzt, ohne diese doch wirklich dauerhaft zu sichern, haben wir uns auch mit ihr auseinanderzusetzen, da sie, je mehr die Restriktion wirkt, desto mehr Anhänger finden dürfte. Es wäre eine Politik,

die vor dem Ziel aufgibt, die, sobald die Stabilisierungsmaßnahmen weh zu tun beginnen, die Haltung einnimmt, alles wäre nicht so ernst gemeint gewesen.

363. Wir erörtern daher außer den Ergebnissen unserer Status-quo-Prognose, die hinsichtlich der Verhaltensannahmen für die Wirtschaftspolitik und die Lohnpolitik als eine Variante unter mehreren gedacht werden kann, zwei Alternativen.

Alternative I

Für die Alternative I haben wir Bedingungen angenommen, wie sie den stabilitätspolitischen Überlegungen unter Ziffern 337 bis 359 entsprechen — im einzelnen:

— Die Lohnpolitik ist von Jahresbeginn an kostenniveauneutral unter Berücksichtigung der kurzfristig für unvermeidlich zu haltenden Preissteigerungen.

— Die Gebietskörperschaften beschränken ihre Ausgaben auf ein konjunkturneutrales Haushaltsvolumen von 313 Mrd. DM. Zugleich erteilen sie verstärkt Aufträge an die Bauwirtschaft.

— Die Investitionsteuer wird im Verlauf des Jahres aufgehoben.

— Die Bundesbank setzt unter der Bedingung einer stabilisierungskonformen Lohnpolitik und Haushaltspolitik darauf, daß die Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes sich normalisieren wird, wenn auch langsam. Sie wird daher, wenn auch nur allmählich, so viel zusätzliches Zentralbankgeld schaffen oder freigeben, wie einer stetigen monetären Expansion bei normaler Kassenhaltung der Unternehmen und Haushalte entspricht. Sie strebt dabei an, eine gesamtwirtschaftliche Ausgabenexpansion von etwa 9 vH zu alimentieren. Die Zinsen werden sinken, jedoch zunächst vor allem der verminderten Geldnachfrage, weniger schon eines vermehrten Geldangebots wegen.

— Die Bundesregierung erwirkt beim Ministerrat der Europäischen Gemeinschaften einen Beschluß, nach dem der Grenzausgleich für landwirtschaftliche Produkte um mindestens 3 vH gesenkt wird.

Alternative II

Für die Alternative II haben wir Bedingungen angenommen, die Ausdruck des Versuchs sind, den gegenwärtigen hohen Beschäftigungsstand wenn irgend möglich zu halten, ungeachtet der Frage, wie stark die Löhne und Preise dabei steigen werden — im einzelnen:

— Schon zu Jahresbeginn wird die Investitionsteuer aufgehoben und die 7b-Abschreibung wieder eingeführt.

— Die Gebietskörperschaften erteilen verstärkt Bauaufträge. Das in der Status-quo-Prognose geschätzte Haushaltsvolumen erhöht sich durch Personalkosten und preisbedingte Mehrbelastungen.

— Die monetäre Politik erweitert die Geldversorgung so, daß die Unternehmen dem Kostendruck nicht durch Einschränkungen der Produktion ausweichen müssen.

— Die Lohnabschlüsse zum Jahresbeginn gehen noch über das Maß hinaus, das der Status-quo-Prognose zugrunde liegt.

364. Um die gesamtwirtschaftliche Entwicklung, die wir unter solchen Bedingungen erwarten, mit den Ergebnissen der Status-quo-Prognose vergleichen zu können, geben wir für die wichtigsten Größen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung Schätzungen an (Tabelle 29). Gleichwohl lesen wir aus ihnen nur die Tendenzen ab. Über den Zeitpunkt, von dem an das Verhalten von Wirtschaftspolitik und Tarifparteien sich auswirkt und über das Ausmaß der Wirkungen sind sichere Urteile nicht möglich.

Tabelle 29

Daten zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung für das Jahr 1974

Veränderung gegenüber 1973 in vH [1])

	Prognose	Alternativen	
		I	II
Verwendung des Sozialprodukts			
Privater Verbrauch ..	+10	+ 9	+11½
Staatsverbrauch	+14	+12	+15½
Bruttoanlageinvestitionen	+ 7½	+ 8½	+12½
Ausrüstungen	+11½	+12	+15
Bauten	+ 4½	+ 6	+10½
Öffentliche Bauten	+ 8	+15	+11½
Ausfuhr	+10½	+10½	+ 9
Einfuhr	+10	+10	+11
Bruttosozialprodukt in jeweiligen Preisen ..	+10	+ 9	+11½
Preisentwicklung			
Privater Verbrauch ...	+ 6½	+ 5½	+ 8
Bruttoanlageinvestitionen			
einschl. Investitionsteuer	+ 7½	+ 6	+ 7½
ohne Investitionsteuer	+ 4	+ 3½	+ 6
Bruttosozialprodukt			
einschl. Investitionsteuer	+ 7½	+ 6	+ 8½
ohne Investitionsteuer	+ 6½	+ 5	+ 8

noch Tabelle 29

	Prognose	Alternativen I	Alternativen II
Entstehung des Sozialprodukts			
Arbeitsvolumen [2]	− 2	− 1½	− 1½
Produktivität	+ 4½	+ 4½	+ 4½
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1962 ..	+ 2½	+ 3	+ 3
Verteilung des Volkseinkommens			
Bruttoeinkommen			
aus unselbständiger Arbeit	+11	+ 9	+13
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (einschl. Staat) ..	+ 5½	+ 7½	+ 8
Nettosozialprodukt zu Faktorkosten (Volkseinkommen)	+ 9½	+ 8½	+11½
Nachrichtlich:			
Konjunktureller Effekt der öffentlichen Haushalte (Mrd. DM)	+ 4	+ 0	+ 5
abzüglich konjunkturpolitischer Sondersteuern	− 5	− 7	− 1

[1]) Veränderungsraten gerundet.
[2]) Einschließlich Veränderung der Arbeitstage.

365. Nach der Alternative I wird die gesamtwirtschaftliche Produktion zunächst nicht stärker steigen als unter Status-quo-Bedingungen (Schaubild 35); sie mündet jedoch nicht in eine Phase der Stagnation, da ein Rückgang der Investitionen verhindert wird, teils weil verstärkt öffentliche Bauaufträge vergeben werden, teils weil im Verlauf des Jahres Projekte in Angriff genommen werden, die wegen der Investitionsteuer aufgeschoben worden waren. Auch die Fortschritte bei der Preisstabilisierung treten erst allmählich in Erscheinung. Zu stark sind die Preise schon von der Vergangenheit vorherbestimmt. Erst im zweiten Halbjahr werden die Vorteile der kostenniveauneutralen Lohnpolitik auf der Verbraucherstufe durchschlagen; gegen Jahresende könnte das Preisniveau dann aber durchaus schon um etwa zwei Prozentpunkte niedriger sein, als unter den Status-quo-Bedingungen zu erwarten ist.

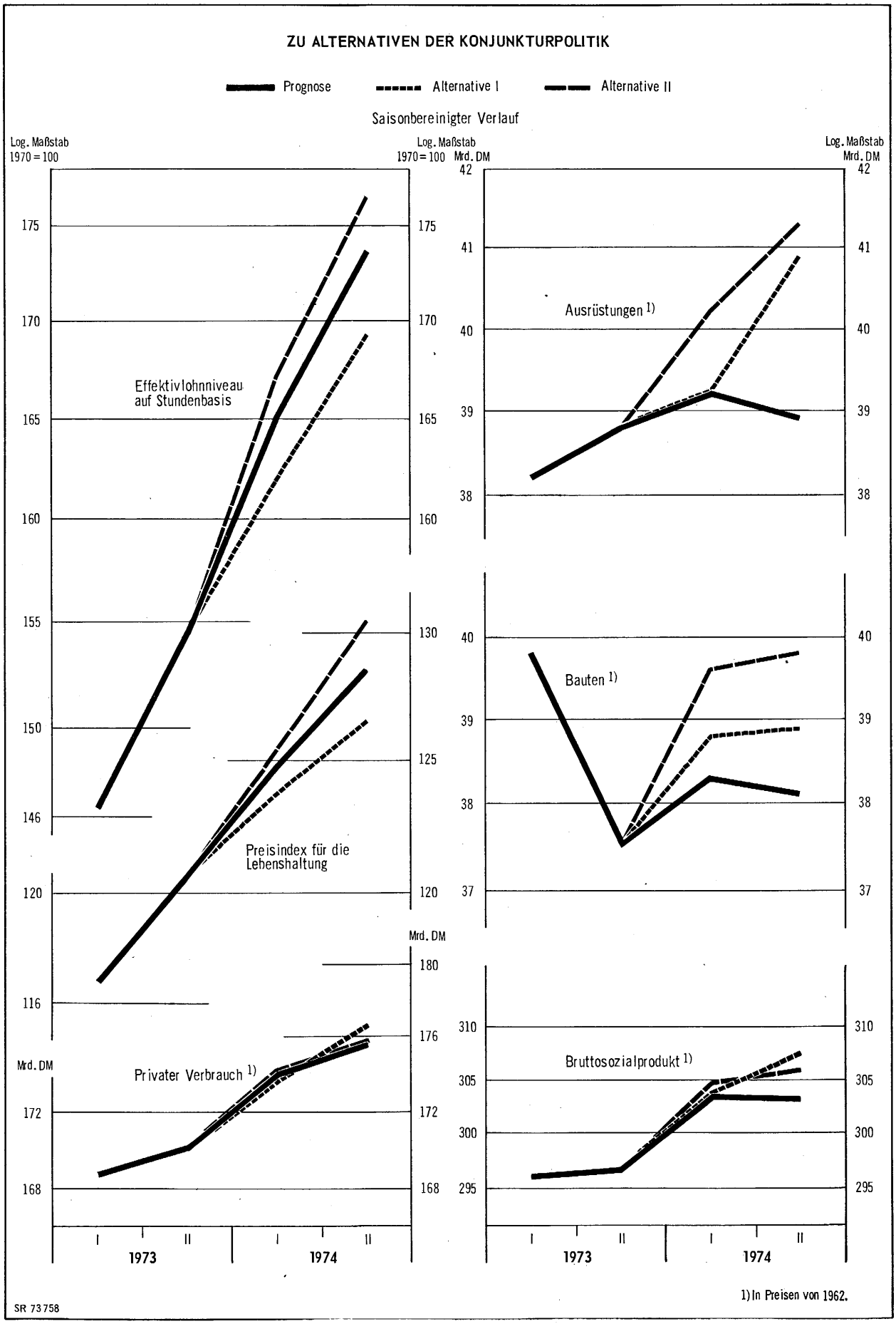
Zu fragen ist abermals, ob eine solche Strategie auf der außenwirtschaftlichen Flanke gesichert ist. Es ist möglich, daß die D-Mark angesichts der vergrößerten Stabilisierungschancen erneut unter Aufwertungsdruck kommt, trotz des stabilisierungspolitischen Spielraums, den die Wechselkursänderungen des Jahres 1973 vorhaltend geschaffen haben. Die Zinsentwicklung könnte immerhin helfen, solchen Druck vorläufig gering zu halten. Denn in dem Maße, wie sich die Inflationserwartungen in der Bundesrepublik allmählich abschwächen, wird von der Nachfrageseite her ein niedrigeres Zinsniveau marktgerecht, da es für die Geldnachfrage auf den Realzins ankommt. Eine konjunkturbedingte Abschwächung der Geldnachfrage träte hinzu. Von der Angebotsseite, also von der Bundesbank, könnte eine solche Tendenz auch ohne Bedenken hingenommen werden. Die D-Mark wäre damit am Devisen-Kassa-Markt entlastet. Übrig bliebe das Problem, daß am Devisenterminmarkt die Aufwertungserwartungen möglicherweise nicht genügend Platz im engen Band fänden. Das würde gewiß auch in den Zentralen der Geldpolitik der Partnerländer frühzeitig so gesehen werden.

366. Nach der Alternative II ergibt sich aus dem Wechselspiel von drängenden Lohnforderungen und ängstlicher Politik eine außerordentliche Steigerung der Lohnkosten. Die Gewerkschaften werden mehr fordern, weil sie einen höheren Preisauftrieb fürchten, die Unternehmen, von der Politik im Stich gelassen, auch mehr zugestehen, weil sie auf größere Preiserhöhungsspielräume rechnen. Der Geldwertschwund würde gegenüber dem Status-quo zum Jahresende um zwei Prozentpunkte, gegenüber der Alternative I um 4 Prozentpunkte größer sein. Die gesamtwirtschaftliche Produktion nähme zunächst beschleunigt zu, da es nach dem Auslaufen der finanzpolitischen Restriktionen frühzeitig zu einem Schub von — bislang vertagten — Investitionen kommen dürfte. Doch die Belebung würde von kurzer Dauer sein. Denn auch für diese Strategie haben wir nicht unterstellt, daß die monetäre Politik die Zügel vollkommen aus der Hand gibt. Die Gewinnmargen blieben daher wegen der hohen Lohnkosten unter Druck. Zudem verschlechterte sich die Wettbewerbsposition gegenüber dem Ausland noch einmal beträchtlich. Exportanstrengungen würden weniger aussichtsreich. Die Investitionsneigung dürfte nach der Belebung, welche die Nachholinvestitionen 1974 erzeugten, allmählich wieder nachlassen.

367. Eine solche Strategie, die für diesmal den Konflikt scheut mit den Gruppen, die ihre Einkommenschancen zu stark bedroht sehen, vertagt den Stabilisierungserfolg nicht lediglich auf morgen; sie erschwert vielmehr die Bedingungen künftiger Stabilisierungspolitik. Wollte die Wirtschaftspolitik etwa gegen Ende des Jahres, wenn die Folgen sichtbar sind, erneut einen Restriktionskurs wagen, so müßte sie nicht nur einen nochmals erhöhten Preisauftrieb bekämpfen, sie müßte auch, weil dann eine geringere Kapazitätsauslastung als heute gegeben wäre, von den Privaten weit größere Stabilitätsopfer verlangen, als dies jetzt der Fall ist.

368. Weicht die Wirtschaftspolitik hingegen dem möglichen Konflikt nicht von vornherein aus, behält sie also den Restriktionskurs bei, weil sie sich eines

Schaubild 35



stabilitätskonformen Verhaltens der autonomen Gruppen noch nicht sicher ist, so kann sie zunächst noch von dem Aufschwung der Jahre 1972/73 zehren. Die Auslastung der Produktivkräfte dürfte im nächsten Jahr um nicht mehr zurückgehen, als sie in diesem Jahr zugenommen hat. Zwar gewinnt die Restriktionspolitik für den Geldwert im nächsten Jahr noch nicht viel, falls die Einkommenspolitik sich vorläufig noch versagt; doch dürfte sie erreichen, daß der Preiswettbewerb allmählich schärfer wird, und dann unter dem aktuellen Druck einer ungünstigen Beschäftigungslage auch die Lohnentwicklung sich anpaßt — mit welcher Verzögerung, wäre abzuwarten.

369. Nicht auszuschließen mag sein, daß die Lohnpolitik sogar noch stärker auf Konflikt mit dem Restriktionskurs von Bundesregierung und Bundesbank programmiert ist, als in unserer Prognose angenommen wurde, etwa derart, daß unter den wirtschaftspolitischen Bedingungen des Status-quo Löhne durchgesetzt werden, die der Alternative II entsprechen. Dies würde, hält die Wirtschaftspolitik stand, eine Stabilisierungskrise heraufbeschwören. Wir halten eine solche Variante angesichts der vergleichsweise großen Reagibilität der Lohnpolitik in der Vergangenheit für wenig wahrscheinlich und haben infolgedessen darauf verzichtet, ihre schlimmen Folgen quantitativ auszudrücken.

370. Schwenkt die Einkommenspolitik alsbald auf den Stabilitätskurs ein, so verringern sich die Kosten der Stabilisierung. Die Tendenzwende bei der Preisentwicklung würde nicht nur früher erreicht, die Wirtschaftspolitik hätte auch die Hände frei, für eine stetige, wenn auch gezügelte, Expansion von Nachfrage und Produktion zu sorgen.

371. Voraussetzung für ein Verhalten, das Besonnenheit auf allen Seiten verlangt, ist allerdings, daß nicht die einen die Last der Stabilisierungspolitik tragen, die anderen aber die Früchte ernten. Ein Blick auf die Einkommensverteilung der Status-quo-Prognose und der beiden Alternativen mag helfen, die Risiken und Chancen für die Einkommenspolitik abzuwägen. Auch bei der Alternative I bleibt der Anstieg der Arbeitnehmereinkommen höher als der der Unternehmereinkommen. Zwar scheinen die Arbeitnehmer hier, verglichen mit den beiden anderen Varianten, auf einen möglichen Einkommenszuwachs zu verzichten. Doch unter den gewandelten wirtschaftspolitischen Bedingungen ist dies kein Verzicht, sondern marktgerechtes Verhalten. Unterschiede in der Entwicklung der Preisniveaus sorgen überdies dafür, daß die Abweichungen in den Reallöhnen geringer sein werden als in den Nominallöhnen. Was bleibt und als Verzicht aussehen mag, ist nur der Preis für eine sichere Beschäftigung.

Minderheitsvotum

372. Ein Mitglied des Sachverständigenrats, Claus Köhler, vertritt zur Frage der wirtschaftspolitischen Strategie die Auffassung, daß der scharfe kreditpolitische und finanzpolitische Restriktionskurs, den fortzusetzen die Mehrheit verlangt (Ziffer 307), gelockert werden sollte. In einer Koordinierung der Kreditpolitik mit der Finanzpolitik sieht er eine notwendige Voraussetzung, um die gesamtwirtschaftlichen Ziele verwirklichen zu können. Damit wendet er sich gegen die Thesen der Mehrheit, der Kreditpolitik die Hauptverantwortung für die konjunkturpolitische Steuerung zu geben (Ziffern 280, 333) und sie vor allem dem Ziel der Preisstabilität zu verpflichten (Ziffer 394). Er betrachtet die 1973 erneut aufgetretene Inkonsistenz zwischen Nachfrage-, Preis- und Lohnentwicklung als ein Hauptproblem konjunkturpolitischer Steuerung. Er begründet seine Auffassungen zur Frage der wirtschaftspolitischen Strategie in den Ziffern 373 bis 381.

Die Mehrheit erweckt den Eindruck, daß die scharfen Kreditrestriktionen zu einer neuen Qualität der Kreditpolitik geführt haben, die mehr Erfolg der konjunkturpolitischen Steuerung als bisher erwarten lasse (Ziffern 170, 292). Die Minderheit warnt vor einer Überschätzung der kreditpolitischen Möglichkeiten. Dies wird in den Ziffern 382 bis 386 dargelegt.

Die Minderheit ist der Meinung, daß ein deutlicheres Fazit aus den Erfahrungen mit flexiblen Wechselkursen gezogen werden muß, als das von der Mehrheit in den Ziffern 269 ff. geschehen ist. Die Minderheit holt dies in den Ziffern 387 ff. nach.

Minderheitsvotum zur Frage der wirtschaftspolitischen Strategie: Verstetigung durch koordinierte Wirtschaftspolitik

373. Die Minderheit ist der Auffassung, daß der augenblickliche überaus scharfe Restriktionskurs gemildert werden müßte, wenn eine Übersteuerung, das heißt ein Abgleiten in eine rezessive Entwicklung, vermieden werden soll. Ziel der Wirtschaftspolitik für das Jahr 1974 im Rahmen einer Strategie der Verstetigung müßte es sein, durch einen restriktiven Kurs die Nachfrage den Angebotsmöglichkeiten anzupassen. Die Nachfrage entspricht den Angebotsmöglichkeiten, wenn sie mit der Zuwachsrate des Produktionspotentials, erhöht um die Rate unvermeidlicher Preissteigerungen, zunimmt (JG 72 Minderheitsvotum Ziffer 426). Ein brauchbarer Indikator für die Entwicklung der Gesamtnachfrage sind die Auftragseingänge in der Industrie. Die Zuwachsrate der Auftragseingänge hat sich im Verlauf des Jahres 1973 deutlich abgeschwächt (erstes Vierteljahr 1973 +25,5 vH, zweites Vierteljahr +19,3 vH und drittes Vierteljahr +15,9 vH). Im September 1973, dem letzten Monat, für den statistische Ergebnisse vorliegen, betrug sie 11,8 vH. Eine Rate von rund 11 vH (Wachstumsrate des Produktionspotentials von 4 vH und Rate der unvermeidlichen Preissteigerung von rund 6½ vH) ist notwendig, um die Angebotsmöglichkeiten im Jahre 1974 auszuschöpfen. Für eine Milderung des restriktiven Kurses spricht nicht nur, daß sich die Nachfrage den Angebotsmöglichkeiten nähert, sondern insbesondere auch, daß die derzeitige Nachfrageentwicklung äußerst labil ist. Getragen wird

die Nachfrageentwicklung vor allem von den Auslandsaufträgen, die in den ersten neun Monaten des Jahres 1973 das Vorjahresniveau um rund 40 vH überstiegen. Demgegenüber hat die Inlandsnachfrage erheblich an Kraft verloren (erstes Vierteljahr 1973 +21,4 vH, zweites Vierteljahr +14,2 vH und drittes Vierteljahr +7,3 vH). Im September 1973 überstiegen die Auftragseingänge in der Industrie das Vorjahresniveau nur noch um +2,8 vH. In den Verbrauchsgüterindustrien gingen die Bestellungen sogar absolut zurück.

Labilität der Nachfrageentwicklung ist gegeben, weil zu erwarten ist, daß die kräftige Höherbewertung der D-Mark und die damit verbundene Einschränkung der Exportfähigkeit der deutschen Wirtschaft sich in nächster Zeit in einem Nachlassen der Auslandsnachfrage niederschlagen werden. Verliert die Auslandsnachfrage an Dynamik, so fällt die wichtigste Stütze der gegenwärtigen konjunkturellen Entwicklung fort, die Nachfrage sinkt unter die Angebotsmöglichkeiten und Arbeitslosigkeit ist nicht mehr zu vermeiden. Die unveränderte Beibehaltung des gegenwärtigen restriktiven Kurses schafft Risiken, die nicht mehr kalkulierbar sind. Es ist daher zweckmäßig, wenn die Wirtschaftspolitik den Abschwungstendenzen jetzt dosiert entgegenwirkt, nicht zuletzt auch deshalb, um später — wenn es zu Fehlentwicklungen am Arbeitsmarkt kommt — ein Herumreißen des wirtschaftspolitischen Ruders und eine daraus erneut resultierende Übersteuerung zu vermeiden. Der überaus scharfe restriktive Kurs kann dadurch gemildert werden, daß die Finanzpolitik ihre Ausgaben zugunsten von Bereichen erhöht, die von der Restriktion besonders hart getroffen werden (Tiefbau), und daß die Bundesbank den Kreditinstituten in begrenztem Umfang Liquidität zuführt.

374. Das wirtschaftspolitische Ziel, die Nachfrage zu dämpfen, bis sie den Angebotsmöglichkeiten entspricht, wird sich nur dann verwirklichen lassen, wenn Bundesregierung und Bundesbank die Finanzpolitik und die übrige nichtmonetäre Wirtschaftspolitik einerseits sowie die Kreditpolitik andererseits auf der Basis eines wirtschaftspolitischen Gesamtkonzepts koordinieren (JG 72 Minderheitsvotum Ziffer 436). Einen wichtigen Grund für immer wieder auftretende Fehlentwicklungen hat der Sachverständigenrat in früheren Jahren „im Fehlen einer planvollen Koordination von Kredit- und Fiskalpolitik" gesehen (JG 67 Ziffer 232). Die Minderheit hält an dieser Auffassung fest. Eine Selbstverständlichkeit bei einer koordinierten Wirtschaftspolitik ist, daß Bundesregierung und Bundesbank die gleichen wirtschaftspolitischen Ziele verfolgen. Unsere Gesellschaft wünscht, daß Preisstabilität, Vollbeschäftigung, angemessenes Wachstum und Zahlungsbilanzausgleich gleichzeitig verwirklicht werden. So wie Bund und Länder im Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft den klaren Auftrag erhalten haben, diese vier Ziele zu verwirklichen, sollte das auch bei der Bundesbank geschehen. Gegenwärtig heißt es im Bundesbankgesetz, die Bundesbank soll „die Währung sichern", was ursprünglich bedeutete, für stabile Wechselkurse zu sorgen. Obwohl diese Formulierung überholt ist, gibt es gegen eine Angleichung des Bundesbankgesetzes an das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz Widerstand. Er kommt von jenen, die der Bundesbank die Aufgabe zuweisen wollen, vor allem für Preisstabilität zu sorgen. Dabei geht man von der Annahme aus, die Bundesbank könne die Geldversorgung autonom steuern, und eine angemessene Steuerung sei nicht nur eine notwendige, sondern auch eine hinreichende Bedingung für Preisstabilität. Die Minderheit warnt vor einer solchen Überschätzung der Kreditpolitik.

375. Jahrelang in ihrem möglichen Beitrag zu einer Verstetigung der Wirtschaft unterschätzt, wird die Bundesbank jetzt überschätzt, wenn man ihr die Bürde, für Preisstabilität zu sorgen, übertragen will. Die Kreditpolitik wirkt ebenso wie die Finanzpolitik immer auf Preise und Mengen; es besteht kein Anlaß, die Kreditpolitik von anderen Bereichen der Wirtschaftspolitik abzuheben und sie nur auf das Preisziel, aber nicht auf die Mengenziele — Vollbeschäftigung und angemessenes Wachstum — zu verpflichten. Nur wenn die Wirtschaftspolitik auf der Basis eines Gesamtkonzepts eingesetzt wird — Verstetigungsstrategie durch koordinierte Wirtschaftspolitik —, wenn also Finanzpolitik und Kreditpolitik gemeinsam die gesetzten Ziele anstreben, besteht eine Chance für den Erfolg.

376. Bisher ist nur die Bundesregierung verpflichtet, ihre angestrebten wirtschafts- und finanzpolitischen Ziele und die geplante Wirtschafts- und Finanzpolitik jeweils im Jahreswirtschaftsbericht darzulegen. Eine Möglichkeit, die Finanzpolitik und die Kreditpolitik besser zu koordinieren, bestünde darin, daß die Bundesbank gleichzeitig mit dem Jahreswirtschaftsbericht einen Jahresbericht zur Kreditpolitik vorlegt. Dieser Jahresbericht sollte die im Rahmen der koordinierten Wirtschaftspolitik angestrebten Veränderungen monetärer strategischer Größen — vor allem der Bankenliquidität, des Kreditvolumens und der Zinsentwicklung — darlegen. Auf diesem Wege könnten die Kreditpolitik und die Finanzpolitik besser aufeinander abgestimmt und die einer Verstetigung der wirtschaftlichen Entwicklung entgegenstehenden Unausgewogenheiten in den beiden Politikbereichen vermieden werden.

Die Vorlage eines Jahresberichts zur Kreditpolitik mit der Budgetierung monetärer Größen würde auch einer Forderung der Kommission der Europäischen Gemeinschaften entsprechen. Nach der Entschließung des Ministerrats vom 22. März 1971 über die Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen den Zentralbanken der Mitgliedsländer der EG, die dem Inhalte nach in der Entschließung vom 31. Oktober 1972 über die zur Inflationsbekämpfung zu ergreifenden Maßnahmen bestätigt wurde, sind die Zentralbanken gehalten, im Rahmen der vom Ministerrat festgelegten allgemeinen wirtschaftspolitischen Leitlinien und in den Grenzen ihrer Befugnisse sowie unter Wahrung ihrer Eigenverantwortung spezielle Leitlinien für die Bankenliquidität, das Kreditvolumen und die Zinsentwicklung aufzustellen. Ein Jahresbericht für die Kreditpolitik wäre also nicht nur ein Beitrag zur

Koordinierung der Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik, sondern auch ein Beitrag für die vor allem von deutscher Seite immer wieder geforderte Harmonisierung der Wirtschaftspolitik in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft.

377. Im Rahmen einer koordinierten Strategie sollte die Bundesbank ihre kreditpolitischen Instrumente unabhängig von Weisungen der Regierung einsetzen können. Plötzliche Verhaltensänderungen der Nichtbanken und der Kreditinstitute verlangen von der Zentralbank einen flexiblen Mitteleinsatz, wenn die strategischen Größen erreicht werden sollen. Der Instrumenteneinsatz muß daher, der jeweiligen Situation angepaßt, in der Zuständigkeit der Zentralbank liegen.

378. Eine monetäre Budgetierung im Rahmen einer Verstetigungsstrategie durch koordinierte Wirtschaftspolitik geht aus vom anzustrebenden Wachstum des Produktionspotentials und den unvermeidlichen Preissteigerungen (JG 70 Ziffern 359 ff.). Bei einer Wachstumsrate des Produktionspotentials von 4 vH und einer Rate unvermeidlicher Preissteigerungen von 6½ vH müßte die Bundesbank sich auf eine monetäre Alimentierung eines Zuwachses des Bruttosozialprodukts von 11 vH und — ohne Sondereinflüsse — auf einen etwa gleich hohen Zuwachs des Zahlungsvolumens einstellen.

Bei der Ermittlung der diesem Ziel entsprechenden wichtigen monetären Größen hat die Zentralbank die Einflüsse zu berücksichtigen, die von Änderungen des Nichtbankenverhaltens und des Bankenverhaltens ausgehen. Bei der 1974 anzunehmenden Dämpfung der Gesamtnachfrage und den etwas verbesserten Finanzierungsmöglichkeiten für die Wirtschaft ist mit einem Rückgang der Zuwachsrate der Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes zu rechnen. Auch wird die Geldkapitalbildung stärker zunehmen als die Geldmenge, das heißt die Liquiditätsneigung wird weiter sinken, angesichts der 1974 zu erwartenden Entzerrung der Zinsstruktur wohl aber nicht so stark wie 1973.

Die übermäßig scharfe Restriktion bei den Kreditinstituten wäre zu lockern. Eine leichte Erhöhung der Liquiditätsquote (Liquiditätssaldo gemessen am gesamten Mittelaufkommen) — die sich in einer geringen Zunahme der Einlagenkreditrelation niederschlägt — und eine Senkung der Mindestreservesätze auf den Stand Ende 1972 würde wieder freie Liquiditätsreserven entstehen lassen und könnte den Druck mildern, der in der Vergangenheit zu nicht wünschbaren Nebenwirkungen geführt hat (Ziffer 384).

Unsicherheit besteht über das Verhalten der Banken. Die Kreditinstitute könnten die geschaffenen freien Liquiditätsreserven vor allem als Reserve zur Aufrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit nutzen; es wäre angesichts der Erfahrungen in den letzten Monaten aber auch denkbar, daß die Banken diese Mittel vor allem zur Kreditgewährung verwenden. Der Bundesbank sollte daher das Instrument eines Liquiditätsreservesatzes zur Verfügung stehen (SG 73 Ziffer 44). Zusammen mit dem Mindestreservesatz kann sie auf diesem Wege verhindern, daß Kreditinstitute eine bestimmte Liquiditätsquote unterschreiten.

Unter den gemachten Annahmen ist — wie Tabelle 30 zeigt — für 1974 eine Zunahme des Kreditvolumens um 10½ vH anzustreben. Die Liquiditätsquote (Liquiditätssaldo, gemessen am gesamten Mittelaufkommen) würde von 7,1 vH Ende 1973 auf 8,0 vH Ende 1974 steigen. Da der Mindestreservesatz (Mindestreserve-Soll gemessen am gesamten Mittelaufkommen) von 6,1 vH auf 5,7 vH im gleichen Zeitraum zurückgeführt werden würde, nähme die freie Liquiditätsquote (freie Liquiditätsreserven, gemessen am gesamten Mittelaufkommen) von

Tabelle 30

Zur monetären Budgetierung
Veränderung gegenüber dem Vorjahr [1])

	1972	1973 [2])	1974 [3])
(1) Produktionspotential [4])	+ 3,0	+ 5,9	+ 4
(2) + unvermeidliche Preissteigerungsrate [5])	+ 6,0	+ 6,0	+ 6½
(3) = Ausgaben	+ 9,2	+12,2	+11
(4) Ausgaben	+ 8,8	+11,5	+10½
(5) + Zahlungskoeffizient	− 0,4	+ 0,5	+ 0
(6) = Zahlungsvolumen (4) + (5)	+ 8,4	+12,0	+10½
(7) ⁄ Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes [6]) ...	− 5,8	+ 4,5	+ 1
(8) = Geldmenge (Bankengeld) (6) + (7)	+14,2	+ 7,5	+ 9½
9 ⁄ Liquiditätsneigung	+ 1,1	− 3,8	− 2
(10) = Mittelaufkommen (Einlagen bei Banken) (8) + (9)	+13,1	+11,3	+11½
(11) ⁄ Einlagenkreditrelation	− 0,3	− 0,2	+ 1

[1]) Zeilen (1) bis (3) prozentuale Veränderungsraten, Zeilen (4) bis (12) exponentielle Veränderungsraten.
[2]) Geschätzte Werte.
[3]) Budgetierte Werte.
[4]) 1972 und 1973: reales Bruttoinlandsprodukt.
[5]) 1972 und 1973: tatsächliche Preisentwicklung (Deflator).
[6]) Verhältnis vom Zahlungsvolumen und Bankengeld.

noch Tabelle 30

	1972	1973 [2])	1974 [3])
(12) = Mittelbereitstellung (Kredite der Banken) (10) + (11)	+13,4	+11,5	+10½
Mittelbereitstellung (Kredite der Banken) Ende der Periode — K in Mrd. DM	716,43[7])	820,32[8])	911,13[8])
Liquiditätsquote [9]) Ende der Periode — LQ	9,3	7,1	8,0
Mindestreservesatz [10]) — r	5,6	6,1	5,7
Freie Liquiditätsquote [11]) — LQ_F	3,7	1,0	2,3
Liquiditätssaldo [12]) in Mrd. DM — L	73,03	63,00	79,87

[7]) Ohne Geldmarktanlagen der Banken im Ausland (14,76 Mrd. DM).
[8]) Einschließlich Geldmarktanlagen der Banken im Ausland.
[9]) Aktuelles plus potentielles Zentralbankgeld im Bestand der Banken (Liquiditätssaldo) in vH des Mittelaufkommens.
[10]) Mindestreserve-Soll in vH des Mittelaufkommens.
[11]) Freie Liquiditätsreserven in vH des Mittelaufkommens.
[12]) 1972 und 1973: tatsächliche Werte: budgetierter Wert 1974 errechnet aus $L = K/\frac{1-LQ}{LQ}$.

Quelle: Berechnet unter Zugrundelegung der Bankenstatistik der Deutschen Bundesbank

1,0 vH auf 2,3 vH zu. Den Banken müßten unter diesen Bedingungen im Jahre 1974 rund 17 Mrd. DM zusätzlich an Zentralbankgeld zugeführt werden. Di se Veränderung des Liquiditätssaldos und die vorgesehenen Liquiditätsquoten müßten von der Bundesbank angestrebt werden.

Im monetären Bereich ist die Treffsicherheit von Prognosen, vor allem von Prognosen des Nichtbankenverhaltens, noch geringer als in anderen wirtschaftlichen Bereichen. Eine monetäre Budgetierung muß daher laufend an der tatsächlichen Entwicklung überprüft werden. Weicht das Ist der tatsächlichen Werte vom Soll der budgetierten Werte ab, müssen die strategischen Größen revidiert und entsprechend die kreditpolitischen Eingriffe geändert werden.

379. Der Erfolg einer konjunkturpolitischen Strategie ist davon abhängig, daß die wirtschaftspolitischen Instrumente zeitlich richtig und angemessen dosiert eingesetzt werden und eine treffsichere Prognose vorhanden ist. Beide Voraussetzungen, das lehrt die Vergangenheit, sind nicht ausreichend gegeben. Werden die Instrumente zu spät eingesetzt (wie zum Beispiel 1968) oder wird die wirtschaftliche Entwicklung falsch eingeschätzt (Nachfrageboom statt verhaltener Konjunkturaufschwung wie 1973), dann verläuft der wirtschaftliche Prozeß jenseits des angestrebten Pfades, und es kommt zu einer Inkonsistenz zwischen der Nachfrageentwicklung, den Preisbewegungen und dem Lohnanstieg. Die Funktionsbedingungen einer konjunkturpolitischen Strategie sind dann in Frage gestellt. Preise und Löhne geraten in Bewegung; die wirtschaftspolitischen Ziele können nicht erreicht werden. Die Entwicklung im Jahre 1973 ist hierfür ein deutliches Beispiel (Ziffer 302). Erneut ist eine Runde in dem Bemühen um mehr Preisstabilität verlorengegangen.

380. Dennoch hat die Wirtschaftspolitik keine Alternative: Auch weiterhin muß sie versuchen, den Nachfrageüberhang soweit abzubauen, daß das Nachfragevolumen in etwa ausreicht, die Angebotsmöglichkeiten auszufüllen. Nur dann wird es möglich sein, die Preissteigerungsraten langsam herabzudrücken, ohne Arbeitslosigkeit zu erzeugen oder den Wachstumsprozeß zu stoppen. Daß dies grundsätzlich möglich ist, bestätigen die Erfahrungen in den Jahren 1970 und 1971. In diesen Abschwungsjahren verringerte sich der Nachfrageüberhang zunehmend; die tatsächlich expansiven Einflüsse der Wirtschaftspolitik verhinderten jedoch, daß die Nachfrage zu stark unter die Angebotsmöglichkeiten sank. Die allmähliche Dämpfung des Nachfrageprozesses führte dazu, daß die Preissteigerungsraten vor allem auf der industriellen Erzeugerstufe (von 6,4 vH im zweiten Vierteljahr 1970 auf 2,7 vH im zweiten Vierteljahr 1972) abgebaut wurden. Die kräftige Nachfragesteigerung im Jahre 1972 setzte dieser Entwicklung allerdings ein Ende.

Es kann wohl auch für die Zukunft nicht ausgeschlossen werden, daß es erneut zu Inkonsistenzen kommt, weil die Nachfrage davoneilt. Soll nicht immer wieder durch wirtschaftspolitische oder prognostische Pannen Runde um Runde im Bemühen um mehr Preisstabilität verlorengehen, muß bei einer unerwarteten Zunahme der Nachfrage durch zusätzliche Maßnahmen der Gefahr von Inkonsistenzen zwischen Nachfrage-, Preis- und Lohnentwicklung begegnet werden.

Als zusätzliche Maßnahme kommt in einer solchen Situation eine Preisüberwachung in Betracht (Ziffer 359). Sie hat zum Ziel, die Unternehmen zur Zurückhaltung in ihrer Preispolitik zu veranlassen, das heißt ihre Preise so zu gestalten, als ob es nicht zu der unvermuteten und unerwünschten Nachfrageexpansion gekommen wäre. Die Unternehmen sollten ihre Preispolitik in einer solchen Phase mehr an der Kostenentwicklung als am Nachfrageanstieg orientieren. Wer dies überwacht, eine Behörde oder die Selbstverwaltungsorganisationen der Wirtschaft, ist eine Frage der Zweckmäßigkeit. Die Überwachung bestünde darin, daß Unternehmen ihre Kalkulationen offenlegen müssen, bei denen überhöhte Preissteigerungen zu vermuten sind. Es kann erwartet werden, daß Unternehmen schon dadurch zu einer Zurückhaltung in ihrer Preispolitik veranlaßt werden. Die Bundesbank zum Beispiel verlangte zeitweilig, wenn die Kreditinstitute bei der Aufnah-

me von Lombardkrediten eine bestimmte Warnmarke überschritten, daß die Banken ihre Ausleihpolitik erläuterten und darlegten, in welcher Weise sie ihr Verhalten zu ändern beabsichtigten. Kreditinstitute unterließen im allgemeinen eine höhere Lombardierung, um einem solchen Verfahren zu entgehen. Unzweckmäßig ist ein Preisstopp, weil er im Hinblick auf unvermeidliche Kostensteigerung unrealistisch ist und meist zu einem Preisschub führt, sobald diese Maßnahme aufgehoben wird. Die Tarifautonomie der Sozialpartner wird durch eine Preisüberwachung nicht berührt. Preisüberwachung ist so lange berechtigt, bis die Wirtschaftspolitik die unerwartete und unerwünschte Nachfrageexpansion durch Maßnahmen der Globalsteuerung gestoppt und den Nachfrageüberhang abgebaut hat und damit wieder Konsistenz zwischen der Nachfrageentwicklung, der Preisentwicklung und der Lohnentwicklung vorhanden ist.

381. Die Minderheit weist erneut darauf hin, daß Geldwertsicherungsklauseln — also auch Lohngleitklauseln (Ziffern 338 ff.) — das heißt ein Abrücken vom Prinzip „Mark gleich Mark", den Preisauftrieb beschleunigen (JG 72 Minderheitsvotum Ziffer 427). Da es der Kreditpolitik und der Fiskalpolitik nicht immer gelingt, die Nachfrage so zu begrenzen, daß Preiserhöhungen ausgeschlossen sind, muß die Zulassung von Indexklauseln in einem Sektor zu einer allgemeinen Einführung von Geldwertsicherungsklauseln führen. Preiswellen, gleichgültig, wodurch sie verursacht werden, können dann aber immer rascher durch die Wirtschaft fließen. Indexklauseln würden die wirtschaftlichen Bemühungen, zu mehr Preisstabilität zu gelangen, erschweren und nicht erleichtern. Es kann nicht beruhigen, daß Indexklauseln mit dem marktwirtschaftlichen System vereinbart sind; das zeigt nur, daß die Marktwirtschaft auch mit marktwirtschaftlichen Mitteln ruiniert werden kann.

Minderheitsvotum zur Frage des monetären Konzepts

382. Die Bundesbank hat in der Vergangenheit und in der gegenwärtigen Restriktionsphase die Bankenliquidität gesteuert mit dem Ziel, das Tempo der Kreditexpansion und damit die Zunahme von Einlagen und Geldmenge zu beeinflussen. Was die Kreditpolitik dabei tun kann, ist, einen Beitrag zu leisten, um bestehende Fehlentwicklungen abzubauen oder das Entstehen neuer Fehlentwicklungen zu vermeiden. Die Bundesbank kann mit ihrer Kreditpolitik Voraussetzungen für mehr Preisstabilität schaffen, dieses Ziel aber allein, ohne die Hilfe der übrigen Wirtschaftspolitik, nicht erreichen. Das gilt auch für den scharfen restriktiven Kurs der Kreditpolitik im Jahre 1973 und für die Zukunft.

383. Die Schwierigkeiten einer Steuerung des Kreditvolumens, der Einlagen und der Geldmenge liegen in den immer wieder auftretenden Störungen im Prozeß der Geldversorgung der Wirtschaft. Infolge von Markteinflüssen fließt bei den Banken unkontrolliert Zentralbankgeld zu oder ab. Die Banken ändern ihr Verhalten, verzichten auf die bisher gewohnte Liquiditätshaltung und geben mehr Kredite. Die Nichtbanken setzen die Geldmenge häufiger oder weniger häufig für Zahlungen ein, so daß sich die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes verändert; sie erhöhen ihre Geldkapitalbildung zu Lasten ihrer Geldmenge, verringern also ihre Liquiditätsneigung oder umgekehrt. Die Bundesbank ist gezwungen, diesen Einflüssen mit einem Bündel von kreditpolitischen Instrumenten angemessen zu begegnen.

Die Mehrheit sieht dagegen in der scharfen Restriktionspolitik der Bundesbank eine neue Qualität der monetären Politik; sie sei vor allem dadurch gekennzeichnet, daß die Bundesbank nicht mehr das Zentralbankgeld bei den Kreditinstituten (Liquiditätssaldo) steuere, sondern die gesamte Zentralbankgeldmenge, das heißt die Guthaben der Banken bei der Zentralbank und den Bargeldumlauf (Ziffern 292, 301). Die Mehrheit verspricht sich davon eine bessere monetäre Steuerung, insbesondere wenn die freien Liquiditätsreserven der Banken — das potentielle Zentralbankgeld — nahe Null gehalten werden und die Bundesbank vor allem auf dem Wege einer mengenorientierten Offen-Markt-Politik in den Prozeß der Geldversorgung eingreift (Ziffer 171). Die Kreditpolitik könne dadurch weitgehend allein für die Preisstabilität sorgen, so daß die Finanzpolitik von konjunkturpolitischen Eingriffen entlastet würde (Ziffer 280).

Die Zentralbankgeldmenge ist jedoch für die monetäre Steuerung keine zweckmäßige Zielgröße. Aus der Entwicklung dieser Größe allein lassen sich keine Rückschlüsse auf den Handlungsspielraum der Kreditinstitute ziehen. Beispielsweise kann bei unveränderter Zentralbankgeldmenge die Kreditgewährung abnehmen oder zunehmen. Wenn Nichtbanken ihre Bargeldbestände erhöhen, so verlieren die Kreditinstitute Zentralbankgeld an Wirtschaftsunternehmen und private Haushalte. Zwar bleibt die gesamte Zentralbankgeldmenge davon unberührt, jedoch zwingt der Liquiditätsverlust die Banken zu einem restriktiven Verhalten. Im Jahre 1973 bestand eine Tendenz, Bargeldbestände zu verringern und sie in hochverzinslichen Termineinlagen anzulegen. Geschieht dies, dann erhalten die Kreditinstitute Zentralbankgeld, das sie für eine zusätzliche Kreditgewährung verwenden können, obwohl die gesamte Zentralbankgeldmenge gleich geblieben ist.

Es nutzt also wenig, die Zentralbankgeldmenge unverändert zu lassen oder eine bestimmte Zuwachsrate anzustreben, weil dadurch die Kreditschöpfungsfähigkeit der Banken, die über das Ausmaß der monetären Expansion entscheidet, nicht eindeutig bestimmt wird. Ein Teil der gesamten Zentralbankgeldmenge, nämlich das Bargeld, ist ein vom Nichtbankenverhalten bestimmter Marktfaktor. Die Zentralbank muß die von diesem Marktfaktor ausgehenden Einflüsse auf die Bankenliquidität — ebenso wie bei den übrigen Marktfaktoren — entsprechend in ihr kreditpolitisches Kalkül einbeziehen. Tut sie es nicht, muß sie selbst bei kontinuier-

licher Entwicklung der gesamten Zentralbankgeldmenge mit diskontinuierlichen Veränderungen bei Krediten und Einlagen rechnen.

384. Die fast vollständige Beseitigung des potentiellen Zentralbankgeldes durch die Bundesbank im Jahre 1973, das heißt die Verringerung der freien Liquiditätsquote auf nahe Null ist ein drastischer Eingriff, um die Kreditinstitute zu veranlassen, ihre Mittelbereitstellung einzuschränken. In der übermäßigen Schärfe dieses restriktiven Kurses liegt nicht nur die Gefahr der konjunkturpolitischen Übersteuerung, sondern auch die Gefahr, daß das Zumutbare bei den Betroffenen überschritten wird und dadurch gesamtwirtschaftlich unerwünschte Nebenwirkungen ausgelöst werden. Kreditinstitute benötigen freie Liquiditätsreserven, um zusätzlich Kredite geben zu können und um zahlungsfähig zu bleiben. Durch den nahezu vollständigen Entzug des potentiellen Zentralbankgeldes werden die Kreditinstitute an den Rand ernster Zahlungsschwierigkeiten gedrängt. Zwar glauben die Kreditinstitute ihre Zahlungsfähigkeit dadurch sichern zu können, daß sie sich untereinander Forderungen (Nostroguthaben) einräumen. Nur zu gut ist noch aus Ereignissen vor 40 Jahren in Erinnerung, welche selbstverstärkenden restriktiven Kräfte solche Kreditketten zwischen den Banken bekommen, wenn die Kreditinstitute auf diese Ersatzliquidität zurückgreifen wollen.

Auf den Einlagenmärkten haben die exzessiven Zinssteigerungen zu erheblichen Verzerrungen geführt. Nicht alle Institutsgruppen konnten den Zinssteigerungen folgen. Vor allem bei den Sparkassen ist eine Erhöhung der Sparzinsen nur möglich bei einer Erhöhung der Sollzinsen auch für Altkredite. Bei starken Zinssteigerungen wird aber das Zumutbare überschritten. Der Altkreditnehmer kommt bei stärkeren Zinserhöhungen mit seinen Investitionen in Schwierigkeiten, wenn Überwälzungen der hohen Zinskosten ausgeschlossen sind. Gestattet man sie jedoch, so führt das zu Mietsteigerungen und anderen Preiserhöhungen und befreit gerade diejenigen vom Risiko, die mit wenig Eigenkapital und viel Fremdkapital investiert hatten. Erhöht man die Sparzinsen nicht oder nur wenig und die Zinsen für Termineinlagen dagegen stark, so enttäuscht man die Sparer. Auf dem Geldmarkt sind bei restriktiver Kreditpolitik höhere Zinsen als vorher sinnvoll und notwendig. Die tatsächlich immer wieder auftretenden Zinsschwankungen auf diesem Markt, die sich zwischen nahe Null vH und 40 vH bewegt haben, bringen aber nur Unruhe. Für diesen Markt ist es eine starke Belastung, daß zeitweilig Monatsgeld und Dreimonatsgeld kaum mehr gehandelt werden konnten.

Auf dem Kapitalmarkt bedeutet restriktive Kreditpolitik steigende Zinssätze. Aber auch hier sollten Grenzen eingehalten werden. Solange noch im größeren Umfange 6%ige und 6½%ige Wertpapiere umlaufen, ist ein Kapitalmarktzins von 10 % eine Gefahr für die Fungibilität auf diesem Markt. Besitzer von Altemissionen erhalten dann nämlich nur noch zwei Drittel des gesparten Betrages zurück. Es hat Jahre gedauert, bis auch private Haushalte für Anlagen am Kapitalmarkt interessiert werden konnten, ein Interesse, das oft weniger auf der Kenntnis der Zusammenhänge an diesem Markt als auf dem Vertrauen gegenüber dem Emittenten beruhte. Dieses Vertrauen aber wird mit der Hochzinspolitik und dem damit verbundenen Kursverfall für niedrigverzinsliche Emissionen getroffen, ein Schaden, der über die Periode restriktiver Kreditpolitik andauern wird. Eine freie Liquiditätsquote nahe Null kann nicht Dauerzustand bleiben. Eine Zentralbank kann die Kreditinstitute nicht ständig am Rand der Zahlungsunfähigkeit halten, sondern muß in angemessenem Umfang freies Zentralbankgeld bereitstellen und tolerieren, das heißt Refinanzierungsmöglichkeiten eröffnen. Nur so kann sie vermeiden, daß gesamtwirtschaftlich unerwünschte Nebeneffekte ausgelöst werden.

385. Die Offen-Markt-Politik mit Banken und Nichtbanken ist ein notwendiges kreditpolitisches Instrument, um die Verwendung und den Umfang liquider Mittel der Banken zu steuern. Die Wirkungsmöglichkeiten dieses Instruments werden überschätzt, wenn man glaubt, damit prinzipiell Kontrolle über das Zentralbankgeld ausüben zu können. Auch eine Offen-Markt-Papieren durch die Zentralbank, Zins-Mitteleinsatzes ändert, indem man Mengen anbietet und sich den Zinssatz frei bilden läßt, statt wie es jetzt geschieht, Abgabesätze festzulegen und es den Banken oder Nichtbanken zu überlassen, wieviel Mengen sie dabei bewegen wollen, läßt nicht erwarten, daß die Offen-Markt-Politik wirksamer wird. Der Einsatz der Offen-Markt-Politik ist nämlich nicht nur vom Willen der Bundesbank, sondern auch von der Bereitschaft der Banken und Nichtbanken zu Offen-Markt-Geschäften abhängig. Die potentiellen Käufer von Offen-Markt-Papieren wissen, daß eine restriktive Kreditpolitik, das heißt ein Angebot von Offen-Markt-Papieren durch die Zentralbank, Zinssteigerungen und Kurssenkungen bedeutet. Diese Erwartungen führen dazu, daß Kreditinstitute und Nichtbanken sich bei einem Angebot der Zentralbank mit der Nachfrage zurückhalten und eventuell sogar im eigenen Bestand befindliche Papiere anbieten. Das aber führt zu starken Zinssteigerungen. Eine solche Politik findet rasch ihre Grenzen, weil außenwirtschaftliche Einflüsse induziert werden, sei es, daß die Wechselkurse zu stark sinken oder Liquiditätszuflüsse ausgelöst werden. Die hohen Abgabesätze für Geldmarktpapiere im zweiten Halbjahr 1973 haben diese Grenze bereits deutlich werden lassen.

Um den kreditpolitischen Spielraum trotz dieser Grenzen zu erhalten, bedarf es neben der Offen-Markt-Politik scharfer Instrumente wie der Refinanzierungskontingentpolitik und der Mindestreservepolitik. Die Mindestreservepflicht bewirkt für eine einzelne Bank weit mehr als nur eine Erhöhung der Kosten der über die Bank laufenden Kreditbeziehungen (Ziffer 171). Tatsächlich wird bei jedem einzelnen Kreditinstitut durch eine Mindestreserveerhöhung freies Zentralbankgeld gebunden und damit der Kreditvergabespielraum eingeengt. In dieser Wirkung ähnelt die Mindestreservepolitik der Offen-Markt-Politik; Mindestreserveänderungen al-

lerdings können administrativ verfügt werden, und das macht sie der Offen-Markt-Politik überlegen. So problematisch es bereits ist, der Kreditpolitik bei der konjunkturpolitischen Steuerung ein Übergewicht einzuräumen, so problematisch wäre es auch, innerhalb der Kreditpolitik einem kreditpolitischen Instrument eine übermäßige Steuerungsaufgabe zu übertragen und andere bewährte Instrumente, wie das Mindestreserveinstrument, in den Hintergrund zu drücken.

386. Die Minderheit ist der Auffassung, daß die Bundesbank keinesfalls mehr für die Preisstabilität tun kann, als es ihr in der Vergangenheit möglich war. Nach wie vor wird sie, welche Zielgröße oder Zielgrößen sie auch bei ihrem Handeln im Auge hat, vor allem auf den Handlungsspielraum der Banken achten müssen, der durch Höhe, Zusammensetzung und Veränderung des Liquiditätssaldos bestimmt wird. Nach wie vor kann sie nicht damit rechnen, daß sich das Geschäftsvolumen der Banken in dem Rahmen hält, den die Bundesbank durch Bereitstellung von zusätzlichem Zentralbankgeld vorgibt. Vielmehr muß sie auf Verhaltensänderungen der Banken mit kreditpolitischen Aktionen reagieren. Ferner werden auch in Zukunft Verhaltensänderungen der Nichtbanken den kreditpolitischen Kurs beeinflussen und sind im kreditpolitischen Kalkül der Bundesbank zu berücksichtigen. Die Bundesbank wird diesen Einflüssen nur angemessen begegnen können, wenn sie alle ihr zur Verfügung stehenden kreditpolitischen Instrumente adäquat und flexibel einsetzt. Sie leistet dann einen Beitrag zum Abbau der Fehlentwicklungen, der Erfolg haben wird, wenn gleichzeitig auch die Finanzpolitik, die Wettbewerbspolitik und die übrige Wirtschaftspolitik das ihrige tun, um die Nachfrage den Angebotsmöglichkeiten besser anzupassen.

Minderheitsvotum zur Frage der Wechselkurse

387. Die Bedenken, die gegenüber einem System flexiblerer Wechselkurse bestehen (JG 70 Minderheitsvotum Ziffern 302 ff.) und die negativen Erfahrungen, die schon 1971 — ein halbes Jahr nach Einführung einer größeren Wechselkursflexibilität — gemacht werden mußten (JG 71 Minderheitsvotum Ziffern 312 ff.), wurden nach dem Übergang zu flexiblen Wechselkursen beim Dollar, dem Pfund Sterling und der italienischen Lira auf drastische Weise bestätigt. Die teilweise chaotische Entwicklung an den Devisenmärkten und die zusätzlichen Probleme, mit denen die Wirtschaft und die Wirtschaftspolitik belastet wurden, sollten desillusioniert haben.

388. Richtung und Ausmaß von Wechselkursänderungen sind in einem System flexibler Kurse weitgehend unbestimmbar. Die Freigabe der Wechselkurse hat nicht dazu beigetragen, einen „richtigen" Wechselkurs zu ermitteln. Die Gleichgewichtskurse, die sich für den US-Dollar, das Pfund Sterling und die italienische Lira am Devisenmarkt gebildet haben, werden gegenwärtig ebensowenig als „richtige" Wechselkurse angesehen, wie die Paritäten dieser Währungen vor dem Realignment Ende 1971. Aus einem überbewerteten Dollar ist offenbar ein unterbewerteter Dollar geworden. Da dem Devisenmarkt Maßstäbe fehlen, an denen sich mittelfristig die Kursentwicklung orientieren könnte, kommt es nicht zur Bildung stabilisierender Devisenterminmärkte. Vielmehr führen Zinsarbitragegeschäfte sowie Erwartungen über Kursänderungen zu spekulativen Geldbewegungen, die destabilisierend wirken.

389. Die Erwartungen, flexible Wechselkurse würden zu mehr Preisstabilität führen, wurden enttäuscht. Zwar wird bei flexiblen Wechselkursen grundsätzlich vermieden, daß Devisentransaktionen Zentralbankgeldzuflüsse oder Zentralbankgeldabflüsse auslösen, jedoch entstehen bei flexiblen Wechselkursen neue Inflationsquellen, denen schwieriger zu begegnen ist, als den Veränderungen der Bankenliquidität. Besonders augenfällig ist der Wechselkurs-Preis-Mechanismus in Abwertungsländern: Die Abwertung verteuerte die Importe und führt damit zu Preiserhöhungen im Inland. Diese Preiserhöhungen werten die Währung dieses Landes tendenziell weiter ab, verteuern erneut die Importe usw. Es ist daher auch kein Zufall, daß Großbritannien und Italien, die beiden europäischen Länder mit völlig flexiblen Wechselkursen, in Europa die höchsten Preissteigerungsraten aufweisen. Interventionen an den Devisenmärkten und neue Devisenbewirtschaftungsmaßnahmen, die man bei flexiblen Wechselkursen nicht mehr zu benötigen glaubte, waren erforderlich, um dem Wechselkurs-Preis-Mechanismus entgegenzuwirken.

Aber auch in den Aufwertungsländern erhielt der Preissteigerungsprozeß durch die Wechselkursänderungen Impulse, da von Unternehmen teilweise versucht wurde, Erlöseinbußen im Exportgeschäft durch Preiserhöhungen im Inland auszugleichen und kompensierende Verbilligungen im Import den Endabnehmer nicht immer erreichten. Auch die Verteuerung der Rohstoffe ist zum Teil auf spekulative Käufe im Zusammenhang mit den Wechselkursänderungen zurückzuführen. So ist die Beschleunigung des Preisauftriebs in der westlichen Welt nicht nur mit dem Gleichschritt des Konjunkturverlaufs in den einzelnen Ländern und mit Rohstoffknappheit zu erklären; die starken Wechselkursbewegungen haben ebenfalls einen Anteil daran.

390. Die Auslandsnachfrage hat auf die starken Wechselkursänderungen bisher noch nicht sichtbar reagiert. War schon aus grundsätzlichen Erwägungen davor zu warnen, mit Wechselkursen Konjunkturpolitik zu treiben, weil eine solche Politik bei den Handelspartnern entgegengesetzte Effekte auslöst (beggar-my-neighbour-policy), so zeigt sich, daß der erwartete konjunkturelle Effekt auf die Nachfrage kurzfristig nicht eintritt. Weniger die Ausfuhrmengen und die Einfuhrmengen werden beeinflußt, sondern vor allem Ausfuhrpreise und Einfuhrpreise. Durch diesen Terms-of-Trade-Effekt wird tendenziell der Leistungsbilanzausgleich noch erschwert. Die bisher geringe Reaktion der Auslandsnachfrage auf Wechselkursänderungen erklärt sich wohl daraus, daß vielfach spezialisierte Produkte,

Technologien und Verfahren gehandelt werden, für die nicht sofort Ersatzprodukte zur Verfügung stehen. Angesichts des starken Ausmaßes der Wechselkursänderungen ist jedoch damit zu rechnen, daß die deutsche Wirtschaft mittelfristig — wenn es ihr nicht gelingt, zeitweilig niedrigere Preise im Export durchzuhalten und Erlöseinbußen durch höhere Preise im Inland zu kompensieren — noch Ausfuhreinbußen hinzunehmen haben wird. Sie sind dann konjunkturell unter Umständen nicht erwünscht. Durch Abwertungen können die verlorenen Exportmärkte nicht ohne weiteres zurückgewonnen werden.

391. Der Spielraum an wirtschaftspolitischer Autonomie hat sich nach Einführung flexibler Wechselkurse nicht erweitert. Zwar gibt es bei flexiblen Wechselkursen grundsätzlich weder erwünschte noch unerwünschte Liquiditätsveränderungen; dafür jedoch treten erwünschte oder unerwünschte Kursbewegungen auf. So wie die Zentralbank bei unerwünschten Liquiditätsbewegungen ihre Zinspolitik außenwirtschaftlich orientiert einsetzen muß, ist das auch notwendig bei unerwünschten Devisenkursbewegungen. Dabei ergeben sich auch — wie das zeitweise in Großbritannien zu beobachten war — Zielkonflikte: Einem unerwünschten Abwertungseffekt muß die Zentralbank außenwirtschaftlich orientiert mit Zinserhöhungen begegnen, die mit dem binnenwirtschaftlichen Ziel eines angemessenen Wachstums in Widerspruch stehen. Das Problem der wirtschaftspolitischen Autonomie ist nicht eine Frage fester oder flexibler Wechselkurse. Vielmehr wird der Spielraum für nationale Wirtschaftspolitik vom Umfang der Freizügigkeit im internationalen Wirtschaftsverkehr bestimmt.

392. Die Einführung flexibler Wechselkurse hat die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft währungspolitisch gespalten. Zwischen sechs Mitgliedsländern werden feste Wechselkurse aufrechterhalten, und drei Mitgliedsländer floaten. Für die Bemühungen, zu einheitlichen Währungsverhältnissen in Europa zu gelangen, ist das ein Rückschlag. Der wirtschaftliche Zusammenhalt ist dadurch gelockert und der Zwang zu einer Abstimmung der Wirtschaftspolitik zwischen diesen Ländergruppen geringer geworden.

393. Die Rückkehr zu geordneten Währungsverhältnissen und damit zu Vertrauen und Solidarität in den internationalen Währungsbeziehungen verlangt ein System fester Wechselkurse. Es geht darum, Wechselkurse wieder zu fixieren und glaubhaft zu verteidigen. Es sollte ausgeschlossen sein, daß internationale Geldbewegungen Wechselkursänderungen erzwingen; eine Aufwertung oder Abwertung sollte nur dann vorgenommen werden, wenn ein fundamentales Ungleichgewicht der Leistungsbilanz das zweckmäßig erscheinen läßt. Ein solches System fester Wechselkurse muß sicherstellen, daß die am internationalen Wirtschaftsverkehr Beteiligten wieder mit festen Wechselkursen kalkulieren können (Wechselkursillusion). Dies ist eine Voraussetzung für das Funktionieren des langfristigen internationalen Kapitalverkehrs. Ein solches System fester Wechselkurse muß ferner ermöglichen, daß es wieder gleichgültig wird, in welcher Währung die am internationalen Wirtschaftsverkehr Beteiligten ihre Kassenbestände halten (Währungsindifferenz). Dies ist notwendig, um zu vermeiden, daß immer wieder umfangreiche Geldbeträge in Bewegung geraten, weil Währungsverluste infolge von Wechselkursänderungen erwartet werden. Sollten die Schwierigkeiten vermieden werden, in die das Währungssystem von Bretton Woods geriet, so ist die Leitwährung durch eine internationale Währungseinheit (Sonderziehungsrechte) zu ersetzen und ein entsprechendes Interventionssystem zu schaffen. Ausreichende Devisenhilfen sollten sicherstellen, daß auch spekulative Transaktionen ein Land nicht zur Aufgabe seines Wechselkurses zwingen können.

Sollte es nicht gelingen, das internationale Währungssystem in diesem Sinne zu reformieren, dann wird es unmöglich werden, die Freizügigkeit im internationalen Wirtschaftsverkehr wieder zu erreichen, wie sie unter dem System von Bretton Woods in den sechziger Jahren gegeben war. In diesem Fall könnten alle Anstrengungen unternommen werden, ein solches System wenigstens für die Länder der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zu realisieren. Die Vorschläge der Europäischen Kommission zur Verwirklichung einer europäischen Währungsunion gehen in diese Richtung. Vorschläge dagegen, wie ein garantierter Paritätsanstieg oder erweiterte Bandbreiten sind nicht geeignet (Ziffern 420 ff.), Wechselkursillusion und Währungsindifferenz zu schaffen; ihre Realisierung würde die Währungsunion nicht fördern, sondern beeinträchtigen. Im Jahre 1973 ist es der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft gelungen, sich dem Chaos an den Devisenmärkten zum Teil zu entziehen und feste Wechselkurse wenigstens zwischen sechs Mitgliedsländern aufrechtzuerhalten. Das Kursband von 2,25 vH hielt den Belastungen stand, denen es durch internationale Devisentransaktionen wiederholt ausgesetzt war und übte einen Zwang auf diese sechs Mitgliedsländer aus, ihre konjunkturpolitischen Maßnahmen mehr als früher aufeinander abzustimmen. Diese Erfolge sind ermutigend. Einer Währungsunion und der Harmonisierung der Wirtschaftspolitik kommt man näher, wenn innerhalb der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft bei festen Wechselkursen Freizügigkeit des Geld- und Kapitalverkehrs gesichert wird. Feste Wechselkurse bei freiem Geld- und Kapitalverkehr ähneln dem Zustand einer einheitlichen Währung.

* * *

VIERTES KAPITEL

Perspektiven der Europäischen Währungsunion

I. Zum Fortgang der währungspolitischen Integration

394. Die Chancen, zu einer Währungsunion zu kommen, hängen entscheidend davon ab, ob es gelingt, die Geldentwertung auf eine von allen Beteiligten als vertretbar angesehene Rate herabzudrükken. Von einer abgestimmten Finanzpolitik in den Mitgliedsländern ist ein antizyklischer Beitrag kaum zu erwarten. Man wird schon zufrieden sein müssen, wenn sie bei der Erfüllung ihrer Aufgaben das Stabilisierungsziel wenigstens so weit im Auge behält, daß sie die Bemühungen um Geldwertstabilität nicht stört. Die Rolle der Stabilisierung der Preisniveaus, aber auch die Aufgabe der Konjunktursteuerung, soweit sie die gesamte Gemeinschaft betrifft, müßte der monetären Politik überlassen bleiben. Wird deren Potenz nicht durch Mängel in der außenwirtschaftlichen Absicherung und in der innergemeinschaftlichen Abstimmung beschnitten, ist sie dieser Aufgabe auch gewachsen. Sie hätte dann den gesamtwirtschaftlichen Ausgabenspielraum der Gemeinschaft auf das Maß zu beschränken, das mit dem gemeinsamen Stabilisierungsziel vereinbar ist.

395. Monetäre Politik ist immer dann nicht in der Lage, den Ausgabenspielraum zu bestimmen, wenn sie nicht genügend Freiheit besitzt, die Zentralbankgeldmenge zu steuern. Diese Steuerung ist nur möglich, wenn die Zentralbank nicht dazu verpflichtet ist, aus dem Ausland zufließende Devisen zu kaufen, d. h. in Zentralbankgeld umzuwandeln, oder — bei festen Wechselkursen — wenn ihr das Kursband einen Spielraum läßt, in dem sich die Zinsdifferenzen zum Ausland niederschlagen können, und wenn sie nicht gezwungen ist, entweder — bei Verharren des Wechselkurses an der oberen Bandgrenze — mehr Devisen aufzunehmen und in Zentralbankgeld umzuwandeln, als sie alsbald wieder abschöpfen oder durch Erhöhung der Mindestreserven binden kann, oder — bei Verharren des Wechselkurses an der unteren Bandgrenze — mehr Devisen abzugeben oder sich mehr zu verschulden, als ihr vertretbar erscheint.

396. Sechs der neun Gemeinschaftsländer haben ihre Geld- und Kreditpolitik insoweit zusammengekoppelt, als sie ein Kursband vereinbart haben, das für Alleingänge kaum Spielraum erlaubt.

Mit der Formel der „festen, aber anpassungsfähigen Paritäten" ist jedoch Vorsorge getroffen, daß der Block nicht auseinanderzubrechen braucht, wenn sich trotzdem abzeichnet oder erwartet wird, daß die Preisniveaus auseinanderstreben, und dann die Zentrifugalkraft spekulativer Kapitalbewegungen die Wechselkurse der schwachen und der starken Währungen an die einander entgegengesetzen Bandgrenzen treibt. Die Länder, deren Wechselkurse sich an den Bandgrenzen befinden, sind zu Interventionen verpflichtet, die die schwache Währung stützen. Das Schuldnerland muß jedoch innerhalb von zwei Monaten seine Währung durch Abgabe von Devisenreserven zurückerwerben. Nach Konsultation der übrigen Länder kann das Land mit der stärksten Währung aufwerten, bevor die Last des Devisenzuflusses den Erfolg der internen Stabilitätspolitik bedroht, oder das Land mit der schwächsten Währung abwerten, bevor seine Devisenreserven zu weit dahingeschmolzen sind.

397. Selbständigkeit in der gemeinsamen monetären Politik haben die sechs Länder, deren Währungen durch das enge Kursband verknüpft sind, dadurch gewonnen, daß sie sich von den übrigen Währungen abgekoppelt haben, also die Wechselkurse ihrer Währungen in einem Block floaten lassen.

398. Das Jahr 1973 hat sowohl Vorzüge als auch Schwächen gezeigt, die sich aus den bisher getroffenen geld- und währungspolitischen Absprachen ergeben.

399. Zu den Vorzügen:

- Das enge Kursband zwang die Zentralbanken der Mitgliedsländer zu einer gleichgerichteten monetären Politik, was freilich auch angesichts des Konjunkturgleichschritts nahelag.
- Länder, die in ihren Bemühungen um Stabilität zurückblieben, mußten befürchten, mit dem Wechselkurs ihrer Währung an die untere Bandgrenze zu stoßen. Zwar müssen solche Währungen dann gestützt werden. Wie das Beispiel Frankreichs im September zeigte, kann ein Land jedoch infolge des vereinbarten Saldenausgleichs sehr schnell einen erheblichen Anteil seiner Reserven einbüßen. Will es nicht abwerten, kann nur eine Anpassung in der monetären Restriktion verhindern, daß es zu viele Devisen verliert.
- Entschließungen des Ministerrats über Maßnahmen zur Inflationsbekämpfung stärkten die Position jener Länder, die einen scharf restriktiven Kurs der Geld- und Kreditpolitik steuerten. Die aus diesem Kurs resultierenden hohen Zinsen mußten die anderen Länder zum Nachziehen veranlassen, wollten sie nicht eingestehen, daß es

an ihnen lag, wenn Kapitalbewegungen trotz aller Kontrollen das enge Kursband zu sprengen drohten.

400. Zu den Schwächen:

— Nach wie vor ist es nicht gelungen, die Geld- und Finanzpolitik verbindlicher zu koordinieren oder gar ausreichende Gemeinschaftskompetenzen zu schaffen. Die Zielprioritäten der Länder blieben unterschiedlich. Dies läßt weiterhin unterschiedliche Erfolge bei der Stabilisierung erwarten; es entstehen neue Ungleichgewichte, die auf Paritätsänderungen drängen.

— Dem erklärten Ziel, die Kontrollen des Kapitalverkehrs zwischen den Gemeinschaftsländern abzubauen, ist man nicht nähergekommen. Die Kontrollen sind schärfer denn je. Sie erlauben dem einzelnen Land vorübergehend eine vom gemeinsamen Stabilisierungsziel abweichende Geld- und Kreditpolitik ohne unmittelbare Wirkungen auf den Wechselkurs. Zunehmende Ungleichgewichte bleiben für einige Zeit verborgen. Werden sie dann offenbar, fixieren spekulative Kapitalbewegungen, gegen die Kapitalverkehrskontrollen wenig oder nichts ausrichten können, den Wechselkurs dieses Landes an eine der beiden Bandgrenzen.

— Macht etwa ein Land glaubhaft, daß es in der Stabilisierungspolitik Erfolg haben werde, so werden sich die Erwartungen bald darauf richten, daß sein Wechselkurs früher oder später aufgewertet werden muß. Dann können die zur Stützung der übrigen Währungen nötigen Interventionen leicht ein unerträgliches Ausmaß annehmen. So sah sich die Bundesrepublik nach massiven Devisenzuflüssen im Juni dieses Jahres gezwungen, die D-Mark um 5,5 vH aufzuwerten, nachdem sie schon beim Übergang zum Block-Floating im März die Parität der D-Mark um 3 vH nach oben korrigiert hatte.

401. Ein Fazit zu ziehen, wäre verfrüht. Denn immer noch handelt es sich um erste Schritte auf dem Wege zur Währungsunion. Der Schritt, der am Anfang stand, die Verengung des Kursbandes, war zu groß, jedenfalls größer, als bei unterschiedlich strenger Stabilisierungspolitik mit festen Wechselkursen vereinbar ist. Jetzt probt man mit „festen, aber anpassungsfähigen Paritäten" über dem brüchigen Fallnetz der Kapitalverkehrskontrollen. Ernsthafte Unfälle sind noch keineswegs ausgeschlossen. Die Spekulation muß sich geradezu herausgefordert fühlen, wenn Paritätsänderungen beliebig oft und in beliebigem Umfang zugelassen sind und deshalb erwartet werden kann, daß der Umfang der Interventionen begrenzt bleibt. Der Ausweg kann nicht darin bestehen, Wechselkursänderungen immer mehr zu erleichtern, es sei denn, man organisierte diese so, daß sie mit freiem Kapitalverkehr vereinbar würden.

402. Allen Beteiligten ist klar, daß es zu einer Währungsunion mit endgültig festen Wechselkursen nicht kommen kann, wenn im Laufe der Zeit die Aufwertungs- und Abwertungssätze höher oder die Abstände zwischen den Kursänderungen kürzer werden. Denn dann würden die Inflationsraten in den Mitgliedsländern auseinanderlaufen. Nur aber wenn sie sich einander nähern, besteht Aussicht, schließlich auf Kurskorrekturen verzichten zu können. Diese Annäherung, und zwar in Richtung auf Stabilität, ist bisher nur beabsichtigt; die Absicht geht aus zahlreichen Dokumenten hervor. Sie ist aber noch nicht durch die bestehenden währungspolitischen Vereinbarungen ausreichend abgesichert. Viel wird nun darauf ankommen, wie die nächsten — und freilich auch die ferneren — Schritte auf dem Wege zur Währungsunion aussehen, ob das, was schon geplant war, aber noch aussteht, erst nachgeholt wird, ob man neue Anläufe nimmt oder ob man sich auf solche Verabredungen einläßt, die vielleicht die Optik verbessern, ohne vorherige Konsolidierung aber das Ganze gefährden.

Nächste Schritte — Fortschritte?

403. Für den Jahreswechsel 1973/74 war der Übergang von der ersten zur zweiten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion vorgesehen. Auch von offizieller Seite wird eingeräumt, es bedürfe zunächst einer Konsolidierungsphase, gleichgültig, ob man diese Phase schon mit Stufe zwei überschreibt oder nicht. Über die bescheidenen Ergebnisse im Vergleich zu den gesetzten Zielen gab die Kommission dem Rat im April dieses Jahres einen ungeschminkten Bericht [1]). Der Bericht enthält vor allem die Grundzüge eines Aktionsprogramms für die zweite Stufe. Vorschläge werden unter anderem zur Koordinierung der wirtschaftspolitischen Globalsteuerung, zur Währungspolitik, zur Sozialpolitik und zur Regionalpolitik unterbreitet. Ob in Zukunft Leitlinien eingehalten werden und die Koordinierung von Politikbereichen besser gelingen wird, dürfte wesentlich davon abhängen, inwieweit man sich zu größerer Verbindlichkeit der Verabredungen und zur Übertragung von Kompetenzen an die Gemeinschaft entschließt. Für die Koordinierung der Wirtschaftspolitik fehlt es großenteils noch an geeigneten institutionellen Vorkehrungen. Von der im Dezember bevorstehenden Sitzung der Wirtschafts- und Finanzminister und der ebenfalls für Ende des Jahres geplanten Gipfelkonferenz verspricht man sich Fortschritte vor allem bei der Verwirklichung jener Empfehlungen der Kommission, die auf wirtschaftspolitische Konvergenz hinwirken.

404. Schon sehr detaillierte Vorschläge für die nächsten Schritte auf dem Wege zur Währungsunion hat die Kommission dem Ministerrat in einem Bericht vom Juni dieses Jahres vorgelegt [2]). Sie er-

---

[1]) Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion, Bulletin der Europäischen Gemeinschaften, Beilage 5/73.

[2]) Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Bericht der Kommission an den Rat über die Umgestaltung des kurzfristigen Währungsbeistandes und die Bedingungen einer Vergemeinschaftung der Reserven (am 28. Juni 1973 an den Rat übermittelt), Bulletin der Europäischen Gemeinschaften, Beilage 12/73.

füllte damit den Auftrag, den die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten auf der Pariser Konferenz im Oktober 1972 erteilt hatten. Ob die Vorschläge ganz oder teilweise die Hürde des Rates werden nehmen können, ist noch offen.

Im wesentlichen laufen die Empfehlungen der Kommission auf eine Stärkung des Europäischen Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit hinaus. Bei ihren Vorschlägen knüpft die Kommission an die Mängel des bestehenden Systems von Interventionen und Kreditbeziehungen an.

405. Gegenwärtig werden die Interventionen in Gemeinschaftswährungen durch „sehr kurzfristige Kredite", die jeweils 30 Tage nach Ende des Interventionsmonats auslaufen, vom Gläubigerland zwischenfinanziert. Danach kann das Schuldnerland solche Kredite durch den kurzfristigen Währungsbeistand ablösen lassen, der in seiner Höhe grundsätzlich auf die Quote des Schuldnerlandes [1]) und in seiner Laufzeit auf drei Monate mit einmaliger Verlängerung begrenzt ist, oder es kann die Schuld durch Zahlung mit Währungsreserven tilgen, wobei die Reserven, die es abzugeben hat, im gleichen Verhältnis zusammengesetzt sein sollen wie seine Währungsreserven.

Die Kommission macht gegen diese bestehenden Regelungen geltend, daß wegen ihres rein bilateralen Charakters der Übergang zwischen den beiden Kreditsystemen kompliziert ist. Der kurzfristige Währungsbeistand sei zu einer Zeit konzipiert worden, als der Dollar noch (in Gold) konvertierbar und außerdem die einzige Interventionswährung war. Die Abwicklung des Saldenausgleichs stoße auf Schwierigkeiten, weil die Länder nicht bereit sind, Gold zum amtlichen Preis abzugeben, und deshalb immer kompliziertere Systeme von Sonderkonten ausgearbeitet wurden. Auch seien die Grenzen, die hinsichtlich der Höhe und Laufzeit der Kredite gesetzt sind, und damit die Möglichkeiten der Kompensation von Gläubiger- und Schuldnerpositionen, zu eng. Schließlich seien Interventionen in Dollar von der Zwischenfinanzierung, der Kompensation und dem Saldenausgleich ausgeschlossen. Auch wenn diese Interventionen von einzelnen Ländern im Sinne der Absichten der Gemeinschaft vorgenommen würden, trügen die intervenierenden Länder allein das damit verbundene Wechselkursrisiko.

406. Um diese Mängel zu beheben, schlägt die Kommission vor:

— Ein System von Kreditbeziehungen soll geschaffen und vom Fonds abgewickelt werden, das vom Saldenausgleich über einen erweiterten automatischen kurzfristigen Währungsbeistand bis hin zu längerfristigen Krediten, die nur unter bestimmten wirtschaftspolitischen Auflagen gewährt werden dürfen, reicht.

— Der Fonds soll mit eigenen Mitteln ausgestattet werden, die es ihm ermöglichen, sich als Vermittler zwischen Gläubigern und Schuldnern zu betätigen und die Verantwortung für die Risiken bei Dollarinterventionen zu übernehmen. Zu diesem Zweck sollen die Währungsreserven der Mitgliedsländer allmählich „vergemeinschaftet", das heißt auf den Fonds übertragen werden; eine erste Einzahlung von 20 vH ist für den 1. Januar 1974 vorgesehen. Auch soll der Fonds ein eigenes Kapital in Höhe von 500 Mill. RE enthalten.

407. Es wäre sicher von Vorteil, wenn der bilaterale Saldenausgleich über den Fonds zu einem multilateralen Abrechnungssystem ausgebaut wird, so daß die beteiligten Länder nur noch die Spitzen, die sich aus der gegenseitigen Verrechnung der bilateralen Salden ergeben, aus ihren Währungsreserven zu begleichen hätten.

Damit wäre freilich das Problem der Bewertung des Goldes und der goldgebundenen Guthaben in den beim Saldenausgleich zu übertragenden Reserven nicht gelöst. Die jüngste Entscheidung der zum Gold-Pool gehörenden Zentralbanken, die Spaltung des Goldmarktes insoweit aufzugeben, als Verkäufe von Gold am freien Markt durch Zentralbanken wieder erlaubt sind, könnte jedoch dazu führen, daß man sich im Währungsblock entschließt, Gold und goldgebundene Reserven zum jeweiligen Marktpreis zu bewerten. Die — ohnehin nie wirksam gewordene — Sanktion, die darin besteht, daß Schuldner beim Saldenausgleich Gold unter Wert, also zum offiziellen Preis abgeben müssen, wäre dann endgültig begraben.

408. Die Kreditbeziehungen sollen nach den Vorstellungen der Kommission folgendermaßen ausgebaut werden:

Nach wie vor soll eine Zentralbank, die einen Schuldsaldo nicht in Form von Reserven begleichen will, einen Kredit — jetzt des Fonds — in Anspruch nehmen können, und zwar automatisch für sechs Monate und bis zum Sechsfachen der Quote, die das betreffende Land im Rahmen des bisherigen kurzfristigen Währungsbeistands besitzt. Die Frist kann einmal verlängert werden; dann wird aber automatisch ein Verfahren zur Prüfung der Lage des Schuldnerlandes eingeleitet.

Für den Fall, daß ein Kredit über die genannte Höhe oder über den genannten Zeitraum hinaus beantragt wird, ist vorgesehen, daß der Rat, nachdem die Lage des Schuldnerlandes geprüft worden ist, die wirtschaftspolitischen Bedingungen festlegt, unter denen der zusätzliche oder mittelfristige Kredit gewährt wird.

409. Zweifellos muß eine Währungsunion, soll ein System mit engen Bandbreiten durchgehalten und von Paritätsänderungen immer sparsamer Gebrauch gemacht werden, auch über ein Netz von Kreditbeziehungen verfügen, das diese Absicht glaubhaft erscheinen läßt. Entscheidend kommt es dann aber darauf an, daß tatsächlich wirksame wirtschaftspolitische Auflagen mit längerfristigen Kre-

[1]) Deutschland, Frankreich, Großbritannien je 300 Mill. RE, Italien 200 Mill. RE, Belgisch-Luxemburgische Wirtschaftsunion und die Niederlande je 100 Mill. RE, Dänemark 45 Mill. RE und Irland 17,5 Mill. RE.

diten verbunden werden. Es steht allerdings zu befürchten, daß die Auflagen nicht streng genug sein werden und daß sie auch nicht in ausreichendem Maße werden durchgesetzt werden können.

Wird die Klausel der wirtschaftspolitischen Bedingungen nicht genügend ernst genommen, so besteht die Gefahr, daß Kredite an einzelne Länder nur den Zeitraum verlängern, in dem von diesen eine eigenständige Wirtschaftspolitik betrieben werden kann, die den gemeinsamen Zielen zuwiderläuft und schließlich zu größeren Kurskorrekturen zwingt, als das sonst der Fall gewesen wäre. Die Erfahrungen mit dem Weltwährungssystem von Bretton Woods bestärken nur diese Befürchtung. Auch dort wurden die gegenseitigen Kreditbeziehungen immer weiter ausgebaut und damit für einige Länder der Zwang zur Anpassung, sei es bei der Nachfrage im Innern, sei es bei den Wechselkursen, immer wieder hinausgeschoben; die Ausweitung der Kreditbeziehungen hat schließlich zum Zusammenbruch des Systems beigetragen (JG 71 Ziffern 3 ff.). Es wäre ein Trauerspiel, würde sich in der EWG wiederholen, was weltweit bereits vorexerziert wurde. Beim Ausbau der Kreditbeziehungen sollte man sich jedenfalls hüten, wieder einmal, wie bei der Verengung der Bandbreiten, den zweiten Schritt vor dem ersten zu tun, welcher sicherstellen müßte, daß die erforderlichen Anpassungen der Wirtschaftspolitik auch vorgenommen werden.

410. Für die allmähliche Vergemeinschaftung der Währungsreserven führt die Kommission eine Reihe von Gründen an.

Als technischen Grund nennt die Kommission, daß der Fonds bei zeitlichen Verschiebungen zwischen Bezahlung des Gläubigers und Rückzahlung der Schuldner zum normalen Fälligkeitstermin mit einem eigenen Reservepolster einspringen könnte, wenn er über Reserven verfügte. Dies bedeutete zwar eine Vereinfachung im Abrechnungssystem, würde aber für sich genommen kaum eine Vergemeinschaftung der Reserven rechtfertigen.

Wichtiger ist der Grund, daß der Fonds im Rahmen der erweiterten Kreditbeziehungen selbst als Gläubiger und Schuldner auftreten könnte und nicht nur Kreditvermittler wäre. Ein Land, das einen Kredit erhält, wird auf seinem — je nach Kreditart verschiedenen — Konto belastet und erhält bei Rückzahlung eine entsprechende Gutschrift. Im Falle des Saldenausgleichs erhielte das Land, das Gemeinschaftswährungen im Wege von Interventionen gekauft hat, sofort eine Gutschrift in Rechnungseinheiten, die dem Gegenwert seiner abgegebenen eigenen Währung entspricht.

Auch in diesem Fall handelt es sich gewiß um eine Vereinfachung bei der Kreditgewährung. Wieder ist freilich nicht überzeugend, daß hierfür eine Vergemeinschaftung der Reserven notwendig ist, sieht man von der rascheren Bedienung der Gläubigerländer im Saldenausgleich ab. Der Fonds könnte auch als Agent der Zentralbanken handeln und die Kredite abwickeln, wenn ihm bei diesen entsprechende Kreditlinien eingeräumt würden.

Ferner soll der Fonds Interventionen gegenüber dem Dollar finanzieren, sofern diese Interventionen gemeinschaftlichen Charakter haben, also die Lage des Kursbandes gegenüber dem Dollar beeinflussen sollen. Auch diese Interventionen könnten durch Absprache der Zentralbanken untereinander vorgenommen werden. Bleibt also nur der Ausgleich des Kursrisikos, das jetzt jene Länder tragen, die gegenüber Drittwährungen intervenieren. Dieser ließe sich jedoch auch durch eine entsprechende Ausgleichsregelung erreichen.

411. Die Gründe reichen kaum aus, eine Vergemeinschaftung der Währungsreserven zu begründen. Manches mag zwar dadurch einfacher werden. Für manche Probleme sind aber auch noch nicht die Lösungen gefunden, die für die Vergemeinschaftung Voraussetzung sind, so etwa die Bewertung des Goldes und der goldgebundenen Guthaben.

Einerseits kann man zwar zugunsten der Vergemeinschaftung von Währungsreserven anführen, daß die Schaffung eines Europäischen Zentralbanksystems Voraussetzung für die Bildung einer Währungsunion ist und der Fonds den Nukleus einer Europäischen Zentralbank darstellt, den es allmählich zu stärken gilt. Andererseits kann man aber das Argument nicht ganz von der Hand weisen, daß der Fonds, wenn er erst einmal über erhebliche Reserven verfügt, auch Aufgaben an sich ziehen möchte, die er erst erhalten sollte, wenn Vorkehrungen getroffen sind, daß er auch im Sinne einer auf Stabilität gerichteten Zielsetzung für die Wirtschafts- und Währungsunion zu handeln gezwungen ist. Jedenfalls ist die Vergemeinschaftung der Währungsreserven kein vordringlicher Schritt auf dem Wege zur Währungsunion, den zu unterlassen das Fortkommen bremsen würde.

412. Die Vorstellungen zur Weiterentwicklung des Wechselkurssystems haben sich bisher kaum verändert. Die Bandbreiten sollen in der zweiten Stufe schrittweise verringert werden, allerdings nur soweit funktionierende Devisenmärkte und Konvergenz der Wirtschafts- und Strukturpolitik dies zulassen. Damit „rein spekulative Kapitalbewegungen" nicht Paritätsänderungen erzwingen, will man die Kontrollen des kurzfristigen Kapitalverkehrs harmonisieren und vervollkommnen, gleichzeitig soll aber der freie Kapitalverkehr innerhalb der Gemeinschaft so wenig wie möglich beeinträchtigt werden; dies wäre eine Aufgabe, die der Quadratur des Zirkels gliche.

Schließlich wird eingeräumt, daß vorläufig auf Paritätsänderungen nicht verzichtet werden kann. Sie sollen jedoch unter Gemeinschaftskontrolle vor sich gehen, wobei daran gedacht ist, daß ein gemeinschaftliches Mitspracherecht gewährleistet wird, daß Kredite durch den Fonds bereitgestellt werden und daß gegenüber Währungen der Drittländer gemeinsam vorgegangen wird.

Dies alles scheint uns nicht genug, will man auf dem Wege zur Währungsunion vorankommen; nach wie vor mangelt es vor allem an festen Regeln, die die

dafür notwendigen Anpassungen sowohl im Innern der einzelnen Mitgliedsländer als auch nach außen bei den Wechselkursen erzwingen.

Ein Korsett für „feste, aber anpassungsfähige Paritäten"

413. Zunächst sei noch einmal das währungspolitische Ziel der Gemeinschaft vor Augen geführt, bevor über weitere Schritte auf dem Wege dorthin gesprochen wird. Es soll eine Währungsunion entstehen unter der Bedingung, daß *die Geldentwertung auf ein für alle erträgliches Maß beschränkt bleibt,* in der

- das Verhältnis der Währungsparitäten unabänderlich fest ist,
- die Bandbreiten für Kursschwankungen beseitigt sind und
- der Kapitalverkehr zwischen den Mitgliedsländern keinerlei Beschränkungen unterliegt.

Dieses Ziel soll schrittweise verwirklicht werden.

414. Es geht nicht nur darum, Regeln zu finden, deren Einhaltung zu diesem Ziel führen würde; vielmehr müssen die Regeln so gestaltet sein, daß ein ausreichender Anreiz besteht, sie auch einzuhalten. Das ist leichter gesagt als getan. Die Regierungen sind nicht bereit, sich Regeln zu unterwerfen, durch deren Befolgung sie sich unter Umständen den Unwillen mächtiger Gruppen oder gar der breiten Massen zuziehen können, zum Beispiel wenn das Einhalten dieser Regeln größere Arbeitslosigkeit oder höhere Inflationsraten zur Folge haben könnte, als es mutmaßlich bei autonomer Politik der Fall gewesen wäre, es sei denn, die Regierungen könnten unter Hinweis auf diese Regeln die Verantwortung für Arbeitslosigkeit oder Inflation an diejenigen weitergeben, die durch ihr Fehlverhalten das eine Übel oder das andere verursacht haben. Sich Regeln zu unterwerfen setzt also voraus, daß die Einhaltung der Regeln im Hinblick auf die in den einzelnen Mitgliedsländern angestrebten Ziele und deren Rangfolge zumutbar, wenn nicht gar vorteilhaft ist.

415. Ähnliches gilt für die Vereinbarung von Sanktionen. Es nützt wenig, zu empfehlen, sie so streng zu machen, daß sie das Land, das von ihnen betroffen wird, teurer zu stehen kommen als die Einhaltung der Regeln. Derartige Sanktionen werden Regierungen kaum beschließen, wenn sie selbst eines Tages von ihnen betroffen sein könnten und sich dann in dem Dilemma befänden, entweder die Regeln einhalten oder die Sanktionen hinnehmen zu müssen, auf die eine oder die andere Weise aber gleichermaßen Gefahr liefen, darüber zu Fall zu kommen, es sei denn, der Hinweis auf die drohenden Sanktionen ist hilfreich für das Durchsetzen des eigenen wirtschaftspolitischen Kurses. Gewiß wirken Sanktionen nur, wenn sie schmerzen; sie müssen aber auch zumutbar sein, sollen sie akzeptiert werden.

416. Neben der Verabredung von Sanktionen muß es, als Zeichen der Solidarität Vereinbarungen auch darüber geben, daß sich die Länder in bestimmten Situationen gegenseitig Beistand leisten und auch Hilfen gewähren, die die ungleichen Lasten, die sich aus den Unterschieden im Entwicklungsstand und in der Wirtschaftsstruktur der einzelnen Länder ergeben, weniger ungleichmäßig verteilen.

417. Erst ein ausgewogenes System von zumutbaren Regeln, deren Einhaltung die Währungsunion schließlich herbeiführt, von Sanktionen, die Verstöße ahnden, und von Hilfen, die die Anpassung erleichtern, verspricht Erfolg. Die Chancen hierfür müssen nicht gering sein. Je größer die realwirtschaftlichen Integrationsvorteile schon sind, um so mehr könnte man auch darauf vertrauen, daß es einem einzelnen Land immer schwerer fallen wird, sich aus Verhandlungen zurückzuziehen, die einen Fortgang der währungspolitischen Integration bringen sollen.

418. Wenn die zu treffenden Regelungen zumutbar sein, also die Anforderungen an die Disziplin einzelner und an die Solidarität aller nicht zu weit getrieben werden sollen, muß man sich gegenwärtig damit abfinden, daß die Möglichkeiten und Aussichten, Stabilitätspolitik mit Erfolg zu betreiben, in den Mitgliedsländern noch auf geraume Zeit unterschiedlich sein werden. Daraus folgt notwendigerweise, daß die Paritäten von Zeit zu Zeit oder kontinuierlich angepaßt werden müssen. Wichtig ist dabei, daß im Zeitablauf die Raten der Geldentwertung allmählich, wenn auch in unterschiedlichem Tempo auf ein Maß herabgedrückt werden, das für alle gleich niedrig ist und deshalb auch von allen akzeptiert werden kann. Dann wäre der Zustand erreicht, in dem die Wechselkurse endgültig fixiert bleiben können.

Die noch näher zu erörternden Anpassungssysteme sollen es Italien und Großbritannien erlauben, ihre Isolierung aufzugeben und in das enge Kursband zurückzukehren.

Nicht länger zu verzichten brauchte man auch auf den vollen Zwang zur Koordinierung der Geld- und Kreditpolitik, den die Knappheit des Spielraums im Kursband ausübt. Um diesen gegenwärtig nicht voll wirksamen Zwang wiederherzustellen, müssen die Kontrollen des Kapitalverkehrs innerhalb der Gemeinschaft gänzlich beseitigt werden. Im Laufe der Zeit kann dann das Kursband weiter verengt und damit der Spielraum für nationale zugunsten einer gemeinschaftlichen Geld- und Kreditpolitik weiter eingeschränkt werden.

419. Mancherlei Kombinationen von Maßnahmen sind denkbar, die es erlauben, unter den genannten Bedingungen das Ziel der Währungsunion zu erreichen.

420. Den gegenwärtig geltenden Vereinbarungen am nächsten käme eine strengere Fassung der Regel „feste, aber anpassungsfähige Paritäten", die mit den Vorstellungen davon korrespondiert, was den

einzelnen Mitgliedsländern an stabilitätspolitischen Anstrengungen zugemutet werden kann. Von diesen Vorstellungen ausgehend, könnte etwa der Ministerrat festlegen, um wieviel sich der Abstand zwischen den Wechselkursen der Währungen von Mitgliedsländern maximal pro Jahr vergrößern darf. Von diesen Vorstellungen her wären dann auch die Leitlinien und Orientierungsdaten für die nationalen Wirtschaftspolitiken zu finden, da die maximalen Unterschiede in den Preissteigerungsraten zu den zulässigen Wechselkursentwicklungen passen müssen.

Aus diesen wenigen Annahmen könnten — aufgrund ähnlicher Überlegungen, wie sie der Sachverständigenrat schon für die Reform des Weltwährungssystems entwickelt (JG 71 Ziffern 265 ff.), und wie sie auch die Study Group on Economic and Monetary Union in einem Bericht für die Kommission der Europäischen Gemeinschaften über Alternativen zum Werner-Plan angestellt hat — Regeln für Höchstsätze von Paritätsänderungen und für zeitliche Mindestabstände zwischen diesen abgeleitet werden. Soll das enge Kursband wegen seiner die monetäre Politik der Mitgliedsländer integrierenden Wirkung erhalten bleiben, so dürfen die einzelnen Aufwertungen und Abwertungen nicht mehr als $2^1/_4$ vH betragen; andernfalls würden die Wechselkurse vorübergehend aus dem Band geraten. Je größere Unterschiede in den Wechselkursentwicklungen zu Anfang noch zugelassen werden, desto häufiger müssen Paritätsänderungen erlaubt sein. Da Abwertungen und Aufwertungen in Betracht zu ziehen sind, muß gewährleistet sein, daß die Summe der Paritätsänderungsraten eines Landes innerhalb eines bestimmten Zeitraums nicht größer ist als die Hälfte dessen, was als maximale Zunahme des Abstandes zwischen den Wechselkursen für denselben Zeitraum vorgegeben wurde. Ergänzende Regeln müssen sichern, daß die möglichen Paritätsänderungen auch vorgenommen werden, wenn außenwirtschaftliche Ungleichgewichte offenbar werden.

421. *Zum Beispiel: Beträgt die maximale Vergrößerung des Abstands zwischen den Paritäten der jeweils schwächsten und stärksten Währung im Durchschnitt 4 Prozentpunkte pro Jahr, so könnte etwa die zulässige Grenze für Aufwertungen oder Abwertungen auf 2 vH pro Jahr beschränkt werden. Vorausgesetzt wäre dabei, daß die Paritäten (oder Leitkurse) symmetrisch, also sowohl durch Aufwertungen der starken wie durch Abwertungen der schwachen Währungen verändert werden. Im allgemeinen hätte dasjenige Land die Paritätsänderung zuerst vorzunehmen, dessen Wechselkurs vom gewogenen Durchschnitt der übrigen Wechselkurse weiter entfernt ist. Ein Problem könnte darin bestehen, daß das enge Band, das einen Abstand zwischen je zwei Wechselkursen von maximal $2^1/_4$ vH erlaubt, zu schnell durchlaufen wird, wenn etwa aus konjunkturellen Gründen das Land mit der stärksten Währung eine Geldpolitik verfolgen muß, die die Zinsen nach oben treibt, und das Land mit der schwächsten Währung gleichzeitig eine Geldpolitik machen muß, die die Zinsen nach unten drückt. Da nämlich für ein Land mit einer Aufwertungstendenz, das einen Aufschwung dämpfen will, zu der Wechselkursbewegung, die aus der konjunkturellen Zinsänderung resultiert, auch noch die trendmäßige Wechselkursänderung in der gleichen Richtung hinzukommt, durchläuft der Wechselkurs einer Währung das Kursband bei gegenläufiger Konjunkturentwicklung im Aufschwung stets schneller als im nachfolgenden Abschwung. Für ein Land mit Abwertungstendenz gilt das gleiche genau umgekehrt. Diesem Umstand kann jedoch durch eine einfache Modifikation der Regel für Paritätsänderungen Rechnung getragen werden: Jedes Land darf innerhalb von zwei Kalenderjahren zwei Mal um 2 vH aufwerten oder abwerten, wobei der Mindestabstand zwischen zwei Paritätsänderungen allerdings ganz beträchtlich weniger als die Hälfte von zwei Jahren zu sein hat. Damit ist gewährleistet, daß auch unter den ungünstigen Umständen gegenläufiger Konjunkturen, die freilich immer weniger wahrscheinlich werden, jedes Land den knappen Spielraum für seine Autonomie in der Geld- und Kreditpolitik voll ausschöpfen kann. Je größer der Konjunkturgleichschritt, desto gleichmäßiger können die Paritätsänderungen auf die gesamte Zeit verteilt werden. Kontrollen des Kapitalverkehrs zwischen den Mitgliedsländern werden bei dieser Regelung überflüssig. Denn größere konjunkturell bedingte Zinsdifferenzen als die genannten sollen nicht zugelassen sein; sonst verlöre das enge Kursband seinen Sinn, die Koordinierung der Geld- und Kreditpolitik zu erzwingen.*

422. Vorkehrungen wären dann noch für den Fall zu treffen, daß es den Ländern mit schwacher Währung nicht gelingt, das für die Regelung der Kursabstände notwendige Maß an Stabilisierung zu erreichen, oder daß Länder mit starken Währungen rascher als angenommen ihren Geldwert stabilisieren. Sobald eine solche Situation auch nur erwartet würde, setzte die Spekulation ein, weil dann doch mit einer über das zulässige Maß hinausgehenden Kursänderung gerechnet würde. Das muß, soll das Kursanpassungssystem Erfolg haben, auf jeden Fall verhindert werden. Zu diesem Zweck wäre ein wesentliches Element des Systems fester Wechselkurse in das hier beschriebene System der festen, aber anpassungsfähigen Paritäten einzubauen: Die Regierungen der Mitgliedsländer müßten unwiderruflich versichern, daß unter keinen Umständen Kursabweichungen zugelassen werden, die über die im Rahmen der beschlossenen Regeln zulässigen Aufwertungen und Abwertungen hinausgehen, oder anders ausgedrückt, daß unter allen Umständen unbegrenzt in Gemeinschaftswährungen interveniert wird, wenn die Wechselkurse zweier Währungen nach Ausschöpfung aller Möglichkeiten zur Aufwertung und Abwertung im Rahmen der beschlossenen Regelungen noch an die einander entgegengesetzten Bandgrenzen stoßen. In einem solchen Falle müßten freilich dem Schuldnerland Kredite eingeräumt werden. Gelingt es dem Schuldnerland nicht, eine Stabilisierungspolitik zu betreiben, die es wieder von der Bandgrenze wegführt, dann bliebe dem Land mit der stärksten Währung nichts anderes übrig, als selbst eine Politik zu betreiben, die sein Preisniveau stärker ansteigen läßt. Das ist das Risiko jedes Festkurssystems; hier ist es jedoch durch die Regeln für die Kursanpassung sehr stark gemildert.

Die Folgen einer anfänglichen Fehleinschätzung dessen, was die Mitgliedsländer an Stabilität zu erreichen vermögen, wären zwar zu beklagen. Sie müßten jedoch in Kauf genommen werden, wenn das Ziel der Währungsunion nicht durch Paritätsänderungen, die über das zulässige Maß hinausgehen, in Frage gestellt werden soll. Ein Rückfall in

willkürliche Paritätsanpassungen würde sofort die Spekulation auf den Plan rufen und damit das System wieder anfällig machen.

423. Ist der Fall eingetreten, daß für längere Zeit eine Währung durch Interventionen gestützt werden muß, so wären — damit dem daraus folgenden Inflationsschub für die Gemeinschaft im ganzen nicht auf Dauer nachgegeben zu werden braucht — sowohl Sanktionen als auch besondere Hilfen am Platze. Die Sanktionen könnten etwa darin bestehen, daß die Zinsen auf die dem Schuldnerland zum Zwecke des Saldenausgleichs eingeräumten Kredite mit deren Höhe progressiv zunehmen, die Hilfen etwa darin, daß dem Schuldnerland zusätzliche Kredite und Zuschüsse gewährt werden, die für die Beseitigung von Mängeln in der Wirtschaftsstruktur zu verwenden wären, wenn diese zur Ursache einer zu hohen Inflationsrate geworden sind, weil das Land versucht hat, mit der Inflation ein Weniger an Arbeitslosigkeit zu erkaufen.

424. Zum Ziel der Währungsunion mit endgültig festen Paritäten unter gleichzeitigem Verzicht auf Bandbreiten für die Wechselkurse kommt man freilich nur dann, wenn in nicht zu großen zeitlichen Abständen die Situation überprüft und — gemäß dem erzielten Stabilisierungsfortschritt oder auch, soweit er ausgeblieben ist, um eine allmähliche Anpassung der stabilisierungspolitischen Anstrengungen zu erzwingen — die Rate der zulässigen Aufwertungen und Abwertungen herabgesetzt, die Durchschnitts- und Mindestzeiträume zwischen je zwei Paritätsänderungen eines Landes erhöht und gleichzeitig die Breite des Wechselkursbandes vermindert wird, bis kein Spielraum mehr übrigbleibt. Dann wäre die Währungsunion vollendet.

425. Eine weitere unter den denkbaren Möglichkeiten, zum Endzustand der Währungsunion über feste, aber anpassungsfähige Paritäten zu gelangen, verdient es, wegen einiger prinzipieller Unterschiede gegenüber dem soeben dargelegten System, hier vorgestellt zu werden. Es handelt sich um einen Anpassungsmechanismus, der dem System fester Wechselkurse enger verwandt ist als das schon erörterte Konzept von Stufenaufwertungen und -abwertungen. Aufgrund derselben Überlegungen, die für die Bestimmung der zulässigen Höchstsätze und zeitlichen Mindestabstände der Paritätsänderungen im System der Stufenanpassungen maßgebend sind, würde hier, etwa für einen Zeitraum von zwei Jahren, im Wege von Verhandlungen festgelegt, mit welcher Rate die Parität jeder einzelnen Währung sich kontinuierlich entweder nach oben oder nach unten zu verändern hat. Diese Rate der Paritätsänderung würde dann von den Zentralbanken für ihre jeweiligen Währungen garantiert.

426. *Wäre — wie im obigen Beispiel — ein maximaler Abstand von 4 Prozentpunkten zwischen den Raten für Paritätsänderungen der Mitgliedsländer vertretbar und zumutbar, so würde die Parität der stärksten Währung mit einem Anstieg von 2 vH pro Jahr kontinuierlich angehoben und die Parität der schwächsten Währung entsprechend gesenkt. Die für die übrigen Währungen zu garantierenden Raten der Paritätsänderung lägen dazwischen. Hält man an dem engen Kursband von 2,25 vH als Spielraum für autonome Geld- und Kreditpolitik zum Zwecke der Konjunktursteuerung in den einzelnen Ländern fest, so sind mit den Paritäten zugleich auch für jeden Zeitpunkt die Wechselkurse bestimmt, bei deren Erreichen interveniert werden muß.*

427. Um im System garantierter Paritätsänderungen dem Endzustand der Währungsunion Schritt für Schritt näherzukommen und ihn schließlich zu erreichen, müßte nach Ablauf eines jeden Jahres für das jeweils übernächste Jahr neu ausgehandelt werden, ob und um wieviel die absoluten Raten der garantierten Paritätsänderung für jedes einzelne Land gesenkt werden sollen; keinesfalls dürften sie freilich erhöht werden. Gleichzeitig wäre die Bandbreite schrittweise zu verringern. Wieder müßte, damit keine Spekulationskrisen auftreten können, von den beteiligten Regierungen gewährleistet sein, daß an den so bestimmten Interventionsgrenzen notfalls in unbeschränkter Höhe zur Aufrechterhaltung der garantierten Kursstruktur interveniert wird. Alle Kapitalverkehrskontrollen könnten auch bei diesem System aufgehoben werden. Für die Anwendung von Sanktionen und die Gewährung zusätzlicher Hilfen hätte das gleiche zu gelten wie im System der Stufenaufwertungen und -abwertungen.

428. Ein System garantierter Paritätsänderungen der beschriebenen Art hätte den Vorteil gegenüber der Stufenanpassung, daß für jeweils ein bis zwei Jahre die gleiche Wechselkurssicherheit besteht wie in einem System unabänderlich fester Paritäten mit gleicher Bandbreite. Auch über diesen Zeitpunkt hinaus wären die Kursrisiken geringer als im System der Stufenanpassung. Der Vorteil der Sicherheit ist zugleich der Nachteil der Starrheit. Mit den Vorgaben der Paritätsänderungen sind der Tendenz nach auch die Unterschiede in den Inflationsraten festgelegt. Wird unterschätzt, wieviel an Stabilisierungserfolgen von den einzelnen Ländern erwartet werden kann, so sind Korrekturen erst für die Zeit nach Ablauf von zwei Jahren möglich, während sie im System der Stufenanpassung von selbst geschehen, indem die zeitlichen Abstände zwischen den Aufwertungen oder den Abwertungen größer als die zulässigen Abstände werden.

429. Zwei Probleme, die bei jedem System fester, aber anpassungsfähiger Paritäten mit engen Bandbreiten eine Rolle spielen, bedürfen noch der Erörterung. Das eine tritt auf, wenn — wie augenblicklich — die Inflationsraten der Mitgliedstaaten nicht sehr weit auseinanderliegen, ein oder einige Länder sich jedoch in der Lage sehen, ihre Rate der Geldentwertung schneller zu senken als die übrigen. Wollten sie dies vorwiegend mit Hilfe der Zentralbankpolitik tun, so trieben sie möglicherweise die Zinssätze derart hoch, daß sie — auch wenn alle zulässigen Möglichkeiten zur Paritätsänderung genutzt würden — an die Interventionsgrenze des Wechselkursbandes stießen, es sei denn die übrigen Länder paßten sich an und betrieben eine Geld- und Kreditpolitik, die ihre Zinssätze entsprechend stei-

gen läßt. Das würde sie aber möglicherweise in Schwierigkeiten bringen. Will man diese vermeiden, bleibt nichts anderes übrig, als mit der staatlichen Einnahmepolitik die Geldnachfrage zu beeinflussen. Das Land, das den schärferen Stabilitätskurs steuern will, müßte also zusätzliche Steuern erheben, um so zu erreichen, daß die Kreditnachfrage zurückgeht und die Zinsen bei gleicher Verknappung des Kreditangebots entsprechend weniger steigen.

430. Das zweite Problem ergibt sich daraus, daß insbesondere Unternehmen einen möglichst großen Teil vor allem ihrer Sichteinlagen in derjenigen Währung zu halten versuchen werden, die die niedrigste Inflationsrate aufweist. Denn die erwarteten Abweichungen der Wechselkurse zwischen zwei Währungen scheinen sich um so weniger in entsprechenden Zinsdifferenzen niederzuschlagen, je kürzerfristig die Einlagen sind. Werden aber die Sichteinlagen auch in relativ schwachen Währungen nicht oder nur geringfügig verzinst, so lohnt es sich, diese Einlagen in starken Währungen, also solchen, für die man Aufwertungen erwartet, zu halten, weil man so eine Verzinsung bis zur Höhe der Differenz in den Inflationsraten erzielen kann. Bei freiem Kapitalverkehr innerhalb der Gemeinschaft — einer Grundvoraussetzung für die Währungsunion, die nicht verletzt werden darf — könnte es sich hier um beachtliche Beträge handeln, die von den schwächeren in die stärkeren Währungen verwandelt werden.

431. Dieses Phänomen, mit dem stets zu rechnen ist, wenn Paritätsanpassungen möglich sind und allgemein eine Währung nicht nur kurzfristig für stabiler gehalten wird als die übrigen, könnte für die Bundesrepublik weittragende Bedeutung erlangen. Denn sollte sich die Ansicht innerhalb der Gemeinschaft verfestigen, daß die D-Mark auf absehbare Zeit die am wenigsten vom Geldwertschwund betroffene Währung sein wird, so wäre nicht auszuschließen, daß sich die Tendenz zur Bildung einer D-Mark-Zone fortsetzt, zumal wenn der innergemeinschaftliche Kapitalverkehr völlig von seinen Fesseln befreit wird. Die Unternehmen einschließlich der Banken, aber auch Private aus allen Ländern der Gemeinschaft würden dann womöglich eine Vorliebe dafür entwickeln, nicht nur ihre Verträge in D-Mark abzuschließen, sondern auch die D-Mark für ihre Zahlungen zu verwenden und deshalb ihre Transaktionskasse in D-Mark zu halten.

Es erhebt sich die Frage, ob diese Tendenz ohne weiteres hinzunehmen ist. Die verstärkte Nachfrage nach D-Mark würde deren Wechselkurs in die Höhe treiben. Das, für sich genommen, brauchte wenigstens vorläufig kein Nachteil zu sein, jedenfalls aus der Sicht der Bundesrepublik nicht. Es erlaubte ihr, Investitionen im Inland und im Ausland mit Hilfe ausländischer Ersparnisse vorzunehmen, und das zu vergleichsweise niedrigen Zinsen.

Will man einer Tendenz dahin, daß die D-Mark zur europäischen Transaktionswährung wird, entgegentreten — auch die anderen Länder dürften nach den schlechten Erfahrungen der letzten Jahre mit dem Dollar als Leitwährung nicht auf die Bildung einer D-Mark-Zone aus sein —, so möglicherweise müßten Vorkehrungen gegen das Entstehen einer D-Mark-Zone getroffen werden. Das dürfte freilich nicht auf eine Weise geschehen, die den internationalen Kapitalverkehr behindert. Die Marktkräfte werden von sich aus dahin wirken, die Unvollkommenheit der Zinsstruktur bei den Banken zu vermindern; das heißt, man darf wohl auch darauf vertrauen, daß sich bei freiem Kapitalverkehr über den engen Verbund der Geld- und Kapitalmärkte die internationalen Zinsdifferenzen bis hin zu den Sichteinlagen bei Banken allmählich durchsetzen werden.

432. Die Rolle eines europäischen Zahlungsmittels könnte auch von einer neu geschaffenen Währungseinheit, also einem Medium, das nicht mit einem nationalen Zahlungsmittel identisch ist, übernommen werden, wenn diese europäische Währungseinheit so attraktiv gemacht wird, daß sie sich durchsetzen kann. Die Attraktivität könnte sowohl in der relativen Wertstabilität als auch in einem relativ ruhigen Kursverlauf liegen. Vorschläge, wie eine solche „Parallelwährung" konstruiert sein könnte, hat unter anderem die bereits erwähnte Study Group (Ziffer 420) der Kommission unterbreitet.

II. Zur Regionalpolitik in einer entstehenden Wirtschafts- und Währungsunion

433. Ein nicht leicht zu nehmendes Hindernis auf dem Wege zur Wirtschafts- und Währungsunion sind die Regionalprobleme, die die einzelnen Mitgliedsländer in unterschiedlichem Ausmaß belasten. Während einige Länder — auch wenn sie nicht immer eine glückliche Hand bei ihrer Regionalpolitik bewiesen — von den Aufgaben, die ihnen strukturschwache Regionen aufbürdeten, nicht so stark belastet waren, daß ihre stabilitätspolitischen Anstrengungen ernsthaft in Mitleidenschaft gezogen worden wären, sahen sich andere Länder genötigt, ihre strukturelle Arbeitslosigkeit durch eine forcierte Expansionspolitik zu überspielen; ihre Regionalprobleme konnten dadurch freilich nur vorübergehend gemildert, nicht jedoch dauerhaft gelöst werden.

434. Die Errichtung der Wirtschafts- und Währungsunion verschärft nicht nur die schon bestehenden regionalen Schwierigkeiten, es kommen auch noch neue hinzu. Zumindest insoweit werden regionalpolitische Fragen zu einer Angelegenheit der Gemeinschaft im ganzen.

435. Verschärft werden die Probleme durch den Zwang zu gemeinsamer Konjunkturpolitik, der in einer sich bildenden Währungsunion besteht. Es ist nicht mehr in gleichem Umfang wie früher möglich, konjunkturelle Maßnahmen aus Rücksicht auf strukturschwache Regionen hintanzustellen. Je schneller der Endzustand der Währungsunion erreicht werden soll, d. h. je weniger außenwirtschaftliche Anpassungen in Form von Aufwertungen und Abwertungen zugelassen werden, und je schneller die gemeinsame Rate der Geldentwertung herabgedrückt werden soll, desto weniger können es sich einzelne

Länder leisten, konjunkturdämpfende Maßnahmen schwächer zu dosieren als andere. Das bedeutete für sie aber möglicherweise eine Kumulation von struktureller und konjunktureller Arbeitslosigkeit, bei der das gesellschaftlich tolerierbare Maß an Unterbeschäftigung überschritten wird.

436. Ein Problem, das hinzukommt, ist die Tendenz zur Angleichung der Lohnniveaus in den Mitgliedsländern, die sich mit zunehmender wirtschafts- und währungspolitischer Integration allmählich verstärkt. Zum einen beruht diese Tendenz auf den Kräften des Marktes. Der Anreiz höherer Einkommen in Partnerländern läßt Arbeitskräfte dorthin abwandern. Das verknappt und verteuert das Arbeitsangebot zuhause und macht es reichlicher und tendenziell billiger in den Zuwanderungsländern. Auch Veränderungen der Wechselkurse ändern hieran dauerhaft nichts, da sie mittelfristig gesehen, Reallohnunterschiede nicht beseitigen. Vorläufig noch mögliche Abwertungen der Währungen von Abwanderungsländern erhöhen deren Konkurrenzfähigkeit und deren Beschäftigungsmöglichkeiten im Verhältnis zu denen der übrigen Länder. Der Anreiz zur Abwanderung wird aber durch die Abwertungen möglicherweise auch erhöht.

Zum anderen wird die Tendenz zur Angleichung der Lohnniveaus durch die Lohnpolitik der Gewerkschaften gefördert, die dabei das sozialpolitische Ziel verfolgen, den Lebensstandard der Mitglieder gleicher Berufsgruppen im Integrationsraum anzupassen. Geht dabei die Harmonisierung der Lohnniveaus über die der Produktionsbedingungen hinaus, so kommt es in einzelnen Regionen zu Arbeitslosigkeit, die auf den dann zu hohen Lohnuntergrenzen beruht, und zu zusätzlichen Abwanderungen von Arbeit und Kapital in die höher industrialisierten Länder der Gemeinschaft. Vorläufig noch zulässige Wechselkursänderungen können hier nur begrenzt Abhilfe schaffen.

437. Die regionalpolitischen Ziele der Gemeinschaft, insbesondere die Angleichung der Lebensbedingungen im Integrationsraum, läßt es nicht zu, daß die Wanderungen von Arbeit und Kapital einfach hingenommen werden. Diese Wanderungen können dazu führen, daß sich schon dünn besiedelte Regionen weiter entleeren, während in den Zuwanderungsländern Ballungstendenzen verstärkt werden; beides läßt weitere Strukturprobleme entstehen.

438. Auch wenn solche Regionalprobleme die Gemeinschaft im ganzen betreffen, ist damit noch nicht ausreichend begründet, daß sie von der Gemeinschaft gelöst und finanziert werden müssen.

439. Die Zuwanderungsländer haben es allerdings etwas leichter, mit den durch den Zustrom von Arbeitskräften entstehenden Problemen aus eigener Kraft fertig zu werden, obwohl auch diese recht drückend werden können und nicht auf einfache Weise, etwa allein durch Erhöhung der Steuern, zu beheben sind. Es kann vor allem aber nicht Sinn der Gemeinschaft sein — jedenfalls nicht, wenn man die regionalpolitischen Ziele der Gemeinschaft akzeptiert —, daß die strukturschwachen Regionen ihre dynamischen und höher qualifizierten Arbeitskräfte verlieren, dazu womöglich auch noch ihr ohnehin nicht reichlich vorhandenes Kapital, und nur Teile der in den Partnerländern erzielten Einkommen wieder zurückfließen, mit denen dann zusätzliche Importe bezahlt werden, die für den Konsum der Zurückgebliebenen nötig sind.

440. Je stärker die Tendenz einer übermäßigen Angleichung der Lohnniveaus ist, desto dringender stellt sich deshalb die Frage, wie erreicht werden kann, daß die vorhandenen Arbeitskräfte so weit wie möglich in den strukturschwachen Regionen gehalten werden, daß sogar zusätzliche qualifizierte und spezialisierte Arbeitskräfte von diesen Regionen angezogen werden und schließlich, daß auch Kapital in diese Regionen gelenkt wird. Gewiß kann ein Land, das mit einer solchen Frage konfrontiert ist, versuchen, die betroffenen Gebiete mit Hilfe von Subventionen und durch Verbesserung der Infrastruktur attraktiver zu machen. Wenn aber das eigentliche Problem in der Wanderung von Produktionsfaktoren über die Landesgrenzen hinweg besteht, wird das Land kaum in der Lage sein, seine Regionalförderung dadurch zu finanzieren, daß es die weniger mobilen Faktoren besteuert. Denn damit würde es auf der einen Seite Möglichkeiten, gewinnbringend zu investieren, mindern, die es auf der anderen Seite schaffen möchte, und außerdem den Anreiz zur Abwanderung erhöhen.

Die Finanzierung kann also nur von den Partnerländern kommen. Erst die zusätzliche Steuerbelastung in den anderen Mitgliedsländern und die Subventionen für die strukturschwachen Regionen lösen Wanderungen von Arbeit und Kapital aus, die in die richtige Richtung gehen. Müssen aber Finanzierungsmittel aus Partnerländern in Anspruch genommen werden, so ist auch Anlaß gegeben, die Lösung der regionalpolitischen Probleme der Gemeinschaft zuzuweisen.

441. Für eine gemeinschaftliche Regionalpolitik bieten sich verschiedene Lösungen an, die auch miteinander kombiniert werden können.

Zunächst wäre daran zu denken, daß man den strukturschwächeren Ländern zubilligt, sie könnten im Wege der Staatsverschuldung den Kapitalmarkt der Gemeinschaft mehr in Anspruch nehmen als andere. Damit würde ihnen gleichzeitig ein höherer Anspruch auf die Ressourcen der Gemeinschaft eingeräumt. Bei Freizügigkeit des Kapitalverkehrs kann sich diese Inanspruchnahme von Ressourcen der anderen Länder einfach dadurch vollziehen, daß die strukturschwachen Länder am heimischen Kapitalmarkt verstärkt Kredite zugunsten der eigenen Problemgebiete aufnehmen. Denn das entspricht insofern einer Finanzierung der Regionalpolitik von außen, als die verstärkte Kreditaufnahme die Zinsen nach oben treibt und infolgedessen Kapital aus den Partnerländern, deren öffentliche Körperschaften sich bei der Kreditaufnahme zurückhalten, anzieht. Freilich ist es auch möglich, Anleihen direkt in

den Partnerländern aufzulegen. In Höhe des Betrages der aufkommenden Mittel können zusätzliche Importe finanziert werden.

Durch die Regulierung der öffentlichen Kreditaufnahme der einzelnen Länder müßte dann zum einen bestimmt werden, in welchem Umfang die private Verschuldung zurückgedrängt werden soll, zum anderen, in welchem Umfang und in welcher zeitlichen Reihenfolge die einzelnen Länder zum Zuge kommen; der Kapitaldienst allein kann vermutlich nicht die nötige Selbstdisziplinierung der öffentlichen Kreditnachfrager bewirken. Denn die öffentlichen Investoren neigen dazu, die künftige Belastung ihrer Haushalte durch den Kapitaldienst zu gering einzuschätzen. Außerdem muß selbst dann, wenn die Rentabilität öffentlicher Investitionen die von Privaten übersteigt, verhindert werden, daß man langfristig entstandene strukturelle Probleme durch übermäßige Inanspruchnahme des Kapitalmarktes kurzfristig zu beseitigen versucht.

442. Allein über den Kapitalmarkt wären die Regionalprobleme der Gemeinschaft jedoch wohl kaum in absehbarer Zeit zu lösen, denn das setzte voraus, daß eine Umlenkung der Kapitalströme genügt, um eine Verschiebung in den Wachstumsraten zugunsten der strukturschwachen Länder hervorzurufen, die es diesen ermöglicht, trotz der Tendenz zur Angleichung der Einkommen zu erwirtschaften, was für den Kapitaldienst, vor allem für die Zinsen, langfristig aber auch für die Amortisation der Anleihen, aufgebracht werden muß. Will man die Lösung der regionalen Gemeinschaftsprobleme beschleunigen, müssen deshalb darüber hinaus per saldo Mittel in gewissem Umfang auch ohne Gegenleistung von einzelnen Gemeinschaftsländern an andere übertragen werden.

443. *Es gibt bereits einige Einrichtungen der Gemeinschaft, die — allerdings auf bestimmte Bereiche beschränkt und auch nur in bescheidenem Umfang — Gemeinschaftsmittel für regionalpolitische Zwecke aufwenden. An erster Stelle ist hier der Europäische Agrarfonds (EAGFL) zu nennen; seit 1972 können die Mittel der Abteilung Ausrichtung für die regionale Wirtschaftsförderung eingesetzt werden. Der Agrarfonds erbringt eine ganze Palette von Leistungen mit Beihilfecharakter, angefangen von Zinsvergünstigungen über Investitionszuschüsse bis hin zur Zahlung von Landabgaberenten und Strukturprämien. Der Europäische Sozialfonds, der sich allerdings auf die Erstattung eines Teils der Kosten nationaler und gemeinschaftlicher Beihilfemaßnahmen beschränkt, beteiligt sich beispielsweise an den Umschulungskosten für Arbeitnehmer im Textilbereich und in der Landwirtschaft, aber auch an solchen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, die der Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur und damit letztlich auch der Entwicklung der Gemeinschaft dienen. Im industriellen Bereich fördert die Europäische Investitionsbank gemäß Artikel 130 des Vertrages von Rom regionale Entwicklungsvorhaben, während die Kommission als Behörde der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl neben Darlehen auch Zinsverbilligungen und Bürgschaften gewährt, um die Schaffung neuer Arbeitsplätze für im Montanbereich freigesetzte Arbeitskräfte zu begünstigen.*

Im Zuge der Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion sollen die regionalen Unausgewogenheiten in der Gemeinschaft behoben werden. Daß die Regionalprobleme in der erweiterten Gemeinschaft ein zunehmendes Gewicht erhalten, zeigt sich auch darin, daß in der Schlußerklärung der Pariser Gipfelkonferenz vom Oktober 1972 die Staats- und Regierungschefs die Gemeinschaftsorgane aufforderten, vor dem 31. Dezember 1973 einen Fonds für Regionalentwicklung zu schaffen. Mitte 1973 hat die Kommission ihre Vorschläge unterbreitet; neben der Errichtung eines Regionalfonds ist vorgesehen, einen „Ausschuß für Regionalpolitik" einzusetzen. Nach den Vorstellungen der Kommission sollen für den Fonds, dessen Interventionen mit den einzelstaatlichen Beihilfen abzustimmen sind, 1974 500 Mill. RE, 1975 750 Mill. RE und 1976 1 Mrd. RE in den Haushalt eingestellt werden. Aufgabe des Ausschusses soll es sein, die Regionalpolitik der Mitgliedstaaten zu koordinieren; die Koordination soll sich nicht nur auf die Entwicklungsgebiete beschränken, sondern auch Ballungsgebiete einschließen.

444. Ein gemeinschaftlicher Regionalfonds könnte die Aufgabe einer gewissen Umverteilung von regional bedingten Lasten übernehmen. Er hätte sozusagen eine Mischung von vertikalem und horizontalem Finanzausgleich vorzunehmen. Vertikal wäre der Finanzausgleich insofern, als eine gemeinschaftliche Oberinstanz die Einzahlungen und die Auszahlungen des Fonds bestimmt, horizontal wäre er freilich nur dann, wenn, wie beabsichtigt, vom Grundsatz des „juste retour" abgegangen wird, es also Länder gibt, die weniger erhalten als sie einzahlen und umgekehrt.

Zwei Verfahrensweisen wären denkbar. Bei der einen würde es nur zahlende und empfangende Länder geben; hier würden, da alle Länder Regionalpolitik betreiben, gewissermaßen nur die Salden der nationalen Budgets für Regionalförderung über den Fonds ausgeglichen. Anders wäre es bei der zweiten Verfahrensweise, bei der alle Länder einzahlen und auch alle Länder Zahlungen empfangen, wobei es freilich auch hier Nettozahler und Nettoempfänger gäbe. Der Unterschied läge darin, daß die Oberinstanz besser Einfluß auf die Gesamtmasse der regionalpolitisch eingesetzten Mittel nehmen könnte, da auch ein Teil der von den Ländern für ihre eigene Regionalpolitik aufgebrachten Mittel über den Haushalt des Fonds liefe. Im ersten Fall müßte man sich für diesen Teil der Ausgaben auf wirksame Regeln der Regionalförderung verlassen.

445. Nicht nur weil die verfügbaren Mittel auf jeden Fall im Verhältnis zu den Ansprüchen an den Fonds knapp sein werden, sondern auch weil es zu verhindern gilt, daß die Mittel womöglich strukturkonservierend, das heißt protektionistisch, anstatt für einen wachstumsfördernden Strukturwandel in den Förderregionen eingesetzt werden, ist es wichtig, Förderkriterien zu finden, die dies gewährleisten. Wahrscheinlich wird man sich nicht mit der Festlegung von Fördergebieten und Subventionsniveaus begnügen können, soll die gemeinsame Regionalpolitik erfolgreich sein, sondern wird auch auf der Vorlage von Regionalplänen und detaillierten Projekten bestehen müssen, die hinsichtlich ihrer Kosten und Nutzen zu überprüfen wären.

446. Die extreme Form eines horizontalen Finanzausgleichs, bei dem man auf ins Detail gehende Vorschriften über die Verwendung der Mittel verzichtet, würde im gegenwärtigen Zeitpunkt jedenfalls die Solidarität der beteiligten Länder noch weit überfordern, sofern die Kosten nennenswert würden.

447. Die gemeinschaftlichen Ausgaben für die Regionalpolitik könnten Mittel in einem Umfang erfordern, der auf jene Mitgliedsländer, die zu den Nettozahlern gehören, abschreckend wirkt.

Es sei deshalb nochmals hervorgehoben, daß der Bedarf an Mitteln um so geringer gehalten werden kann,

- je weniger die Tendenz zur Angleichung des Lohnniveaus über dasjenige Maß hinaus forciert wird, das der Markt von sich aus schon bewirkt, und
- je mehr vorläufig noch durch Paritätsänderungen gemildert werden kann, was sich an Spannungen dadurch ergibt, daß wegen der unterschiedlichen Belastung durch Strukturprobleme zunächst noch nicht alle Länder ein gleiches Maß an stabilitätspolitischer Disziplin aufbringen können.

Die notwendigen Mittel dürften um so eher aufgebracht werden können,

- je größer die Bereitschaft der strukturschwachen Länder ist, sich Regeln zu unterwerfen, die eine zunehmende Harmonisierung der Wirtschaftspolitik in Richtung auf mehr Stabilität erzwingen, und
- je mehr es gelingt, Regionalpläne auszuarbeiten und Pläne von detailliert bewerteten Projekten vorzulegen, die einen Erfolg des Einsatzes der Mittel versprechen.

III. Europäische Währungsunion und Weltwährungssystem

448. Die Währungsbeziehungen der EWG nach außen sind gegenwärtig durch frei bewegliche Wechselkurse und durch administrative Kontrollen des Kapitalverkehrs charakterisiert; nur die Wechselkurse der Währungen Großbritanniens, Irlands und Italiens sind auch gegenüber den Partnerländern frei, die der übrigen EWG-Währungen sind durch ein enges Kursband von 2¼ vH miteinander verknüpft.

449. Das Block-Floating hat sich bisher bewährt. Zwar mag der US-Dollar inzwischen unterbewertet sein. Indem die im Block floatenden Länder dies jedoch zuließen, d. h. auf weitere Dollarkäufe im wesentlichen verzichteten, haben sie einen Beitrag zur Gesundung der internationalen Wirtschafts- und Währungssituation geleistet, der nicht gering zu schätzen ist. Denn das starke Absinken des Dollarkurses hat wohl mitgeholfen, die zunächst nur sehr zögernd einsetzende Verbesserung der amerikanischen Handelsbilanz zu beschleunigen. Sollte sich die Handelsbilanz der Vereinigten Staaten weiterhin bessern, ist es durchaus möglich, daß sich auch der Kurs des Dollar gegenüber den Blockwährungen noch weiter erholt. Nichts spräche dann dagegen, daß nach einiger Zeit auch die Überhänge an Dollarreserven der EWG-Länder langsam abgebaut werden können. Wenn es der Geld- und Kreditpolitik in den Vereinigten Staaten gelingt, das Geldangebot ausreichend knapp zu halten, also die Menge an Zentralbankgeld, die auf diese Weise in den amerikanischen Zahlungskreislauf zurückkehrt, so weit abzuschöpfen oder in Mindestreserven zu binden, daß von den Zinsen her ein Anreiz zur Anlage von Dollars in deren Ursprungsland besteht, dann könnten auch privat gehaltene Dollarbestände, die jetzt die internationalen Devisenmärkte belasten, allmählich repatriiert werden.

Zweifellos wäre es hilfreich, wenn wenigstens ein Teil des offiziellen Dollarüberhangs konsolidiert und ein Teil der vagabundierenden Dollars in Anleihen gebunden werden könnte.

450. Ist der Abbau des Dollarüberhangs erst einmal im Gange, braucht man auch kaum noch Bedenken zu haben, sämtliche Kapitalverkehrskontrollen aufzuheben. Ein freier Kapitalverkehr würde es wieder ermöglichen, Kapital langfristig dort anzulegen, wo die höchste Realrendite erwartet wird. Zinsdifferenzen bei festverzinslichen Anlagen würden über die Differenzen zwischen Kassa- und Terminwechselkursen kompensiert. Spekulative Kapitalbewegungen wären weniger zu erwarten oder würden zumindest rascher aufhören, wenn sich der Dollar weiter befestigt hat und wenn Paritätsänderungen im Währungsblock strengen Regeln unterworfen sind, die es der Spekulation unmöglich machen, eine einzelne Währung aus dem Kursgefüge herauszusprengen. Je weiter dieser Normalisierungsprozeß gediehe, desto besser geordnet würden die Währungsverhältnisse in der Welt erscheinen, auch ohne daß große Reformen vorausgegangen wären.

Selbst unter den gegenwärtigen Bedingungen jedoch kann die EWG die Weltwährungssituation gelassen betrachten. Das Floaten im Block erlaubt es den beteiligten Ländern, eine von außenwirtschaftlichen Einflüssen freie Geld- und Kreditpolitik gemeinsam zu betreiben. Deshalb braucht sich die EWG auch nicht gedrängt zu fühlen, die Reform der Weltwährungsordnung um jeden Preis voranzubringen. Eine gesonderte Behandlung und Lösung solcher Teilprobleme der Reform, welche die Wahrscheinlichkeit spekulationsbedingter Schwankungen der Blockwechselkurse vermindern, wie der erwähnte Abbau des Dollarüberhangs in der Welt, könnte sie besonders unterstützen. Im übrigen müßte es ihr Hauptziel sein, das Reformwerk so zu beeinflussen, daß die Chance der EWG, autonome monetäre Politik zu betreiben, nicht entscheidend beeinträchtigt wird.

451. Welche Ansprüche unter diesem Gesichtspunkt an das Weltwährungssystem zu stellen sind, hat der Sachverständigenrat bereits früher ausführlich dargelegt (JG 71 Ziffern 250 ff.). Sie gelten prinzipiell

für die EWG im ganzen genau so wie für ein einzelnes Land, wenn auch die Sorge vor Störungen von außen geringer sein kann, da sich die Abhängigkeit von außen mit der Größe des Wirtschaftsraums vermindert. Was nach dem gegenwärtigen Stand der Verhandlungen zur Reform ansteht, ist in der „Ersten Rohskizze einer Reform" zusammengestellt worden, die zur Weltwährungskonferenz in Nairobi im September dieses Jahres dem Gouverneursrat des IWF vom Vorsitzenden des „Ausschusses für die Reform des internationalen Währungssystems und die damit zusammenhängenden Fragen" übermittelt wurde. Es handelt sich um einen Zwischenbericht aus der sogenannten Gruppe der Stellvertreter, in dem ausgeführt wird, welche Punkte noch umstritten sind, aber auch wo schon Einigkeit besteht, freilich unter dem Vorbehalt einer Einigung über praktische Regelungen und über die Reform als Ganzes. Da ein geschlossenes Reformwerk noch nicht vorliegt, kann gegenwärtig nur gezeigt werden, bei welchen der ins Auge gefaßten Lösungen der Hauptprobleme, jede für sich genommen oder in Kombination mit den anderen, Gefahr besteht, daß die Ansprüche, die an das System zu stellen sind, nicht erfüllt werden. Im Bilde muß dabei bleiben, daß das Block-Floating diesen Ansprüchen genügt, wenn auch vielleicht aus der Sicht der Weltwirtschaft nicht auf ideale Weise, da die Möglichkeiten solidarischen Handelns verbunden mit einem zumutbaren Zwang zu stabilitätspolitischer Disziplin der einzelnen Länder oder Währungsblöcke im System frei beweglicher Wechselkurse nicht ausgeschöpft sind.

452. Ein zentrales Problem der Reform ist der Anpassungsprozeß. Es ist nicht zu verkennen, daß bei den Vorschlägen, die hierfür gemacht werden, die Regeln, die für die im Block floatenden Währungen der EWG untereinander gelten, Pate gestanden haben. Auch die neue Weltwährungsordnung soll auf „festen, aber anpassungsfähigen Paritäten" beruhen. Der Kurs jeder Währung, auch solcher, die als Reserven gehalten werden, darf um 2¼ vH nach oben oder unten von der Parität abweichen. Das Kursband beträgt also 4½ vH, während die Kurse der Blockwährungen nur um halb soviel voneinander abweichen können. Dies schafft, für sich genommen, einen ausreichenden Spielraum für nationale oder regionale Geld- und Kreditpolitik zur Bekämpfung konjunktureller Schwankungen. Soll dieser Autonomiespielraum erhalten bleiben, auch wenn die beteiligten Länder unterschiedliche stabilitätspolitische Ziele anstreben oder ihr Stabilitätsstreben nicht zum gleichen Erfolg führt, so muß freilich verhindert werden, daß dieser Spielraum durch Trendbewegungen der Wechselkurse vollständig aufgezehrt wird. Die Reformskizze sieht deshalb konsequent vor, daß immer dann, wenn Paritätsänderungen angezeigt sind, die Länder diese Änderungen — mit Genehmigung des Fonds — sowohl bei Überschüssen wie bei Defiziten unverzüglich vornehmen sollen. In besonderen Situationen kann der Fonds sogar die Freigabe des Wechselkurses genehmigen. Offensichtlich soll dies jedoch nicht zur Regel werden. Viel hängt deshalb davon ab, wie die Bedingungen definiert werden, unter denen eine Paritätsänderung „angezeigt" ist.

453. Auf welche Weise sichergestellt werden soll, daß die Zahlungsbilanzen sowohl der Überschußländer als auch der Defizitländer rechtzeitig und wirksam ausgeglichen werden, ist allerdings noch umstritten. Einig ist man sich nur, daß „objektive Indikatoren" lediglich anzeigen sollen, wann einzelne Länder „unverzüglich und in ausreichendem Umfang" binnen- oder außenwirtschaftliche Anpassungsmaßnahmen zu ergreifen haben; dagegen sollen sie nicht etwa automatisch eine Korrektur der Parität und damit eine Verschiebung des Kursbandes auslösen.

Haben sich die offiziellen Reserven eines Landes, die als ein solcher Indikator in Frage kämen, unverhältnismäßig stark verändert, so soll dieses Land einem Examen unterworfen werden, in dem es seine Lage und die Maßnahmen darlegen muß, die es zum Zwecke der Anpassung schon ergriffen hat oder noch ergreifen will. Nach Begutachtung durch das examinierende Fondsgremium werden dem Land gegebenenfalls weitere Maßnahmen nahegelegt, die geeignet sind, das beanstandete Ungleichgewicht zu beseitigen.

Wie man weiß, erfordern solche Prozeduren Zeit, und noch mehr Zeit vergeht, bis die aus eigener Initiative ergriffenen oder anempfohlenen Maßnahmen wirken. Wird die Wirksamkeit der Maßnahmen nicht geglaubt, so setzen auch spekulative Kapitalbewegungen ein, die den Wechselkurs des betreffenden Landes im Falle des Überschusses in der Zahlungsbilanz an der oberen, im Falle des Defizits an der unteren Bandgrenze unter Druck setzen. Es kommt zu Kapitalzuflüssen oder zu Kapitalabflüssen.

454. Alles, was in einer solchen Situation zur Abhilfe in Frage kommt, ist entweder umstritten oder in seiner Wirkung zweifelhaft.

Zunächst sind hier die abgestuften Druckmittel zu nennen, die sowohl auf Überschuß- als auch auf Defizitländer mit großen und anhaltenden Ungleichgewichten möglichweise anzuwenden wären. Die Vorschläge reichen von Strafzinsen auf Netto-Gläubiger- oder Netto-Schuldner-Positionen im Fonds über den Verlust des Rechts eines Gläubigerlandes, die ihm über ein vorgegebenes Limit hinaus zufließenden Devisen in internationale Währungsreserven zu konvertieren in Verbindung mit der Pflicht, die überschüssigen Währungsbeträge beim Fonds zu hinterlegen und einen Negativzins darauf zu entrichten, bis hin zu Beschränkungen des Handels oder des sonstigen Leistungsverkehrs gegenüber Ländern mit hartnäckig hohen Überschüssen. Es fällt auf, daß — abgesehen von den Strafzinsen auf Netto-Schuldner-Positionen beim Fonds — nur Druckmittel erörtert werden, die Gläubigerländer zur Aufwertung, nicht jedoch Schuldnerländer zur Abwertung bewegen könnten.

455. Dieser Mangel wäre freilich geheilt, wenn es, wie bisher nur zur Diskussion gestellt, zu einem Multiwährungs-Interventionssystem mit Saldenausgleich nach dem Muster der Regeln für die im Block floatenden EWG-Währungen käme. Der Zwang zum

Ausgleich der Salden durch internationale Währungsreserven innerhalb kurzer Frist könnte ein Schuldnerland sehr rasch dazu bringen, seine Währung abzuwerten. Denn spekulative Kapitalabflüsse ließen seine Währungsreserven schnell dahinschwinden, wenn es durch rigorose Maßnahmen nicht glaubhaft machen kann, daß es die zunächst für unrealistisch gehaltene Parität seiner Währung schließlich doch würde halten können. Das aber wäre ein Prüfstein, auf den sich vermutlich die an der Reform beteiligten potentiellen Schuldnerländer nur schwer einließen. Es wird deshalb allgemein anerkannt — so heißt es wörtlich —, daß das System des Saldenausgleichs einer gewissen Elastizität bedarf, insbesondere um störende Kapitalbewegungen zu finanzieren. Vermutlich die Sorge davor, daß hiermit einer ähnlichen Praxis der Kreditgewährung wie schon früher Tür und Tor geöffnet wird, hat jedoch gleich zu Anregungen geführt, diese Elastizität auf „international überwachte Kreditfazilitäten einschließlich der Kreditgewährung des Fonds und der offiziellen, bilateral gewährten kurzfristigen Kredite" zu beschränken. Hier scheinen die Gefahren, daß sich das Schicksal des Währungssystems von Bretton Woods wiederholt, besonders deutlich auf.

456. Nach wie vor glaubt man trotz aller sonstigen Vorkehrungen, auf Kapitalverkehrskontrollen nicht verzichten zu können. Freilich werden die üblichen Einschränkungen gemacht, die Kontrollen dürften nicht dazu benutzt werden, unangemessene Wechselkurse aufrechtzuerhalten oder Anpassungsmaßnahmen zu vermeiden. Alle gegenteilige Erfahrung der letzten Jahre hat nicht zu verhindern vermocht, daß einmal mehr davon ausgegangen wird, man sei in der Lage, gleichgewichtsstörende Kapitalbewegungen säuberlich von nützlichen zu trennen und nur erstere zu beschränken. Die Erfahrung, daß auch strenge Kontrollen mit massiven spekulativen Kapitalbewegungen nicht fertig werden konnten, blieb ebenfalls unberücksichtigt. Da im Reformwerk die Möglichkeit zur Kontrolle des Kapitalverkehrs eröffnet werden soll, besteht von Anbeginn die Gefahr, daß das neben dem freien Handel wichtigste Ziel einer Reform des Weltwährungssystems, die Freiheit des Kapitalverkehrs, nicht wieder verwirklicht wird. Das ist besonders bedrückend.

457. Alle Versuche, die Währungsordnung so zu gestalten, daß ein ausreichender Zwang zur Anpassung besteht, sind vergeblich, solange die Währungsreserven nicht knapp gehalten werden, internationale Liquidität also reichlich vorhanden ist. Nach den bisherigen Vorstellungen zur Reform soll deshalb das Sonderziehungsrecht zum wichtigsten Reserveaktivum der Zukunft gekürt werden. Doch hinreichende Lösungen dafür, wie es knapp gehalten werden kann, stehen aus. So ist noch umstritten, wie es definiert werden soll, und in engem Zusammenhang damit, wie es so attraktiv gemacht werden kann, daß es die übrigen Reservemedien verdrängt und daß nicht etwa — bereits erwogenen Vorkehrungen dagegen zum Trotz — nationale Währungen einschließlich des möglicherweise wiedererstarkenden Dollar die den Sonderziehungsrechten zugedachte Rolle übernehmen.

458. Vieles bleibt in der Rohskizze zur Reform noch offen. Hier war auch nicht beabsichtigt, den Entwurf im ganzen und in allen Details zu würdigen, zumal ihn seine Verfasser selbst mit Vorbehalten versehen haben, die dem Stand der Verhandlungen angemessen sind. Was sich als Möglichkeiten für den endgültigen Vorschlag des Ausschusses abzeichnet, gibt jedoch zu der Mahnung Anlaß, die EWG möge das Faustpfand des Block-Floatings nicht herausgeben, ohne dafür die Sicherheit einzutauschen, daß keinesfalls durch das reformierte Weltwährungssystem ihre eigenen, auf Stabilität gerichteten Anstrengungen untergraben werden können.

459. Nichts spricht zwar dagegen, daß sich die EWG ebenso wie die anderen Mitglieder des IWF auf mehr internationale Solidarität einläßt, als es das Floating erfordert. Aber nichts spricht auch dafür, daß sie sich gleichzeitig mit dem Weiterbestehen von Kapitalverkehrskontrollen abfindet, und ein System akzeptiert, das ohne diese Kontrollen nicht auskommt, aber auch mit ihnen von vornherein so labil ist, daß Maßnahmen, die als Notbremsen gedacht sind, wie etwa eine vorübergehende Freigabe der Wechselkurse, eher zur Regel werden, ohne daß dabei die Vorzüge eines Systems flexibler Wechselkurse wirklich genutzt werden könnten.

460. Im Grunde kann nur ein Währungssystem funktionieren, das entweder auf frei beweglichen oder auf unverbrüchlich festen Wechselkursen beruht, oder das zumindest wesentliche Elemente eines Festkurssystems als Stütze enthält.

Es gibt gewichtige Gründe, nicht auf ein System frei beweglicher Wechselkurse für alle Länder der Welt zu vertrauen, die zu respektieren sind. So muß nicht für alle Länder gut sein, was einzelnen Ländern nutzt. Ländern mit stark inflatorischen Tendenzen ist der — vielleicht letzte — Halt gegen die Geldentwertung genommen, wenn sich die Wechselkurse ihrer Währungen allein nach Angebot und Nachfrage richten. Handelt es sich gar um hochindustrialisierte Länder, die durch Handel und Kapitalverkehr eng mit der übrigen Welt verbunden sind, mag das der Welt als Ganzes nicht gleichgültig sein können. Je größer eine Währungszone allerdings ist, desto weniger braucht man für sie zu befürchten, daß sie unter den Wirkungen solcher Entwicklungen zu leiden hat.

Bessere Gründe gibt es nach unserer Ansicht, sich nicht auf ein System von ein für allemal festen Paritäten einzulassen. Denn herrscht in gewichtigeren Ländern Inflation, so können sich die anderen vorübergehend nur unter Opfern und dauernd überhaupt nicht der Übertragung des Inflationsbazillus auf sie selbst erwehren. Die eiserne Disziplin, die ein solches System allen Ländern abfordert, kann heute kaum erwartet werden.

So werden viele Hoffnungen an die neue Zauberformel der „festen, aber anpassungsfähigen Paritäten" geknüpft, die man freilich auch als Leit-

spruch über das Währungssystem von Bretton Woods hätte schreiben können. Wir haben im Zusammenhang mit der Europäischen Währungsunion zu zeigen versucht, daß diese Formel nur hält, was sie verspricht, wenn man sie mit Regeln anfüllt, deren Einhaltung unwiderruflich zugesagt wird (Ziffern 414 ff.). Für die Welt im ganzen brauchen die Regeln nicht so streng zu sein, daß schließlich am Ende eines Weges alle Länder ein gleiches Maß an Stabilität besitzen. Das macht es leichter, ein solches System mit Anpassungsregeln zu akzeptieren. Alle Regeln erfordern jedoch ein Mindestmaß an Disziplin. Das hilft den Schwachen, erfordert aber die Solidarität der Starken. Dagegen wäre nichts einzuwenden, auch von der EWG nicht. Was sich bisher für die Weltwährungsordnung abzeichnet, würde jedoch den Anforderungen, die an ein derartiges Anpassungssystem mit festen Regeln für Paritätsänderungen, deren Einhaltung die Beteiligten zu garantieren hätten, noch nicht gerecht.

Anhang

Seite

I. Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 157

II. Auszug aus dem Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft 159

III. Verzeichnis der Gutachten des Sachverständigenrates 160

IV. Sondergutachten vom 4. Mai 1973: Zur konjunkturpolitischen Lage im Mai 1973 161

V. Mengenindikator, Kosten- und Preisindikator 183

VI. Methodische Erläuterungen 184

VII. Statistischer Anhang 187

I.

Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Vom 14. August 1963 (Bundesgesetzbl. I S. 685)

in der Fassung des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, vom 8. November 1966 (Bundesgesetzbl. I S. 633) — § 6 Abs. 1 —, und des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft, vom 8. Juni 1967 (Bundesgesetzbl. I S. 582) — § 6 Abs. 2

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

(1) Zur periodischen Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und zur Erleichterung der Urteilsbildung bei allen wirtschaftspolitisch verantwortlichen Instanzen sowie in der Öffentlichkeit wird ein Rat von unabhängigen Sachverständigen gebildet.

(2) Der Sachverständigenrat besteht aus fünf Mitgliedern, die über besondere wirtschaftswissenschaftliche Kenntnisse und volkswirtschaftliche Erfahrungen verfügen müssen.

(3) Die Mitglieder des Sachverständigenrates dürfen weder der Regierung oder einer gesetzgebenden Körperschaft des Bundes oder eines Landes noch dem öffentlichen Dienst des Bundes, eines Landes oder einer sonstigen juristischen Person des öffentlichen Rechts, es sei denn als Hochschullehrer oder als Mitarbeiter eines wirtschafts- oder sozialwissenschaftlichen Institutes, angehören. Sie dürfen ferner nicht Repräsentant eines Wirtschaftsverbandes oder einer Organisation der Arbeitgeber oder Arbeitnehmer sein oder zu diesen in einem ständigen Dienst- oder Geschäftsbesorgungsverhältnis stehen. Sie dürfen auch nicht während des letzten Jahres vor der Berufung zum Mitglied des Sachverständigenrates eine derartige Stellung innegehabt haben.

§ 2

Der Sachverständigenrat soll in seinen Gutachten die jeweilige gesamtwirtschaftliche Lage und deren absehbare Entwicklung darstellen. Dabei soll er untersuchen, wie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig Stabilität des Preisniveaus, hoher Beschäftigungsstand und außenwirtschaftliches Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wachstum gewährleistet werden können. In die Untersuchung sollen auch die Bildung und die Verteilung von Einkommen und Vermögen einbezogen werden. Insbesondere soll der Sachverständigenrat die Ursachen von aktuellen und möglichen Spannungen zwischen der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und dem gesamtwirtschaftlichen Angebot aufzeigen, welche die in Satz 2 genannten Ziele gefährden. Bei der Untersuchung sollen jeweils verschiedene Annahmen zugrunde gelegt und deren unterschiedliche Wirkungen dargestellt und beurteilt werden. Der Sachverständigenrat soll Fehlentwicklungen und Möglichkeiten zu deren Vermeidung oder deren Beseitigung aufzeigen, jedoch keine Empfehlungen für bestimmte wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen aussprechen.

§ 3

(1) Der Sachverständigenrat ist nur an den durch dieses Gesetz begründeten Auftrag gebunden und in seiner Tätigkeit unabhängig.

(2) Vertritt eine Minderheit bei der Abfassung der Gutachten zu einzelnen Fragen eine abweichende Auffassung, so hat sie die Möglichkeit, diese in den Gutachten zum Ausdruck zu bringen.

§ 4

Der Sachverständigenrat kann vor Abfassung seiner Gutachten ihm geeignet erscheinenden Personen, insbesondere Vertretern von Organisationen des wirtschaftlichen und sozialen Lebens, Gelegenheit geben, zu wesentlichen sich aus seinem Auftrag ergebenden Fragen Stellung zu nehmen.

§ 5

(1) Der Sachverständigenrat kann, soweit er es zur Durchführung seines Auftrages für erforderlich hält, die fachlich zuständigen Bundesminister und den Präsidenten der Deutschen Bundesbank hören.

(2) Die fachlich zuständigen Bundesminister und der Präsident der Deutschen Bundesbank sind auf ihr Verlangen zu hören.

(3) Die Behörden des Bundes und der Länder leisten dem Sachverständigenrat Amtshilfe.

§ 6

(1) Der Sachverständigenrat erstattet jährlich ein Gutachten (Jahresgutachten) und leitet es der Bundesregierung bis zum 15. November zu. Das Jahresgutachten wird den gesetzgebenden Körperschaften von der Bundesregierung unverzüglich vorgelegt und zum gleichen Zeitpunkt vom Sachverständigenrat veröffentlicht. Spätestens acht Wochen nach der Vorlage nimmt die Bundesregierung gegenüber den gesetzgebenden Körperschaften zu dem Jahresgutachten Stellung. In der Stellungnahme sind insbesondere die wirtschaftspolitischen Schlußfolgerungen, die die Bundesregierung aus dem Gutachten zieht, darzulegen.

(2) Der Sachverständigenrat hat ein zusätzliches Gutachten zu erstatten, wenn auf einzelnen Gebieten Entwicklungen erkennbar werden, welche die in § 2 Satz 2 genannten Ziele gefährden. Die Bundesregierung kann den Sachverständigenrat mit der Erstattung weiterer Gutachten beauftragen. Der Sachverständigenrat leitet Gutachten nach Satz 1 und 2 der Bundesregierung zu und veröffentlicht sie; hinsichtlich des Zeitpunktes der Veröffentlichung führt er das Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft herbei.

§ 7

(1) Die Mitglieder des Sachverständigenrates werden auf Vorschlag der Bundesregierung durch den Bundespräsidenten berufen. Zum 1. März eines jeden Jahres — erstmals nach Ablauf des dritten Jahres nach Erstattung des ersten Gutachtens gemäß § 6 Abs. 1 Satz 1 — scheidet ein Mitglied aus. Die Reihenfolge des Ausscheidens wird in der ersten Sitzung des Sachverständigenrates durch das Los bestimmt.

(2) Der Bundespräsident beruft auf Vorschlag der Bundesregierung jeweils ein neues Mitglied für die Dauer von fünf Jahren. Wiederberufungen sind zulässig. Die Bundesregierung hört die Mitglieder des Sachverständigenrates an, bevor sie ein neues Mitglied vorschlägt.

(3) Die Mitglieder sind berechtigt, ihr Amt durch Erklärung gegenüber dem Bundespräsidenten niederzulegen.

(4) Scheidet ein Mitglied vorzeitig aus, so wird ein neues Mitglied für die Dauer der Amtszeit des ausgeschiedenen Mitglieds berufen; Absatz 2 gilt entsprechend.

§ 8

(1) Die Beschlüsse des Sachverständigenrates bedürfen der Zustimmung von mindestens drei Mitgliedern.

(2) Der Sachverständigenrat wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden für die Dauer von drei Jahren.

(3) Der Sachverständigenrat gibt sich eine Geschäftsordnung.

§ 9

Das Statistische Bundesamt nimmt die Aufgaben einer Geschäftsstelle des Sachverständigenrates wahr. Die Tätigkeit der Geschäftsstelle besteht in der Vermittlung und Zusammenstellung von Quellenmaterial, der technischen Vorbereitung der Sitzungen des Sachverständigenrates, dem Druck und der Veröffentlichung der Gutachten sowie der Erledigung der sonst anfallenden Verwaltungsaufgaben.

§ 10

Die Mitglieder des Sachverständigenrates und die Angehörigen der Geschäftsstelle sind zur Verschwiegenheit über die Beratungen und die vom Sachverständigenrat als vertraulich bezeichneten Beratungsunterlagen verpflichtet. Die Pflicht zur Verschwiegenheit bezieht sich auch auf Informationen, die dem Sachverständigenrat gegeben und als vertraulich bezeichnet werden.

§ 11

(1) Die Mitglieder des Sachverständigenrates erhalten eine pauschale Entschädigung sowie Ersatz ihrer Reisekosten. Diese werden vom Bundesminister für Wirtschaft im Einvernehmen mit dem Bundesminister des Innern festgesetzt.

(2) Die Kosten des Sachverständigenrates trägt der Bund.

§ 12

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

§ 13

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

II.

Auszug aus Bundesgesetzblatt, Jahrgang 1967, Teil I S. 582

Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft

Vom 8. Juni 1967

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

Bund und Länder haben bei ihren wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen die Erfordernisse des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zu beachten. Die Maßnahmen sind so zu treffen, daß sie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig zur Stabilität des Preisniveaus, zu einem hohen Beschäftigungsstand und außenwirtschaftlichem Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wirtschaftswachstum beitragen.

§ 2

(1) Die Bundesregierung legt im Januar eines jeden Jahres dem Bundestag und dem Bundesrat einen Jahreswirtschaftsbericht vor. Der Jahreswirtschaftsbericht enthält:

1. die Stellungnahme zu dem Jahresgutachten des Sachverständigenrates auf Grund des § 6 Abs. 1 Satz 3 des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vom 14. August 1963 (Bundesgesetzbl. I S. 685) in der Fassung des Gesetzes vom 8. November 1966 (Bundesgesetzbl. I S. 633);
2. eine Darlegung der für das laufende Jahr von der Bundesregierung angestrebten wirtschafts- und finanzpolitischen Ziele (Jahresprojektion); die Jahresprojektion bedient sich der Mittel und der Form der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, gegebenenfalls mit Alternativrechnungen;
3. eine Darlegung der für das laufende Jahr geplanten Wirtschafts- und Finanzpolitik.

(2) Maßnahmen nach § 6 Abs. 2 und 3 und nach den §§ 15 und 19 dieses Gesetzes sowie nach § 51 Abs. 3 des Einkommensteuergesetzes und nach § 19 c des Körperschaftsteuergesetzes dürfen nur getroffen werden, wenn die Bundesregierung gleichzeitig gegenüber dem Bundestag und dem Bundesrat begründet, daß diese Maßnahmen erforderlich sind, um eine Gefährdung der Ziele des § 1 zu verhindern.

§ 3

(1) Im Falle der Gefährdung eines der Ziele des § 1 stellt die Bundesregierung Orientierungsdaten für ein gleichzeitiges aufeinander abgestimmtes Verhalten (konzertierte Aktion) der Gebietskörperschaften, Gewerkschaften und Unternehmensverbände zur Erreichung der Ziele des § 1 zur Verfügung. Diese Orientierungsdaten enthalten insbesondere eine Darstellung der gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge im Hinblick auf die gegebene Situation.

(2) Der Bundesminister für Wirtschaft hat die Orientierungsdaten auf Verlangen eines der Beteiligten zu erläutern.

§ 4

. . .

III.
Verzeichnis der Gutachten des Sachverständigenrates

Als Veröffentlichungen des Sachverständigenrates sind bisher erschienen:

Jahresgutachten 1964/65: „Stabiles Geld — Stetiges Wachstum" (am 11. Januar 1965)

Jahresgutachten 1965/66: „Stabilisierung ohne Stagnation" (am 13. Dezember 1965)

Jahresgutachten 1966/67: „Expansion und Stabilität" (am 30. November 1966)

Jahresgutachten 1967/68: „Stabilität im Wachstum" (am 6. Dezember 1967); darin enthalten: Sondergutachten vom März 1967: „Zur Konjunkturlage im Frühjahr 1967"

Jahresgutachten 1968/69: „Alternativen außenwirtschaftlicher Anpassung" (am 4. Dezember 1968)

Jahresgutachten 1969/70: „Im Sog des Booms" (am 3. Dezember 1969); darin enthalten: Sondergutachten vom 30. Juni 1969 und 3. Juli 1968: „Binnenwirtschaftliche Stabilität und außenwirtschaftliches Gleichgewicht"; Sondergutachten vom 25. September 1969; „Zur lohn- und preispolitischen Situation Ende September 1969"; Sondergutachten vom 4. Oktober 1969: „Zur währungspolitischen Situation Anfang Oktober 1969"

Jahresgutachten 1970/71: „Konjunktur im Umbruch — Risiken und Chancen —" (am 3. Dezember 1970); darin enthalten: Sondergutachten vom 9. Mai 1970: „Zur Konjunkturlage im Frühjahr 1970"

Jahresgutachten 1971/72: „Währung, Geldwert, Wettbewerb — Entscheidungen für morgen —" (am 22. November 1971); darin enthalten: Sondergutachten vom 24. Mai 1971: „Zur konjunktur- und währungspolitischen Lage im Mai 1971"

Jahresgutachten 1972/73: „Gleicher Rang für den Geldwert" (am 6. Dezember 1972); darin enthalten: Sondergutachten vom 3. Juli 1972: „Zur währungspolitischen Lage im Juli 1972"

Das Sondergutachten vom 4. Mai 1973: „Zur konjunkturpolitischen Lage im Mai 1973" ist im Anhang dieses Jahresgutachtens enthalten.

Alle Veröffentlichungen sind im W. Kohlhammer-Verlag Stuttgart—Mainz erschienen.

IV.

SACHVERSTÄNDIGENRAT

zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Sondergutachten vom 4. Mai 1973

Zur konjunkturpolitischen Lage im Mai 1973

1. Ein steiler konjunktureller Aufschwung und die abermals beschleunigte inflatorische Entwicklung haben die Volkswirtschaft in eine Situation gebracht, der gegenüber das, was stabilisierungspolitisch geschieht, als unzureichend erscheint. Mehr und mehr nimmt die Nachfrageexpansion boomartige Züge an: Sie führt die Wirtschaft über den Pfad stetigen Wachstums hinaus und bringt diese auf den Weg der konjunkturellen Übersteigerung, welche dann wiederum die Gefahr eines späteren Rückschlages enthält. Der inflatorische Preisanstieg hat bedrohliche Formen angenommen, und ein Ende der Geldentwertung ist weniger denn je abzusehen. Stärker noch, als wir es in unserem Jahresgutachten 1972 erwarten mußten, sind die der Wirtschaftspolitik im Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft vorgegebenen Ziele gefährdet. In der Situation liegen auch Gefahren für den sozialen Frieden, denen der Grundsatz, jeder, der wirtschaftliche Macht und damit gesamtwirtschaftliche Verantwortung trage, solle um der wirtschaftlichen Stabilität willen seine Interessen mit Zurückhaltung verfolgen, wahrscheinlich nicht gewachsen sein wird.

Unter diesen Umständen sieht sich der Rat veranlaßt, der Bundesregierung gemäß § 6 Abs. 2 des Sachverständigenratsgesetzes ein zusätzliches Gutachten zu erstatten.

Lage und Aussichten

2. Die gewandelte stabilisierungspolitische Szene gibt Anlaß, Klarheit darüber zu gewinnen, wo die Wirtschaft gegen Ende des Jahres womöglich steht, wenn die Politik der gegenwärtigen Entwicklung ihren Lauf läßt. Wir haben daher unsere Status-quo-Prognose vom vergangenen Herbst überprüft. Die kräftige Ausweitung der Gesamtausgaben, die unsere revidierte Prognose ausweist (siehe Tabelle), spiegelt die zunehmende Bereitschaft aller wider, mehr Güter bei stark steigenden Preisen nachzufragen. Das nominale Sozialprodukt dürfte um 14 vH größer sein als 1972. Dem steht ein realer Zuwachs der gesamtwirtschaftlichen Produktion von 7 vH gegenüber; soviel halten wir für möglich, weil sich der Nachfrageboom vorerst auf die Investitionsgüterhersteller konzentriert, die noch über die meisten Kapazitätsreserven verfügen, und weil der seit längerem bestehende Rationalisierungsdruck den Produktivitätsfortschritt fördert. Der Geldwertschwund wird weiter zunehmen; die Verbraucher haben im Jahresdurchschnitt mit einem Kaufkraftverlust von annähernd 7 vH zu rechnen. Die hohen Gesamtausgaben, die Einnahmen der Unternehmen sind, lassen die Gewinne rasch steigen, obwohl auch höhere Löhne gefordert und gewährt werden. Die Zunahme der Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (17 vH) übertrifft die der Lohneinkommen (13½ vH) deutlich. Nach Abzug der Abgaben an den Staat ist dieser Unterschied noch größer.

3. Boom und Inflation, dieses Siegel trägt somit die Rechnung, welche unserer Prognose zufolge von der nächsten Zukunft ausgestellt wird. Man hat das eine nicht nur als Ausdruck des anderen zu sehen. Es wäre falsch, die Zahlen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung so zu lesen, als wären es vornehmlich oder gar ausschließlich konjunkturell, also kurzfristig bestimmte Veränderungen der Nachfrage, die, über den realen Produktionsspielraum hinausgehend, den allseits beklagten Preisauftrieb erzeugen. Der Boom ist als Entartung eines konjunkturellen Aufschwungs ein zyklisches Element. Die Inflation hingegen ist längst großenteils zu einem Trendphänomen geworden, zu einem Vorgang also, der sich insoweit über das Auf und Ab der Konjunktur hinweg vollzieht. Beide Elemente stimulieren sich gegenseitig, haben jedoch auch ihre eigene Dynamik, leben von verschiedenen Wurzeln her. Sowohl die konjunkturelle Dynamik als auch die inflatorische Dynamik der aktuellen Entwicklung muß gesehen werden, denn ihr Nebeneinander und Miteinander machen einen Großteil der besonderen Schwierigkeiten aus, mit denen gegenwärtig zu rechnen hat, wer den absehbaren Fehlentwicklungen noch in der Hoffnung auf einen baldigen Erfolg entgegentreten will.

4. Die Probleme des Jahres 1973 machen erneut deutlich, wie sehr bei hoher außenwirtschaftlicher Verflechtung das wirtschaftliche Geschick eines einzelnen Landes von seinen Handelspartnern mitbestimmt wird. Angeregt durch eine Welle von Auslandsaufträgen, die trotz der neuerlichen Höherbewertung der D-Mark bislang nichts von ihrem Schwung verloren hat, verstärkte die Industrie ihre zuvor verhaltene Investitionstätigkeit rasch. Die Nachfrageexpansion griff vom Auslandsgeschäft auf das Inlandsgeschäft über. Inzwischen konkurrieren inländische und ausländische Ansprüche verschärft

Die wichtigsten Daten der Volkswirt

Schätzung für das 1. Halbjahr 1973

Absolute Werte

	Einheit	1971	1972	1973	1972		1973	
					1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
Verwendung des Sozialprodukts								
Privater Verbrauch	Mrd. DM	409,6	448,5	500,6	210,4	238,1	234,0	266,6
Staatsverbrauch	Mrd. DM	130,7	147,1	167,1	68,3	78,8	77,6	89,5
Bruttoanlageinvestitionen	Mrd. DM	203,1	214,5	247,0	100,9	113,7	111,7	135,4
Ausrüstungen	Mrd. DM	91,1	92,5	107,1	44,8	47,7	50,8	56,3
Bauten	Mrd. DM	112,0	122,1	139,9	56,1	66,0	60,9	79,1
Vorratsveränderung	Mrd. DM	+ 5,3	+ 5,1	+18,0	+10,6	−5,5	+16,0	+2,0
Außenbeitrag	Mrd. DM	+10,2	+13,3	+10,9	+ 5,4	+7,9	+ 5,4	+5,5
Ausfuhr	Mrd. DM	173,1	188,3	219,2	89,7	98,6	104,7	114,5
Einfuhr	Mrd. DM	162,9	175,0	208,3	84,3	90,7	99,3	109,0
Bruttosozialprodukt in jeweiligen Preisen	Mrd. DM	758,9	828,5	943,7	395,6	432,9	444,7	499,0
Preisentwicklung								
Privater Verbrauch	1962 = 100	130,0	137,6	147,0	135,8	139,2	145,3	148,4
Bruttoanlageinvestitionen	1962 = 100	138,7	143,8	150,8	142,4	145,1	147,9	153,5
Bruttosozialprodukt	1962 = 100	139,5	148,0	157,4	145,7	150,2	153,8	160,7
Entstehung des Sozialprodukts								
Erwerbstätige	1 000	27 098	26 890	27 065	26 789	26 991	26 861	27 271
Arbeitszeit	Stunden	.	.	.	.	.	.	.
Arbeitsvolumen	Mrd. Std.	.	.	.	.	.	.	.
Produktivität	DM je Std.	.	.	.	.	.	.	.
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1962	Mrd. DM	544,7	561,0	600,8	272,1	288,9	289,6	311,2
Verteilung des Volkseinkommens								
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	Mrd. DM	400,2	438,9	498,1	209,3	229,6	236,9	261,2
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (einschließlich Staat)	Mrd. DM	182,6	195,5	228,4	91,6	103,9	102,8	125,6
Nettosozialprodukt zu Faktorkosten (Volkseinkommen)	Mrd. DM	582,8	634,4	726,5	300,9	333,5	339,7	386,8
Nettoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	Mrd. DM	267,5	291,8	318,3	142,7	149,1	154,6	163,7
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (ohne Staat)	Mrd. DM	140,9	152,1	177,7	72,4	79,6	78,4	99,3
Laufende Übertragungen vom Staat	Mrd. DM	95,9	109,5	121,6	53,8	55,7	58,6	63,0
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	Mrd. DM	469,8	523,0	577,3	241,4	281,5	264,4	312,9

schaftlichen Gesamtrechnungen

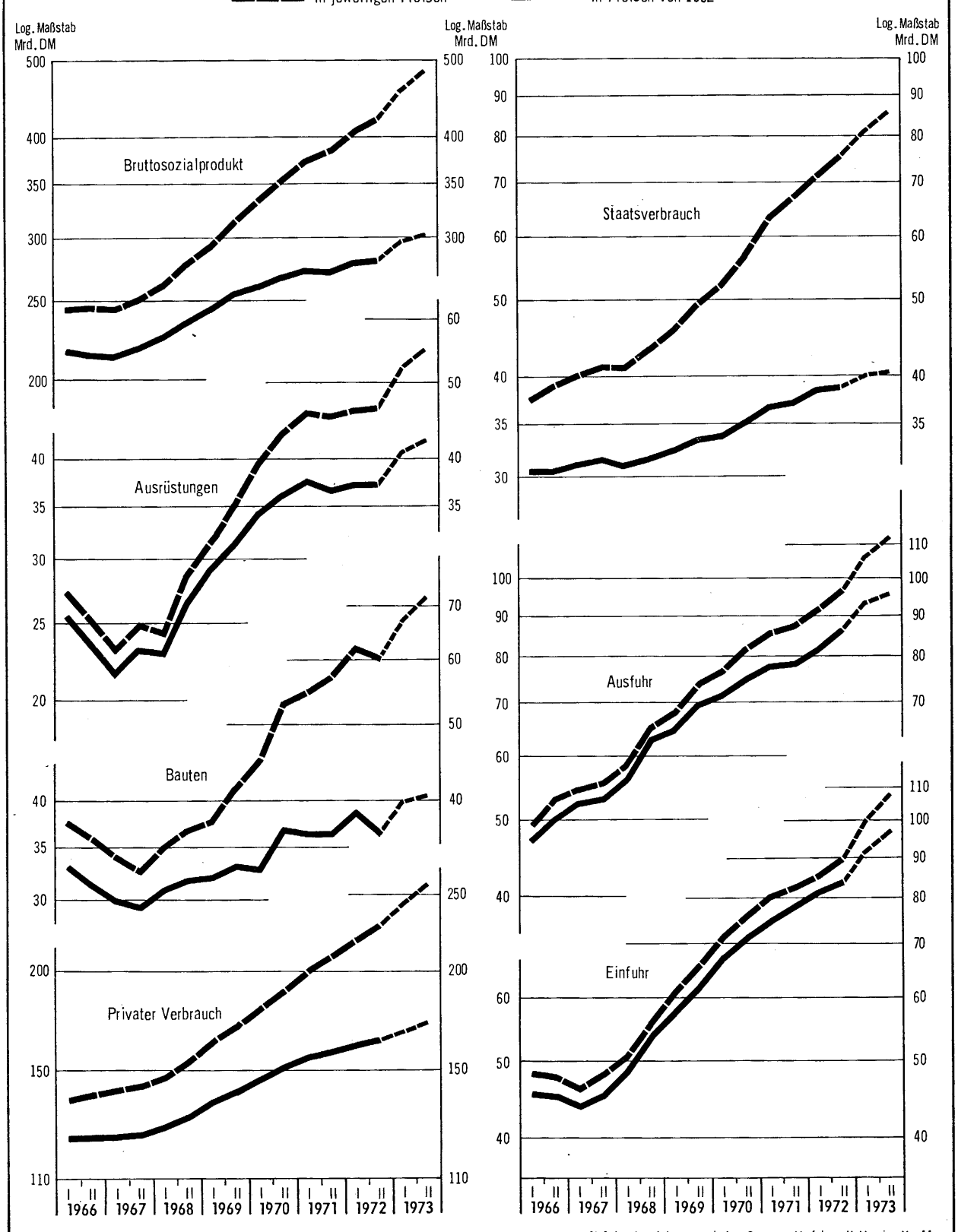
und Prognose für das 2. Halbjahr 1973 [1])

Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH

	1971	1972	1973	1972		1973	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
Verwendung des Sozialprodukts							
Privater Verbrauch	+11,0	+ 9,5	+11½	+ 9,3	+ 9,6	+11	+12
Staatsverbrauch	+19,8	+12,6	+13½	+12,7	+12,5	+13½	+13½
Bruttoanlageinvestitionen	+12,2	+ 5,6	+15	+ 7,0	+ 4,4	+10½	+19
Ausrüstungen	+ 9,9	+ 1,5	+16	+ 0,3	+ 2,6	+13½	+18
Bauten	+14,1	+ 9,0	+14½	+13,0	+ 5,7	+ 8½	+20
Vorratsveränderung	.	.	.	.	.	.	.
Außenbeitrag	.	.	.	.	.	.	.
Ausfuhr	+ 9,2	+ 8,8	+16½	+ 6,3	+11,1	+16½	+16
Einfuhr	+10,5	+ 7,4	+19	+ 6,1	+ 8,6	+18	+20
Bruttosozialprodukt in jeweiligen Preisen	+10,7	+ 9,2	+14	+ 9,3	+ 9,0	+12½	+15½
Preisentwicklung							
Privater Verbrauch	+ 5,2	+ 5,8	+ 7	+ 5,4	+ 6,2	+ 7	+ 6½
Bruttoanlageinvestitionen	+ 7,4	+ 3,7	+ 5	+ 4,5	+ 3,1	+ 4	+ 6
Bruttosozialprodukt	+ 7,7	+ 6,1	+ 6½	+ 6,8	+ 5,4	+ 5½	+ 7
Entstehung des Sozialprodukts							
Erwerbstätige	− 0,1	− 0,8	+ ½	− 1,0	− 0,6	+ ½	+ 1
Arbeitszeit [2])	− 1,3	− 0,6	+ 0	− 0,5	− 0,8	+ 0	+ ½
Arbeitsvolumen	− 1,4	− 1,4	+ 1	− 1,5	− 1,4	+ ½	+ ½
Produktivität	+ 4,1	+ 4,5	+ 6	+ 4,2	+ 4,9	+ 6	+ 6½
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1962	+ 2,6	+ 3,0	+ 7	+ 2,6	+ 3,4	+ 6½	+ 7½
Verteilung des Volkseinkommens							
Bruttoeinkommen							
aus unselbständiger Arbeit	+13,3	+ 9,7	+13½	+ 9,5	+ 9,8	+13	+14
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (einschließlich Staat)	+ 3,7	+ 7,1	+17	+ 7,9	+ 6,4	+12	+21
Nettosozialprodukt zu Faktorkosten (Volkseinkommen)	+10,1	+ 8,9	+14½	+ 9,0	+ 8,7	+13	+16
Nettoeinkommen							
aus unselbständiger Arbeit	+10,7	+ 9,1	+ 9	+10,4	+ 7,8	+ 8½	+10
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (ohne Staat)	+ 2,9	+ 7,9	+17	+12,0	+ 4,5	+ 8½	+24½
Laufende Übertragungen vom Staat	+11,5	+14,2	+11	+14,1	+14,4	+ 9	+13
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	+11,2	+11,3	+10½	+12,3	+10,5	+ 9½	+11

[1]) Veränderungsraten gerundet.
[2]) Einschließlich Veränderung der Arbeitstage.

ENTWICKLUNG WICHTIGER KOMPONENTEN DES SOZIALPRODUKTS
— SCHÄTZUNG FÜR DAS 1. HALBJAHR 1973 UND PROGNOSE FÜR DAS 2. HALBJAHR 1973 —
Saisonbereinigter Verlauf [1]



SR 73279

1) Saisonbereinigung nach dem Census – Verfahren II, Version X – 11.

um das vorhandene Produktionspotential. Der Bedarf an Importgütern steigt entsprechend stark an. Auch er trifft mehr und mehr auf Angebotsengpässe, da sich fast alle westlichen Industrieländer seit Herbst 1972 ebenfalls in einer verstärkten konjunkturellen Expansion befinden.

Im Zuge des zugleich weltweit beschleunigten Preisauftriebs verteuern sich Importgüter, vor allem Rohstoffe und sonstige Vorprodukte, ungewöhnlich rasch; im März 1973 kosteten sie nahezu 12 vH mehr als vor Jahresfrist. Die Unternehmen sehen sich dadurch, ungeachtet der veränderten Währungsrelationen, nicht allein im Inlandsabsatz immer weniger zu preispolitischer Zurückhaltung veranlaßt; sie gewinnen überdies im Ausland neue Preiserhöhungsspielräume hinzu, die sie ebenfalls kräftig nutzen. So übertragen sich die inflationären Impulse wechselseitig.

5. Nachfrageflut und Preissteigerungen eröffnen den Unternehmen Gewinnaussichten, die ihre Investitionsneigung weiter erhöhen; ihre Liquiditätsausstattung sorgt dafür, daß ihren Plänen von der Finanzierung her vorerst keine engen Grenzen gesetzt sind. So verstärkt sich die Nachfrage nach Investitionsgütern kumulativ, wobei zunehmende Lieferfristen für solche Güter als Signal dafür angesehen werden, möglichst bald zu investieren, um nicht Gefahr zu laufen, morgen nicht mehr zum Zuge zu kommen und Gewinnchancen zu vergeben. Da jedoch alle gleichzeitig ihre Kapazitäten ausweiten wollen, werden die vorhandenen Produktionsspielräume nur um so knapper, und der Preisauftrieb erhält neue Nahrung.

6. Die öffentlichen Haushalte, die sich seit Jahren stark expansiv verhalten, haben bisher nicht vor, ihren Kurs grundlegend zu ändern. Die kräftig steigenden, inflatorisch aufgeblähten Einkommen und Ausgaben der Privaten bescheren den Gebietskörperschaften hohe zusätzliche Steuereinnahmen. Im Jahre 1973 insgesamt dürften es 5½ Mrd. DM mehr sein, als noch im Februar 1973, auf der Zielprojektion der Bundesregierung basierend, geschätzt und der Finanzplanung zugrunde gelegt worden ist. Gleichzeitig werden die Ausgabenansätze erhöht; sie lassen die Orientierungsgröße, die vom Finanzplanungsrat gesetzt worden war — 10½ vH für den Ausgabenzuwachs —, weit hinter sich. Überdies hat sich der Betrag geändert, den diese Zuwachsrate für das Haushaltsvolumen 1973 bedeutet. Denn sie bezieht sich inzwischen auf eine höhere Ausgangsbasis, weil die Gebietskörperschaften 1972 mehr ausgegeben haben, als der Finanzplanungsrat bei seiner Empfehlung im September 1972 angenommen hatte. Für unsere Prognose haben wir angesetzt, daß die Ausgaben der öffentlichen Haushalte 1973 trotz dieses Basiseffektes, der immerhin rund 3 Mrd. DM ausmacht, um fast 12 vH höher sein werden als 1972.

7. Am deutlichsten weichen die Länder mit einem durchschnittlichen Ausgabenzuwachs von voraussichtlich 14 vH von der Empfehlung des Finanzplanungsrates ab, allerdings mit großen Unterschieden; einzelne Länder wollen ihre Ausgaben um rund 17 vH ausdehnen, andere sich mit einem Zuwachs von 11 vH begnügen. Auch die Gemeinden werden, vor allem durch die Kostensteigerungen bei Personal und Investitionen bedingt, ihre Ausgaben verstärkt ausweiten. Nur der Bund scheint sich von diesem Bild abzuheben, indem er an dem Haushaltsvolumen von 120,4 Mrd. DM festhält, das er im Herbst 1972 geplant hat; das wäre ein Zuwachs um 9,7 vH gegenüber dem Vorjahr. In den ausgewiesenen Zahlen bleibt der tatsächliche Ausgabenbedarf jedoch verborgen. So schonte der Bund sein Haushaltsvolumen für 1973, indem er im Dezember 1972, nachdem gerade der Haushaltsplan verabschiedet war, Zuschüsse an die Bundesbahn (1,2 Mrd. DM) überplanmäßig noch in den Haushalt des Jahres 1972 vorzog. Außerdem entlastet er den laufenden Haushalt, indem er sich 2,5 Mrd. DM der Zuschüsse an die Sozialversicherung stunden läßt, um für andere Zwecke entsprechend mehr ausgeben zu können, während zugleich die Ausgaben der Sozialversicherung von der Stundung unberührt bleiben. Schließlich läßt der Bund gegen Übernahme des Schuldendienstes Finanzhilfen für den Krankenhausbau außerhalb des Haushalts von Kreditinstituten aufbringen. Berücksichtigt man all dies beim Vergleich mit dem Vorjahr, in dem solche Vorgänge geringeres Gewicht hatten, so ergibt sich für das erweiterte Haushaltsvolumen eine Zuwachsrate von rd. 13 vH.

8. Für die öffentlichen Haushalte insgesamt schätzen wir das Ausgabenvolumen des Jahres 1973 auf 282 Mrd. DM. Zur Beurteilung der damit verbundenen konjunkturellen Effekte stützen wir uns auf das Konzept des konjunkturneutralen Haushalts. Danach hat, von einer konjunkturneutralen Basis aus gerechnet, eine Zunahme der Staatsausgaben dann als konjunkturneutral zu gelten, wenn sie dem Wachstum des Produktionspotentials folgt, vermehrt oder vermindert um den Betrag, der einer Änderung der volkswirtschaftlichen Steuerquote entspricht. Unter Berücksichtigung der unvermeidlichen Preissteigerungen ergibt sich hieraus für 1973 ein konjunkturneutrales Haushaltsvolumen von 275½ Mrd. DM. Die zu erwartenden Ausgaben übertreffen diesen Wert um 6½ Mrd. DM. Bezieht man in das Ausgabenvolumen die von der Sozialversicherung gestundeten Zuschüsse ein, so erhöht sich die Differenz auf 7½ Mrd. DM [1]). Sie läßt das Ausmaß der expansiven Effekte erkennen, die im Jahre 1973 vom öffentlichen Haushalt auf die übrige Wirtschaft ausgehen.

9. Die starke Expansion der Einkommen, die sich für 1973 abzeichnet, ist gleichermaßen Ausfluß wie Quelle des raschen Konjunkturaufschwungs und der beschleunigten Geldentwertung. Vor allem die Einkommen der Unternehmen erhöhen sich kräftig; angesichts geringer Kapazitätsreserven ist das diesmal jedoch weniger Folge einer ausgeprägten Mengen-

[1]) Die Differenz beträgt weniger als die 1973 gestundeten 2,5 Mrd. DM, da auch im Basisjahr der Rechnung, allerdings in geringerem Umfang, die Zahlung von Zuschüssen ausgesetzt wurde.

konjunktur als vielmehr Folge der Preiserhöhungsspielräume, die der ungezügelte Nachfragesog fortlaufend neu schafft. Auch die Arbeitseinkommen steigen stärker, als es nach den zurückhaltenden Tarifabschlüssen zu Beginn des Jahres, die noch mehr auf Stabilität in den Preisen setzten, den Anschein hatte. Hierin spiegeln sich neben vermehrten Überstundenentgelten insbesondere übertarifliche Lohnzugeständnisse, die angesichts des zunehmenden Arbeitskräftemangels von den Unternehmen bereitwillig geleistet werden. Zum anderen sind aber auch die Gewerkschaften verstärkt darum bemüht, über höhere Löhne den Anschluß an den raschen Produktivitätsanstieg und die beschleunigte Geldentwertung zu finden. All dies wird jedoch nicht verhindern können, daß sich 1973 die Einkommensschere deutlich zugunsten der Gewinneinkommen öffnen wird, insbesondere was die Nettoeinkommen anbelangt. Hier ist bei den Zuwachsraten allerdings eine Verzerrung in Rechnung zu stellen, die dadurch bewirkt wird, daß die Arbeitnehmereinkommen im Vorjahr infolge der Rückzahlung des Konjunkturzuschlags netto besonders stark zunahmen, während sich bei den Unternehmereinkommen durch umfangreiche Abschluß- und Vorauszahlungen an den Fiskus der umgekehrte Effekt einstellte.

Einkommenssteigerungen und Preissteigerungen lassen auch die Ausgaben für den privaten Verbrauch kräftig steigen. Nicht ausgemacht ist, inwieweit die Nachfrage dabei die Preise treibt und inwieweit die Preise die Nachfrage fördern. Die ausgeprägte Neigung zum Erwerb langlebiger Verbrauchsgüter deutet immerhin auf den Versuch der Haushalte hin, den Preissteigerungen zuvorzukommen. Etwa die Hälfte des nominalen Ausgabenzuwachses wird 1973 durch Preissteigerungen aufgezehrt werden.

10. Die von uns prognostizierte starke Expansion der Gesamtausgaben erwarten wir trotz der Annahme, daß die Bundesbank ihren seit längerem verfolgten restriktiven Kurs beibehält. Die Kreditschöpfungsfähigkeit der Banken ist stark verringert, da die freien Liquiditätsreserven der Kreditinstitute fast vollständig abgebaut sind. Die monetären Märkte sind angespannt und die Zinssätze steigen. Doch so knapp die Liquidität bei den Banken ist, reichlich ist noch die Liquidität der Wirtschaft. In den ersten Monaten dieses Jahres haben die Bankguthaben der Wirtschaft stark zugenommen, und diese Mittel stehen den Unternehmen zur Finanzierung von Ausgaben zur Verfügung. Der mit dem Aufschwung zunehmende Ausgabengleichschritt gestattet es den Unternehmen zudem, mit relativ geringen Kassenbeständen auszukommen. Der Anteil der mit Kredit finanzierten Zahlungen an den Gesamtzahlungen nimmt daher eher ab als zu. Schließlich wird auch ein mäßiger Zinsanstieg die Investitionsneigung kaum dämpfen. Zum einen ist bei den gegebenen hohen Preissteigerungsraten die Realzinsbelastung gering, zum anderen rechnen Unternehmen angesichts der boomartigen Nachfrageexpansion wohl damit, höhere Kreditkosten in ihren Preisen weitergeben zu können.

Zur stabilisierungspolitischen Situation

11. Daß der konjunkturelle Aufschwung 1973 an Kraft gewinnen und die Geldwertstabilität verstärkt gefährdet sein würde, war vorauszusehen und ist vorausgesehen worden, auch von den wirtschaftspolitischen Instanzen. Nicht vorausgesehen wurde lediglich das außerordentliche Tempo der Nachfrageexpansion. Doch seit Ende 1972, und von Monat zu Monat mehr, ist die Dringlichkeit einer umfassend angelegten restriktiven Konjunkturpolitik offensichtlich. Die Erfahrungen mit der Dynamik konjunktureller Aufschwünge lehren, daß eine dämpfende Politik frühzeitig einsetzen muß, soll es gelingen, ohne außergewöhnliche Maßnahmen die Auftriebskräfte unter Kontrolle zu halten. Diesmal kam hinzu, daß die hohen Geldentwertungsraten im Gefolge des letzten Booms den nachfolgenden leichten konjunkturellen Abschwung überdauert hatten, was bei Beginn des neuen Aufschwungs dafür sprach, eine Zunahme in der Auslastung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials wenn irgend möglich hinauszuzögern, um für eine Tendenzwende in der Preisentwicklung Zeit zu gewinnen.

Obwohl all dies im wesentlichen unstreitig war, sind mehrere Monate kostbarer Zeit durch Zuwarten und Schwierigkeiten der politischen Willensbildung verloren gegangen, Monate, in denen die Last restriktiver Bemühungen allein bei der monetären Politik lag. Als die Bundesregierung mit dem Jahreswirtschaftsbericht ihre gesamtwirtschaftlichen Zielvorstellungen für das Jahr 1973 darlegte, war schon offenkundig, daß die angestrebten Zielgrößen wahrscheinlich gar nicht mehr erreichbar waren, zumindest nicht mit Hilfe des im Jahreswirtschaftsbericht vorgesehenen Stabilisierungsprogramms. Seither hat nicht einmal dies Wenige den Entscheidungsprozeß passiert, und es ist nicht abzusehen, ob es ihn überhaupt passieren wird.

Ungünstige Umstände, Sünden der Vergangenheit, aber wohl auch Mangel an Durchsetzungskraft des stabilitätspolitischen Wollens sind zusammengekommen und haben die Chance für eine baldige Rückkehr zu mehr Geldwertstabilität noch einmal gravierend verschlechtert.

12. Die Enttäuschung hierüber ist um so größer, als von der **Einkommenspolitik** her zu Beginn des Jahres gute Voraussetzungen für einen stabilitätspolitischen Teilerfolg geschaffen worden waren. Die wichtigen Tarifabschlüsse zur Jahreswende — betroffen waren 60 vH aller Arbeitnehmer — brachten Lohnerhöhungen, die zwar nicht stabilitätskonform im strengen Sinne des Wortes genannt werden können, in denen jedoch nicht mehr als die für 1973 im großen und ganzen unvermeidlich erscheinenden Preissteigerungen vorweggenommen waren. Die Arbeitnehmerorganisationen zeigten sich also bereit, auf den Erfolg einer Stabilitätspolitik zu setzen, die in dieser Zeit allenfalls den Zielen und Versprechungen der Regierung, nicht aber auch schon den beschlossenen Maßnahmen nach erkennbar war. Die Regierung hat selbst stark auf ein solches Verhalten gedrängt. Alles kam nun darauf an, die Nachfrage-

expansion so zu begrenzen, daß sie zu der erreichten Abschwächung des Kostendrucks paßte, und nicht die Kosteninflation der zurückliegenden Jahre erneut in eine Nachfrageinflation umschlüge. Im Jahre 1968, zu Beginn des vorigen Aufschwungs, war dies versäumt und damit der Stabilisierungserfolg der Rezession 1966/67 verschenkt worden. Diesmal mißlang es wiederum. Bei stürmischer Expansion der Nachfrage schwächte sich der Preiswettbewerb ab; die Preisentwicklung verlor weithin den Kontakt mit der Kostenentwicklung. Daraus ergibt sich eine Schere in der Einkommensentwicklung der Arbeitnehmer und der Selbständigen, welche die Grundlage der Tarifabschlüsse vom Jahresanfang zerstört und die Einkommenspolitik in ein Dilemma gebracht hat. Einerseits ist die Stabilitätspolitik, solange sie nicht kapituliert, nach wie vor dringend darauf angewiesen, daß eine starke Zunahme der Lohnsteigerungsraten und damit der Lohnkosten vermieden werden kann. Andererseits führt eine abrupte Änderung der Verteilungsrelationen zu sozialen Spannungen, die in explosiver Entladung enden können, sei es im außertariflichen Bereich, sei es bei den nächsten Tarifverhandlungen. Kommt es dabei zu Übersteigerungen wie im vorangegangenen Zyklus, so ist für die Stabilität mehr verloren, als durch die anfängliche Zurückhaltung gewonnen wurde. In jedem Falle würde es eine schwere Vorbelastung für die Möglichkeiten künftiger Stabilitätspolitik darstellen, wenn die Bereitschaft zu einer stabilitätskonformen Lohnpolitik vom Markt nicht honoriert wird. Folgen die autonomen Gruppen einem stabilitätspolitischen Appell der Regierung, so darf sich dies, wenn irgend möglich, für die Betreffenden nicht als Nachteil erweisen; anderenfalls sind solche Appelle eher schädlich als nützlich; man ließe die Gruppen besser in voller eigener Verantwortung handeln.

Inzwischen ist zwar, wie erwähnt (Ziffer 9), die Anpassung der Lohnentwicklung an die veränderte konjunkturelle Lage im Gange — zu Lasten der Stabilisierungschancen, zugunsten des Arbeitsfriedens. Doch unserer Prognose zufolge wird es — im zweiten Halbjahr 1973 mit Sicherheit — immer noch zu einer außergewöhnlichen Diskrepanz in der Einkommensentwicklung kommen. Man mag geltend machen, daß ein Voraneilen der Gewinne und Vermögenseinkommen in einer Konjunkturphase wie der jetzigen als vollkommen normal anzusehen sei, ebenso daß der gegenwärtigen Entwicklung eine entgegengesetzte drastische Umverteilung zugunsten der Arbeitnehmer in den Jahren 1970/71 vorangegangen sei, so daß eine gewisse Normalisierung ohnehin nur eine Frage der Zeit zu sein schien. All dies trifft sicherlich zu. Beunruhigend bleibt jedoch das Ausmaß, um das es geht. Es ist Ausdruck der in der gegenwärtigen Nachfrageexpansion angelegten erneuten konjunkturellen Übersteigerung, nicht Ausdruck einer Tendenz zum Gleichgewicht. Birgt aber die Entwicklung neue Ungleichgewichte, so ist keine Beruhigung des Verteilungskampfes, der im Kern des inflatorischen Prozesses steht, abzusehen.

13. Das Dilemma der einkommenspolitischen Situation strahlt lähmend auf die **Finanzpolitik** aus. Unumstritten war allenthalben, daß für 1973 expansiv wirkende öffentliche Haushalte keinesfalls konjunkturgerecht sein würden. Dieses Prädikat verdiente, je nach der Last, welche der monetären Politik zugemutet werden konnte, allenfalls ein konjunkturneutraler, eher ein kontraktiver Gesamthaushalt. Angesichts der geringen Chancen für eine mäßige Steigerung der öffentlichen Ausgaben bedingte dies von vornherein merkliche, nach Möglichkeit dauerhafte Einnahmeverbesserungen, durch welche die private Nachfrage in dem Maße zurückgedrängt würde, wie der Staat erhöhte Ansprüche an das Produktionspotential geltend machte. Für Steuererhöhungen ohne längeres Gesetzgebungsverfahren stellt das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz die Möglichkeit des Konjunkturzuschlags zur Einkommen- und Körperschaftsteuer bereit. Gleichwohl wurde das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz wieder nicht in Anspruch genommen. Der Staat schreckte gegenüber den Ankündigungen zurück, daß eine Belastung gemäß § 26 Stabilitäts- und Wachstumsgesetz neue und erhöhte Lohnforderungen nach sich ziehen werde, durch die sich die Arbeitnehmer für einen steuerlichen Eingriff in ihre Einkommen schadlos zu halten versuchen würden. Unter günstigeren verteilungspolitischen Umständen wäre es vielleicht selbstverständlich gewesen, wenn der Staat die fehlende Einwilligung der zu Besteuernden weniger wichtig genommen, sich vielmehr dagegen verwahrt hätte, daß die Arbeitnehmerorganisationen ihr Machtprivileg im Rahmen der Tarifautonomie dafür nutzen wollen, ihn an der Anwendung eines Gesetzes zu hindern, das eigens für wirtschaftliche Situationen wie die gegenwärtige geschaffen worden ist und das sozialen Gesichtspunkten durchaus Rechnung trägt, indem es eine konjunkturell begründete zusätzliche Steuerlast entsprechend der Steuerbelastung differenziert, wie sie sich aus dem Einkommensteuertarif ergibt. Doch in dem Maße, wie die Beschleunigung des Preisauftriebs den lohnpolitischen Kurs der Gewerkschaften zu desavouieren begann, mußte wohl anerkannt werden, daß nicht etwa ungebührlicher Machtanspruch großer Gruppen, sondern das verständliche Bewußtsein schierer Ungerechtigkeit beim einzelnen Arbeitnehmer einem unmodifizierten allgemeinen Konjunkturzuschlag zur Einkommen- und Körperschaftsteuer entgegenstand.

Die Bundesregierung ist angesichts dieser Probleme auf die Erhebung einer Stabilitätsabgabe für die Bezieher hoher Einkommen sowie die Erhöhung der Mineralölsteuer ausgewichen, zwei Maßnahmen, denen wesentlich geringere verteilungspolitische Widerstände entgegenstehen, deren Entzugseffekte jedoch einem 10prozentigen Konjunkturzuschlag gemäß § 26 Stabilitäts- und Wachstumsgesetz nicht vergleichbar sind.

14. Während versucht wurde, durch eine, wenn auch bescheidene, aktive Einnahmepolitik die Ausgabenpolitik des Staates von ihrer antizyklischen Aufgabe zu entlasten und sie damit trotz des konjunkturellen Aufschwungs für eine stetige Expansion freizumachen, sind wie erwähnt die Ausgabenansätze der öffentlichen Haushalte, insbesondere die

der Länder, laufend nach oben korrigiert worden. Die Erwartung verminderter expansiver Wirkungen der Haushalte, die sich auf Grund der geplanten Steuererhöhungen ergeben hatte, wurde auf diese Weise vollständig zunichte gemacht. Die für 1973 geplanten öffentlichen Haushalte stellen sich heute als fast ebenso expansiv dar, wie es im Herbst 1972 befürchtet werden mußte (Ziffer 8).

Der Sachverständigenrat hat Vertreter der Bundesregierung sowie einiger Länderregierungen zu der Frage gehört, inwieweit die derzeitigen Ausgabenansätze unabweisbar sind. Ihm ist mit im einzelnen eindrucksvollen Argumenten dargelegt worden, in wie hohem Maße die vorgesehenen Ausgaben auf rechtlichen Bindungen beruhen und daß der geringe darüber hinaus bestehende Spielraum nur für die allerdringlichsten Vorhaben ausreiche. Der Sachverständigenrat kann solchen Darlegungen nicht im einzelnen nachgehen; er sieht dies auch nicht als seine Aufgabe an, zumal es ihm nicht zusteht, über die relative Dringlichkeit einzelner Staatsaufgaben zu urteilen. Da die Aufgaben der Gebietskörperschaften verschieden sind, schließt diese Abstinenz im allgemeinen auch ein, daß wir nicht die Haushaltspolitik der einzelnen Ebenen stabilitätspolitisch würdigen, sondern die der Gebietskörperschaften insgesamt, im übrigen nur berichten. Diese Einräumungen nehmen jedoch den folgenden Feststellungen nichts von ihrem Gewicht.

Die erwähnte ausgabenpolitische Empfehlung des Finanzplanungsrates, in dem Bund und Länder zur Koordination der Haushaltspolitik zusammenwirken, hat im September 1972, also zu einem Zeitpunkt, zu dem üblicherweise der Haushaltsbedarf des kommenden Jahres übersehbar ist, für das Jahr 1973 ein Ausgabenvolumen aller Gebietskörperschaften von rund 276 Mrd. DM (einschließlich der Zahlungen des Bundes an die Sozialversicherung) zur Obergrenze erklärt. Heute weisen die Haushaltsansätze (Gemeinden geschätzt) trotz der prekär gewordenen konjunkturellen Situation auf Ausgaben von 284½ Mrd. DM hin (einschließlich der gestundeten Zahlungen des Bundes an die Sozialversicherungen, die wachsenden Schattenhaushalte aller Ebenen jedoch nicht gerechnet). Das sind fast 9 Mrd. DM mehr.

Es ist wohl offensichtlich, daß nicht zugleich der Betrag vom September 1972 und die Summe der heutigen Haushaltsansätze Ausdruck des jeweils erkennbaren unabweisbaren Finanzbedarfs der Gebietskörperschaften für das Jahr 1973 sein kann; denn unvorhersehbare und unabweisbare Anforderungen spektakulärer Beträge sind aus der Zwischenzeit nicht bekannt. Selbst die Lasten aus den Besoldungsverbesserungen zur Jahreswende waren in ihrer tatsächlichen Größenordnung absehbar.

Betreibt der Finanzplanungsrat eine ernst zu nehmende Koordinierungsarbeit, wie es seine gesetzliche Aufgabe ist, war also seine Empfehlung vom September 1972 fundiert, dann müßte ein erheblicher Teil des erwähnten Betrages von fast 9 Mrd. DM finanzpolitisch disponibel gewesen sein, oder ist es noch. Verhält es sich nicht so, war also die genannte Empfehlung von vornherein unrealistisch und ebenso die entsprechende Aufforderung des Bundes an die Länder im Jahreswirtschaftsbericht, dann beruhte die öffentlich erklärte Stabilitätspolitik hinsichtlich des öffentlichen Finanzgebarens monatelang auf einer Illusion, und man müßte wohl hinnehmen, daß die Öffentlichkeit den Stand der Finanzplanung in diesem Lande, insbesondere deren Koordinationsformen, als einen Skandal betrachtet.

15. Es ist nicht nur Kennzeichen der gegenwärtigen Situation, sondern strukturelles Merkmal öffentlicher Haushalte, daß deren Ausgaben zu einem hohen Anteil auf rechtlicher Bindung beruhen. Dadurch wird die stabilitätspolitisch einsetzbare Manövriermasse klein; sie liegt vor allem bei den öffentlichen Investitionen, die zwar von der sachlichen Dringlichkeit her durchaus vor manchem anderen Ausgabenblock rangieren mögen, jedoch von der rechtlichen Bindung her hintanstehen.

Das stabilitätspolitische Urteil über die aktuellen Schwierigkeiten, die öffentlichen Ausgaben noch auf ein vertretbares Maß zu begrenzen, kann allerdings nicht darauf beschränkt bleiben, dies klagend zu konstatieren. Was heute rechtliche Bindung ist, war freie Entscheidung früherer Jahre. Wenn heute Steuererhöhungen, wie sie 1972 wirksam wurden und wie sie 1973 wirksam werden sollen, sowie die hohen konjunktur- und inflationsbedingten Steuermehreinnahmen aufgrund der Progressionswirkungen des Steuersystems nicht ausreichen sollten, um auch nur die unabweisbaren Staatsausgaben stabilitätskonform zu finanzieren, so wäre dies Ausdruck von Sünden in der Vergangenheit; die Abstimmung von Aufgabenplanung, Ausgabenplanung und Einnahmeplanung wäre grob vernachlässigt. Auch hierbei dürften Mängel in der Koordination zwischen den Ebenen der Gebietskörperschaften eine große Rolle spielen. Der Bund befindet sich bei den großen Entscheidungen über die öffentlichen Aufgaben der Gesellschaft und bei den Entscheidungen über die Einnahmeentwicklung in einer Führungsrolle gegenüber Ländern und Gemeinden; auf den unteren Ebenen liegt das größere Gewicht in der Ausführung. Trotz der haushaltspolitischen Autonomie der Länder und Gemeinden ergibt sich hieraus eine besondere stabilitätspolitische Verantwortung des Bundes für die mittelfristige Entwicklung des öffentlichen Finanzgebarens im ganzen, eine Verantwortung, die auch von den spektakulären Zuwachsraten beim Ausgabenvolumen einzelner Länderhaushalte nicht ganz aus dem Bilde gedrängt werden kann.

Der Bund macht es sich daher möglicherweise zu leicht, wenn er den Ländern und Gemeinden für die Haushaltspolitik lediglich eine Zuwachsrate vorgibt, ohne zugleich in der Öffentlichkeit für die Zurückstellung einer Reihe von Aufgaben einzutreten, die von ihm — nicht notwendigerweise direkt — wesentlich mitbestimmt wurden. Hier ist Stabilitätspolitik auch Öffentlichkeitsarbeit. Es ist verständlich, daß die Länder nicht verantwortlich gemacht werden wollen, wenn die Durchführung der großen, politisch mehr und mehr vom Bund geführten Reformaufgaben wegen Überforderung der vorhandenen Mittel

verzögert werden muß, nicht zuletzt wegen der Folgelasten, an denen sich der Bund regelmäßig nicht beteiligt.

16. Es ist nicht einmal ausgemacht, daß das derzeit schon vorgesehene Ausgabenvolumen der Gebietskörperschaften nicht noch übertroffen wird. Im Finanzplanungsrat wurde im März 1973 verabredet, die Gebietskörperschaften sollten dafür sorgen, daß in der Kreditaufnahme das Niveau des Vorjahres nicht überschritten wird (Schuldendeckel). Daraus ergäbe sich auf den ersten Blick ein Zwang zur Kürzung von Ausgabenansätzen, denn die diesem Beschluß zugrunde liegenden Steuereinnahmen entsprechen noch denen der Steuervorausschätzung vom Februar und würden nicht ausreichen, die gegebenen Ausgabenpläne zu vollziehen, wenn die genannte Verschuldungsgrenze eingehalten wird. Die Finanzminister haben sich jedoch vorbehalten, noch nicht eingeplante, aber schon fest erwartete Mehreinnahmen, die sich aus dem verstärkten konjunkturellen Aufschwung und der beschleunigten Geldentwertung ergeben, und die eine stabilitätsorientierte Finanzpolitik bei der Ausgabenplanung selbstverständlich außer Betracht lassen würde (JG 72 Ziffer 273), zur Deckung geplanter Ausgaben zu verwenden. Da die erwarteten Mehreinnahmen ausreichend groß sind, ist sichergestellt, daß die verabredete Schuldendeckelverordnung unwirksam bleibt. Zugelassen ist sogar, daß bei entsprechend hohen Mehreinnahmen neu entstehende unabweisbare Ausgaben — mit solchen ist fest zu rechnen — zusätzlich zu den heute schon fest geplanten getätigt werden, diese also nicht durch Einsparungen an anderer Stelle gedeckt zu werden brauchen. Auf solche Weise wird unter dem Anschein, daß die gegenüber dem Vorjahr unveränderte Neuverschuldung des Staates Ausdruck einer konjunkturneutralen Finanzpolitik sei — ein Anschein, der wegen des konjunkturellen Aufschwungs völlig unbegründet ist —, tatsächlich eine prozyklische Finanzpolitik betrieben.

17. Die hier sichtbar gewordene Neigung der öffentlichen Hand, alle Steuermehreinnahmen, seien sie auch konjunktur- und inflationsbedingt, alsbald auszugeben und sich sogar in der Hochkonjunktur beträchtlich zu verschulden — „nur" soviel Kreditaufnahme wie im Vorjahr —, dieses Verhalten ist nicht nur konjunkturpolitisch fatal. Es ist auch eine ernstzunehmende Hypothek, wenn es darum geht, dem Staat dauerhaft eine höhere Steuerquote einzuräumen, damit er seinen gewachsenen Aufgaben stabilitätskonform gerecht werden kann. Es wäre für eine stabilitätspolitische Konsolidierung der öffentlichen Haushalte nichts gewonnen, wenn neue Steuereinnahmen immer wieder nur als willkommene Grundlage für neue Ausgaben genommen würden, nicht aber auch zur Absicherung von Ausgaben, die jetzt schon seit Jahren getätigt, aber auch schon seit Jahren, gleichviel ob sich die Wirtschaft gerade im konjunkturellen Abschwung oder in der Hochkonjunktur befindet, in expansiv wirkender Weise finanziert werden. Eine erhöhte Steuerquote wäre nur dann ein Ausweg, wenn mit der mittelfristigen Orientierung der Ausgabenentwicklung wirklich ernst gemacht würde, diese also nicht nur die mittelfristige Finanzplanung, sondern auch das tatsächliche Ausgabenverhalten regierte.

18. Bei allen Steuererhöhungen muß damit gerechnet werden, daß die Betroffenen mehr oder weniger erfolgreich versuchen, die Mehrbelastung in den Preisen zu überwälzen. Die Privaten können dadurch zwar in ihrer Gesamtheit der beabsichtigten Umverteilung von Einkommen zugunsten der Staatshaushalte nicht ohne weiteres entgehen, doch der preissteigernde Primäreffekt ist sicherlich besonders gravierend, wenn es Hauptziel der Steuererhöhungen ist, den Preisauftrieb zu dämpfen. Allerdings ist zu bedenken, daß auch bei erfolgreicher Überwälzung eine Verringerung der mengenmäßig wirksam werdenden Nachfrage in aller Regel durchaus vorhanden ist. Angesichts der Gefahr einer konjunkturellen Übersteigerung sollte dies nicht gering geschätzt werden. Besonders bedeutsam ist die Mengenwirkung bei dauerhaft gemeinten Steuererhöhungen, also solchen, die der Finanzierung einer erhöhten Staatsquote dienen sollen. Hier steht dem unerwünschten Primäreffekt auf das Preisniveau der Vorteil gegenüber, daß durch die Steuererhöhung ein andernfalls immer wieder neu gegebener inflatorischer Impuls der öffentlichen Haushalte dauerhaft beseitigt wird. In der finanzpolitischen Diskussion der vergangenen Monate, so etwa bei der Würdigung der geplanten Mineralölsteuererhöhung, ist dieser Vorteil weithin unterbewertet worden. Der massive Widerstand gegen dauerhafte Steuererhöhungen aus Furcht vor deren unmittelbaren Preiswirkungen wäre nur berechtigt, wenn man zu befürchten hätte, daß der preistreibende Überwälzungskampf um die endgültige Traglast einer erhöhten Steuer nie aufhört. Dieses ist jedoch nicht das vorherrschende Bild der Erfahrung und im allgemeinen auch nicht das Programm der autonomen Gruppen, die wegen der von Marktmacht bestimmten Auseinandersetzung um die Einkommensverteilung in einem solchen Überwälzungskampf die Hauptrollen spielen.

19. Wohlgemerkt: Es geht auch gegenwärtig gar nicht darum, der staatlichen Ausgabenpolitik eine den öffentlichen Aufgaben unzuträgliche antizyklische Lückenbüßerrolle zuzuweisen, dergemäß der Staat mit seinen Ansprüchen zurückzutreten hätte, wenn die Privaten sich im konjunkturellen Aufschwung vordrängen. Selbst eine Kürzung der Ausgaben um etliche Milliarden Mark machte die Haushalte auf der Ausgabenseite noch nicht antizyklisch. Es geht vielmehr ausschließlich darum, daß die öffentliche Hand sich im Aufschwung nicht selbst vordrängt, und wenn, dann nicht in inflatorischem Gerangel, sondern abgesichert mit Maßnahmen, durch welche die privaten Ansprüche wirksam zurückgedrängt werden, und zwar — und hierauf käme es an — nicht nur die konjunkturell übersteigerten privaten Ansprüche (diese durch vorübergehend wirksame Regelungen), sondern außerdem die strukturell als überhöht angesehenen Ansprüche (diese durch dauerhaft wirksame Regelungen).

20. Die **monetäre Politik** hat von Anfang an versucht, sich der Gefahr einer erneuten konjunkturellen Übersteigerung entgegenzustemmen. Bis zum Frühjahr 1973 war es allerdings wenig, was sie bewirken konnte. Obwohl die außenwirtschaftliche Absicherung ihrer Maßnahmen seit Mitte 1972 verbessert schien, auch die Zinsentwicklung im Ausland hilfreich war, mußte die Bundesbank hinnehmen, daß die Geldversorgung der Wirtschaft auf hohem Niveau blieb und die Kreditexpansion unerwünscht stark. Der aufkommende neue Boom wurde von der monetären Seite her vermutlich nicht behindert.

21. Die Monate Februar/März brachten die reinigende Krise. Das labile, durch vielfältige Kapitalverkehrskontrollen notdürftig gestützte Währungsgleichgewicht brach unter dem Druck beispielloser Spekulationswellen zusammen. Alle europäischen Länder sowie Japan gaben ihre Wechselkurse gegenüber dem Dollar frei, der größte Teil der EG-Länder mit der Maßgabe, daß zwischen ihren Währungen das Regiment des Festkurssystems fortgelten sollte. Erstmals steht die Beweglichkeit der Dollarkurse nicht unter dem selbstauferlegten Zwang, daß man binnen kurzem zur Interventionspflicht zurückkehren werde. Dies hatte 1971 die freie Kursbildung den Marktkräften weitgehend entzogen und unter den beherrschenden Einfluß der Erwartungen über den Ausgang internationaler Realignmentverhandlungen gebracht. Die Aufgabe des Systems von Bretton Woods hat neue Chancen eröffnet. Sie sind mit Unsicherheiten behaftet, das ist einzuräumen; doch es sind Chancen, die zu nutzen jetzt bei den europäischen Ländern liegt. Die Freiheit des internationalen Warenverkehrs konnte durch die Krise hindurch bewahrt werden, und eine Intensivierung des internationalen Kapitalverkehrs durch Abbau der Kontrollen ist wieder möglich geworden, wenn auch zu erwarten ist, daß dieser Weg mühselig sein wird, weil die Welt erst lernen muß, daß der freie Kapitalverkehr nicht mehr störend ist, sondern hilfreich. Da es erst die Krise war, die den Wechsel in der Haltung der europäischen Länder bewirkte, hat es Kosten gegeben. Die Spekulanten müssen bezahlt werden, und im Inland ist mehr Geld liegengeblieben, als dem Stabilisierungsziel zuträglich ist. Man muß dies als Preis ansehen, der auf dem Wege zu einem neuen Weltwährungssystem zu zahlen war, unnötig zwar, theoretisch, doch nicht zu hoch, wenn die Reform erfolgreich abgeschlossen wird [1]).

22. Die Bundesbank nutzte sofort und konsequent den zurückgewonnenen Spielraum. Binnen kurzem brachte sie die freien Liquiditätsreserven der Banken nahezu auf null. (Die Geldmarktanlagen außerhalb des Floatingblocks können nicht mehr als Liquiditätsreserven der Banken angesehen werden; denn ohne Umtauschpflicht der Bundesbank stellen sie kein potentielles Zentralbankgeld dar.) Die Art des Vorgehens der Bundesbank läßt einen Strategiewechsel erkennen. Offensichtlich strebt die Notenbank eine direkte Kontrolle über die Menge des entstehenden Zentralbankgeldes und damit über die gesamte monetäre Expansion an, nicht mehr nur eine Variation der freien Liquiditätsreserven der Banken, aufgrund derer diese entscheiden können, in welchem Maße sie aus potentiellem Zentralbankgeld aktuelles Zentralbankgeld werden lassen. Dieser Wandel kann große Bedeutung erlangen (JG 72 Ziffer 401).

23. Wie erwähnt, erwarten wir trotz der Annahme, daß die Bundesbank ihren gegenwärtigen restriktiven Kurs beibehält, nicht schon in naher Zukunft eine ausreichende Reaktion in der Ausgabenneigung der Wirtschaft. Zur weiteren Kennzeichnung der stabilisierungspolitischen Situation wäre also zu fragen, was die Bundesbank hindern sollte, ihren Kurs weiter zu verschärfen, indem sie das Angebot an Zentralbankgeld so knapp hält, daß — da zusätzliches Zentralbankgeld für eine monetäre Expansion nun einmal unabdingbar ist — mehr Kredite, als zur Finanzierung einer stabilisierungskonformen Nachfrageexpansion erforderlich sind, einfach nicht gegeben werden könnten, auch wenn als Resultante dessen angesichts der vorerst vermutlich geringen Zinsreagibilität der privaten und öffentlichen Ausgaben und damit der Kreditnachfrage der Investoren möglicherweise eine weitere Steigerung der Kreditmarktzinsen um mehrere volle Prozentpunkte zu erwarten und hinzunehmen wäre. Anders gewendet: Warum erscheint überhaupt eine Unterstützung der monetären Politik durch die Finanzpolitik erforderlich? Binnenwirtschaftlich spricht gegen den skizzierten Rigorismus, daß die Funktionsfähigkeit des Kapitalmarktes möglicherweise nachhaltig Schaden nähme, daß die Nachfrage nach den Leistungen bestimmter Produktionsbereiche, so etwa der Bauwirtschaft, über Gebühr getroffen würde, und daß das Prinzip des Vertrauensschutzes gegenüber denjenigen verletzt werden müßte, die sich langfristig zu variablem Zinssatz verschuldet haben und daher zwar mit Zinssteigerungen rechnen mußten, jedoch wohl nicht mit exzessiven.

Bevor solche Bedenken zum Tragen kämen, wären bei einem Parforceritt der Geldverknappung aber vermutlich außenwirtschaftliche Grenzen erreicht.

24. Die monetäre Politik eines Landes im Floatingblock ist nur so autonom, wie sie Einfluß auf die monetäre Politik des Floatingblocks im ganzen hat. Durch die Kapitalverkehrskontrollen wird die nationale Autonomie zwar etwas erhöht, doch wohl nicht so stark, daß eine sehr kräftige Zinssteigerung im Alleingang durchgehalten werden könnte. Allerdings wären es möglicherweise nicht die innergemeinschaftlichen Kapitalströme, welche die rigorose Restriktion eines Landes zuerst in Frage stellten. Zu den Vereinbarungen, die den Floatingblock begründeten, gehört offenbar — und dies ist dann weit mehr als ein Schönheitsfehler — die Abrede, daß die Partner eine weitere erhebliche Höherbewertung der europäischen Währungen gegenüber dem Dollar nicht zulassen, sondern ihr durch Interventionen entgegentreten wollen. Da ein scharfer Zinsauftrieb

[1]) Der Sachverständigenrat hat seine Stellungnahme zu der währungs- und stabilisierungspolitischen Lage während dieser Krise der Bundesregierung in einem Brief vom 10. Februar 1973 übermittelt (Anhang).

einen entsprechenden Wechselkurseffekt haben würde, ist restriktive monetäre Politik vorläufig weiterhin zur Rücksichtnahme auf die internationale Zinsentwicklung genötigt, wenn jene Schutzklausel auch auf solchermaßen verursachte Kursbewegungen Anwendung fände (Ziffer 52). Allerdings ist die ausländische Zinstendenz gegenwärtig der deutschen gleichgerichtet und überdies die Relation der Mark zu den anderen Währungen des Floatingblocks für eine Hochzinspolitik der Bundesbank günstig. Zu Zaghaftigkeit ist also vorerst kein Anlaß.

25. Überschattet wird die gesamte stabilisierungspolitische Situation durch die Drohung eines verschärften Ungleichgewichts im Außenhandel. Unter den Politikbereichen, deren Spielräume und aktuelle Schwierigkeiten zu umreißen waren, ist es im Prinzip die monetäre Politik, von der ein dämpfender Einfluß auf die andrängende Auslandsnachfrage sowie ein fördernder Einfluß auf das Importangebot ausgehen könnten. Dies geschieht dann, aber nur dann, wenn sich die Zinswirkungen und der erwartete Stabilisierungserfolg eines restriktiven monetären Kurses am Devisenmarkt in entsprechende Wechselkursänderungen umsetzen können. Diese bewirken dann die erwünschte Änderung auch der internationalen Warenströme. Ist schon der Spielraum für Kursbewegungen an den Außengrenzen des Floatingblocks zunächst vorsichtig einzuschätzen, so schränkt die Wechselkursbindung der Staaten, die zwischen ihren Währungen eine Bandbreite von 2¼ vH einhalten, diese Möglichkeit für den Verkehr innerhalb des Blocks weiter ein. Jedes Voraneilen eines Partners in der Stabilisierungspolitik ist daher ein Versuch, dessen Erfolg, soweit er überhaupt erzielt wird, die Strafe des außenwirtschaftlichen Ungleichgewichts in sich trägt, weil dieser Erfolg zugleich eine verbesserte Wettbewerbsposition im internationalen Warenaustausch bedeutete.

Was zu tun ist

26. Die Schwierigkeiten, die einer Bekämpfung des Geldwertschwunds entgegenstehen, wiegen nicht leicht. Es wäre jedoch in höchstem Maße fatal, die Augen vor den Gefahren einer zunehmenden Inflationsgewöhnung zu verschließen. Beginnen immer mehr Bürger, aus der Erfahrung lernend, daß in den Wert des Geldes nicht länger Vertrauen zu setzen ist, ihre Pläne auf den Kaufkraftverfall einzurichten, so stellen sich die Konflikte nur um so schärfer, denen die Wirtschaftspolitik aus dem Weg zu gehen trachtet. Wer nicht mehr damit rechnet, für sein Geld morgen noch die gleiche Menge an Gütern wie heute am Markte tauschen zu können, wird bestrebt sein, dem Kaufkraftschwund zuvorzukommen und seinen Bedarf möglichst schon heute zu decken, oder seine Ersparnisse in Sachwerten anlegen, um ihren Wert für die Zukunft zu wahren; er wird, von der Erwartung steigender Preise ausgehend, für seine Arbeit einen höheren Lohn verlangen und für Kapital, das er verleiht, höhere Zinsen. Indem er sich so vor der Inflation zu schützen versucht, trägt er zu ihrer Beschleunigung bei. Wo Leistung und Bedarf über die Verteilung von Einkommen und Gütern entscheiden sollten, regiert zunehmend die Geschicklichkeit in der Vermeidung von Inflationsverlusten. Alle, die solche Geschicklichkeit nicht besitzen, oder die nicht die Macht haben, Einkommensansprüche am Markte geltend zu machen, zählen zu den Verlierern. Der Staat wird sich gedrängt sehen, Vorschriften, die im geltenden Recht einer Anpassung an die Inflation noch entgegenstehen, aufzuheben und damit die Verteidigung des Geldwertes weiter zurückzunehmen. Je mehr der Inflationsprozeß fortschreitet, um so lauter werden auch die Forderungen nach direkten staatlichen Eingriffen; der marktwirtschaftlichen Ordnung wird als Versagen angelastet, was Ausdruck ihrer Überforderung ist.

27. So kommt alles darauf an, durch entschlossenes Handeln die Rückkehr zu mehr Stabilität glaubhaft zu machen. Was einem wirksamen Stabilisierungsprogramm im Wege steht, ist weder ein Mangel an Instrumenten, noch gar ein fehlendes Stabilitätsverlangen der breiten Öffentlichkeit. Im Gegenteil, noch nimmt die Erhaltung des Geldwertes in den Forderungen an die Wirtschaftspolitik einen hohen Rang ein, und es sind in der derzeitigen konjunkturellen Situation — anders als etwa im Abschwung — auch nicht Konflikte mit dem Wachstums- und Beschäftigungsziel, die die Stabilisierungspolitik behindern. Was die Rückkehr zu mehr Stabilität so schwer macht, sind Widerstände gegen ein Beschneiden der Ansprüche, die das volkswirtschaftliche Leistungsvermögen überfordern. Zwar herrscht weithin Einsicht in die Notwendigkeit solcher Maßnahmen; strittig ist jedoch, wen sie treffen sollen. Jeder möchte den Preis für die Stabilität den anderen zahlen lassen und die eigenen Ansprüche möglichst ungeschmälert sehen. Je länger sich die Wirtschaftspolitik jedoch aus der Sorge, daß die Betroffenen ihr in den Arm fallen, mit halbherzigen Maßnahmen begnügt, um so mehr verliert sie an Glaubwürdigkeit und um so weniger kann sie mit freiwilliger Zurückhaltung rechnen.

28. Die stabilisierungspolitische Aufgabe stellt sich heute nicht nur drängender als im vergangenen Herbst, sie stellt sich auch unter anderen Bedingungen. Damals galt es noch, den angestrebten Stabilitätsgewinn bei einer Strategie der gedämpften Expansion gegen die Einbuße an möglichem Wachstum abzuwägen. Heute besteht die Hauptaufgabe darin, wenn irgend möglich noch eine Übersteigerung des Booms zu verhindern, soll nicht auf lange Zeit die Chance vertan sein, die Gewöhnung an die Inflation aufzuhalten und den Wirtschaftsablauf zu verstetigen. Trotz der Fehlentwicklungen, die inzwischen eingetreten sind, muß es bei entschlossenem Handeln dafür noch nicht ganz zu spät sein. Zwar ist mit einem eindrucksvollen Erfolg 1973 nicht mehr zu rechnen. Viel wäre aber schon erreicht, wenn es gelänge, den Preisanstieg im weiteren Jahresverlauf etwas zu dämpfen, damit die wirtschaftlichen Dispositionen für das Jahr 1974 nicht von der Erwartung zunehmenden, sondern abnehmenden Geldwertschwunds bestimmt werden.

29. Eine Politik, die einer Übersteigerung des Booms begegnen will, muß gegenwärtig vor allem die Investitionen treffen. Denn so erwünscht es ist, daß mit einem Ausbau der Kapazitäten der künftige Wachstumsspielraum vergrößert wird, so muß doch verhindert werden, daß Nachfrage und Inflation, sich wechselseitig treibend, die Investitionsneigung in einem Maße anregen, das nicht nur die Überhitzung des Aufschwungs fördert, sondern zugleich einen neuen Abschwung vorprogrammiert, weil mehr Produktionsanlagen geschaffen werden, als schon bald voll genutzt werden können.

Was die expansiven Wirkungen der öffentlichen Haushalte anbelangt, so sollte jedes Stabilisierungsprogramm vom Staat alles fordern, was er ausgabenpolitisch noch zu leisten vermag, ohne das mittelfristige Ziel aufzugeben, die Versorgung mit öffentlichen Gütern zu verbessern; da dies nicht ausreichen dürfte, die Haushalte stabilitätsgerecht werden zu lassen, bedarf es ergänzend der Einnahmepolitik.

Wie auch immer die Maßnahmen zusammengesetzt sein mögen, für die Stabilisierung wäre wenig gewonnen, wenn es nicht gelänge, eine konjunkturbedingte Verschärfung des Verteilungskampfes zu vermeiden. Obwohl deshalb bei der sich abzeichnenden Entwicklung der Verteilungsrelationen in erster Linie die Gewinne getroffen werden müssen, muß dies einen zusätzlichen Stabilisierungsbeitrag der Arbeitnehmer nicht von vornherein ausschließen. Denn jede Begrenzung der wirksamen Nachfrage erhöht nicht nur die Chancen, den Preisauftrieb zu dämpfen, der das Realeinkommen der Arbeitnehmer schmälert, sondern sie drückt auch auf die Gewinne.

Die Stabilisierungsanstrengungen wären schließlich vergeblich, wenn das, was an Nachfrage im Innern zurückgedrängt wird, von außen nachströmen würde. Einen gewissen Spielraum gewähren jedoch das gemeinsame Floaten nach außen und die noch nicht ausgeschöpfte Möglichkeit für Wechselkursbewegungen innerhalb des Floatingblocks. Gerade weil der Spielraum für eine außenwirtschaftliche Absicherung begrenzt ist, kommt es darauf an, ihn zwar behutsam, doch konsequent zu nutzen.

30. Die anstehenden Aufgaben weisen der **Finanzpolitik** derzeit neben der monetären Politik eine gleichrangige Rolle zu. Sie kann sich nicht damit begnügen, nur für Ausgabenzurückhaltung des Staates zu sorgen, sondern sie muß auch die Ansprüche der Privaten zurückdrängen, indem sie ihnen höhere Abgaben auferlegt. Einnahmepolitische Maßnahmen müssen zum einen die öffentlichen Haushalte konsolidieren, das heißt sie müssen gewährleisten, daß dem Staat auf Dauer ein genügend großer Anteil am Produktionspotential bleibt, damit er seine künftigen Aufgaben stabilitätsgerecht erfüllen kann; zum anderen müssen sie die gegenwärtige konjunkturelle Übersteigerung der privaten Nachfrage eindämmen, soll nicht der Geld- und Kreditpolitik eine zu große Stabilisierungslast aufgebürdet werden. Die Finanzpolitik muß schließlich auch darauf bedacht sein, einer Verschärfung des Verteilungskampfes vorzubeugen.

31. Der Sachverständigenrat stellt eine Reihe von Maßnahmen vor, mit deren Anwendung die Finanzpolitik der ihr zukommenden Rolle gerecht werden könnte. Es handelt sich dabei um

(1) Maßnahmen, die der Beschränkung der öffentlichen Ausgaben dienen, so die Pflicht zur Stilllegung von Steuermehreinnahmen, im Zusammenhang damit auch die Anwendung des sogenannten Schuldendeckels, die Streckung von Ausgaben des Bundes gemäß § 6 Stabilitäts- und Wachstumsgesetz und die Beeinflussung der Ausgaben der Gemeinden gemäß § 16 Stabilitäts- und Wachstumsgesetz (Ziffer 32),

(2) Einnahmeregelungen, die der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte dienen, also längerfristig geltende Erhöhungen von Steuern, wie etwa die der Mineralölsteuer (Ziffer 33) und

(3) Einnahmeregelungen, die die konjunkturell überhöhte private Nachfrage zurückdrängen sollen. Hierunter fällt die vom Bund bereits vorgeschlagene Stabilitätsabgabe auf hohe Einkommen ebenso wie die bei den wirtschaftspolitischen Instanzen im Gespräch befindliche Aussetzung der degressiven Abschreibung auf Anlagegüter. Da selbst eine Kombination dieser beiden Maßnahmen als Ergänzung zu den schon unter (1) und (2) genannten nicht ausreicht (Ziffer 34), stellt der Sachverständigenrat zwei in ihrer Wirkung darüber hinausgehende Bündel von Maßnahmen zur Diskussion, die alternativ zu verstehen sind:

   — Das erste Bündel von Maßnahmen trifft sowohl die Investitionsnachfrage als auch die Verbrauchsnachfrage. Gemäß § 26 Stabilitäts- und Wachstumsgesetz wird ein Zuschlag von 10 vH auf die Einkommen- und Körperschaftsteuerschuld erhoben. So bald wie möglich wird durch ein Gesetz verfügt, daß die stillgelegten Mittel zur Vermögensbildung der Bezieher niedrigerer Einkommen ganz oder teilweise verwendet werden [1]). Darüber hinaus wird gemäß §§ 26 ff. Stabilitäts- und Wachstumsgesetz die Möglichkeit zur degressiven Abschreibung von Anlagegütern ausgesetzt (Ziffern 35 f.).

   — Das zweite Bündel von Maßnahmen ist primär darauf gerichtet, die Investitionsnachfrage zurückzudrängen. Die schon geplante Stabilitätsabgabe wird erhoben; die Einkommensgrenzen werden dabei jedoch weiter heruntergezogen. Auch hier wird die Möglichkeit der degressiven Abschreibung von Anlagegütern ausgesetzt. Hinzu kommt eine Steuer auf Investitionen in Höhe von

[1]) Der Konjunkturzuschlag wird also gewissermaßen in eine hoch prämiierte Zwangsanleihe für die unteren Einkommensschichten und in eine Stabilitätsabgabe für die oberen Einkommensschichten zerlegt. Man sollte sich deshalb nicht an dem Begriff Konjunkturzuschlag stoßen.

5 vH der Investitionssumme, deren Ertrag bei der Bundesbank stillzulegen ist (Ziffern 37 ff.).

32. Es sollte möglich sein, durch Beschneidung der Ausgaben mehrere Milliarden Mark einzusparen.

Als besonders naheliegend müßte gelten, daß — die verabredete Begrenzung der Nettokreditaufnahme durch die Gebietskörperschaften auf den gleichen Betrag wie im Vorjahr für gegeben genommen — die konjunktur- und inflationsbedingten Steuermehreinnahmen der zweckgebundenen, bei der Bundesbank zu bildenden Konjunkturausgleichsrücklage zugeführt werden. Dadurch müßten die Ausgaben um etwa 3 Mrd. DM gesenkt werden.

Die gleiche Wirkung ließe sich zwar auch dadurch erzielen, daß anstelle der Stillegung von Steuermehreinnahmen eine schärfere Begrenzung der Nettokreditaufnahme nach § 19 Stabilitäts- und Wachstumsgesetz tritt; da man jedoch nicht sicher sein kann, daß die Steuermehreinnahmen nicht weitaus höher ausfallen als gegenwärtig geschätzt wird, ist die Anwendung des Schuldendeckels allein ein in seiner Wirkung unsicheres Instrument (Ziffer 16). Es sollte deshalb stets mit einer eindeutigen Regelung über die Höhe der für Ausgabenzwecke zur Verfügung stehenden Einnahmen verbunden werden.

Eine weitere Möglichkeit zur Kürzung der Ausgaben, allerdings nur beim Bund, eröffnet § 6 Absatz 1 Stabilitäts- und Wachstumsgesetz. Die Bundesregierung kann danach den Bundesminister der Finanzen ermächtigen, die Verfügung über bestimmte Ausgabemittel, den Beginn von Baumaßnahmen und das Eingehen von Verpflichtungen zu Lasten künftiger Rechnungsjahre von seiner Einwilligung abhängig zu machen. Die dadurch freigewordenen Mittel sind nach der gesetzlichen Regelung der Konjunkturausgleichsrücklage zuzuführen.

Ferner sollten die Länder gemäß § 16 Absatz 2 Stabilitäts- und Wachstumsgesetz darauf hinwirken, daß sich die Gemeinden stärker den konjunkturellen Erfordernissen beugen, wenn derartige Versuche bisher auch wenig erfolgreich waren.

33. Bei den einnahmepolitischen Maßnahmen sind in erster Linie solche zusätzlichen Einnahmen in Betracht zu ziehen, deren Erhebung entweder schon im Stabilitäts- und Wachstumsgesetz für diesen Zweck vorgesehen sind, oder die ebenfalls konjunkturpolitisch begründet werden können. Mit den meisten der schon genannten Maßnahmen zur Ausgabendrosselung haben sie gemein, daß sie vorübergehender Natur oder zumindest nur vorübergehend durchzuhalten sind.

Will der Staat den Aufgaben, die er sich längerfristig vorgenommen hat, zukünftig auch nur einigermaßen gerecht werden, ohne seine traditionellen Pflichten zu vernachlässigen, ist es darüber hinaus dringend notwendig, schon ab 1974 Steuern, welche sei offengelassen, zu erhöhen, um die öffentlichen Haushalte zu konsolidieren. Das Warten auf die Steuerreform darf hier nicht Ausrede sein, auch wenn vorübergehend eine Abweichung von der angestrebten Ausgewogenheit des Steuersystems in Kauf genommen werden müßte. Die geplante Erhöhung der Mineralölsteuer um 5 Pfennig je Liter ist ein Schritt — freilich nur ein erster — in Richtung auf eine Konsolidierung auch künftiger Haushalte.

34. Zu den finanzpolitischen Maßnahmen, die vorwiegend darauf abzielen, die konjunkturell überhöhte Nachfrage zurückzudrängen, zählt die vom Bund geplante Stabilitätsabgabe in Höhe von 10 vH der Körperschaftsteuer- und der Einkommensteuerschuld, letztere nur für Bezieher von Einkommen über 100 000 DM, bei Verheirateten über 200 000 DM. Sie würde innerhalb von 12 Monaten 2,4 Mrd. DM abschöpfen, die bei der Bundesbank stillzulegen wären. Mit ihr soll ein gewisser Ausgleich für die im Verhältnis zur Preisentwicklung maßvollen Tarifabschlüsse zu Beginn des Jahres geschaffen werden. Die Stabilitätsabgabe trifft vor allem die Investitionen, da die mit ihr belasteten hohen Einkommen großenteils investiv verwendet werden. Sie mindert den Selbstfinanzierungsspielraum der Investoren und das Fremdkapitalangebot, das von jenen Empfängern hoher Einkommen stammt, die nicht in Sachanlagen investieren, um einen im Verhältnis zur Bruttoinvestitionssumme allerdings nur geringen Betrag.

Die Investitionsdämpfung könnte verschärft werden, wenn die Stabilitätsabgabe durch die im Augenblick diskutierte Aussetzung der degressiven Abschreibung nach §§ 26 ff. Stabilitäts- und Wachstumsgesetz ergänzt würde. Diese berührt den Finanzierungsspielraum der Investoren zunächst so gut wie nicht, da die Einkommen wegen der zeitlichen Verzögerung der Steuerveranlagung erst viel später belastet werden. Ihre Wirkung beschränkt sich also auf eine Verteuerung der Investitionen, die sich aus der Verschiebung der steuerlichen Abschreibungen in die Zukunft ergibt. Die dadurch entstehende Belastung der Investitionen hält sich jedoch in bescheidenen Grenzen. Angesichts der geringen Zinselastizität der Investitionen in einem Boom bei nach wie vor hohen Preissteigerungsraten, die vermutlich in dem engeren Bereich um den aktuellen Zinssatz herrscht, wäre es somit höchst zweifelhaft, daß die Anwendung auch der beiden Maßnahmen zusammengenommen spürbar genug zu Buche schlüge. Die Kombination von Stabilitätsabgabe und Aussetzung der degressiven Abschreibung reichte also zur Ergänzung der ersten Gruppe von Maßnahmen nicht aus. Der Sachverständigenrat stellt deshalb die erwähnten beiden weiterreichenden alternativen Bündel von finanzpolitischen Maßnahmen zur Dämpfung der privaten Nachfrage vor.

35. Von dem ersten der beiden Maßnahmenbündel werden die Investitionen auf mehrfache Weise betroffen. Durch die Erhebung des Konjunkturzuschlags wird der Selbstfinanzierungsspielraum und das Angebot an Fremdkapital vermindert, und zwar stärker als bei der auf die hohen Einkommen beschränkten Stabilitätsabgabe. Die Unternehmer müssen zudem damit rechnen, daß die Verbrauchsgü-

terkonjunktur mit geringerer Intensität verlaufen wird. Denn auch der private Verbrauch wird unmittelbar getroffen, da die Bezieher niedrigerer Einkommen, bei denen die Konsumquote hoch ist, den Konjunkturzuschlag ebenfalls zu entrichten haben. Für die Unternehmer besteht somit weniger Anlaß zu übersteigerten Absatzerwartungen. Schließlich werden, wenn auch aus den schon genannten Gründen nur in geringem Maße, die Investitionen durch die Aussetzung der degressiven Abschreibungen belastet.

Würde der Konjunkturzuschlag ohne irgendeinen Ausgleich für die Arbeitnehmer angewendet, so wäre es nicht unwahrscheinlich, ja es wird häufig sogar als selbstverständlich unterstellt, daß die Gewerkschaften entsprechend höhere Lohnforderungen bei den kommenden Abschlüssen der jetzigen und der nächsten Tarifrunde stellen und auch Nachbesserungen für die laufenden Tarifverträge verlangen werden. Je mehr sie sich dabei durchsetzten, desto geringer wäre der konsumdämpfende Effekt und desto größer wäre die Gefahr, daß dann auch der Investitionsboom nicht eingedämmt wird, sondern daß sämtliche Kostensteigerungen in den Preisen überwälzt werden.

Dieser Gefahr wäre dadurch zu begegnen, daß die aus dem Konjunkturzuschlag bei der Bundesbank stillgelegten Mittel ganz oder zumindest zu einem Teil, der die zusätzliche steuerliche Belastung der Begünstigten nennenswert übertrifft, zur Vermögensbildung der Arbeitnehmer verwendet werden. Wie die vermögenswirksamen Leistungen auf die Einkommensgruppen verteilt, ob, von wann ab und in welcher Höhe sie verzinst und wie lange die Beträge gebunden werden sollen, muß der Gesetzgeber entscheiden. Wichtig ist nur, daß der Stabilitätsbeitrag, der den Arbeitnehmern mit dem Konjunkturzuschlag abgefordert wird, für diese kein zusätzliches Opfer bedeutet, zumal da ihr verfügbares Realeinkommen in diesem Jahre ohnehin nur minimal steigt. Die stillgelegten Mittel könnten in Zeiten weniger angespannter Konjunktur nach und nach von der öffentlichen Hand zur Verringerung ihrer Nettokreditaufnahme benutzt werden, ohne daß dann die Geld- und Kreditpolitik dadurch überfordert würde.

36. Erwogen werden könnte auch, anstelle der vermögenswirksamen Verwendung des Konjunkturzuschlags die inflatorisch entwerteten Arbeitnehmerfreibeträge als Kompensation für die Belastung durch den Konjunkturzuschlag heraufzusetzen. Die Nachteile dieser Variante liegen jedoch auf der Hand. Eine volle Kompensation bedeutete Steuerausfälle in Höhe von mehreren Milliarden Mark. Der Konsum würde nicht gedrosselt. Damit entfiele für die Unternehmer einer der Gründe, aus denen sie ihre Investitionsplanungen zurücknehmen könnten.

Keinesfalls dürfte eine deutliche Anhebung der Arbeitnehmerfreibeträge zu einer der Vermögensbildung dienenden Kompensation des Konjunkturzuschlags hinzukommen; man setzte sonst den Erfolg des gesamten Maßnahmenbündels aufs Spiel.

37. Im zweiten der beiden alternativen Maßnahmenbündel wird die Einkommensgrenze, von der ab die Stabilitätsabgabe erhoben werden soll, von der jetzt vorgesehenen Höhe nach unten versetzt. Damit vermindern sich der Selbstfinanzierungsspielraum für mehr Unternehmen und auch das Fremdkapitalangebot etwas stärker als bei der jetzt geplanten Stabilitätsabgabe. Das dürfte für sich genommen immer noch keinen großen Einfluß auf die Investitionen haben. Hinzu kommen jedoch die Aussetzung der degressiven Abschreibung und eine Investitionsteuer in Höhe von 5 vH der Investitionssumme, deren Ertrag bei der Bundesbank stillzulegen wäre. Durch die Kumulation der Wirkung dieser beiden Maßnahmen wird das Investieren zusätzlich erheblich verteuert. Die mit allen drei Maßnahmen zusammen verbundenen Kosten der Finanzierung von Investitionen kämen einer Erhöhung des Zinssatzes auf Fremdkapital um mehrere Prozentpunkte gleich; deshalb kann vermutet werden, daß bei Verwirklichung dieses Maßnahmenbündels manche der geplanten Investitionen dem Rotstift zum Opfer fielen.

Abstriche darf man von dem Bündel wegen der vermuteten geringen Zinselastizität der Investitionen freilich nicht machen; die Maßnahmen versprechen erst in ihrer Gesamtheit erhebliche Wirkungen. Werden sie alle eingesetzt, braucht die Bundesbank den Zins für Kredite nicht mehr sehr weit nach oben zu treiben, was im Hinblick auf die labile außenwirtschaftliche Absicherung erwünscht wäre.

Je stärker die Maßnahmen nachfragedämpfend wirken, desto mehr wird die Einkommensverteilung zugunsten der Arbeitnehmer verändert, denn diese bleiben bis auf solche mit hohen Einkommen von der Stabilitätsabgabe ausgenommen, während der Gewinnanstieg fühlbar beschnitten wird. Anlaß dazu, von einer Lohnpolitik abzurücken, die sich am Ziel der Rückgewinnung der Stabilität orientiert, bestünde also auch im Falle des zweiten Bündels von Maßnahmen nicht.

38. Die Investitionsteuer hat einen unerwünschten Ankündungseffekt. Je länger sich die Beratungen der für ihre Einführung notwendigen gesetzlichen Regelungen hinziehen, desto mehr Investitionen werden die Unternehmen vermutlich vorziehen, um die Steuer zu vermeiden. Auch besteht die Gefahr, daß zu viele Bereiche von der Investitionsteuer ausgenommen werden, was — abgesehen von der Wirkungsminderung, die immerhin durch einen höheren Steuersatz kompensiert werden könnte — wegen der möglichen Fehllenkungen volkswirtschaftlicher Ressourcen bedenklich wäre.

39. Anstatt die Investitionen durch eine Steuer zu bestrafen, könnte man auch daran denken, sie mit einer Zwangsabgabe zu belegen, deren Betrag später wieder freigegeben wird, oder gar den erwünschten freiwilligen Aufschub von Investitionen etwa durch Steuerbegünstigungen zu belohnen. Diese ordnungspolitisch eleganteren Lösungen sind vermutlich schon deshalb nur schwer zu verwirklichen, weil es allein wegen der Schwierigkeiten, eine solche Investitionsrücklage sinnvoll auszugestalten, langer

Beratungen bedürfte, während die Investitionsteuer trotz der ebenfalls bestehenden Notwendigkeit, sie gesetzlich zu regeln, innerhalb weniger Wochen eingeführt werden kann, wenn es die Regierung nur will und es ihr gelingt, den Gesetzgeber davon zu überzeugen, daß dieses Mittel rasch angewandt werden muß. Der Sachverständigenrat hat sich bereits in seinem Jahresgutachten 1965 (JG 65 Ziffern 198 ff.) mit der Möglichkeit, eine Investitionsteuer oder Investitionsabgabe zu erheben, auseinandergesetzt.

40. Die stark überhitzte Baukonjunktur legt es nahe, die staatliche Förderung des Wohnungsbaues einzuschränken. Die Bundesregierung hat daher vor, die Möglichkeit zur degressiven Abschreibung bei Gebäuden nach § 7 Abs. 5 EStG wegfallen zu lassen. Daneben ist auch im Gespräch, daß die erhöhte Abschreibung für Ein- und Zweifamilienhäuser, Eigentumswohnungen sowie für Ausbauten und Erweiterungen nach § 7 b EStG ausgesetzt oder beseitigt werden sollte. Hiervon würden möglicherweise nachhaltig dämpfende Einflüsse auf die Wohnungsbautätigkeit ausgehen.

Es gibt allerdings ernst zu nehmende Einwände gegen diesen Plan, nämlich

- daß aus Gründen des Vertrauensschutzes ein Wegfall des § 7 b nicht kurzfristig in Kraft treten könnte, sondern eine längere Übergangszeit gewährt werden müsse, die Dringlichkeit einer Dämpfung des Wohnungsbaus aber rasch abnehmen könne, weil sich wegen des großen Gewichts der Zinskosten für den Wohnungsbau hier zuerst die Wirkungen der monetären Restriktion, heute noch nicht genau übersehbar, zeigen dürften.
- daß zwar das Motiv der Wohnungsbauförderung angesichts der von der Inflation getriebenen und sie treibenden Wohnungsbautätigkeit vorläufig entfallen sei, daß jedoch Gerechtigkeitserwägungen es nicht zulassen würden, ein spezifisches steuerliches Vermögensgeschenk, das der Staat seit vielen Jahren allen Bürgern macht, gerade dann nicht mehr gewähren will, wenn, wie es mehr und mehr der Fall ist, die Sparer auch der unteren Einkommensschichten dem Zeitpunkt nahe sind, zu dem sie dieses Angebot annehmen können und wollen.

Wie auch immer gegenüber solchen Argumenten entschieden wird, respektiert man den ersten Einwand, so wäre diese Maßnahme beim Zusammenstellen eines auf möglichst rasche Wirksamkeit abzielenden Stabilisierungsprogramms nur gering zu gewichten.

41. Das eine oder das andere Bündel von finanzpolitischen Maßnahmen zur Dämpfung der privaten Nachfrage zusammen mit jenen Maßnahmen, die die tatsächlichen Ausgaben der öffentlichen Hand gegenüber den geplanten Ausgaben begrenzen sollen, könnte wesentlich dazu beitragen, eine Tendenzwende in der Preisentwicklung ohne nennenswerte Beschäftigungsrisiken herbeizuführen. Einzelne Maßnahmen abzuschwächen oder wegzulassen, würde nicht etwa nur den Dämpfungseffekt mindern, sondern den Gesamterfolg gefährden. Wollte man trotzdem bei einer Nachfragekomponente, etwa den Investitionen, weniger tun, müßte man bei einer anderen, und hier kämen wohl nur die Staatsausgaben in Frage, entsprechend stärker drosseln. Sind weitere Kürzungen der Ausgaben aus Gründen rechtlicher Bindung nicht möglich, so müßten Haushaltssicherungsgesetze verabschiedet werden, die bestehende rechtliche Bindungen wieder aufheben. Nimmt man hingegen die Haushalte so hin, wie sie sich nach dem gegenwärtigen Stand der Planung abzeichnen, müßten die Maßnahmen zur Dämpfung der privaten Investitionen und des privaten Verbrauchs verschärft werden, wobei es freilich schwerer würde, das Risiko einer partiellen Übersteuerung, das heißt negative Auswirkungen auf Wachstum und Beschäftigung, zu vermeiden.

42. Freilich muß die Finanzpolitik im Zusammenhang mit der Geld- und Kreditpolitik gesehen werden. Je mehr die Finanzpolitik die Gesamtnachfrage zurückdrängt, desto weniger scharf muß die Zinsbremse angezogen werden, damit der Finanzierungsspielraum zu der Nachfrage paßt, die von den gesamtwirtschaftlichen Produktionsmöglichkeiten her befriedigt werden kann. Gegenwärtig sprechen binnen- und außenwirtschaftliche Gründe dafür, den Zins nicht zu weit nach oben zu treiben (Ziffern 23 f.). Der Einsatz finanzpolitischer Maßnahmen, die die Investitionen belasten, machten dies weniger nötig. Insgesamt muß das Maßnahmenbündel allerdings kräftig genug sein, damit die Aussicht auf den Erfolg des Programms und auf den Mißerfolg von Überwälzungsversuchen glaubhaft ist. Jedoch darf auch bei einem eindrucksvollen finanzpolitischen Programm die Geld- und Kreditpolitik nicht locker lassen, damit der Kontakt zwischen dem, was an Nachfragesteigerung noch zugelassen werden soll, und dem, was finanziert werden kann, nicht verloren geht. Denn ein zu großes und zu billiges Kreditangebot lüde dazu ein, den vorhandenen inflatorischen Spielraum zu nutzen für den Versuch, die Lasten, die die Finanzpolitik den Unternehmen aufbürden will, wenigstens zum Teil wieder abzuwälzen.

43. Es steht deshalb außer Frage, daß die **monetäre Politik** ihren Spielraum für restriktives Handeln weiterhin ausschöpfen sollte. Dabei werden die Zinsen vermutlich weiter steigen, wenn auch nicht exzessiv.

Die Aufgabe, das Angebot an Zentralbankgeld zu steuern, ist derzeit erfüllbar. Ein Problem liegt allerdings darin, daß die Versorgung der Nichtbanken mit Geld als Folge der starken Kreditexpansion in der Vergangenheit sowie der Liquiditätszuflüsse aus dem Ausland nach wie vor unerwünscht reichlich ist, während zugleich die Liquidität der Banken als ungewöhnlich eng gelten muß. Die Liquidität der Nichtbanken ließe sich zwar treffen, wenn ein weiterer Entzug an Zentralbankgeld die Banken veranlassen müßte, Kredite zu kündigen bzw. nicht zu erneuern. Dies bereitet jedoch Schwierigkeiten; denn die Banken sehen sich ohnehin noch ungenutzten

Kreditlinien gegenüber, die sie zuvor in großzügigem Maße zugestanden haben. Daher kann es nötig sein, daß die Bundesbank Geld der Nichtbanken durch Offen-Markt-Operationen an sich zieht, während sie zugleich den Banken den sich daraus ergebenden Verlust an Zentralbankgeld ersetzt. Die Möglichkeiten der Bundesbank in der Offen-Markt-Politik sind jedoch auch heute noch begrenzt, da sie kein Emmissionsrecht besitzt.

Einer Offen-Markt-Politik der Bundesbank gleichzusetzen ist die Begebung der Stabilitätsanleihe durch die Bundesregierung. Dieses Programm könnte fortgesetzt werden; allerdings wäre bei einer weiteren Zinssteigerung zu befüchten, daß der Begriff „Stabilitäts"-Anleihe für den Käufer in einen seltsamen Kontrast zu dem Kursverfall käme, der sich dann ergäbe. Doch das müßte möglicherweise in Kauf genommen werden. Eine weitere Möglichkeit bestünde in der Anwendung des § 30 Stabilitäts- und Wachstumsgesetz, aufgrund dessen die Sozialversicherungsträger veranlaßt werden können, einen Teil ihrer liquiden Mittel statt am Kreditmarkt bei der Bundesbank anzulegen (in der Form von Mobilisierungs- und Liquiditätspapieren). Auch die zuvor erörterten Steuererhöhungen hätten neben ihrer Wirkung auf Einkommen und Rentabilität einen Liquiditätseffekt bei den Privaten. Ohne einen nennenswerten zusätzlichen Eingriff in Einkommen und Rentabilität könnte ein zusätzlicher Liquiditätseffekt durch eine Erhöhung der Vorauszahlungen zur Einkommen- und Körperschaftsteuer erzielt werden.

44. Gelegentlich wird Sorge laut, daß die Rentabilität der Banken allzu stark geschmälert werde, wenn sie längere Zeit einen so hohen Anteil ihrer Aktiva, wie es gegenwärtig der Fall ist, als unverzinsliche Mindestreserve halten müssen, und daß sich dies schädlich auf das Bankenverhalten auswirke. Der Sachverständigenrat hat diese Frage nicht geprüft. Stellte sie sich, so könnte die Antwort darin bestehen, die Mindestreserve ganz oder zu einem variablen Teil zu verzinsen. Das ist nach dem Bundesbankgesetz jedoch nicht möglich. Gleichwertig wäre eine Verpflichtung der Banken, in Ergänzung zur Mindestreserve eine bestimmte Quote ihrer Einlagen als liquide Reserven in einer Form eigener Wahl (Geldmarktpapiere, offene Rediskontkontingente) zu halten. Obwohl auch hierfür die gesetzliche Grundlage fehlte, könnte dies möglicherweise durch ein Gentleman's Agreement erreicht werden. Solche Regelungen würden es erleichtern, die Reserven der Banken, die für eine Kreditgewährung zur Verfügung stehen, ständig nahe null zu halten, so daß die Zentralbankgeldmenge unter der Kontrolle der Bundesbank bliebe. Die Offen-Markt-Politik wäre entlastet; sie könnte sich auf die Feinsteuerung der Geldversorgung beschränken.

45. Soll der **einkommenspolitischen** Gefahr vorgebeugt werden, daß sich der Verteilungskampf verschärft, weil die Einkommen der Arbeitnehmer im Anstieg hinter dem der Unternehmer zurückbleiben, so sind, das ist schon deutlich geworden, drei Wege denkbar:

(1) Es wird versucht, durch ein glaubwürdiges Programm den konjunkturellen Aufschwung noch so rasch zu dämpfen, daß die Diskrepanz in der Einkommensentwicklung auch dann auf eine kurze Phase beschränkt bliebe, wenn die Lohnpolitik bereit wäre, wie zu Jahresbeginn, auf einen Erfolg der Stabilisierungspolitik zu setzen. Eine stabilitätskonforme Lohnpolitik würde wieder marktkonform.

(2) Es wird steuerlich in die Einkommenspolitik eingegriffen mit dem Ziel, über die Nettoeinkommen zu heilen, was der Markt über die Bruttoeinkommen an sozialen Spannungen erzeugt.

(3) Es wird von der Stabilitätspolitik hingenommen, daß sich die Lohnentwicklung den Einkommenschancen eines Booms voll, aber kontrolliert anpaßt; die Tarifabschlüsse vom Jahresbeginn werden in neuen Verhandlungen ergänzt oder ersetzt.

46. Die zuvor erörterten stabilisierungspolitischen Maßnahmen dienen in unterschiedlicher Kombination den Zielen der Wege (1) und (2). Sie sind insoweit gegen den dritten Weg gerichtet. Dieser wäre Ausdruck der Kapitulation vor den Schwierigkeiten, mit den stabilitätspolitischen Aufgaben des Aufschwungs doch noch fertig zu werden. Als Ultima ratio wäre er allerdings immer noch der Gefahr vorzuziehen, daß eine Gewinneuphorie den Aufschwung zum Boom treibt und übersteigerte Nachholansprüche der Arbeitnehmer, möglicherweise explosiv geäußert, anschließend die Inflationsrate zu einer neuen Rekordmarke führen, so wie es auch in den Jahren 1969 bis 1971 geschah, jedoch auf einem abermals erhöhten Niveau. Es wäre dann noch schwerer, den Weg zurück zu finden.

Einkommenspolitische Risiken gleichsam entgegengesetzter Art würden entstehen, wenn der Staat ein erfolgversprechendes stabilitätspolitisches Programm realisierte, zugleich aber die Lohnpolitik auf einen Kurs im Sinne des Weges (3) ginge. Solch unkoordiniertes Handeln könnte keinen erstrebenswerten Ausgang haben. Entweder müßte der Staat zurückstecken und damit zulassen, daß die beschleunigt steigenden Lohnkosten auf die Preise durchschlagen, oder es gäbe, falls er um der Stabilisierung willen bei seinem neuen festen Kurs bliebe, früher oder später, negative Wirkungen auf die Beschäftigung. Man würde sich vermutlich schwer tun bei der Frage, wem gegebenenfalls ein solches Ergebnis zuzurechnen wäre — dem Staat, der zunächst nicht und dann doch gehandelt hätte, oder den Marktparteien der Lohnpolitik, die zunächst dem Staat seine Chance gaben, abwarteten und sich schließlich versagten. Um so wichtiger ist schnelles Handeln des Staates, damit dieser Fall nicht eintritt.

47. Wird jedes Stabilisierungsprogramm gegenwärtig auch auf die Globalsteuerung bauen müssen, so sind doch auch ergänzende Maßnahmen der **Wettbewerbspolitik** hilfreich. Zwar sind kurzfristige Wir-

kungen von ihnen kaum zu erwarten. Sie hätten vielmehr darauf hinzuwirken, daß nicht ein weiteres Nachlassen des Wettbewerbs Preiserhöhungsspielräume schafft, während die Globalsteuerung sie zu beschneiden versucht.

Dem Parlament liegt der Entwurf einer Kartellgesetznovelle vor. Sie enthält vor allem eine vorbeugende Fusionskontrolle. Ferner soll die Mißbrauchsaufsicht über marktbeherrschende Unternehmen verstärkt werden. Es wäre wünschenswert, wenn die Novelle bald verabschiedet würde (JG 71 Ziffern 392 ff.). Das gilt auch für ein Verbot der Preisbindung der zweiten Hand, für das nicht zuletzt die Beobachtung spricht, daß die Preise zahlreicher preisgebundener Waren im konjunkturellen Abschwung nicht gesenkt, im fortschreitenden Aufschwung dagegen angehoben werden. Auch Preisempfehlungen sind nicht wettbewerbsneutral.

Einen Beitrag zu mehr Preisstabilität können die öffentlichen Haushalte durch ihre Vergabepolitik leisten. Der hohe Anteil dieser Aufträge an der Gesamtnachfrage gibt der öffentlichen Hand die Möglichkeit dazu. Besonders in Phasen starker Nachfragebelebung wäre zu prüfen, inwieweit selbst bei öffentlichen Ausschreibungen Preissteigerungen akzeptiert werden können.

48. Die Möglichkeiten der nationalen Wirtschaftspolitik, gezielt auf die Auslandsnachfrage dämpfend einzuwirken, sind gering; die Kompetenzen für die **Außenwirtschaftspolitik** liegen bei der Europäischen Gemeinschaft. Ein gewisser Spielraum besteht allerdings in der Möglichkeit, exportfördernde Maßnahmen einzuschränken. Es wird nicht verkannt, daß die Förderung von Exportgeschäften zum Teil Wirtschaftsbereichen zugute kommt, deren ausländische Konkurrenten ebenfalls staatlich begünstigt werden. Der Nachfrageboom aus dem Ausland gebietet aber, bei der Exportförderung strengste Maßstäbe anzulegen.

49. Man könnte auf den Gedanken kommen, zur Dämpfung der Auslandsnachfrage und zur Förderung der Importe wie schon im November 1968 eine umsatzsteuerliche Belastung der Ausfuhren sowie eine Entlastung der Einfuhren zu schaffen. Eine solche Maßnahme liefe für den Warenverkehr auf dasselbe hinaus wie eine Aufwertung der D-Mark. Der Kapitalverkehr bliebe unberührt. Es ergäbe sich gleichsam eine Wechselkursspaltung, da die Transaktionen für den Warenverkehr und für den Kapitalverkehr zu unterschiedlichen Bedingungen abgerechnet würden. Dieser Weg der außenwirtschaftlichen Absicherung einer nationalen Stabilisierungspolitik stieße jedoch auf schwere Bedenken. Man müßte wohl fest damit rechnen, daß die Maßnahme als Vorankündigung einer Wechselkursänderung angesehen wird. Damit wäre eine spekulative Beunruhigung der Devisenmärkte vorprogrammiert. Keine der Erfahrungen mit dem Experiment 1968/69 spricht für dessen Wiederholung (SG vom 30. Juni 1969 Ziffern 9 ff.).

Das gleiche würde — mutatis mutandis — auch für eine bloß die Ausfuhr treffende steuerliche Sonderregelung gelten. In diesem Falle käme das Bedenken hinzu, daß einseitige Ausfuhrsteuern — genau wie Zölle —, auch wenn man sie linear für alle Warenpositionen einführte, nicht nur die Höhe des Außenhandelssaldos beeinflußten, sondern auch Verzerrungen in der internationalen Arbeitsteilung bewirkten, die zudem bei Einführung wie Wegfall der Maßnahme unnötige Anpassungskosten mit sich brächten.

Strittig ist überdies, ob solche Maßnahmen der Art nach nicht mit den europäischen Vereinbarungen kollidieren, wonach Änderungen der nationalen Umsatzsteuersysteme nur zugelassen sein sollen, wenn sie die Unterschiede in der Besteuerung des Umsatzes nicht vergrößern, sondern zu einer Harmonisierung beitragen.

50. Es sollte nicht unversucht gelassen werden, auf die Europäische Gemeinschaft einzuwirken, daß sie die Einfuhr von Waren aus Drittländern erleichtert. In Frage kommen dabei sowohl ein Abbau der Außenzölle der Gemeinschaft als auch die Erhöhung noch bestehender Einfuhrkontingente. Zwar wird sich die Europäische Gemeinschaft möglicherweise scheuen, solchen Handelserleichterungen vor den im Herbst 1973 beginnenden Verhandlungen im Rahmen des GATT zuzustimmen, doch sollten taktische Überlegungen hinter den stabilitätspolitischen Erfordernissen zurückstehen.

51. In der Europäischen Gemeinschaft ist eine Möglichkeit, den Anstieg der Nahrungsmittelpreise zu begrenzen, vergeben worden. Man hätte erwarten können, daß sich die Agrarminister auf einen Abbau des Grenzausgleichs einigen würden. Das ist nicht geschehen. Nunmehr soll damit erst begonnen werden, wenn Großbritannien, Irland und Italien zu festen Wechselkursen zurückgekehrt und dem Block der gemeinsam gegenüber dem US-Dollar floatenden EG-Länder beigetreten sind. Dies hat jedoch nichts miteinander zu tun. Der Grenzausgleich soll die Wirkungen einer abrupten Wechselkursänderung zeitlich strecken. Es gehört mithin zu seinem Wesen, daß er allmählich abgebaut wird; um der Preisstabilität willen sollte man sich daran erinnern. Die günstige Einkommensentwicklung in der Landwirtschaft hätte einen Beginn des ohnehin nötigen Abbaus gerade jetzt nahegelegt.

52. Die dem Floatingblock angehörenden Länder befinden sich in einer konjunkturellen Aufschwungsphase und sind mit dem Problem steigender Preise konfrontiert. Diese Länder könnten gemeinsam eine restriktive monetäre Politik betreiben, die Zinssteigerungen im Gefolge hat. Sind diese kräftiger als in den USA, kann der Dollarkurs entsprechend sinken, die Blockwährungen also aufgewertet werden. Von diesem Effekt würde die Nachfrageexpansion in den Blockländern gedämpft. Das wäre in der gegenwärtigen konjunkturellen Situation erwünscht. Nicht erwünscht wäre, daß die Blockländer bei einem solchen Aufwertungseffekt die Stärke ihres restriktiven Kurses vermindern. Es käme vielmehr darauf an, daß nicht versucht wird, das Durchwirken von Zinssteigerungen auf den Wechselkurs durch Interventionen

am Devisenmarkt zu verhindern (Ziffern 24 f.). Solche Interventionen lüden auch zu neuen Spekulationen gegen den Dollar ein.

Ein sauberes Floaten dürfte nicht den Vereinbarungen widersprechen, nach denen die Partner des Floatingblocks einem starken Absinken des Dollarkurses entgegentreten wollen. Denn dies hätte seinen Sinn allenfalls im Schutz vor exzessiven Kursbewegungen aufgrund einer erneuten Anti-Dollar-Spekulation.

53. Weniger einfach stellt sich die Frage eines möglichen Konflikts der nationalen Stabilitätspolitik mit außenwirtschaftlichen Problemen innerhalb des Floatingblocks. Was die Ausgangssituation anbelangt, so kann sich zwar derzeit kein einzelnes Land, auch nicht die Bundesrepublik, den anderen als Vorbild in Sachen Stabilität hinstellen. Würde sich die Bundesrepublik allerdings entschließen, eine ernsthafte Stabilisierungsanstrengung, wie sie etwa in diesem Gutachten zur Diskussion gestellt wird, zu unternehmen, so würde dies gegenüber den Partnern sicherlich ein Voraneilen bedeuten. Unter Berufung auf die Beschlüsse der Gemeinschaft vom Oktober 1972, welche den EG-Ländern Richtlinien für die Stabilitätspolitik im Jahre 1973 gab, könnte die Bundesregierung die Partnerländer drängen, ihr zu folgen. So bescheiden diese Richtwerte sich im Herbst vergangenen Jahres ausnahmen, inzwischen würde es beträchtlicher Anstrengungen bedürfen, sie einzuhalten. In jedem Falle müßte man mit der Möglichkeit rechnen, daß die Partner nicht, oder jedenfalls nicht sofort, mitziehen. Wie erwähnt, haben wir bei der Formulierung der konkreten Ziele, die sich die deutsche Stabilitätspolitik realistischerweise für 1973 noch setzen kann, einkalkuliert, daß von der Position der D-Mark im Wechselkursband der Block-Währungen her ein gewisser Autonomiespielraum für einen stabilitätspolitischen Neubeginn in der Bundesrepublik gegeben wäre. Dieser Neubeginn wäre wohl auch wichtig, will man deutscherseits in der Gemeinschaft dem stabilitätspolitischen Drängen mehr Nachdruck verleihen. Der Spielraum könnte allerdings rasch verbraucht sein, selbst wenn man die Wirksamkeit der Kapitalverkehrskontrollen in Rechnung stellt. Hinzunehmen wäre dann möglicherweise — soll der Floating-Block nicht alsbald gesprengt werden — das Entstehen eines außenwirtschaftlichen Ungleichgewichts, wobei jedoch deutlich gesehen werden muß, daß unterdessen laufend ein inflatorischer Infekt von außen — über den internationalen Preiszusammenhang auf den Gütermärkten — die binnenwirtschaftlichen Anstrengungen unterminierte und ein beobachtbares Ungleichgewicht, gemessen etwa an außenwirtschaftlichen Überschüssen, überhaupt nur in dem Maße entstünde, wie die Bundesrepublik diesen inflatorischen Infekt durch verstärkte binnenwirtschaftliche Restriktion zu überspielen vermöchte. Wie bald ein außenwirtschaftliches Ungleichgewicht offenbar wird, läßt sich kaum abschätzen. Doch spätestens dann, möglichst früher, müßte die Formel der Pariser Konferenz vom Oktober 1972 konkretisiert sein, daß in Europa ein Regiment „fester, aber anpassungsfähiger Paritäten" herrschen solle. Und nach dieser Klärung wäre zu entscheiden, ob zur Sicherung des nationalen Stabilitätsziels aus einem außenwirtschaftlichen Ungleichgewicht die Konsequenz wechselkurspolitischer Maßnahmen zu ziehen ist, oder ob die Bundesrepublik, treu dem Programm einer auf institutionelle Integration gegründeten europäischen Währungsunion, weiter auf einen stabilitätsorientierten Kurs der Gemeinschaft im ganzen setzen und das hier angenommene außenwirtschaftliche Ungleichgewicht dann durch allmähliche Anpassung des Preisniveaus nach oben beseitigen soll.

54. Die einzelnen Maßnahmen, die in diesem Gutachten erörtert werden, sind von sehr unterschiedlichem Rang. Die Maßnahmen der Wettbewerbspolitik oder der Handelspolitik zum Beispiel sind, so bedeutsam es ist, sie nicht zu vernachlässigen, im Rahmen eines Stabilisierungsprogramms wohl eher als unterstützend zu qualifizieren. Niemals können solche Maßnahmen ein Kernprogramm monetärer und finanzpolitischer Restriktion ersetzen. Monetäre Politik und Finanzpolitik müssen die Nachfrage eindämmen, um den Aufschwung noch zu zügeln und den Inflationstrend zu brechen.

Voraussetzung dafür ist, daß alle, auf deren Handeln es ankommt, überzeugt werden können, die Maßnahmen des Programms reichten aus, die angestrebte Umkehr zu erzwingen. Dabei gilt: Die Wirkung des Kernprogramms ist nicht die Summe der Wirkungen einzelner Maßnahmen oder Programmteile, würden diese isoliert eingesetzt. Ein Zuwenig an Maßnahmen würde von vornherein den ganzen Erfolg gefährden. Die am Wirtschaftsprozeß Beteiligten würden die Möglichkeit des Erfolgs, der sich ohnehin nur langsam abzeichnen könnte, nicht glauben, stattdessen mehr auf den Erfolg des Versuches vertrauen, an ihren Investitions-, Produktions- und Konsumplänen festzuhalten und sich über Preis- und Lohnforderungen für die Belastungen schadlos zu halten, die ihnen die Maßnahmen auferlegen. Auch eine starke Geld- und Kreditpolitik, genügend außenwirtschaftlich abgesichert, wäre wohl kaum in der Lage, mit einem solchen Verhalten von Wirtschaft und Staat fertig zu werden. Es kommt mithin entscheidend darauf an, ein kräftiges Bündel von Maßnahmen zu schnüren.

Die Situation drängt. Bund und Länder streiten um die Verteilung der Lasten einer stabilisierungskonformen Finanzpolitik — gar um deren mögliche fiskalische Erträge. Die Öffentlichkeit würde vermutlich kein Verständnis mehr haben, wenn solche und andere Interessenkonflikte das, was jetzt zu tun ist, weiterhin blockierten.

Anhang

Der Sachverständigenrat
zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
Der Vorsitzende

Wiesbaden, 10. Februar 1973

An den
Herrn Bundeskanzler Willy Brandt

53 Bonn
Adenauerallee 141

Sehr verehrter Herr Bundeskanzler!

Der Sachverständigenrat hat sich auf seiner Sitzung am 9. und 10. Februar 1973 mit der währungs- und stabilisierungspolitischen Lage befaßt. Ich erlaube mir, Ihnen im folgenden die Ergebnisse unserer Überlegungen mitzuteilen.

1. Schneller als erwartet — doch angesichts des labilen Vertrauens in die Leitwährung des Weltwährungssystems nicht überraschend — stellt sich erneut das Problem, die Stabilisierungspolitik in der Bundesrepublik und in Europa außenwirtschaftlich abzusichern. Dabei sind es nicht nur die Folgen der akuten internationalen Währungskrise, sondern auch nationale Probleme, die währungspolitische Maßnahmen erheischen. Denn je stärker die Fesseln der Finanzpolitik werden, um so dringlicher ist es, der Geld- und Kreditpolitik die volle Handlungsfähigkeit zu sichern. Hinzu kommt, daß es keine wirtschaftlichen Gründe gibt, das andauernde außenwirtschaftliche Ungleichgewicht der Vereinigten Staaten als ein Problem anzusehen, dessen — notwendigerweise internationale — Lösung statt in marktwirtschaftlicher Form in einem langwierigen politischen Machtkampf zwischen Wirtschaftsblöcken gesucht werden müßte.

2. Aus geringen Anlässen, der Unsicherheit über den künftigen Kurs der italienischen Lira und der Freigabe des Kurses für den Schweizer Franken, hat sich unter dem Eindruck der amerikanischen Zahlungsbilanzprobleme, der deutschen und japanischen Ausfuhrentwicklung sowie einer Reihe anderer schwer wägbarer Faktoren in den letzten Wochen eine internationale Spekulationskrise entwickelt, in deren Verlauf der Deutschen Bundesbank bislang Devisen im Gegenwert von fast 20 Mrd. D-Mark zugeflossen sind. Obwohl ein nennenswerter Teil dieses Betrages wegen der geltenden Reservevorschriften die Liquidität der inländischen Banken und Nichtbanken nicht berührt, dürften damit die Bemühungen der Bundesbank, die Geldversorgung der Wirtschaft unter ihre Kontrolle zu bringen, in bedrückender Weise zunichte gemacht worden sein. Dies geschah, obwohl die Bundesregierung, den Zwangsläufigkeiten des dirigistischen Weges folgend, den sie im Jahre 1972 aus europäischer Solidarität eingeschlagen hat, die Kontrollen des internationalen Geld- und Kapitalverkehrs drastisch verschärfte. Die Vorgänge während der gegenwärtigen Krise zeigen nicht nur die Erfolglosigkeit einer partiell dirigistischen Politik. Sie lassen auch erkennen, wie rasch Maßnahmen, die gegen schwerwiegende ordnungspolitische Bedenken ergriffen werden, das ordnungspolitische Denken selbst verderben. Mehr und mehr werden Symptome für die Ursache genommen. Was vor einem Jahr noch als freie Entscheidung galt und als Abkehr von liberalen Prinzipien in den außenwirtschaftlichen Beziehungen gebrandmarkt wurde, ist während der gegenwärtigen Krise so widerspruchslos als unausweichlich akzeptiert worden, daß Bundesregierung und Bundesbank ob solcher Zustimmung zu ihrer Politik beunruhigt sein müßten. Gewiß ließen sich die Kapitalverkehrskontrollen noch weiter vervollkommnen, jedoch nur, wenn man eine umfassende Bürokratie hierfür zu schaffen bereit wäre und eine Kriminalisierung zahlreicher an sich normaler Wirtschaftsvorgänge in Kauf nähme. Aber nicht einmal dann könnte von einer solchen Politik ein dauerhafter stabilisierungspolitischer Erfolg erwartet werden; das Kernproblem der internationalen Inflationsübertragung, den Preisverbund über die Märkte, lösen Kapitalverkehrskontrollen nicht (SG 72 Ziffer 17).

3. Während die monetäre Politik aus außenwirtschaftlichen Gründen ihre Wirkungsmöglichkeit verlor, ist ihr Beitrag zum Stabilisierungsziel aus binnenwirschaftlichen Gründen weniger ent-

behrlich denn je. Der konjunkturelle Aufschwung, den wir im Herbst 1972 vorhersagten, hat rasch an Kraft gewonnen. Die Expansion der gesamtwirtschaftlichen Ausgaben dürfte eher über als unter dem liegen, was unserer Prognose (+ 12 vH) entspricht. Prophylaktisches Handeln erscheint nötig. Dabei ist besonders zu berücksichtigen, daß die Lohnpolitik sich auf einem Pfad befindet, der zwar nicht sofort zu Preisniveaustabilität führen kann, wohl aber mit einer allmählichen Abschwächung des Preisauftriebs vereinbar erscheint. Diese Chance gilt es durch Zügelung der Nachfrageexpansion unbedingt zu nutzen. Zwischen den autonomen Gruppen besteht weitgehend Konsensus darüber, daß andernfalls Lohnentwicklung und Gewinnentwicklung stark auseinander zu gehen drohen und dies fatale Folgen für die Stabilitätspolitik und den sozialen Frieden haben müßte.

Was die Aufgabenteilung im Rahmen der Globalsteuerung angeht, so wäre neben einer monetären Politik, die ihren bislang gegebenen Spielraum für restriktives Handeln nutzt, an sich ein ebenfalls restriktiver Kurs der Finanzpolitik konjunkturgerecht. Das würde — auch bei zurückhaltender Ausgabenpolitik des Staates — kräftige Steuererhöhungen bedingen. Da jedoch die Realeinkommen der Arbeitnehmer im Jahre 1973 aus mehreren Gründen ohnehin kaum höher sein werden als 1972, ist der verteilungspolitische Widerstand gegen Steuererhöhungen groß; stabilitätspolitisch unerwünschte Abwehrhandlungen der Betroffenen (erhöhte Lohnforderungen) werden befürchtet. Wird wegen dieses Konflikts vorläufig allenfalls eine geringe Erhöhung der Steuerlast angestrebt, muß ein um so größerer Teil der Stabilisierungsaufgabe, der sonst der Finanzpolitik zugewiesen werden könnte, von der monetären Politik übernommen werden.

So erscheint es aus doppeltem Grunde unerläßlich, die Wirkungsmöglichkeiten der Bundesbank alsbald wieder herzustellen, soll nicht das Jahr 1973 — ähnlich wie 1968 — für eine rechtzeitige Politik der konjunkturellen Verstetigung verloren sein.

4. Die Bundesbank gewänne die Herrschaft über die inländische Geldversorgung zurück, wenn ihre Interventionspflicht an den Devisenmärkten aufgehoben würde. Höhere Zinsen im Inland ziehen dann zwar auch ausländisches Geld an. Dieses wird jedoch im Inland nicht liquiditätswirksam, solange die Zentralbank keine Devisen ankauft. Sie kann ihr Instrumentarium ohne störende Einflüsse von außen voll nutzen.

   Will man sich auch in der gegenwärtigen kritischen Währungssituation eng an die Verabredung über die Bildung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion halten, müßten die Zentralbanken aller Mitgliedsländer ihre Interventionen gegenüber dem Dollar einstellen, das enge Kursband für die Gemeinschaftswährungen jedoch aufrechterhalten. Ein gemeinsames Floaten ließe es zu, die Kapitalverkehrskontrollen, die dem Gedanken einer Währungsunion widersprechen, allmählich abzubauen. Zudem böte es auch als dauerhafte Lösung des Problems der außenwirtschaftlichen Absicherung gegenüber Einflüssen aus Drittländern Vorteile, die kaum auf andere Weise zu erzielen sind.

   Eine einmalige Aufwertung wäre eine nur begrenzt sinnvolle Alternative zum Floaten. Da sich ein Durchbruch bei den Verhandlungen über die Reform des internationalen Währungssystems noch nicht abzeichnet, wäre die von einer Aufwertung geschaffene Atempause, in der die Geld- und Kreditpolitik autonom wirken kann, möglicherweise wiederum zu kurz.

   Kommt es nicht zu einem gemeinsamen Floaten, so wäre eine nationale Wechselkursfreigabe jeder Devisenbannwirtschaft vorzuziehen — auch im Interesse der Europäischen Währungsunion.

5. Gegen ein Floaten wird eingewandt, die Höherbewertung der D-Mark, die damit einherginge, sei von der Leistungsbilanz her nicht gerechtfertigt; sie setze die deutschen Exporteure ohne wirtschaftlichen Grund erneut Belastungen aus. Die jüngste Entwicklung der Exporte und der Auslandsbestellungen nimmt diesem Argument viel von seinem Gewicht. Eher ist damit zu rechnen, daß die rasch expandierende Nachfrage aus dem Ausland wieder einmal eine konjunkturelle Übersteigerung einleitet. Dazu müßte es um so rascher kommen, je stärker sich im Ausland die Erwartung durchsetzte, daß eine Aufwertung der D-Mark zwar hinausgeschoben, aber letztlich nicht verhindert werden könne; Exporte würden vorgezogen, Importe hinausgezögert. Eine Freigabe des Wechselkurses würde dem begegnen. Stabilitätspolitisch wäre eine gleitende Höherbewertung der D-Mark in jedem Falle erwünscht. Daß sie die Vollbeschäftigung gefährden würde, ist wenig wahrscheinlich. Gewisse sektorale Strukturprobleme würden freilich deutlicher hervortreten. Solche Probleme können jedoch nicht der Maßstab für die Globalsteuerung sein; die Strukturpolitik hat andere Instrumente.

   Bei gemeinsamem Floaten der EWG-Währungen wäre mehr als die Hälfte der deutschen Ausfuhren ohnehin nicht von einem Aufwertungseffekt betroffen. Auf den Märkten der Drittländer, auf denen sich Verteuerungen ergäben, dürfte die konjunkturelle Nachfrageexpansion Absatzeinbußen in Grenzen halten.

6. Immer wieder wird auch geltend gemacht, den Kern der Ursachen für die Währungskrisen der jüngsten Vergangenheit bilde das außenwirtschaftliche Ungleichgewicht der Vereinigten Staaten, und die Lösung dieses Problems verlange vor allem Anstrengungen Amerikas. Über den Rang dieser Mitursache soll hier nicht gestritten werden (JG 71 Ziffer 8). Sie beseitigen heißt in jedem Fall, die internationalen Handelsströme zugunsten der Vereinigten Staaten zu verändern. Dabei mag von einer Bereinigung der Überschußprobleme Japans der Hauptbei-

trag erwartet werden. Doch auch Europa wird Anpassungslasten übernehmen oder hinnehmen müssen. Dies kann durch einseitige oder ausgehandelte Veränderungen der Handelsbedingungen für bestimmte Warengruppen bewirkt werden. Es kann auch durch eine allgemeine Veränderung der Austauschrelationen, wie sie eine Veränderung der Wechselkurse darstellt, geschehen. Bei einem gemeinsamen Floaten der europäischen Währungen, flankiert durch eine Höherbewertung des Yen, brauchte nicht befürchtet zu werden, daß der Markt den europäischen Ländern eine unverhältnismäßig große Anpassungslast zuteilt. Überdies dürfte eine Höherbewertung der europäischen Währungen nicht nur bedeuten, daß man im Verkehr mit dem Dollarraum etwas weniger verkaufen und zugleich mehr einkaufen würde, sondern auch, daß der Handel dann zu einem für Europa günstigeren Preisverhältnis stattfände. Im ganzen gesehen sollten keine Zweifel bestehen, daß die nationalen und weltweiten Schäden eines Handelskrieges um die Verteilung der Anpassungslasten, die eine Bereinigung des Ungleichgewichts der amerikanischen Zahlungsbilanz mit sich bringt, sehr viel größer wären, als mögliche partikulare Nachteile bei einem Interessenausgleich über den Markt.

7. Wenig stichhaltig ist auch die Behauptung, ein Abgehen von den in Washington vereinbarten Kursrelationen sei weder nötig noch nützlich, da die Krisen durch vagabundierende Ströme von Euro-Dollars ausgelöst seien, die aus spekulativen Gründen einmal diese, einmal jene Währung ins Wanken brächten. Hier wird verkannt, daß spekulative Kapitalbewegungen Ausdruck der an sich erwünschten internationalen Mobilität des Kapitals sind; es gäbe sie auch dann, wenn keine Anlässe zur Bildung und Expansion speziell des Euro-Dollar-Marktes bestanden hätten. Soweit man das Euro-Dollarproblem nicht ohnehin überschätzt, ist ein gemeinsames Floaten aber gerade geeignet, diejenigen zu entmutigen, die jetzt die Euro-Dollars trotz des Überangebots zu einem Festpreis der Bundesbank verkaufen, um sie nach einer erwarteten Paritätsänderung billiger zurückkaufen zu können. Die Freigabe der Kurse würde eine Spekulation gegen den Dollar erheblich riskanter machen.

8. Kein Ersatz für ein gemeinsames Floaten wäre es, wenn die Bundesbank von der Interventionspflicht nur gegenüber dem Dollarangebot entbunden würde, das aus Kapitaltransaktionen stammt (gespaltener Devisenmarkt). Die Marktspaltung erfordert eine Kontrolle aller Transaktionen in laufender Rechnung, denn sobald sich eine nennenswerte Kursdifferenz bildet, entsteht ein Anreiz zu Umgehungsgeschäften. Das Ausmaß der notwendigen Kontrollen dürfte mindestens ebenso groß sein wie bei Maßnahmen nach § 23 AWG. Unmöglich dürfte es sein, den Devisenumtausch von Touristen und Gastarbeitern unter Kontrolle zu bringen. Hierfür müßte eine Abrechnung zum freien Kurs zugestanden werden. Auf diese Weise würden bestimmte Leistungsströme gegenüber anderen begünstigt. Ebenso wie Maßnahmen nach § 23 AWG würde eine Spaltung des Devisenmarktes überdies den internationalen Preiszusammenhang nicht aufheben.

9. Selbstverständlich löst eine Freigabe des Wechselkurses der D-Mark nicht die Probleme der Stabilisierungspolitik. Sie vergrößert lediglich deren Spielraum. Ihn gelte es zu nutzen. Bei einem gemeinsamen Floaten hängt zudem die Chance eines dauerhaften Stabilitätserfolges für die Bundesrepublik nach wie vor entscheidend davon ab, daß die Partnerländer bei der Stabilisierung mitziehen. Die enge Bindung der Währungen aneinander setzt jeder autonomen Konjunkturpolitik enge Grenzen. Ein Land, das wie die Bundesrepublik einerseits der Geldwertstabilität einen hohen Rang einräumt, andererseits im Interesse der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion an den Kursrelationen innerhalb der Gemeinschaft festhalten will, wird beidem nur dann gleichzeitig gerecht werden können, wenn sich ihre Partnerstaaten den gleichen Zielen verpflichtet fühlen und auch bereit sind, entsprechend zu handeln.

10. Ein Mitglied des Sachverständigenrates, Claus Köhler, ist nicht der Auffassung, daß die Freigabe von Wechselkursen geeignet ist, unerwünschten Wirkungen spekulativer Transaktionen zu begegnen. Gegen solche Transaktionen helfen weder administrative Maßnahmen noch flexible Wechselkurse. Wird eine Währung als unterbewertet angesehen, dann führen spekulative Devisenzuflüsse in dieses Land bei einem flexiblen Wechselkurs zu einem Aufwertungseffekt, der direkt und unkontrolliert die reale Sphäre der Wirtschaft berührt. Bei festen Wechselkursen nimmt dagegen nur die Bankenliquidität zu. Die Zuflüsse können, wie das gegenwärtig in der Bundesrepublik geschieht, weitgehend neutralisiert werden. Außerdem benutzen Kreditinstitute diese heißen Gelder kaum dazu, Kredite zu gewähren.

    Eine Beruhigung im internationalen Geldverkehr wird erst eintreten, wenn im Rahmen eines neuen internationalen Währungssystems von den einzelnen Ländern wieder gemeinsame Regeln für den Zahlungsverkehr beachtet werden und Liquiditätshilfen bei internationalen Zahlungsbilanzschwierigkeiten verfügbar sind, d. h. wenn wieder mehr Solidarität im internationalen Wirtschaftsverkehr vorhanden ist. Solange das nicht der Fall ist, kann man spekulativen Transaktionen nur dadurch wirksam begegnen, daß man die spekulativen Erwartungen durch konsequentes Festhalten an den Paritäten dementiert. Ein Nachgeben bei Geldzuflüssen, wie das wiederholt geschehen, ist gleichbedeutend mit einer Einladung zu einer neuen spekulativen Runde. Erschweren würde man spekulative Transaktionen, wenn man die entstehenden Auslandsguthaben mit Provisio-

nen (Negativzinsen) belastet und eventuell die Wiederausfuhr dieser Mittel genehmigungspflichtig macht. Das konsequente Festhalten an den bestehenden Paritäten, eine einheitliche administrative außenwirtschaftliche Absicherung der Mitgliedsländer der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft nach außen und größere Freizügigkeit im Geld- und Kapitalverkehr im Innern sind Vorbedingungen dafür, daß die Gemeinschaft auf dem vorgezeichneten Wege zu einer Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion vorankommt.

Genehmigen Sie, sehr verehrter Herr Bundeskanzler, den Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung

Ihr sehr ergebener

gez. Professor Dr. Norbert Kloten

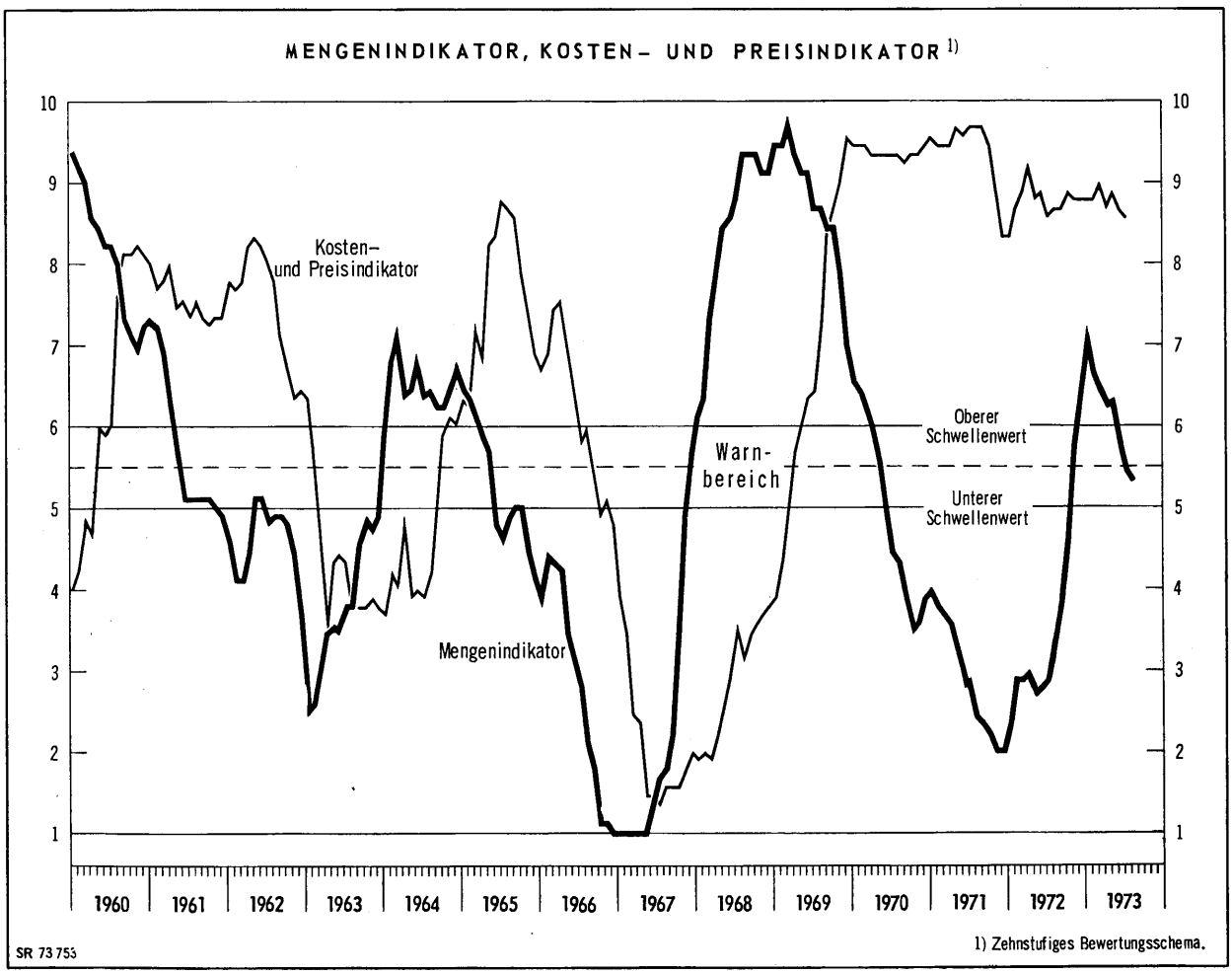
PS.: Dem Herrn Bundesminister für Wirtschaft sowie dem Herrn Bundesminister der Finanzen habe ich je eine Durchschrift dieses Briefes übermittelt.

V.
Mengenindikator, Kosten- und Preisindikator

Seit nahezu vier Jahren zeigt der Kosten- und Preisindikator kein zyklisches Muster mehr. Obwohl sich während dieser Zeit ein voller Konjunkturzyklus mit Abschwung und Aufschwung vollzog und neuerlich die Expansionskräfte nachlassen, verharrte der Kosten- und Preisindikator ständig auf hohem Niveau, von kleineren Schwankungen abgesehen. Anders als in vorausgegangenen Zyklen folgte er dem Mengenindikator nicht mehr nach (Schaubild 36).

Der Kontakt zwischen den beiden Teilindikatoren war zwar auch vor 1970 nicht sehr eng, doch war die konjunkturelle Reagibilität der Kosten- und Preisentwicklung unverkennbar. Hatte der Mengenindikator einen Höhepunkt überschritten, so ging — wenn auch mit einer Verzögerung — der Kosten- und Preisindikator gleichfalls zurück.

Schaubild 36



VI.
Methodische Erläuterungen

Zur Bestimmung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials (Sachkapazitäten)

1. Verwendete Symbole für die Jahre t, t + 1, ..., t + n:

K_t	Bruttoanlagevermögen am Jahresanfang
$\frac{1}{2}(K_t+K_{t+1})$	jahresdurchschnittliches Bruttoanlagevermögen
Y_t	reales Bruttoinlandsprodukt
Y_t^*	gesamtwirtschaftliches Produktionspotential
P_t^*	Produktionspotential des Sektors Unternehmen
k_t	statistisch gemessene Kapitalproduktivität
$\hat{k}_t$	trendmäßige Kapitalproduktivität
k_t^*	trendmäßige Kapitalproduktivität, bei Vollauslastung der Sachkapazitäten
u_t	Zufallsvariable
λ_t	Auslastungsgrad des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials

2. Das gesamtwirtschaftliche Produktionspotential setzt sich additiv zusammen aus dem potentiellen Produktionsvolumen des Sektors Unternehmen (ohne Wohnungsvermietung) und den Beiträgen des Staates, der Wohnungsvermietung und der privaten Haushalte und Organisationen ohne Erwerbscharakter zum realen Bruttoinlandsprodukt. Beim Staat und den übrigen Bereichen außerhalb des Sektors Unternehmen (ohne Wohnungsvermietung) wird dabei angenommen, daß deren Produktionspotential stets voll ausgelastet und damit mit ihren Beiträgen zum Bruttoinlandsprodukt identisch ist.

3. Das Produktionspotential des Sektors Unternehmen (ohne Wohnungsvermietung) ist das Produkt des jahresdurchschnittlichen Bruttoanlagevermögens und der von Auslastungsschwankungen bereinigten trendmäßigen Kapitalproduktivität bei Vollauslastung der Sachkapazitäten.

$$P_t^* = \frac{k_t^*}{2}(K_t + K_{t+1})$$

4. Die Berechnung der in die Potentialschätzung eingehenden Kapitalproduktivitäten erfolgt in zwei Schritten. Zunächst werden trendmäßige Kapitalproduktivitäten mit Hilfe einer logarithmisch-linearen Trendfunktion errechnet:

$$\log \hat{k}_t = \log a + t \log b + u_t$$

Darauf erhält man die Kapitalproduktivität für die Potentialberechnung dadurch, daß der Trend parallel durch denjenigen Wert der empirisch gemessenen Kapitalproduktivität im jeweiligen Stützbereich verschoben wird, der von seinem Trendwert am weitesten nach oben abweicht.

$$\log k_t^* = a_o + \log \hat{k}_t,$$
$$\text{wobei } a_o = \max [\log k_t - \log \hat{k}_t] \text{ ist.}$$

Als Stützbereich für die Trendberechnung wird eine Periode von konstanter Länge angenommen, die die Dauer von etwa zwei Konjunkturzyklen umfaßt und die jeweils um das abgelaufene Jahr aktualisiert wird, um den Trendverlauf möglichst gegenwartsnah zu bestimmen. Der so berechnete Trend geht ausschließlich in die Potentialschätzung des Berichtszeitraumes ein.

Der Auslastungsgrad des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials errechnet sich nach der Relation:

$$\lambda_t = \frac{k_t}{k_t^*} = \frac{Y_t}{Y_t^*}$$

5. Das Produktionspotential bei jahresdurchschnittlicher Auslastung der Sachkapazitäten des Sektors Unternehmen (ohne Wohnungsvermietung) wurde ermittelt als Produkt des durchschnittlichen Bruttoanlagevermögens und der von Auslastungsschwankungen bereinigten trendmäßigen Kapitalproduktivität bei einer Auslastung der Sachanlagen wie im Durchschnitt des Zeitraums 1962 bis 1972 (97½ vH). Hinzugefügt wurden, um das Produktionspotential bei durchschnittlicher Auslastung der gesamtwirtschaftlichen Sachkapazitäten zu bestimmen, die Beiträge des Staates, der Wohnungsvermietung und der privaten Haushalte und Organisationen ohne Erwerbscharakter zum realen Bruttoinlandsprodukt. Für diese Bereiche wurde folglich angenommen, daß ihre Sachkapazitäten stets voll ausgelastet waren.

6. Über die Entwicklung der einzelnen Komponenten des Potentialwachstums wurden folgende Annahmen gemacht:
   - Bei der Fortschreibung des vom Statistischen Bundesamt geschätzten Bruttoanlagevermögens bis zum 1. 1. 1974 wurde davon ausgegangen, daß die realen Bruttoanlageinvestitionen der Unternehmen 1973 um 3,8 vH und 1974 um 1,2 vH zunehmen.

— Die rechnerischen Abgänge wurden nach einem Verfahren geschätzt, das einer quasilogistischen Verteilungsfunktion ähnelt.

— Für die Berechnung der trendmäßigen Kapitalproduktivität in den Jahren 1973 und 1974 wurde als Stützbereich die Periode 1963 bis 1972 zugrunde gelegt. Der Trend wurde durch die empirisch gemessene Kapitalproduktivität des Jahres 1970 verschoben.

Zum Konzept des konjunkturneutralen Haushaltes

A. Die verwendeten Symbole haben folgende Bedeutung:

P_t^r Produktionspotential in Preisen von 1962 im Jahr t

p_t „konjunkturneutrale" Erhöhung des Preisniveaus (Deflator des Bruttosozialproduktes) im Jahr t (in vH)

P_t^n Produktionspotential, inflationiert mit dem Deflator des Bruttosozialproduktes im Vorjahr (t − 1) und der „konjunkturneutralen" Erhöhung des Preisniveaus (p_t) im Jahr t

P_t^l Produktionspotential in jeweiligen Preisen (Deflator des Bruttosozialproduktes) im Jahr t

l_v Normalauslastungsgrad des Produktionspotentials (in vH)

G_t^l tatsächliche Staatsausgaben im Jahr t

g_o Anteil der Staatsausgaben am Produktionspotential (Staatsquote) im Basisjahr (in vH)

G_t^n Staatsausgaben im Jahr t bei gleichem Staatsanteil am Produktionspotential wie im Basisjahr: $\frac{(g_o \cdot P_t^n)}{100}$

Y_t^l Bruttosozialprodukt in jeweiligen Preisen im Jahr t

Y_t^r Bruttosozialprodukt bei Normalauslastung des Produktionspotentials (P_t^n) im Jahr t

Y_t^n Bruttosozialprodukt bei „konjunkturneutralem" Preisniveau im Jahr t

t_o volkswirtschaftliche Steuerquote (Anteil der tatsächlichen Steuereinnahmen am Bruttosozialprodukt) im Basisjahr (in vH)

t_t volkswirtschaftliche Steuerquote im Jahr t (in vH)

T_t^l tatsächliche Steuereinnahmen im Jahr t

T_t^n Steuereinnahmen im Jahr t bei gleicher Steuerquote wie im Basisjahr: $\frac{(t_o \cdot Y_t^l)}{100}$

H_t^n konjunkturneutrales Haushaltsvolumen im Jahr t

n_t konjunkturneutrale Staatsquote im Jahr t (in vH)

b_t beanspruchte Staatsquote im Jahr t (in vH)

i_t realisierte Staatsquote im Jahr t (in vH)

S_t sonstige Einnahmen im Jahr t

K_t^n konjunkturneutrale längerfristige Kreditaufnahme im Jahr t

F_o^l tatsächlicher Finanzierungssaldo im Basisjahr

B. Definitionen:

$$Y_t^r = \frac{l_v \cdot P_t^n}{100}$$

$$Y_t^n = Y_t^l \frac{P_t^n}{P_t^l}$$

$$H_t^n = \frac{g_o \cdot P_t^n}{100} + (T_t^l - t_o Y_t^l)$$

konjunktureller Effekt:

$H_t^n > G_t^l$: kontraktiv

$H_t^n = G_t^l$: konjunkturneutral

$H_t^n < G_t^l$: expansiv

konjunkturneutrale Staatsquote: $n_t = \frac{H_t^n}{P_t^n} \cdot 100$

beanspruchte Staatsquote: $b_t = \frac{G_t^l}{P_t^n} \cdot 100$

realisierte Staatsquote: $i_t = \frac{G_t^l}{P_t^l} \cdot 100$

konjunkturneutrale längerfristige Kreditaufnahme im Basisjahr:

$$K_o^n = F_o^l + \frac{t_o}{100} \cdot (Y_o^r - Y_o^l)$$

C. Zur Berechnung der Steigerungsrate für eine konjunkturneutrale Ausweitung der Staatsausgaben (bezogen auf die Ist-Ausgaben des Vorjahres)

$$\left(\frac{H_{t+1}^n}{G_t^l} - 1\right) \cdot 100 = \left[\frac{\left(\frac{H_t^n}{G_t^l} \cdot \frac{P_t^l}{P_t^n}\right) \cdot \left(\frac{P_{t+1}^r}{P_t^r}\right) \cdot (100 + p_{t+1})}{100} + \frac{(t_{t+1} - t_t)\, Y_{t+1}^l}{G_t^l \cdot 100} - 1\right] \cdot 100$$

$$= \left[\frac{\left(\frac{P_{t+1}^r}{P_t^r}\right) \cdot \frac{(100 + p_{t+1})}{100}}{\frac{i_t}{n_t}} + \frac{(t_{t+1} - t_t)\, Y_{t+1}^l}{G_t^l \cdot 100} - 1\right] \cdot 100$$

Zwischen den Werten der konjunkturneutralen Steigerungsrate in Zeile (b) der Tabelle 22 und den Werten in den Zeilen (c), (d), (e) bzw. (ee) und (f) bzw. (ff) besteht folgender Zusammenhang:

$$b = \left[\frac{\frac{[100 + (c)]}{100} \cdot \frac{[100 + (d)]}{100}}{\frac{100 - (f)}{100}} + \frac{(e)}{100} - 1 \right] \cdot 100$$

Die Größe (f) bzw. (ff) ist eine Zusammenfassung der in Tabelle 18 des Jahresgutachtens 1971 ausgewiesenen Größen (f) und (g).

D. Zur Berechnung des konjunkturneutralen Finanzierungssaldos

(a) konjunkturneutrale längerfristige Kreditaufnahme:

$$K_t^* = K_0^* \cdot \frac{Y_t^i}{Y_0^i}$$

(b) konjunkturbedingte Steuermehreinnahmen bzw. Mindereinnahmen:

$$\frac{t_o}{100} \cdot (Y_t^* - Y_t^i)$$

(c) inflationsbedingte Steuermehreinnahmen:

$$\frac{t_o}{100} \cdot (Y_t^i - Y_t^*)$$

(d) Änderung im Deckungsbeitrag der sonstigen Einnahmen sowie der konjunkturneutralen längerfristigen Kreditaufnahme:

$$\left(S_t - S_o \frac{P_t^*}{P_0^i}\right) - \left(K_t^* - K_0^* \frac{P_t^*}{P_0^i}\right)$$

Der konjunkturneutrale Finanzierungssaldo ergibt sich als Summe der Komponenten (a) bis (d).

VII.

Statistischer Anhang

Erläuterung von Begriffen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für die Bundesrepublik Deutschland	Seite	188
Tabellenteil	Seite	191
Teil A, Internationale Tabellen	Tabellen	1*—13*
Teil B, Tabellen für die Bundesrepublik Deutschland	Tabellen	14*—59*

Erläuterung von Begriffen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für die Bundesrepublik Deutschland

1. Sektoren der Volkswirtschaft

Die inländischen wirtschaftlichen Institutionen sind in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zu Sektoren zusammengefaßt. In der Grundeinteilung werden drei Sektoren unterschieden, nämlich Unternehmen, Staat und private Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter.

Zu den **Unternehmen** rechnen alle Institutionen, die vorwiegend Waren und Dienstleistungen produzieren bzw. erbringen und diese gegen spezielles Entgelt verkaufen, das in der Regel Überschüsse abwirft oder mindestens die Kosten deckt. Hierzu gehören unter anderem auch landwirtschaftliche Betriebe, Handwerksbetriebe und Freie Berufe, ferner Bundesbahn, Bundespost und sonstige öffentliche Unternehmen, unabhängig von ihrer Rechtsform. Einbezogen in den Unternehmenssektor ist auch die Wohnungsvermietung einschließlich der Nutzung von Eigentümerwohnungen.

Der **Staat** umfaßt folgende öffentliche Körperschaften: Bund einschließlich Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen, Länder einschließlich Stadtstaaten, Gemeinden und Gemeindeverbände, und zwar Hoheits- und Kämmereiverwaltungen (also nicht ihre Unternehmen), ferner Zweckverbände, soweit sie Aufgaben erfüllen, die denen der Gebietskörperschaften entsprechen, und die Sozialversicherung einschließlich der Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst. In die Sozialversicherung einbezogen ist ein fiktiver Pensionsfonds für Beamte, der unterstellt werden muß, damit das Einkommen der Beamten mit dem anderer Arbeitnehmergruppen vergleichbar dargestellt werden kann.

In den Sektor der **privaten Haushalte** sind die privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter eingeschlossen, wie Kirchen, religiöse und weltanschauliche Organisationen, karitative, kulturelle und wissenschaftliche Organisationen, politische Parteien, Gewerkschaften, Sportvereine, gesellige Vereine usw., die wie der Staat ihre Leistungen überwiegend ohne Entgelt „verkaufen".

2. Das Sozialprodukt und seine Entstehung

Das **Sozialprodukt** gibt in zusammengefaßter Form ein Bild der wirtschaftlichen Leistung der Volkswirtschaft.

Von seiner Entstehung her gesehen wird das Sozialprodukt über das **Inlandsprodukt** berechnet. Ausgangsgröße für die Ermittlung des Inlandsprodukts sind in der Regel die Produktionswerte (Umsatz, Bestandsveränderung an Halb- und Fertigfabrikaten, selbsterstellte Anlagen) der Wirtschaftsbereiche. Zieht man hiervon die sogenannten Vorleistungen (Materialeinsatz usw.) ab, erhält man den Beitrag der Bereiche zum **Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen.**

Erhöht man das Bruttoinlandsprodukt um die Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die inländische Institutionen von der übrigen Welt bezogen haben, und zieht man die Erwerbs- und Vermögenseinkommen ab, die an die übrige Welt gezahlt worden sind, ergibt sich das **Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen.**

Das Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen ist, von seiner Verwendung her gesehen, gleich der Summe aus dem (Privaten und Staats-)Verbrauch, den Investitionen und den Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen (einschließlich der Erwerbs- und Vermögenseinkommen aus der übrigen Welt) nach Abzug der Einfuhren von Waren und Dienstleistungen (einschließlich der Erwerbs- und Vermögenseinkommen für die übrige Welt).

Zieht man vom Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen die verbrauchsbedingten, zu Wiederbeschaffungspreisen bewerteten Abschreibungen ab, erhält man das **Nettosozialprodukt zu Marktpreisen.** Hieraus leitet sich durch Kürzung um die indirekten (bei der Gewinnermittlung abzugsfähigen) Steuern und durch Addition der für die laufende Produktion gezahlten staatlichen Subventionen das **Nettosozialprodukt zu Faktorkosten** ab. Es ist identisch mit dem Volkseinkommen.

Die einzelnen Begriffe hängen, schematisch dargestellt, wie folgt zusammen:

	Bruttoinlandsprodukt
+	Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen Inländern und der übrigen Welt
=	Bruttosozialprodukt
−	Abschreibungen
=	Nettosozialprodukt zu Marktpreisen
−	Indirekte Steuern
+	Subventionen
=	Nettosozialprodukt zu Faktorkosten = Volkseinkommen

3. Verteilung des Volkseinkommens

Das Volkseinkommen ist die Summe aller Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die Inländern zugeflossen sind.

In der Verteilungsrechnung des Volkseinkommens werden zwei wichtige Einkommensarten unterschieden, nämlich Einkommen aus unselbständiger Arbeit und Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen.

Das **Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit** umfaßt die Bruttolohn- und -gehaltssumme, die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung und die zusätzlichen Sozialaufwendungen der Arbeitgeber für Krankheitsfälle, Altersvorsorge u. ä.

Das **Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen** enthält das Einkommen der privaten Haushalte und des Staates aus Zinsen, Nettopachten, Einkommen aus immateriellen Werten, Dividenden und sonstigen Ausschüttungen der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit sowie Einkommen der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit, und zwar nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden bzw. auf die öffentliche Schuld. Dazu kommen die nicht ausgeschütteten Gewinne der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit (Kapitalgesellschaften, Genossenschaften usw.).

Die Anteile der Sektoren am Volkseinkommen enthalten noch die direkten Steuern, derjenige der privaten Haushalte außerdem die Beiträge zur Sozialversicherung.

Erhöht man den Anteil der privaten Haushalte (und privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter) am Volkseinkommen um die Renten, Pensionen, Unterstützungen und ähnliches, die die privaten Haushalte usw. vom Staat und von der übrigen Welt bezogen haben, und zieht man von dieser Summe die von ihnen an den Staat geleisteten direkten Steuern, Sozialversicherungsbeiträge und sonstigen laufenden Übertragungen sowie die an die übrige Welt geleisteten laufenden Übertragungen ab, ergibt sich das **verfügbare Einkommen** des Haushaltssektors. Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte kann sowohl einschließlich als auch ohne nichtentnommene Gewinne der Einzelunternehmen und Personengesellschaften dargestellt werden. Dasselbe gilt für die **Ersparnis** der privaten Haushalte, die man erhält, wenn man vom verfügbaren Einkommen den Privaten Verbrauch abzieht.

4. Verwendung des Sozialprodukts

In der Verwendungsrechnung werden der Private Verbrauch, der Staatsverbrauch, die Investitionen und der Außenbeitrag unterschieden.

Der **Private Verbrauch** umfaßt die Güter- und Dienstleistungskäufe der inländischen privaten Haushalte für Konsumzwecke sowie den Eigenverbrauch (Käufe minus Verkäufe, ohne Investitionsgüter) der privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter. Neben den tatsächlichen Käufen sind auch bestimmte unterstellte Käufe einbegriffen, wie der Eigenverbrauch der Unternehmer, der Wert der Nutzung von Eigentümerwohnungen und ähnliches. Der Verbrauch auf Geschäftskosten wird nicht zum Privaten Verbrauch gerechnet, sondern zu den Vorleistungen der Unternehmen. Nicht enthalten sind ferner die Käufe von Grundstücken und Gebäuden, die zu den Investitionen zählen.

Der **Staatsverbrauch** entspricht den Aufwendungen des Staates für Verwaltungsleistungen, die der Allgemeinheit ohne spezielles Entgelt zur Verfügung gestellt werden. Zu den Aufwendungen für Verwaltungsleistungen zählen die Waren- und Dienstleistungskäufe des Staates (ohne Käufe von Investitionsgütern für zivile Zwecke), die Einkommen der im Staatsdienst Beschäftigten, ferner unterstellte Nettomieten für die vom Staat benutzten eigenen Gebäude und Abschreibungen auf diese Anlagen und das bewegliche Sachvermögen. Um den Staatsverbrauch zu ermitteln, wird von den Aufwendungen der Wert der Staatsleistungen abgesetzt, die verkauft oder für die Gebühren erhoben werden. Zu den laufenden Aufwendungen für Verteidigungszwecke zählen auch die Käufe von Rüstungsgütern und militärischen Bauten. Sachleistungen der Sozialversicherung, der Sozialhilfe usw. an private Haushalte zählen zum Staatsverbrauch und nicht zum Privaten Verbrauch.

Die **Investitionen** setzen sich aus Anlageinvestitionen (Ausrüstungen und Bauten) und der Vorratsveränderung zusammen.

Die **Anlageinvestitionen** umfassen die gesamten privaten und staatlichen Käufe dauerhafter Produktionsmittel sowie die selbsterstellten Anlagen. Als dauerhaft werden in diesem Zusammenhang diejenigen Produktionsmittel angesehen, deren Nutzungsdauer mehr als ein Jahr beträgt und die normalerweise aktiviert und abgeschrieben werden; ausgenommen sind geringwertige Güter.

Die Anlageinvestitionen werden unterteilt in **Ausrüstungsinvestitionen** (Maschinen und maschinelle Anlagen, Fahrzeuge usw.) und **Bauinvestitionen** (Wohngebäude, Verwaltungsgebäude, sonstige gewerbliche Bauten, Straßen, Brücken, Wasserwege usw.).

Die **Vorratsveränderung** ist zu Wiederbeschaffungspreisen bewertet und damit frei von Scheingewinnen und -verlusten, die aus den preisbedingten Änderungen der Buchwerte resultieren.

Als **Außenbeitrag** wird die Differenz zwischen der Ausfuhr und Einfuhr von Waren und Dienstleistungen bezeichnet. Erfaßt werden die Waren- und Dienstleistungsumsätze zwischen Inländern und der übrigen Welt. Einbezogen in die Ausfuhr sind Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die Inländer von der übrigen Welt bezogen haben; in der Einfuhr sind die an die übrige Welt geflossenen Erwerbs- und Vermögenseinkommen enthalten.

Beim Vergleich mit entsprechenden Positionen der Zahlungsbilanz ist zu beachten, daß in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen die übrige Welt neben dem Ausland auch die DDR und Berlin (Ost) umfaßt.

5. Das Sozialprodukt in konstanten Preisen und die Preisentwicklung des Sozialprodukts

Das Sozialprodukt und die wichtigsten Teilgrößen der Entstehungs- und Verwendungsrechnung werden auch in konstanten Preisen (von 1962) berechnet. Man spricht in diesem Fall auch vom realen Sozialprodukt im Gegensatz zum nominalen das in jeweiligen Preisen ausgedrückt ist. Dividiert man nominale durch die entsprechenden realen Größen, erhält

man Preisindizes auf der Basis 1962. Diese Preisindizes haben eine wechselnde Wägung, das heißt, ihnen liegt der „Warenkorb" des jeweiligen Berichtsjahres zugrunde. Sie zeigen den Preisstand im Berichtsjahr verglichen mit dem von 1962; die Entwicklung gegenüber dem jeweiligen Vorjahr ist aus ihnen — wegen der wechselnden Wägung — nur mit Einschränkungen abzulesen.

Weitere Hinweise zum Inhalt der in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen verwendeten Begriffe werden in den Fußnoten zu den einzelnen Tabellen gegeben.

Tabellenteil

Tabelle 1*

Bevölkerung und Erwerbstätige in den EWG-Ländern

1 000

Jahr	EWG insgesamt [1]	Bundesrepublik Deutschland [2]	Frankreich	Italien	Niederlande	Belgien	Luxemburg	Großbritannien	Irland	Dänemark
	Gesamtbevölkerung									
1955	161 167	49 203	43 428	48 633	10 749	8 848	306	51 221	2 921	4 439
1956	162 657	49 797	43 843	48 921	10 888	8 900	308	51 430	2 898	4 466
1957	164 220	50 434	44 311	49 181	11 022	8 963	309	51 657	2 885	4 488
1958	165 840	51 056	44 789	49 476	11 185	9 023	311	51 870	2 853	4 515
1959	167 437	51 634	45 240	49 831	11 347	9 072	313	52 157	2 846	4 547
1960	172 232	55 433	45 684	50 198	11 483	9 119	315	52 559	2 832	4 581
1961	173 982	56 175	46 163	50 522	11 637	9 166	319	52 956	2 818	4 617
1962	176 011	56 837	46 998	50 834	11 801	9 218	323	53 404	2 830	4 647
1963	177 955	57 389	47 816	51 177	11 964	9 283	326	53 672	2 850	4 684
1964	179 671	57 971	48 310	51 568	12 125	9 367	330	53 995	2 864	4 720
1965	181 395	58 619	48 758	51 944	12 293	9 448	333	54 328	2 876	4 758
1966	182 886	59 148	49 164	52 276	12 455	9 508	335	54 592	2 884	4 797
1967	183 923	59 286	49 548	52 600	12 597	9 557	335	54 868	2 899	4 839
1968	184 976	59 500	49 914	52 909	12 726	9 590	337	55 141	2 910	4 867
1969	186 437	60 067	50 315	53 230	12 873	9 613	339	55 366	2 921	4 891
1970	187 994	60 651	50 768	53 565	13 032	9 638	340	55 496	2 944	4 929
1971	189 645	61 284	51 250	53 899	13 194	9 673	345	55 668	2 971	4 960
	Erwerbstätige insgesamt									
1955	70 363 a)	22 790	19 411	20 520	4 016	3 492 a)	.	24 290	1 146	1 920 a)
1956	71 310 a)	23 387	19 645	20 561	4 078	3 505 a)	.	24 509	1 125	1 915 a)
1957	72 102 a)	23 881	19 801	20 657	4 100	3 529 a)	.	24 537	1 084	1 925 b)
1958	72 060 a)	23 965	19 742	20 665	4 062	3 492 a)	.	24 270	1 068	1 939 b)
1959	72 125 a)	24 184	19 566	20 666	4 104	3 471 a)	.	24 341	1 060	1 999 b)
1960	74 119	26 092	19 600	20 630	4 182	3 481	134	24 774	1 055	2 054
1961	74 618	26 453	19 601	20 677	4 243	3 510	134	25 057	1 053	2 084 b)
1962	74 689	26 545	19 664	20 450	4 328	3 566	136	25 214	1 060	2 116 b)
1963	74 705	26 608	19 843	20 139	4 387	3 592	136	25 222	1 066	2 142 b)
1964	74 999	26 630	20 060	20 066	4 464	3 641	138	25 500	1 071	2 186 b)
1965	74 872	26 780	20 123	19 680	4 502	3 648	139	25 750	1 069	2 226
1966	74 663	26 698	20 246	19 377	4 537	3 665	140	25 894	1 066	2 264 b)
1967	74 052	25 829	20 312	19 596	4 523	3 654	138	25 483	1 063	2 312
1968	74 080	25 850	20 291	19 585	4 565	3 650	139	25 283	1 067	2 315 b)
1969	75 034	26 251	20 615	19 676	4 641	3 711	140	25 284	1 073	2 330
1970	75 784	26 582	20 905	19 686	4 693	3 774	144	25 082	1 066	2 364
1971	75 914	26 575	21 035	19 625	4 715	3 816	148	24 694	1 071	2 382

[1] EWG der Sechs; bis 1959 ohne Saarland und Berlin.
[2] Bis 1959 ohne Saarland und Berlin.
a) Schätzung des SAEG.
b) Unsichere oder geschätzte Angaben.

Quelle: SAEG (Erwerbstätige in der Bundesrepublik Deutschland ab 1960 korrigiert nach nationaler Quelle)

Tabelle 2*

Beschäftigte Arbeitnehmer [1]) und Arbeitslose [2]) in den EWG-Ländern

1 000

Jahr	EWG insgesamt [3])	Bundesrepublik Deutschland [4])	Frankreich	Italien	Niederlande	Belgien	Luxemburg	Großbritannien	Irland	Dänemark
					Beschäftigte Arbeitnehmer					
1955	46 786 a)	16 840	12 977	11 237	3 050	2 600 a)	.	22 503	.	.
1956	48 016 a)	17 483	13 354	11 345	3 125	2 625 a)	.	22 727	.	.
1957	49 232 a)	17 992	13 694	11 624	3 167	2 669 a)	.	22 759	.	.
1958	49 577 a)	18 188	13 803	11 721	3 145	2 633 a)	.	22 496	.	.
1959	50 027 a)	18 508	13 752	11 854	3 199	2 627 a)	.	22 571	.	.
1960	52 444	20 257	13 898	12 257	3 296	2 645	91	23 007	650 a)	1 580
1961	53 522	20 730	14 049	12 588	3 369	2 694	92	23 297	650	1 613 b)
1962	54 487	21 032	14 254	12 885	3 465	2 757	94	23 466	659 b)	1 647 b)
1963	55 360	21 261	14 572	13 093	3 536	2 804	94	23 487	669 b)	1 668 b)
1964	56 074	21 484	14 905	13 088	3 623	2 878	96	23 780	680 b)	1 710 b)
1965	56 297	21 757	15 076	12 780	3 676	2 911	97	24 044	691 b)	1 741
1966	56 494	21 765	15 306	12 669	3 722	2 934	98	24 200	702	1 754 b)
1967	56 176	21 054	15 470	12 918	3 718	2 919	97	23 721	710	1 803
1968	56 602	21 183	15 552	13 076	3 775	2 919	97	23 525	720	1 839 b)
1969	58 078	21 752	15 988	13 388	3 865	2 986	99	23 465	734	1 856
1970	59 292	22 246	16 398	13 552	3 930	3 063	103	23 263	738	1 902
1971	59 851	22 396	16 654	13 611	3 962	3 121	107	22 874	751	1 909
					Arbeitslose					
1959	1 936	480	140	1 128	63	125	.	.	62	44
1960	1 381	271	130	836	30	114	.	377	31	31
1961	1 113	181	111	710	22	89	.	347	27	24
1962	983	155	123	611	23	71	.	467	27	22
1963	914	186	140	504	25	59	.	558	30	32
1964	904	169	114	549	22	50	.	404	29	19
1965	1 092	147	142	721	27	55	.	347	29	16
1966	1 177	161	148	769	37	62	.	361	32	18
1967	1 508	459	196	689	79	85	.	559	36	22
1968	1 446	323	254	694	72	103	.	586	37	39
1969	1 203	179	223	663	53	85	.	581	36	31
1970	1 143	149	262	615	46	71	.	618	42	24
1971	1 269	185	338	613	62	71	.	799	42	30
1972	1 521	246	380	701	108	86	.	886	48	30

[1]) Quelle: SAEG (Bundesrepublik Deutschland ab 1960 korrigiert nach nationaler Quelle).
[2]) Quelle: UN-Monthly Bulletin, ILO-Bulletin of Labour Statistics, ILO-International Labour Review.
[3]) EWG der Sechs.
[4]) Beschäftigte Arbeitnehmer bis 1959 ohne Saarland und Berlin.
a) Schätzung des SAEG.
b) Unsichere oder geschätzte Angaben.

Tabelle 3*

Bruttosozialprodukt der EWG-Länder

Mrd. Eur

Jahr	EWG insgesamt [1]	Bundesrepublik Deutschland [2]	Frankreich	Italien	Niederlande	Belgien	Luxemburg	Großbritannien	Irland	Dänemark
	in jeweiligen Preisen und Wechselkursen									
1955	134,2	43,2	49,5	24,1	8,0	9,1	0,4	54,1	1,5	4,2
1956	147,7	47,7	55,0	26,2	8,6	9,7	0,4	58,7	1,5	4,5
1957	157,6	52,0	57,3	28,2	9,3	10,3	0,4	62,1	1,6	4,8
1958	165,5	55,8	59,1	30,3	9,5	10,4	0,4	64,9	1,6	5,0
1959	169,4	60,7	55,2	32,2	10,1	10,7	0,4	68,2	1,8	5,5
1960	191,2	72,0	61,1	34,9	11,2	11,4	0,5	72,3	1,9	6,0
1961	212,8	82,4	66,5	38,9	12,4	12,1	0,5	77,2	2,0	6,6
1962	235,0	90,0	74,4	43,7	13,4	13,0	0,5	81,1	2,2	7,4
1963	258,5	96,0	83,4	50,0	14,6	13,9	0,5	86,3	2,3	7,9
1964	285,8	105,2	92,5	54,7	17,2	15,6	0,6	93,7	2,6	9,0
1965	310,0	115,1	99,2	58,9	19,2	17,0	0,7	100,6	2,8	10,2
1966	334,0	122,7	107,9	63,7	20,8	18,3	0,7	107,2	3,0	11,1
1967	353,6	123,9	116,4	70,1	22,9	19,6	0,7	110,7	3,2	12,1
1968	385,3	135,0	127,6	75,6	25,3	20,9	0,8	103,9	3,1	12,4
1969	431,5	153,7	141,7	83,3	28,7	23,2	0,9	111,5	3,6	14,2
1970	487,0	187,3	147,7	93,1	32,0	25,9	1,0	122,0	4,0	15,7
1971	536,5	207,6	162,8	100,6	36,0	28,4	1,0 a)	134,7	4,6	17,1
	in Preisen und Wechselkursen von 1963									
1955	166,3	58,0	55,0	31,4	10,8	10,6	0,5 b)	69,3	1,9	5,6
1956	176,0	62,2	58,3	32,9	11,3	10,9	0,5 b)	70,7	1,9	5,7
1957	185,3	65,7	61,7	34,7	11,6	11,2	0,5 b)	72,2	1,9	6,0
1958	191,2	68,2	63,5	36,4	11,5	11,1	0,5 b)	72,8	1,9	6,2
1959	201,4	73,2	65,4	38,8	12,1	11,4	0,5 b)	75,5	1,9	6,6
1960	221,6	84,6	70,1	41,2	13,1	12,0	0,5	79,1	2,0	7,0
1961	234,4	89,2	73,9	44,7	13,6	12,6	0,5	81,8	2,1	7,4
1962	247,1	92,8	78,9	47,5	14,1	13,3	0,5	82,8	2,2	7,9
1963	258,5	96,0	83,4	50,0	14,6	13,9	0,5	86,3	2,3	7,9
1964	274,2	102,4	89,0	51,5	15,9	14,9	0,6	90,9	2,4	8,6
1965	287,4	108,1	93,1	53,3	16,8	15,4	0,6	93,1	2,5	9,0
1966	299,8	111,3	98,3	56,5	17,2	15,9	0,6	95,3	2,5	9,3
1967	309,9	111,0	103,2	60,3	18,2	16,5	0,6	97,3	2,6	9,6
1968	328,9	119,1	108,4	64,2	19,4	17,2	0,6	100,3	2,9	10,1
1969	353,3	128,8	116,8	67,9	20,8	18,4	0,7	102,5	3,0	10,9
1970	337,3	136,3	123,6	71,2	22,0	19,6	0,7	104,7	3,1	11,3
1971	386,0	140,2	129,8	72,2	22,9	20,3	0,7 a)	106,4	3,2	11,7

[1] EWG der Sechs; bis 1959 ohne Saarland und Berlin.
[2] Bis 1959 ohne Saarland und Berlin.
a) Unsichere oder geschätzte Angaben.
b) Schätzung des SAEG.

Quelle: SAEG

Tabelle 4*

Bruttosozialprodukt je Einwohner der EWG-Länder

Eur

Jahr	EWG insgesamt [1]	Bundesrepublik Deutschland [2]	Frankreich	Italien	Niederlande	Belgien	Luxemburg	Großbritannien	Irland	Dänemark
	in jeweiligen Preisen und Wechselkursen									
1955	833	878	1 139	495	741	1 032	1 207	1 056	517	941
1956	908	959	1 255	536	787	1 095	1 320	1 148	529	1 001
1957	960	1 032	1 293	573	844	1 153	1 418	1 202	552	1 059
1958	998	1 093	1 320	612	845	1 154	1 402	1 252	578	1 101
1959	1 012	1 175	1 221	646	892	1 183	1 437	1 307	616	1 213
1960	1 110	1 298	1 337	696	979	1 253	1 568	1 375	655	1 300
1961	1 223	1 467	1 441	769	1 066	1 323	1 590	1 458	709	1 429
1962	1 335	1 584	1 582	859	1 136	1 406	1 599	1 519	762	1 600
1963	1 453	1 673	1 745	977	1 220	1 499	1 689	1 608	812	1 689
1964	1 591	1 815	1 915	1 060	1 416	1 662	1 915	1 735	918	1 916
1965	1 709	1 964	2 035	1 134	1 559	1 797	1 989	1 851	979	2 135
1966	1 827	2 074	2 194	1 219	1 672	1 920	2 071	1 964	1 028	2 324
1967	1 922	2 089	2 350	1 332	1 820	2 047	2 113	2 017	1 096	2 500
1968	2 083	2 269	2 557	1 430	1 990	2 179	2 302	1 884	1 080	2 548
1969	2 314	2 558	2 817	1 566	2 228	2 414	2 630	2 014	1 225	2 899
1970	2 591	3 089	2 909	1 739	2 455	2 684	3 004	2 198	1 356	3 187
1971	2 829	3 387	3 176	1 867	2 728	2 936	3 027 [a]	2 421	1 532	3 456
	in Preisen und Wechselkursen von 1963									
1955	1 032	1 178	1 267	646	1 009	1 199	.	1 352	658	1 265
1956	1 082	1 249	1 330	673	1 034	1 227	.	1 374	654	1 283
1957	1 129	1 303	1 393	705	1 050	1 249	.	1 397	658	1 340
1958	1 153	1 335	1 418	735	1 032	1 232	.	1 403	653	1 368
1959	1 203	1 417	1 447	778	1 067	1 256	.	1 447	680	1 452
1960	1 287	1 526	1 535	821	1 142	1 318	1 628	1 504	721	1 531
1961	1 348	1 588	1 600	884	1 166	1 377	1 664	1 545	762	1 611
1962	1 404	1 633	1 679	934	1 193	1 446	1 672	1 551	782	1 690
1963	1 453	1 673	1 745	977	1 220	1 499	1 689	1 608	812	1 689
1964	1 526	1 766	1 841	998	1 312	1 588	1 786	1 684	839	1 826
1965	1 584	1 844	1 910	1 027	1 364	1 634	1 806	1 714	857	1 898
1966	1 639	1 821	2 000	1 081	1 380	1 671	1 821	1 745	866	1 930
1967	1 685	1 872	2 083	1 147	1 444	1 728	1 823	1 773	911	1 991
1968	1 778	2 001	2 171	1 213	1 523	1 794	1 912	1 819	983	2 065
1969	1 895	2 145	2 320	1 275	1 612	1 916	2 047	1 852	1 024	2 233
1970	1 986	2 248	2 434	1 328	1 686	2 030	2 110	1 887	1 046	2 287
1971	2 036	2 288	2 532	1 339	1 737	2 099	2 093 [a]	1 911	1 068	2 356

[1] EWG der Sechs; bis 1959 ohne Saarland und Berlin.
[2] Bis 1959 ohne Saarland und Berlin.
a) Unsichere oder geschätzte Angaben.

Quelle: SAEG

Tabelle 5*

Bruttoinlandsprodukt der EWG-Länder

Mrd. Eur

Jahr	EWG insgesamt [1]	Bundesrepublik Deutschland [2]	Frankreich	Italien	Niederlande	Belgien	Luxemburg	Großbritannien	Irland	Dänemark
	in jeweiligen Preisen und Wechselkursen									
1955	134,0	43,3	49,4	24,1	7,8	9,0	0,4	53,6	1,5	4,2
1956	147,4	47,8	54,9	26,2	8,5	9,6	0,4	58,0	1,5	4,5
1957	157,3	52,1	57,2	28,1	9,2	10,2	0,5	61,3	1,5	4,8
1958	165,1	55,8	59,1	30,2	9,3	10,3	0,4	63,9	1,6	5,0
1959	169,0	60,7	55,2	32,0	10,0	10,6	0,5	67,3	1,7	5,5
1960	190,8	72,0	61,0	34,8	11,1	11,3	0,5	71,5	1,8	6,0
1961	212,6	82,6	66,5	38,7	12,2	12,0	0,5	76,3	1,9	6,6
1962	234,7	90,2	74,3	43,5	13,3	12,9	0,5	80,0	2,1	7,4
1963	258,1	96,2	83,3	49,8	14,4	13,8	0,6	85,0	2,3	7,9
1964	285,4	105,5	92,4	54,4	17,0	15,5	0,6	92,4	2,6	9,1
1965	309,6	115,5	99,0	58,6	19,0	16,8	0,7	99,2	2,7	10,2
1966	333,5	123,0	107,7	63,3	20,7	18,1	0,7	105,8	2,9	11,2
1967	353,0	124,2	116,2	69,7	22,7	19,4	0,7	109,3	3,1	12,1
1968	384,5	135,1	127,5	75,2	25,2	20,7	0,8	102,8	3,0	12,4
1969	430,6	153,8	141,6	82,7	28,6	23,0	0,9	110,0	3,5	14,2
1970	486,5	187,7	147,5	92,6	32,0	25,7	1,0	120,4	3,9	15,8
1971	535,9	207,8	162,7	100,1	36,1	28,2	1,1 [a]	133,2	4,5	17,2
	in Preisen und Wechselkursen von 1963									
1955	166,1	58,1	54,9	31,4	10,7	10,5	0,4 [b]	69,1	1,9	5,6
1956	175,8	62,3	58,2	32,9	11,2	10,8	0,4 [b]	70,3	1,8	5,7
1957	185,1	65,8	61,7	34,6	11,5	11,1	0,5 [b]	71,7	1,8	6,0
1958	190,8	68,1	63,5	36,3	11,4	11,0	0,5 [b]	71,9	1,8	6,2
1959	201,1	73,2	65,5	38,6	11,9	11,3	0,5 [b]	74,7	1,9	6,6
1960	221,3	84,6	70,1	41,1	13,0	11,9	0,5	78,3	2,0	7,0
1961	234,2	89,4	73,9	44,5	13,4	12,6	0,5	80,9	2,1	7,4
1962	246,8	93,0	78,8	47,3	14,0	13,2	0,5	81,7	2,2	7,9
1963	258,1	96,2	83,3	49,8	14,4	13,8	0,6	85,0	2,3	7,9
1964	273,8	102,7	88,8	51,2	15,7	14,8	0,6	89,7	2,3	8,6
1965	287,0	108,5	92,9	53,0	16,6	15,3	0,6	91,8	2,4	9,0
1966	299,3	111,6	98,1	56,1	17,1	15,8	0,6	93,8	2,4	9,3
1967	309,3	111,3	103,0	60,0	18,0	16,4	0,6	95,9	2,6	9,7
1968	328,1	119,2	108,1	63,7	19,3	17,1	0,6	99,2	2,8	10,1
1969	352,4	129,0	116,5	67,3	20,6	18,3	0,7	101,0	2,9	11,0
1970	372,7	136,6	123,3	70,7	22,0	19,4	0,7	103,3	2,9	11,3
1971	385,5	140,4	129,5	71,8	23,0	20,1	0,7 [a]	104,9	3,1	11,8

[1] EWG der Sechs; bis 1959 ohne Saarland und Berlin.
[2] Bis 1959 ohne Saarland und Berlin.
a) Unsichere oder geschätzte Angaben.
b) Schätzung des SAEG.

Quelle: SAEG

Tabelle 6*

Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen der EWG-Länder

Eur

Jahr	EWG insgesamt [1]	Bundesrepublik Deutschland [2]	Frankreich	Italien	Niederlande	Belgien	Luxemburg	Großbritannien	Irland	Dänemark
	in jeweiligen Preisen und Wechselkursen									
1955	1 904 a)	1 900	2 543	1 172	1 949	2 584 a)	.	2 208	1 276	2 181 a)
1956	2 067 a)	2 044	2 794	1 273	2 083	2 736 a)	.	2 366	1 319	2 338 a)
1957	2 182 a)	2 182	2 890	1 361	2 256	2 883 a)	.	2 500	1 418	2 472 b)
1958	2 291 a)	2 328	2 993	1 460	2 296	2 937 a)	.	2 634	1 491	2 564 b)
1959	2 343 a)	2 510	2 822	1 551	2 426	3 061 a)	.	2 766	1 605	2 758 b)
1960	2 574	2 759	3 114	1 687	2 665	3 240	3 727	2 885	1 706	2 897
1961	2 849	3 123	3 391	1 872	2 884	3 420	3 809	3 046	1 839	3 169 b)
1962	3 142	3 398	3 777	2 128	3 072	3 604	3 844	3 173	1 975	3 516 b)
1963	3 455	3 615	4 199	2 474	3 289	3 848	4 082	3 369	2 112	3 697 b)
1964	3 805	3 962	4 604	2 713	3 804	4 249	4 622	3 625	2 391	4 141 b)
1965	4 135	4 313	4 922	2 976	4 216	4 618	4 804	3 852	2 552	4 569
1966	4 467	4 607	5 319	3 266	4 563	4 944	4 987	4 086	2 704	4 932 b)
1967	4 767	4 809	5 722	3 556	5 027	5 313	5 158	4 289	2 903	5 244
1968	5 190	5 226	6 281	3 838	5 520	5 682	5 627	4 065	2 851	5 369 b)
1969	5 739	5 859	6 869	4 204	6 152	6 208	6 412	4 349	3 248	6 103
1970	6 420	7 061	7 055	4 706	6 813	6 799	7 199	4 801	3 650	6 663
1971	7 059	7 819	7 735	5 102	7 648	7 380	7 179 b)	5 396	4 173	7 231
	in Preisen und Wechselkursen von 1963									
1955	2 361 a)	2 549	2 830	1 530	2 664	3 017 a)	.	2 846	1 632	2 931 a)
1956	2 465 a)	2 664	2 962	1 598	2 740	3 088 a)	.	2 867	1 641	2 996 a)
1957	2 567 a)	2 755	3 115	1 675	2 807	3 140 a)	.	2 920	1 701	3 127 b)
1958	2 648 a)	2 842	3 215	1 755	2 805	3 152 a)	.	2 961	1 690	3 186 b)
1959	2 788 a)	3 027	3 347	1 870	2 907	3 263 a)	.	3 070	1 774	3 301 b)
1960	2 986	3 242	3 577	1 991	3 110	3 431	3 858	3 162	1 880	3 412
1961	3 139	3 380	3 768	2 152	3 156	3 576	3 982	3 231	1 977	3 571 b)
1962	3 304	3 503	4 007	2 311	3 226	3 706	4 018	3 239	2 028	3 712 b)
1963	3 455	3 615	4 199	2 474	3 289	3 848	4 082	3 369	2 112	3 697 b)
1964	3 651	3 857	4 427	2 553	3 520	4 060	4 314	3 519	2 181	3 947 b)
1965	3 833	4 052	4 618	2 695	3 687	4 199	4 365	3 564	2 228	4 064
1966	4 009	4 180	4 848	2 895	3 764	4 303	4 391	3 622	2 267	4 097 b)
1967	4 177	4 309	5 071	3 060	3 983	4 485	4 452	3 763	2 401	4 177
1968	4 429	4 611	5 330	3 255	4 226	4 675	4 679	3 925	2 581	4 355 b)
1969	4 697	4 914	5 653	3 422	4 449	4 927	4 971	3 997	2 703	4 706
1970	4 918	5 139	5 898	3 592	4 679	5 141	5 017	4 119	2 799	4 790
1971	5 078	5 283	6 158	3 656	4 868	5 272	4 925 b)	4 250	2 892	4 943

[1] EWG der Sechs; bis 1959 ohne Saarland und Berlin.
[2] Bis 1959 ohne Saarland und Berlin.
a) Schätzung des SAEG.
b) Unsichere oder geschätzte Angaben.

Quelle: SAEG (Bundesrepublik Deutschland ab 1960 korrigiert nach nationaler Quelle)

Tabelle 7*

Volkseinkommen und Einkommen aus unselbständiger Arbeit der EWG-Länder

Mrd. Eur in jeweiligen Wechselkursen

Jahr	EWG insgesamt [1]	Bundesrepublik Deutschland [2]	Frankreich	Italien	Niederlande	Belgien	Luxemburg	Großbritannien	Irland	Dänemark
					Volkseinkommen					
1955	104,6	33,6	37,5	19,4	6,5	7,4	0,3	43,4	1,3	3,4
1956	115,4	37,3	41,9	21,0	7,0	7,9	0,3	47,1	1,2	3,6
1957	123,1	40,8	43,4	22,6	7,6	8,4	0,3	49,9	1,3	3,9
1958	129,4	43,6	44,9	24,4	7,8	8,4	0,3	52,2	1,3	4,0
1959	131,7	47,3	41,3	25,9	8,3	8,6	0,3	54,8	1,4	4,4
1960	148,9	56,1	46,0	28,0	9,2	9,1	0,4	58,4	1,5	4,8
1961	165,3	63,9	50,1	31,1	10,1	9,6	0,4	62,5	1,6	5,3
1962	182,3	69,4	56,2	35,1	10,9	10,3	0,4	65,4	1,8	6,0
1963	200,5	73,9	62,9	40,3	11,9	11,0	0,4	69,7	1,9	6,3
1964	221,6	81,1	69,4	44,1	14,1	12,4	0,5	75,2	2,1	7,2
1965	240,5	88,8	74,5	47,5	15,7	13,5	0,5	80,2	2,2	8,0
1966	258,8	94,3	81,0	51,6	17,0	14,4	0,5	84,4	2,3	8,7
1967	273,0	94,0	87,8	56,6	18,7	15,4	0,5	87,4	2,5	9,4
1968	301,0	104,2	97,8	61,4	20,6	16,4	0,6	80,8	2,5	9,5
1969	336,0	117,0	108,5	67,9	23,6	18,3	0,7	85,3	2,8	10,9
1970	380,9	144,6	113,6	75,5	26,1	20,4	0,8	93,2	3,1	12,0
1971	418,6	159,4	124,9	82,0	29,1	22,4	0,8[a]	104,1	3,5	13,1
					Einkommen aus unselbständiger Arbeit					
1955	59,0	19,9	21,9	9,6	3,5	4,0	0,2	31,5	0,7	2,0
1956	65,8	22,3	24,7	10,4	3,9	4,3	0,2	34,3	0,7	2,1
1957	70,7	24,5	25,6	11,4	4,3	4,7	0,2	36,3	0,7	2,2
1958	74,7	26,6	26,3	12,2	4,5	4,9	0,2	37,7	0,7	2,3
1959	76,0	28,5	24,6	13,1	4,7	4,9	0,2	39,5	0,8	2,6
1960	86,0	34,0	26,7	14,5	5,2	5,2	0,2	42,5	0,8	2,8
1961	97,6	39,8	29,9	16,2	6,0	5,5	0,2	45,9	0,9	3,2
1962	110,0	44,4	33,9	18,8	6,6	6,0	0,3	48,5	1,0	3,6
1963	123,4	47,6	38,7	22,9	7,4	6,6	0,3	50,9	1,1	3,8
1964	137,3	52,1	43,0	25,6	8,8	7,4	0,3	55,2	1,3	4,4
1965	149,6	57,5	46,4	27,1	10,0	8,2	0,3	59,6	1,3	5,1
1966	161,6	61,9	50,1	29,0	11,2	9,0	0,4	63,8	1,5	5,6
1967	170,3	62,0	54,1	32,0	12,3	9,6	0,4	65,1	1,5	6,1
1968	185,9	66,6	60,4	34,8	13,5	10,2	0,4	60,8	1,5	6,3
1969	208,3	76,2	66,3	38,3	15,7	11,3	0,4	64,9	1,7	7,2
1970	242,1	96,5	69,8	44,7	17,8	12,8	0,5	72,6	2,0	8,2
1971	273,8	109,5	78,1	50,7	20,4	14,5	.	80,4	2,3	.

[1] EWG der Sechs; bis 1959 ohne Saarland und Berlin.
[2] Bis 1959 ohne Saarland und Berlin.
a) Unsichere oder geschätzte Angaben.

Quelle: SAEG

Tabelle 8*

Privater Verbrauch der EWG-Länder

Mrd. Eur

Jahr	EWG insgesamt [1]	Bundesrepublik Deutschland [2]	Frankreich	Italien	Niederlande	Belgien	Luxemburg	Großbritannien	Irland	Dänemark
	in jeweiligen Preisen und Wechselkursen									
1955	84,2	25,3	31,5	16,2	4,7	6,3	0,2	36,4	1,2	2,9
1956	92,9	28,1	35,0	17,7	5,2	6,6	0,2	38,4	1,2	3,1
1957	98,8	30,6	36,6	18,8	5,5	7,1	0,3	40,5	1,2	3,2
1958	103,1	33,0	37,3	19,9	5,6	7,1	0,3	42,7	1,3	3,4
1959	104,0	35,2	34,5	20,8	5,9	7,4	0,3	45,0	1,3	3,6
1960	115,3	41,1	37,4	22,4	6,4	7,8	0,3	47,3	1,4	3,9
1961	127,9	46,8	40,9	24,5	7,2	8,2	0,3	49,8	1,5	4,3
1962	141,4	51,3	45,8	27,5	7,9	8,6	0,3	52,8	1,6	4,9
1963	156,6	54,6	51,6	32,1	8,7	9,3	0,3	56,2	1,7	5,1
1964	170,0	58,7	56,3	34,8	9,9	9,9	0,4	60,1	1,9	5,8
1965	184,4	64,7	60,3	37,2	11,1	10,8	0,4	64,0	2,0	6,3
1966	199,5	69,5	65,1	40,9	12,1	11,6	0,4	67,8	2,1	7,0
1967	212,8	71,3	70,5	45,1	13,1	12,2	0,4	69,7	2,2	7,7
1968	228,8	75,4	77,2	48,1	14,4	13,2	0,5	65,3	2,2	7,8
1969	252,2	84,6	83,8	52,5	16,4	14,4	0,5	69,1	2,4	8,8
1970	280,7	100,8	85,8	59,6	18,4	15,4	0,5	74,8	2,7	9,5
1971	310,4	111,9	95,9	64,4	20,5	17,1	0,6 a)	82,6	3,0	10,2
	in Preisen und Wechselkursen von 1963									
1955	100,2	31,7	34,2	20,5	6,1	7,4	0,2 b)	45,0	1,4	3,8
1956	106,7	34,5	36,4	21,5	6,6	7,5	0,3 b)	45,4	1,4	3,9
1957	112,5	36,7	38,9	22,4	6,6	7,8	0,3 b)	46,3	1,4	3,9
1958	115,8	38,5	39,4	23,2	6,6	7,8	0,3 b)	47,5	1,4	4,1
1959	120,5	40,7	40,3	24,4	6,9	7,9	0,3 b)	49,6	1,4	4,3
1960	131,2	47,0	42,3	25,9	7,3	8,4	0,3	51,5	1,5	4,5
1961	139,1	50,0	44,9	27,7	7,7	8,5	0,3	52,7	1,6	4,9
1962	147,6	52,7	48,1	29,5	8,2	8,9	0,3	53,8	1,6	5,2
1963	156,6	54,6	51,6	32,1	8,7	9,3	0,3	56,2	1,7	5,1
1964	164,1	57,4	54,4	33,1	9,3	9,6	0,4	58,2	1,8	5,6
1965	172,4	61,2	56,8	34,0	10,0	10,0	0,4	59,3	1,8	5,8
1966	180,3	63,5	59,6	36,3	10,3	10,4	0,4	60,5	1,8	6,0
1967	187,5	64,0	62,8	38,9	10,8	10,6	0,4	61,8	1,9	6,3
1968	196,1	66,5	65,7	40,8	11,6	11,2	0,4	63,4	2,0	6,4
1969	209,5	71,6	69,9	43,3	12,4	11,9	0,4	63,7	2,1	7,0
1970	222,4	76,6	73,0	46,6	13,3	12,4	0,4	65,4	2,2	7,2
1971	233,2	80,8	77,4	47,8	13,7	13,0	0,4 a)	67,1	2,3	7,3

[1] EWG der Sechs; bis 1959 ohne Saarland und Berlin.
[2] Bis 1959 ohne Saarland und Berlin.
a) Unsichere oder geschätzte Angaben.
b) Schätzung des SAEG.

Quelle: SAEG

Tabelle 9*

Staatsverbrauch der EWG-Länder

Mrd. Eur

Jahr	EWG insgesamt [1]	Bundesrepublik Deutschland [2]	Frankreich	Italien	Niederlande	Belgien	Luxemburg	Großbritannien	Irland	Dänemark
	in jeweiligen Preisen und Wechselkursen									
1955	17,2	5,8	6,3	2,8	1,1	1,0	0,0	9,2	0,2	0,5
1956	19,3	6,1	7,6	3,1	1,3	1,1	0,0	9,9	0,2	0,6
1957	20,5	6,6	7,9	3,3	1,4	1,2	0,0	10,3	0,2	0,6
1958	21,4	7,4	7,7	3,6	1,4	1,3	0,1	10,6	0,2	0,7
1959	22,2	8,2	7,4	3,9	1,4	1,4	0,1	11,3	0,2	0,7
1960	24,9	9,8	7,9	4,2	1,5	1,4	0,1	12,0	0,2	0,8
1961	27,9	11,5	8,6	4,6	1,7	1,5	0,1	13,0	0,2	0,9
1962	32,0	13,4	9,6	5,4	2,0	1,6	0,1	13,9	0,3	1,1
1963	36,4	14,9	10,8	6,5	2,2	1,8	0,1	14,6	0,3	1,2
1964	39,4	15,6	11,8	7,4	2,7	2,0	0,1	15,6	0,3	1,3
1965	43,5	17,5	12,5	8,3	3,0	2,2	0,1	17,0	0,4	1,6
1966	47,1	19,1	13,3	8,8	3,3	2,4	0,1	18,5	0,4	1,8
1967	50,4	20,3	14,3	9,4	3,7	2,7	0,1	20,0	0,4	2,1
1968	54,4	21,1	16,1	10,2	4,0	2,9	0,1	18,6	0,4	2,2
1969	60,4	24,2	17,4	11,0	4,6	3,2	0,1	19,6	0,5	2,5
1970	68,5	29,8	18,2	11,8	5,2	3,5	0,1	21,8	0,6	3,1
1971	80,4	35,8	20,1	14,3	6,1	4,0	0,1 [a]	24,9	0,7	3,7
	in Preisen und Wechselkursen von 1963									
1955	24,4	8,3	8,2	4,7	1,9	1,2	0,1 [b]	13,5	0,3	0,8
1956	25,6	8,4	9,1	4,9	1,9	1,2	0,1 [b]	13,4	0,3	0,8
1957	26,4	8,8	9,4	4,9	1,9	1,2	0,1 [b]	13,2	0,2	0,9
1958	27,0	9,5	9,0	5,2	1,9	1,3	0,1 [b]	12,9	0,2	0,9
1959	28,7	10,4	9,6	5,4	1,8	1,4	0,1 [b]	13,1	0,2	0,9
1960	30,8	11,8	9,8	5,7	1,9	1,5	0,1	13,4	0,3	1,0
1961	32,3	12,6	10,2	5,9	2,0	1,5	0,1	13,9	0,3	1,0
1962	34,6	13,9	10,6	6,2	2,1	1,6	0,1	14,4	0,3	1,1
1963	36,4	14,9	10,8	6,5	2,2	1,8	0,1	14,6	0,3	1,2
1964	37,0	14,8	11,2	6,8	2,3	1,9	0,1	14,8	0,3	1,3
1965	38,5	15,5	11,5	7,0	2,3	2,0	0,1	15,2	0,3	1,3
1966	39,4	15,9	11,8	7,3	2,3	2,1	0,1	15,6	0,3	1,4
1967	40,9	16,4	12,3	7,6	2,4	2,2	0,1	16,5	0,3	1,5
1968	41,9	16,4	12,8	7,9	2,4	2,3	0,1	16,6	0,3	1,6
1969	43,8	17,2	13,4	8,1	2,6	2,4	0,1	16,4	0,4	1,7
1970	45,5	18,0	13,9	8,3	2,7	2,5	0,1	16,6	0,4	1,9
1971	47,9	19,3	14,4	8,6	2,8	2,6	0,1 [a]	17,2	0,4	2,1

[1] EWG der Sechs; bis 1959 ohne Saarland und Berlin.
[2] Bis 1959 ohne Saarland und Berlin.
a) Unsichere oder geschätzte Angaben.
b) Schätzung des SAEG.

Quelle: SAEG

Tabelle 10*

Bruttoanlageinvestitionen der EWG-Länder

Mrd. Eur

Jahr	EWG insgesamt [1]	Bundesrepublik Deutschland [2]	Frankreich	Italien	Niederlande	Belgien	Luxemburg	Großbritannien	Irland	Dänemark
	in jeweiligen Preisen und Wechselkursen									
1955	27,9	10,2	9,4	4,9	1,8	1,6	0,1	8,0	0,3	0,7
1956	31,3	11,3	10,7	5,4	2,1	1,8	0,1	8,8	0,3	0,7
1957	33,7	11,6	11,7	6,1	2,4	1,8	0,1	9,6	0,2	0,8
1958	34,7	12,5	12,1	6,2	2,1	1,7	0,1	10,0	0,2	0,9
1959	36,5	14,3	11,2	6,7	2,3	1,9	0,1	10,6	0,2	1,0
1960	42,2	17,3	12,4	7,7	2,6	2,2	0,1	11,7	0,3	1,2
1961	49,5	20,8	14,3	8,8	3,0	2,4	0,1	13,1	0,3	1,4
1962	55,8	23,4	16,2	10,1	3,2	2,7	0,1	13,4	0,4	1,5
1963	61,5	24,8	18,6	11,8	3,4	2,8	0,2	14,0	0,4	1,6
1964	70,1	28,4	22,0	11,8	4,3	3,4	0,2	16,7	0,5	2,0
1965	74,4	30,6	24,2	11,0	4,7	3,7	0,2	17,9	0,6	2,2
1966	79,6	31,6	26,8	11,7	5,3	4,1	0,2	19,1	0,6	2,4
1967	81,5	28,6	29,2	13,3	5,9	4,4	0,2	20,3	0,6	2,7
1968	89,0	31,2	31,7	14,9	6,6	4,4	0,2	19,2	0,6	2,6
1969	101,5	37,1	35,4	17,1	6,9	4,8	0,2	20,0	0,8	3,1
1970	121,0	49,5	37,8	19,7	8,0	5,8	0,3	22,0	0,9	3,5
1971	132,6	55,5	41,7	20,0	9,0	6,2	0,3 [a]	23,8	1,0	3,7
	in Preisen und Wechselkursen von 1963									
1955	34,7	14,2	10,0	6,1	2,4	2,0	0,1 [b]	9,6	0,3	0,8
1956	37,7	15,5	10,9	6,5	2,6	2,1	0,1 [b]	10,1	0,3	0,9
1957	39,3	15,5	11,9	7,1	2,8	2,1	0,1 [b]	10,6	0,3	0,9
1958	40,4	16,1	12,6	7,2	2,4	1,9	0,1 [b]	10,7	0,2	1,0
1959	43,8	18,0	13,0	7,9	2,7	2,1	0,1 [b]	11,5	0,3	1,2
1960	49,2	20,9	14,0	8,8	3,0	2,4	0,1	12,6	0,3	1,3
1961	54,5	22,9	15,7	9,9	3,2	2,7	0,1	13,8	0,3	1,5
1962	58,6	24,2	17,1	10,9	3,3	2,8	0,2	13,7	0,4	1,6
1963	61,5	24,8	18,6	11,8	3,4	2,8	0,2	14,0	0,4	1,6
1964	67,3	27,7	21,1	11,0	4,0	3,2	0,2	16,3	0,5	1,9
1965	69,4	29,0	22,6	10,1	4,2	3,3	0,2	16,9	0,5	2,0
1966	72,6	29,2	24,6	10,5	4,6	3,5	0,2	17,3	0,5	2,1
1967	73,3	26,8	26,1	11,7	4,9	3,6	0,2	18,5	0,5	2,3
1968	78,4	28,9	27,5	12,8	5,5	3,5	0,1	19,5	0,6	2,3
1969	86,0	32,4	30,5	13,9	5,4	3,7	0,2	19,3	0,7	2,5
1970	93,3	36,0	32,8	14,4	5,8	4,1	0,2	19,8	0,7	2,7
1971	95,8	37,7	34,4	13,6	5,9	4,0	0,2 [a]	19,7	0,8	2,8

[1] EWG der Sechs; bis 1959 ohne Saarland und Berlin.
[2] Bis 1959 ohne Saarland und Berlin.
a) Unsichere oder geschätzte Angaben.
b) Schätzung des SAEG.

Quelle: SAEG

Tabelle 11*

Außenhandel der EWG-Länder [1])

Mrd. Eur in jeweiligen Preisen und Wechselkursen

Jahr	EWG insgesamt [2])	Bundesrepublik Deutschland [3])	Frankreich	Italien	Niederlande	Belgien	Luxemburg	Großbritannien	Irland	Dänemark
	Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen									
1955	24,9	8,5	6,8	2,6	3,7	2,9	0,3	11,7	0,4	1,4
1956	27,8	10,2	6,8	3,0	4,1	3,3	0,4	12,9	0,4	1,5
1957	31,1	12,1	7,0	3,7	4,5	3,4	0,4	13,5	0,5	1,6
1958	31,5	12,3	7,3	3,8	4,5	3,3	0,3	13,2	0,5	1,7
1959	34,2	13,8	7,6	4,1	4,9	3,3	0,4	13,6	0,5	1,8
1960	38,3	14,3	9,2	5,1	5,6	3,7	0,4	14,4	0,6	2,0
1961	41,3	15,5	9,6	5,8	5,8	4,0	0,4	15,0	0,7	2,0
1962	43,9	16,4	9,9	6,5	6,3	4,4	0,4	15,4	0,7	2,2
1963	48,0	17,9	11,0	7,1	6,8	4,8	0,4	16,3	0,7	2,4
1964	54,2	20,0	12,1	8,2	7,8	5,6	0,5	17,1	0,8	2,8
1965	60,6	21,9	13,6	9,9	8,5	6,1	0,5	18,4	0,9	3,0
1966	66,8	24,6	15,0	11,0	9,1	6,6	0,5	19,7	1,0	3,2
1967	71,7	26,5	16,0	11,9	9,7	7,1	0,5	19,9	1,1	3,4
1968	80,2	29,7	17,3	13,6	10,8	8,0	0,6	21,1	1,2	3,5
1969	93,4	34,5	20,1	15,6	12,8	9,7	0,7	23,6	1,3	4,0
1970	109,5	41,3	23,7	17,4	15,1	11,3	0,8	27,0	1,4	4,5
1971	122,1	44,9	27,4	19,6	17,1	12,4	0,8 a)	30,2	1,6	4,9
	Einfuhr von Waren und Dienstleistungen									
1955	23,3	7,4	6,2	2,9	3,7	2,8	0,3	12,5	0,6	1,3
1956	27,6	8,6	7,7	3,4	4,3	3,3	0,3	12,8	0,5	1,5
1957	30,4	10,0	8,0	4,0	4,7	3,5	0,3	13,4	0,5	1,6
1958	29,1	10,3	7,6	3,6	4,2	3,1	0,3	12,8	0,6	1,5
1959	30,5	11,6	6,8	3,8	4,6	3,4	0,3	13,7	0,6	1,8
1960	35,3	12,5	8,1	5,2	5,4	3,8	0,4	15,6	0,7	2,0
1961	38,5	13,7	8,6	5,8	5,8	4,2	0,4	15,4	0,8	2,1
1962	42,5	15,3	9,4	6,8	6,2	4,4	0,4	15,7	0,8	2,4
1963	47,9	16,5	10,7	8,4	6,9	5,0	0,5	16,6	0,9	2,4
1964	53,2	18,4	12,3	8,2	8,1	5,7	0,5	18,8	1,0	2,9
1965	58,0	21,6	12,8	8,3	8,7	6,1	0,5	19,2	1,2	3,2
1966	63,8	22,7	14,8	9,7	9,3	6,7	0,5	20,0	1,2	3,4
1967	66,4	22,2	15,8	11,1	9,8	7,0	0,5	21,1	1,2	3,6
1968	73,8	25,2	17,4	11,8	10,8	8,0	0,6	22,0	1,4	3,7
1969	88,9	30,6	21,1	14,3	12,8	9,5	0,7	23,2	1,6	4,3
1970	105,1	37,9	23,1	17,3	15,5	10,7	0,7	26,0	1,8	4,9
1971	116,2	41,9	26,2	18,5	17,1	11,7	0,8 a)	28,3	1,9	5,2

[1]) Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen einschließlich der innergemeinschaftlichen Transaktionen.
[2]) EWG der Sechs; bis 1959 ohne Saarland und Berlin.
[3]) Bis 1959 ohne Saarland und Berlin.
a) Unsichere oder geschätzte Angaben.

Quelle: SAEG

Tabelle 12*

Industrielle Produktion der EWG-Länder

1970 = 100

Jahr	EWG insgesamt [1]	Bundesrepublik Deutschland [2]	Frankreich [2]	Italien	Niederlande	Belgien	Luxemburg	Großbritannien [2]	Irland [2]	Dänemark
1955	40	41	42	33	36	54	67	67	45	.
1956	43	44	45	35	39	58	72	67	44	.
1957	46	46	49	38	40	58	72	68	43	.
1958	47	48	51	39	40	55	69	67	44	.
1959	50	51	52	44	45	57	73	70	49	.
1960	56	58	57	51	49	62	79	76	52	.
1961	60	61	60	56	51	65	81	76	57	.
1962	63	63	63	61	54	69	78	77	61	.
1963	66	65	67	67	57	74	79	80	64	.
1964	71	71	72	67	63	79	86	86	69	.
1965	73	75	73	71	66	81	87	89	71	.
1966	77	76	79	79	70	82	84	90	75	.
1967	78	75	81	85	73	84	84	90	81	.
1968	85	83	84	91	81	88	88	95	90	.
1969	94	94	94	94	91	97	100	98	97	.
1970	100	100	100	100	100	100	100	100	100	.
1971	103	102	106	97	107	103	99	101	105	.
1972	108	106	114	100	115	109	103	104	110	.

[1] EWG der Sechs; zusammengewogen mit den Anteilen an der Industrieproduktion der EWG im Jahre 1970.
[2] Ohne Bau.

Quelle: OECD

Tabelle 13*

Zur Preis- und Lohnentwicklung

Zeitraum	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Italien	Niederlande	Großbritannien
						Verbraucher
						1963
1967	111	116	112	117	121	115
1968	113	119	117	119	125	121
1969	116	124	124	122	135	127
1970	121	129	131	128	141	135
1971	127	134	138	134	151	148
1972	134	142	147	142	163	159
1973 1. Hj.	146	149	153	153	173	169
						Großhandels
						1963
1967	103	107	106	106	115	111
1968	97 [a]	107	105	107	116	115
1969	99 [a]	113	116	111	117 [a]	119
1970	105 [a]	118	124	119	124 [a]	128
1971	110 [a]	117 [a]	127	123	125 [a]	139
1972	114 [a]	122 [a]	133	128	130 [a]	147
1973 1. Hj.	121 [a]	133 [a]	149	141	...	153
						Durchschnittswerte
						1970
1969	98	95	91	95	96	94
1970	100	100	100	100	100	100
1971	102	97	106	106	102	108
1972	103	98	107	108	103	115
1973 1. Hj.	103	...	114	116	107	124
						Durchschnittswerte
						1970
1969	102	96	90	96	94	96
1970	100	100	100	100	100	100
1971	99	102	103	108	105	103
1972	97	100	104	109	104	109
1973 1. Hj.	101	...	108	125	109	131
						Bruttostundenverdienste
						1970
1969	88	92	91	82	90	91
1970	100	100	100	100	100	100
1971	111	111	111	114	112	111
1972	121	127	...	125	126	126
1973 1. Hj.	...	...	...	145	136	136
						Anteil am Warenhandel [4]) der
1969—1972	×	*8,9*	*13,0*	*9,3*	*11,5*	*3,9*

[1]) Nationale Quellen.
[2]) Quelle: OECD.
[3]) Belgien, Frankreich, Italien, Niederlande, Großbritannien, Schweiz: Tarifliche Stundenlöhne. — Japan: Bruttomonatsverdienste.

Tabelle 13*

in wichtigen Industrieländern

Schweden	Schweiz	Vereinigte Staaten	Kanada	Japan	Zeitraum
preise [1])					
= 100					
120	116	109	112	122	1967
123	119	114	117	128	1968
126	122	120	122	135	1969
135	126	127	126	146	1970
145	135	132	130	155	1971
154	144	137	136	162	1972
161	153	142	143	174	1973 1. Hj.
preise [1])					
= 100					
112	104	106	108	105	1967
113	104	108	110	106	1968
118	107	113	115	108	1969
126	112	117	117	112	1970
130	114	121	119	112	1971
137	118	126	127	112	1972
147	127	138	143	123	1973 1. Hj.
der Ausfuhr [2])					
= 100					
92	96	95	98	95	1969
100	100	100	100	100	1970
105	106	103	100	100	1971
109	112	106	103	99	1972
115	115	117	112	101	1973 1. Hj.
der Einfuhr [2])					
= 100					
93	93	94	98	96	1969
100	100	100	100	100	1970
106	100	105	102	102	1971
107	103	113	105	94	1972
117	108	126	112	99	1973 1. Hj.
in der Industrie [2]) [3])					
= 100					
88	94	95	92	85	1969
100	100	100	100	100	1970
107	110	106	109	114	1971
123	119	113	117	132	1972
133	129	119	126	128	1973 1. Hj.
Bundesrepublik Deutschland in vH					
3,2	*4,6*	*9,6*	*1,2*	*1,7*	1969—1972

[4]) Einfuhr + Ausfuhr.
a) Ohne Mehrwertsteuer.

Tabelle 14*

Bevölkerung und Erwerbstätigkeit

Zeitraum	Einwohner (Wohnbevölkerung)	Erwerbspersonen	Erwerbsquote [1]	Erwerbstätige			Offene Stellen	Arbeitslose	Arbeitslosenquote [3]
				insgesamt	darunter Abhängige				
					zusammen	darunter nichtdeutsche Arbeitnehmer [2]			
	1 000		vH	1 000					vH
1950	46 908	21 577	*46,0*	19 997	13 674	.	116	1 580	*10,4*
1951	47 413	21 952	*46,3*	20 520	14 286	.	116	1 432	*9,1*
1952	47 728	22 289	*46,7*	20 910	14 754	.	115	1 379	*8,5*
1953	48 172	22 684	*47,1*	21 425	15 344	.	123	1 259	*7,6*
1954	48 710	23 216	*47,7*	21 995	15 968	73	137	1 221	*7,1*
1955 [4]	49 203	23 758	*48,3*	22 830	16 840	80	200	928	*5,2*
1956	49 797	24 196	*48,6*	23 435	17 483	99	219	761	*4,2*
1957	50 434	24 602	*48,8*	23 940	17 992	108	217	662	*3,5*
1958	51 056	24 807	*48,6*	24 124	18 188	127	216	683	*3,6*
1959	51 634	24 857	*48,1*	24 381	18 508	167	280	476	*2,5*
1960	52 183	25 057	*48,0*	24 792	19 005	.	449	235	*1,2*
1960	55 433	26 518	*47,8*	26 247	20 257	279	465	271	*1,3*
1961	56 175	26 772	*47,7*	26 591	20 730	507	552	181	*0,9*
1962	56 837	26 845	*47,2*	26 690	21 032	629	574	155	*0,7*
1963	57 389	26 930	*46,9*	26 744	21 261	773	555	186	*0,9*
1964	57 971	26 922	*46,4*	26 753	21 484	902	609	169	*0,8*
1965	58 619	27 034	*46,1*	26 887	21 757	1 119	649	147	*0,7*
1966	59 148	26 962	*45,6*	26 801	21 765	1 244	540	161	*0,7*
1967	59 286	26 409	*44,5*	25 950	21 054	1 014	302	459	*2,1*
1968	59 500	26 291	*44,2*	25 968	21 183	1 019	488	323	*1,5*
1969	60 067	26 535	*44,2*	26 356	21 752	1 366	747	179	*0,8*
1970	60 651	26 817	*44,2*	26 668	22 246	1 807	795	149	*0,7*
1971	61 284	26 835	*43,8*	26 650	22 396	2 128	648	185	*0,8*
1972	61 669	26 709	*43,3*	26 463	22 340	2 284	546	246	*1,1*
1967 1. Hj.	59 262	26 481	*44,7*	25 945	21 021	1 049	288	536	*2,5*
2. Hj.	59 311	26 338	*44,4*	25 955	21 087	978	316	383	*1,8*
1968 1. Hj.	59 376	26 198	*44,1*	25 749	20 925	955	404	449	*2,1*
2. Hj.	59 625	26 384	*44,2*	26 186	21 440	1 083	573	198	*0,9*
1969 1. Hj.	59 888	26 421	*44,1*	26 179	21 528	1 241	689	242	*1,1*
2. Hj.	60 247	26 648	*44,2*	26 533	21 977	1 490	805	115	*0,5*
1970 1. Hj.	60 532	26 690	*44,1*	26 504	22 036	1 684	806	186	*0,8*
2. Hj.	60 889	26 944	*44,3*	26 832	22 456	1 930	784	112	*0,5*
1971 1. Hj.	61 141	26 795	*43,8*	26 594	22 301	2 048	680	201	*0,9*
2. Hj.	61 427	26 875	*43,8*	26 706	22 491	2 208	616	169	*0,7*
1972 1. Hj.	61 575	26 653	*43,3*	26 372	22 223	2 224	525	281	*1,2*
2. Hj.	61 763	26 767	*43,3*	26 554	22 457	2 342	567	213	*0,9*
1973 1. Hj.	61 880	26 663	*43,1*	26 382	22 356	...	591	281	*1,2*

[1] Anteil der Erwerbspersonen (Erwerbstätige + Arbeitslose) an der Wohnbevölkerung.
[2] Jahreszahlen: Bis 1960 Stand Ende Juli, 1961 Stand Ende Juni. — Halbjahreszahlen: eigene Schätzung.
[3] Anteil der Arbeitslosen an den abhängigen Erwerbspersonen (abhängige Erwerbstätige + Arbeitslose).
[4] Ohne Saarland und Berlin.

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit

Tabelle 15*

Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen

Anteil in vH

Jahr	Alle Wirtschaftsbereiche		Land- und Forstwirtschaft [1]		Produzierendes Gewerbe [2]		Handel und Verkehr [3] [4]		Übrige Bereiche [4] [5]	
			Erwerbstätige							
	Selbständige [6]	Abhängige	insgesamt	darunter Abhängige	insgesamt	darunter Abhängige	insgesamt	darunter Abhängige	insgesamt	darunter Abhängige
1950 [7]	31,6	68,4	24,8	5,0	42,6	37,3	16,0	11,6	16,6	14,5
1951	30,4	69,6	23,4	4,5	43,3	38,2	16,8	12,5	16,5	14,4
1952	29,4	70,6	22,2	4,2	43,8	38,7	17,5	13,2	16,6	14,5
1953	28,4	71,6	21,0	3,9	44,5	39,6	18,1	13,8	16,5	14,3
1954	27,4	72,6	19,8	3,6	45,6	40,9	18,1	13,9	16,4	14,3
1955	26,2	73,8	18,6	3,2	46,7	42,2	18,5	14,3	16,2	14,1
1956	25,4	74,6	17,7	3,0	47,5	43,1	18,7	14,5	16,2	14,0
1957	24,8	75,2	17,0	2,8	47,4	43,0	19,3	15,1	16,4	14,2
1958	24,6	75,4	16,3	2,6	47,5	43,2	19,4	15,1	16,7	14,5
1959	24,0	76,0	15,5	2,4	47,7	43,4	19,6	15,2	17,2	15,0
1960	23,0	76,9	14,4	2,2	48,2	43,9	19,9	15,7	17,5	15,2
1960	22,8	77,2	13,6	1,9	47,6	43,9	17,5	13,1	21,2	18,3
1961	22,0	78,0	13,0	1,7	48,2	44,6	17,4	13,2	21,4	18,5
1962	21,2	78,8	12,4	1,6	48,4	44,8	17,3	13,4	21,9	19,1
1963	20,5	79,5	11,8	1,5	48,4	44,9	17,6	13,7	22,2	19,4
1964	19,7	80,3	11,2	1,5	48,4	45,0	17,6	13,9	22,7	20,0
1965	19,1	80,9	10,7	1,4	48,9	45,4	17,6	14,0	22,9	20,2
1966	18,8	81,2	10,4	1,3	48,6	45,2	17,7	14,0	23,3	20,6
1967	18,9	81,1	10,2	1,2	47,3	44,0	18,0	14,3	24,5	21,6
1968	18,4	81,6	9,7	1,2	47,6	44,5	17,8	14,3	24,8	21,7
1969	17,5	82,5	9,1	1,1	48,5	45,5	17,6	14,2	24,8	21,7
1970	16,6	83,4	8,5	1,1	48,8	45,8	17,5	14,2	25,2	22,3
1971	16,0	84,0	7,9	1,1	48,8	45,8	17,7	14,5	25,6	22,7
1972	15,6	84,4	7,4	1,0	48,5	45,5	18,0	14,8	26,1	23,1

[1] Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei.
[2] Energiewirtschaft und Wasserversorgung, Bergbau, Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe.
[3] Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung.
[4] Ab 1960 (Bundesgebiet) geänderte Abgrenzung durch Einführung der neuen Wirtschaftszweigsystematik (1961).
[5] Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe, sonstige Dienstleistungen und Wohnungsvermietung, Organisationen ohne Erwerbscharakter und private Haushalte, Gebietskörperschaften und Sozialversicherung, ohne Angabe des Wirtschaftsbereiches.
[6] Einschließlich mithelfende Familienangehörige.
[7] Ohne Saarland und Berlin.

Tabelle 16*

Beiträge zusammengefaßter Wirtschafts

a) Mrd.

Zeitraum	Bruttoinlandsprodukt	Land- und Forstwirtschaft [1]	Produzierendes Gewerbe				Handel und Verkehr [3]	Dienstleistungen [4]	Staat [5]	Private Haushalte usw. [6]
			insgesamt	Energiewirtschaft [2] und Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe				
	in jeweiligen Preisen									
1950	98,05	9,98	48,68	5,08	38,30	5,30	19,99	10,00	7,63	1,77
1951	120,01	12,04	61,81	6,27	49,03	6,51	23,75	11,61	8,76	2,04
1952	136,97	13,06	69,80	7,38	54,93	7,49	28,53	13,12	10,14	2,32
1953	147,72	13,16	76,89	8,61	59,35	8,93	29,34	14,68	10,98	2,67
1954	159,06	13,47	83,58	9,25	64,67	9,66	31,01	16,39	11,74	2,87
1955 [7]	182,00	14,23	97,16	9,98	75,28	11,90	36,03	18,57	12,86	3,15
1956	200,95	14,65	107,27	11,36	82,75	13,16	40,04	21,14	14,35	3,50
1957	218,89	15,27	116,04	12,36	89,90	13,78	44,40	23,38	15,99	3,81
1958	234,37	16,16	123,87	12,93	96,00	14,94	47,16	25,60	17,44	4,14
1959	255,14	16,47	136,59	13,51	105,34	17,74	51,28	28,45	17,97	4,38
1960	284,77	17,11	154,72	14,67	120,06	19,99	56,07	32,10	20,06	4,71
1960	302,55	17,31	164,69	15,95	127,55	21,19	59,31	34,44	21,84	4,96
1961	333,45	17,48	182,05	16,04	141,36	24,65	64,17	39,50	24,95	5,30
1962	360,91	17,76	196,16	16,58	151,68	27,90	70,91	43,04	27,33	5,71
1963	384,77	18,91	205,83	17,45	158,34	30,04	76,07	47,47	30,33	6,16
1964	422,14	20,39	227,39	18,07	174,75	34,57	82,40	52,27	33,18	6,51
1965	462,02	19,69	250,07	18,93	194,52	36,62	88,96	58,56	37,76	6,98
1966	492,10	20,71	262,12	19,60	203,12	39,40	94,71	64,71	42,22	7,63
1967	496,86	20,97	257,56	19,29	201,38	36,89	95,82	69,72	44,74	8,05
1968	540,54 a)	20,76	287,70	21,34	226,52	39,84	103,18	76,21	47,85	8,64
1969	605,68 a)	22,45	326,29	22,51	258,63	45,15	112,62	86,10	54,23	9,79
1970	686,96 a)	21,53	375,13	25,95	293,28	55,90	124,84	98,07	63,28	11,11
1971 [8]	759,44 a)	22,33	407,68	27,93	315,23	64,52	136,28	112,96	75,24	12,95
1972	829,36 a)	24,66	440,04	30,64	338,90	70,50	148,04	127,03	84,87	14,42
1967 1. Hj.	238,93	10,84	123,20	9,49	96,51	17,20	45,22	34,08	21,69	3,90
2. Hj.	257,93	10,13	134,36	9,80	104,87	19,69	50,60	35,64	23,05	4,15
1968 1. Hj.	254,31 a)	10,02	133,81	10,35	105,75	17,71	48,15	37,03	22,87	4,13
2. Hj.	286,23 a)	10,74	153,89	10,99	120,77	22,13	55,03	39,18	24,98	4,51
1969 1. Hj.	283,43 a)	11,26	150,96	10,97	120,74	19,25	52,39	41,76	25,27	4,59
2. Hj.	322,25 a)	11,19	175,33	11,54	137,89	25,90	60,23	44,34	28,96	5,20
1970 1. Hj.	323,62 a)	10,79	175,57	12,75	139,40	23,42	58,10	47,01	30,10	5,25
2. Hj.	363,34 a)	10,74	199,56	13,20	153,88	32,48	66,74	51,06	33,18	5,86
1971 1. Hj.	361,42 a)	10,47	194,82	13,65	152,69	28,48	63,99	54,80	35,51	6,13
2. Hj. [8]	398,02 a)	11,86	212,86	14,28	162,54	36,04	72,29	58,16	39,73	6,82
1972 1. Hj.	395,51 a)	11,42	211,06	15,00	163,98	32,08	69,13	61,78	40,02	6,80
2. Hj.	433,85 a)	13,24	228,98	15,64	174,92	38,42	78,91	65,25	44,85	7,62
1973 1. Hj.	444,12 a)	12,84	236,16	...	...	...	78,50	70,18	52,54	

[1] Einschließlich Tierhaltung und Fischerei.
[2] Einschließlich Wasserversorgung.
[3] Einschließlich Nachrichtenübermittlung.
[4] Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen, Wohnungsvermietung, Dienstleistungsunternehmen und Freie Berufe.
[5] Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.
[6] Häusliche Dienste und private Organisationen ohne Erwerbscharakter.

Tabelle 16*

bereiche zum Bruttoinlandsprodukt

DM

Bruttoinlandsprodukt	Land- und Forstwirtschaft [1]	Produzierendes Gewerbe insgesamt	Produzierendes Gewerbe Energiewirtschaft [2] und Bergbau	Produzierendes Gewerbe Verarbeitendes Gewerbe	Produzierendes Gewerbe Baugewerbe	Handel und Verkehr [3]	Dienstleistungen [4]	Staat [5]	Private Haushalte usw. [6]	Zeitraum
in Preisen von 1962										
143,49	13,01	63,85	8,64	45,08	10,13	29,65	17,58	15,00	4,40	1950
158,56	14,97	72,76	9,78	51,72	11,26	31,96	18,90	15,57	4,40	1951
172,58	15,10	81,50	10,26	58,68	12,56	33,97	20,99	16,38	4,64	1952
186,85	15,18	90,83	10,23	65,45	15,15	36,23	23,02	16,68	4,91	1953
201,30	15,52	99,91	10,73	73,08	16,10	38,75	24,67	17,47	4,98	1954
225,57	15,37	115,96	11,81	85,49	18,66	43,68	26,91	18,42	5,23	1955 [7]
241,77	15,27	125,10	12,83	92,41	19,86	48,11	28,96	18,93	5,40	1956
255,39	15,75	131,40	13,17	98,71	19,52	51,39	30,91	20,32	5,62	1957
264,42	16,71	136,74	12,95	103,66	20,13	52,11	32,14	21,01	5,71	1958
283,91	17,25	148,79	13,45	112,99	22,35	56,31	34,26	21,55	5,75	1959
309,37	17,92	165,47	14,62	127,56	23,29	61,43	36,46	22,51	5,58	1960
328,59	18,17	176,09	15,90	135,50	24,69	64,96	39,05	24,46	5,86	1960
347,06	18,35	188,01	16,07	145,06	26,88	67,77	41,35	25,91	5,67	1961
360,91	17,76	196,16	16,58	151,68	27,90	70,91	43,04	27,33	5,71	1962
373,28	18,68	202,29	17,20	156,51	28,58	72,98	44,99	28,54	5,80	1963
398,50	20,13	220,20	17,93	170,59	31,68	76,14	46,87	29,36	5,80	1964
421,03	17,88	236,20	18,28	185,03	32,89	80,69	49,72	30,74	5,80	1965
433,01	18,33	242,16	18,89	188,58	34,69	82,50	52,07	32,06	5,89	1966
432,09	20,50	236,06	18,15	184,41	33,50	82,65	53,86	33,07	5,95	1967
462,89	21,11	259,11	18,83	205,58	34,70	86,78	55,59	34,24	6,06	1968
500,94	20,38	286,89	20,10	230,19	36,60	94,00	58,26	35,22	6,19	1969
530,59	20,63	304,86	22,04	243,81	39,01	99,78	61,90	37,08	6,34	1970
544,35	21,40	311,62	22,80	247,92	40,90	101,63	64,43	38,80	6,47	1971 [8]
560,41	20,96	321,19	23,60	255,35	42,24	103,85	66,94	40,89	6,58	1972
207,71	10,20	112,74	8,92	88,44	15,38	38,88	26,50	16,43	2,96	1967 1. Hj.
224,38	10,30	123,32	9,23	95,97	18,12	43,77	27,36	16,64	2,99	2. Hj.
219,84	10,82	121,01	9,16	96,38	15,47	40,46	27,49	17,05	3,01	1968 1. Hj.
243,05	10,29	138,10	9,67	109,20	19,23	46,32	28,10	17,19	3,05	2. Hj.
238,35	10,29	135,12	9,85	109,32	15,95	43,73	28,66	17,48	3,07	1969 1. Hj.
262,59	10,09	151,77	10,25	120,87	20,65	50,27	29,60	17,74	3,12	2. Hj.
255,37	9,84	146,06	11,00	118,40	16,66	47,45	30,49	18,38	3,15	1970 1. Hj.
275,22	10,79	158,80	11,04	125,41	22,35	52,33	31,41	18,70	3,19	2. Hj.
265,03	10,34	151,68	11,40	121,97	18,31	48,68	31,87	19,25	3,21	1971 1. Hj.
279,32	11,06	159,94	11,40	125,95	22,59	52,95	32,56	19,55	3,26	2. Hj. [8]
272,22	10,12	156,02	11,78	125,04	19,20	49,53	33,01	20,27	3,27	1972 1. Hj.
288,19	10,84	165,17	11,82	130,31	23,04	54,32	33,93	20,62	3,31	2. Hj.
289,12	10,32	167,05	...	...	...	52,74	34,63	24,38		1973 1. Hj.

[7] Ohne Saarland und Berlin.
[8] Vorläufige Ergebnisse.
a) Die Summen der Beiträge der Wirtschaftsbereiche zum Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen sind größer als das Bruttoinlandsprodukt insgesamt. Die Differenz ergibt sich aus der unterschiedlichen Buchung der Umsatzsteuer auf Investitionsgüter bzw. der Investitionsteuer in der Entstehungs- und Verwendungsrechnung des Sozialprodukts.

noch Tabelle 16*

Beiträge zusammengefaßter Wirtschafts

b) Anteil

Zeitraum	Land- und Forstwirtschaft [1]	Produzierendes Gewerbe				Handel und Verkehr [3]	Dienstleistungen [4]	Staat [5]	Private Haushalte usw. [6]
		insgesamt	Energiewirtschaft [2] und Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe				
	in jeweiligen Preisen								
1950	10,2	49,6	5,2	39,1	5,4	20,4	10,2	7,8	1,8
1951	10,0	51,5	5,2	40,9	5,4	19,8	9,7	7,3	1,7
1952	9,5	51,0	5,4	40,1	5,5	20,8	9,6	7,4	1,7
1953	8,9	52,1	5,8	40,2	6,0	19,9	9,9	7,4	1,8
1954	8,5	52,5	5,8	40,7	6,1	19,5	10,3	7,4	1,8
1955 [7]	7,8	53,4	5,5	41,4	6,5	19,8	10,2	7,1	1,7
1956	7,3	53,4	5,7	41,4	6,5	19,9	10,5	7,1	1,7
1957	7,0	53,0	5,6	41,1	6,3	20,3	10,7	7,3	1,7
1958	6,9	52,9	5,5	41,0	6,4	20,1	10,9	7,4	1,8
1959	6,5	53,5	5,3	41,3	7,0	20,1	11,2	7,0	1,7
1960	6,0	54,3	5,2	42,2	7,0	19,7	11,3	7,0	1,7
1960	5,7	54,4	5,3	42,2	7,0	19,6	11,4	7,2	1,6
1961	5,2	54,6	4,8	42,4	7,4	19,2	11,8	7,5	1,6
1962	4,9	54,4	4,6	42,0	7,7	19,6	11,9	7,6	1,6
1963	4,9	53,5	4,5	41,2	7,8	19,8	12,3	7,9	1,6
1964	4,8	53,9	4,3	41,4	8,2	19,5	12,4	7,9	1,5
1965	4,3	54,1	4,1	42,1	7,9	19,3	12,7	8,2	1,5
1966	4,2	53,3	4,0	41,3	8,0	19,2	13,1	8,6	1,6
1967	4,2	51,8	3,9	40,5	7,4	19,3	14,0	9,0	1,6
1968	3,8	52,9	3,9	41,6	7,3	19,0	14,0	8,8	1,6
1969	3,7	53,4	3,7	42,3	7,4	18,4	14,1	8,9	1,6
1970	3,1	54,1	3,7	42,3	8,1	18,0	14,1	9,1	1,6
1971 [8]	2,9	53,1	3,6	41,1	8,4	17,8	14,7	9,8	1,7
1972	2,9	52,4	3,7	40,4	8,4	17,6	15,1	10,1	1,7
1967 1. Hj.	4,5	51,6	4,0	40,4	7,2	18,9	14,3	9,1	1,6
2. Hj.	3,9	52,1	3,8	40,7	7,6	19,6	13,8	8,9	1,6
1968 1. Hj.	3,9	52,3	4,0	41,3	6,9	18,8	14,5	8,9	1,6
2. Hj.	3,7	53,4	3,8	41,9	7,7	19,1	13,6	8,7	1,6
1969 1. Hj.	3,9	52,7	3,8	42,2	6,7	18,3	14,6	8,8	1,6
2. Hj.	3,4	53,9	3,5	42,4	8,0	18,5	13,6	8,9	1,6
1970 1. Hj.	3,3	53,7	3,9	42,7	7,2	17,8	14,4	9,2	1,6
2. Hj.	2,9	54,4	3,6	41,9	8,8	18,2	13,9	9,0	1,6
1971 1. Hj.	2,9	53,3	3,7	41,8	7,8	17,5	15,0	9,7	1,7
2. Hj. [8]	3,0	53,0	3,6	40,5	9,0	18,0	14,5	9,9	1,7
1972 1. Hj.	2,9	52,7	3,7	41,0	8,0	17,3	15,4	10,0	1,7
2. Hj.	3,0	52,2	3,6	39,9	8,8	18,0	14,9	10,2	1,7
1973 1. Hj.	2,9	52,5	...	...	...	17,4	15,6	11,7	

[1] Einschließlich Tierhaltung und Fischerei.
[2] Einschließlich Wasserversorgung.
[3] Einschließlich Nachrichtenübermittlung.
[4] Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen, Wohnungsvermietung, Dienstleistungsunternehmen und Freie Berufe.

noch Tabelle 16*

bereiche zum Bruttoinlandsprodukt

in vH

Land- und Forstwirtschaft [1]	Produzierendes Gewerbe insgesamt	Energiewirtschaft [2] und Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe	Handel und Verkehr [3]	Dienstleistungen [4]	Staat [5]	Private Haushalte usw. [6]	Zeitraum
				in Preisen von 1962					
9,1	44,5	6,0	31,4	7,1	20,7	12,3	10,5	3,1	1950
9,4	45,9	6,2	32,6	7,1	20,2	11,9	9,8	2,8	1951
8,7	47,2	5,9	34,0	7,3	19,7	12,2	9,5	2,7	1952
8,1	48,6	5,5	35,0	8,1	19,4	12,3	8,9	2,6	1953
7,7	49,6	5,3	36,3	8,0	19,2	12,3	8,7	2,5	1954
6,8	51,4	5,2	37,9	8,3	19,4	11,9	8,2	2,3	1955 [7]
6,3	51,7	5,3	38,2	8,2	19,9	12,0	7,8	2,2	1956
6,2	51,5	5,2	38,7	7,6	20,1	12,1	8,0	2,2	1957
6,3	51,7	4,9	39,2	7,6	19,7	12,2	7,9	2,2	1958
6,1	52,4	4,7	39,8	7,9	19,8	12,1	7,6	2,0	1959
5,8	53,5	4,7	41,2	7,5	19,9	11,8	7,3	1,8	1960
5,5	53,6	4,8	41,2	7,5	19,8	11,9	7,4	1,8	1960
5,3	54,2	4,6	41,8	7,7	19,5	11,9	7,5	1,6	1961
4,9	54,4	4,6	42,0	7,7	19,6	11,9	7,6	1,6	1962
5,0	54,2	4,6	41,9	7,7	19,6	12,1	7,6	1,6	1963
5,1	55,3	4,5	42,8	7,9	19,1	11,8	7,4	1,5	1964
4,2	56,1	4,3	43,9	7,8	19,2	11,8	7,3	1,4	1965
4,2	55,9	4,4	43,6	8,0	19,1	12,0	7,4	1,4	1966
4,7	54,6	4,2	42,7	7,8	19,1	12,5	7,7	1,4	1967
4,6	56,0	4,1	44,4	7,5	18,7	12,0	7,4	1,3	1968
4,1	57,3	4,0	46,0	7,3	18,8	11,6	7,0	1,2	1969
3,9	57,5	4,2	46,0	7,4	18,8	11,7	7,0	1,2	1970
3,9	57,2	4,2	45,5	7,5	18,7	11,8	7,1	1,2	1971 [8]
3,7	57,3	4,2	45,6	7,5	18,5	11,9	7,3	1,2	1972
4,9	54,3	4,3	42,6	7,4	18,7	12,8	7,9	1,4	1967 1. Hj.
4,6	55,0	4,1	42,8	8,1	19,5	12,2	7,4	1,3	2. Hj.
4,9	55,0	4,2	43,8	7,0	18,4	12,5	7,8	1,4	1968 1. Hj.
4,2	56,8	4,0	44,9	7,9	19,1	11,6	7,1	1,3	2. Hj.
4,3	56,7	4,1	45,9	6,7	18,3	12,0	7,3	1,3	1969 1. Hj.
3,8	57,8	3,9	46,0	7,9	19,1	11,3	6,8	1,2	2. Hj.
3,9	57,2	4,3	46,4	6,5	18,6	11,9	7,2	1,2	1970 1. Hj.
3,9	57,7	4,0	45,6	8,1	19,0	11,4	6,8	1,2	2. Hj.
3,9	57,2	4,3	46,0	6,9	18,4	12,0	7,3	1,2	1971 1. Hj.
4,0	57,3	4,1	45,1	8,1	19,0	11,7	7,0	1,2	2. Hj. [8]
3,7	57,3	4,3	45,9	7,1	18,2	12,1	7,4	1,2	1972 1. Hj.
3,8	57,3	4,1	45,2	8,0	18,8	11,8	7,2	1,1	2. Hj.
3,6	57,8	...	...	...	18,2	12,0	8,4		1973 1. Hj.

[5] Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.
[6] Häusliche Dienste und private Organisationen ohne Erwerbscharakter.
[7] Ohne Saarland und Berlin.
[8] Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 17*

Sozialprodukt und

Mrd.

Zeitraum	Bruttoinlandsprodukt	Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen Inländern und der übrigen Welt	Bruttosozialprodukt	Abschreibungen	Nettosozialprodukt zu Marktpreisen	Indirekte Steuern [1]) abzüglich Subventionen [2])	Nettosozialprodukt zu Faktorkosten (Volkseinkommen)
	in jeweiligen Preisen						
1950	98,05	+0,05	98,10	8,32	89,78	12,84	76,94
1951	120,01	−0,01	120,00	10,12	109,88	16,64	93,24
1952	136,97	+0,03	137,00	11,55	125,45	19,74	105,71
1953	147,72	−0,02	147,70	11,99	135,71	21,80	113,91
1954	159,06	−0,46	158,60	12,65	145,95	23,42	122,53
1955 [3])	182,00	−0,60	181,40	14,05	167,35	26,37	140,98
1956	200,95	−0,45	200,50	15,79	184,71	28,17	156,54
1957	218,89	−0,39	218,50	17,74	200,76	29,47	171,29
1958	234,37	−0,07	234,30	19,59	214,71	31,43	183,28
1959	255,14	−0,24	254,90	21,47	233,43	34,94	198,49
1960	284,77	−0,07	284,70	24,27	260,43	38,17	222,26
1960	302,55	−0,25	302,30	25,73	276,57	40,87	235,70
1961	333,45	−0,85	332,60	29,26	303,34	45,33	258,01
1962	360,91	−0,81	360,10	33,48	326,62	49,17	277,45
1963	384,77	−0,77	384,00	37,19	346,81	51,05	295,76
1964	422,14	−1,24	420,90	41,17	379,73	55,48	324,25
1965	462,02	−1,62	460,40	46,21	414,19	58,94	355,25
1966	492,10	−1,40	490,70	50,68	440,02	62,93	377,09
1967	496,86	−1,36	495,50	53,80	441,70	65,71	375,99
1968	540,54	−0,54	540,00	57,40	482,60	65,74	416,86
1969	605,68	−0,48	605,20	63,95	541,25	80,60	460,65
1970	686,96	−1,36	685,60	74,78	610,82	81,63	529,19
1971 [4])	759,44	−0,84	758,60	85,11	673,49	91,11	582,38
1972	829,36	−0,56	828,80	93,61	735,19	101,52	633,67
1967 1. Hj.	238,93	−0,53	238,40	26,60	211,80	32,30	179,50
2. Hj.	257,93	−0,83	257,10	27,20	229,90	33,41	196,49
1968 1. Hj.	254,31	−0,21	254,10	28,13	225,97	31,62	194,35
2. Hj.	286,23	−0,33	285,90	29,27	256,63	34,12	222,51
1969 1. Hj.	283,43	−0,33	283,10	30,72	252,38	36,63	215,75
2. Hj.	322,25	−0,15	322,10	33,23	288,87	43,97	244,90
1970 1. Hj.	323,62	−0,62	323,00	36,08	286,92	38,71	248,21
2. Hj.	363,34	−0,74	362,60	38,70	323,90	42,92	280,98
1971 1. Hj.	361,42	+0,08	361,50	41,43	320,07	44,23	275,84
2. Hj. [4])	398,02	−0,92	397,10	43,68	353,42	46,88	306,54
1972 1. Hj.	395,51	−0,21	395,30	45,63	349,67	49,34	300,33
2. Hj.	433,85	−0,35	433,50	47,98	385,52	52,18	333,34
1973 1. Hj.	444,12	−1,02	443,10	50,42	392,68	54,27	338,41

[1]) Einschließlich der Einnahmen des Staates aus dem Preisausgleich, der Beiträge zur gesetzlichen Unfallversicherung, der von Unternehmen gezahlten Verwaltungsgebühren und der von der EGKS erhobenen Umlagen.

[2]) Einschließlich der Ausgaben des Staates für den Preisausgleich und der Zahlungen der EGKS.

Tabelle 17*

Volkseinkommen

DM

Brutto-inlands-produkt	Saldo der Erwerbs- und Vermögens-einkommen zwischen Inländern und der übrigen Welt	Brutto-sozialprodukt	Ab-schreibungen	Netto-sozialprodukt zu Markt-preisen	Zeitraum	
		In Preisen von 1962				
143,49	+0,11	143,60	12,70	130,90	1950	
158,56	+0,04	158,60	13,34	145,26	1951	
172,58	+0,12	172,70	14,06	158,64	1952	
186,85	+0,05	186,90	14,91	171,99	1953	
201,30	−0,50	200,80	15,93	184,87	1954	
225,57	−0,67	224,90	17,36	207,54	1955	[3]
241,77	−0,47	241,30	19,00	222,30	1956	
255,39	−0,39	255,00	20,69	234,31	1957	
264,42	+0,08	264,50	22,37	242,13	1958	
283,91	−0,11	283,80	24,25	259,55	1959	
309,37	+0,03	309,40	26,51	282,89	1960	
328,59	−0,19	328,40	28,09	300,31	1960	
347,06	−0,86	346,20	30,65	315,55	1961	
360,91	−0,81	360,10	33,48	326,62	1962	
373,28	−0,78	372,50	36,36	336,14	1963	
398,50	−1,20	397,30	39,35	357,95	1964	
421,03	−1,53	419,50	42,66	376,84	1965	
433,01	−1,31	431,70	46,05	385,65	1966	
432,09	−1,29	430,80	49,11	381,69	1967	
462,89	−0,59	462,30	52,20	410,10	1968	
500,94	−0,54	500,40	55,84	444,56	1969	
530,59	−1,19	529,40	59,73	469,67	1970	
544,35	−0,75	543,60	64,08	479,52	1971	[4]
560,41	−0,51	559,90	68,42	491,48	1972	
207,71	−0,51	207,20	24,13	183,07	1967	1. Hj.
224,38	−0,78	223,60	24,98	198,62		2. Hj.
219,84	−0,24	219,60	25,69	193,91	1968	1. Hj.
243,05	−0,35	242,70	26,51	216,19		2. Hj.
238,35	−0,35	238,00	27,45	210,55	1969	1. Hj.
262,59	−0,19	262,40	28,39	234,01		2. Hj.
255,37	−0,57	254,80	29,37	225,43	1970	1. Hj.
275,22	−0,62	274,60	30,36	244,24		2. Hj.
265,03	−0,03	265,00	31,48	233,52	1971	1. Hj.
279,32	−0,72	278,60	32,60	246,00		2. Hj. [4]
272,22	−0,22	272,00	33,67	238,33	1972	1. Hj.
288,19	−0,29	287,90	34,75	253,15		2. Hj.
289,12	−0,72	288,40	35,89	252,51	1973	1. Hj.

[3] Ohne Saarland und Berlin.
[4] Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 18*

Verteilung des Volkseinkommens

Mrd. DM

Zeitraum	Volks-einkommen	Einkommen aus unselbständiger Arbeit		Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen				
				insgesamt		der privaten Haushalte [3]	der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit [4] = unverteilte Gewinne	des Staates [5]
		brutto [1]	netto [2]	brutto	netto			
1950	76,94	44,97	35,76	31,97	25,23	26,42	5,04	0,51
1951	93,24	54,53	42,77	38,71	30,90	32,22	5,59	0,90
1952	105,71	60,80	47,31	44,91	34,95	35,75	7,75	1,41
1953	113,91	67,14	52,32	46,77	35,16	36,72	8,55	1,50
1954	122,53	73,37	57,47	49,16	37,21	38,77	8,85	1,54
1955 [6]	140,98	83,67	65,29	57,31	45,26	44,68	10,48	2,15
1956	156,54	93,79	72,91	62,75	49,52	49,22	11,35	2,18
1957	171,29	102,87	79,39	68,42	53,45	53,32	12,49	2,61
1958	183,28	111,63	84,55	71,65	56,66	56,16	12,95	2,54
1959	198,49	119,56	90,92	78,93	61,47	61,99	14,65	2,29
1960	222,26	134,16	100,72	88,10	68,14	68,89	16,47	2,74
1960	235,70	142,83	107,25	92,87	71,98	72,54	17,49	2,84
1961	258,01	160,51	119,92	97,50	73,44	76,46	17,65	3,39
1962	277,45	177,48	132,04	99,97	73,66	79,00	17,39	3,58
1963	295,76	190,44	140,97	105,32	78,01	84,25	17,34	3,73
1964	324,25	208,42	154,19	115,83	87,12	92,70	19,20	3,93
1965	355,25	229,99	171,56	125,26	96,07	102,42	19,03	3,81
1966	377,09	247,56	181,65	129,53	99,32	106,95	18,87	3,71
1967	375,99	247,90	180,78	128,09	98,23	106,95	18,04	3,10
1968	416,86	266,31	190,76	150,55	118,16	123,23	23,70	3,62
1969	460,65	300,14	210,52	160,51	124,42	131,04	25,41	4,06
1970	529,19	353,19	241,65	176,00	141,04	148,26	23,58	4,16
1971 [7]	582,38	400,22	267,49	182,16	145,04	156,03	21,38	4,75
1972	633,67	438,96	291,73	194,71	154,90	168,69	22,10	3,92
1967 1. Hj.	179,50	120,30	89,23	59,20	44,16	.	.	1,30
2. Hj.	196,49	127,60	91,55	68,89	54,07	.	.	1,80
1968 1. Hj.	194,35	126,33	91,91	68,02	52,25	.	.	1,42
2. Hj.	222,51	139,98	98,85	82,53	65,91	.	.	2,20
1969 1. Hj.	215,75	140,69	100,71	75,06	57,80	.	.	1,86
2. Hj.	244,90	159,45	109,81	85,45	66,62	.	.	2,20
1970 1. Hj.	248,21	166,06	116,13	82,15	65,46	.	.	1,68
2. Hj.	280,98	187,13	125,52	93,85	75,58	.	.	2,48
1971 1. Hj.	275,84	191,11	129,25	84,73	66,65	.	.	2,20
2. Hj. [7]	306,54	209,11	138,24	97,43	78,39	.	.	2,55
1972 1. Hj.	300,33	209,22	142,73	91,11	73,48	.	.	1,66
2. Hj.	333,34	229,74	149,00	103,60	81,42	.	.	2,26
1973 1. Hj.	338,41	266,38	154,64	102,03	79,32	.	.	1,44

[1] Bruttolöhne und -gehälter und Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung (einschließlich der Zusatzversicherung im öffentlichen Dienst und der fiktiven Pensionsfonds für Beamte) sowie zusätzliche Sozialaufwendungen der Arbeitgeber.
[2] Bruttoeinkommen minus Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung und minus Lohnsteuer.
[3] Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter; nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden.
[4] Einschließlich der netto im Haushalt verbuchten öffentlichen Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit und der Einzelunternehmen u. ä. im Bereich „Kreditinstitute".
[5] Nach Abzug der Zinsen auf öffentliche Schulden.
[6] Ohne Saarland und Berlin.
[7] Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 19*.

Volkseinkommen und Produktivität

Zeitraum	Volkseinkommen je Einwohner		Brutto- / Netto-einkommen aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Abhängigen [1]				Bruttoinlandsprodukt [2] je Erwerbstätigen [3] (Produktivität)		Lohnkosten je Produkteinheit [4]
	DM	1960=100	DM	1960=100	DM	1960=100	DM	1960 = 100	
1950	1 640	38,5	3 289	46,6	2 615	49,3	7 183	57,1	81,5
1951	1 967	46,2	3 817	54,1	2 994	56,5	7 737	61,5	87,7
1952	2 215	52,0	4 121	58,4	3 207	60,5	8 267	65,8	88,6
1953	2 365	55,5	4 376	62,0	3 410	64,3	8 737	69,5	89,1
1954	2 515	59,1	4 595	65,1	3 599	67,9	9 168	72,9	89,1
1955 [5]	2 865	67,3	4 969	70,4	3 877	73,2	9 898	78,7	89,3
1956	3 144	73,8	5 365	76,0	4 170	78,7	10 338	82,2	92,3
1957	3 396	79,7	5 718	81,0	4 413	83,3	10 694	85,1	95,2
1958	3 590	84,3	6 138	87,0	4 649	87,7	11 034	87,8	98,9
1959	3 844	90,3	6 460	91,5	4 912	92,7	11 740	93,4	98,0
1960	4 259	100	7 059	100	5 300	100	12 571	100	100
1960	4 252	100	7 051	100	5 294	100	12 594	100	100
1961	4 593	108,0	7 743	109,8	5 785	109,3	13 120	104,2	105,4
1962	4 882	114,8	8 439	119,7	6 278	118,6	13 596	108,0	110,9
1963	5 154	121,2	8 957	127,0	6 630	125,2	14 029	111,4	114,1
1964	5 593	131,5	9 701	137,6	7 177	135,6	14 964	118,8	115,9
1965	6 060	142,5	10 571	149,9	7 885	148,9	15 722	124,8	120,2
1966	6 375	149,9	11 374	161,3	8 346	157,7	16 219	128,8	125,4
1967	6 342	149,2	11 774	167,0	8 586	162,2	16 729	132,8	125,4
1968	7 006	164,8	12 572	178,3	9 005	170,1	17 907	142,2	125,5
1969	7 669	180,4	13 798	195,7	9 678	182,8	19 083	151,5	129,3
1970	8 725	205,2	15 877	225,2	10 863	205,2	19 960	158,5	142,1
1971 [6]	9 503	223,5	17 870	253,4	11 944	225,6	20 484	162,6	155,9
1972	10 275	241,7	19 649	278,7	13 059	246,7	21 228	168,6	165,5
1967 1. Hj.	3 029	142,5	5 723	162,3	4 245	160,4	8 043	127,7	127,1
2. Hj.	3 313	155,8	6 051	171,6	4 342	164,0	8 686	137,9	124,5
1968 1. Hj.	3 273	154,0	6 037	171,2	4 392	165,9	8 579	136,2	125,7
2. Hj.	3 732	175,5	6 529	185,2	4 611	174,2	9 322	148,0	125,2
1969 1. Hj.	3 603	169,5	6 535	185,3	4 678	176,7	9 143	145,2	127,7
2. Hj.	4 065	191,2	7 255	205,8	4 997	188,8	9 934	157,8	130,5
1970 1. Hj.	4 100	192,9	7 536	213,8	5 270	199,1	9 669	153,5	139,3
2. Hj.	4 615	217,1	8 333	236,4	5 590	211,2	10 288	163,4	144,8
1971 1. Hj.	4 512	212,2	8 570	243,2	5 796	219,0	9 995	158,7	153,2
2. Hj. [6]	4 990	234,7	9 297	263,6	6 146	232,2	10 487	166,5	158,4
1972 1. Hj.	4 877	229,4	9 415	267,1	6 423	242,7	10 349	164,3	162,7
2. Hj.	5 397	253,9	10 230	290,2	6 635	250,7	10 877	172,7	168,2
1973 1. Hj.	5 469	257,2	10 597	300,6	6 917	261,3	10 981	174,4	172,1

[1] Inländerkonzept (nach dem Wohnort).
[2] Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1962.
[3] Inlandskonzept (nach dem Beschäftigungsort).
[4] Bereinigt um Änderungen in der Struktur der Erwerbstätigkeit;
berechnet als $\frac{\text{Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Abhängigen (Inlandskonzept)}}{\text{Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1962 je Erwerbstätigen (Inlandskonzept)}}$
[5] Ohne Saarland und Berlin.
[6] Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 20*

Verwendung des

a) Mrd.

Zeitraum	Bruttosozialprodukt	Privater Verbrauch	Staatsverbrauch	Anlageinvestitionen			Vorratsveränderung	Ausfuhr [1]	Einfuhr [1]	Außenbeitrag [2]
				insgesamt	Ausrüstungen	Bauten				
	in jeweiligen Preisen									
1950	98,10	62,88	14,23	18,74	8,63	10,11	+ 3,60	11,16	12,51	− 1,35
1951	120,00	73,08	17,60	22,90	10,97	11,93	+ 4,30	18,51	16,39	+ 2,12
1952	137,00	81,17	20,77	26,83	12,79	14,04	+ 5,10	21,84	18,71	+ 3,13
1953	147,70	88,74	21,42	30,44	13,78	16,66	+ 1,90	25,08	19,88	+ 5,20
1954	158,60	94,63	22,30	34,09	15,88	18,21	+ 2,60	30,47	25,49	+ 4,98
1955 [3]	181,40	106,09	24,15	42,63	20,06	22,57	+ 4,60	36,23	32,30	+ 3,93
1956	200,50	117,96	25,70	47,38	21,67	25,71	+ 3,00	43,57	37,11	+ 6,46
1957	218,50	128,53	27,86	48,77	21,77	27,00	+ 4,80	51,86	43,32	+ 8,54
1958	234,30	138,40	31,27	52,38	23,44	28,94	+ 3,60	53,46	44,81	+ 8,65
1959	254,90	147,74	34,26	60,07	26,02	34,05	+ 3,70	60,24	51,11	+ 9,13
1960	284,70	161,18	38,28	68,96	30,99	37,97	+ 7,90	69,48	61,10	+ 8,38
1960	302,30	172,43	41,12	72,66	32,54	40,12	+ 8,70	62,67	55,28	+ 7,39
1961	332,60	189,02	46,39	84,05	38,30	45,75	+ 6,60	65,16	58,62	+ 6,54
1962	360,10	205,20	53,47	93,77	41,89	51,88	+ 4,00	68,37	64,71	+ 3,66
1963	384,00	218,20	59,55	99,06	43,06	56,00	+ 2,10	74,49	69,40	+ 5,09
1964	420,90	234,95	62,24	113,49	47,25	66,24	+ 5,20	82,91	77,89	+ 5,02
1965	460,40	258,67	70,03	122,24	52,00	70,24	+10,00	90,87	91,41	— 0,54
1966	490,70	277,85	76,49	126,31	52,62	73,69	+ 3,60	102,29	95,84	+ 6,45
1967	495,50	285,31	81,14	114,43	48,02	66,41	— 1,30	110,12	94,20	+15,92
1968	540,00	301,77	84,34	124,78	52,87	71,91	+11,50	123,83	106,22	+17,61
1969	605,20	333,09	95,12	146,20	66,90	79,30	+16,00	141,85	127,06	+14,79
1970	685,60	369,01	109,04	181,08	82,90	98,18	+15,30	158,58	147,41	+11,17
1971 [4]	758,60	409,63	130,63	203,14	91,12	112,02	+ 4,00	173,66	162,46	+11,20
1972	828,80	447,72	146,93	215,55	92,49	123,06	+ 4,40	189,06	174,86	+14,20
1967 1. Hj.	238,40	135,71	37,85	53,05	22,35	30,70	+ 3,70	53,39	45,30	+ 8,09
2. Hj.	257,10	149,60	43,29	61,38	25,67	35,71	— 5,00	56,73	48,90	+ 7,83
1968 1. Hj.	254,10	141,55	38,78	55,13	23,40	31,73	+11,10	57,32	49,78	+ 7,54
2. Hj.	285,90	160,22	45,56	69,65	29,47	40,18	+ 0,40	66,51	56,44	+10,07
1969 1. Hj.	283,10	156,09	43,33	64,70	30,57	34,13	+12,80	66,80	60,62	+ 6,18
2. Hj.	322,10	177,00	51,79	81,50	36,33	45,17	+ 3,20	75,05	66,44	+ 8,61
1970 1. Hj.	323,00	172,22	49,62	79,28	38,44	40,84	+17,20	75,31	70,63	+ 4,68
2. Hj.	362,60	196,79	59,42	101,80	44,46	57,34	— 1,90	83,27	76,78	+ 6,49
1971 1. Hj.	361,50	192,45	60,47	94,25	44,66	49,59	+ 8,70	84,59	78,96	+ 5,63
2. Hj. [4]	397,10	217,18	70,16	108,89	46,46	62,43	— 4,70	89,07	83,50	+ 5,57
1972 1. Hj.	395,30	210,53	68,28	100,84	44,81	56,03	+10,00	89,51	83,86	+ 5,65
2. Hj.	433,50	237,19	78,65	114,71	47,68	67,03	— 5,60	99,55	91,00	+ 8,55
1973 1. Hj.	443,10	234,62	77,26	109,12	47,50	61,62	+13,00	107,15	98,05	+ 9,10

[1] Waren- und Dienstleistungsverkehr mit der übrigen Welt.
[2] Ausfuhr ./. Einfuhr.

Tabelle 20*

Sozialprodukts
DM

Brutto-sozial-produkt	Privater Ver-brauch	Staats-ver-brauch	Anlageinvestitionen insgesamt	Aus-rüstungen	Bauten	Vorrats-veränderung	Ausfuhr [1]	Einfuhr [1]	Außenbeitrag [2]	Zeitraum	
				in Preisen von 1962							
143,60	80,57	24,73	30,27	12,05	18,22	+ 4,00	15,50	11,47	+ 4,03	1950	
158,60	86,90	27,12	31,86	13,20	18,66	+ 4,00	21,03	12,31	+ 8,72	1951	
172,70	94,92	29,74	34,63	14,13	20,50	+ 5,00	23,73	15,32	+ 8,41	1952	
186,90	105,33	29,82	40,53	15,55	24,98	+ 1,90	27,55	18,23	+ 9,32	1953	
200,80	111,78	30,60	45,63	18,38	27,25	+ 2,70	34,15	24,06	+10,09	1954	
224,90	123,36	32,00	55,12	22,98	32,14	+ 4,70	39,87	30,15	+ 9,72	1955	[3]
241,30	134,25	32,18	59,87	24,21	35,66	+ 3,10	45,95	34,05	+11,90	1956	
255,00	142,64	33,73	59,81	23,66	36,15	+ 4,80	53,30	39,28	+14,02	1957	
264,50	149,87	36,53	62,31	25,12	37,19	+ 3,60	55,88	43,69	+12,19	1958	
283,80	158,41	39,81	69,65	28,13	41,52	+ 3,80	62,93	50,80	+12,13	1959	
309,40	171,14	42,20	76,76	33,07	43,69	+ 8,00	71,14	59,84	+11,30	1960	
328,40	183,15	45,26	80,87	34,72	46,15	+ 8,80	64,11	53,79	+10,32	1960	
346,20	194,70	48,12	88,88	39,64	49,24	+ 6,70	65,97	58,17	+ 7,80	1961	
360,10	205,20	53,47	93,77	41,89	51,88	+ 4,00	68,37	64,71	+ 3,66	1962	
372,50	212,53	57,19	96,04	42,74	53,30	+ 2,10	74,00	69,36	+ 4,64	1963	
397,30	223,51	56,79	107,36	46,45	60,91	+ 5,10	81,82	77,28	+ 4,54	1964	
419,50	238,50	59,53	112,33	49,44	62,89	+ 9,50	87,93	88,29	— 0,36	1965	
431,70	247,39	60,80	113,36	49,01	64,35	+ 3,40	97,36	90,61	+ 6,75	1966	
430,80	249,55	62,71	103,84	44,60	59,24	— 1,20	105,25	89,35	+15,90	1967	
462,30	258,98	62,68	112,10	49,30	62,80	+11,60	119,40	102,46	+16,94	1968	
500,40	279,00	65,76	125,70	60,45	65,25	+15,30	134,45	119,81	+14,64	1969	
529,40	298,45	68,95	140,12	70,53	69,59	+14,20	146,51	138,83	+ 7,68	1970	
543,60	315,05	73,98	146,47	73,91	72,56	+ 3,60	156,49	151,99	+ 4,50	1971	[4]
559,90	325,75	77,20	149,28	73,86	75,42	+ 3,80	168,47	164,60	+ 3,87	1972	
207,20	118,61	29,54	47,73	20,68	27,05	+ 3,30	51,19	43,17	+ 8,02	1967	1. Hj.
223,60	130,94	33,17	56,11	23,92	32,19	— 4,50	54,06	46,18	+ 7,88		2. Hj.
219,60	121,74	29,45	49,87	21,96	27,91	+11,20	55,14	47,80	+ 7,34	1968	1. Hj.
242,70	137,24	33,23	62,23	27,34	34,89	+ 0,40	64,26	54,66	+ 9,60		2. Hj.
238,00	131,25	30,81	57,11	28,17	28,94	+12,30	63,72	57,19	+ 6,53	1969	1. Hj.
262,40	147,75	34,95	68,59	32,28	36,31	+ 3,00	70,73	62,62	+ 8,11		2. Hj.
254,80	140,07	32,21	62,89	33,30	29,59	+15,90	70,36	66,63	+ 3,73	1970	1. Hj.
274,60	158,38	36,74	77,23	37,23	40,00	— 1,70	76,15	72,20	+ 3,95		2. Hj.
265,00	149,51	35,25	69,15	36,54	32,61	+ 7,60	76,92	73,43	+ 3,49	1971	1. Hj.
278,60	165,54	38,73	77,32	37,37	39,95	— 4,00	79,57	78,56	+ 1,01		2. Hj. [4]
272,00	155,31	37,05	70,84	36,15	34,69	+ 8,50	80,40	80,10	+ 0,30	1972	1. Hj.
287,90	**170,44**	40,15	78,44	37,71	40,73	— 4,70	88,07	84,50	+ 3,57		2. Hj.
288,40	161,39	38,07	73,36	37,52	35,84	+10,50	94,95	89,87	+ 5,08	1973	1. Hj.

[3] Ohne Saarland und Berlin.
[4] Vorläufige Ergebnisse.

noch Tabelle 20*

Verwendung des
b) Anteil

Zeitraum	Privater Verbrauch	Staatsverbrauch	Anlageinvestitionen			Vorratsveränderung	Ausfuhr [1]	Einfuhr [1]	Außenbeitrag [2]
			insgesamt	Ausrüstungen	Bauten				
	in jeweiligen Preisen								
1950	64,1	14,5	19,1	8,8	10,3	+3,7	11,4	12,8	−1,4
1951	60,9	14,7	19,1	9,1	9,9	+3,6	15,4	13,7	+1,8
1952	59,2	15,2	19,6	9,3	10,2	+3,7	15,9	13,7	+2,3
1953	60,1	14,5	20,6	9,3	11,3	+1,3	17,0	13,5	+3,5
1954	59,7	14,1	21,5	10,0	11,5	+1,6	19,2	16,1	+3,1
1955 [3]	58,5	13,3	23,5	11,1	12,4	+2,5	20,0	17,8	+2,2
1956	58,8	12,8	23,6	10,8	12,8	+1,5	21,7	18,5	+3,2
1957	58,8	12,8	22,3	10,0	12,4	+2,2	23,7	19,8	+3,9
1958	59,1	13,3	22,4	10,0	12,4	+1,5	22,8	19,1	+3,7
1959	58,0	13,4	23,6	10,2	13,4	+1,5	23,6	20,1	+3,6
1960	56,6	13,4	24,2	10,9	13,3	+2,8	24,4	21,5	+2,9
1960	57,0	13,6	24,0	10,8	13,3	+2,9	20,7	18,3	+2,4
1961	56,8	13,9	25,3	11,5	13,8	+2,0	19,6	17,6	+2,0
1962	57,0	14,8	26,0	11,6	14,4	+1,1	19,0	18,0	+1,0
1963	56,8	15,5	25,8	11,2	14,6	+0,5	19,4	18,1	+1,3
1964	55,8	14,8	27,0	11,2	15,7	+1,2	19,7	18,5	+1,2
1965	56,2	15,2	26,6	11,3	15,3	+2,2	19,7	19,9	−0,1
1966	56,6	15,6	25,7	10,7	15,0	+0,7	20,8	19,5	+1,3
1967	57,6	16,4	23,1	9,7	13,4	−0,3	22,2	19,0	+3,2
1968	55,9	15,6	23,1	9,8	13,3	+2,1	22,9	19,7	+3,3
1969	55,0	15,7	24,2	11,1	13,1	+2,6	23,4	21,0	+2,4
1970	53,8	15,9	26,4	12,1	14,3	+2,2	23,1	21,5	+1,6
1971 [4]	54,0	17,2	26,8	12,0	14,8	+0,5	22,9	21,4	+1,5
1972	54,0	17,7	26,0	11,2	14,8	+0,5	22,8	21,1	+1,7
1967 1. Hj.	56,9	15,9	22,3	9,4	12,9	+1,6	22,4	19,0	+3,4
2. Hj.	58,2	16,8	23,9	10,0	13,9	−1,9	22,1	19,0	+3,0
1968 1. Hj.	55,7	15,3	21,7	9,2	12,5	+4,4	22,6	19,6	+3,0
2. Hj.	56,0	15,9	24,4	10,3	14,1	+0,1	23,3	19,7	+3,5
1969 1. Hj.	55,1	15,3	22,9	10,8	12,1	+4,5	23,6	21,4	+2,2
2. Hj.	55,0	16,1	25,3	11,3	14,0	+1,0	23,3	20,6	+2,7
1970 1. Hj.	53,3	15,4	24,5	11,9	12,6	+5,3	23,3	21,9	+1,4
2. Hj.	54,3	16,4	28,1	12,3	15,8	−0,5	23,0	21,2	+1,8
1971 1. Hj.	53,2	16,7	26,1	12,4	13,7	+2,4	23,4	21,8	+1,6
2. Hj. [4]	54,7	17,7	27,4	11,7	15,7	−1,2	22,4	21,0	+1,4
1972 1. Hj.	53,3	17,3	25,5	11,3	14,2	+2,5	22,6	21,2	+1,4
2. Hj.	54,7	18,1	26,5	11,0	15,5	−1,3	23,0	21,0	+2,0
1973 1. Hj.	52,9	17,4	24,6	10,7	13,9	+2,9	24,2	22,1	+2,1

[1] Waren- und Dienstleistungsverkehr mit der übrigen Welt.
[2] Ausfuhr ./. Einfuhr.

noch Tabelle 20*

Sozialprodukts
in vH

Privater Verbrauch	Staatsverbrauch	Anlageinvestitionen insgesamt	Anlageinvestitionen Ausrüstungen	Anlageinvestitionen Bauten	Vorratsveränderung	Ausfuhr [1]	Einfuhr [1]	Außenbeitrag [2]	Zeitraum	
				in Preisen von 1962						
56,1	17,2	21,1	8,4	12,7	+2,8	10,8	8,0	+2,8	1950	
54,8	17,1	20,1	8,3	11,8	+2,5	13,3	7,8	+5,5	1951	
55,0	17,2	20,1	8,2	11,9	+2,9	13,7	8,9	+4,9	1952	
56,4	16,0	21,7	8,3	13,4	+1,0	14,7	9,7	+5,0	1953	
55,7	15,2	22,7	9,2	13,6	+1,3	17,0	12,0	+5,0	1954	
54,9	14,2	24,5	10,2	14,3	+2,1	17,7	13,4	+4,3	1955	[3]
55,6	13,3	24,8	10,0	14,8	+1,3	19,0	14,1	+4,9	1956	
55,9	13,2	23,5	9,3	14,2	+1,9	20,9	15,4	+5,5	1957	
56,7	13,8	23,6	9,5	14,1	+1,4	21,1	16,5	+4,6	1958	
55,8	14,0	24,5	9,9	14,6	+1,3	22,2	17,9	+4,3	1959	
55,3	13,6	24,8	10,7	14,1	+2,6	23,0	19,3	+3,7	1960	
55,8	13,8	24,6	10,6	14,1	+2,7	19,5	16,4	+3,1	1960	
56,2	13,9	25,7	11,5	14,2	+1,9	19,1	16,8	+2,3	1961	
57,0	14,8	26,0	11,6	14,4	+1,1	19,0	18,0	+1,0	1962	
51,7	15,4	25,8	11,5	14,3	+0,6	19,9	18,6	+1,2	1963	
56,3	14,3	27,0	11,7	15,3	+1,3	20,6	19,5	+1,1	1964	
56,9	14,2	26,8	11,8	15,0	+2,3	21,0	21,0	−0,1	1965	
57,3	14,1	26,3	11,4	14,9	+0,8	22,6	21,0	+1,6	1966	
57,9	14,6	24,1	10,4	13,8	−0,3	24,4	20,7	+3,7	1967	
56,0	13,6	24,2	10,7	13,6	+2,5	25,8	22,2	+3,7	1968	
55,8	13,1	25,1	12,1	13,0	+3,1	26,9	23,9	+2,9	1969	
56,4	13,0	26,5	13,3	13,1	+2,7	27,7	26,2	+1,5	1970	
58,0	13,6	26,9	13,6	13,3	+0,7	28,8	28,0	+0,8	1971	[4]
58,2	13,8	26,7	13,2	13,5	+0,7	30,1	29,4	+0,7	1972	
57,2	14,3	23,0	10,0	13,1	+1,6	24,7	20,8	+3,9	1967	1. Hj.
58,6	14,8	25,1	10,7	14,4	−2,0	24,2	20,7	+3,5		2. Hj.
55,4	13,4	22,7	10,0	12,7	+5,1	25,1	21,8	+3,3	1968	1. Hj.
56,5	13,7	25,6	11,3	14,4	+0,2	26,5	22,5	+4,0		2. Hj.
55,1	12,9	24,0	11,8	12,2	+5,2	26,8	24,0	+2,7	1969	1. Hj.
56,3	13,3	26,1	12,3	13,8	+1,1	27,0	23,9	+3,1		2. Hj.
55,0	12,6	24,7	13,1	11,6	+6,2	27,6	26,1	+1,5	1970	1. Hj.
57,7	13,4	28,1	13,6	14,6	−0,6	27,7	26,3	+1,4		2. Hj.
56,4	13,3	26,1	13,8	12,3	+2,9	29,0	27,7	+1,3	1971	1. Hj.
59,4	13,9	27,8	13,4	14,3	−1,4	28,6	28,2	+0,4		2. Hj.
57,1	13,6	26,0	13,3	12,8	+3,1	29,6	29,4	+0,1	1972	1. Hj.
59,2	13,9	27,2	13,1	14,1	−1,6	30,6	29,4	+1,2		2. Hj.
56,0	13,2	25,4	13,0	12,4	+3,6	32,9	31,2	+1,8	1973	1. Hj.

[3] Ohne Saarland und Berlin.
[4] Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 21*

Investi

Jahr	Insgesamt	Ausrüstungsinvestitionen			Bauinvestitionen				Vorratsveränderung
		zusammen	Unternehmen	Staat	zusammen	Unternehmen [1]	Staat	Wohnbauten	
		Mrd. DM							
1950	22,34	8,63	8,26	0,37	10,11	3,47	1,67	4,97	+ 3,60
1951	27,20	10,97	10,47	0,50	11,93	3,89	1,88	6,16	+ 4,30
1952	31,93	12,79	12,23	0,56	14,04	4,70	2,00	7,34	+ 5,10
1953	32,34	13,78	13,17	0,61	16,66	5,51	2,49	8,66	+ 1,90
1954	36,69	15,88	15,25	0,63	18,21	5,87	3,02	9,32	+ 2,60
1955 [2]	47,23	20,06	19,35	0,71	22,57	7,47	4,11	10,99	+ 4,60
1956	50,38	21,67	20,89	0,78	25,71	8,92	4,77	12,02	+ 3,00
1957	53,57	21,77	20,90	0,87	27,00	9,40	4,96	12,64	+ 4,80
1958	55,98	23,44	22,51	0,93	28,94	9,87	5,18	13,89	+ 3,60
1959	63,77	26,02	24,94	1,08	34,05	11,50	6,79	15,76	+ 3,70
1960	76,86	30,99	29,87	1,12	37,97	13,80	7,92	16,25	+ 7,90
1960	81,36	32,54	31,37	1,17	40,12	14,56	8,32	17,24	+ 8,70
1961	90,65	38,30	36,97	1,33	45,75	16,41	9,90	19,44	+ 6,60
1962	97,77	41,89	40,34	1,55	51,88	17,63	12,47	21,78	+ 4,00
1963	101,16	43,06	41,29	1,77	56,00	18,40	14,49	23,11	+ 2,10
1964	118,69	47,25	45,28	1,97	66,24	21,59	17,54	27,11	+ 5,20
1965	132,24	52,00	49,79	2,21	70,24	22,97	17,98	29,29	+10,00
1966	129,91	52,62	50,40	2,22	73,69	24,03	18,80	30,86	+ 3,60
1967	113,13	48,02	45,88	2,14	66,41	21,23	16,29	28,89	− 1,30
1968	136,28	52,87	50,82	2,05	71,91	23,33	18,55	30,03	+11,50
1969	162,20	66,90	64,57	2,33	79,30	26,84	21,05	31,41	+16,00
1970 [3]	196,38	82,90	79,94	2,96	98,18	34,49	26,55	37,14	+15,30
1971 [3]	207,14	91,12	87,53	3,59	112,02	39,55	27,79	44,68	+ 4,00
1972 [3]	219,95	92,49	88,93	3,56	123,06	41,82	27,07	54,17	+ 4,40

[1] Ohne Wohnbauten.
[2] Ohne Saarland und Berlin.
[3] Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 21*

tionen

Insgesamt	Ausrüstungsinvestitionen zusammen	Ausrüstungsinvestitionen Unternehmen	Ausrüstungsinvestitionen Staat	Bauinvestitionen zusammen	Bauinvestitionen Unternehmen [1]	Bauinvestitionen Staat	Bauinvestitionen Wohnbauten	Vorratsveränderung	Jahr	
				Anteil in vH						
100	*38,6*	*37,0*	*1,7*	*45,3*	*15,5*	*7,5*	*22,2*	*+16,1*	1950	
100	*40,3*	*38,5*	*1,8*	*43,9*	*14,3*	*6,9*	*22,6*	*+15,8*	1951	
100	*40,1*	*38,3*	*1,8*	*44,0*	*14,7*	*6,3*	*23,0*	*+16,0*	1952	
100	*42,6*	*40,7*	*1,9*	*51,5*	*17,0*	*7,7*	*26,8*	*+ 5,9*	1953	
100	*43,3*	*41,6*	*1,7*	*49,6*	*16,0*	*8,2*	*25,4*	*+ 7,1*	1954	
100	*42,5*	*41,0*	*1,5*	*47,8*	*15,8*	*8,7*	*23,3*	*+ 9,7*	1955	[2]
100	*43,0*	*41,5*	*1,5*	*51,0*	*17,7*	*9,5*	*23,9*	*+ 6,0*	1956	
100	*40,6*	*39,0*	*1,6*	*50,4*	*17,5*	*9,3*	*23,6*	*+ 9,0*	1957	
100	*41,9*	*40,2*	*1,7*	*51,7*	*17,6*	*9,3*	*24,8*	*+ 6,4*	1958	
100	*40,8*	*39,1*	*1,7*	*53,4*	*18,0*	*10,6*	*24,7*	*+ 5,8*	1959	
100	*40,3*	*38,9*	*1,5*	*49,4*	*18,0*	*10,3*	*21,1*	*+10,3*	1960	
100	*40,0*	*38,6*	*1,4*	*49,3*	*17,9*	*10,2*	*21,2*	*+10,7*	1960	
100	*42,3*	*40,8*	*1,5*	*50,5*	*18,1*	*10,9*	*21,4*	*+ 7,3*	1961	
100	*42,8*	*41,3*	*1,6*	*53,1*	*18,0*	*12,8*	*22,3*	*+ 4,1*	1962	
100	*42,6*	*40,8*	*1,7*	*55,4*	*18,2*	*14,3*	*22,8*	*+ 2,1*	1963	
100	*39,8*	*38,1*	*1,7*	*55,8*	*18,2*	*14,8*	*22,8*	*+ 4,4*	1964	
100	*39,3*	*37,7*	*1,7*	*53,1*	*17,4*	*13,6*	*22,1*	*+ 7,6*	1965	
100	*40,5*	*38,8*	*1,7*	*56,7*	*18,5*	*14,5*	*23,8*	*+ 2,8*	1966	
100	*42,4*	*40,6*	*1,9*	*58,7*	*18,8*	*14,4*	*25,5*	*— 1,1*	1967	
100	*38,8*	*37,3*	*1,5*	*52,8*	*17,1*	*13,6*	*22,0*	*+ 8,4*	1968	
100	*41,2*	*39,8*	*1,4*	*48,9*	*16,5*	*13,0*	*19,4*	*+ 9,9*	1969	
100	*42,2*	*40,7*	*1,5*	*50,0*	*17,6*	*13,5*	*18,9*	*+ 7,8*	1970	
100	*44,0*	*42,3*	*1,7*	*54,1*	*19,1*	*13,4*	*21,6*	*+ 1,9*	1971	[3]
100	*42,1*	*40,4*	*1,6*	*55,9*	*19,0*	*12,3*	*24,6*	*+ 2,0*	1972	

Tabelle 22*

Einkommen und Ersparnis

Mrd.

Jahr	Erwerbs- und Vermögenseinkommen			Empfangene laufende Übertragungen [3]	Gesamtes Einkommen (brutto)	Geleistete laufende Übertragungen [4]	Verfügbares Einkommen [5]
	insgesamt	Einkommen aus					
		unselbständiger Arbeit [2]	Unternehmertätigkeit und Vermögen				
1950	71,48	44,97	26,51	12,19	83,67	14,00	69,67
1951	86,88	54,53	32,35	13,57	100,45	17,22	83,23
1952	96,73	60,80	35,93	15,96	112,69	20,74	91,95
1953	104,11	67,14	36,97	17,70	121,81	23,31	98,50
1954	112,48	73,37	39,11	18,70	131,18	24,57	106,61
1955 [7]	128,78	83,67	45,11	20,95	149,73	27,29	122,44
1956	143,51	93,79	49,72	23,34	166,85	30,54	136,31
1957	156,77	102,87	53,90	28,44	185,21	34,27	150,94
1958	168,47	111,63	56,84	32,05	200,52	37,66	162,86
1959	182,33	119,56	62,77	33,08	215,41	41,66	173,75
1960	203,92	134,16	69,76	34,49	238,41	48,45	189,96
1960	216,29	142,83	73,46	40,63	256,92	54,17	202,75
1961	237,94	160,51	77,43	44,43	282,37	62,48	219,89
1962	257,54	177,48	80,06	48,89	306,43	70,36	236,07
1963	275,82	190,44	85,38	52,29	328,11	76,70	251,41
1964	302,36	208,42	93,94	57,73	360,09	83,93	276,16
1965	333,86	229,99	103,87	64,59	398,45	90,75	307,70
1966	356,22	247,56	108,66	70,77	426,99	101,42	325,57
1967	356,43	247,90	108,53	78,02	434,45	103,48	330,97
1968	391,22	266,31	124,91	82,34	473,56	113,83	359,73
1969	433,22	300,14	133,08	89,14	522,36	131,63	390,73
1970	503,89	353,19	150,70	97,40	601,38	158,30	443,08
1971 [8]	559,01	400,22	158,79	109,30	668,31	186,63	481,68
1972	610,78	438,96	171,82	124,31	735,09	207,77	527,32

[1] Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter.
[2] Bruttolöhne und -gehälter und Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung (einschließlich der Zusatzversicherung im öffentlichen Dienst und der fiktiven Pensionsfonds für Beamte) sowie zusätzliche Sozialaufwendungen der Arbeitgeber.
[3] Leistungen der Sozialversicherung, öffentliche Pensionen, Leistungen der Gebietskörperschaften, laufende Übertragungen von Versicherungsunternehmen und der übrigen Welt.
[4] Direkte Steuern, Sozialversicherungsbeiträge, Rückerstattungsbeträge u. ä., laufende Übertragungen an Versicherungsunternehmen und die übrige Welt; einschließlich Zinsen auf Konsumentenschulden.

Tabelle 22*

der privaten Haushalte [1])

DM

Privater Verbrauch	Ersparnis [5])	Nichtentnommene Gewinne der Einzelunternehmen u. ä. [6])	Ersparnis ohne nichtentnommene Gewinne	Empfangene Vermögensübertragungen	Geleistete Vermögensübertragungen	Finanzierungssaldo	Jahr	
62,88	6,79	4,71	2,08	0,01	0,09	2,00	1950	
73,08	10,15	7,79	2,36	0,02	0,18	2,20	1951	
81,17	10,78	6,28	4,50	0,06	0,26	4,30	1952	
88,74	9,76	4,05	5,71	0,68	0,39	6,00	1953	
94,63	11,98	4,97	7,01	1,34	0,55	7,80	1954	
106,09	16,35	9,13	7,22	0,55	0,77	7,00	1955	[7])
117,96	18,35	11,04	7,31	0,47	1,18	6,60	1956	
128,53	22,41	10,98	11,43	0,45	1,58	10,30	1957	
138,40	24,46	11,30	13,16	0,98	1,94	12,20	1958	
147,74	26,01	11,35	14,66	1,22	2,38	13,50	1959	
161,18	28,78	13,07	15,71	1,92	2,83	14,80	1960	
172,43	30,32	14,21	16,11	2,08	2,91	15,28	1960	
189,02	30,87	12,71	18,16	2,48	3,59	17,05	1961	
205,20	30,87	11,00	19,87	2,50	4,33	18,04	1962	
218,20	33,21	9,33	23,88	2,56	4,74	21,70	1963	
234,95	41,21	11,91	29,30	3,10	5,61	26,79	1964	
258,67	49,03	13,27	35,76	3,44	6,27	32,93	1965	
277,85	47,72	12,68	35,04	3,00	6,94	31,10	1966	
285,31	45,66	10,35	35,31	3,58	8,29	30,60	1967	
301,77	57,96	16,87	41,09	3,75	9,35	35,49	1968	
333,09	57,64	9,90	47,74	4,36	10,07	42,03	1969	
369,01	74,07	16,22	57,85	4,70	11,70	50,85	1970	
409,63	72,05	8,84	63,21	6,97	13,84	56,34	1971	[8])
447,72	79,60	3,70	75,90	7,70	17,91	65,69	1972	

[5]) Wegen Revision der Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank sind die Angaben ab 1970 mit denen der vorangegangenen Jahre nicht voll vergleichbar.
[6]) Ohne Unternehmen im Bereich „Kreditinstitute".
[7]) Ohne Saarland und Berlin.
[8]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 23*

Käufe der inländischen privaten

nach Verwen

Jahr	Insgesamt		Nahrungs- und Genußmittel [2]		Kleidung, Schuhe		Wohnungsmieten u. ä. [3]		Elektrizität, Gas, Brennstoffe	
	Mrd. DM	vH	Mrd. DM	vH	Mrd. DM	vH	Mrd. DM	vH	Mrd. DM	vH
										in jeweiligen
1960	170,18	100	64,94	38,2	21,84	12,8	12,22	7,2	5,62	3,3
1961	186,44	100	69,52	37,3	23,88	12,8	14,48	7,8	6,03	3,2
1962	202,38	100	73,53	36,3	26,00	12,8	15,74	7,8	7,28	3,6
1963	215,24	100	76,38	35,5	27,08	12,6	17,69	8,2	8,64	4,0
1964	231,97	100	80,95	34,9	28,97	12,5	20,02	8,6	8,39	3,6
1965	255,51	100	86,92	34,0	32,28	12,6	22,56	8,8	9,05	3,5
1966	274,46	100	91,54	33,4	33,94	12,4	26,11	9,5	9,51	3,5
1967	281,84	100	92,37	32,8	33,86	12,0	29,47	10,5	10,19	3,6
1968	298,00	100	94,73	31,8	35,15	11,8	33,24	11,2	11,30	3,8
1969	328,59	100	101,22	30,8	38,24	11,6	37,98	11,6	12,30	3,7
1970	363,84	100	109,08	30,0	41,55	11,4	40,97	11,3	13,86	3,8
1971 [5]	403,62	100	118,04	29,2	46,31	11,5	44,87	11,1	14,91	3,7
1972	441,50	100	127,54	28,9	50,77	11,5	49,28	11,2	16,43	3,7
										in Preisen
1960	180,58	100	67,85	37,6	22,83	12,6	14,00	7,8	5,88	3,3
1961	192,01	100	71,55	37,3	24,47	12,7	14,88	7,7	6,25	3,3
1962	202,38	100	73,53	36,3	26,00	12,8	15,74	7,8	7,28	3,6
1963	209,76	100	74,55	35,5	26,54	12,7	16,63	7,9	8,46	4,0
1964	220,89	100	77,13	34,9	28,00	12,7	17,67	8,0	8,32	3,8
1965	235,97	100	79,84	33,8	30,49	12,9	18,77	8,0	8,89	3,8
1966	244,87	100	81,66	33,3	31,28	12,8	19,91	8,1	9,25	3,8
1967	247,08	100	82,39	33,3	30,96	12,5	21,13	8,6	9,51	3,8
1968	256,43	100	84,12	32,8	32,16	12,5	22,32	8,7	10,26	4,0
1969	276,28	100	87,86	31,8	34,60	12,5	23,46	8,5	11,21	4,1
1970	295,67	100	91,95	31,1	36,26	12,3	24,44	8,3	11,97	4,0
1971 [5]	312,16	100	96,00	30,8	38,39	12,3	25,35	8,1	12,39	4,0
1972	322,99	100	97,69	30,2	39,82	12,3	26,43	8,2	13,13	4,1

[1] Hauptgruppen des Systematischen Güterverzeichnisses für den Privaten Verbrauch (1963).
[2] Einschließlich Verzehr in Gaststätten.
[3] Einschließlich Mietwert der Eigentümerwohnungen.

Tabelle 23*

Haushalte für den Privaten Verbrauch

dungszwecken [1])

Übrige Haushaltsführung		Verkehr, Nachrichtenübermittlung		Körper- und Gesundheitspflege		Bildung und Unterhaltung		Persönliche Ausstattung u. ä. [4])		Jahr
Mrd. DM	vH	Mrd. DM	vH	Mrd. DM	vH	Mrd. DM	vH	Mrd. DM	vH	
Preisen										
23,75	*14,0*	15,05	*8,8*	6,84	*4,0*	11,93	*7,0*	7,99	*4,7*	1960
25,85	*13,9*	17,11	*9,2*	7,44	*4,0*	12,99	*7,0*	9,14	*4,9*	1961
28,01	*13,8*	19,62	*9,7*	8,00	*4,0*	13,93	*6,9*	10,27	*5,1*	1962
29,21	*13,6*	21,82	*10,1*	8,59	*4,0*	14,69	*6,8*	11,14	*5,2*	1963
31,85	*13,7*	24,16	*10,4*	9,49	*4,1*	15,93	*6,9*	12,21	*5,3*	1964
34,93	*13,7*	27,59	*10,8*	10,52	*4,1*	17,63	*6,9*	14,03	*5,5*	1965
37,32	*13,6*	30,41	*11,1*	11,38	*4,1*	18,74	*6,8*	15,51	*5,7*	1966
37,49	*13,3*	30,68	*10,9*	11,97	*4,2*	19,62	*7,0*	16,19	*5,7*	1967
38,56	*12,9*	33,78	*11,3*	12,82	*4,3*	20,82	*7,0*	17,60	*5,9*	1968
42,95	*13,1*	38,83	*11,8*	13,88	*4,2*	23,00	*7,0*	20,19	*6,1*	1969
49,08	*13,5*	45,29	*12,4*	15,21	*4,2*	26,20	*7,2*	22,60	*6,2*	1970
55,27	*13,7*	51,16	*12,7*	17,25	*4,3*	29,12	*7,2*	26,69	*6,6*	1971 [5])
60,89	*13,8*	55,57	*12,6*	18,98	*4,3*	31,83	*7,2*	30,21	*6,8*	1972
von 1962										
25,71	*14,2*	15,46	*8,6*	7,26	*4,0*	12,80	*7,1*	8,79	*4,9*	1960
26,91	*14,0*	17,31	*9,0*	7,69	*4,0*	13,38	*7,0*	9,57	*5,0*	1961
28,01	*13,8*	19,62	*9,7*	8,00	*4,0*	13,93	*6,9*	10,27	*5,1*	1962
28,74	*13,7*	21,29	*10,1*	8,36	*4,0*	14,43	*6,9*	10,76	*5,1*	1963
30,86	*14,0*	23,24	*10,5*	8,96	*4,1*	15,26	*6,9*	11,45	*5,2*	1964
33,12	*14,0*	26,42	*11,2*	9,47	*4,0*	16,37	*6,9*	12,60	*5,3*	1965
34,53	*14,1*	28,13	*11,5*	9,65	*3,9*	17,04	*7,0*	13,42	*5,5*	1966
34,62	*14,0*	27,41	*11,1*	9,93	*4,0*	17,46	*7,1*	13,67	*5,5*	1967
35,41	*13,8*	29,32	*11,4*	10,26	*4,0*	18,25	*7,1*	14,33	*5,6*	1968
38,78	*14,0*	33,85	*12,3*	10,68	*3,9*	19,97	*7,2*	15,87	*5,7*	1969
42,58	*14,4*	38,31	*13,0*	11,19	*3,8*	21,68	*7,3*	17,29	*5,8*	1970
45,51	*14,6*	40,90	*13,1*	11,89	*3,8*	23,12	*7,4*	18,61	*6,0*	1971 [5])
47,74	*14,8*	41,90	*13,0*	12,20	*3,8*	24,29	*7,5*	19,79	*6,1*	1972

[4]) Einschließlich Dienstleistungen der Kreditinstitute, der Versicherungsunternehmen, des Beherbergungsgewerbes u. ä.
[5]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 24*

Wirtschaftliche Beziehungen des Staates zu den anderen

Mrd.

Jahr	Einnahmen				
	insgesamt	Steuern u. ä. Übertragungen [2]	Erwerbs- und Vermögens-einkommen [3]	Gebühren u. ä., Verkäufe von Land und gebrauchten Anlagen	Veränderung der Verbind-lichkeiten [4]
					Staat insgesamt (einschließlich
1962	141,94	128,45	5,57	5,12	2,80
1963	154,34	136,41	5,92	5,32	6,69
1964	166,71	148,52	6,32	5,94	5,93
1965	180,20	159,10	6,51	6,42	8,17
1966	193,11	171,74	7,06	7,16	7,15
1967	205,84	175,89	7,42	7,59	14,94
1968	218,38	189,73	8,07	8,16	12,42
1969	244,11	223,57	9,08	8,95	2,51
1970	276,60	248,76	9,91	9,65	8,28
1971 [8]	317,79	283,00	11,27	11,04	12,48
1972	352,62	315,00	11,27	12,68	13,67
					Gebietskör
1962	101,62	89,66	3,81	5,08	3,07
1963	110,99	94,63	3,91	5,28	7,17
1964	120,55	103,72	4,03	5,90	6,90
1965	130,01	109,83	4,12	6,38	9,68
1966	137,07	117,26	4,34	7,13	8,34
1967	148,84	119,98	4,62	7,57	16,67
1968	153,41	128,19	5,36	8,12	11,74
1969	169,59	152,46	6,22	8,88	2,03
1970	189,62	164,71	6,53	9,58	8,80
1971 [8]	219,80	186,40	7,30	10,99	15,11
1972	239,06	203,98	6,86	12,62	15,60
					Sozialver
1962	40,31	38,79	1,76	0,04	−0,28
1963	43,35	41,78	2,01	0,04	−0,48
1964	46,17	44,80	2,29	0,04	−0,96
1965	50,19	49,27	2,39	0,04	−1,51
1966	56,04	54,48	2,72	0,03	−1,19
1967	57,01	55,91	2,80	0,02	−1,72
1968	64,97	61,54	2,71	0,04	+0,68
1969	74,51	71,11	2,86	0,07	+0,47
1970	86,98	84,05	3,38	0,07	−0,52
1971 [8]	97,99	96,60	3,97	0,05	−2,63
1972	113,56	111,02	4,41	0,06	−1,93

[1] Dargestellt nach den Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Die Vorgänge zwischen den einzelnen Gruppen von Gebietskörperschaften des Staatssektors sind im Prinzip ausgeschlossen. Ausführliche Erläuterungen siehe Statistisches Bundesamt, Fachserie N, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1 1969, S. 57.

[2] Unterstellte Einzahlungen in „Pensionsfonds" für Beamte sind als Einnahmen der Sozialversicherung dargestellt.

[3] Einkommen aus öffentlichen Unternehmen und Vermögen.

Tabelle 24*

Sektoren der Volkswirtschaft und zur übrigen Welt [1])

DM

Ausgaben							Jahr	
insgesamt	Käufe für den laufenden Bedarf	Investitionen [5])	Löhne, Gehälter u. ä. [6])	Zinsen auf öffentliche Schulden	Renten u. ä., Übertragungen, Subventionen [7])	Veränderung der Forderungen [4])		
Sozialversicherung)								
141,94	31,24	14,18	25,73	1,99	60,12	8,68	1962	
154,34	34,56	16,39	28,54	2,19	61,66	11,00	1963	
166,71	34,99	19,71	31,14	2,39	67,78	10,70	1964	
180,20	38,64	20,44	35,46	2,70	76,59	6,37	1965	
193,11	41,35	21,33	39,59	3,35	80,87	6,62	1966	
205,84	43,91	18,76	42,02	4,32	88,24	8,59	1967	
218,38	44,55	20,98	44,83	4,45	95,74	7,83	1968	
244,11	49,69	23,84	50,89	5,02	105,16	9,51	1969	
276,60	55,20	30,05	59,28	5,75	114,75	11,57	1970	
317,79	66,22	31,97	70,53	6,52	128,54	14,01	1971	[8])
352,62	74,54	31,27	79,45	7,35	147,49	12,52	1972	
perschaften								
92,33	23,24	14,00	24,23	1,99	23,35	5,52	1962	
101,06	25,79	16,21	26,91	2,19	21,73	8,23	1963	
109,63	25,39	19,54	29,38	2,39	25,18	7,75	1964	
118,35	27,50	20,28	33,51	2,70	30,36	4,00	1965	
124,52	28,15	21,12	37,42	3,35	30,10	4,38	1966	
135,12	29,74	18,52	39,71	4,32	31,49	11,34	1967	
139,79	28,92	20,81	42,42	4,45	35,40	7,79	1968	
155,65	32,06	23,65	48,17	5,02	38,95	7,80	1969	
175,84	35,19	29,88	56,03	5,75	43,68	5,31	1970	
205,49	41,74	31,75	66,82	6,52	49,30	9,36	1971	[8])
222,61	45,71	31,06	75,32	7,35	57,01	6,16	1972	
sicherung								
49,60	8,00	0,18	1,50	—	36,77	+3,15	1962	
53,28	8,77	0,18	1,63	—	39,93	+2,77	1963	
57,09	9,60	0,17	1,76	—	42,60	+2,96	1964	
61,85	11,14	0,16	1,95	—	46,23	+2,37	1965	
68,59	13,20	0,21	2,17	—	50,77	+2,24	1966	
70,73	14,17	0,24	2,31	—	56,75	−2,74	1967	
78,59	15,63	0,17	2,41	—	60,34	+0,04	1968	
88,46	17,63	0,19	2,72	—	66,21	+1,71	1969	
100,76	20,01	0,17	3,25	—	71,07	+6,26	1970	
112,30	24,48	0,22	3,71	—	79,24	+4,65	1971	[8])
130,01	28,83	0,21	4,13	—	90,48	+6,36	1972	

[4]) Quelle: Deutsche Bundesbank.
[5]) Käufe für Anlageinvestitionen sowie Käufe von Land.
[6]) Löhne und Gehälter sowie Arbeitgeberbeiträge zu öffentlichen Einrichtungen der sozialen Sicherung.
[7]) Die Versorgungsleistungen für Beamte sind als Ausgaben der Sozialversicherung dargestellt.
[8]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 25*

Vermögensbildung, Sachvermögensbildung und Finanzierungssalden

Mrd. DM

Zeitraum	Inländische nichtfinanzielle Sektoren							Übrige Welt	Finanzielle Sektoren [2]	Insgesamt
	Private Haushalte	Unternehmen ohne Wohnungsvermietung	Unternehmen Wohnungsvermietung	Unternehmen zusammen [1]	Gebietskörperschaften	Sozialversicherung	zusammen [1]			
	I. Vermögensbildung [3]									
1962	18,3	19,8	4,0	23,8	14,8	+3,6	60,5	+ 1,6	2,1	64,3
1963	21,5	16,5	4,3	20,8	15,5	+3,5	61,3	+ 0,0	2,6	64,0
1964	26,8	20,3	5,0	25,3	18,3	+4,0	74,5	+ 0,4	2,6	77,5
1965	32,9	21,2	5,6	26,9	12,3	+4,0	76,1	+ 7,3	2,6	86,0
1966	31,1	19,3	7,1	26,4	14,3	+3,8	75,6	+ 0,0	3,6	79,2
1967	30,6	18,0	7,4	25,3	10,4	−0,9	65,5	− 9,7	3,5	59,3
1968	35,2	27,6	8,1	35,7	14,4	−0,5	84,9	−10,3	3,8	78,4
1969	42,0	25,6	5,2	30,9	25,8	+1,4	100,1	− 2,0	0,2	98,3
1970	46,7	34,0	6,5	40,5	22,6	+6,9	116,7	− 1,2	6,2	121,6
1971 [4]	56,5	20,4	8,3	28,7	21,9	+6,9	114,0	+ 1,1	6,9	122,0
1972	66,0	23,5	5,7	29,2	15,7	+8,5	119,5	− 0,2	7,1	126,3
1972 1. Hj.	33,6	17,3	4,4	21,8	5,6	+2,1	63,1	+ 1,4	0,8	65,2
2. Hj. [4]	32,4	6,2	1,3	7,5	10,1	+6,5	56,4	− 1,6	6,3	61,1
1973 1. Hj.	32,1	22,2	−2,5	19,6	14,7	+4,4	70,9	− 1,2	2,0	71,7
	II. Sachvermögensbildung									
1962	—	34,1	16,8	50,9	12,4	0,2	63,4	—	0,9	64,3
1963	—	30,9	17,6	48,5	14,4	0,2	63,1	—	0,9	64,0
1964	—	37,9	21,0	58,9	17,5	0,2	76,6	—	0,9	77,5
1965	—	44,2	22,6	66,8	17,9	0,2	84,9	—	1,1	86,0
1966	—	35,7	23,6	59,3	18,4	0,2	77,9	—	1,3	79,2
1967	—	20,7	21,3	42,0	15,7	0,3	58,0	—	1,3	59,3
1968	—	36,9	21,9	58,8	17,8	0,2	76,8	—	1,6	78,4
1969	—	53,5	22,4	75,9	20,1	0,2	96,2	—	2,0	98,3
1970	—	67,3	26,2	93,5	25,6	0,2	119,4	—	2,3	121,6
1971 [4]	—	60,4	32,1	92,5	26,8	0,2	119,5	—	2,5	122,0
1972	—	57,8	40,1	98,0	25,3	0,3	123,6	—	2,7	126,3
1972 1. Hj.	—	35,2	17,6	52,8	11,3	0,2	64,3	—	0,9	65,2
2. Hj. [4]	—	22,6	22,5	45,2	14,0	0,1	59,3	—	1,8	61,1
1973 1. Hj.	—	38,6	20,4	59,1	11,2	0,3	70,5	—	1,2	71,7
	III. Veränderung der Forderungen									
1962	19,3	3,6	0,3	3,3	5,5	+3,4	31,2	3,8	32,6	67,6
1963	22,9	6,7	0,7	6,6	8,2	+3,3	40,5	5,4	42,9	88,8
1964	28,2	7,8	0,1	7,8	7,8	+3,9	46,8	6,3	42,8	95,9
1965	34,6	9,8	0,1	9,4	4,0	+3,8	50,4	8,7	48,1	107,1
1966	32,0	7,1	0,6	6,8	4,4	+3,6	45,4	6,0	46,2	97,5
1967	31,7	16,0	0,2	15,9	11,3	−1,1	56,2	1,8	61,1	119,1
1968	38,3	18,0	0,3	18,0	8,8	−0,7	65,1	13,4	78,4	157,0
1969	46,1	20,1	0,3	20,1	7,8	+1,2	75,7	11,4	78,3	165,4
1970	50,8	24,9	0,3	24,9	5,3	+6,6	87,3	33,2	101,9	222,5
1971 [4]	62,4	25,1	0,3	25,1	9,8	+6,7	101,9	19,0	111,4	232,3
1972	74,3	35,4	0,3	35,5	7,8	+8,3	123,8	17,9	137,2	278,9

noch Tabelle 25*

Zeitraum	Inländische nichtfinanzielle Sektoren							Übrige Welt	Finanzielle Sektoren [2]	Insgesamt
	Private Haushalte	Unternehmen ohne Wohnungsvermietung	Unternehmen Wohnungsvermietung	Unternehmen zusammen [1]	Gebietskörperschaften	Sozialversicherung	zusammen [1]			
	noch: III. Veränderung der Forderungen									
1972 1. Hj. [4]	37,1	17,6	0,2	17,7	3,0	1,8	58,9	17,2	66,5	142,6
1972 2. Hj. [4]	37,2	17,8	0,2	17,8	4,8	6,5	64,9	0,6	70,8	136,3
1973 1. Hj. [4]	35,7	16,2	0,1	16,2	9,8	4,1	65,3	21,1	67,7	154,1
	IV. Veränderung der Verpflichtungen									
1962	1,0	17,9	13,1	30,3	3,0	—	34,1	2,2	31,4	67,6
1963	1,4	21,1	14,0	34,3	7,1	—	42,3	5,4	41,2	88,8
1964	1,5	25,4	16,2	41,4	6,9	—	48,9	5,9	41,1	95,9
1965	1,7	32,7	17,1	49,3	9,6	—	59,2	1,3	46,6	107,1
1966	0,8	23,5	17,1	39,7	8,5	—	47,8	6,0	43,8	97,5
1967	1,1	18,8	14,1	32,6	16,6	—	48,7	11,5	58,9	119,1
1968	3,1	27,2	14,1	41,0	12,2	—	57,0	23,8	76,2	157,0
1969	4,1	47,9	17,5	65,1	2,1	−0,1	71,8	13,5	80,2	165,4
1970 [4]	4,1	58,2	20,1	78,0	8,3	−0,0	90,0	34,4	98,0	222,5
1971 [4]	5,9	65,0	24,1	88,9	14,7	+0,1	107,5	17,8	107,0	232,3
1972 [4]	8,3	69,7	34,8	104,2	17,4	+0,1	128,0	18,1	132,9	278,9
1972 1. Hj. [4]	3,4	35,0	13,3	48,7	8,7	−0,0	60,1	15,9	66,6	142,6
1972 2. Hj. [4]	4,8	34,2	21,4	55,5	8,8	+0,1	67,8	2,2	66,3	136,3
1973 1. Hj. [4]	3,6	32,7	23,1	55,6	6,3	−0,1	65,0	22,3	66,9	154,1
	V. Finanzierungssaldo [5] (= I⁄II oder III⁄IV)									
1962	+18,3	−14,3	−12,8	−27,1	+2,5	+3,4	−2,9	+ 1,6	+1,2	—
1963	+21,5	−14,4	−13,8	−27,7	+1,1	+3,3	−1,8	+ 0,0	+1,7	—
1964	+26,8	−17,6	−16,1	−33,6	+0,9	+3,9	−2,1	+ 0,4	+1,7	—
1965	+32,9	−23,0	−17,0	−39,9	−5,6	+3,8	−8,8	+ 7,3	+1,5	—
1966	+31,1	−16,4	−16,5	−32,9	−4,1	+3,6	−2,4	+ 0,0	+2,3	—
1967	+30,6	− 2,7	−14,0	−16,7	−5,3	−1,1	+7,5	− 9,7	+2,3	—
1968	+35,2	− 9,3	−13,8	−23,1	−3,4	−0,7	+8,1	−10,3	+2,2	—
1969	+42,0	−27,9	−17,2	−45,0	+5,7	+1,2	+3,9	− 2,0	−1,9	—
1970 [4]	+46,7	−33,3	−19,7	−53,0	−3,0	+6,6	−2,7	− 1,2	+3,9	—
1971 [4]	+56,5	−40,0	−23,8	−63,8	−4,9	+6,9	−5,6	+ 1,1	+4,4	—
1972 [4]	+66,0	−34,3	−34,5	−68,8	−9,7	+8,2	−4,1	− 0,2	+4,4	—
1972 1. Hj. [4]	+33,6	−17,9	−13,2	−31,0	−5,7	+1,9	−1,2	+ 1,4	−0,2	—
1972 2. Hj. [4]	+32,4	−16,4	−21,3	−37,7	−4,0	+6,3	−2,9	− 1,6	+4,5	—
1973 1. Hj. [4]	+32,1	−16,5	−23,0	−39,5	+3,5	+4,2	+0,3	− 1,2	+0,8	—

[1] Bei der Summenbildung wurden intersektorale Ströme nicht mitaddiert.
[2] Banken, Bausparkassen, Versicherungen.
[3] Ersparnis und Vermögensübertragungen.
[4] Vorläufige Ergebnisse (1970 bis 1972 aufgrund der korrigierten Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen des Statistischen Bundesamtes teilweise revidiert).
[5] Finanzierungsüberschuß (+) oder -defizit (—). Änderung des Nettogeldvermögens (Kasse + sonstige Forderungen — Verbindlichkeiten) eines Sektors.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 26*

Kassenmäßige Steuereinnahmen

Mill. DM

Zeitraum	Insgesamt	darunter						
		Lohnsteuer	Veranlagte Einkommensteuer	Körperschaftsteuer	Steuern vom Umsatz [1] insgesamt	Steuern vom Umsatz [1] Umsatz-(Mehrwert-)steuer	Steuern vom Umsatz [1] Einfuhrumsatzsteuer	Mineralölsteuer
1950 [2]	18 802	1 807	2 087	1 449	4 987	.	.	73
1951 [2]	25 183	2 797	2 303	2 273	7 148	.	.	463
1952 [2]	31 215	3 658	3 925	2 780	8 736	.	.	590
1953 [2]	34 320	3 740	4 870	2 990	9 104	.	.	734
1954 [2]	35 894	3 875	4 588	3 071	9 766	.	.	781
1955 [2]	39 736	4 402	4 352	3 111	11 337	.	.	1 136
1956 [2]	44 530	5 402	4 728	3 637	12 437	.	.	1 415
1957 [2]	47 935	5 289	5 879	4 506	12 882	.	.	1 642
1958 [2]	50 188	5 932	5 473	5 190	13 506	.	.	1 665
1959 [2]	56 644	5 855	7 323	5 118	14 943	.	.	2 145
1960	66 627	8 102	8 963	6 510	16 917	.	.	2 664
1961	76 705	10 453	10 817	7 473	18 670	.	.	3 325
1962	84 480	12 315	12 218	7 790	20 036	.	.	3 699
1963	89 735	13 844	13 451	7 688	20 922	.	.	4 139
1964	98 061	16 092	14 101	8 018	22 845	.	.	6 071
1965	104 460	16 738	14 798	8 170	25 103	.	.	7 428
1966	111 154	19 055	16 075	7 687	25 989	.	.	8 016
1967	113 350	19 558	15 782	7 061	25 628	.	.	9 423
1968	120 378	22 080	16 272	8 553	25 779	18 786	6 994	9 875
1969	146 928	27 057	16 989	10 895	37 141	26 816	10 324	10 601
1970	152 318	35 086	16 001	8 716	38 125	26 791	11 334	11 512
1971	170 811	42 803	18 340	7 167	42 897	30 869	12 028	12 417
1972	195 510	49 770	23 140	8 495	46 981	34 153	12 828	14 227
1972 1. Vj.	44 303	11 705	5 539	2 058	11 976	8 930	3 046	2 751
2. Vj.	44 780	10 408	5 071	1 527	10 995	7 797	3 198	3 498
3. Vj.	48 602	12 473	5 724	2 192	11 387	8 239	3 148	3 684
4. Vj.	57 824	15 185	6 806	2 718	12 623	9 187	3 436	4 293
1973 1. Vj.	50 827	13 565	6 731	2 481	13 381	9 872	3 509	3 123
2. Vj.	51 290	12 972	5 789	2 380	11 911	8 165	3 746	3 647
3. Vj.	55 798	15 594	6 736	2 972	11 660	8 189	3 471	4 175

[1]) Bis 1967: Umsatzsteuer, Umsatzausgleichsteuer, Beförderungsteuer; ab 1968: Mehrwertsteuer einschließlich Umsatzsteuer alt, Einfuhrumsatzsteuer einschließlich Reste Umsatzausgleichsteuer, Beförderungsteuer; 1969: wie 1968 einschließlich Straßengüterverkehrsteuer; ab 1970: Mehrwertsteuer einschließlich Umsatzsteuer alt, Einfuhrumsatzsteuer einschließlich Reste Umsatzausgleichsteuer sowie ohne durchlaufende Posten.

[2]) Ohne Saarland.

Tabelle 27

Kreditmarktverschuldung der öffentlichen Haushalte [1])

Mill. DM

Monatsende [2])	Insgesamt	Kürzerfristige Kredite					Längerfristige Kredite		
		Schatzwechsel	Unverzinsliche Schatzanweisungen, Steuergutscheine	Betriebsmittelkredite/ Kassenkredite		Kassenobligationen	Anleihen (Inhaberschuldverschreibungen)	Verzinsliche Schatzanweisungen	Kredite von Banken, Sparkassen, Versicherungen [3]), Bausparkassen
				Buchkredite der Deutschen Bundesbank	Kredite von anderen Banken u. ä.				
31. 3. 1950	1 216	.	405 a)	543		—	63	—	206
31. 3. 1951	1 912	.	862 a)	381		—	51	1	617
31. 3. 1952	2 899	583	836	292		—	63	56	1 070
31. 3. 1953	4 080	148	1 106	43		—	760	77	1 946
31. 3. 1954	5 872	130	883	34		—	1 516	91	3 219
31. 3. 1955	6 961	57	757	222		—	1 633	88	4 203
31. 3. 1956	7 993	42	511	44		—	1 716	87	5 593
31. 3. 1957	9 316	50	625	81		—	1 962	29	6 569
31. 3. 1958	10 973	—	843	91		—	1 584	55	8 400
31. 3. 1959	13 207	—	566	48		—	1 914	30	10 649
31. 3. 1960	17 598	22	1 186	175		183	2 871	523	12 638
31. 12. 1960	18 786	—	1 162	109		302	2 840	516	13 858
31. 12. 1961	24 591	—	538	201		792	4 892	355	17 813
31. 12. 1962	28 064	—	533	786		705	5 713	455	19 871
31. 12. 1963	34 102	—	452	1 784		611	7 651	555	23 050
31. 12. 1964	40 232	—	598	1 342		1 088	9 056	577	27 572
31. 12. 1965	49 503	523	856	1 403	412	1 173	11 500	497	33 140
31. 12. 1966	59 189	1 196	2 498	1 164	655	1 383	12 202	410	39 682
31. 12. 1967	73 326	204	7 729	2 211	341	3 189	14 048	319	45 286
31. 12. 1968	83 551	150	8 650	1 361	122	4 029	15 346	312	53 580
31. 12. 1969	85 744	—	2 407	1 974	99	3 659	15 422	271	61 913
31. 12. 1970	94 026	—	1 750	2 334	175	3 210	16 922	229	69 407
31. 12. 1971	107 802	—	1 750	2 349	588	2 570	19 790	187	80 568
31. 12. 1972 [4])	125 230	—	1 438	440	272	2 414	24 494	146	96 027

[1]) Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände.
[2]) Ab 31. 3. 1952 einschließlich Berlin (West), ab 31. 3. 1960 einschließlich Saarland.
[3]) Ohne Sozialversicherung.
[4]) Einschließlich „Öffa" (3 236 Mill. DM längerfristige Kredite von Banken).
a) Einschließlich Schatzwechsel.

Tabelle 28*

Konsolidierte Bilanz des

Veränderung gegenüber dem

Zeitraum	I. Kreditgewährung an inländische Nichtbanken					II. Netto-Forderungssaldo gegenüber dem Ausland [3]			
			durch Kreditinstitute [2]					Kreditinstitute	
	insgesamt	durch Deutsche Bundesbank	zusammen	an inländische Unternehmen und Privatpersonen	an inländische öffentliche Haushalte	insgesamt	Deutsche Bundesbank	zusammen	darunter mittel- und langfristig
1963	+26,84	+0,98	+25,87	+22,32	+ 3,54	+ 3,29	+ 2,75	+ 0,55	+ 1,25
1964	+30,19	−1,03	+31,23	+25,16	+ 6,07	+ 1,70	+ 0,43	+ 1,27	+ 1,32
1965	+34,17	−0,43	+34,60	+27,54	+ 7,06	+ 0,03	− 1,30	+ 1,33	+ 1,14
1966	+28,20	+0,29	+27,91	+21,56	+ 6,36	+ 3,42	+ 1,89	+ 1,53	+ 1,14
1967	+32,89	+0,67	+32,22	+18,33	+13,89	+ 4,67	− 0,17	+ 4,84	+ 1,64
1968	+39 99	−2,07	+42,06	+30,90	+11,17	+10,70	+ 6,81	+ 3,89	+ 6,83
1969	+53,48	+0,67	+52,81	+51,22	+ 1,59	− 2,87	−10,52	+ 7,65	+11,97
1970	+50,53	−0,24	+50,77	+43,81	+ 6,97	+14,23	+21,60	− 7,36	− 0,29
1971	+69,05	+0,63	+69,68	+59,52	+10,16	+11,52	+15,91	− 4,40	− 3,28
1972	+86,41	−2,07	+88,48	+78,23	+10,26	+10,16	+15,49	− 5,33	− 4,90
1969 1. Vj.	+ 9,32	−1,15	+10,47	+ 9,19	+ 1,28	+ 0,48	− 7,21	+ 7,69	+ 2,97
2. Vj.	+ 9,02	−0,63	+ 9,65	+10,18	− 0,53	+ 9,18	+ 7,57	+ 1,61	+ 1,97
3. Vj.	+11,04	−0,02	+11,06	+ 9,76	+ 1,31	+ 4,83	+ 7,31	− 2,48	+ 1,70
4. Vj.	+24,10	+2,47	+21,63	+22,10	− 0,47	−17,36	−18,19	+ 0,83	+ 5,33
1970 1. Vj.	+ 6,88	−2,01	+ 8,89	+ 7,71	+ 1,18	+ 1,55	+ 0,56	+ 0,99	+ 1,88
2. Vj.	+14,21	+0,42	+13,79	+12,88	+ 0,91	+ 4,31	+ 5,38	− 1,07	− 0,14
3. Vj.	+ 9,31	−0,76	+10,06	+ 8,34	+ 1,72	+ 5,67	+ 8,03	− 2,36	− 1,16
4. Vj.	+20,14	+2,12	+18,02	+14,87	+ 3,16	+ 2,70	+ 7,62	− 4,92	− 0,87
1971 1. Vj.	+ 6,04	−2,41	+ 8,45	+ 6,83	+ 1,62	+11,93	+ 7,56	+ 4,37	− 0,42
2. Vj.	+16,49	+0,34	+16,15	+13,93	+ 2,22	+ 6,06	+ 3,28	+ 2,79	− 1,39
3. Vj.	+18,76	−0,08	+18,84	+16,56	+ 2,28	− 1,23	+ 1,78	− 3,01	− 1,14
4. Vj.	+27,77	+1,52	+26,25	+22,20	+ 4,05	− 5,24	+ 3,30	− 8,54	− 0,33
1972 1. Vj.	+12,78	−2,41	+15,19	+12,78	+ 2,41	+ 7,96	+ 3,18	+ 4,79	− 1,86
2. Vj.	+23,37	+0,01	+23,37	+20,73	+ 2,64	+ 4,98	+ 9,92	− 4,94	− 2,12
3. Vj.	+17,53	−0,16	+17,69	+15,04	+ 2,65	+ 3,21	+ 4,41	− 1,19	− 0,44
4. Vj.	+32,73	+0,49	+32,24	+29,68	+ 2,56	− 6,00	− 2,02	− 3,98	− 0,48
1973 1. Vj.	+15,05	−0,63	+15,68	+12,72	+ 2,96	+13,55	+19,93	− 6,38	− 0,69
2. Vj.	+18,05	+0,44	+17,61	+16,60	+ 1,01	+ 7,68	+ 2,73	+ 4,95	− 0,83
3. Vj.	+13,87	—	+13,87	+12,50	+ 1,36	+ 6,48	+ 8,27	− 1,80	− 0,92

[1] Kreditinstitute einschließlich Bundesbank.
[2] Einschließlich Wertpapiere.
[3] Einschließlich Wertpapiere ausländischer Emittenten im Besitz des Bankensystems sowie einschließlich Entwicklungshilfekredite der Kreditanstalt für Wiederaufbau.

Tabelle 28*

Bankensystems (Geldvolumensrechnung) [1])

vorangegangenen Zeitraum in Mrd. DM

III. Geldkapitalbildung				IV. Zentralbankeinlagen inländischer öffentlicher Haushalte	V. Sonstige Positionen [6])	VI. Geldvolumen [7]) (Bargeldumlauf und Sichteinlagen = I + II + V − III − IV)			Zeitraum	
insgesamt [4])	darunter					insgesamt	Bargeldumlauf	Sichteinlagen inländischer Nichtbanken		
	Termingelder	Spareinlagen [5])	Inhaberschuldverschreibungen im Umlauf (netto)							
+24,49	+ 6,33	+11,55	+ 4,99	− 0,61	− 1,85	+ 4,41	+1,27	+ 3,14	1963	
+26,74	+ 5,64	+12,53	+ 6,60	− 0,85	− 0,61	+ 5,40	+2,38	+ 3,02	1964	
+28,67	+ 4,30	+16,26	+ 5,99	− 1,11	− 1,06	+ 5,57	+1,77	+ 3,81	1965	
+29,92	+ 8,63	+16,27	+ 3,28	− 0,53	− 1,15	+ 1,09	+1,22	− 0,13	1966	
+29,80	+ 8,44	+17,65	+ 1,80	+ 0,29	+ 0,83	+ 8,30	+0,63	+ 7,67	1967	
+43,57	+14,10	+22,02	+ 4,65	+ 1,19	− 0,41	+ 5,53	+0,96	+ 4,57	1968	
+43,22	+14,11	+21,59	+ 4,92	+ 0,44	− 0,98	+ 5,96	+2,10	+ 3,86	1969	
+43,12	+11,98	+20,51	+ 7,90	+ 4,09	− 8,87	+ 8,69	+2,20	+ 6,49	1970	
+58,12	+18,80	+28,48	+ 8,15	+ 4,20	− 5,00	+13,24	+3,52	+ 9,72	1971	
+78,09	+24,64	+34,25	+14,98	− 3,85	− 4,78	+17,55	+5,48	+12,07	1972	
+11,11	+ 2,98	+ 5,90	+ 1,44	+ 2,73	− 1,87	− 5,92	−0,01	− 5,91	1969	1. Vj.
+ 9,39	+ 3,92	+ 3,66	+ 0,69	− 0,60	− 4,21	+ 5,21	+1,03	+ 4,18		2. Vj.
+10,01	+ 4,47	+ 3,49	+ 1,77	+ 1,80	− 2,55	+ 1,52	+0,26	+ 1,27		3. Vj.
+12,76	+ 2,74	+ 8,54	+ 1,03	− 3,48	+ 7,65	+ 5,15	+0,82	+ 4,33		4. Vj.
+ 5,03	− 1,02	+ 3,58	+ 1,45	+ 3,25	− 6,13	− 5,98	−0,63	− 5,35	1970	1. Vj.
+ 9,84	+ 5,41	+ 1,86	+ 1,71	+ 0,25	− 3,34	+ 5,09	+0,93	+ 4,16		2. Vj.
+ 7,25	+ 2,26	+ 2,18	+ 2,40	+ 1,38	− 5,81	+ 0,53	+0,61	− 0,08		3. Vj.
+21,00	+ 5,33	+12,90	+ 2,33	− 0,79	+ 6,41	+ 9,05	+1,29	+ 7,76		4. Vj.
+11,52	+ 3,51	+ 6,11	+ 1,28	+ 4,62	− 8,19	− 6,36	−0,93	− 5,43	1971	1. Vj.
+ 9,23	+ 2,89	+ 3,85	+ 1,42	+ 1,02	− 4,07	+ 8,23	+1,46	+ 6,77		2. Vj.
+ 9,26	+ 2,50	+ 3,37	+ 2,91	+ 0,92	− 5,18	+ 2,16	+1,04	+ 1,12		3. Vj.
+28,11	+ 9,90	+15,15	+ 2,55	− 2,36	+12,44	+ 9,21	+1,96	+ 7,26		4. Vj.
+12,46	− 0,62	+ 7,41	+ 4,63	+ 4,44	− 8,22	− 4,38	+ 0,12	− 4,50	1972	1. Vj.
+17,59	+ 5,49	+ 6,99	+ 3,79	− 2,50	− 4,51	+ 8,75	+ 2,30	+ 6,45		2. Vj.
+15,52	+ 5,47	+ 5,32	+ 3,85	− 0,72	− 3,74	+ 2,20	+ 0,61	+ 1,59		3. Vj.
+32,51	+14,30	+14,53	+ 2,72	− 5,06	+11,69	+10,97	+ 2,44	+ 8,53		4. Vj.
+17,96	+ 7,45	+ 3,70	+ 5,58	+ 5,47	−11,16	− 5,98	− 1,09	− 4,89	1973	1. Vj.
+20,03	+12,60	− 0,91	+ 7,01	+ 0,05	− 5,69	− 0,04	+ 1,55	− 1,59		2. Vj.
+16,57	+12,22	− 1,21	+ 5,12	+ 4,01	− 4,05	− 4,28	− 0,42	− 3,86		3. Vj.

[4]) Einschließlich Kapital und Rücklagen.
[5]) Einschließlich Sparbriefe.
[6]) Saldo der übrigen Positionen der konsolidierten Bilanz des Bankensystems.
[7]) Ohne Kassenbestände der Kreditinstitute; einschließlich der im Ausland befindlichen DM-Noten und -Münzen.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 29*

Zahlungsmittelbestände und Kredite

Mrd. DM

Ende des Zeitraumes	Geldvolumen			Termingelder [3]		Kredite der Kreditinstitute an inländische Unternehmen und Privatpersonen			
	insgesamt	Bargeldumlauf [1]	Sichteinlagen [2]	insgesamt	darunter mit einer Befristung unter 3 Monaten	insgesamt	kurzfristig [4]	mittel- und langfristig	Wertpapiere [5]
1955 [6]	31,48	14,04	17,44	11,20	2,01	63,27	.	.	.
1956 [6]	33,89	14,88	19,01	13,56	2,78	71,23	.	.	.
1957 [6]	37,81	16,46	21,35	17,13	3,27	78,31	.	.	.
1958 [6]	42,58	17,94	24,64	17,94	3,19	85,92	.	.	.
1959	47,61	19,34	28,26	19,97	3,31	101,16	.	.	.
1960	51,08	20,83	30,25	21,62	3,61	116,25	.	.	.
1961	58,71	23,20	35,52	23,47	3,94	135,76	.	.	.
1962	63,28	24,25	39,03	25,19	4,10	154,83	.	.	.
1963	67,77	25,51	42,26	26,75	4,57	173,92	.	.	.
1964	73,05	27,89	45,16	27,78	5,23	231,81	60,67	163,74	7,40
1965	78,53	29,85	48,87	28,40	5,16	259,27	67,31	183,91	8,05
1966	79,62	30,88	48,74	33,77	4,58	280,74	72,32	200,35	8,08
1967	87,92	31,51	56,41	39,65	7,80	298,88	74,29	216,18	8,42
1968	93,47	32,59	60,88	48,86	9,58	334,55	81,00	242,80	10,75
1969	99,43	34,69	64,74	57,45	14,82	385,95	101,56	272,35	12,03
1970	108,22	36,89	71,33	65,16	28,43	430,54	113,62	304,10	12,83
1971	121,52	40,29	81,23	77,07	37,34	490,57	131,73	345,43	13,41
1972	139,30	45,77	93,53	93,03	43,92	569,33	155,94	399,66	13,73
1969 1. Vj.	87,55	32,58	54,97	49,73	6,56	343,73	84,71	247,40	11,62
2. Vj.	92,76	33,61	59,15	52,70	7,30	353,91	88,26	254,08	11,58
3. Vj.	94,28	33,87	60,42	56,26	8,47	363,67	90,45	261,41	11,80
4. Vj.	99,43	34,69	64,74	57,45	14,82	385,95	101,56	272,35	12,03
1970 1. Vj.	93,45	34,06	59,39	55,38	14,45	393,58	103,85	277,33	12,41
2. Vj.	98,55	34,99	63,56	60,40	19,49	406,48	109,92	284,29	12,27
3. Vj.	99,14	35,60	63,54	61,15	21,24	414,96	109,85	292,93	12,18
4. Vj.	108,22	36,89	71,33	65,16	28,43	430,54	113,62	304,10	12,83
1971 1. Vj.	101,88	35,96	65,92	67,47	30,33	437,39	114,66	310,06	12,68
2. Vj.	110,15	37,41	72,73	69,34	28,70	451,45	120,41	318,40	12,64
3. Vj.	112,39	38,46	73,93	69,42	30,36	468,21	123,78	331,30	13,13
4. Vj.	121,52	40,29	81,23	77,07	37,34	490,57	131,73	345,43	13,41
1972 1. Vj.	117,18	40,42	76,76	74,89	34,00	503,42	134,98	354,49	13,95
2. Vj.	126,00	42,72	83,28	78,67	35,43	524,33	145,17	365,68	13,49
3. Vj.	128,26	43,33	84,94	82,17	36,23	539,54	146,30	379,76	13,48
4. Vj.	139,30	45,77	93,53	93,03	43,92	569,33	155,94	399,66	13,73
1973 1. Vj.	133,35	44,67	88,68	97,96	35,45	585,12	154,95	416,13	14,05
2. Vj.	133,36	46,23	87,13	108,37	52,94	601,82	159,62	428,44	13,76
3. Vj.	129,10	45,81	83,29	117,82	57,02	614,39	163,08	437,51	13,79

[1] Ohne Kassenbestände der Kreditinstitute; einschließlich der im Ausland umlaufenden DM-Noten und -Münzen.
[2] Ohne Zentralbankeinlagen öffentlicher Haushalte.
[3] Mit einer Befristung bis unter 4 Jahren (Quasigeldbestände).
[4] Einschließlich Schatzwechsel und U-Schätze der Bundesbahn und Bundespost.
[5] Ohne Bankschuldverschreibungen, einschließlich Anleihen der Bundesbahn und der Bundespost.
[6] Ohne Saarland.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 30*

Auftragseingang in der Verarbeitenden Industrie [1])

a) Insgesamt

Zeitraum	Auftragseingang				Auftragseingang in vH des Umsatzes			
	insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgüter-	Investitionsgüter-	Verbrauchsgüter-	insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgüter-	Investitionsgüter-	Verbrauchsgüter-
		industrien				industrien		
	Wertindex 1970 = 100				vH			
1962	53,3	56,7	47,0	62,4	*98,6*	*99,7*	*96,6*	*99,0*
1963	55,9	58,6	50,4	64,7	*100,7*	*101,8*	*99,6*	*99,8*
1964	64,1	67,8	58,0	72,5	*103,3*	*102,4*	*104,1*	*101,5*
1965	68,2	69,5	62,8	78,7	*101,6*	*99,0*	*103,3*	*100,7*
1966	68,1	72,0	61,5	77,6	*98,0*	*100,1*	*96,8*	*95,9*
1967	67,7	72,1	61,1	76,5	*100,9*	*100,5*	*101,1*	*99,5*
1968	78,0	80,8	72,7	86,1	*108,3*	*104,4*	*112,6*	*104,6*
1969	95,4	94,7	95,7	96,0	*112,0*	*105,4*	*120,8*	*103,0*
1970	100	100	100	100	*103,7*	*100,0*	*107,6*	*99,3*
1971	102,5	101,2	100,0	110,4	*100,2*	*100,0*	*98,9*	*101,2*
1972	110,6	110,2	107,1	119,6	*101,8*	*102,9*	*100,2*	*101,7*
1968 1. Vj.	70,4	74,0	65,3	76,5	*109,7*	*107,6*	*117,9*	*97,4*
2. Vj.	76,4	80,3	68,5	88,9	*110,2*	*104,8*	*110,7*	*116,4*
3. Vj.	78,0	83,3	73,3	80,4	*106,7*	*102,4*	*114,6*	*97,5*
4. Vj.	87,2	85,6	83,6	98,5	*107,0*	*103,4*	*108,5*	*107,4*
1969 1. Vj.	89,4	88,9	88,9	91,5	*117,4*	*110,6*	*130,5*	*101,9*
2. Vj.	94,3	94,8	93,1	96,6	*114,4*	*107,6*	*119,9*	*112,2*
3. Vj.	96,3	97,2	98,8	88,9	*111,4*	*102,4*	*126,2*	*95,2*
4. Vj.	101,7	97,9	102,0	107,2	*106,3*	*101,9*	*109,9*	*103,3*
1970 1. Vj.	98,0	96,4	101,7	91,7	*111,1*	*105,8*	*122,4*	*94,5*
2. Vj.	100,3	102,0	98,9	101,5	*104,5*	*99,4*	*107,2*	*106,0*
3. Vj.	97,5	100,3	97,5	92,9	*100,5*	*95,6*	*107,3*	*92,7*
4. Vj.	104,1	101,2	102,0	113,9	*99,5*	*99,9*	*96,5*	*103,9*
1971 1. Vj.	101,3	96,6	103,2	104,2	*103,7*	*101,1*	*107,6*	*97,5*
2. Vj.	104,9	104,2	101,7	113,7	*102,8*	*100,9*	*100,3*	*109,5*
3. Vj.	99,9	102,4	97,6	101,2	*97,5*	*97,6*	*98,2*	*94,1*
4. Vj.	103,9	101,6	97,6	122,6	*96,9*	*100,5*	*90,6*	*103,9*
1972 1. Vj.	105,6	103,7	102,9	115,1	*102,5*	*105,0*	*102,4*	*97,8*
2. Vj.	110,3	112,0	105,0	120,1	*102,4*	*103,7*	*98,6*	*107,0*
3. Vj.	104,8	107,4	101,3	108,9	*98,8*	*98,9*	*99,8*	*95,2*
4. Vj.	121,8	117,8	119,3	134,1	*103,2*	*104,1*	*100,3*	*106,7*
1973 1.Vj.	132,5	125,9	137,3	131,9	*113,2*	*108,2*	*121,3*	*101,8*
2. Vj.	131,6	129,0	134,4	129,2	*109,4*	*104,4*	*113,7*	*106,0*
3. Vj. [2])	121,4	127,8	122,3	108,9	*102,3*	*100,6*	*108,2*	*90,5*

[1]) **Ohne Nahrungs- und Genußmittelindustrien**; bis 1967 einschließlich, ab 1968 ohne Umsatzsteuer.
[2]) Vorläufige Ergebnisse.

n o c h Tabelle 30*

Auftragseingang in der Verarbeitenden Industrie [1])

b) Inland, Ausland (Wertindex 1970 = 100)

Zeitraum	Inland				Ausland			
	insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgüter-industrien	Investitionsgüter-industrien	Verbrauchsgüter-industrien	insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgüter-industrien	Investitionsgüter-industrien	Verbrauchsgüter-industrien
1962	57,5	61,2	50,4	65,5	40,0	41,8	39,4	38,3
1963	58,9	61,6	52,4	67,2	46,8	48,5	46,2	45,6
1964	67,8	72,5	60,1	75,3	52,8	52,0	53,1	50,8
1965	72,0	73,2	65,8	81,9	56,3	57,2	56,1	54,6
1966	69,7	73,8	61,3	79,7	63,0	65,8	62,1	61,0
1967	67,2	71,5	58,4	77,7	69,4	74,4	67,5	66,9
1968	77,0	80,4	69,1	86,9	81,2	82,3	81,0	79,4
1969	94,5	95,3	93,3	95,8	98,9	92,8	101,8	97,9
1970	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	102,1	100,6	99,0	110,2	103,4	103,4	102,0	112,1
1972	109,1	107,7	105,0	119,1	115,1	118,6	112,3	123,3
1968 1. Vj.	69,3	73,4	61,8	77,2	74,0	76,2	73,5	70,8
2. Vj.	75,7	80,3	64,6	90,2	78,5	80,5	77,7	78,0
3. Vj.	77,6	84,3	70,3	81,3	79,3	80,0	80,0	72,9
4. Vj.	85,4	83,5	79,7	98,8	92,9	92,5	92,7	96,0
1969 1. Vj.	87,4	87,7	85,3	91,2	96,3	93,3	98,1	93,8
2. Vj.	92,5	94,5	89,4	95,7	100,6	95,8	102,4	103,2
3. Vj.	95,5	99,4	95,9	89,0	99,7	90,1	106,0	88,0
4. Vj.	102,6	99,6	102,5	107,3	99,0	92,2	100,9	106,6
1970 1. Vj.	97,5	95,6	102,1	91,5	99,9	99,3	101,2	93,5
2. Vj.	100,8	102,5	99,1	101,6	98,8	100,6	97,8	100,1
3. Vj.	97,8	101,3	97,5	93,0	97,0	97,0	97,8	92,2
4. Vj.	104,0	100,6	101,3	113,9	104,3	103,2	103,2	114,1
1971 1. Vj.	99,1	93,6	101,1	103,5	108,2	108,1	108,1	108,9
2. Vj.	104,3	103,7	100,2	113,2	106,5	105,8	105,1	117,4
3. Vj.	100,4	103,9	97,1	101,6	97,8	97,3	97,9	98,8
4. Vj.	104,5	101,3	97,5	122,5	101,1	102,5	97,0	123,1
1972 1. Vj.	104,4	100,3	101,9	115,1	109,2	115,0	105,5	115,8
2. Vj.	110,2	111,3	104,4	119,7	110,5	114,6	106,5	123,3
3. Vj.	104,6	106,1	101,2	108,8	105,0	111,3	101,4	109,6
4. Vj.	117,3	113,3	112,4	132,7	135,9	133,3	135,7	144,5
1973 1.Vj.	126,6	121,4	129,2	129,6	151,8	141,2	157,1	149,6
2. Vj.	125,8	125,4	126,5	125,4	150,6	141,2	153,7	158,7
3. Vj. [2])	112,3	122,3	107,1	107,3	151,1	146,2	158,1	121,6

[1]) Ohne Nahrungs- und Genußmittelindustrien; Inland bis 1967 einschließlich, ab 1968 ohne Umsatzsteuer, Ausland durchweg ohne Umsatzsteuer.

[2]) Vorläufige Ergebnisse.

noch Tabelle 30*

Auftragseinigung in der Verarbeitenden Industrie [1])

c) Inland, Ausland (Volumenindex 1970 = 100)

Zeitraum	Inland				Ausland			
	Insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgüter-	Investitionsgüter-	Verbrauchsgüter-	insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgüter-	Investitionsgüter-	Verbrauchsgüter-
		industrien				industrien		
1962	61,4	62,5	55,8	70,3	45,8	45,4	46,9	40,3
1963	62,6	63,2	57,8	71,0	53,6	53,9	54,5	47,7
1964	71,3	73,7	65,8	78,2	59,0	55,5	61,7	52,3
1965	73,8	72,3	70,0	83,3	61,9	60,8	63,4	55,7
1966	70,3	72,3	63,8	79,6	68,1	69,7	68,4	61,4
1967	69,0	72,2	61,6	78,3	75,4	80,5	74,2	68,2
1968	84,3	87,1	77,7	92,5	89,1	90,7	89,5	82,5
1969	100,8	100,9	101,2	100,0	103,3	95,7	107,6	98,8
1970	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	97,7	98,0	92,9	106,2	99,9	105,2	96,0	109,3
1972	101,6	103,3	95,7	110,2	109,4	122,3	102,5	115,8
1968 1. Vj.	75,4	78,9	69,0	82,4	81,2	84,0	81,2	73,5
2. Vj.	83,1	87,2	72,8	96,4	86,5	89,0	86,2	81,1
3. Vj.	85,2	91,8	79,3	86,6	87,2	88,1	88,7	75,8
4. Vj.	93,2	90,6	89,5	104,7	101,6	101,5	102,0	99,5
1969 1. Vj.	94,9	94,8	94,4	96,1	102,9	100,4	105,3	95,0
2. Vj.	99,7	101,1	98,2	100,3	105,8	99,3	109,1	104,1
3. Vj.	101,7	104,6	104,3	92,7	103,4	90,5	111,7	88,4
4. Vj.	106,8	102,9	107,8	110,9	101,2	92,7	104,1	107,9
1970 1. Vj.	98,5	95,7	103,8	92,5	100,8	98,6	102,9	94,2
2. Vj.	101,2	102,4	99,9	102,0	99,0	99,4	98,6	100,5
3. Vj.	97,7	101,4	97,5	92,7	96,9	97,0	97,6	92,0
4. Vj.	102,6	100,5	98,8	112,8	103,3	105,1	100,9	113,2
1971 1. Vj.	95,6	91,9	95,7	101,1	105,1	109,1	103,0	107,0
2. Vj.	99,9	100,7	94,1	109,6	102,8	106,5	99,2	114,7
3. Vj.	95,6	100,7	90,8	97,4	94,0	98,6	91,5	96,1
4. Vj.	99,5	98,8	90,8	116,8	97,7	106,4	90,2	119,6
1972 1. Vj.	98,3	97,8	93,4	108,2	104,8	120,0	96,9	110,9
2. Vj.	102,7	106,5	95,1	111,6	105,3	118,8	97,3	116,9
3. Vj.	97,0	101,0	92,0	100,3	99,8	114,6	92,5	102,6
4. Vj.	108,4	107,9	102,3	120,9	127,9	136,0	123,3	133,0
1973 1.Vj.	114,4	113,1	115,1	115,1	138,7	139,2	139,3	133,3
2. Vj.	111,6	114,1	110,9	109,4	135,1	134,7	134,4	140,4
3. Vj. [2])	98,8	110,1	93,5	92,0	134,5	137,2	137,5	107,3

[1]) Ohne Nahrungs- und Genußmittelindustrien; Inland bis 1967 einschließlich, ab 1968 ohne Umsatzsteuer, Ausland durchweg ohne Umsatzsteuer.

[2]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 31*

Auftragsbestand in der Verarbeitenden Industrie [1])

Wertindex 1970 = 100

Zeitraum	Verarbeitende Industrie			Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien		
	insgesamt [2])	Inland [2])	Ausland	zusammen [2])	Inland [2])	Ausland
1971	93,7	91,9	100,4	71,5	68,7	82,4
1972	92,3	90,2	100,2	76,5	69,4	104,4
1970 1. Vj.	102,4	102,5	102,1	113,4	113,6	112,8
2. Vj.	104,9	105,5	103,0	109,5	109,3	110,2
3. Vj.	96,6	96,1	98,3	96,7	96,0	97,0
4. Vj.	96,0	96,0	96,6	80,4	80,6	80,1
1971 1. Vj.	93,1	91,6	98,4	79,2	77,1	87,6
2. Vj.	98,4	96,6	104,6	74,5	70,4	90,6
3. Vj.	91,6	89,1	100,9	69,3	66,1	81,9
4. Vj.	91,8	90,2	97,7	63,0	61,4	69,4
1972 1. Vj.	89,4	87,0	98,1	70,2	66,4	85,2
2. Vj.	95,3	94,2	99,3	77,9	72,6	98,7
3. Vj.	89,0	86,7	97,4	78,1	70,0	110,2
4. Vj.	95,6	92,7	105,9	79,7	68,6	123,3
1973 1. Vj.	108,6	105,7	119,6	116,7	110,9	146,9
2. Vj.	121,9	119,1	132,2	134,3	128,8	163,1
3. Vj. [3])	116,8	110,7	139,3	137,8	129,5	180,9

[1]) Ohne Nahrungs- und Genußmittelindustrien.
[2]) Ohne Umsatzsteuer.
[3]) Vorläufige Ergebnisse.

noch Tabelle 31*

Auftragsbestand in der Verarbeitenden Industrie [1])

Wertindex 1970 = 100

Zeitraum	Investitionsgüterindustrien			Verbrauchsgüterindustrien		
	zusammen [2])	Inland [2])	Ausland	zusammen [2])	Inland [2])	Ausland
1971	97,9	95,6	103,9	108,2	107,3	115,6
1972	88,8	87,1	93,7	117,3	115,5	132,6
1970 1. Vj.	100,3	100,9	98,8	95,3	94,6	101,1
2. Vj.	101,2	101,5	100,4	108,6	109,1	104,7
3. Vj.	99,7	99,5	100,4	89,4	89,6	87,6
4. Vj.	98,8	98,1	100,4	106,6	106,6	106,7
1971 1. Vj.	100,2	99,8	101,5	91,8	90,7	100,9
2. Vj.	100,6	98,3	106,5	119,0	118,6	121,6
3. Vj.	97,4	94,2	105,9	102,5	101,7	108,6
4. Vj.	93,2	90,0	101,8	119,4	118,0	131,3
1972 1. Vj.	92,5	90,3	98,5	102,9	100,5	122,4
2. Vj.	88,8	87,2	93,6	128,6	127,6	136,8
3. Vj.	85,4	84,1	89,5	108,6	107,2	120,9
4. Vj.	88,3	86,7	93,2	129,3	126,7	150,4
1973 1. Vj.	99,9	97,6	106,0	117,9	113,9	151,3
2. Vj.	105,7	102,0	115,2	142,5	138,2	178,5
3. Vj. [3])	103,2	95,6	122,0	119,1	113,1	164,5

[1]) Ohne Nahrungs- und Genußmittelindustrien.
[2]) Ohne Umsatzsteuer.
[3]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 32*

Umsatz in der Industrie [1])

a) Insgesamt

Mill. DM

Zeitraum	Insgesamt	Bergbau	Verarbeitende Industrie				
			zusammen	Grundstoff- und Produktionsgüter-	Investitionsgüter-	Verbrauchsgüter-	Nahrungs- und Genußmittel-
				industrien			
1950 [2])	80 395	4 573	75 822	22 459	18 348	20 139	14 875
1951	109 908	5 776	104 133	33 372	26 531	26 520	17 708
1952	119 392	6 908	112 484	36 821	31 783	25 013	18 867
1953	126 162	7 321	118 841	36 928	34 147	27 108	20 658
1954	140 943	7 718	133 225	42 197	39 630	29 055	22 343
1955	166 511	8 464	158 048	51 313	49 496	32 713	24 526
1956	185 646	9 452	176 194	56 417	55 471	36 282	28 023
1957	199 551	10 186	189 365	59 639	60 634	39 032	30 060
1958	205 069	9 577	195 493	59 990	65 253	38 726	31 523
1959	223 656	9 400	214 256	67 414	72 168	41 492	33 182
1960	266 373	11 374	254 999	81 585	87 678	48 459	37 277
1961	287 018	11 011	276 007	85 200	98 294	52 347	40 166
1962	304 028	11 123	292 906	87 207	105 652	56 288	43 759
1963	315 309	11 702	303 608	89 446	110 405	57 908	45 848
1964	346 804	11 026	335 779	100 931	121 660	63 656	49 531
1965	374 612	10 606	364 006	108 161	132 714	69 718	53 413
1966	388 029	10 099	377 930	111 592	138 685	72 355	55 299
1967	380 659	9 473	371 186	111 178	133 020	69 012	57 976
1968	405 599	9 565	396 034	122 041	141 806	73 118	59 070
1969	470 537	10 080	460 457	141 145	173 772	82 724	62 815
1970	528 867	11 669	517 198	156 255	203 498	90 056	67 390
1971	563 033	12 105	550 928	159 284	221 074	97 977	72 593
1972	596 014	12 210	583 804	166 947	233 278	106 480	77 099
1972 1. Vj.	140 774	2 978	137 796	38 718	54 704	26 202	18 172
2. Vj.	147 408	3 077	144 331	41 962	57 908	25 442	19 019
3. Vj.	145 805	2 899	142 906	42 050	55 570	26 017	19 269
4. Vj.	162 027	3 255	158 772	44 217	65 097	28 819	20 639
1973 1. Vj.	159 037	3 235	155 802	45 173	61 491	28 990	20 148
2. Vj.	165 052	3 184	161 868	48 399	64 469	27 837	21 163
3. Vj.	163 267	3 145	160 122	49 383	61 700	27 654	21 385

[1]) Umsatz aus eigener Erzeugung (Fakturenwerte); bis 1967 einschließlich, ab 1968 ohne Umsatzsteuer.
[2]) Ohne Saarland und Berlin.

Umsatz in der Industrie[1])

b) Inland

Mill. DM

Zeitraum	Insgesamt	Bergbau	Verarbeitende Industrie				
			zusammen	Grundstoff- und Produktionsgüter-	Investitionsgüter-	Verbrauchsgüter-	Nahrungs- und Genußmittel-
				industrien			
1953	110 894	5 729	105 166	32 617	26 591	25 482	20 476
1954	122 424	6 014	116 410	36 985	30 353	26 958	22 113
1955	144 717	6 790	137 927	45 148	38 234	30 297	24 247
1956 [2])	159 570	7 639	151 931	48 594	42 030	33 668	27 638
1957	169 166	8 293	160 873	50 518	44 475	36 247	29 633
1958	174 201	7 757	166 445	51 186	48 143	36 064	31 052
1959	189 904	7 689	182 215	57 447	53 595	38 525	32 647
1960	225 616	9 142	216 474	69 191	65 721	44 887	36 676
1961	244 016	8 834	235 182	72 372	74 643	48 676	39 491
1962	259 081	8 947	250 134	74 150	80 477	52 461	43 045
1963	266 359	9 398	256 961	75 379	82 946	53 620	45 015
1964	292 167	8 833	283 334	85 370	90 743	58 643	48 578
1965	315 772	8 426	307 346	90 772	99 779	64 413	52 382
1966	321 720	8 026	313 694	91 897	101 177	66 390	54 229
1967	309 301	7 494	301 807	88 935	93 655	62 553	56 665
1968	325 238	7 458	317 780	98 342	96 190	65 664	57 584
1969	377 570	8 051	369 518	113 945	120 771	73 786	61 016
1970	426 794	9 278	417 516	126 194	145 105	80 741	65 477
1971	453 036	9 541	443 495	128 054	157 239	87 739	70 464
1972	476 612	9 697	466 916	133 227	163 617	95 387	74 685
1972 1. Vj.	112 703	2 369	110 334	30 861	38 400	23 496	17 576
2. Vj.	118 036	2 433	115 603	33 694	40 714	22 775	18 421
3. Vj.	117 197	2 293	114 904	33 834	39 071	23 303	18 695
4. Vj.	128 677	2 601	126 076	34 838	45 432	25 813	19 993
1973 1. Vj.	125 448	2 560	122 888	35 332	42 344	25 731	19 482
2. Vj.	129 992	2 518	127 474	38 228	44 260	24 591	20 394
3. Vj.	128 891	2 452	126 439	38 999	42 356	24 467	20 618

[1]) Umsatz aus eigener Erzeugung (Fakturenwerte); bis 1967 einschließlich, ab 1968 ohne Umsatzsteuer.
[2]) Ohne Saarland und Berlin.

n o c h Tabelle 32*

Umsatz in der Industrie[1])

c) Ausland

Mill. DM

Zeitraum	Insgesamt	Bergbau	Verarbeitende Industrie				
			zusammen	Grundstoff- und Produktionsgüter-	Investitionsgüter-	Verbrauchsgüter-	Nahrungs- und Genußmittel-
				industrien			
1953	15 268	1 593	13 675	4 312	7 556	1 626	182
1954	18 519	1 704	16 816	5 212	9 277	2 096	230
1955	21 795	1 674	20 121	6 165	11 262	2 416	279
1956 [2])	26 076	1 813	24 263	7 823	13 440	2 614	385
1957	30 385	1 893	28 492	9 122	16 159	2 784	427
1958	30 868	1 820	29 048	8 804	17 110	2 662	472
1959	33 752	1 711	32 041	9 967	18 573	2 966	535
1960	40 757	2 232	38 525	12 395	21 957	3 572	601
1961	43 003	2 177	40 826	12 828	23 651	3 672	675
1962	44 947	2 176	42 772	13 057	25 175	3 827	713
1963	48 950	2 303	46 647	14 068	27 458	4 288	833
1964	54 637	2 192	52 445	15 561	30 917	5 013	953
1965	58 840	2 180	56 660	17 389	32 935	5 305	1 031
1966	66 309	2 074	64 236	19 694	37 508	5 964	1 069
1967	71 358	1 979	69 379	22 243	39 366	6 459	1 311
1968	80 361	2 107	78 254	23 699	45 616	7 454	1 485
1969	92 967	2 028	90 939	27 201	53 001	8 938	1 799
1970	102 073	2 391	99 682	30 060	58 393	9 315	1 913
1971	109 997	2 564	107 433	31 230	63 836	10 238	2 129
1972	119 401	2 513	116 888	33 721	69 660	11 094	2 414
1972 1. Vj.	28 070	609	27 462	7 857	16 303	2 706	596
2. Vj.	29 373	644	28 728	8 268	17 194	2 668	598
3. Vj.	28 608	606	28 002	8 216	16 498	2 714	574
4. Vj.	33 350	654	32 696	9 380	19 664	3 006	646
1973 1. Vj.	33 589	675	32 914	9 842	19 147	3 259	666
2. Vj.	35 060	665	34 395	10 170	20 209	3 246	769
3. Vj.	34 376	693	33 683	10 384	19 344	3 187	767

[1]) Umsatz aus eigener Erzeugung (Fakturenwerte); ohne Umsatzsteuer.
[2]) Ohne Saarland und Berlin.

Tabelle 33*

Industrielle Produktion [1])

1962 = 100

Zeitraum	Index der industriellen Nettoproduktion								Index der industriellen Bruttoproduktion [2])	
	Industrie insgesamt		Bergbau	Verarbeitende Industrie						
	einschl. öffentliche Energiewirtschaft und Bauindustrie	ohne öffentliche Energiewirtschaft und Bauindustrie		zusammen	Grundstoff- und Produktionsgüter-industrien	Investitionsgüter-industrien	Verbrauchsgüter-industrien	Nahrungs- und Genußmittelindustrien	Investitionsgüter [3])	Verbrauchsgüter [3])
1950	36,4	36,6	74,4	33,9	35,9	28,0	38,3	40,5	29,5	30,3
1951	42,7	43,1	82,1	40,4	42,5	35,4	43,5	45,4	36,6	35,0
1952	45,6	45,9	86,1	43,1	44,5	39,5	44,6	48,4	42,1	37,6
1953	49,6	49,7	87,9	47,1	47,4	41,7	52,2	54,8	44,2	44,1
1954	55,3	55,5	90,1	53,1	54,0	48,6	57,3	58,0	51,4	49,0
1955	64,1	64,4	95,0	62,2	62,9	60,3	63,9	63,8	63,3	56,2
1956	69,5	69,7	98,6	67,7	67,0	66,3	70,3	69,4	69,2	63,1
1957	73,3	73,6	99,9	71,8	70,7	68,9	75,5	77,2	71,2	68,9
1958	75,4	75,6	98,9	74,0	71,3	72,9	75,9	80,6	74,0	71,8
1959	81,0	81,0	95,6	80,0	80,0	77,8	81,6	84,0	77,9	78,2
1960	90,2	90,5	97,5	90,0	90,9	90,1	89,6	88,6	88,4	88,0
1961	95,9	96,2	99,4	95,9	95,6	97,5	94,7	94,0	96,9	94,1
1962	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1963	103,4	103,1	101,6	103,2	104,3	102,5	101,9	104,9	100,2	104,7
1964	112,3	111,7	103,3	112,3	118,1	110,2	108,6	110,5	106,3	112,7
1965	118,2	117,9	100,2	119,1	124,8	117,8	115,6	115,2	112,3	120,3
1966	120,3	119,6	95,8	121,2	129,2	117,3	118,4	118,8	113,0	122,6
1967	117,4	116,6	90,0	118,5	132,7	109,1	113,2	121,4	106,0	116,9
1968	131,2	130,7	93,4	133,3	151,6	122,7	129,5	128,2	115,5	135,0
1969	148,2	147,9	96,6	151,5	170,0	146,5	144,2	134,4	135,9	153,8
1970	157,2	156,5	99,1	160,5	178,6	160,1	147,7	138,6	146,4	163,0
1971	160,1	159,0	101,6	163,0	181,9	158,8	153,7	145,6	147,5	167,4
1972	166,4	164,1	94,2	169,0	191,3	161,9	163,1	147,5	150,3	176,1
1972 1. Vj.	159,0	157,0	96,5	161,2	178,6	156,9	159,3	136,6	143,8	175,9
2. Vj.	172,0	170,0	93,9	175,3	198,3	170,3	167,1	149,5	157,9	181,7
3. Vj.	155,2	152,9	86,5	157,6	188,3	143,6	149,4	140,7	135,8	156,1
4. Vj.	179,9	177,0	100,1	182,4	200,6	178,1	177,6	159,9	164,9	191,7
1973 1. Vj.	172,0	169,9	99,8	174,8	201,5	169,4	168,2	138,9	150,1	187,6
2. Vj.	186,3	184,5	92,3	190,9	220,6	186,8	176,9	155,3	167,0	196,6
3. Vj. [4])	167,0	165,0	86,0	170,5	209,5	156,2	153,9	147,8	142,6	161,2

[1]) Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt.
[2]) Einschließlich Personenkraftwagen und Kombinationskraftwagen. Die Zuteilung zum jeweiligen Güterbereich erfolgt annäherungsweise nach der Zulassungsstatistik für Kraftfahrzeuge.
[3]) Hauptsächlich Enderzeugnisse, nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert.
[4]) **Vorläufige Ergebnisse.**

Tabelle 34*

Beschäftigte

in

Zeitraum	Insgesamt		Bergbau		Ver zusammen	
	Beschäftigte	Arbeiter	Beschäftigte	Arbeiter	Beschäftigte	Arbeiter
1950 [1]	4 797	4 054	571	528	4 226	3 526
1951	5 332	4 509	593	548	4 739	3 961
1952	5 518	4 633	614	568	4 903	4 066
1953	5 751	4 814	643	591	5 108	4 222
1954	6 062	5 070	642	588	5 420	4 482
1955	6 576	5 498	644	587	5 932	4 910
1956	6 991	5 820	653	594	6 338	5 226
1957	7 221	5 984	668	606	6 553	5 378
1958	7 273	5 979	657	593	6 616	5 385
1959	7 301	5 949	613	549	6 688	5 400
1960	8 081	6 545	616	547	7 465	5 998
1961	8 316	6 674	586	517	7 730	6 157
1962	8 339	6 623	549	481	7 790	6 141
1963	8 264	6 500	517	452	7 747	6 049
1964	8 301	6 491	497	432	7 804	6 059
1965	8 460	6 578	474	410	7 986	6 168
1966	8 385	6 452	435	373	7 949	6 079
1967	7 843	5 927	378	321	7 465	5 606
1968	7 899	5 967	337	285	7 562	5 682
1969	8 308	6 284	318	266	7 991	6 018
1970	8 603	6 471	310	259	8 293	6 211
1971	8 538	6 342	306	254	8 232	6 088
1972	8 340	6 129	283	233	8 058	5 896
1972 1. Vj.	8 362	6 157	293	243	8 069	5 914
2. Vj.	8 322	6 120	285	235	8 037	5 884
3. Vj.	8 339	6 127	279	229	8 061	5 898
4. Vj.	8 337	6 111	273	225	8 064	5 887
1973 1. Vj.	8 330	6 094	269	221	8 062	5 873
2. Vj.	8 351	6 106	263	216	8 088	5 891
3. Vj.	8 407	6 151	258	211	8 149	5 940

[1] Ohne Saarland und Berlin.

Tabelle 34*

in der Industrie

1 000

arbeitende Industrie									
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien		Investitionsgüterindustrien		Verbrauchsgüterindustrien		Nahrungs- und Genußmittelindustrien		Zeitraum	
Beschäftigte	Arbeiter	Beschäftigte	Arbeiter	Beschäftigte	Arbeiter	Beschäftigte	Arbeiter		
1 095	915	1 457	1 186	1 336	1 160	338	266	1950	[1]
1 202	1 004	1 679	1 372	1 501	1 303	357	282	1951	
1 243	1 030	1 776	1 440	1 508	1 302	376	294	1952	
1 248	1 029	1 866	1 503	1 605	1 386	389	304	1953	
1 313	1 080	2 020	1 631	1 684	1 457	403	314	1954	
1 422	1 170	2 302	1 867	1 787	1 545	421	328	1955	
1 496	1 225	2 522	2 035	1 879	1 622	442	344	1956	
1 538	1 254	2 650	2 126	1 906	1 642	458	356	1957	
1 539	1 243	2 722	2 168	1 888	1 614	467	360	1958	
1 564	1 256	2 793	2 205	1 864	1 583	467	356	1959	
1 722	1 379	3 232	2 536	2 005	1 699	506	384	1960	
1 784	1 416	3 398	2 641	2 033	1 713	514	387	1961	
1 771	1 390	3 462	2 659	2 033	1 702	524	391	1962	
1 750	1 358	3 454	2 623	2 015	1 678	528	390	1963	
1 770	1 366	3 508	2 648	2 006	1 663	522	382	1964	
1 804	1 384	3 629	2 726	2 032	1 680	520	379	1965	
1 771	1 339	3 617	2 683	2 040	1 679	521	379	1966	
1 670	1 237	3 385	2 461	1 902	1 544	507	364	1967	
1 682	1 243	3 466	2 530	1 908	1 549	505	359	1968	
1 750	1 288	3 741	2 750	1 990	1 619	510	361	1969	
1 810	1 323	3 959	2 901	2 010	1 626	515	361	1970	
1 785	1 287	3 957	2 856	1 976	1 586	514	358	1971	
1 741	1 243	3 857	2 745	1 953	1 559	506	350	1972	
1 736	1 238	3 870	2 762	1 960	1 568	503	347	1972	1. Vj.
1 741	1 245	3 846	2 738	1 949	1 556	501	345		2. Vj.
1 748	1 250	3 850	2 738	1 951	1 556	512	355		3. Vj.
1 739	1 238	3 862	2 741	1 953	1 555	510	352		4. Vj.
1 728	1 226	3 886	2 757	1 947	1 548	500	342	1973	1. Vj.
1 745	1 241	3 911	2 775	1 933	1 534	498	340		2. Vj.
1 762	1 256	3 951	2 806	1 924	1 525	512	353		3. Vj.

[1] 1)

Tabelle 35*

Geleistete Arbeiterstunden in der Industrie [1])

Mill.

Zeitraum	Insgesamt	Bergbau	Verarbeitende Industrie				
			zusammen	Grundstoff- und Produktionsgüter-	Investitionsgüter-	Verbrauchsgüter-	Nahrungs- und Genußmittel-
				industrien			
1950 [2])	9 240	1 152	8 088	2 146	2 723	2 594	624
1951	10 218	1 204	9 014	2 348	3 156	2 851	659
1952	10 501	1 230	9 273	2 398	3 317	2 861	695
1953	10 885	1 258	9 627	2 388	3 433	3 085	721
1954	11 516	1 218	10 298	2 541	3 777	3 234	746
1955	12 484	1 213	11 271	2 738	4 319	3 436	778
1956	12 952	1 218	11 734	2 809	4 557	3 560	807
1957	12 624	1 188	11 436	2 714	4 478	3 430	813
1958	12 377	1 134	11 242	2 624	4 545	3 272	801
1959	12 231	1 014	11 217	2 654	4 558	3 221	783
1960	13 393	1 026	12 368	2 900	5 230	3 407	831
1961	13 403	962	12 441	2 923	5 352	3 345	821
1962	12 998	889	12 109	2 802	5 219	3 269	819
1963	12 579	833	11 746	2 713	5 070	3 154	810
1964	12 609	795	11 814	2 758	5 133	3 130	793
1965	12 654	738	11 916	2 764	5 250	3 123	779
1966	12 221	656	11 565	2 632	5 090	3 071	772
1967	10 986	545	10 441	2 391	4 521	2 787	742
1968	11 322	497	10 826	2 444	4 792	2 860	730
1969	11 946	465	11 481	2 546	5 247	2 960	728
1970	12 246	441	11 804	2 590	5 534	2 948	733
1971	11 726	423	11 303	2 448	5 283	2 850	722
1972	11 210	373	10 837	2 351	5 001	2 787	698
1972 1. Vj.	2 848	98	2 750	583	1 278	717	173
2. Vj.	2 815	93	2 722	591	1 260	699	171
3. Vj.	2 694	90	2 604	581	1 186	662	175
4. Vj.	2 853	92	2 761	595	1 277	709	179
1973 1. Vj.	2 846	92	2 754	587	1 291	707	169
2. Vj.	2 789	84	2 705	586	1 273	679	167
3. Vj.	2 686	84	2 602	580	1 212	636	174

[1]) Von Arbeitern (einschließlich gewerbliche Lehrlinge) geleistete Stunden.
[2]) Ohne Saarland und Berlin.

Tabelle 36*

Produktionsergebnis je Beschäftigtenstunde in der Industrie

1962 = 100

Zeitraum	Industrie insgesamt [1]	Bergbau [2]	Verarbeitende Industrie [2]				
			zusammen	Grundstoff- und Produktionsgüter-	Investitionsgüter-	Verbrauchsgüter-	Nahrungs- und Genußmittel-
				industrien			
1950	51,6	53,8	51,0	48,2	52,9	48,4	51,7
1951	55,1	56,9	54,7	51,7	58,1	50,6	55,0
1952	57,1	58,5	56,7	53,1	61,4	51,7	57,2
1953	59,5	59,1	59,3	55,6	62,2	56,2	62,3
1954	62,7	62,5	62,6	59,7	66,2	59,0	63,8
1955	66,8	65,8	66,9	64,4	71,7	61,7	66,9
1956	69,3	67,7	69,4	66,3	74,1	65,1	69,7
1957	74,1	70,1	74,3	71,8	77,5	70,6	76,1
1958	77,1	72,9	77,4	74,3	80,6	74,0	80,2
1959	83,2	78,0	83,6	82,3	85,4	80,7	84,6
1960	90,0	86,2	90,3	90,0	92,4	87,6	89,5
1961	94,4	92,5	94,4	93,0	96,3	93,1	94,9
1962	100	100	100	100	100	100	100
1963	105,2	108,1	105,1	106,7	103,9	104,5	104,7
1964	114,0	114,8	114,0	119,2	110,8	112,9	112,8
1965	119,6	119,3	119,6	124,9	115,6	120,7	119,7
1966	123,9	126,6	123,9	133,6	116,9	124,4	124,1
1967	131,5	140,3	131,3	148,5	119,3	128,7	129,6
1968	142,7	157,6	142,3	165,9	127,6	142,7	137,4
1969	153,0	172,9	152,4	178,1	139,3	152,7	143,3
1970	157,7	185,7	156,8	183,8	144,2	157,4	146,2
1971	165,8	197,0	165,1	195,8	148,5	168,6	155,5
1972	176,8	205,1	176,1	212,4	156,7	181,4	161,1
1972 1. Vj.	168,9	203,6	167,8	200,1	151,6	175,6	153,0
2. Vj.	176,7	201,1	175,9	213,3	157,6	179,0	160,1
3. Vj.	176,7	199,1	176,2	216,1	151,9	181,6	159,3
4. Vj.	184,8	218,9	183,9	217,0	165,2	190,7	171,6
1973 1. Vj.	182,3	219,9	181,1	221,8	162,1	188,8	158,1
2. Vj.	190,0	214,7	189,3	235,9	167,7	191,3	166,2
3. Vj. [3]	190,3	211,5	189,6	238,7	161,4	194,1	167,4

[1] Ohne öffentliche Energiewirtschaft und Bauindustrie.
[2] Hauptgruppen nach Vierteljahren: Eigene Schätzung.
[3] Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 37*

Baugenehmigungen

Zeitraum	Genehmigungen für Hochbauten [1]								Öffentliche Aufträge für Tiefbauten
	umbauter Raum [2]				veranschlagte reine Baukosten [3]				
	insgesamt	Wohngebäude	Nichtwohngebäude: von Unternehmen und Freien Berufen [4]	Nichtwohngebäude: von Gebietskörperschaften [5]	insgesamt	Wohngebäude	Nichtwohngebäude: von Unternehmen und Freien Berufen [4]	Nichtwohngebäude: von Gebietskörperschaften [5]	
	1 000 cbm				Mill. DM				1970=100
1950 [6]	.	140 665	.	.	.	5 243	.	.	.
1951	.	139 448	.	.	.	5 337	.	.	.
1952	230 108	135 652	94 456		9 693	6 216	3 478		.
1953	245 968	163 649	82 319		11 370	7 860	3 510		.
1954	282 134	185 592	96 542		13 375	9 062	4 313		.
1955	309 971	195 519	114 452		15 488	10 063	5 425		.
1956	304 198	180 298	123 900		16 129	10 061	6 060		.
1957	286 391	174 078	88 877	23 436	16 404	10 459	3 877	2 068	.
1958	311 254	193 297	89 514	28 443	19 208	12 386	4 209	2 612	.
1959	343 689	210 904	103 353	29 432	22 136	14 321	4 940	2 875	.
1960	392 427	234 427	124 073	33 927	27 491	17 253	6 624	3 614	.
1961	422 657	248 582	135 029	39 046	31 685	19 851	7 527	4 307	.
1962	427 301	253 459	133 795	40 047	34 675	22 176	7 445	5 055	57,5
1963	383 726	229 774	113 144	40 808	34 189	21 836	6 768	5 586	60,4
1964	429 635	246 181	136 895	46 559	40 738	25 397	8 676	6 665	63,0
1965	441 163	259 257	134 819	47 087	44 879	28 534	9 140	7 205	70,7
1966	421 309	245 143	135 531	40 635	44 680	28 555	9 617	6 508	65,1
1967	378 533	219 319	119 593	39 621	41 483	26 062	8 898	6 523	70,4
1968	400 265	226 408	131 122	42 736	43 187	27 031	9 351	6 805	85,9
1969	470 178	242 236	183 995	43 947	49 521	29 541	12 992	6 988	102,3
1970	497 264	266 573	182 286	48 405	59 058	35 529	14 874	8 655	100
1971	542 377	313 124	178 438	50 815	73 588	47 011	16 620	9 957	88,0
1972	567 238	343 057	176 569	47 611	87 234	57 221	19 421	10 592	107,9
1972 1. Vj.	122 038	71 377	40 032	10 629	18 342	11 394	4 701	2 247	76,9
2. Vj.	146 078	93 287	41 041	11 750	22 275	15 364	4 390	2 521	128,1
3. Vj.	158 410	95 015	50 485	12 910	24 433	16 045	5 289	3 099	123,2
4. Vj.	140 691	83 553	44 791	12 347	22 180	14 415	5 042	2 723	103,5
1973 1. Vj.	121 730	74 220	38 488	9 022	19 453	13 090	4 358	2 005	83,6
2. Vj.	145 661	88 658	46 196	10 807	23 690	16 140	5 024	2 526	114,2
3. Vj.	143 906	84 757	47 243	11 906	23 950	15 974	5 210	2 766	131,0

[1] Aus erhebungstechnischen Gründen (insbesondere durch Nachmeldungen am Jahresende) stimmt die jeweilige Summe der Vierteljahresergebnisse nicht immer mit den entsprechenden Jahressummen überein.
[2] Ab 1963 nur Neu- und Wiederaufbau (einschließlich Umbau ganzer Gebäude).
[3] Alle Baumaßnahmen.
[4] Einschließlich privater Bauherren.
[5] Alle Anstaltsgebäude und die von Gebietskörperschaften und Organisationen ohne Erwerbscharakter geplanten Nichtwohngebäude.
[6] Ohne Saarland und Berlin.

Tabelle 38*

Umsatz, Beschäftigung und Produktion im Bauhauptgewerbe [1])

Zeitraum	Umsatz [2]) insgesamt	Wohnungsbau	landwirtschaftlicher und gewerblicher Bau	öffentlicher und Verkehrsbau	Beschäftigte [3])	Geleistete Arbeitsstunden [4])	Nettoproduktionsindex [5])
	Mill. DM				1 000	Mill.	1962 = 100
1950 [6])	6 182	.	.	.	913	1 811	.
1951	7 783	.	.	.	922	1 862	.
1952	9 237	.	.	.	945	1 899	.
1953	10 690	.	.	.	1 051	2 179	.
1954	11 722	5 470	2 827	3 424	1 095	2 262	.
1955	14 172	6 236	3 582	4 354	1 209	2 498	.
1956	15 638	6 695	4 026	4 918	1 217	2 551	.
1957	15 978	6 811	4 078	5 089	1 201	2 379	.
1958	17 172	7 366	4 101	5 705	1 206	2 340	.
1959	21 057	8 479	4 969	7 609	1 287	2 493	.
1960	25 018 a)	9 706	6 411	8 882	1 406	2 604	.
1961	28 650 a)	10 860	7 212	10 564	1 447	2 668	.
1962	33 359 a)	12 149	7 665	13 532	1 526	2 706	100
1963	36 420 a)	13 016	7 738	15 654	1 604	2 660	102,8
1964	42 617	15 097	8 872	18 649	1 643	2 908	117,5
1965	44 375	15 906	9 717	18 753	1 643	2 800	117,7
1966	46 878	16 896	10 312	19 670	1 619	2 793	122,2
1967	44 329	16 414	8 921	18 994	1 467	2 475	113,4
1968	28 417	10 391	6 317	11 709	1 487	2 472	119,1
1969	42 752	15 069	9 816	17 866	1 505	2 440	123,5
1970	55 229	18 232	13 441	23 556	1 529	2 526	133,4
1971	67 034	23 196	17 428	26 410	1 544	2 554	137,9
1972	74 040	28 094	18 165	27 782	1 533	2 524	145,8
1972 1. Vj.	13 552	5 091	3 518	4 943	1 453	505	111,3
2. Vj.	16 778	6 367	4 381	6 030	1 563	695	166,0
3. Vj.	19 330	7 239	4 756	7 336	1 578	681	153,2
4. Vj.	24 380	9 396	5 510	9 473	1 540	644	153,8
1973 1. Vj.	14 717	5 955	3 760	5 003	1 456	500	114,5
2. Vj.	16 798	6 832	4 426	5 540	1 527	651	165,6
3. Vj.	19 476	7 451	4 754	7 271	1 530	631	144,6

[1]) Nur Betriebe des Hoch-, Tief- und Spezialbaus, des Stukkateur- und Gipsergewerbes sowie der Zimmerei und Dachdeckerei.
[2]) Nur baugewerblicher Umsatz. Ab 1968 ohne Umsatzsteuer, bis 1967 vorwiegend Zahlungseingang, ab 1968 vorwiegend vereinbarte Entgelte.
[3]) Ohne mithelfende Familienangehörige.
[4]) Von Inhabern, Angestellten und Arbeitern (einschließlich Lehrlinge) auf Bauhöfen und Baustellen geleistete Stunden; ohne mithelfende Familienangehörige.
[5]) Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt.
[6]) Ohne Saarland und Berlin.
a) Einschließlich Trümmerbeseitigung und Abbruch in Berlin (West).

Tabelle 39*

Großhandelsumsatz [1])

1970 = 100

Zeitraum	Großhandel insgesamt	davon Großhandel mit					
		Waren verschiedener Art	Getreide, Futter- und Düngemitteln	Rohstoffen und Halbwaren	Nahrungs- und Genußmitteln	Textilwaren, Heimtextilien und Schuhen	sonstigen Fertigwaren
1963	65,4	.	68,1	67,4	63,6	74,7	60,2
1964	70,6	.	73,6	72,3	68,9	79,8	66,2
1965	76,4	.	80,4	75,2	78,4	87,1	72,0
1966	78,2	.	84,5	75,5	81,8	87,8	73,4
1967	77,8	.	83,8	73,4	86,2	85,0	70,3
1968	80,1	. .	80,6	78,4	86,2	85,9	73,6
1969	91,1	.	91,0	90,1	94,6	92,6	87,7
1970	100	100	100	100	100	100	100
1971	107,0	107,8	104,4	104,2	111,5	112,2	108,5
1972	111,6	112,4	111,5	106,8	116,7	118,7	109,8
1971 1. Vj.	98,2	96,1	94,8	96,2	100,4	105,2	100,6
2. Vj.	106,9	107,2	100,9	107,3	110,6	102,3	108,3
3. Vj.	108,9	111,9	108,5	108,2	112,2	111,4	107,7
4. Vj.	114,0	115,8	113,6	105,1	122,8	129,5	117,4
1972 1. Vj.	101,9	99,1	104,2	96,1	104,0	120,4	101,8
2. Vj.	110,1	107,3	104,8	108,9	116,7	105,9	108,8
3. Vj.	111,0	113,3	112,5	108,3	114,9	114,8	106,5
4. Vj.	123,3	130,0	124,4	114,0	131,3	133,7	122,1
1973 1. Vj.	117,0	112,2	128,5	112,6	116,7	124,7	112,0
2. Vj.	125,8	129,7	127,9	126,7	127,7	117,1	118,5
3. Vj.	125,0	126,8	140,3	129,5	120,8	116,2	113,0

[1]) Ab 1968 ohne Umsatzsteuer; ab 1970 neuer Berichtsfirmenkreis.

Tabelle 40*

Einzelhandelsumsatz

1962 = 100

Zeitraum	Einzelhandel insgesamt [1]	darunter Einzelhandel mit								
		Waren verschiedener Art [2]	Nahrungs- und Genußmitteln, Gemischtwaren	Bekleidung, Wäsche, Schuhen	Hausrat und Wohnbedarf	Elektro- und optischen Erzeugnissen, Uhren	Papierwaren und Druckerzeugnissen	pharmazeutischen, kosmetischen u. ä. Erzeugnissen	Kohle und Mineralölerzeugnissen	Fahrzeugen, Maschinen, Büroeinrichtungen
	in jeweiligen Preisen									
1963	104,9	108,1	104,4	103,4	100,8	102,5	106,4	107,2	116,8	104,7
1964	113,0	121,1	111,4	110,4	110,1	112,0	114,6	115,1	109,1	115,2
1965	124,3	140,7	120,8	121,0	119,9	123,9	127,7	127,2	112,4	127,4
1966	130,9	153,3	127,1	125,3	128,6	129,6	137,9	138,9	114,1	128,6
1967	132,4	158,6	130,8	123,2	128,5	127,2	145,1	149,1	116,2	121,2
1968	138,2	173,3	136,9	125,9	131,7	132,0	151,5	160,7	126,2	118,2
1969	152,4	188,6	147,0	140,2	148,1	147,0	166,9	176,7	132,6	146,4
1970	169,7	216,3	159,0	156,4	169,6	168,0	178,0	188,9	150,6	172,6
1971	187,7	244,3	173,6	173,5	193,8	190,3	200,3	212,2	156,6	186,6
1972	203,6	271,2	187,4	190,2	212,6	212,0	219,0	227,7	159,5	192,4
1972 1. Vj.	181,8	233,0	171,2	167,8	180,2	163,9	188,3	215,8	165,2	181,5
2. Vj.	194,6	239,3	185,4	177,1	195,4	173,9	186,8	221,1	148,2	215,9
3. Vj.	196,3	254,8	188,4	175,0	207,8	198,9	213,2	225,3	146,4	181,2
4. Vj.	241,8	357,6	204,7	240,9	267,1	311,4	288,7	248,7	178,3	191,3
1973 1. Vj.	198,5	253,2	191,3	170,4	204,7	184,4	205,6	230,7	195,1	198,8
2. Vj.	217,5	272,4	208,9	196,6	221,4	198,6	199,2	241,9	187,9	224,5
3. Vj.	202,7	259,8	201,8	167,0	214,0	198,7	232,4	237,9	188,4	175,0
	in Preisen von 1962									
1963	103,3	106,7	102,6	101,2	99,1	104,2	103,5	106,2	112,0	104,3
1964	110,1	118,4	108,6	106,6	106,8	113,4	107,9	113,0	102,2	114,4
1965	118,8	135,7	114,8	114,6	113,4	124,6	114,6	123,3	102,7	125,1
1966	122,7	145,7	118,6	115,9	119,3	129,7	118,9	127,8	103,2	124,3
1967	123,5	150,6	112,7	112,8	118,9	128,6	120,1	135,3	102,4	116,8
1968	128,9	165,5	128,8	115,4	122,2	133,7	123,4	142,6	106,9	112,4
1969	140,1	178,1	135,4	127,1	136,3	147,4	132,3	154,0	110,0	137,7
1970	150,8	197,6	143,8	136,5	148,9	164,8	134,0	156,7	113,0	154,8
1971	158,9	212,9	150,8	143,1	161,2	181,0	141,2	168,3	108,6	158,3
1972	164,3	225,9	155,1	148,3	169,9	194,7	150,8	172,4	104,4	156,6
1972 1. Vj.	149,4	197,5	144,7	133,4	146,1	153,2	130,9	166,2	109,7	149,3
2. Vj.	158,4	201,2	155,3	139,3	156,8	161,3	128,5	167,7	99,5	175,8
3. Vj.	158,2	212,3	155,2	136,3	165,6	182,2	147,2	169,7	96,2	147,1
4. Vj.	191,4	292,7	165,2	184,3	211,2	282,2	196,5	186,4	112,4	154,4
1973 1. Vj.	154,1	204,2	151,2	127,7	158,6	164,8	137,4	171,0	119,6	157,4
2. Vj.	165,5	216,2	160,5	144,2	169,1	173,8	131,7	175,4	115,8	175,2
3. Vj.	153,4	203,4	156,8	120,9	161,7	170,4	152,1	171,4	109,8	135,7

[1] Einschließlich Einzelhandel mit sonstigen Waren.
[2] Ohne Gemischtwaren; überwiegend Warenhausunternehmen und Versandhandelsunternehmen mit warenhausähnlichem Sortiment (Wirtschaftsklasse 43 00 0).

Tabelle 41*

Zahlungs

Mill.

Zeitraum	Saldo der Devisenbilanz [1]	Bilanz der laufenden Posten				
		insgesamt	Saldo des Waren- und Dienstleistungsverkehrs			Saldo der Übertragungen [4]
			zusammen	Handelsbilanz [2]	Dienstleistungsbilanz [3]	
1950	− 564	− 407	− 2 472	− 3 012	+ 540	+ 2 065
1951	+ 2 038	+ 2 341	+ 812	− 149	+ 961	+ 1 529
1952	+ 2 900	+ 2 528	+ 2 368	+ 706	+1 662	+ 160
1953	+ 3 646	+ 3 793	+ 4 244	+ 2 516	+1 728	− 451
1954	+ 2 971	+ 3 609	+ 4 083	+ 2 698	+1 385	− 474
1955	+ 1 851	+ 2 205	+ 3 039	+ 1 245	+1 794	− 834
1956	+ 5 010	+ 4 379	+ 5 600	+ 2 897	+2 703	− 1 221
1957	+ 5 122	+ 5 761	+ 7 643	+ 4 083	+3 560	− 1 882
1958	+ 3 444	+ 5 798	+ 7 798	+ 4 954	+2 844	− 2 000
1959	− 1 692	+ 3 962	+ 7 241	+ 5 361	+1 880	− 3 279
1960	+ 8 019	+ 4 493	+ 7 981	+ 5 223	+2 758	− 3 488
1961	− 2 297	+ 2 843	+ 7 273	+ 6 615	+ 658	− 4 430
1962	− 877	− 1 950	+ 3 260	+ 3 477	− 217	− 5 210
1963	+ 2 740	+ 661	+ 5 756	+ 6 032	− 276	− 5 095
1964	+ 435	− 16	+ 5 295	+ 6 081	− 786	− 5 311
1965	− 1 283	− 6 723	− 346	+ 1 203	−1 549	− 6 377
1966	+ 1 952	+ 68	+ 6 363	+ 7 958	−1 595	− 6 295
1967	− 140	+ 9 436	+15 858	+16 862	−1 004	− 6 422
1968	+ 7 009	+10 906	+18 218	+18 372	− 154	− 7 312
1969	−14 361	+ 6 026	+14 676	+15 584	− 908	− 8 650
1970	+22 650	+ 2 373	+11 732	+15 670	−3 938	− 9 359
1971	+10 989	+ 1 133	+11 985	+15 892	−3 907	−10 852
1972	+15 194	+ 1 280	+14 567	+20 278	−5 711	−13 286
1972 1. Vj.	+ 3 924	− 169	+ 3 308	+ 4 513	−1 205	− 3 477
2. Vj.	+ 9 938	− 402	+ 2 738	+ 3 924	−1 186	− 3 140
3. Vj.	+ 4 478	− 1 564	+ 1 855	+ 4 592	−2 737	− 3 419
4. Vj.	− 3 146	+ 3 417	+ 6 667	+ 7 249	− 582	− 3 250
1973 1. Vj.	+12 655	+ 630	+ 4 247	+ 5 868	−1 621	− 3 617
2. Vj.	+ 2 725	+ 1 540	+ 5 381	+ 7 009	−1 628	− 3 841
3. Vj.	+ 8 281	+ 2 048	+ 6 086	+ 9 952	−3 866	− 4 038

[1] Veränderung der Währungsreserven der Bundesbank einschließlich der deutschen Reserveposition im IWF und der Sonderziehungsrechte (Zunahme: +).

[2] Spezialhandel nach der amtlichen Außenhandelsstatistik; Einfuhr cif, Ausfuhr fob.

[3] Ohne die bereits im cif-Wert der Einfuhr enthaltenen Ausgaben für Fracht- und Versicherungskosten, jedoch einschließlich des Saldos des Transithandels sowie einschließlich sonstiger, den Warenverkehr betreffender Ergänzungen.

Tabelle 41*

bilanz

DM

Kapitalbilanz [5]			Saldo der statistisch erfaßten Transaktionen	Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen [6]	Zuteilung von Sonderziehungsrechten und Ausgleichsbedarf der Bundesbank [7]	Zeitraum
Saldo des gesamten Kapitalverkehrs	langfristiger Kapitalverkehr	kurzfristiger Kapitalverkehr				
+ 207	+ 458	− 251	− 200	− 364	—	1950
+ 87	− 149	+ 236	+ 2 428	− 390	—	1951
+ 116	− 447	+ 563	+ 2 644	+ 256	—	1952
+ 82	− 398	+ 480	+ 3 875	− 229	—	1953
− 186	− 518	+ 332	+ 3 423	− 452	—	1954
− 450	− 381	− 69	+ 1 755	+ 96	—	1955
+ 148	− 455	+ 603	+ 4 527	+ 483	—	1956
− 2 305	− 440	− 1 865	+ 3 456	+ 1 666	—	1957
− 2 049	− 1 457	− 592	+ 3 749	− 305	—	1958
− 6 108	− 3 739	− 2 369	− 2 146	+ 454	—	1959
+ 1 782	− 171	+ 1 953	+ 6 275	+ 1 744	—	1960
− 4 259	− 4 203	− 56	− 1 416	+ 594	−1 475	1961
− 267	− 353	+ 86	− 2 217	+ 1 340	—	1962
+ 2 260	+ 1 546	+ 714	+ 2 921	− 181	—	1963
− 1 765	− 1 034	− 731	− 1 781	+ 2 216	—	1964
+ 2 362	+ 957	+ 1 405	− 4 361	+ 3 078	—	1965
+ 881	− 762	+ 1 643	+ 949	+ 1 003	—	1966
− 9 998	− 3 180	− 6 818	− 562	+ 422	—	1967
− 7 235	−11 411	+ 4 176	+ 3 671	+ 3 338	—	1968
−19 019	−23 080	+ 4 061	−12 993	+ 2 731	−4 099	1969
+11 074	− 2 879	+13 953	+13 447	+ 8 465	+ 738	1970
+ 7 365	+ 6 536	+ 829	+ 8 498	+ 7 860	−5 369	1971
+ 7 405	+13 255	− 5 850	+ 8 685	+ 7 005	− 496	1972
− 2 525	+ 4 885	− 7 410	− 2 694	+ 5 998	+ 620	1972 1. Vj.
+ 6 626	+ 5 950	+ 676	+ 6 224	+ 3 714	—	2. Vj.
+ 6 590	+ 2 668	+ 3 922	+ 5 026	− 548	—	3. Vj.
− 3 286	− 248	− 3 038	+ 131	− 2 161	−1 116	4. Vj.
+ 6 239	+ 373	+ 5 866	+ 6 869	+13 003	−7 217	1973 1. Vj.
− 4 789	+ 1 552	− 6 341	− 3 249	+ 5 974	—	2. Vj.
+ 212	+ 483	− 271	+ 2 260	+ 6 021	—	3. Vj.

[4] Eigene Leistungen: —.
[5] Kapitalexport: —.
[6] Saldo der nicht erfaßten Posten und statistischer Ermittlungsfehler im Leistungs- und Kapitalverkehr (= Restposten).
[7] Gegenposten zu Veränderungen der zentralen Währungsreserven (Devisenbilanz), die nicht auf den Leistungs- und Kapitalverkehr mit dem Ausland zurückgehen: Minderung des DM-Wertes der Gold- und Devisenpositionen der Deutschen Bundesbank durch die DM-Aufwertungen sowie Zuteilung von Sonderziehungsrechten.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 42*

Kapitalverkehr

Mill.

Zeitraum	Langfristiger Kapitalver							
		privat						
			deutsche Nettokapitalanlagen im Ausland (Zunahme: −)			ausländische Nettokapitalanlagen im Inland (Zunahme: +)		
	insgesamt [2]) (Kapitalexport: −)	zusammen [2]) (Kapitalexport: −)	zusammen [2])	Direktinvestitionen und privater Grundbesitz	Kredite und Darlehen, Portfolioinvestitionen	zusammen [2])	Direktinvestitionen und privater Grundbesitz	Kredite und Darlehen, Portfolioinvestitionen
1960	− 171	+ 1 140	− 1 394	− 633	− 783	+ 2 534	+ 617	+2 033
1961	− 4 203	+ 885	− 1 138	− 872	− 268	+ 2 023	+ 898	+1 253
1962	− 353	+ 937	− 1 540	−1 135	− 374	+ 2 477	+ 968	+1 541
1963	+ 1 546	+ 2 993	− 1 443	− 813	− 633	+ 4 436	+1 451	+3 009
1964	− 1 034	+ 281	− 2 107	−1 102	− 1 022	+ 2 388	+2 034	+ 367
1965	+ 957	+ 2 248	− 2 009	−1 258	− 741	+ 4 257	+3 187	+1 087
1966	− 762	+ 1 769	− 2 615	−1 416	− 1 187	+ 4 384	+3 333	+1 064
1967	− 3 180	− 1 690	− 3 363	−1 202	− 2 150	+ 1 673	+2 735	−1 010
1968	−11 411	−10 082	−11 833	−1 795	−10 020	+ 1 751	+1 487	+ 323
1969	−23 080	−21 243	−22 036	−2 472	−19 541	+ 793	+1 279	− 465
1970	− 2 879	− 423	− 7 885	−2 890	− 4 975	+ 7 462	+1 433	+6 064
1971	+ 6 536	+ 8 921	− 2 835	−3 259	+ 440	+11 755	+3 111	+8 651
1972	+13 255	+14 726	+ 1 342	−4 701	+ 6 084	+13 384	+4 902	+8 526
1971 1. Vj.	+ 313	+ 672	− 1 551	−1 020	− 523	+ 2 222	+ 475	+1 751
2. Vj.	+ 2 173	+ 2 930	+ 144	− 583	+ 733	+ 2 786	+ 569	+2 217
3. Vj.	+ 3 156	+ 3 593	− 331	− 828	+ 498	+ 3 924	+1 132	+2 793
4. Vj.	+ 894	+ 1 726	− 1 097	− 829	− 267	+ 2 823	+ 935	+1 890
1972 1. Vj.	+ 4 885	+ 5 158	− 620	−1 947	+ 1 332	+ 5 778	+2 239	+3 560
2. Vj.	+ 5 950	+ 6 289	+ 583	− 621	+ 1 206	+ 5 706	+ 768	+4 942
3. Vj.	+ 2 668	+ 2 767	+ 1 422	− 840	+ 2 269	+ 1 345	+ 832	+ 524
4. Vj.	− 248	+ 512	− 43	−1 293	+ 1 277	+ 554	+1 064	− 499
1973 1. Vj.	+ 373	+ 861	+ 405	− 989	+ 1 382	+ 456	+ 372	+ 89
2. Vj.	+ 1 552	+ 2 175	+ 1 492	− 793	+ 2 291	+ 683	+ 1 285	− 600
3. Vj.	+ 483	+ 995	+ 258	−1 011	+ 1 271	+ 738	+1 189	− 453

[1]) Entsprechend der Darstellungsweise der Zahlungsbilanz haben Zahlungsmittelzuflüsse ein positives, Zahlungsmittelabflüsse ein negatives Vorzeichen.

[2]) Einschließlich „sonstige Nettokapitalanlagen".

Tabelle 42*

mit dem Ausland [1])

DM

kehr	Kurzfristiger Kapitalverkehr						
		privat					
öffentlich (Kapitalexport: −)	insgesamt (Kapitalexport: −)	zusammen (Kapitalexport: −)	Kreditinstitute	Wirtschaftsunternehmen und Private	öffentlich (Kapitalexport: −)	Zeitraum	
−1 311	+ 1 953	+ 2 959	+2 369	+ 590	−1 006	1960	
−5 088	− 56	+ 165	− 380	+ 545	− 221	1961	
−1 290	+ 86	+ 246	− 259	+ 505	− 160	1962	
−1 447	+ 714	+ 723	+ 684	+ 39	− 9	1963	
−1 315	− 731	+ 310	+ 85	+ 225	−1 041	1964	
−1 291	+ 1 405	+ 353	− 478	+ 831	+1 052	1965	
−2 531	+ 1 643	+ 1 306	− 574	+1 880	+ 337	1966	
−1 490	− 6 818	− 6 457	−4 823	−1 634	− 361	1967	
−1 329	+ 4 176	+ 2 991	+2 455	+ 536	+1 185	1968	
−1 837	+ 4 061	+ 4 090	+4 325	− 235	− 29	1969	
−2 456	+13 953	+14 381	+7 927	+6 454	− 428	1970	
−2 385	+ 829	− 209	+1 174	−1 383	+1 038	1971	
−1 471	− 5 850	− 5 981	− 420	−5 561	+ 131	1972	
− 359	− 547	− 1 180	−4 484	+3 304	+ 633	1971	1. Vj.
− 757	− 567	− 897	−4 123	+3 226	+ 330		2. Vj.
− 437	− 2 120	− 2 491	+1 715	−4 206	+ 371		3. Vj.
− 832	+ 4 063	+ 4 359	+8 066	−3 707	− 296		4. Vj.
− 273	− 7 410	− 8 485	−7 011	−1 474	+1 075	1972	1. Vj.
− 339	+ 676	+ 616	+2 242	−1 626	+ 60		2. Vj.
− 100	+ 3 922	+ 3 678	+1 120	+2 558	+ 244		3. Vj.
− 759	− 3 038	− 1 790	+3 229	−5 019	−1 248		4. Vj.
− 487	+ 5 866	+ 4 858	+5 580	− 722	+1 008	1973	1. Vj.
− 622	− 6 341	− 6 159	−5 930	− 229	− 182		2. Vj.
− 512	− 271	− 263	+ 671	− 934	− 8		3. Vj.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 43*

Außenhandel (Spezialhandel)

Tatsächliche Werte, Volumen und Durchschnittswerte

Zeitraum	Tatsächliche Werte		Volumen [1] [2]		Index der Durchschnittswerte [2]		Terms of Trade [3]
	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	
	Mill. DM				1962 = 100		
1950 [4]	8 362	11 374	.	.	.	.	.
1951 [4]	14 577	14 726	.	.	.	.	.
1952 [4]	16 909	16 203	17 588	12 781	96,3	126,8	75,9
1953 [4]	18 526	16 010	19 643	14 077	94,3	113,7	82,9
1954 [4]	22 035	19 337	23 712	17 399	92,9	111,1	83,6
1955 [4]	25 717	24 472	27 525	21 681	93,4	112,9	82,7
1956 [4]	30 861	27 964	31 896	24 213	96,8	115,5	83,8
1957 [4]	35 968	31 697	36 258	26 970	99,2	117,5	84,4
1958 [4]	36 998	31 133	38 065	29 215	97,2	106,6	91,2
1959 [4]	41 184	35 823	42 352	34 609	97,2	103,5	93,9
1960	47 946	42 723	48 449	40 401	99,0	105,7	93,7
1961	50 978	44 363	51 351	43 421	99,3	102,2	97,2
1962	52 975	45 498	52 975	49 498	100	100	100
1963	58 310	52 277	58 285	52 719	100,0	99,2	100,8
1964	64 920	58 839	64 848	59 261	100,1	99,3	100,8
1965	71 651	70 448	70 407	69 186	101,8	101,8	100,0
1966	80 628	72 670	78 365	70 278	102,9	103,4	99,5
1967	87 045	70 183	85 379	68 657	102,0	102,2	99,8
1968	99 551	81 179	99 033	81 244	100,5	99,9	100,6
1969	113 557	97 972	111 041	95 850	102,3	102,2	100,1
1970	125 276	109 606	120 389	109 343	104,1	100,2	103,9
1971	136 011	120 119	128 503	121 221	105,8	99,1	106,8
1972	149 023	128 744	139 538	132 399	106,8	97,2	109,9
1972 1. Vj.	35 208	30 695	33 025	31 798	106,6	96,5	110,4
2. Vj.	36 636	32 712	34 495	33 773	106,2	96,9	109,6
3. Vj.	35 138	30 546	32 577	31 428	107,9	97,2	111,0
4. Vj.	42 041	34 791	39 441	35 400	106,6	98,3	108,4
1973 1. Vj.	41 739	35 871	39 196	35 886	106,5	100,0	106,5
2. Vj.	43 689	36 680	40 668	36 230	107,4	101,2	106,1
3. Vj.	43 466	33 514	40 088	33 635	108,4	99,6	108,8

[1] Mengen bewertet mit den Durchschnittswerten des Jahres 1962.
[2] Werte 1952 bis 1957 von Originalbasis 1954, Werte von 1958 bis 1961 von Originalbasis 1960 umbasiert.
[3] Index der Durchschnittswerte der Ausfuhr in vH des Index der Durchschnittswerte der Einfuhr.
[4] Bis 5. 7. 1959 ohne Saarland.

Tabelle 44*

Aus- und Einfuhr nach Warengruppen der Produktionsstatistik

Mill. DM

Zeitraum		Insgesamt [1]	Bergbauliche Erzeugnisse	Erzeugnisse der industrien: Grundstoff- und Produktionsgüter- [2]	Investitionsgüter-	Verbrauchsgüter- [2]	Nahrungs- und Genußmittel- [2]	Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	Investitionsgüter [3]	Verbrauchsgüter [3]
					Ausfuhr					
1960		47 946	2 595	14 037	24 963	4 470	867	439	12 924	7 132
1961		50 978	2 561	14 528	27 304	4 630	841	448	14 505	7 074
1962		52 975	2 520	14 225	28 901	5 262	909	476	15 021	7 556
1963		58 310	2 715	15 167	32 118	5 969	981	596	16 242	8 930
1964		64 920	2 551	17 082	35 576	6 872	1 212	682	17 942	9 989
1965		71 651	2 464	19 272	38 883	7 618	1 504	779	19 863	10 185
1966		80 628	2 361	22 138	43 853	8 589	1 556	783	22 907	10 801
1967		87 045	2 282	24 813	46 434	9 248	1 974	874	24 714	11 039
1968		99 551	2 536	27 840	53 525	10 736	2 385	989	28 338	13 504
1969		113 557	2 416	31 040	61 620	12 753	2 792	1 257	32 531	14 312
1970		125 276	2 849	33 778	68 534	13 220	3 083	1 698	36 218	13 682
1971		136 011	3 019	35 016	75 448	14 715	3 995	1 535	40 893	14 252
1972		149 023	2 971	36 953	83 764	16 476	4 475	1 991	46 355	15 751
1972	1. Vj.	35 208	735	8 671	19 694	3 975	1 118	481	10 732	3 734
	2. Vj.	36 636	732	9 114	20 658	3 957	1 127	440	11 528	3 645
	3. Vj.	35 138	720	8 889	19 495	3 980	1 006	444	10 892	3 775
	4. Vj.	42 041	783	10 280	23 916	4 563	1 225	626	13 203	4 596
1973	1. Vj.	41 739	778	11 137	22 485	4 788	1 294	676	11 974	4 492
	2. Vj.	43 689	784	11 143	24 331	4 807	1 417	598	13 398	4 455
	3. Vj.	43 466	803	11 611	23 413	4 818	1 649	567	12 465	4 681
					Einfuhr					
1960		42 723	4 808	12 376	4 740	4 375	3 639	10 996	2 317	1 921
1961		44 363	4 900	12 046	5 883	4 926	3 840	10 884	2 806	2 330
1962		49 498	4 744	12 733	7 006	5 743	4 662	11 992	3 341	3 123
1963		52 277	5 109	13 422	7 161	6 326	4 763	11 042	3 293	3 431
1964		58 839	6 205	16 518	8 453	7 251	5 023	12 275	3 671	4 271
1965		70 448	6 602	18 905	11 089	9 118	6 245	13 932	4 820	5 892
1966		72 670	6 891	19 343	12 284	9 891	6 603	14 186	5 168	6 992
1967		70 183	7 432	19 406	12 047	8 461	6 328	13 134	5 333	6 433
1968		81 179	8 832	24 503	14 090	10 613	7 015	13 281	5 809	7 879
1969		97 972	9 424	30 346	18 526	13 293	7 968	14 788	7 614	10 250
1970		109 606	10 249	32 793	24 651	14 458	9 115	14 873	10 650	12 251
1971		120 119	11 554	32 281	28 181	17 466	10 250	15 575	12 714	15 117
1972		128 744	11 432	33 669	30 197	21 273	11 589	16 579	12 998	18 267
1972	1. Vj.	30 695	2 773	7 808	7 286	5 135	2 569	4 031	3 179	4 478
	2. Vj.	32 712	2 796	8 562	7 981	5 110	2 744	4 419	3 583	4 352
	3. Vj.	30 546	2 881	8 238	6 759	5 255	2 817	3 640	2 796	4 484
	4. Vj.	34 791	2 982	9 062	8 171	5 773	3 459	4 489	3 441	4 953
1973	1. Vj.	35 871	3 145	9 445	8 145	6 148	3 260	4 790	3 242	5 158
	2. Vj.	36 680	3 190	10 330	8 562	5 781	3 024	4 815	3 398	4 870
	3. Vj.	33 514	3 158	9 700	7 167	5 560	3 017	4 098	2 749	4 795

[1] Einschließlich Waren, die nicht zugeordnet werden konnten.
[2] Ab 1962 geänderte systematische Abgrenzung.
[3] Hauptsächlich Enderzeugnisse, nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert (entsprechend der Warengliederung des Index der industriellen Bruttoproduktion).

Tabelle 45*

Ausfuhr nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik

Mill. DM

Zeitraum	Insgesamt [1]	Ernährungswirtschaft	Gewerbliche Wirtschaft					
			zusammen	Rohstoffe	Halbwaren	Fertigwaren		
						zusammen	Vorerzeugnisse	Enderzeugnisse
1950 [2]	8 362	196	8 166	1 168	1 576	5 422	1 862	3 560
1951 [2]	14 577	489	14 088	1 318	2 110	10 660	3 678	6 982
1952 [2]	16 909	379	16 529	1 281	2 544	12 704	3 488	9 216
1953 [2]	18 526	476	18 050	1 488	2 724	13 839	3 384	10 455
1954 [2]	22 035	515	21 521	1 694	2 883	16 943	4 109	12 834
1955 [2]	25 717	683	25 034	1 568	3 268	20 198	4 769	15 429
1956 [2]	30 861	834	29 945	1 715	3 819	24 412	5 945	18 467
1957 [2]	35 968	829	35 044	1 939	4 153	28 951	7 135	21 816
1958 [2]	36 998	882	35 998	1 710	3 890	30 398	6 769	23 630
1959 [2]	41 184	1 005	40 057	1 968	4 309	33 780	7 970	25 810
1960	47 946	1 091	46 696	2 182	5 007	39 506	9 672	29 834
1961	50 978	1 075	49 705	2 175	5 282	42 248	9 731	32 517
1962	52 975	1 143	51 616	2 362	4 982	44 273	9 876	34 397
1963	58 310	1 317	56 742	2 489	5 446	48 807	10 450	38 357
1964	64 920	1 614	63 039	2 518	5 733	54 788	11 847	42 941
1965	71 651	1 981	69 361	2 555	6 254	60 552	13 312	47 240
1966	80 628	1 968	78 301	2 835	7 152	68 314	14 727	53 587
1967	87 045	2 476	84 166	2 880	7 573	73 713	16 570	57 143
1968	99 551	2 985	96 098	3 163	8 563	84 373	18 264	66 109
1969	113 557	3 657	109 308	3 080	8 900	97 328	21 141	76 187
1970	125 276	4 380	120 194	3 188	9 577	107 430	23 034	84 395
1971	136 011	5 097	130 145	3 258	10 480	116 407	23 874	92 533
1972	149 023	5 946	142 184	3 388	10 445	128 351	25 861	102 490
1972 1. Vj.	35 208	1 474	33 526	782	2 498	30 246	6 029	24 217
2. Vj.	36 636	1 436	34 989	849	2 568	31 571	6 383	25 188
3. Vj.	35 138	1 330	33 592	823	2 442	30 326	6 194	24 132
4. Vj.	42 041	1 705	40 078	933	2 937	36 208	7 255	28 953
1973 1. Vj.	41 739	1 816	39 689	962	3 128	35 599	7 817	27 782
2. Vj.	43 689	1 852	41 550	995	3 159	37 396	7 954	29 442
3. Vj.	43 466	2 041	41 187	979	3 198	37 011	8 213	28 797

[1] Einschließlich Rückwaren und Ersatzlieferungen.
[2] Bis 5. 7. 1959 ohne Saarland.

Tabelle 46*

Einfuhr nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik

Mill. DM

Zeitraum		Insgesamt [1]	Ernährungswirtschaft	Gewerbliche Wirtschaft					
				zusammen	Rohstoffe	Halbwaren	Fertigwaren		
							zusammen	Vorerzeugnisse	Enderzeugnisse
1950	[2]	11 374	5 013	6 360	3 368	1 564	1 429	714	714
1951		14 726	5 876	8 850	5 249	2 012	1 588	848	740
1952		16 203	6 065	10 138	5 635	2 357	2 146	1 175	970
1953		16 010	5 852	10 158	5 224	2 438	2 497	1 450	1 046
1954		19 337	7 151	12 186	5 502	3 476	3 208	1 894	1 314
1955		24 472	7 635	16 837	7 281	4 916	4 640	2 764	1 876
1956		27 964	9 162	18 657	8 225	5 236	5 196	2 910	2 286
1957		31 697	9 975	21 569	9 376	5 741	6 452	3 338	3 114
1958		31 133	9 408	21 438	7 685	5 252	8 500	3 845	4 655
1959		35 823	10 731	24 755	7 749	5 977	11 030	4 719	6 311
1960		42 723	11 246	31 076	9 269	8 061	13 746	5 773	7 973
1961		44 363	11 677	32 186	9 095	7 542	15 550	6 028	9 522
1962		49 498	13 684	35 371	8 821	7 863	18 688	6 689	11 999
1963		52 277	12 779	38 987	9 362	8 049	21 575	7 142	14 433
1964		58 839	14 035	44 214	10 916	9 779	23 519	8 548	14 971
1965		70 448	16 852	52 917	11 431	10 807	30 679	10 424	20 256
1966		72 670	17 451	54 425	11 819	10 814	31 792	10 556	21 236
1967		70 183	16 599	52 648	11 828	10 961	29 859	9 454	20 406
1968		81 179	17 083	63 035	13 645	13 630	35 761	12 649	23 111
1969		97 972	19 331	77 404	14 487	16 720	46 196	15 767	30 429
1970		109 606	20 924	87 233	14 809	17 660	54 763	16 999	37 764
1971		120 119	22 829	95 636	15 857	16 327	63 442	18 686	44 755
1972		128 744	24 959	102 162	15 868	16 439	69 865	20 726	49 139
1972	1. Vj.	30 695	5 706	24 637	3 912	3 821	16 904	4 894	12 010
	2. Vj.	32 712	6 376	25 922	3 925	4 082	17 914	5 339	12 575
	3. Vj.	30 546	5 766	24 395	3 890	3 988	16 517	4 988	11 529
	4. Vj.	34 791	7 110	27 208	4 129	4 548	18 530	5 505	13 026
1973	1. Vj.	35 871	6 977	28 504	4 542	4 724	19 238	5 781	13 456
	2. Vj.	36 680	6 927	29 310	4 524	5 181	19 604	6 088	13 516
	3. Vj.	33 514	6 416	26 734	4 208	5 078	17 448	5 352	12 096

[1] Einschließlich Rückwaren und Ersatzlieferungen.
[2] Bis 5. 7. 1959 ohne Saarland.

Tabelle 47*

Warenausfuhr nach Ländergruppen

Verbrauchsländer

Mill. DM

Zeitraum	Insgesamt [1]	EWG-Länder [2]	EFTA-Länder [2] [3]	Übrige europäische Länder [4]	Staatshandelsländer [5]	Außereuropäische Industrieländer		Übrige Länder [7]
						zusammen [6]	Vereinigte Staaten	
1950 [8]	8 362	3 102	2 213	703	361	714	433	1 244
1951 [8]	14 577	4 326	4 109	1 190	284	1 611	992	3 027
1952 [8]	16 909	4 782	5 046	1 797	223	1 609	1 048	3 415
1953 [8]	18 526	5 528	5 187	1 449	330	2 028	1 249	3 928
1954 [8]	22 035	6 432	6 381	1 439	430	2 167	1 237	5 053
1955 [8]	25 717	7 409	7 419	1 829	623	2 723	1 625	5 531
1956 [8]	30 861	9 095	8 656	1 930	1 081	3 446	2 089	6 422
1957 [8]	35 968	10 502	9 803	1 954	1 192	4 332	2 521	7 944
1958 [8]	36 998	10 102	10 162	2 145	1 847	4 603	2 699	7 937
1959 [8]	41 184	11 463	11 107	2 477	1 868	5 914	3 835	8 119
1960	47 946	14 148	13 436	2 873	2 255	6 111	3 767	8 979
1961	50 978	16 180	14 422	3 178	2 072	5 875	3 497	9 103
1962	52 975	18 012	14 712	3 367	2 143	6 334	3 858	8 241
1963	58 310	21 754	15 795	3 518	1 813	6 862	4 195	8 383
1964	64 920	23 630	17 686	3 998	2 317	7 873	4 785	9 194
1965	71 651	25 220	19 342	4 779	2 676	9 070	5 741	10 331
1966	80 628	29 281	20 303	5 494	3 309	10 744	7 178	11 245
1967	87 045	32 007	20 623	5 922	4 377	12 191	7 859	11 670
1968	99 551	37 368	22 587	6 154	4 512	15 759	10 835	12 900
1969	113 557	45 177	25 602	7 201	5 081	16 201	10 633	14 037
1970	125 276	50 259	28 344	8 364	5 400	17 747	11 437	14 904
1971	136 011	54 530	30 428	8 988	5 825	19 578	13 140	16 347
1972	149 023	59 441	34 333	10 045	7 660	20 222	13 798	17 004
1972 1. Vj.	35 208	14 523	8 002	2 261	1 582	4 666	3 211	4 097
2. Vj.	36 636	14 805	8 336	2 567	1 779	4 968	3 426	4 104
3. Vj.	35 138	13 496	8 062	2 427	1 954	4 940	3 310	4 176
4. Vj.	42 041	16 616	9 933	2 790	2 346	5 647	3 850	4 627
1973 1. Vj.	41 739	17 180	9 258	2 801	2 342	5 506	3 827	4 571
2. Vj.	43 689	17 451	10 047	2 945	2 449	5 838	3 918	4 871
3. Vj.	43 466	16 834	9 754	2 969	2 748	5 863	3 754	5 205

[1] Einschließlich Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf, Polargebiete und „Nicht ermittelte Länder".
[2] Stand vor dem 1. 1. 1973.
[3] Ab März 1970 einschließlich Island.
[4] Ohne Staatshandelsländer.
[5] Sowjetunion, Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Albanien, Nord-Vietnam, Mongolische Volksrepublik, Volksrepublik China, Nord-Korea.
[6] Australischer Bund, Japan, Kanada, Neuseeland, Republik Südafrika und Vereinigte Staaten.
[7] Außereuropäische Entwicklungsländer.
[8] Bis 5. 7. 1959 ohne Saarland.

Tabelle 48*

Wareneinfuhr nach Ländergruppen

Herstellungsländer

Mill. DM

Zeitraum		Insgesamt [1]	EWG-Länder [2]	EFTA-Länder [2] [3]	Übrige europäische Länder [4]	Staatshandelsländer [5]	Außereuropäische Industrieländer zusammen [6]	Außereuropäische Industrieländer Vereinigte Staaten	Übrige Länder [7]
1950	[8]	11 374	3 031	2 390	537	352	2 372	1 811	2 677
1951		14 726	2 986	2 644	1 012	429	3 636	2 722	4 019
1952		16 203	3 686	3 121	1 340	313	3 667	2 507	4 076
1953		16 010	4 027	3 205	1 148	419	2 931	1 658	4 259
1954		19 337	4 724	3 903	1 212	511	3 444	2 237	5 522
1955		24 472	6 317	4 687	1 418	729	4 683	3 209	6 613
1956		27 964	6 590	5 550	1 519	1 117	5 798	3 997	7 351
1957		31 697	7 404	6 019	1 584	1 226	7 789	5 671	7 642
1958		31 133	7 969	6 487	1 597	1 445	6 191	4 219	7 413
1959		35 823	10 334	7 420	1 771	1 647	6 421	4 595	8 193
1960		42 723	12 708	8 392	1 989	1 998	8 034	5 977	9 500
1961		44 363	13 778	8 592	2 249	2 042	8 241	6 100	9 367
1962		49 498	15 966	9 396	2 277	2 159	9 379	7 033	10 235
1963		52 277	17 342	9 646	2 285	2 155	10 206	7 941	10 565
1964		58 839	20 393	10 686	2 612	2 412	10 609	8 066	12 043
1965		70 448	26 648	12 133	2 905	2 917	12 296	9 196	13 451
1966		72 670	27 774	11 955	2 993	3 150	12 576	9 177	14 124
1967		70 183	27 636	10 993	2 694	3 015	12 055	8 556	13 702
1968		81 179	33 453	12 666	3 186	3 410	12 790	8 850	15 582
1969		97 972	42 431	15 222	4 139	3 973	15 115	10 253	16 995
1970		109 606	48 437	16 634	4 422	4 394	17 934	12 066	17 684
1971		120 119	56 017	16 987	4 707	4 767	18 363	12 420	19 151
1972		128 744	62 598	17 669	5 837	5 323	17 569	10 765	19 635
1972	1 Vj.	30 695	14 874	4 131	1 335	1 118	4 410	2 970	4 801
	2. Vj.	32 712	16 555	4 399	1 321	1 289	4 259	2 545	4 865
	3. Vj.	30 546	14 686	4 246	1 386	1 322	4 072	2 368	4 801
	4. Vj.	34 791	16 483	4 893	1 796	1 594	4 828	2 881	5 168
1973	1. Vj.	35 871	16 934	4 932	1 797	1 346	5 029	3 213	5 809
	2 Vj.	36 680	17 753	5 116	1 609	1 563	4 999	3 039	5 612
	3. Vj.	33 514	15 472	4 562	1 608	1 608	4 598	2 744	5 630

[1] Einschließlich Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf, Polargebiete und „Nicht ermittelte Länder".
[2] Stand vor dem 1. 1. 1973.
[3] Ab März 1970 einschließlich Island.
[4] Ohne Staatshandelsländer.
[5] Sowjetunion, Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Albanien, Nord-Vietnam, Mongolische Volksrepublik, Volksrepublik China, Nord-Korea.
[6] Australischer Bund, Japan, Kanada, Neuseeland, Republik Südafrika und Vereinigte Staaten.
[7] Außereuropäische Entwicklungsländer.
[8] Bis 5. 7. 1959 ohne Saarland.

Tabelle 49*

Preisentwicklung nach den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

1962 = 100

Zeitraum	Bruttosozialprodukt	Einfuhr [1]	Letzte Verwendung	Ausfuhr [1]	Letzte inländische Verwendung					
					insgesamt	Privater Verbrauch	Staatsverbrauch	Bruttoanlageinvestitionen		
								zusammen	Ausrüstungen	Bauten
1950 [2]	68,3	109,1	71,3	72,0	71,3	78,0	57,5	61,9	71,6	55,5
1951 [2]	75,7	133,1	79,8	88,0	78,6	84,1	64,9	71,9	83,1	63,9
1952 [2]	79,3	122,1	82,8	92,0	81,5	85,5	69,8	77,5	90,5	68,5
1953 [2]	79,0	109,1	81,7	91,0	80,2	84,2	71,8	75,1	88,6	66,7
1954 [2]	79,0	105,9	81,9	89,2	80,6	84,7	72,9	74,7	86,4	66,8
1955 [2]	80,7	107,1	83,8	90,9	82,5	86,0	75,5	77,3	87,3	70,2
1956 [2]	83,1	109,0	86,3	94,8	84,6	87,9	79,9	79,1	89,5	72,1
1957 [2]	85,7	110,3	89,0	97,3	87,1	90,1	82,6	81,5	92,0	74,7
1958 [2]	88,6	102,6	90,6	95,7	89,4	92,3	85,6	84,1	93,3	77,8
1959 [2]	89,8	100,6	91,5	95,7	90,5	93,3	86,1	86,2	92,5	82,0
1960 [2]	92,0	102,1	93,7	97,7	92,7	94,2	90,7	89,8	93,7	86,9
1960	92,1	102,8	93,6	97,8	92,7	94,1	90,9	89,8	93,7	86,9
1961	96,1	100,8	96,7	98,8	96,4	97,1	96,4	94,6	96,6	92,9
1962	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1963	103,1	100,1	102,6	100,7	103,0	102,7	104,1	103,1	100,7	105,1
1964	105,9	100,8	105,1	101,3	105,9	105,1	109,6	105,7	101,7	108,8
1965	109,7	103,5	108,7	103,3	109,8	108,5	117,6	108,8	105,2	111,7
1966	113,7	105,8	112,3	105,1	114,0	112,3	125,8	111,4	107,4	114,5
1967	115,0	105,4	113,4	104,6	115,6	114,3	129,4	110,2	107,7	112,1
1968	116,8	103,7	114,4	103,7	117,3	116,5	134,6	111,3	107,2	114,5
1969	120,9	106,1	118,1	105,5	121,5	119,4	144,6	116,3	110,7	121,5
1970 [3]	129,5	106,2	124,7	108,2	129,3	123,6	158,1	129,2	117,5	141,1
1971 [3]	139,6	106,9	132,4	111,0	138,6	130,0	176,6	138,7	123,3	154,4
1972 [3]	148,0	106,2	138,5	112,2	146,5	137,4	190,3	144,4	125,2	163,2
1967 1. Hj. [3]	115,1	104,9	113,3	104,3	115,6	114,4	128,1	111,1	108,1	113,5
2. Hj. [3]	115,0	105,9	113,4	104,9	115,6	114,3	130,5	109,4	107,3	110,9
1968 1. Hj. [3]	115,7	104,1	113,6	104,0	116,2	116,3	131,7	110,5	106,6	113,7
2. Hj. [3]	117,8	103,3	115,1	103,5	118,3	116,7	137,1	111,9	107,8	115,2
1969 1. Hj. [3]	118,9	106,0	116,4	104,8	119,6	118,9	140,6	113,3	108,5	117,9
2. Hj. [3]	122,8	106,1	119,5	106,1	123,3	119,8	148,2	118,8	112,5	124,4
1970 1. Hj. [3]	126,8	106,0	122,5	107,0	126,8	123,0	154,1	126,1	115,4	138,0
2. Hj. [3]	132,0	106,3	126,7	109,4	131,6	124,3	161,7	131,8	119,4	143,4
1971 1. Hj. [3]	136,4	107,5	130,1	110,0	136,1	128,7	171,5	136,3	122,2	152,1
2. Hj. [3]	142,5	106,3	134,6	111,9	141,0	131,2	181,2	140,8	124,3	156,3
1972 1. Hj. [3]	145,3	104,7	136,1	111,3	143,4	135,6	184,3	142,3	124,0	161,5
2. Hj. [3]	150,6	107,7	140,8	113,0	149,5	139,2	195,9	146,2	126,4	164,6
1973 1. Hj. [3]	153,6	109,1	143,1	112,8	153,2	145,4	202,9	148,7	126,6	171,9

[1] Waren- und Dienstleistungsverkehr mit der übrigen Welt.
[2] Ohne Saarland und Berlin.
[3] Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 50*

Index der Grundstoffpreise [1])

1962 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Bergbauliche Erzeugnisse, Erzeugnisse der Energiewirtschaft, Wasser	Grundstoffe des Verarbeitenden Gewerbes							Grundstoffe des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes
			zusammen	darunter						
				Steine und Erden	Eisen, Stahl, NE-Metalle und Metallhalbzeug	chemische Erzeugnisse	bearbeitetes Holz	Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe	Textilien	
1963	100,3	100,0	99,9	102,5	99,2	97,1	100,3	100,2	103,0	104,4
1964	102,5	98,6	103,1	105,3	105,3	96,2	102,5	101,3	106,4	108,3
1965	104,9	99,4	105,7	106,5	111,3	96,5	105,1	103,3	105,5	112,8
1966	106,2	99,6	107,4	107,4	116,0	95,0	104,2	102,6	104,9	114,9
1967	103,2	101,8	103,1	106,3	108,3	94,0	98,2	101,5	101,4	108,1
1968	98,8	98,6	98,6	99,2	106,0	88,2	92,2	93,5	98,1	101,2
1969	101,2	96,8	102,0	99,7	113,3	88,1	98,5	95,0	99,0	106,0
1970	105,4	103,7	105,8	106,5	119,0	88,5	104,9	99,2	99,5	106,7
1971	106,9	113,0	105,1	116,8	112,7	89,1	106,2	100,1	99,4	106,0
1972	108,4	114,2	106,3	121,9	111,8	88,5	105,8	95,8	104,9	110,8
1968 1. Vj.	100,2	99,7	100,2	100,2	109,9	88,8	91,2	98,3	97,9	101,4
2. Vj.	98,1	98,1	98,0	99,3	104,5	88,4	91,6	93,1	97,9	99,3
3. Vj.	98,3	98,3	98,0	98,8	104,5	87,7	92,5	93,9	98,1	100,9
4. Vj.	98,7	98,3	98,3	98,6	105,2	87,7	93,5	93,6	98,6	103,2
1969 1. Vj.	99,3	97,3	99,3	98,5	107,7	87,7	95,1	93,4	98,4	104,4
2. Vj.	100,1	95,9	101,0	99,1	111,1	87,9	97,5	94,2	99,0	103,4
3. Vj.	101,6	95,6	103,1	99,9	115,5	88,3	99,8	95,7	99,3	106,2
4. Vj.	103,7	98,4	104,7	101,2	118,8	88,5	101,8	96,4	99,4	110,1
1970 1. Vj.	105,6	99,7	107,2	103,7	123,8	88,4	103,2	98,1	99,9	109,0
2. Vj.	105,7	101,6	106,9	105,5	122,3	88,3	105,0	98,8	99,7	106,9
3. Vj.	105,3	105,6	105,2	107,7	116,9	88,3	105,7	99,7	99,5	105,9
4. Vj.	105,0	108,0	103,9	109,2	112,8	88,9	105,7	100,4	99,0	105,1
1971 1. Vj.	106,3	110,9	104,9	114,0	113,6	89,1	106,5	101,1	98,5	104,8
2. Vj.	107,6	113,8	105,8	116,6	114,8	89,2	106,7	100,7	99,0	105,3
3. Vj.	107,4	114,2	105,2	118,0	112,4	89,2	106,2	99,9	99,8	107,1
4. Vj.	106,5	113,0	104,4	118,6	110,2	88,8	105,5	98,8	100,2	106,8
1972 1. Vj.	106,9	112,9	104,9	119,8	110,8	88,4	104,8	96,0	102,2	107,0
2. Vj.	107,8	113,4	105,8	122,1	111,6	88,3	105,1	95,4	103,5	109,6
3. Vj.	108,8	114,4	106,6	122,7	112,3	88,3	105,6	95,5	105,1	111,8
4. Vj.	110,3	115,9	108,0	122,9	112,5	89,1	107,7	96,3	108,9	114,9
1973 1. Vj.	114,0	118,1	112,1	124,0	118,5	90,0	113,0	98,0	115,9	118,9
2. Vj.	117,4	119,6	116,0	125,9	124,0	91,2	123,1	98,5	122,6	123,0
3. Vj.	120,6	122,6	119,3	126,8	127,7	94,0	131,4	98,9	127,8	126,3

[1]) Grundstoffe industrieller Herkunft; bis 1967 einschließlich, ab 1968 ohne Umsatzsteuer.

Tabelle 51*

Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte

(Inlandsabsatz) [1])

1962 = 100

Zeitraum	Industrieerzeugnisse insgesamt	Bergbauliche Erzeugnisse	Elektrischer Strom, Gas, Wasser	Erzeugnisse der Verarbeitenden Industrie					Investitionsgüter [2])	Verbrauchsgüter [2])
				zusammen	Grundstoff- und Produktionsgüter-	Investitionsgüter-	Verbrauchsgüter-	Nahrungs- und Genußmittel-		
					industrien					
1950 [3])	79,8	57,4	66,8	81,9	73,9	72,9	96,4	93,7	.	.
1951	94,7	64,2	70,9	97,9	93,7	85,1	117,7	101,3	.	.
1952	96,9	74,7	83,3	98,9	102,0	92,6	100,9	101,5	.	.
1953	94,4	85,9	92,7	94,7	97,3	91,1	93,7	98,0	.	.
1954	92,9	86,0	93,1	93,0	95,4	88,5	92,7	96,8	.	.
1955	94,5	86,0	92,8	94,9	100,2	89,5	93,0	97,4	85,0	92,6
1956	95,9	90,1	93,7	96,2	101,5	91,2	94,1	98,1	87,4	93,1
1957	97,6	96,4	96,2	97,6	102,5	93,0	97,1	97,8	90,2	94,8
1958	97,2	101,2	99,4	96,9	100,9	93,9	95,4	97,0	92,0	94,9
1959	96,5	100,7	100,3	96,0	99,9	93,1	93,3	97,8	91,9	94,0
1960 [4])	97,6	100,0	100,7	97,2	100,8	94,5	96,6	96,8	93,3	95,6
1961	98,9	99,2	100,9	98,8	100,6	97,2	99,1	98,3	96,2	97,8
1962	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1963	100,5	101,8	99,8	100,5	99,3	100,4	101,6	101,1	101,0	101,1
1964	101,6	101,4	100,7	101,6	100,1	101,6	103,6	101,9	102,8	101,9
1965	104,0	105,7	103,5	104,0	102,2	104,6	106,0	103,2	105,9	104,4
1966	105,8	105,4	104,7	105,9	103,3	106,7	108,7	105,4	108,6	106,7
1967	104,9	105,3	105,8	104,8	100,7	105,6	108,0	106,3	108,3	107,3
1968	99,3	101,1	105,0	98,9	95,1	99,2	102,2	101,1	102,4	101,2
1969	101,5	104,0	104,3	101,3	97,2	102,7	104,6	102,1	106,9	102,4
1970	107,5	119,3	105,1	107,2	102,6	111,4	109,6	104,6	117,1	107,3
1971	112,5	130,2	109,8	112,0	105,4	119,1	114,3	107,8	126,8	112,4
1972	116,1	138,0	118,1	115,2	106,3	122,8	119,4	111,4	131,9	116,9
1972 1. Vj.	114,5	136,2	116,2	113,7	104,8	122,1	117,2	109,1	130,8	115,4
2. Vj.	115,5	134,8	118,2	114,7	106,3	122,9	118,6	109,5	131,8	116,7
3. Vj.	116,5	140,1	118,6	115,5	106,6	123,2	120,0	111,4	132,4	117,4
4. Vj.	117,8	140,8	119,6	116,9	107,5	123,1	121,8	115,7	132,6	118,1
1973 1. Vj.	120,5	142,5	121,9	119,7	110,3	125,8	125,3	117,9	135,8	121,2
2. Vj.	122,8	141,3	122,9	122,1	113,2	127,8	128,3	119,2	138,0	123,1
3. Vj.	124,8	145,6	123,6	124,2	116,4	128,7	131,1	120,5	138,8	125,4

[1]) Bis 1967 einschließlich, ab 1968 ohne Umsatzsteuer.
[2]) Hauptsächlich Enderzeugnisse, nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert (entsprechend der Warengliederung des Index der industriellen Bruttoproduktion.
[3]) Ohne Saarland und Berlin.
[4]) Ohne Berlin.

Tabelle 52*

Preisindizes für Neubau und Instandhaltung, Baulandpreise [1])

1962 = 100

Zeitraum	Preisindizes für Bauwerke [2])						Instandhaltung von Mehrfamiliengebäuden [3])	Baureifes Land
	Wohngebäude	Bürogebäude	Betriebsgebäude: gewerbliche	Betriebsgebäude: landwirtschaftliche	gemischt genutzte Gebäude	Straßenbau		
1950 [4])	54,8	.	.	.	.	.	.	.
1951	63,4	.	.	.	.	.	.	.
1952	67,5	.	.	.	.	.	.	.
1953	65,3	.	.	.	.	.	.	.
1954	65,6	.	.	.	.	.	.	.
1955	69,1	.	.	.	.	.	.	.
1956	71,0	.	.	.	.	.	.	.
1957	73,5	.	.	.	.	.	.	.
1958	75,8	77,1	79,0	78,1	77,1	80,5	.	.
1959	79,8	81,2	82,1	81,1	80,8	85,2	.	.
1960	85,8	86,8	87,4	86,7	86,5	89,2	.	.
1961	92,3	92,7	93,0	92,7	92,5	93,7	.	.
1962	100	100	100	100	100	100	100	100
1963 [5])	105,2	105,0	104,5	105,1	105,1	103,8	104,4	114,1
1964	110,0	109,5	108,6	109,5	109,7	102,9	109,2	124,5
1965	114,6	113,6	112,8	113,5	114,3	97,5	114,6	147,6
1966	118,5	117,4	115,9	117,2	118,2	96,3	119,0	159,2
1967	115,9	114,5	110,3	114,7	115,2	91,8	117,6	173,4
1968	120,8	119,0	116,1	119,3	120,2	96,2	122,7	191,3
1969	127,2	126,3	126,1	125,8	126,9	100,5	128,0	201,3
1970	147,4	147,7	149,2	146,9	147,4	115,6	143,3	207,3
1971	162,7	162,4	165,2	162,3	162,8	124,8	158,1	226,3
1972	174,3	172,8	173,3	173,4	173,7	126,7	168,1	269,7
1972 Feb [6])	169,4	168,3	169,5	168,4	169,1	125,2	164,2	265,3
Mai	174,6	173,2	173,9	174,0	174,1	126,9	168,1	261,6
Aug	175,9	174,4	174,8	175,2	175,3	127,1	169,6	269,5
Nov	177,1	175,3	175,0	176,0	176,4	127,5	170,4	282,5
1973 Feb	180,3	178,8	177,7	178,5	179,7	127,7	173,5	274,5
Mai	188,5	186,6	185,4	187,0	187,6	132,0	180,5	...
Aug	189,9	187,7	186,1	188,5	188,9	132,1	182,4	...

[1]) Einschließlich Umsatzsteuer.
[2]) Gebäude: Bauleistungen am Gebäude; Straßenbau: Bauleistungen insgesamt.
[3]) Einschließlich Schönheitsreparaturen.
[4]) Ohne Saarland und Berlin.
[5]) Ohne Berlin.
[6]) Für baureifes Land: Vierteljahre.

Tabelle 53*

Index der Verkaufspreise für Ausfuhrgüter [1])

1962 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Güter der Ernährungswirtschaft	Güter der gewerblichen Wirtschaft					
			zusammen	Rohstoffe	Halbwaren	Fertigwaren		
						zusammen	darunter	
							Investitionsgüter [2])	Verbrauchsgüter [2])
1954	94,9	99,7	94,8	92,2	97,7	94,7	83,4	100,4
1955	96,9	98,4	96,9	92,6	102,3	96,5	85,7	99,8
1956	99,6	101,6	99,6	96,8	106,4	98,9	89,3	99,4
1957	101,9	104,3	101,9	103,3	109,4	100,9	92,6	99,8
1958	99,5	104,8	99,4	101,7	104,2	98,7	92,0	99,5
1959	98,9	98,7	99,0	102,1	104,1	98,2	92,3	98,9
1960	100,2	97,9	100,2	101,6	105,4	99,6	94,5	98,6
1961	99,9	96,2	100,0	100,1	102,3	99,7	97,1	99,2
1962	100	100	100	100	100	100	100	100
1963	100,1	109,5	100,0	100,9	98,7	100,0	101,2	100,6
1964	102,5	110,3	102,3	104,9	102,6	102,1	103,3	102,3
1965	104,8	111,1	104,6	104,7	105,2	104,6	106,6	104,8
1966	107,0	113,8	106,8	104,8	108,0	106,8	109,7	108,4
1967	106,9	112,0	106,8	101,1	108,0	106,9	110,9	110,0
1968	105,8	107,9	105,8	99,9	106,8	106,0	110,4	109,4
1969	111,3	109,0	111,3	101,3	112,3	111,8	117,2	111,8
1970	116,6	113,1	116,7	108,4	120,5	116,7	124,8	113,6
1971	121,6	116,6	121,7	118,7	121,1	121,9	134,1	120,1
1972	124,5	118,5	124,6	124,8	118,4	125,3	139,7	125,1
1970 1. Vj.	115,3	109,3	115,5	104,5	119,4	115,6	122,1	112,7
2. Vj.	116,1	111,7	116,2	105,5	121,2	116,3	123,1	113,2
3. Vj.	116,9	114,5	117,0	111,7	122,1	116,6	125,1	113,9
4. Vj.	117,9	116,9	118,0	111,8	119,4	118,1	128,9	114,6
1971 1. Vj.	120,8	117,6	120,9	115,3	121,4	121,1	132,7	117,9
2. Vj.	121,8	117,7	121,9	117,6	123,7	122,0	133,6	119,5
3. Vj.	122,1	116,3	122,2	120,0	121,5	122,4	134,6	121,2
4. Vj.	121,6	114,6	121,8	121,8	117,9	122,2	135,7	121,9
1972 1. Vj.	123,2	115,5	123,3	122,8	117,9	124,0	138,6	123,5
2. Vj.	123,9	116,8	124,1	121,7	117,0	125,0	139,6	124,9
3. Vj.	124,8	118,3	124,9	124,8	118,3	125,6	140,0	125,5
4. Vj.	125,9	123,2	126,0	129,7	120,4	126,4	140,5	126,4
1973 1. Vj.	130,2	130,3	130,2	132,1	127,9	130,3	144,8	129,7
2. Vj.	133,0	138,5	132,9	129,5	135,7	132,7	147,5	130,7
3. Vj.	134,3	142,0	134,1	130,5	139,6	133,7	148,3	131,3

[1]) 1954 bis 1959 umbasiert von Originalbasis 1958.

[2]) Hauptsächlich Enderzeugnisse, nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert (entsprechend der Warengliederung des Index der industriellen Bruttoproduktion).

Tabelle 54*

Index der Einkaufspreise für Auslandsgüter

1962 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Güter der Ernährungswirtschaft	Güter der gewerblichen Wirtschaft					
			zusammen	Rohstoffe	Halbwaren	Fertigwaren		
						zusammen	darunter	
							Investitionsgüter [1]	Verbrauchsgüter [1]
1958	109,5	109,5	109,5	116,3	106,7	107,1	101,8	114,5
1959	105,4	103,8	106,0	110,2	104,9	104,3	101,9	105,2
1960	105,0	101,9	106,3	109,3	107,1	104,3	101,9	102,9
1961	100,8	97,8	102,1	103,7	102,2	101,2	99,6	99,5
1962	100	100	100	100	100	100	100	100
1963	102,0	104,4	101,0	100,5	100,9	101,3	102,5	102,1
1964	103,7	105,9	102,8	101,4	104,5	102,8	104,0	98,7
1965	106,3	110,8	104,3	100,9	109,2	103,8	106,0	97,0
1966	108,2	110,8	107,0	102,5	113,9	106,0	109,0	99,0
1967	105,9	107,1	105,4	99,7	112,2	105,0	107,7	101,9
1968	105,4	104,2	105,9	100,2	115,2	104,3	108,1	102,6
1969	108,0	108,0	108,0	98,8	121,2	106,3	108,6	100,5
1970	107,2	107,1	107,3	97,2	121,2	105,7	105,5	101,8
1971	106,7	105,5	107,2	102,8	111,9	107,3	107,5	106,8
1972	106,6	107,0	106,5	102,1	107,4	108,4	105,5	106,6
1970 1. Vj.	108,2	108,7	107,9	96,0	125,3	105,6	105,6	98,0
2. Vj.	107,7	107,6	107,8	96,9	123,4	105,8	105,5	98,4
3. Vj.	106,5	105,7	106,9	97,1	119,3	105,8	105,5	103,0
4. Vj.	106,5	106,3	106,5	98,8	116,8	105,6	105,4	107,7
1971 1. Vj.	108,6	110,1	108,0	101,8	116,6	107,0	107,4	110,4
2. Vj.	109,0	108,5	109,3	105,7	116,0	107,8	108,1	108,5
3. Vj.	105,4	102,1	106,7	102,9	109,9	107,2	107,6	105,1
4. Vj.	103,8	101,2	105,2	100,9	105,2	107,0	106,8	103,2
1972 1. Vj.	104,9	104,2	105,2	100,6	105,9	107,4	105,9	104,5
2. Vj.	105,3	104,8	105,4	101,0	105,7	107,7	105,5	104,7
3. Vj.	105,8	105,1	106,0	100,6	107,1	108,5	105,4	106,2
4. Vj.	110,5	113,8	109,1	106,0	110,9	109,9	105,4	111,2
1973 1. Vj.	117,3	125,0	114,1	112,1	120,6	111,9	106,3	118,6
2. Vj.	122,4	133,6	117,7	112,8	132,7	112,7	104,9	125,0
3. Vj.	123,7	133,5	119,6	115,9	139,2	111,7	101,4	130,8

[1] Hauptsächlich Enderzeugnisse, nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert (entsprechend der Warengliederung des Index der industriellen Bruttoproduktion).

Tabelle 55*

Preisindex für die Lebenshaltung

Alte Systematik

4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte [1])

1970 = 100

Zeitraum	Gesamtlebenshaltung		Ernährung	Getränke und Tabakwaren	Wohnung [2])	Heizung und Beleuchtung	Hausrat	Bekleidung	Reinigung und Körperpflege	Bildung, Unterhaltung und Erholung	Verkehr
	einschl. Ernährung	ohne Ernährung									
1950	64,5	65,7	64,6	103,5	41,4	56,0	84,2	76,4	65,2	55,2	61,2
1951	104,2	70,2	70,6	101,5	42,1	60,6	93,1	84,7	70,1	59,8	68,6
1952	71,0	70,1	73,7	103,1	42,8	65,1	92,3	78,9	69,6	61,4	71,6
1953	69,8	68,8	72,5	96,6	44,3	67,2	87,6	74,8	67,7	60,6	72,2
1954	69,9	68,2	73,4	89,6	44,3	70,9	86,1	73,8	42,1	59,6	72,7
1955 [3])	71,0	69,1	74,9	88,8	45,6	72,6	86,7	73,8	43,2	60,9	73,1
1956	72,8	70,7	77,1	88,6	48,6	74,0	88,5	74,5	44,0	62,5	72,4
1957	86,6	72,3	78,4	88,5	49,2	75,9	91,8	77,3	71,6	64,5	73,0
1958	75,9	73,9	80,0	88,3	50,0	79,1	92,3	79,6	73,2	66,2	78,5
1959	76,7	74,2	81,4	87,4	51,3	79,8	91,1	79,3	74,0	67,3	79,7
1960	77,8	75,7	81,9	87,3	54,4	80,7	91,0	80,8	75,1	69,1	80,9
1961 [4])	79,6	78,1	82,8	87,3	59,1	82,1	92,9	82,6	77,1	71,6	83,2
1962	81,9	80,1	86,1	88,1	61,1	83,6	94,4	84,8	79,9	74,8	84,2
1963	84,4	82,3	88,9	88,9	64,6	85,8	94,8	86,8	81,8	77,6	87,8
1964	86,4	84,2	91,0	89,5	68,6	87,0	95,5	88,5	83,3	80,2	88,7
1965	89,3	86,5	95,2	89,7	72,6	88,6	97,2	90,9	85,9	83,3	89,6
1966	92,4	90,1	97,5	93,3	79,2	89,7	98,4	93,8	89,7	86,6	93,1
1967	93,8	92,4	96,9	95,9	84,1	90,6	97,8	95,1	91,1	89,6	96,0
1968	95,0	95,0	95,0	97,5	89,5	96,9	96,6	95,1	95,7	93,9	97,9
1969	96,9	96,6	97,7	97,4	96,1	97,1	96,7	96,0	96,9	95,5	97,5
1970	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	105,1	105,4	104,3	102,5	105,9	103,4	104,1	106,0	105,0	104,4	109,2
1972	110,7	110,9	110,3	108,0	112,1	107,3	107,8	112,5	109,7	108,9	115,9
1972 1.Vj.	108,7	109,0	107,9	105,4	109,7	106,7	107,5	110,4	107,9	107,1	113,8
2.Vj.	109,8	109,9	109,3	105,8	111,0	106,2	107,6	111,7	109,2	107,9	115,3
3.Vj.	111,2	111,2	111,1	108,2	112,7	106,7	107,1	112,8	110,3	109,5	117,0
4.Vj.	113,2	113,3	112,8	112,8	114,9	109,7	108,8	115,3	111,3	110,9	117,6
1973 1.Vj.	115,6	115,5	115,8	114,1	117,1	113,2	111,0	117,7	112,9	113,0	119,6
2.Vj.	117,7	117,1	119,3	115,3	118,7	114,6	111,6	120,3	114,4	114,5	121,6
3.Vj.	118,8	118,9	118,6	116,0	120,1	119,2	111,2	121,9	115,6	116,5	125,6

[1]) Haushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes.
[2]) Bei Neubau-Wohnungen nur sozialer Wohnungsbau.
[3]) Ohne Saarland und Berlin.
[4]) Ohne Berlin.

Tabelle 56*

Preisindex für die Lebenshaltung

Neue Systematik

4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte [1])

1970 = 100

Zeitraum	Gesamtlebenshaltung		Nahrungs- und Genußmittel [2])	Kleidung, Schuhe	Wohnungsmiete [3])	Elektrizität, Gas, Brennstoffe	Übrige Haushaltsführung	Verkehr, Nachrichtenübermittlung	Körper- und Gesundheitspflege	Bildung und Unterhaltung	Persönliche Ausstattung u. ä.
	einschl. Nahrungs- und Genußmittel [2])	ohne Nahrungs- und Genußmittel [2])									
1962	81,9	78,9	86,4	85,0	60,7	83,3	89,4	84,1	75,7	82,0	78,4
1963	84,4	81,4	88,9	86,9	64,1	85,5	91,1	87,9	77,9	83,2	81,0
1964	86,4	83,4	90,7	88,6	68,0	86,8	92,4	88,9	80,0	84,8	83,7
1965	89,3	86,0	94,2	91,0	71,9	88,4	94,9	89,8	82,7	87,1	86,1
1966	92,4	89,5	96,8	93,9	78,6	89,6	96,8	93.5	87,2	89,5	88,9
1967	93,8	91,8	96,8	95,3	83,9	90,4	96,8	96,1	89,1	91,5	92,4
1968	95,0	94,6	95,7	95,1	89,5	96,9	96,4	98,0	94,8	94,3	96,3
1969	96,9	96,5	97,6	96,1	96,2	97,1	96,6	97,3	96,2	95,3	98,0
1970	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	105,1	105,8	103,8	106,1	105,8	103,4	104,6	106,3	105,6	104,7	110,6
1972	110,7	111,3	109,7	112,5	112,0	107,3	108,6	112,9	111,0	108,5	115,8
1969 1.Vj.	96,5	96,1	97,1	95,5	94,5	97,9	97,3	97,4	95,8	94,8	97,5
2.Vj.	96,9	96,3	98,1	95,8	96,0	96,0	96,4	97,4	95,9	95,0	97,7
3.Vj.	96,9	96,4	97,7	96,0	96,8	95,9	95,5	97,2	96,3	95,4	98,2
4.Vj.	97,3	97,2	97,6	96,9	97,3	98,4	97,1	97,3	96,8	96,0	98,5
1970 1.Vj.	99,2	98,8	99,8	98,4	98,4	99,1	99,6	98,9	98,6	98,7	99,2
2.Vj.	99,8	99,4	100,5	99,4	99,4	98,4	99,9	99,3	99,5	99,8	99,6
3.Vj.	100,1	100,1	99,9	100,1	100,4	100,0	99,3	100,2	100,3	100,2	100,5
4.Vj.	101,0	101,6	99,8	102,0	101,8	102,5	101,2	101,5	101,5	101,3	100,7
1971 1.Vj.	103,4	104,0	102,2	103,7	103,4	104,2	104,0	104,1	103,8	102,9	108,0
2.Vj.	104,8	105,2	104,0	105,3	105,3	103,0	104,4	105,8	105,3	104,4	108,4
3.Vj.	105,6	106,3	104,3	106,5	106,6	102,5	104,1	107,3	106,2	105,2	112,0
4.Vj.	106,7	107,7	104,8	108,7	108,0	103,6	106,0	107,9	107,0	106,2	113,9
1972 1.Vj.	108,7	109,6	107,2	110,4	109,6	106,7	108,3	110,5	108,9	107,3	114,5
2.Vj.	109,8	110,6	108,4	111,7	111,0	106,2	108,4	112,2	110,5	108,1	114,8
3.Vj.	111,2	111,7	110,3	112,8	112,7	106,7	107,9	114,2	111,8	108,8	116,5
4.Vj.	113,2	113,4	112,8	115,2	114,8	109,7	109,8	114,8	113,0	110,0	117,5
1973 1.Vj.	115,6	115,7	115,4	117,6	117,0	113,4	112,0	117,1	115,0	112,2	118,6
2.Vj.	117,7	117,3	118,3	120,2	118,6	114,7	112,5	119,4	116,8	113,7	119,1
3.Vj.	118,8	119,3	117,9	121,7	120,1	119,4	111,9	122,5	118,3	114,9	124,9

[1]) Haushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes.
[2]) Einschließlich Verzehr in Gaststätten.
[3]) Bei Neubau-Wohnungen nur sozialer Wohnungsbau.

Tabelle 57*

Preisindex für die Lebenshaltung

Neue Systematik

Alle privaten Haushalte

1970 = 100

Zeitraum	Gesamtlebenshaltung		Nahrungs- und Genußmittel [1]	Kleidung, Schuhe	Wohnungsmiete	Elektrizität, Gas, Brennstoffe	Übrige Haushaltsführung	Verkehr, Nachrichtenübermittlung	Körper- und Gesundheitspflege	Bildung und Unterhaltung	Persönliche Ausstattung u. ä.
	einschl. Nahrungs- und Genußmittel [1]	ohne Nahrungs- und Genußmittel [1]									
1962	81,6	79,1	86,0	86,5	61,9	82,4	88,9	84,1	71,0	78,1	84,2
1963	84,0	81,5	88,4	88,4	65,3	85,0	90,6	86,9	73,2	80,3	85,9
1964	85,9	83,5	90,3	89,6	69,0	86,5	91,5	87,8	75,9	83,2	87,3
1965	88,7	85,9	93,6	91,6	72,9	88,2	93,2	88,5	79,7	86,1	89,3
1966	91,9	89,3	96,4	94,0	78,7	89,3	95,2	92,1	84,8	89,0	91,6
1967	93,4	91,9	96,4	95,2	84,0	90,5	95,2	95,0	87,7	92,0	93,8
1968	94,9	94,6	95,5	95,2	90,1	95,8	95,5	97,7	92,5	94,4	96,5
1969	96,7	96,2	97,7	96,2	95,8	95,7	96,0	97,1	94,7	95,4	98,1
1970	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	105,3	106,0	103,8	105,9	106,1	105,4	105,3	106,7	106,9	104,5	107,3
1972	111,1	111,7	109,7	112,3	112,5	110,1	109,7	114,0	113,8	108,1	111,9
1969 1.Vj.	96,3	95,9	97,1	95,7	94,3	97,0	96,6	97,0	93,9	95,1	97,6
2.Vj.	96,8	95,9	98,6	95,9	95,6	94,1	95,8	97,1	94,3	95,1	97,8
3.Vj.	96,6	96,0	97,7	96,2	96,3	94,1	95,0	96,9	94,9	95,4	98,3
4.Vj.	97,1	97,0	97,2	97,0	96,9	97,5	96,7	97,2	95,9	96,0	98,6
1970 1.Vj.	99,0	98,7	99,6	98,4	98,3	98,7	99,4	98,6	98,1	98,9	99,3
2.Vj.	99,9	99,4	100,8	99,5	99,4	97,6	99,8	99,2	99,5	99,8	99,7
3.Vj.	100,1	100,1	100,0	100,1	100,4	100,0	99,4	100,4	100,5	100,1	100,4
4.Vj.	101,0	101,7	99,5	102,0	101,8	103,7	101,4	101,7	101,9	101,2	100,6
1971 1.Vj.	103,5	104,2	102,1	103,6	103,5	106,8	104,4	104,4	104,6	102,9	105,3
2.Vj.	105,0	105,4	104,2	105,2	105,5	105,1	105,0	106,0	106,5	104,2	105,7
3.Vj.	105,7	106,4	104,3	106,3	106,9	104,2	104,9	107,8	107,7	105,0	108,3
4.Vj.	106,8	107,9	104,5	108,4	108,5	105,5	106,8	108,5	108,8	105,9	109,7
1972 1.Vj.	109,0	109,9	107,1	110,1	110,3	109,4	109,3	110,8	110,9	106,9	110,5
2.Vj.	110,2	110,9	108,7	111,5	111,8	108,7	109,4	112,8	113,0	107,7	110,8
3.Vj.	111,6	112,2	110,5	112,6	113,2	109,1	109,1	115,9	114,9	108,4	112,6
4.Vj.	113,4	113,9	112,7	115,0	114,8	113,1	111,1	116,4	116,3	109,5	113,6
1973 1.Vj.	116,0	116,2	115,6	117,3	117,0	118,1	113,5	119,0	118,6	111,7	114,7
2.Vj.	118,2	117,9	119,0	119,9	118,6	119,8	114,1	121,4	120,8	113,1	115,6
3.Vj.	119,3	119,9	118,3	121,5	119,8	126,7	113,6	124,5	122,7	114,2	119,8

[1] Einschließlich Verzehr in Gaststätten.

Tabelle 58*

Preisindex für die Lebenshaltung

Alte Systematik, Zusatzdarstellung

1970 = 100

Zeitraum	Gesamtlebenshaltung	Nahrungsmittel [1]	Wohnungsnutzung [2]	Dienstleistungen [3]	Sonstige Waren [4]	Gesamtlebenshaltung	Nahrungsmittel [1]	Wohnungsnutzung [2]	Dienstleistungen [3]	Sonstige Waren [4]
	alle privaten Haushalte					4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte [5]				
1962	81,6	86,9	62,2	71,1	90,0	81,9	87,0	61,0	73,2	88,7
1963	84,0	89,6	65,6	74,7	91,2	84,4	89,9	64,4	76,8	89,9
1964	85,9	91,7	69,3	77,6	92,0	86,4	91,9	68,3	79,5	90,9
1965	88,7	95,6	73,2	80,7	93,2	89,3	96,1	72,2	82,2	92,6
1966	91,9	98,1	79,0	85,9	95,0	92,4	98,3	79,0	86,7	94,7
1967	93,4	97,2	84,2	88,9	96,0	93,8	97,5	84,1	89,2	96,0
1968	94,9	95,0	90,3	93,6	96,8	95,0	95,2	89,8	93,9	96,9
1969	96,7	98,1	95,8	95,6	96,8	96,9	97,9	96,2	95,7	97,0
1970	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	105,3	104,0	106,0	107,6	104,6	105,1	104,2	105,7	108,1	104,4
1972	111,1	110,2	112,4	115,0	109,3	110,7	110,1	111,8	115,3	109,2
1969 1. Vj.	96,3	97,4	94,3	94,8	97,0	96,5	97,3	94,6	95,1	97,1
2. Vj.	96,8	99,6	95,6	95,2	96,5	96,9	98,6	96,1	95,4	96,8
3. Vj.	96,6	98,2	96,3	95,8	96,2	96,9	98,0	96,8	95,9	96,6
4. Vj.	97,1	97,3	97,0	96,5	97,3	97,3	97,7	97,3	96,4	97,4
1970 1. Vj.	99,0	100,0	98,3	98,4	99,0	99,2	100,2	98,4	98,6	99,1
2. Vj.	99,9	101,2	99,5	99,5	99,5	99,8	100,8	99,5	99,5	99,6
3. Vj.	100,1	99,8	100,4	100,6	99,9	100,1	99,7	100,5	100,5	99,9
4. Vj.	101,0	98,9	101,8	101,5	101,5	101,0	99,3	101,8	101,4	101,4
1971 1. Vj.	103,5	102,2	103,5	104,7	103,6	103,4	102,6	103,4	105,2	103,3
2. Vj.	105,0	104,7	105,4	106,3	104,4	104,8	104,5	105,2	106,8	104,2
3. Vj.	105,7	104,6	106,8	108,9	104,6	105,6	104,7	106,5	109,5	104,5
4. Vj.	106,8	104,6	108,4	110,4	105,7	106,7	105,1	107,9	111,1	105,7
1972 1. Vj.	109,0	107,4	110,2	112,2	107,9	108,7	107,7	109,5	112,9	107,7
2. Vj.	110,2	109,5	111,6	113,4	108,6	109,8	109,1	110,8	113,9	108,4
3. Vj.	111,6	111,2	113,0	116,6	109,2	111,2	110,8	112,4	116,6	109,2
4. Vj.	113,4	112,6	114,6	117,8	111,6	113,2	112,6	114,6	117,8	111,6
1973 1. Vj.	116,0	116,2	116,8	120,1	113,8	115,6	115,6	116,7	120,1	113,6
2. Vj.	118,2	120,7	118,4	121,8	115,4	117,7	119,3	118,3	121,9	115,2
3. Vj.	119,3	119,1	119,6	124,5	117,2	118,8	118,4	119,7	124,9	116,7

[1] Ohne Gaststättenleistungen.
[2] Einschließlich Garagennutzung.
[3] Einschließlich Reparaturen, Gaststätten- und Beherbergungsleistungen.
[4] Ohne Gaststätten- und Beherbergungsleistungen.
[5] Haushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes.

Tabelle 59*

Löhne und Gehälter

1970 = 100

Zeitraum	Bruttolohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Abhängigen	Bruttostundenverdienste in der Industrie [1]	Bruttowochenverdienste in der Industrie [1]	Bruttomonatsverdienste in Industrie [1] und Handel [2]	Tarifliche Stundenlöhne in der Industrie [1]	Tarifliche Stundenlöhne in der gewerblichen Wirtschaft und bei Gebietskörperschaften	Tarifliche Wochenlöhne in der Industrie [1]	Tarifliche Wochenlöhne in der gewerblichen Wirtschaft und bei Gebietskörperschaften	Tarifliche Monatsgehälter in der Industrie [1]	Tarifliche Monatsgehälter in der gewerblichen Wirtschaft und bei Gebietskörperschaften
1960	44,6	44,3	45,3	48,7	48,5	48,5	49,9	52,6	54,2	55,1
1961	49,2	48,8	49,9	52,9	52,4	52,4	52,9	56,7	58,7	59,5
1962	53,7	54,4	55,0	57,4	57,8	57,6	61,8	61,5	63,7	63,9
1963	57,0	58,5	58,7	61,2	61,6	61,5	65,3	65,1	67,0	67,6
1964	62,1	63,4	63,4	65,2	65,8	65,6	68,5	68,3	70,2	70,7
1965	67,8	69,6	69,8	70,6	70,8	70,7	73,2	73,0	75,1	75,3
1966	72,7	74,2	73,8	75,7	75,8	75,8	78,0	77,9	79,7	79,9
1967	75,1	76,6	73,4	78,7	79,4	79,1	80,4	80,3	81,8	82,5
1968	79,8	80,0	78,4	82,4	82,8	82,4	83,6	83,3	84,5	85,2
1969	87,1	87,1	86,9	88,9	88,2	88,0	88,9	88,7	89,9	90,4
1970	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	111,9	111,0	108,8	110,2	113,3	114,0	113,0	113,5	111,9	110,6
1972	122,3	120,9	117,4	119,9	123,7	125,2	123,4	124,4	121,4	121,0
1970 Jan	94,7 a	95,4	94,4	95,8	94,6	95,0	94,8	95,3	94,8	96,5
Apr		97,4	98,1	98,7	96,7	97,2	96,7	97,1	96,9	98,7
Jul	105,2 a)	101,9	102,9	101,7	101,9	101,6	101,8	101,5	101,2	101,0
Okt		105,1	104,4	103,6	106,8	106,2	106,6	106,0	106,9	103,8
1971 Jan	107,3 a)	107,5	104,6	106,9	109,5	110,1	109,3	109,7	109,1	107,3
Apr		109,2	106,9	109,0	110,7	111,5	110,4	110,9	110,3	109,8
Jul	116,4 a)	113,1	111,4	112,0	116,1	116,5	115,8	116,0	113,6	112,3
Okt [3]		114,0	112,4	112,9	116,9	117,8	116,6	117,1	114,3	112,8
1972 Jan	117,3 a)	117,1	111,3	116,3	120,2	121,6	119,9	120,8	118,0	116,8
Apr		119,7	116,9	118,8	122,0	123,4	121,6	122,6	119,9	120,0
Jul	127,2 a)	122,9	120,0	121,7	125,9	127,3	125,5	126,4	123,6	123,3
Okt		123,7	121,2	122,7	126,8	128,6	126,3	127,7	124,0	123,8
1973 Jan	130,9 a)	128,2	123,5	126,7	131,2	133,5	130,7	132,4	128,8	127,9
Apr		131,9	128,7	130,8	133,5	135,9	132,8	134,7	131,7	132,6
Jul		...	...	...	138,2	140,3	137,5	139,0	135,2	134,8

[1] Einschließlich Hoch- und Tiefbau.
[2] Einschließlich Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe.
[3] Für Bruttolohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Abhängigen: Halbjahre.
a) Vorläufige Ergebnisse.

SACHREGISTER

(Die Zahlenangaben beziehen sich auf die Textziffern)

Agrarpolitik 355 f.
— der EWG 51, 99

Arbeitskräfte 89 f., 93
— ausländische 93

Arbeitslosigkeit 87 ff.
— Differenzierung nach Personengruppen 92
— in der EWG 22
— regionale Differenzierung 91

Arbeitsmarkt 87 ff., 257
— in der EWG 22

Arbeitsproduktivität 86, 258, 337
— in der EWG 21

Auftragseingang 60 ff.
— aus dem Ausland 60 ff.
— bei den Investitionsgüterindustrien 62, 64, 67

Aufwertung der D-Mark 37 f., 139, 299, 301

Ausfuhr 151 f., 250

Ausfuhrpreise 147

Auslandsnachfrage 60 ff.
— in der EWG 13 f.

Auslastungsgrad
— der industriellen Kapazitäten 85
— des Produktionspotentials 83, 253, 266

Ausrüstungsinvestitionen 67 f., 247
— in der EWG 15

Außenbeitrag 157, 255

Außenhandel 137, 140 ff.
— der EWG 32 ff., 54 f.

Außenwirtschaftliche Absicherung 56, 162 ff., 299

Bankeinlagenstruktur 177, 184 f.
— in der EWG 44

Bankenliquidität 167, 170, 173 f., 383
— in der EWG 42

Bauwirtschaft 294
— in der EWG 16
— Nachfrage 69 ff.
— voraussehbare Entwicklung 248

Belgien 43, 48
— voraussehbare Entwicklung 234

Beschäftigung 87 ff., 256 f., 371
— in der EWG 22, 233
— von Ausländern 93

Bruttoinlandsprodukt 81

Budgetierung, monetäre 376 ff.

Bundesbank 161 ff., 332, 344, 374, 386

Dänemark 48 f., 53, 55
— voraussehbare Entwicklung 234

Devisenzuflüsse 162 ff.
— in der EWG 42

Einfuhr 94, 153 f., 254
— der EWG 34

Einfuhrpreise 148 f.

Einkommen 134
— aus unselbständiger Arbeit 118, 132, 304, 327, 371
— aus Unternehmertätigkeit und Vermögen 131 f., 304, 327, 371
— in der EWG 25
— in der Landwirtschaft 100, 356 ff.
— Nachholanspruch der Arbeitnehmer 326
— Sozialeinkommen 133, 241
— steuerliche Belastung 119 ff., 204 ff.

Einkommenspolitik 302

Einkommensverteilung 123, 128
— personelle 331

Europäische Gemeinschaft
— Agrarfonds 443
— Erweiterung 32, 52 ff.
— Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit 404 ff.
— Gemeinschaftshaushalt 51

— Harmonisierung der Stabilitätspolitik 281, 317, 322
— konjunkturelle Entwicklung 12 ff., 28 ff.
— Regionalfonds 443 f.
— voraussehbare Entwicklung 233 ff.
— Wirtschaftspolitik 37, 45, 47 f., 51, 269 ff.

Finanzpolitik 56, 190 ff., 228, 285 ff., 346 ff., 361, 363
— in der EWG 47 ff., 280
s. auch öffentliche Finanzen

Frankreich 43, 48 f.
— voraussehbare Entwicklung 234

Geldmenge
s. Zentralbankgeldmenge

Geld- und Kreditpolitik 56, 161 ff., 228, 292 ff., 344 ff., 374 ff., 382 ff.
— freie Liquiditätsreserven 170 ff., 301, 378
— in der EWG 40 ff., 271 f., 279, 361, 363
— Steuergröße 171 f., 301, 383

Gesamtindikator 225

Gewinne 65, 126 f.
s. auch Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen

Globalsteuerung 321

Großbritannien 23, 43, 48 f., 53
— konjunkturelle Entwicklung 29
— voraussehbare Entwicklung 234

Handelsbilanz 155
— der EWG 35
— Reaktion auf Wechselkursänderung 9, 156

Haushaltspolitik 289 f.
— in der EWG 280
— konjunkturgerechte 351

Industrieproduktion 85
— in der EWG 20

Inflationsgewöhnung 79, 335

Investitionen 82, 245 ff.
— in der EWG 15 ff., 54

Investitionsneigung 64 ff., 71, 245 f.

Investitionsteuer 56, 65, 228, 243, 287, 361, 363

Irland 48, 53, 55

Italien 23, 43, 48 f.
— konjunkturelle Entwicklung 31
— voraussehbare Entwicklung 234

Japan 10
— voraussehbare Entwicklung 237

Kapitalverkehr 159
— in der EWG 36 ff.

Kapitalverkehrskontrollen 159, 162, 168 f., 181, 274 f., 450
— in der EWG 36, 400

Kreditgewährung der Banken 177, 180 ff., 184
— in der EWG 44
— Konsumentenkredite 79

Kreditmaximum, Rechnerisches 173

Lagerdispositionen 73 ff., 249
— in der EWG 17

Löhne
— Effektivverdienste 115 f., 257, 337
— in der EWG 23
— kostenniveauneutrale 123, 337
— Lohndrift 116 f.
— Lohnstückkosten 124, 258
— Lohnstückkosten in der EWG 24
— Reallöhne 122, 337, 339
— Tariflöhne 111 ff., 337
— Verdienstentwicklung im öffentlichen Dienst 112

Lohnpolitik 111 ff., 257, 302 ff., 315, 323 ff., 337 ff., 360, 363, 369
— Gleitklauseln 338 ff., 381
— Nachverhandlungsklauseln 338 f.

Lohnquote 132
— in der EWG 54

Mindestreservepolitik 171, 174, 179, 301, 385
— in der EWG 42

Niederlande 43, 49
— konjunkturelle Entwicklung 30
— voraussehbare Entwicklung 234

Öffentliche Finanzen 190 ff., 239 ff.
— Ausgaben 72, 195 ff., 241, 350
— Finanzierungssaldo 216, 349
— in der EWG 47 ff., 54

— Investitionen 196, 199, 241, 346
— konjunkturelle Wirkungen 191 f., 208, 210 ff., 243, 289, 346 ff.
— konjunkturneutrales Haushaltsvolumen 208, 243, 349
— konjunkturpolitische Sonderregelungen 286, 346
— Personalausgaben 196, 351
— Steuereinnahmen 192, 200 ff., 242
— Steuerquote 200
— Struktur der öffentlichen Ausgaben 217 ff.
— Verschuldung der Gebietskörperschaften 215
— voraussichtliche Entwicklung 239 ff.

Österreich 11
— voraussehbare Entwicklung 235

Offen-Markt-Politik 171, 173, 175 f., 179, 383, 385
— in der EWG 43

Preisentwicklung 95 ff.
— Ausfuhrpreise 147
— Bauten 110
— Dienstleistungen 101
— Einfuhrpreise 148 f.
— Grundstoffe und Produktionsgüter 109
— in den wichtigsten Industrieländern 3
— in der EWG 26 ff.
— industriell erzeugte Verbrauchsgüter 104
— Investitionsgüter 108
— mittelfristige Ursachen 4
— Nahrungsmittel 98 f.
— unvermeidliche Preissteigerungen 335, 348
— Wohnungsmieten 102 f.

Preisindex
— für die Lebenshaltung 95, 97
— für industrielle Erzeugnisse 106 ff.
— Umstellung auf neuen Warenkorb 96

Preiskontrollen 359

Preispolitik der Unternehmen 305

Preisüberwachung 359, 380

Produktionspotential 82 ff., 253
— Schätzverfahren 84

Realeinkommen 122, 136

Reallohnposition 118, 122 f.

Realrendite 129 f., 328

Regionalpolitik
— in der EWG 433 ff.

Schuldendeckelverordnung 193, 216, 242, 352

Schweden 11
— voraussehbare Entwicklung 235

Schweiz 11
— voraussehbare Entwicklung 235

Sozialversicherung 123

Sparquote 77, 80, 251

Stabilitätsanleihe 56, 176, 288

Stabilitätspolitik 307 ff.
— sektorale Wirkungen 321

Stabilitätsprogramm 56, 65, 70, 194 f., 201, 214, 286 f., 304

Stabilitätszuschlag 56, 194, 228, 243, 291

Steuerprogression 121, 201 ff.

Tarifautonomie 325

Terms of Trade 123, 150
— in der EWG 34

Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes 184, 345

Verbraucherpreise 95 ff., 259 f., 335, 365 ff.
— in der EWG 26 f.

Verbrauchskonjunktur 76 ff., 251
— in der EWG 18

Vereinigte Staaten
— konjunkturelle Entwicklung 9
— voraussehbare Entwicklung 236

Vermögenspolitik 331

Verstetigung des Konjunkturverlaufs 314, 319, 373 ff.

Währungspolitik 6 ff., 138 ff., 160, 162 ff., 299, 301
— in der EWG 34, 36 ff., 41 f., 272 ff., 394 ff., 413 ff.
— Reform des Weltwährungssystems 450 ff.
— Vergemeinschaftung der Währungsreserven 410 f.

Wechselkurspolitik 278, 387 ff.
s. auch Währungspolitik
— Block-Floating 37 ff., 42, 44, 139, 164 ff., 271 f., 449

— flexible Wechselkurse 460
— garantierte Paritätsänderungen 425 ff.
— Verbrauchergeldparitäten 142
— Wechselkurs des Dollar 140 ff., 273, 311

Welthandel 8, 238

Wettbewerbsposition gegenüber dem Ausland 62 f.

Wirtschaftsstruktur
— in der EWG 52 ff.

Wirtschafts- und Währungsunion 403 ff.

Zahlungsbilanz 155 ff.

Zentralbankgeldmenge 167 ff., 170, 173, 175 f., 180
— bereinigte 179, 184, 344
— Bestimmungsfaktoren 179
— Expansion 177 f., 185
— in der EWG 43 ff.
— Steuerung 171, 298, 301, 344, 383, 395

Zinsniveau 186 ff., 384
— in der EG 46